

Jörg Bergstedt

Angela Hübsch

Peter von Räden

Timo Schadt

Marco Schrul

u.a.

# Aktions Mappe Umwelt

Arbeitshilfen für

Umweltgruppen,

Bürgerinitiativen und

Projektwerkstätten



Institut für Ökologie (Hrsg.)



## Herausgeber

Institut für Ökologie  
Büro Osthessen, Hersfelder Str. 3, 36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919297, eMail: institut@juis.insider.org  
Büro Mittelhessen, Postfach 100904, 35339 Gießen

## Verlag

Mensch & Natur e.V., Bremen

## Redaktion

Jörg Bergstedt, Angela Hübsch, Peter von Rüden, Timo Schadt, Marco Schrüf

## mit Beiträgen von

Jörg Bennedik, Sven Giegold, Michael Held, Jochen Rosenkranz,  
Jutta Sundermann, Peter Szekeres

## unter Mitarbeit von

Thomas Forthaus, Christina Gehelein, Phillip Heins, Evelyn Helwig, Inge Hübsch,  
Juliane Kriegelstein, Wolfgang Lampe, Stefan Müller, Peter Niedertaak

## Ordnergestaltung

Jörn Hartje, Julian Hermannsen

## Titelfoto

Jörn Hartje, Aktions-Dia-Archiv  
c/o Jugend-Umwelt-Projektwerkstatt (JUPI),  
Am Bürgerpark 4, 23843 Bad Oldesloe  
Tel. 04531/4512, Fax 7116

## Zeichnungen

© Joachim Guterath, Rotenburg/Felda

## Layout & Satz

Timo Schadt  
Projektwerkstatt Ökologie, Hersfelder Str. 3  
36272 Niederaula Tel. 06625/919295, Fax 919297  
eMail: pr\_oeko@juis.insider.org

## Druck

Pachnicke Druck, Göttingen

**ISBN 3-00-001390-3**

## Vertrieb

MaterialAuswahl UmweltSchutz (MAUS)  
c/o Jugend-Umwelt-Info-Stelle (JUIS), Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld  
Tel. 06621/41581, Fax: 06621/2170, eMail: maus@juis.insider.org

## Internet

<http://www.projektwerkstatt.de>

## Verantwortlichkeiten

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wieder. Verantwortlich für deren Inhalt sind die jeweils aufgeführten AutorInnen. AutorInnen, Herausgeber und Verlag übernehmen keine Haftung für die Folgen etwaiger Fehler und Irrtümer in dieser Mappe.

## Rechte

Alle Rechte liegen bei der Redaktion. Ein Nachdruck von Bild- und Textbeiträgen, auch auszugsweise, ist nur mit ausdrücklichem Einverständnis der Redaktion bzw. der jeweiligen AutorInnen möglich.

## Förderhinweis

Dieses Projekt wurde finanziell vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Vielfältig & kreativ ..... **Aktionsformen**



1.

Klinken putzen gehen!? ..... **Behörden & Lobbyarbeit**

2.

BürgerInnen mischen mit ..... **BürgerInnenbeteiligung**



3.

Mut zu ..... **Umfassende(n) Konzepte(n)**



4.

Parkhäuser oder Parkhäuser ..... **Bauleitplanung**



5.

An einem Strang ziehen ..... **Gruppenarbeit**



6.

Rechtliche Aspekte ..... **Organisation**



7.

Gemeinsam geht's besser ..... **Vernetzung**



8.

Schafft FreiRÄUME! ..... **Projektwerkstätten**



9.

Wer schreibt, der bleibt! ..... **Kommunikation**



10.

Öffentlichkeit informieren ..... **Pressearbeit**



11.

Schwarz auf weiß ..... **Zeitung machen**



12.

Öfter mal Druck machen ..... **Layout & Druck**



13.

Auf Heller und Pfennig ..... **Finanzen**



14.

Auf eigenen Füßen stehen ..... **Umweltschutz als Job**



15.

Eine andere Wirtschaft ..... **Local Economy**

16.

Gerechtigkeit, Frieden & Bewahrung der Schöpfung ..... **Kirche**



17.

Mehr-Ökologie in die Uni ..... **Hochschulen**



18.

Stimmungen inhalieren? ..... **Ökopädagogik**



19.

Wissen zum Handeln ..... **Umweltberatung**



20.



Forderungskatalog .....	<b>Natur &amp; Landschaft</b>		<b>21.</b>
Forderungskatalog .....	<b>Wasser &amp; Abwasser</b>		<b>22.</b>
Forderungskatalog .....	<b>Verkehr</b>		<b>23.</b>
Forderungskatalog .....	<b>Klima &amp; Energie</b>		<b>24.</b>
Forderungskatalog .....	<b>Abfall</b>		<b>25.</b>
Forderungskatalog .....	<b>Haus(halt)</b>		<b>26.</b>
Forderungskatalog .....	<b>Veranstaltungen</b>		<b>27.</b>
Forderungskatalog .....	<b>Ökonomie</b>		<b>28.</b>
Stichwortverzeichnis .....	<b>Index</b>		<b>In.</b>
Von der Redaktion empfohlene .....	<b>Anlagen</b>		<b>A.</b>

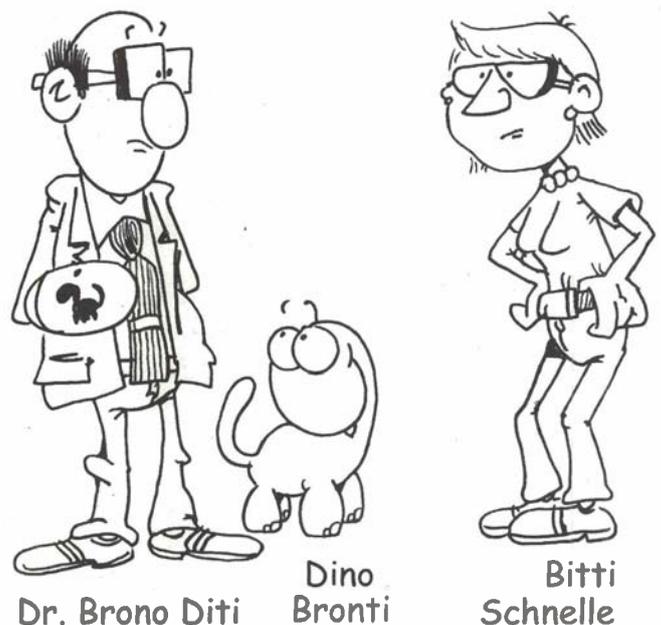
**Es führen durch das Programm:**

Aktionsmappen-Zeichner Joachim Gutermuth hat mit nebenstehenden Figuren Charaktere geschaffen, welche die LeserInnen und NutzerInnen unterhaltsam auf ihrem Wege durch diese Mappe begleiten wollen.

**Dr. Brono Diti** ist Erster Vorsitzender des "Vereins zur Erhaltung prähistorischer Naturschutzansätze e.V." Desweiteren ist er Beisitzer im Naturschutzbeirat des Chemieunternehmens MÜFF AG, ehrenamtlicher Umweltberater der Atomlehr- und Genforschungsanstalt in Krepier (ALehrGiK). Sein täglich Brot verdient er als Abteilungsleiter im Straßen- und Parkplatzbau-Zentralamt (StraPaZe). Seine Hobbys sind Golf spielen, Jagd, Autofahren und Naturschutz.

**Dino Bronti** möchte im wesentlichen bei der gezielten Suche nach Kapiteln behilflich sein und taucht ansonsten ab und an als treuer Gefährte und Vereinswappentier von Herrn Vorsitzenden Dr. Brono Diti auf.

**Bitti Schnelle** verdient ihr Geld in der Solarfirma SONNE/KOMMT GbR und arbeitet in ihrer Freizeit in der "BürgerInneninitiative zur Aufdeckung von MÜFF-Skandalen" mit. Daneben hat sie mit ein paar NachbarInnen eine Food-Coop gegründet. Sie packt dort an wo, Not an der Frau ist, hat sich aber bislang keine zähe Gremienarbeit zumuten müssen. Vielmehr versucht sie, neben ihrem projektorientierten Umweltengagement in ihrem Alltagsverhalten ihre ökologische und soziale Weltanschauung umzusetzen.



Dr. Brono Diti

Dino Bronti

Bitti Schnelle



# Eine neue, erfolgreiche Umweltbewegung ...

Während Industriemanagement und teilweise auch die Politik gerade in den letzten Jahren ihre Handlungsstrategien immer wieder gewandelt haben, agieren Natur- und UmweltschützerInnen immer noch auf denselben, jahrzehntealten Wegen. Der einzige Unterschied ist, daß aus Resignation oder Protest gegen die verkrusteten Strukturen und Strategien fast aller Umweltverbände und -gruppen viele qualifizierte und engagierte Personen aufgegeben haben. Ihre Plätze sind meist von angepaßten Personen, oft sogar von VertreterInnen aus Politik und Wirtschaft eingenommen worden.

Alle großen Verbände leiden an ...

- Übergewicht von Männern gegenüber Frauen
- Übergewicht von Reichen und AbiturientInnen
- Übergewicht an AmtsträgerInnen (Vorsitz, Kassenführung usw.) gegenüber an konkreten Sachfragen arbeitenden Menschen
- Überalterung
- Mangel weitreichender Visionen und Konzepte.

All dieses macht den Natur- und Umweltschutz widerstandsunfähig gegen die sich wandelnden Strategien derer, denen es um die Ausnutzung der Natur des schnellen Profits wegen geht. Neue Wege, neue Strukturen und Strategien sind nötig. Wenn der Natur- und Umweltschutz nicht gänzlich in der Bedeutungslosigkeit verschwinden soll, muß schnellstmöglich das Zeitalter der trägen, großen und hierarchischen Strukturen beendet werden. Nötig sind schnelle, selbständig handelnde und dadurch flexible und schlagkräftige Aktions- und Fachgruppen. Die Verbände müssen zu Netzwerken werden, die ihre Aufgabe in einer optimalen Koordination, Vernetzung sowie der Hilfe zur Selbsthilfe sehen. Ihre Ressourcen müssen den selbständig handelnden Gruppen zur Verfügung stehen.

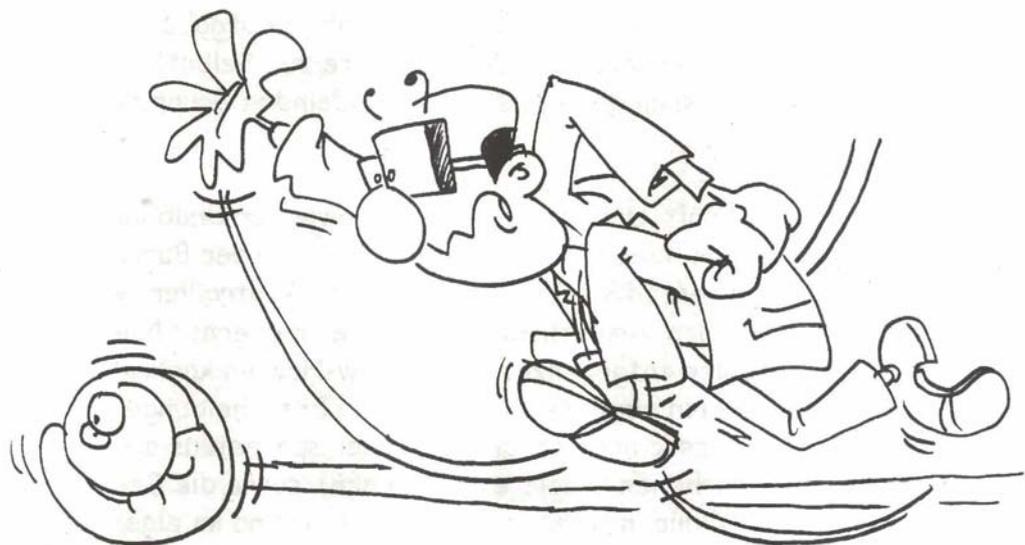
Der Trend muß zur Vielfalt, Unberechenbarkeit sowie zur Unabhängigkeit führen. Unabhängige, kleine Gruppen, die weder von der Bürokratie der Verbände noch vom Staat bzw. der Industrie kontrolliert werden, haben die Chance, den wesentlichen Merkmalen moderner Naturzerstörungsstrategien entgegenzutreten. Know-How im konkreten Fall, schnelles Reagieren in einer Zeit, die schnelle Entscheidungen benötigt (z.B. um in der Presse noch am gleichen oder spätestens am folgenden Tag auf ein Geschehen reagieren zu können), sowie die Befähigung zu spontaner Handlung in eigener Verantwortung und im eigenen Namen sind Kennzeichen von Unabhängigkeit und Projektorientierung.

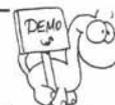


Ein "neuer Naturschutz" ist nötig - strukturell und strategisch. Die **Aktionsmappe Umwelt** gibt das Handwerkszeug, von der Gründung solcher Gruppen über die finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten bis zu konkreten Tips für Aktionen. Sie ist geschrieben für alle, die unabhängig sind oder es werden wollen. Das können genauso BürgerInneninitiativen sein wie verbandliche Gruppen, Gewerkschaften, Betriebsräte, Kirchengemeinden usw. Wichtig ist nur: Die Sache steht im Mittelpunkt, nicht die eigene Ehre, das Verbandsabzeichen oder ein sich ständig überall einmischender, konkrete Arbeit lähmender Vorstand.

Wir wünschen uns ein Netz von Aktionsgruppen - überall. Wir wünschen uns ein neues Ringen um neue Strategien und die Freisetzung der Energie vieler tausend Menschen, die für die Umwelt kämpfen wollen, aber stattdessen auf Funktionärsposten in Parteien, Behörden und Verbänden ein trostloses Dasein fristen (auch wenn ihnen das nicht immer bewußt ist). Die **Aktionsmappe Umwelt** soll Impulse geben für eine neue, erfolgreiche Umweltbewegung.

Die Redaktion, Februar 1997





# Vielfältig und kreativ ...

Schon wieder ein Infostand gegen Autos in der Stadt! Dabei weiß mittlerweile doch echt fast jede/r, daß Autofahren der Umwelt schadet ... und wen interessiert das noch?" Aktionen können Forderungen Nachdruck verleihen und politisch eine Menge bewegen - sie können diesen Zweck aber auch gründlich verfehlen. Der tausendste Infostand zum gleichen Thema langweilt auch die letzten PassantInnen, und blinder Aktionismus bringt meist auch nicht den Erfolg. Gefordert ist strategisches Handeln - sinnvolle Aktionen erfordern eine Menge Überlegung und Planung, aber auch Mut und Kreativität. Dieses Kapitel soll helfen, Aktionsstrategien zu planen. In einer Aktionsformenliste werden Anregungen für originelle Aktionsideen gegeben. Außerdem beinhaltet es Informationen über rechtliche Fragen, die bei Aktionen wichtig sind - damit nicht gleich Angst aufkommt, wenn mal jemand mit einem Prozeß droht.

## Die Allgemeinheit's-"Falle"

Viel Energie und Engagement werden in Aktionen gesteckt, die dann sinnlos verpuffen. Hinterher fragen sich alle, ob die Aktion denn irgendwas verändert hat - so richtig glaubt eigentlich niemand daran. Vielleicht erscheint ein schöner Artikel in der Lokalzeitung, aber das war's dann auch. Gerade Gruppen, die eher "spontihaf mal 'ne Aktion machen", stolpern immer wieder in die Allgemeinheit's-"Falle".

Viele Aktionen versuchen, Umweltthemen allgemein zu thematisieren, z.B. daß Autofahren umweltschädlich ist. Das tut niemandem weh, spricht aber auch niemanden direkt an - sprich: die Aussagen verhallen ungehört, jede/r denkt sich im stillen: "Weiß ich doch längst, aber ich kann ja nichts ändern, bin ja nicht verantwortlich." Eine Aktion macht nur Sinn, wenn klare Ziele benannt werden und ein/e AdressatIn mit der Aktion eindeutig angesprochen wird. Je konkreter eine Aktion wird, desto eher kann sie wirkliche Folgen haben. Dazu gehört freilich auch etwas Mut. Wer Leute direkt anspricht und Forderungen stellt, macht sich auch angreifbar, muß mit heißen Diskussionen und gegebenenfalls auch aggressivem Verhalten rechnen. Wer bei Allgemeinplätzen verbleibt, kann ignoriert werden, gerät nicht in die Schußlinie.

## Klare Ziele

Die erste Frage vor Planung einer Aktion sollte immer lauten: "Was will ich von wem?" - und zwar möglichst konkret. Also nicht "über die Umweltschädlichkeit von Autos informieren", sondern "Wir fordern vom Stadtrat, den Verkehr in der Karlstraße zu beruhigen" oder "Wir zeigen PassantInnen auf, daß Car-Sharing auch für sie möglich ist."

### Kontakt:

Kampagne  
"Neue Mobilität"  
c/o Projektwerkstatt  
Hauptstr. 12  
35781 Weilburg-  
Kubach  
06471/41757

### Angesprochene/r

- **Forderung**
- Stadtrat
  - Karlstraße dichtmachen
- AutofahrerIn
  - Car-Sharing-Verein beitreten
- Du Pont
  - FCKW-Produktion llen
- Lebensmittelladen
  - Keine Dosen verkaufen

Es ist wichtig, die Angesprochenen auch konkret zu benennen und wirklich anzusprechen, d.h. mit ihnen in Kontakt zu treten. Die Forderung "Keine Dosen verkaufen" sollte nicht nur auf einem Transparent stehen, sondern dem/der LadeninhaberIn auch direkt vorgetragen werden. Gerade dieser offensive Kontakt erfordert Mut, gute Vorbereitung



## 1.2

und Klarheit über die Ziele. Wenn nicht klar ist, zu wem Kontakt aufgenommen werden muß, dann sind auch die Ziele der Aktion noch zu "wisch-waschi". Je konkreter eine Aktion ist, je direkter sie Angesprochene benennt und auf diese zugeht, desto eher kann sie etwas bewirken. Große Utopien und Gesellschaftsentwürfe lassen sich folglich so kaum vermitteln.

## Aktionstypen

Wenn Ziel und AdressatInnen einer Aktion klar sind, dann gilt es, zu überlegen, welcher Typ von Aktion angemessen ist. Im Rahmen einer umfassenden Aktionsstrategie oder einer längeren Kampagne lassen sich Elemente der verschiedenen Aktionstypen auch kombinieren.

### Kontakte:

Greenpeace  
Vorsetzen 53  
20459 Hamburg  
040/31186-0

Greenpeace  
Ost-Deutschland  
Hannoversche Str. 1  
10115 Berlin  
030/2315342

Robin Wood  
Erlenstr. 34-36  
28199 Bremen  
0421/500405



### Symbolische Aktion

Eine symbolische Aktion hat für den/die Angesprochene/n keine direkten Folgen - er/sie ist nicht unmittelbar betroffen. Symbolische Aktionen stellen Öffentlichkeit her und schaffen "Publicity" für ein Problem oder eine Lösung. Allerdings ist hier die Gefahr der "Flucht ins Allgemeine" am größten; die Distanz erleichtert das Ausweichen. Gerade bei einer symbolischen Aktion sollten Ziele und AdressatInnen besonders klar definiert und mit Gesprächen mit den Betroffenen verbunden sein. Eine symbolische Aktion wäre

z.B. (wie in verschiedenen Orten geschehen), ein Gerüst auf dem Marktplatz aufzustellen, an dem so viele leere Getränkedosen baumeln, wie an einem Tag in der Stadt leergetrunken werden.

### Direkte Aktion

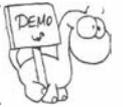
Von der direkten Aktion ist der/die Angesprochene direkt betroffen, er/sie ist mit den Folgen der Aktion unmittelbar konfrontiert (im positiven wie im negativen). Direkte Aktion erfordert Courage, weil sie den direkten Dialog mit den Angesprochenen erfordert. Es ist der "klassische" Weg politischer Bewegungen: Vom Streik über die Blockade bis zum Boykott. Eine direkte Aktion wäre z.B., einem Supermarkt, der Dosen verkauft, einen Sack leere Dosen von die Tür zu kippen.



### Indirekte Aktion

Indirekte Aktionen oder politische Lobbyarbeit versuchen, gewählte VolksvertreterInnen, Behörden etc., sei es durch Gespräche oder Unterschriftensammlungen, zum Handeln zu bewegen oder über Formen direkter Demokratie (Volks- und BürgerInnenentscheid) politische Veränderungen zu erreichen.

Auf kommunaler Ebene ist dieser Weg oft eine gute Möglichkeit, wenn er durch symbolische und direkte Aktionen begleitet wird. Auf höheren Ebenen ist die Macht großer Interessenverbände meist so "durchschlagend", daß freie Gruppen nur selten Gehör finden. Es gibt aber auch hier Ausnahmen, bei denen gerade Volksentscheide auch auf Landesebene politische Veränderungen durchgesetzt haben. Beispiel einer indirekten Aktion wäre, einen BürgerInnenentscheid für eine kommunale Einwegsteuer in die Wege zu leiten.



## Aktionsstile

Der "Stil" einer Aktion ist sozusagen der "Umgangston", in dem die Angesprochenen aufmerksam gemacht werden. Er kann je nach den Zielen der Aktion sehr variieren: Von einem extrem kooperativen Auftreten bis zur harten Konfrontation. Beide Stile sind prinzipiell bei allen drei Aktionstypen möglich. Bei einer symbolischen Aktion können sowohl Plätzchen an Fahrgäste in der Straßenbahn verteilt als auch dem/der BürgermeisterIn eine "Umweltsau" aus Pappmaché überreicht werden. Bei der direkten Aktion kann ebenso ein Boykott einer Supermarktkette wie ein Verkauf umweltfreundlicher Schreibmaterialien organisiert werden. Und bei der indirekten Aktion kann ein gutes Verhältnis zu KommunalpolitikerInnen gepflegt, genau wie ein BürgerInnenbegehren gegen einen Stadtratsbeschluss durchgedrückt werden.

Zwischen den Aktionsstilen gibt es keine allgemeine Priorität - was angemessen ist, hängt von den Zielen, den Angesprochenen und der konkreten Situation ab.

### Der kooperative Stil

Beim kooperativen Aktionsstil überwiegt das konstruktive Moment. Die Gruppe unterstützt ein Verhalten, das Alternativen zur Umweltzerstörung darstellt oder versucht, die Angesprochenen durch das Anbieten von Unterstützung zur Aktivität zu veranlassen.

In Göttingen verhandelten MitarbeiterInnen des Projektes "Total tote Dose" z.B. mit MarktleiterInnen von Supermärkten, die Dose aus dem Sortiment zu nehmen. Als die Bemühungen erfolgreich waren, wurde der "Dosenfreie Stadteil" in einer bundesweit beachteten Pressekampagne vorgestellt, was auch für die beteiligten Läden eine gute und kostenlose Werbung war. Der Dialog mit den/der Angesprochenen steht hier im Vordergrund, er/sie ist in erster Linie KooperationspartnerIn. Kooperative Aktionen schaffen leicht ein positives Ansehen und können helfen, eine breite Unterstützung zu finden. Wer

allerdings nie "Zähne zeigt", wird auch rasch nicht mehr ernst genommen.

1.3

### Der konfrontative Stil

Beim konfrontativen Stil wird die direkte Auseinandersetzung mit dem/der Angesprochenen gesucht. Er/sie soll "unter Druck" geraten. Ein umweltschädliches Verhalten wird so öffentlich gebrandmarkt oder direkt verhindert. Auch hier ist der Dialog wichtig, damit der/die Angesprochene direkt erfährt, welches Ziel die Aktion verfolgt.

Konfrontative Aktionen erfordern eine Menge Auseinandersetzungsbereitschaft, es muß mit Gegenreaktionen gerechnet werden. Zeitgleich zu einer Aktion in Bonn, wo mit einem Dosengerüst ein Verbot der Getränkedose gefordert wurde, beauftragte die Dosenindustrie eine Werbefirma, die Anzeigen "pro Dose" in den Lokalzeitungen schaltete, und warb mit einem Pantomimen in der Stadt für Dosen. Gegebenenfalls wird der/die Angesprochene auch versuchen, juristisch gegen die Gruppe vorzugehen (s.u.). Konfrontative Aktionen bringen Mißstände auf den Punkt und können Änderungen durchsetzen. Wer immer nur konfrontativ auftritt, gerät aber leicht in Isolation und findet nur schwer UnterstützerInnen.

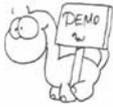
### Langsame Eskalation

Generell empfiehlt es sich bei längerfristigen Kampagnen, die Konfrontation langsam eskalieren zu lassen. Wer gleich am Anfang "sein Pulver verschossen" hat, kann nicht mehr mit einer "härteren Gangart" drohen.

Ein schönes Beispiel ist der SchülerInnen-Einwegboykott 1989 in Niedersachsen. Zunächst forderte eine Umwelt-Arbeitsgemeinschaft eines Göttinger Gymnasiums bei einem Besuch die Großmolkerei in Hannover auf, den Schulmilchverkauf von Polystyrol-Bechern auf Mehrwegflaschen umzustellen. Die Molkerei erklärte, daß dies aus technischen und wirtschaftlichen Gründen unmöglich sei. Später drohte die Gruppe der Molkerei an,

#### Kontakt:

Kampagne  
"Total Tote Dose"  
Jugend-Umweltbüro  
Güterbahnhofstr. 10  
37073 Göttingen  
0551/487103



## 1.4

die Schulmilch abzubestellen und organisierte eine Boykottwoche an der Schule. Danach gab es erneute Gespräche mit der Molkerei, die ergebnislos verliefen. In der Folge drohte die Gruppe eine stadtweite Boykottwoche in Göttingen an, die mit Unterstützung des StadtschülerInnenrates, von verschiedenen Schul-Umwelt-Arbeitsgruppen gemeinsam organisiert wurde.

Eine Woche lang wurde an allen Göttinger Schulen die Milch abbestellt. Der Boykott fand ein breites überregionales Medienecho. Erneute Gespräche mit der Molkerei blieben ergebnislos. Als weitere Eskalationsstufe wurde nun eine landesweite Boykottwoche organisiert.

Die SchülerInnen fanden Unterstützung durch eine Jugend-Umweltorganisation, die bei der Finanzierung half und Infrastruktur zur Koordination zur Verfügung stellte. Daraufhin drohte die Molkerei den SchülerInnen: Wenn sie weitere wirtschaftliche Einbußen in Kauf nehmen müsse, würde der Milchverkauf ganz eingestellt. Die SchülerInnen seien dann verantwortlich, daß es keine Schulmilch in Ostniedersachsen mehr geben würde. So wurde versucht, "moralischen" Druck auszuüben und die breite Unterstützung durch LehrerInnen und SchülerInnen zu untergraben.

Schon im Vorfeld der Boykottwoche gab es eine beachtliche Medienpräsenz. Kurz vor Beginn lenkte die Molkerei ein und kündigte die Umstellung auf Mehrweg an; der Boykott wurde daraufhin gestoppt.

Von nun an wurde ein kooperatives Verhältnis zwischen der Molkerei und den SchülerInnen aufgebaut. Umweltschutz wurde für die Molkerei zum Marketing-Argument.



## Gewaltfreies Aktionstraining

Gerade konfrontative Aktionen erfordern nicht nur Durchhaltevermögen, sondern auch eine gehörige Portion Konfliktfähigkeit und Standfestigkeit. In angespannten, aggressiven, womöglich auch gewaltbereiten Situationen "die Nerven zu behalten", will auch erst einmal gelernt sein. Wer gewaltfrei und offen agiert, kann Aggressionen nicht einfach aus dem Weg gehen.

Wem die Erfahrung oder der Mut zur offenen Auseinandersetzung fehlt, für den kann ein gewaltfreies Aktionstraining hilfreich sein. Solche Seminare werden von verschiedenen "Trainingskollektiven" aus dem Umfeld der Friedensbewegung angeboten - gegebenenfalls auch extra für eine Gruppe.

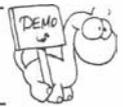
## Presse- & Öffentlichkeitsarbeit

Wer kennt das Problem nicht: Da ist eine Aktion, nur wenige wissen es überhaupt und noch weniger gehen hin. Und weil so wenige da waren, hält es auch die Presse nicht für nötig, über die Aktion zu berichten ... Im folgenden einige kurze Hinweise zur Öffentlichkeitsarbeit in bezug auf konkrete Aktionsplanung. Konkrete Tips zum Umgang mit Presse und Medien finden sich im entsprechenden Kapitel (Kapitel 11, "Pressearbeit").

### Kontakt für gewaltfreies Aktionstraining:

Kurve Wustrow  
Kirchstraße 14  
29462 Wustrow  
06843/507

Fränkisches  
Bildungswerk für  
Friedensarbeit  
Hessestraße 4  
90443 Nürnberg  
0911/288500



## Strategie

Wer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit machen will, sollte sich zunächst über die Zielgruppe im klaren sein. Beispiel: Will mensch möglichst viele Leute direkt erreichen und mit diesen reden, ist ein Termin am Samstag Vormittag in der Innenstadt sicherlich nicht schlecht. Sollen dagegen möglichst viele Leute über Presse, Radio und Fernsehen, am besten auch noch überregional erreicht werden, ist letzterer Termin denkbar ungeeignet, weil am Sonntag nur wenige Zeitungen erscheinen und JournalistInnen meistens samstags frei haben.

Zunächst sind eine Reihe strategischer Überlegungen notwendig, die in ein festes Öffentlichkeitsarbeitskonzept integriert werden müssen. Im Vorfeld einer Aktion kommt es wohl meistens darauf an, möglichst viel Aufmerksamkeit zu bekommen, um die Aktion bekannt zu machen. Bei der Aktion selbst steht dagegen im Vordergrund, die Inhalte und Forderungen an den Mann/die Frau zu bringen.

Mensch stelle sich vor: Jemand geht durch die Stadt, sieht ein Aktionsplakat, das er/sie sogar ganz interessant findet. Aber bevor er/sie dazu gekommen ist, auch nur den Termin anzugucken, hat er/sie auf einmal den Geruch von frischen Waffeln in der Nase. Er/sie hat Hunger, daher sind die Waffeln wichtiger, die Aktion ist vergessen. Es reicht nicht, irgendwo Plakate aufzuhängen oder eine Mitteilung in die Zeitung zu bekommen. Statt dessen muß mensch erreichen, daß die Leute anfangen, darüber zu reden, die Geschichte muß zum Dorf-, Stadt- oder Schulgespräch werden.

## Konzept

Wird eine Aktion geplant, bietet es sich an, in den Zeitplan für die Vorbereitungen auch einen Zeitplan für die Pressearbeit zu integrieren.

- Drei Wochen vor der Aktion: Presseinformation "Die Bürger schmeißen x-tausend Getränkedosen pro Tag in unserer Stadt

in den Müll, Aktion etc.", am Nachmittag vor dem Erscheinen (RedakteurIn fragen) Plakate in der Innenstadt verteilen, Aktionsflugblätter in Schulen, Imbissen etc. verteilen. Die Leute sollen so morgens den Artikel lesen, danach werden sie schon viel eher auf die Plakate und Flugblätter aufmerksam.

- Zwei Wochen vor der Aktion können nochmals Plakate in der Innenstadt aufgehängt werden. Die Presse wird wiederum (aber mit einem neuen Aufhänger "Schüler sammeln x-tausend Getränkedosen, Aktionstermin etc.") informiert. Zusätzlich kann in der Innenstadt ein Infotisch stehen, eine kleine "Voraktion" oder ein gemeinsames Dosenfädeln stattfinden, wobei nochmals Flugblätter verteilt werden.
- Zwei Tage vorher kündigt die Presse die Aktion nochmals an, wiederum hängen überall Plakate. Außerdem werden an allen Schulen Transparente aufgehängt und Flugblätter verteilt ...

1.5

### Kontakte:

Grüne Liga  
Haus der Demokratie  
Friedrichstr. 165  
10117 Berlin  
030/2299271

Pestizid Aktions-  
Netzwerk (PAN)  
Nernstweg 32  
22765 Hamburg  
040/393978

Bundesverband  
Bürgerinitiativen Um-  
weltschutz (BBU)  
Prinz-Albert-Str. 43  
53113 Bonn  
0228/214032

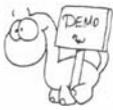
## Arger mit dem Gesetz?

Wer nicht jedem Streit aus dem Weg geht, muß damit rechnen, daß eine politische Auseinandersetzung gegebenenfalls auch zur rechtlichen wird.

Die Drohung mit einer Klage gehört zum üblichen Repertoire von PolitikerInnen und Wirtschaftsleuten. Aber das ist kein Grund zu übertriebener Vorsicht. Die Aktiven sollten vielmehr über die rechtliche Situation bei Aktionen bescheid wissen. Ein Brief vom Anwalt ist kein Grund zur Panik, gerade hier wird viel und oft "geblufft".

Generell sind zwei Formen möglich, juristisch gegen eine Aktion vorzugehen: Bei der zivilrechtlichen Klage versucht der/die KlägerIn, die Gruppe zur Unterlassung einer Aussage zu bewegen oder für erlittene Nachteile Schadenersatz zu erhalten.

Bei einer Strafanzeige hingegen prozessiert gegebenenfalls der Staat. Hier geht es darum, ob Handlungen einzelner TeilnehmerrInnen im Sinne des Strafrechtes "verboten" waren.



## 1.6

## Zivilrecht

Die zivilrechtliche Klage richtet sich normalerweise gegen die Gruppe als ganze. Wer dabei letztlich beklagt wird, hängt von der Formalstruktur ab (siehe Kapitel 7, "Organisation"). Handelt es sich z.B. um einen eingetragenen Verein, wird der Verein beklagt - nicht eine Einzelperson, auch nicht der Vorstand. Gibt es keine formale Struktur, so kann jede/r Beteiligte für alles haftbar gemacht werden, auch mit privatem Geld.

### Unterlassungsklage

Bei der Unterlassungsklage versucht der/die KlägerIn, die Gruppe gerichtlich zu zwingen, eine Äußerung in Zukunft zu unterlassen. Normalerweise kommt zuerst ein Schreiben von einem Anwalt, das die Gruppe auffordert, eine Erklärung zurückzusenden, mit der sie sich verpflichtet, in Zukunft z.B. 2.000,- DM an den/die "GegnerIn" zu zahlen, wenn sie behauptet, daß er/sie ein/e UmweltsünderIn sei; sonst würde Unterlassungsklage eingereicht. Hier heißt es, sich nicht einschüchtern zu lassen!

Wer unterschrieben hat, hat sich wirklich verpflichtet (!!!); das kann ziemlich dumm sein. Mit einer Unterlassungsklage hat der/die KlägerIn normalerweise nur eine Chance, wenn wirklich etwas Unrichtiges behauptet wurde. Wenn die Argumente stichhaltig zu begründen sind und die Fakten glaubwürdigen Quellen entstammen, kann nicht viel passieren.

## Haftung und Schadenersatz

Der/die "GegnerIn" kann die Gruppe für Folgen der Aktion haftbar machen wollen. Das heißt, entstandene Schäden sollen ersetzt werden. Wichtig ist, daß eine Schadenersatzklage nur Erfolg haben kann, wenn der/die Geschädigte dabei in seinen/ihren Rechten verletzt wurde.

Wegen eines Presseartikels, der auffordert, ein Produkt nicht zu kaufen oder wegen eines Boykottaufrufs gegen eine Firma, hat niemand eine Chance, für den Verdienstaufschlag Schadenersatz einzuklagen.

Gelegentlich kann es auch zu Schadenersatzansprüchen kommen, wenn im Rahmen einer Aktion versehentlich jemand geschädigt wurde - z.B. eine umkippende Stellwand am Infostand ein Auto zerbeult hat. Hier ist eine gute Haftpflichtversicherung ratsam - sie zahlt in solchen Fällen für den Schaden (siehe Kapitel 7, "Organisation").

## Strafrecht

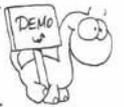
Eine Strafanzeige richtet sich immer gegen eine Einzelperson, nie gegen die Gruppe insgesamt. Im Strafprozeß muß der betroffenen Person konkret eine strafbare Handlung nachgewiesen werden. Die Organisationsform der Gruppe ist dabei normalerweise egal. Strafrecht bei Aktionen ist ein kompliziertes und heikles Kapitel, diese Mappe kann es nur anreißen.

Ein gutes Rechtshilfebuch kann hilfreich sein, wenn zu befürchten ist, daß die "GegnerInnen" versuchen werden, strafrechtliche Schritte zu gehen.

### Verleumdungsklage

Relativ häufig ist die Verleumdungsklage. Anders als bei der Unterlassungsklage geht es hier nicht darum, die Gruppe zu zwingen, eine bestimmte Behauptung zu unterlassen, sondern ein Bußgeld wegen Verleumdung zu verhängen. Ob eine





Aussage Verleumdung ist, ist oft nicht einfach zu beurteilen. Zunächst muß zwischen Meinungsäußerung und Tatsachenbehauptung unterschieden werden. Es gibt ein Grundrecht auf freie Meinungsäußerung – die Behauptung einer Tatsache ist aber keine Meinungsäußerung. Der Unterschied ist manchmal minimal: "Ich halte das Verhalten von Herrn X für eine Umweltsauerei" ist eine Meinungsäußerung, "Herr X begeht eine Umweltsauerei, weil er giftige Abwässer eingeleitet hat" hingegen eine Tatsachenbehauptung. Auch eine Tatsachenbehauptung ist nur dann eine Verleumdung, wenn die behaupteten Fakten nicht sicher bewiesen werden können. Bei Sätzen wie "Herr X leitet giftige Abwässer ein" ist das relativ einfach – bei "Herr X begeht eine Umweltsauerei" ist es eine Ermessensfrage des Gerichtes, ob die Behauptung den Fakten angemessen ist. Je klarer argumentiert wird und Fakten auf den Tisch kommen, desto schwieriger wird es, eine Verleumdung zu unterstellen.

### Sachbeschädigung

Als Sachbeschädigung wertet das Gesetz Handlungen, die bewußt Eigentum anderer zerstören oder beschädigen. Eine Anklage wegen Sachbeschädigung erfolgt unabhängig von einem etwaigen Zivilprozeß wegen Schadenersatz. Es gibt keinen "Mindestschaden" für Sachbeschädigung. Während normalerweise nur bei größeren Beschädigungen mit einer Anklage zu rechnen ist, reicht in politisch angespannter Situation unter Umständen schon ein mit Farbe bekleckertes Schuh aus (hat es schon gegeben !!!).

### Nötigung

Nötigung ist, wenn jemand mit Gewalt daran gehindert wird, etwas zu tun. Lange Rechtsstreitereien gab es dabei um den Begriff "mit Gewalt" bis das Bundesverfassungsgericht hier Stellung bezog. Passi-

ve Behinderung ohne Materialeinsatz, z.B. das Sitzen auf der Straße, ist danach keine Nötigung. Trotzdem kann es immer zu einer Nötigungsklage kommen, wenn jemand irgendwo "im Wege steht". Nötigung ist z.B. jemanden festhalten, Bau von Barrikaden, Türen mit Fahrradschlössern dichtmachen.

Weit schwerer als Nötigung wird "Gefährlicher Eingriff in den Straßen- oder Schienenverkehr" bestraft. Diese Paragraphen sind aber nur anwendbar, wenn Menschen gefährdet werden und z.B. ein erhöhtes Unfallrisiko provoziert wird. Da aber auch Prozesse, die mit Freispruch enden, belastend sind, wird gelegentlich eine Anklage "zum Einschüchtern" auch dann benutzt, wenn keine "Chance" auf Verurteilung besteht.

### Hausfriedensbruch

Hausfriedensbruch ist das widerrechtliche Betreten eines Privatgrundstückes. Bei öffentlich zugänglichen Grundstücken (z.B. Läden, Bahnhöfe, Tankstellen, etc.) ist Hausfriedensbruch nur gegeben, wenn der/die EigentümerIn oder jemand anderes mit Hausrecht die AktionistInnen auffordert, das Grundstück zu verlassen und sie dem nicht folgen. Das Hausrecht eines Eigentümers/einer Eigentümerin endet an der Grundstücksgrenze. Findet die Aktion auf öffentlichem Gelände statt, z.B. vor einem umweltschädigenden Betrieb, kann das





1

kein Hausfriedensbruch sein. Aber Achtung: Auch viele öffentlich zugängliche Plätze, z.B. Bahnhöfe, Einkaufspassagen etc. können Privatgrundstücke sein. Ärger kann es auch dann geben, wenn sich eine Aktion gar nicht gegen die EigentümerInnen richtet. Hier ist wichtig, sich im Vorfeld schriftlich eine Einverständniserklärung zu besorgen.

## Widerstand gegen die Staatsgewalt

Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt kann angezeigt werden, wer sich aktiv gegen PolizistInnen wehrt. Bloßes Nichtbefolgen von Aufforderungen oder Weglaufen sind kein Widerstand, wohl aber jemanden festhalten, schubsen, sich aneinanderklammern etc. Problematisch dabei ist, daß es oft schwer ist, im nachhinein eine Situation vor Gericht noch zu rekonstruieren, und Zeugnenaussagen oftmals widersprüchlich sind.

## Wenn die Polizei kommt ...

Bei Aktionen kommt es oft vor, daß jemand die Polizei ruft oder PolizistInnen auf Streife einfach so kontrollieren. Je nach Aktion ist es wichtig, daß im Vorfeld notwendige Genehmigungen (z.B. für einen Infostand) besorgt und bei der Aktion griffbereit sind.

Bei einer Versammlung oder Demonstration gelten die Bestimmungen des Demonstrationsrechtes - wesentliche Aspekte sind unten erläutert. Gelegentlich kann es vorkommen, daß die Polizei die Personalien überprüfen will. Dann ist es wichtig, einen gültigen Personalausweis (Reisepaß genügt nicht!) dabei zu haben. Sonst kann die Polizei entsprechende Leute zur Wache mitnehmen, bis die Personalien überprüft sind - das ist nervig und kann Stunden dauern.

Mensch ist verpflichtet, die Angaben auf dem Personalausweis und eine allgemeine Berufsbezeichnung anzugeben - aber nicht mehr!!! (z.B. Beruf "BusfahrerIn", aber keine/n ArbeitgeberIn).

### Literatur:

"Durch die Wüste"  
Anti-Repressions-Leitfaden  
Das derzeit wohl umfangreichste und vollständigste Rechtshilfebuch für politisch engagierte Leute.  
Erhältlich bei der:  
Antirepressionsgruppe im Umweltzentrum  
Scharnhorststr. 57  
48115 Münster  
0251/521112

B. Schmidt-Bleibetru  
und F. Dirnberger:  
Rechtsschutz gegen den Staat (1992, dtv in München, 397 S.)

Hans-Ullrich Gallwas:  
Polizei und Bürger (1993, dtv in München, 149 S.)

## Aussageverweigerungsrecht

Gegenüber der Polizei hat jede/r ein Recht auf Aussageverweigerung, d.h. auf Fragen von PolizistInnen muß keine Antwort gegeben werden - außer den genannten Angaben zur Person. Oft ist es ratsam, von diesem Recht Gebrauch zu machen: Alles, was gegenüber der Polizei gesagt wird, kann vor Gericht verwendet werden. Und da fast niemand unvorbereitet die oft komplizierten Rechtsfragen überschauen kann, passiert es leicht, daß mensch etwas sagt, was ihm/ihr selbst oder anderen schaden kann.

Auch wenn nach einer Aktion eine Vorladung zur Polizei im Briefkasten liegt, muß mensch nicht hingehen - wer höflich ist, ruft kurz an und sagt, daß er/sie keine Aussage machen will. Etwas anderes ist eine Vorladung der Staatsanwaltschaft. Wenn eine solche kommt, sollte ohnehin ein/e Rechtskundige/r hinzugezogen werden.

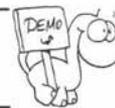
## Das Demonstrationsrecht

Immer, wenn sich eine Gruppe von Personen draußen versammelt, um öffentlich politische Aussagen zu vertreten, muß prinzipiell eine "Versammlung unter freiem Himmel" oder eine Demonstration angemeldet werden. Damit ist das Demonstrationsrecht für die meisten Aktionen relevant.

Einiges gilt allerdings nicht als Demo:

- Wenn es weniger als drei Leute sind (eine Person, die mit einem Transparent rumläuft und Flugblätter verteilt).
- Wenn es keine politischen oder gesellschaftlichen Inhalte gibt (Fahrradtour).
- Künstlerische Darbietungen (z.B. Straßentheater).
- Infostände, Straßenfeste etc. ohne Versammlung drumherum.

Oft ist es sinnvoll, eine Demonstration auch dann anzumelden, wenn es nicht unbedingt nötig wäre. Eine Öko-Fahrradtour ohne Transparente muß nicht angemeldet wer-



tion muß 48 Stunden vor öffentlicher Bekanntgabe angemeldet sein - entweder schriftlich (Einschreiben!!) oder direkt bei der zuständigen Stelle ("zur Niederschrift").

Die Anmeldung muß Folgendes enthalten:

- Wann (Beginn und Dauer) und wo (gegebenfalls Route)
- Thema - worum geht's?
- (ggf. Organisation/VeranstalterIn)
- Erwartete TeilnehmerInnenzahl
- Demomittel (Transparente, Flugblätter, Begleitfahrzeuge, etc.)
- Verantwortliche/r LeiterIn (eine konkrete Person!).

den, aber ... Das Demonstrationsrecht ist ein Grundrecht, und wenn eine Demonstration angemeldet ist, muß die Polizei prinzipiell für deren sichere und ungestörte Durchführung sorgen. Das heißt z.B., daß Polizeibegleitung für die Fahrradtour eingefordert werden kann. Die Polizei muß dann den Verkehr regeln und die Tour durch die Stadt begleiten.

Außerdem darf zu einer Demo nicht zur selben Zeit am selben Ort eine Gegenveranstaltung abgehalten werden. Direkt neben einem Infostand gegen den "Grünen Punkt" auf dem Marktplatz kann das Duale System Deutschland auch einen Stand stellen - ist der Infostand aber rechtzeitig als Demo angemeldet, wird der Platz dafür "gesperrt".

### Anmeldung - nicht Genehmigung

Eine Demonstration muß nur angemeldet, nicht genehmigt werden; es gibt ein Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Zwar kommen gerade bei großen und spektakulären Veranstaltungen Demo-Verbote vor, aber ein solches ist nur in Ausnahmefällen haltbar.

Sollte tatsächlich jemand eine Demonstration verbieten wollen - so ist das ein Grundrechtsbruch: Dann heißt es, auf jeden Fall sofort eine Klage anzudrohen. Falls das nichts nützt, sollte ruhig ernst gemacht werden. Je nach Bundesland wird eine Demo entweder bei der Polizei (z.B. Nordrhein-Westfalen) oder beim Ordnungsamt (z.B. Niedersachsen) angemeldet.

Eine Demo, die mehrere Gemeinden betrifft, kann beim Landkreis angemeldet werden. Eine Demo (z.B. Fahrraddemo) über mehrere Landkreise wird beim Innenministerium des Landes (geht schneller) oder bei einem Landkreis angemeldet. Eine Demonstra-

### Umgang mit Auflagen

Die Behörde, die eine Versammlungsanmeldung entgegennimmt, kann Auflagen machen. Diese dürfen aber das Demonstrationsziel nicht gefährden; z.B. ist es keine zulässige Auflage, daß eine Fahrraddemo Radwege benutzen muß, da dies die Demo zerreißen würde und sie nicht mehr als geschlossene Versammlung erkennbar bliebe.

Leider versuchen immer wieder Behörden, auch solche Auflagen durchzusetzen; hier hilft manchmal nur der Rechtsweg. Manche Beamte halten es für nötig, fast das gesamte Versammlungsgesetz abzutippen und als Auflagen beizufügen. Die Auflagen sollten gründlich durchgelesen werden und daraufhin überprüft werden, ob sich irgendwo problematische Punkte "versteckt" haben. Gegen Auflagen kann bei der Anmeldebehörde begründeter Widerspruch eingelegt werden. Dieser hat aufschiebende Wirkung: Wenn die Behörde bis zur Demo nicht reagiert, ist die Auflage ungültig. Manche Behörden schreiben direkt in die Anmeldebestätigung, daß "wegen öffentlichen Interesses" der Widerspruch keine aufschiebende Wirkung hat. In diesem Fall muß beim Amtsgericht Wiederherstellung beantragt werden.

Wird ein Widerspruch zurückgewiesen, so kann Klage eingereicht werden.



1.10

## Die Demoleitung

Der/die DemoleiterIn ist für alles, was während der Versammlung passiert, mit verantwortlich und kann auch für von Teilnehmenden begangene Straftaten unter Umständen belangt werden. Er/sie hält den Kontakt zur Polizei und sollte vor der Demo rechtzeitig mit dem/der EinsatzleiterIn sprechen.

Der/die DemoleiterIn sollte möglichst eine selbstsichere Person sein, die sich auch im Konfliktfall nicht einschüchtern läßt und ihre Rechte kennt. Der/die DemoleiterIn kann die Versammlung jederzeit auflösen und ist dann für das weitere Geschehen nicht mehr verantwortlich - er/sie sollte allerdings den Demonstrationsort verlassen.

### Ausstellung:

Eine Umwelt-Aktions-Ausstellung mit dem Titel "Motivation statt Resignation" ist in zwei Versionen (deutsch, englisch, schwedisch & deutsch, französisch, italienisch) gegen Frachtkostenübernahme auszuborgen. Sie besteht aus jeweils drei dreieckigen Holzsäulen mit Fotos und Texten in den jeweiligen drei Sprachen. Die Themen sind Wasser, Naturschutz, Energie, Abfall,

Weitere Infos und die Begleitbroschüre sind erhältlich bei der Jugend-Umwelt-Info-Stelle (JUIS) Dippelstr. 10 36251 Bad Hersfeld 06621/41581

### Literatur:

Tolstefanz (1997): Aktionsbroschüre gegen Atommülltransporte  
Viele Tips und Informationen für Aktionen - vor allem gegen Atomtransporte. Vieles ist auf andere Aktionen übertragbar. Die Broschüre enthält vor allem gute Rechtstips. Erhältlich bei:  
Tolstefanz  
29439 Jeetzel 41  
05841/4521

## Spontandemonstration

Die Teilnahme an einer unangemeldeten oder verbotenen Demonstration ist eine Ordnungswidrigkeit, ähnlich wie z.B. Fahrradfahren mit kaputtem Licht. Dafür gibt es unter Umständen einen Bußgeldbescheid. Für diejenigen, die nach Auflösung einer Demonstration nicht gehen, gilt selbiges. Der/die DemoleiterIn einer unangemeldeten Demonstration - falls die Polizei jemanden ausfindig machen kann - kann sich auch strafbar machen. Eine legale Möglichkeit für eine unangemeldete Demo gibt es allerdings: eine Spontandemonstration zu veranstalten, wenn das Ereignis, um das es geht, weniger als 48 Stunden zurückliegt. Hierzu ist keine Anmeldung nötig.

## Aktionsformenliste

Nachfolgend Beispiele für Aktionen. Sie können Ideen und Anregungen liefern, ersetzen aber nicht die eigene Kreativität:

### Aktionstage

Viele Aktionen zu einem Thema an einem oder vielen Orten zusammenfassen. Ein schönes Beispiel sind die Aktionstage "Total tote Dose". In vielen Orten ha-

ben Gruppen am gleichen Tag Aktionen für einen dosenfreien Stadtteil gemacht. In ein paar Großstädten waren die bundesweiten Medien mit dabei.

### Anfragen an Behörden

An Behörden können Anfragen zum Stand von Planungen und Maßnahmen gerichtet werden. Das ist z.B. in Form eines "offenen Briefes" möglich, der gleichzeitig an die Presse gesandt wird.

### Anzeigen in Zeitungen

Viele Leute schalten gemeinsam eine große Anzeige in der Lokalzeitung und beziehen so zu einem aktuellen Thema Stellung. Die Kosten werden geteilt. Kleine Anzeigen, die auf eine Aktion oder ein Projekt hinweisen, bekommt mensch - auch in überregionalen Medien - gelegentlich als "Lückenfüller" umsonst unter, wenn die Zeitung dafür eine Spendenquittung bekommt (siehe Kapitel 11, "Pressearbeit").

### Auspackaktionen

Um auf die Relation von Verpackung und Inhalt hinzuweisen, wird die Ware an der Supermarktkasse ausgepackt. Der "Grüne Punkt" löst nicht die Abfallprobleme - Auspackaktionen sind immer noch aktuell. Wichtig ist, daß die Presse mit dabei ist (siehe Kapitel 11, "Pressearbeit"), auch um Überreaktionen von FilialeiterInnen zu vermeiden.

### Ausstellungen

Eine Möglichkeit, ein großes Publikum zu erreichen, und außerdem ein guter Rahmen für weitere Aktionen sind Ausstellungen. Es können lokale Themen selbst aufgearbeitet oder eine größere Ausstellung in die Stadt geholt werden. Schulen, Büchereien, Banken, Universitäten und Rathäuser sind geeignete Räumlichkeiten. Wichtig ist, daß der Ort gut zugänglich und reich frequentiert ist. Sinnvoll ist, wenn eine Ausstellung auch betreut wird, z.B. in Verbindung mit einem Büchertisch. Eine gute Ausstellung spricht vor allem durch Bilder an - "Bleiwüsten" liest niemand (siehe Kapitel 13, "Layout und Druck").

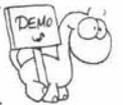
B

### Befragungen

Um die Einstellung der Bevölkerung zu einer Frage herauszubekommen und BürgerInnen zum Nachdenken anzuregen, ist eine Befragung sinnvoll. Doch müssen für ein repräsentatives Ergebnis schon ein paar hundert Menschen befragt werden, die auch den Durchschnitt widerspiegeln sollten. Für eine gute Befragung kann es sinnvoll sein, mit SozialwissenschaftlerInnen (Unis) zusammenzuarbeiten. Eine nette Aktion sind auch "Alternative Wahllokale" an Wahltagen in der FußgängerInnenzone, an denen über drängende politische Fragen direkt "abgestimmt" werden kann und auch Kinder/Jugendliche oder/und AusländerInnen stimmberechtigt sind.

### Blockade

Eine Aktionsform, die leicht in Gefahr gerät, die Grenze der Legalität zu überschreiten. Aber nicht je-



de Blockade ist strafbar. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine reine Sitzblockade ohne Materialeinsatz keine Nötigung. Blockaden erfordern jedenfalls Mitarbeit von erfahrenen Leuten.

**Boycott**

Boycott ist der Versuch, den/die "GegnerIn" zu isolieren oder zu schädigen, indem aufgerufen wird, bestimmte Produkte, Einrichtungen, Veranstaltungen etc. zu meiden. Bekannt ist der "Tropenholzboycott" oder der "SchülerInnen-Einwegboycott".

Boykottaufufe sind legal, wenn sie nicht mit wirtschaftlichen Eigeninteressen verbunden sind. Vorsicht: Nur abgesicherte Fakten verbreiten! Falschassagen ermöglichen rechtliches Vorgehen und sind peinlich, wenn sie die Firma glaubwürdig dementieren kann. Ein wirksamer Boycott bedarf einer gewissen Größe, er muß für die Firma spürbare Folgen hinterlassen.

**Büchertische**

Büchertische sind beliebte Informationsquellen bei Veranstaltungen wie Kongressen, Straßenfesten, Demonstrationen etc. Büchertische können entweder selbstorganisiert oder in Zusammenarbeit mit einem Buchgeschäft aufgebaut werden. Verlage überlassen vielleicht den einen oder anderen Titel in Kommission, d.h. nicht verkaufte Exemplare werden nach der Veranstaltung zurückgegeben, bzw. geben Bücher zum Buchhandelsrabatt ab. Aber Achtung: Sie unterliegen in der Regel der Preisbindung.

**BürgerInnenversammlung**

Das ist eine rechtlich vorgesehene Form der Anhörung von BürgerInnen in Gemeinden, die offiziell einberufen wird. Dazu ist eine bestimmte Zahl von Unterschriften nötig. Die Zahl der Unterschriften muß vorher in Erfahrung gebracht werden, sie ist überall verschieden.

**C**

**Camps und Hüttendörfer**

Eine besonders intensive und dauerhafte Aktionsform sind Zeltlager oder Hüttendörfer an Stellen, wo eine Umweltsauerei geplant ist.

Auf der geplanten Trasse einer Straße, dem Gelände geplanter Golfplätze, Teststrecken, Flughäfen etc. werden Zelte und Hütten errichtet und bewohnt. Öffentlichkeitsarbeit und Kontakt zur Bevölkerung sind wichtig.

**D**

**Datumsaktionen**

Es werden Aktionen an einem bedeutenden Datum durchgeführt, z.B. dem Jubiläum einer Umweltkatastrophe. Bekannt sind z.B. Demos an den Jahrestagen des Atom-Unglücks in Tschernobyl.

**Demanipulation**

Den ganzen Tag werden wir von allen Seiten mit Infos berieselt - von "objektiven" Zeitungen und direkt von Großkonzernen und LobbyistInnen. Die Absichten der MeinungsmacherInnen enthüllen heißt demanipulieren. Das kann dadurch geschehen, daß mensch - in Kenntnis der heimlichen Absicht und scheinbar ahnungslos - bewußt, "moralisch gefestigt" (!) und mit offenen Augen ein Stück weit in die Falle (Veranstaltungen von Gentechnik-BefürworterInnen, Gespräche an Infoständen der Autolobby etc.) hineinläuft. Anschließend ist es möglich, öffentlich Bericht zu erstatten, den Mechanismus zu beschreiben und offen zu legen, wie da gearbeitet wird.

**Demonstration**

Die "klassische" Demonstration beeindruckt vor allem, wenn viele Leute beteiligt sind. Aber auch mit wenigen Menschen kann eine Demo schon Aufmerksamkeit erregen, vor allem, wenn sie mit originellen Ideen verknüpft ist. Eine Demo kann mit Straßentheater, Infoständen, "Die-In's" und vielem mehr kombiniert werden. Beliebt sind auch Fahrraddemos - sowohl in der Stadt, als auch mehrere Tage über Land.

**Denkmäler einhüllen**

Als das Waldsterben noch öffentlich war (inzwischen hat sich fast jede/r daran gewöhnt), gab es vielerorts "Denkmalschutz"-Aktionen. Ein Denkmal oder ein kleiner Baum wurden mit einer Plane gegen den "sauren Regen" geschützt - meist auf öffentlichen Plätzen. Dazu wurden Flugblätter verteilt, aus denen hervorging, daß Luftverschmutzung Bäume und Kulturdenkmäler angreift.

**Dokumentation**

Eine gute Dokumentation anzulegen, ist eine schwierige und zeitraubende Arbeit, lohnt sich aber, um größere Aktionen zu dokumentieren und auf diese Weise Erfahrungen weiterzuvermitteln.

**Dozenfreie (x-freie) Zonen**

In einem Stadtteil wird mit allen EinzelhändlerInnen verhandelt, ein umweltschädliches Produkt (z.B. die Getränkedose) aus dem Sortiment zu nehmen. Wenn alle dem zustimmen, wird dies gegenüber der Presse bekanntgemacht.

**Literatur:**

Gute Arbeitshilfen für die Organisation eines Boykotts enthält die gleichnamige Broschüre der Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden. "Boycott" ist erhältlich beim: Büchertisch der Umweltwerkstatt Herrlichkeit 1 27283 Verden

**Infomaterial:**

Kostengünstiges Informationsmaterial z.B. für Büchertische gibt es bei der: MaterialAuswahl Umweltschutz (MAUS) Postfach 1818 36228 Bad Hersfeld





## 1.12

### Dosenvorhang

Um auf den gigantischen Müllberg hinzuweisen, der durch Getränkedosen verursacht wird, wird ein bedeutendes Gebäude in der Stadt mit leeren Getränkedosen an einem Baugerüst zugehängt - z.B. mit so vielen, wie in der Stadt an einem Tag verbraucht werden. 1992 wurde in Berlin so das Brandenburger Tor von SchülerInnen "eingedost".

### E

### Exkursion

Exkursionen in von Naturzerstörung bedrohte Gebiete sind eine gute Möglichkeit, Menschen für die Bedrohung zu sensibilisieren. Wer die Natur nicht kennt, wird wenig Interesse an ihrem Erhalt zeigen.

### F

### Fahrraddemo

Demonstrationen mit dem Fahrrad können relativ große Entfernungen zurücklegen und werden von vielen Leuten gesehen. Beliebt sind "demonstrative Fahrradtouren" z.B. entlang der Trasse einer geplanten Autobahn. Sie gehen über mehrere Tage mit Übernachtung in Turnhallen oder Zelten. Solche Touren motivieren oft viele Menschen zum Mitfahren, gerade wenn sie die richtige Mischung aus erholsamer, netter Radtour und politischer Demo bilden.

### Ferienspiele

Viele Gemeinden und Städte bieten für Kinder in den Schulferien Ferienpässe oder Ferienkalender an. Eine (Umwelt-) Gruppe kann in Absprache mit den Herausgebern (Gemeinde- oder Stadtverwaltungen) hier eigene Veranstaltungen anbieten, z.B. Exkursionen, Naturschutzeinsätze, Seminare oder alles andere, wo Kinder mitmachen können. Meist haben solche Ferienpässe lange Vorlaufzeiten.

### Flugblätter

Sie sind ein wichtiges Medium zur Verbreitung von Inhalten, gerade auf Demonstrationen und an Infoständen. Wichtig: Weniger Text ist mehr; lange

Flugblätter werden fast nicht gelesen. Kleine Mengen lassen sich kopieren, große Mengen drucken - am billigsten oft an Schulen, Unis und sozialen Einrichtungen (siehe Kapitel 13, "Layout und Druck"). Am Infostand sollten passend für Interessierte ausführlichere Broschüren bereitgehalten werden.

### G

### Gebete und Gottesdienste

Gebete und Gottesdienste an von Umwelterstörung betroffenen Orten dienen der inneren Sammlung und vermitteln persönlichen Rückhalt und Stärke. Kritische PastorInnen sind oft wichtige MittlerInnen zwischen Bevölkerung und politischen Bewegungen.

### Geldscheine

Es werden Flugblätter in geldscheinähnlicher Form gedruckt, auf denen z.B. steht, welche Kosten ein umwelterstörendes Projekt für den/die SteuerzahlerIn verursacht. Wichtig: Darauf achten, daß solche "Geldscheine" echtem Geld nicht zu ähnlich sind - in Göttingen gab es schon eine Strafanzeige gegen die DesignerInnen eines "Neander-Talers", weil jemand in einem Lokal den Schein mit Affenkopf tatsächlich als Zahlungsmittel erfolgreich verwendet hatte.

### Go-In

Ein Raum, ein Büro o.ä. wird symbolisch für einige Zeit "besetzt". Wenn eine Behörde die Bearbeitung eines Vorgangs verzögert, kann die Gruppe "vorbeischauen" und mit Kaffee, Kuchen, Schlafsäcken etc. dableiben, bis die Antwort endlich da ist. Die Presse sollte mit dabei sein.

### H

### Hausbesuche

Es ist nicht leicht, an der Haustür zu klingeln, um eine Diskussion anzufangen. Mensch muß also einen akzeptablen Anlaß schaffen, z.B. eine Unterschriftensammlung.

### I

### Imageschädigung

Firmen aber auch Behörden reagieren auf Veröffentlichung von internen Vorgängen, die sie in einem schlechten Licht stehen lassen, oft sehr sensibel.

### Infostände

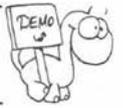
Ein gut gemachter Infostand kann auf Straßenfesten, in der FußgängerInnenzone, auf Wochenmärkten oder an ähnlichen Anziehungspunkten Aufmerksamkeit erregen. Wichtig ist, offensiv auf Leute zuzugehen. Ein langweiliger 08/15-Stand interessiert niemanden. Straßentheater, eine Ausstellung, Musik, Jonglage und vieles andere mehr machen einen Infostand interessant.

Auf Privatgrund (z.B. im Bahnhof) ist eine Genehmigung des Eigentümers/der Eigentümerin nötig, auf öffentlichem Gelände eine sogenannte Sonder-

### Literatur:

Gugel, G., Furtner, H.  
(1983): Gewaltfreie  
Aktion (112 S.)  
ISBN 3-922833-29-2a





nutzungserlaubnis. Diese stellt je nach Kommune normalerweise das Liegenschaftsamt oder das Ordnungsamt aus, evtl. gegen Gebühr. Meist ist ein Verkaufsstand teurer als ein reiner Infostand. Materialien können aber "gegen Spende" abgegeben werden. Bei Straßenfesten oder Märkten gibt es meist zentrale Genehmigungen für die Veranstaltung - hierfür ist das Einverständnis der VeranstalterInnen nötig.



### Lindwurm

Mehrere Menschen bewegen sich unter einem langen Bettlaken als "Lindwurm" durch die FußgängerInnenzone. An die Seite wird eine Forderung o.ä. gemalt. Der Lindwurm eignet sich auch, um z.B. auf einen Infostand aufmerksam zu machen.

### Lobbybildung

Kontakt zu "VolksvertreterInnen" aufnehmen, sie zu Hause oder bei "BürgerInnen-Sprechstunden" besuchen, persönliche Briefe schreiben: Das zwingt sie, sich mit dem Volk zu beschäftigen (siehe Kapitel 2, "Behörden und Lobbyarbeit").



### Mahnwache

Sie ist rund um die Uhr anwesend. Es gibt viele Möglichkeiten zu einer Mahnwache. Wichtig sind genügend Leute, die sich auch abwechseln können.

### Menschenkette

Menschen umrunden symbolisch ein bedrohtes Gebiet oder eine umweltschädigende Einrichtung oder verbinden zwei Orte miteinander, indem sie einander an den Händen halten.

### Mitmachkarten

Eine Mitmachkarte ist eine Postkarte mit Kontaktadresse und Kurzvorstellung der Gruppe und ihrer Ziele. Sie kann mitgenommen und eingeschickt werden. Kurztentschlossene können aber auch sofort ihre Adresse aufschreiben und vor Ort in einen Karton werfen. Mitmachkarten gehören an jeden Infostand, in jede Ausstellung, zu Vorträgen etc.



### Naturschutzeinsätze

Für viele Umweltgruppen nehmen praktische Biotopflegeeinsätze einen wichtigen Teil ihrer Arbeit ein. Solche Einsätze verkommen leicht zum Alibi, wenn ringsum weiter Natur zerstört wird. Sinnvolles Handeln erfordert eine Menge Überlegung und Kenntnisse. Wer ein Naturschutzprojekt plant, sollte Kontakt zu erfahrenen Gruppen aufnehmen.

### Nichtzusammenarbeit

Jede Zusammenarbeit mit dem/der GegnerIn wird vermieden.



### Ordnungsstörung

Ordnungsstörung als gewaltfreie Aktion ist ein gut vorbereitetes Eindringen in anderer Leute Ordnung. So nutzte z.B. eine Gruppe Jugendlicher den feierlichen Rahmen der Verleihung eines Umweltpreises, um öffentlich auf die Paradoxie der Vergabe des Preises durch ein umweltschädigendes Unternehmen hinzuweisen. Als in Göttingen die Stadtverwaltung einen Umwelttag samt Clownshow mit Werbung für den "Grünen Punkt", aber ohne Beteiligung von Umweltgruppen abhielt, hing über der Bühne ein Transparent: "Erst spricht der Umweltdezernent, und dann kommt noch ein Clown".



### Petition

Eine Petition ist eine Bittschrift. Sie kann als Brief, Postkartenaktion oder Unterschriftenliste gestaltet sein. Petitionen können an alle Parlamente gerichtet werden. Sie müssen immer Name, korrekte Anschrift und Unterschrift der/des BittstellerIn enthalten.

### Plakatieren

Plakate erregen Aufmerksamkeit und weisen auf Veranstaltungen aller Art hin. Große Plakatflächen können gemietet, kleine Plakate in Läden aufgehängt (BesitzerIn fragen) oder mit Tapetenkleister in der Stadt verklebt werden. Vorsicht: An vielen Stellen ist Plakatieren Sachbeschädigung. Werden nur bereits plakatierte Flächen (außer vermieteten) und ausgewiesene Plakatierflächen verwendet, kann nur wenig passieren. Plakate dürfen nicht zu viel Text enthalten. Gut ist, wenn Plakate, Transparente und Flugblätter zu einer Aktion ähnlich gestaltet sind.



1.14

## Postkartenaktion

Zwei Varianten sind möglich. Bei beiden ist auf der Postkarte ein Text zum Problem abgedruckt. Die eine Form ruft auf, die Karten an eine bestimmte Adresse zu senden, wo dann tausende eintreffen und die Forderung unterstreichen. Bei der anderen Form werden die Karten an FreundInnen und Bekannte verschickt. Sie enthalten den Aufruf, weitere Karten zu bestellen und selbiges damit zu tun.

## Projektstage

Im Rahmen von Projekttagen an Schulen ist oft einiges möglich. Wer LehrerInnen oder SchülerInnen kennt, kann sich mit Infoständen, Ausstellungen oder Vorträgen einladen lassen oder sogar mit SchülerInnen zusammen z.B. eine Ausstellung entwerfen.

R

## Rücken zukehren

Bei Vorträgen und Ansprachen, wo keine Möglichkeit zur Diskussion besteht, dreht sich eine Gruppe demonstrativ um und kehrt dem Redenden den Rücken zu. Die wenigsten Redner können dies "cool" übergehen und geraten meistens aus dem Konzept.

## Rückgabe von Papieren

Bekannt ist die freiwillige Rückgabe von Führerschein, um auf das umweltschädigende Verkehrsmittel Auto zu verzichten. Beim Umweltfestival Auftakt 1993 bekamen TeilnehmerInnen, die ihren Führerschein zurückgegeben hatten, eine Freikarte.

S

## Sandwiches

Große Plakate auf Pappe geklebt, die mensch vor dem Bauch und auf dem Rücken trägt, verbunden mit Kordel über der Schulter.

## Satirische Preisverleihung

Hessens Ministerpräsident Eichel bekam auf dem Hessentag 1995 feierlich vor Presse und Öffentlichkeit die "Goldene Umweltsau" überreicht, weil das Land bei der Ausrichtung des Hessentages selbst Minimalstandards im Umweltschutz unterboten hatte.

## Strafzettel

Um AutofahrerInnen z.B. auf die CO<sub>2</sub>-Belastung durch den Pkw-Verkehr hinzuweisen, haben sich nachlayoutete "Strafzettel" als wirkungsvoll erwiesen. Sie sind besonders auf großen Parkplätzen schnell - unter die Scheibenwischer geklemmt - verteilt und erschrecken die AutofahrerInnen erst einmal sehr, besonders, wenn sie optisch an "Knöllchen" erinnern.

## Straßentheater

Es macht ein wenig Arbeit, aber auch sehr viel Spaß, wenn plötzlich alle ihre Fähigkeit zur Improvisation und ihre Spontaneität entdecken. Die Stücke sollten kurz sein und wenig Text enthalten, damit die Leute im Vorbeigehen alles mitkriegen. Eine Variante ist das "unsichtbare Theater", wobei PassantInnen nicht

merken, daß hier gespielt wird, z.B. können zwei Leute in der Straßenbahn über ein kommunalpolitisches Thema diskutieren und Umstehende mit einbinden.

T

## Telefonaktion / Faxaktion

Wenn viele Leute an einem Tag bei einem umweltschädigenden Unternehmen oder einer Behörde anrufen und Fragen stellen, liegt da rasch alles lahm. Auch hunderte von Faxen sind eindrucksvoll und behindern die alltägliche Arbeit.

U

## Überreichen einer Resolution

Im Rahmen einer kleinen Demonstration werden Forderungen beispielsweise der am Ort regierenden Partei übergeben.

## Umbenennung von Einrichtungen

Straßen oder Institutionen, die nach zweifelhaften Personen oder Ereignissen benannt sind, werden durch Überkleben der Schilder symbolisch umbenannt. Gleichzeitig wird von den Verantwortlichen eine Umbenennung gefordert.

## Unterschriftensammlung

Unterschriftenlisten müssen Namen, Adresse und Unterschrift enthalten. Wirksamer ist das Sammeln von Einwendungen gegen zerstörende Planungen.

Entscheidend ist die Form der Übergabe: Werden 1.000 Unterschriften als Stapel im stillen Kämmerlein an die/den UmweltministerIn bzw. seinen/ihrer StaatssekretärIn übergeben, reißt das niemandem vom Hocker: weder den/die StaatssekretärIn noch die Presse und die Öffentlichkeit. Praktisch ist es, wenn die Übergabe - begleitet von einer Aktion - dann stattfindet, wenn sowieso die Medien anwesend sind. So geschehen bei einer Umweltministerkonferenz: Zunächst wurde den MinisterInnen ein Dosenberg vor die Tür gekippt. Danach wurden die Unterschriftenlisten, die zu einer 100 Meter langen Kette aufgefädelt waren, in die Konferenz getragen. Die Forderungen konnten kurz vorgestellt werden, und die MinisterInnen wurden von der Presse zu den Forderungen interviewt. Auf diesem Weg haben 10.000 Unterschriften für einen Bericht in den Tagesthemen gereicht. Seitdem heißt es: "Die Umweltministerkonferenz unterstützt Dosenfreie Zonen".

## Der Autor

Peter von Räden (Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung)  
c/o Kultur und Ökologie e.V.  
Postfach 11 31, 27261 Verden  
Tel. 04231/4878, Fax 4879  
eMail: p.rueden@link-n.cl.sub.de



# Klinken putzen gehen!?

2.1

Dieses Kapitel bezieht sich auf Situationen in der Kommunalpolitik, die (noch) nicht eskaliert sind oder deren Konfliktpotential relativ gering gehalten werden kann. Gegen Klimaschutzmaßnahmen zum Beispiel, noch dazu unter dem Rückenwind einer Resolution der UNO (Lokale Agenda 21), wird bis zu einer gewissen Radikalität kaum eine/r etwas haben. Und ein Radweg ist zumindest dann immer mehrheitsfähig, wenn man damit nicht Einschränkungen für den Motorisierten Individualverkehr verbindet. Oft gibt es also die Chance, durch konstruktive Kommunikation zu einem guten Ergebnis zu kommen. Hilft dies nichts, muß eben eine "schärfere Gangart" eingeschlagen werden (siehe u.a. Kapitel 1, "Aktionsformen" oder 11, "Pressearbeit"). Letztlich ist es bei fast allen politischen Auseinandersetzungen klug, zumindest im Vorfeld konstruktive Gesprächsbereitschaft gezeigt zu haben.

## Ausgangssituation

Angenommen, eine Initiative verfolgt bestimmte Anliegen: Stadt, Landkreis oder die Gemeinde sollen überzeugt werden, z.B. auf Tropenholz in öffentlichen Bauten zu verzichten, eine Fußgängerzone einzurichten oder einen Fußgängerüberweg zu schaffen.

Wer ist zuständig? Wie können die Verantwortli-



chen überzeugt werden? Welche Organisationen/Personen können dabei hilfreich sein?

Um diese Fragen beantworten zu können, ist es notwendig, die Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen zu kennen sowie die Menschen und Interessenverbände, die hier wirken. Sogenannte "informelle Informations- und Entscheidungswege" dürfen dabei, ob

sie nun befürwortet oder bekämpft werden, nicht außer acht gelassen werden. Vor allem für langfristig ausgerichtete Projekte und Initiativen ist es wichtig, sich damit auseinanderzusetzen.

## Langfristig arbeiten

Aus zwei Gründen empfiehlt sich Behörden- und Lobbyarbeit vor allem für längerfristige Initiativen:

1. Erfolgreiche Lobbyarbeit baut nicht nur auf vereinzelten Gesprächen zu FunktionsträgerInnen auf, sondern in der Regel auf einer gewissen Vertrauensbasis zwischen den GesprächspartnerInnen. Dies erfordert eine

langfristige kontinuierliche Arbeit.

2. Viele Initiativen entstehen erst in einer akuten Bedrohungssituation. Leider ist es dann aber meistens schon zu spät, effektiv Einfluß zu nehmen, wenn die Pläne bereits jahrelang diskutiert wurden. Außerparlamentarischer Druck gewinnt durch dauerhaftes Einbringen eigener Themen immens an Schlagkraft.

### Literatur:

B.A.U.M. Consult:  
Die umweltbewußte  
Gemeinde  
(1996, Bayr. Umwelt-  
ministerium in Mün-  
chen, 2 Ordner)  
Umfangreich, gut ge-  
staltet und sehr pra-  
xisorientiert sind die  
beiden Aktenordner:  
Handlungskonzepte  
und konkrete Anlei-  
tungen zu allen The-  
menfeldern des Na-  
tur- und Umweltschut-  
zes in der Gemeinde.  
Überraschend, wel-  
che Qualität aus ei-  
ner staatlichen Stelle  
kommt, wenn auch  
deutlich einige Gren-  
zen zu erkennen sind.  
Gar nicht brauchbar  
sind die Literaturli-  
sten, dort finden sich  
kaum gute Bücher,  
sondern fast nur  
Ministeriumsschriften  
u.ä. Dennoch: Die 2  
Ordner sind das be-  
ste, was zur Zeit  
als Übersicht auf  
dem Markt ist.



Diese beiden Gründe sprechen nicht gegen Lobbyarbeit bei kurzfristigen Situationen. Eine langfristige Arbeit ist aber meist erfolgversprechender, wenn der Weg über Kontakte zu Politik und Verwaltung läuft.

## Öffentl. Entscheidungsstrukturen

Politische Entscheidungen werden in den legislativen Organen und Gremien gefällt. Die größte Bedeutung auf kommunaler Ebene sollten dabei die von den BürgerInnen gewählten Parlamente (Stadt-/Gemeinderat, Stadtverordneten- oder GemeindevertreterInnenversammlung, Kreistag etc.) haben. In einigen Bundesländern ist der Einfluß von LandrätInnen bzw. BürgermeisterInnen sowohl gegenüber der Verwaltung als auch gegenüber den Parlamenten groß, da sie direkt gewählt (und abgewählt) werden und oft auch an der Verwaltungsspitze stehen.

Neben dieser in Süddeutschland verbreiteten dualen Rat-BürgermeisterIn-Verfassung existiert das Modell der norddeutschen Ratsverfassung und der Magistratsverfassung. So ist der/die BürgermeisterIn in Norddeutschland lediglich "ehrenamtliche/r" Vorsitzende/r des "allmächtigen" Rates, während die Verwaltung der/dem StadtdirektorIn untersteht. In Hessen und Schleswig-Holstein ist der/die BürgermeisterIn Vorsitzende/r der Verwaltung, nicht aber des Rates.

Den Parlamentsausschüssen kommt generell meist eine beratende Funktion zu. Trotzdem tagen zumindest die Fachausschüsse in der Regel öffentlich und tragen wesentlich zur Entscheidungsfindung bei. Über die Termine von solchen Sitzungen kann mensch sich meistens in der lokalen Presse, fast immer jedoch im "Anitätsblatt" der Kommune informieren.

In der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung werden die Exekutiven vor Ort zusammengefaßt. In diesem Sinne sind die Kommunalbehörden und -ämter in erster Linie "ausführende Organe". Ihr beratender Einfluß auf die Legislative ist durch die Fachkompetenz und das umfassende Personal jedoch erheblich. Im Falle früherer Entscheidungen des

Rates, bzw. bei entsprechenden Vorgaben durch Landes- oder Bundesgesetze kann auch die Stadtverwaltung selbst entscheiden. Dieser stehen für die Auslegung dieser Vorgaben umfangreiche Ermessensspielräume zur Verfügung. Generell ist zu sagen, daß die Kommunalverwaltung eine der ersten, wenn nicht die erste Ansprechpartnerin für BürgerInnenanliegen ist.

## Der öffentliche Haushalt

Sehr viele gute Ideen und Projekte werden spätestens dann nicht umgesetzt, wenn sie nicht finanziert werden können. Oftmals ist es aber auch die "griffigste" Ausrede für eine Stadt oder Gemeinde, sich mit dem Verweis auf die leeren Kassen der Verantwortung zu entziehen.

Deswegen lohnt es sich immer, einen Blick in den Haushaltsplan der Kommune zu werfen. Die öffentlichen Haushalte der Städte und Gemeinden werden meist zu Beginn des Jahres vom Parlament beschlossen. Die Diskussionen um den Haushalt beginnen oft schon im Oktober und enden mitunter erst im März. Nach der Verabschiedung des Haushaltes liegt dieser öffentlich aus. Ansonsten kann er bei den ParlamentarierInnen eingesehen werden.

Ein Haushalt ist in der Regel sehr umfangreich und oft selbst für Abgeordnete ein Buch mit sieben Siegeln. Wichtig zu wissen ist, daß Haushalte generell in einen Vermögenshaushalt und einen Verwaltungshaushalt geteilt sind. Vorhaben mit größeren Investitionen müssen deswegen im Vermögenshaushalt gesucht werden, während sogenannte "Fördertöpfe" oft im Verwaltungshaushalt versteckt sind.

**Wichtig:** Zu vielen Ausgabeposten gibt es auch einen Einnahmeposten der Stadt. Hier erst sieht mensch, wieviele Zuschüsse die Kommune für das Projekt bekommt und wieviel sie eigentlich selbst dazu gibt.

Wer in die politische Haushaltsdebatte einsteigen will oder aber einen Überblick über die Problemlage der städtischen Kassen bekommen möchte, kann dafür auch öf-

### Literatur:

Thomas Dohmen:  
Bürger und Behörden  
(1993, Dreisam  
Verlag in Köln, 176 S.

Leo Kifler u.a.:  
Das kleine Rathaus  
(1994, Nomos in Baden-Baden, 228 S.)  
Hinweise zur Kundenorientierung und Produktivitätssteigerung einer Gemeindeverwaltung.

Roland Roth/  
Hellmut Wollmann:  
Kommunalpolitik  
(1994, Leske & Buchdruck Opladen, 628 S.) Eine umfassende Einführung in alle Organisations- und Themenfelder der Gemeinde.



fentliche Sitzungen des Finanzausschusses nutzen. Oder aber mensch wendet sich direkt an den/die oberste/n Verantwortliche/n über die kommunalen Finanzen: die/den Stadt- bzw. Gemeindegemeinderat/in. Mitunter ist auch der/die BürgermeisterIn oder der/die Erste Beigeordnete für die Erstellung und Verwaltung des Haushaltes zuständig.

Sollte einmal kein Geld im aktuell beschlossen Haushalt zur Verfügung stehen, gibt es immer noch die Hoffnung auf einen Nachtragshaushalt. Durch ihn kann die Stadt auf unvorhersehbare Ereignisse im Laufe des Jahres reagieren.

## Die Verwaltung

Der erste Weg führt meist ins Rathaus bzw. in ein sogenanntes Bürgerbüro.

In der Verwaltung ist zunächst einmal zu klären, wer zuständig ist. Dies ist leicht durch den/die PförtnerIn oder MitarbeiterIn in städtischen Bürger- und Umweltberatungs-



einrichtungen zu erfahren. Existiert von der Stadt oder Gemeinde kein Verwaltungsorganisationsplan oder eine ähnliche Broschüre, hilft auch das Telefonbuch bzw. die Telefonauskunft der Stadtverwaltung aufs erste weiter. Gute Tips über die offiziellen und internen Strukturen geben zudem BürgerInneninitiativen und Projekte, die bereits länger aktiv sind.

Wichtig ist es, sich zu überlegen, auf welcher Verwaltungsebene mensch ansetzen will. Für Erkundigungen und Informationen

reicht meist die untere Ebene. Für konkrete Vorstöße zur Umsetzung von Anliegen muß nicht erst jeder Amtsschimmel geritten werden: Oft kann es hier sinnvoll sein, erst auf der Ebene der Sachgebiets- oder Amtsleitung anzusetzen.

Sind für die Umsetzung des eigenen Projektes auch finanzielle Zuschüsse erforderlich, sollten unbedingt vorher eventuelle Förderrichtlinien gelesen werden (siehe Kapitel 14, "Finanzen").

Am überzeugendsten sind allerdings die sachlichen Argumente. Um diese gut rüberzubringen, sollte mensch sich im Vorfeld genau und kritisch mit der Sachproblematik auseinandergesetzt haben. Oft empfiehlt es sich, prägnante Gutachten und Studien zu kennen und gegebenenfalls den behördlichen Gegenüber darauf zu verweisen. Mitunter wird es sogar günstig sein, eine Studie in Auftrag zu geben.

Trifft mensch auf ein Gegenüber, der/die den Ideen und Vorschlägen sehr aufgeschlossen ist und auch die Verwaltungsspitze (StadtdirektorIn, FinanzdezernentIn, BauamtsleiterIn) davon überzeugen kann, so ist vieles bald kein Problem mehr.

## Wenn es nicht klappt ...

Es kann natürlich auch passieren, daß die die Verwaltungsspitze den Vorschlag ablehnt oder die Initiative von der Verwaltung blockiert bzw. gar boykottiert wird.

Die Ablehnung des/der VerwaltungsbeamtenIn kann verschiedenste Gründe haben. So kann es sein, daß das Anliegen nicht ausreichend begründet war und/oder, daß aufgrund generell anderer Wertvorstellungen der/die AnsprechpartnerIn zu anderen Ergebnissen kommt. In Streitfällen kann durch weitere Verhandlungen oder letztlich auch durch einen Antrag im Stadtrat eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ein solcher Antrag muß von einer im Parlament vertretenen Fraktion eingebracht werden. In manchen Kommunalverfassungen ist es auch möglich, direkte BürgerInnenanträge in der Art eines BürgerInnenbegehrens zu stellen.

### Literatur:

Schmid/Fleischer:  
Rechtsschutz im Verwaltungsrecht A-Z  
(1992, dtv in München, 274 S.)

Jürgen Streich:  
Dem Gesetz zuwider  
(1993, Zebulon in Düsseldorf, 152 S.)  
Das Buch ist gerade 3 Jahre alt und schon wird es veramscht. Interessiert das Thema nicht? Dabei könnte das Buch helfen, die Augen zu öffnen für die Realität: Deutsche Behörden schlampfen und decken umweltzerstörende Industrie - selbst dann noch, wenn die Firmen selbst zu Verbesserungen bereit sind bzw. die Schädigungen zugeben.



### 2.4

Problematisch wird es, wenn das Handeln des/der Verwaltungsbeamten/in nicht durch Rationalität, sondern durch andere Faktoren geprägt ist. Es kann zum Beispiel sein, daß diese/r einfach andere Disziplin- und Ordnungsvorstellungen vertritt oder daß er/sie befürchtet, mit seiner/ihrer Zustimmung, die Interessen von Vorgesetzten oder anderen einflußreichen Interessensgruppen in der Stadt zu verletzen. Es kann ihm/ihr aber auch schlichtweg zuviel Aufwand erscheinen, sich auch noch um ein weiteres Anliegen zu kümmern. In all diesen Fällen kann mensch so viele gute Gründe vorbringen, wie er/sie will: Der Verwaltungsmensch setzt sich ohne echte Auseinandersetzung über das Anliegen hinweg.

### Öffentlicher Druck

Das braucht sich eine Gruppe aber nicht bieten zu lassen. Es stehen viele Möglichkeiten offen, kommunalpolitisch Druck zu machen, sei es durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, sei es durch Einschalten von Vorgesetzten oder letztlich durch einen herbeigeführten Beschluß des Stadtrates im Sinne des Anliegens. Ohnehin sollten öffentliche Forderungen und Anliegen auch von vornherein mit Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden, um so schon "sanften" Druck auszuüben und eine Verpflichtung herbeizuführen. Wenn der große politische Vorschlaghammer ausgepackt wird, sollte auch beachtet werden, wie Kommunalpolitik informell abläuft. Es gilt, von Situation zu Situation abzuwägen, welches Verhalten angemessen ist.

### Filz & Tradition

Neben der Verwaltung spielen noch weitere kommunalpolitische Akteure eine Rolle: WählerInnen, Parteien, Lokal-/Presse, Interessensgruppen und prominente Einzelpersonen. Wenn mensch sich Kommunen anschaut, dann gibt es auf der einen Seite den offiziellen Weg. Diese haben mit den Organen Stadtverwaltung und Stadtrat nebst Parteien einen vorgegebenen Rahmen. Neben

dem offiziellen Wegen gibt es aber auf der anderen Seite viele ungeschriebene "Gesetze" und Konventionen. Diese werden von Menschen übernommen und aufrechterhalten, die durch formelle und informelle Kontakte verbunden sind. Entstehungsorte solcher Beziehungsgeflechte können sein: ehemalige Schulklassen, Familien, Verwandtschaft, Kirchen, kommunale Wirtschaftverbände, Firmen, Parteien, Banken, Vereine, Skatklubs, Sportvereine, Geheimlogen etc.

Diese Gefüge gilt es, beim Mitmischen in der Kommunalpolitik im Auge zu behalten, weil Konflikte in diesem Rahmen in der Regel nicht über brachiale Formen von Öffentlichkeitsarbeit oder Dienstaufsichtsbeschwerden gelöst werden.

Die Anwendung solcher Mittel gilt an vielen, insbesondere kleineren Orten, kodexgemäß schon als unmöglich und untragbar. Bei der kommunalen Meinungsbildung und bei der Einschätzung der jeweiligen gegnerischen Macht spielt es eine große Rolle, welche Rückendeckung diese bei entscheidenden Personen aus entscheidenden Netzwerken hat.

### Im Machtkampf

Dann stellt sich die Frage: Welche Möglichkeiten gibt es also, bei einem Machtkonflikt zu handeln? Wenn die VerhandlungspartnerInnen in der Stadtverwaltung oder/und in den Parteien taub und für die Argumente unzugänglich sind, muß auf andere Art und Weise Einfluß genommen werden. Es folgt eine unvollständige Reihe von Ansatzpunkten und Tips.

### Kontakte knüpfen

Entscheidungen sind auch dadurch bestimmt, wer wen kennt. Unterstützung für ein Projekt ist nur durch Kommunikation zu bekommen, sei es durch Gespräche, Pressearbeit oder Aktionen. Argumenten, die im direkten Gespräch vorgebracht werden, steht mensch im allgemeinen aufgeschlossener gegenüber als einem Presseartikel. In einer



solchen Situationen können eigene Einstellungen geprüft und Fehler zugegeben werden. Eine offizielle Stellungnahme in der Presse kann dagegen nicht ohne Gesichtungsverlust zurückgenommen werden. Aus diesem Grund sind informelle Lobby-Gespräche für politische Arbeit ebenso wichtig.

Der erste wichtige Schritt ist, auf einem großen Papierbogen alle Menschen und Organisationen der Stadt aufzuschreiben, die zu einem bestimmten Anliegen Stellung beziehen könnten.

Mögliche kommunalpolitisch einflußreiche Akteure (unvollständige Liste):

- Abgeordnete in den verschiedenen Parteien
- MitarbeiterInnen der Verwaltung
- Mitglieder von Lions-/Rotary-Club
- GeschäftsführerIn/Vorsitzende/r des kommunalen Einzelhandels/Wirtschaftsverbandes/der Industrie und Handelskammer (IHK) oder der Handwerker
- VertreterInnen von Banken
- Landtags-/ und Bundestagsabgeordnete aus der Stadt/dem Landkreis
- VertreterInnen der Presse
- Friseur/ZahnärztInnen/ApothekerInnen/...
- KirchenvertreterInnen
- VertreterInnen von Sport-/Schieß-/Karnevals-/ ... vereinen
- VertreterInnen wichtiger Firmen (ArbeitgeberInnen am Ort)
- etc.

Dann kann markiert werden, welche der Menschen dem Anliegen/der Initiative eher positiv, welche eher negativ gegenüberstehen. Zum Schluß wird geklärt, mit wem es sinnvoll ist, direkt in einem Vier-Augen-Gespräch zu reden und bei wem dies eher kontraproduktiv wäre. Besondere Bedeutung kommt dabei einigen Schlüsselpersonen in der Stadt/der Gemeinde zu. Das sind insbesondere diejenigen, die über Partei- und Interessensgruppen hinweg Kontakte zu Menschen haben, deren Grundüberzeugungen denen der eigenen Partei widersprechen, bzw. die sich auch sonst dafür einsetzen, daß Entscheidungen der Stadt möglichst par-

teiübergreifend im Konsens getroffen werden. Diese Leute sollten das Anliegen auch den zunächst strikten GegnerInnen nahebringen. Dadurch sind sie offener für Inhalte und bekommen den Eindruck, daß eine große Mehrheit den Vorschlägen zugeneigt ist.

### Polarisierung vermeiden

Konfliktvermeidende Lobbyarbeit ist nur dann wirklich erfolgreich, wenn die Diskussion um ein Anliegen noch nicht sehr polarisiert ist, d.h., es ist manchmal schon vor dem Gespräch in der Verwaltung sinnvoll, mit bestimmten Menschen über die Idee zu reden. Wie schon gesagt, gibt es in einem Ort bestimmte ungeschriebene Gesetze, die in den Gesprächen nicht oder nur leicht verletzt werden dürfen, wenn die Argumente gehört werden sollen.

### Anpassen?

Wer es ganz arg treiben will mit der Anpassung, sollte auch darauf achten: Kleidung, Höflichkeit und Ordnung. Dadurch, daß mensch sich auf die Ordnungsvorstellungen des Gegenübers einstellt, signalisiert er/sie Offenheit auch für seine/ihre Einstellungen. Es fällt ihm/ihr im Gegenzug leichter, sich selbst offen zu zeigen und sich nicht an Äußerlichkeiten aufzureiben. Vorsicht: Die Kleidung muß passen, sonst wirkt es steif, unecht, manipuliert.

### Verschwiegenheit

Gerade in direkten Gesprächen bekommt mensch viele Dinge (z.B. kleine Skandale) mit, die unter der Annahme der Verschwiegenheit gesagt werden, auch wenn dies nicht direkt abgesprochen wird. Dies wird kompliziert, wenn mit vielen Personen gesprochen wird, d.h., es muß unterschieden werden, welche Informationen weitergegeben werden dürfen, welche nicht. Werden heikle Informationen an Dritte weitergegeben, muß sorgfältig darauf geachtet werden, daß der/die In-



2.6

formantIn nicht in den Verdacht geraten kann, eine Information ausgeplaudert zu haben. So ist es zum Beispiel bei Informationen aus nichtöffentlichen Ausschußsitzungen oder Magistratssitzungen wichtig, diese Informationen erst dann zu verwenden, wenn mensch sie mindestens von VertreterInnen zweier Parteien gehört hat.

Die Situation zumindestens in kleineren Städten ist so, daß eigentlich alle Interessierten fast alles wissen. Mensch will nur nicht offen darüber reden.

### Offenheit

Fast im direkten Widerspruch zum "Kodex der Verschwiegenheit" steht der "Kodex der Offenheit". Diese Paradoxie wird möglich, weil das Gegenüber in der Regel von der Einhaltung der Verschwiegenheitsregel ausgeht. So kann zwar nicht alles, aber sehr viel gesagt werden. Der kritischste Punkt an der Arbeitsform Lobbyarbeit ist, die Grenze zwischen bewußter Höflichkeit und Akzeptanz des Kodexes und dem Eintreten für die eigenen Interessen nicht zu verwischen. Es gilt zu erkennen, wann die Interessensgegensätze zu dem/der GesprächspartnerIn zu groß sind, bzw. wann den Einstellungen so wenig entgegengekommen wird, daß auf andere Arbeitsformen, wie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder Aktionen etc., zurückgegriffen werden sollte, um mit Druck zu erreichen, daß mensch als GesprächspartnerIn ernstgenommen werden. In der Regel werden die Lobbygespräche erst durch entsprechenden begleitenden Druck, durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wirklich fruchtbar.

## Presse- & Öffentlichkeitsarbeit

### Positive Selbstdarstellung

Presseartikel, Infostände und eigene Publikationen stellen das Anliegen oder auch Kritik positiv vor, ohne direkt auf politischen GegnerInnen einzugehen. Ziel ist es Unter-

stützerInnen zu finden, die eigene Arbeit transparent zu machen und bestimmte Argumente breit zu streuen.

### Druckmittel gegen Ignoranz & Ungerechtigkeit

Mensch kann sich auch direkt mit dem Ziel an die Öffentlichkeit wenden, Druck auf die EntscheidungsträgerInnen auszuüben, eine krasse, bewußt verursachte Ungerechtigkeit zu unterlassen oder aufzuheben. Es geht dabei darum, die EntscheidungsträgerInnen direkt anzugehen und zu kritisieren. Die VertreterInnen der Presse sind vor allem am zweiten Punkt interessiert. Je polarisierter die Diskussion ist, desto einfacher ist sie zu verstehen, desto besser ist sie den LeserInnen zu vermitteln. Dies liegt aber nicht unbedingt im Interesse einer Initiative, weil dadurch nachhaltige Lösungsfindungen, die auf einem einigermaßen breiten Konsens aufbauen, erschwert werden. Nur wenn die Gegenseite sich so verhält, daß z.B. bei der Genehmigung eines Atomstandortes oder einer Autobahn ein Konsens nicht mehr möglich ist, ist die zweite Strategie sinnvoll.

### Auf die Mischung kommt es an ...

Die zweite Form von Pressearbeit trägt natürlich wesentlich zur Konfrontation bei. Gute Pressearbeit kann aber mit einem Mix der beiden Grundformen reagieren. Einerseits sollte sie das Anliegen klar und sachlich formulieren, andererseits klar benennen, welche Hürden dazu zu nehmen sind und wer der Umsetzung zustimmen müßte. Diese Benennung sollte aber nicht in Form einer Anklage formuliert werden. Vielmehr sollte dabei deutlich werden, daß Gespräche und weitere Unterstützung des Prozesses möglich sind. So hat Öffentlichkeitsarbeit indirekt drei Aussagen zu vermitteln:

1. Wir haben ein sachlich begründetes Anliegen, von dem wir glauben, daß es von den meisten Menschen geteilt wird.
2. Wir üben Druck auf die Verantwortlichen



aus, um diesem Anliegen gerecht zu werden. Durch die Präsenz in der Presse zeigen wir indirekt, daß wir die Möglichkeit haben, grobe Ignoranz öffentlich zu machen und es auf einen offenen Konflikt ankommen zu lassen. Dieser könnte ihren Rückhalt in der Bevölkerung und bei EntscheidungsträgerInnen gefährden.

3. Wir sind bereit, in weiteren Gesprächen über Lösungen zu diskutieren, die unserem Anliegen gerecht werden. Die gleichen Kriterien sollten auch Infostände, Aktionen, eigene Publikationen erfüllen. Durch massive Präsenz in der Bevölkerung und durch deren Unterstützung, wird die darin versteckte Drohung, im schlimmsten Falle bei dem Anliegen den Konsens und die Einhaltung des Kodexes aufzukündigen und Konflikt vor den Augen der Öffentlichkeit auszutragen, immer stärker und die Initiative gewinnt an Einfluß. Vorsicht: Damit diese insgeheime Drohung ihre Wirksamkeit behält, darf sie nie offen ausgesprochen werden.

## BürgerInnenbeteiligung

Eine weitere Möglichkeit, Einfluß und Druck auszuüben, ist die Gestaltung umfangreicher Beteiligungsmöglichkeiten von ande-



ren BürgerInnen an der Diskussion. Dies kann über Veranstaltungen, Zukunftswerkstätten, Aufrufe zu Leserbriefen, Protestpostkarten, Unterschriftenlisten bis hin zu Boykottaufrufen gehen, je nachdem, wieviel Aktionsbereitschaft bei den Menschen vermutet wird (siehe Kapitel 1, "Aktionsformen"). Der Vorteil dieser Form ist, daß die Initiative dadurch in der Lobbyarbeit als Sprachrohr dieser BürgerInnenwünsche auftreten kann. Das Problem ist, daß dieser Einflußgewinn evtl. so schnell passiert, daß das Gegenüber Panik bekommt und selbst sich in einer Art "Angriff ist die beste Verteidigung"-Aktion öffentlich festlegt und so weitere konsensorientierte Gespräche gefährdet sind.

## Hierarchien nutzen

Wenn mensch mit einem Anliegen in der Verwaltung nicht weiterkommt, weil die Umsetzung des Vorschlages von Einzelnen nicht gewollt wird, kann mensch sich in einer Behördenhierarchie immer wieder an den/die nächste/n Vorgesetzte/n wenden. In kleineren Städten ist es aber in der Regel so, daß mensch schon sehr bald dem/der BürgermeisterIn/ StadtdirektorIn gegenüber sitzt bzw. dieser das Anliegen gleich zur ChefInnensache erklärt. Wenn die Verwaltungsspitze verschlossen bleibt, bleibt die Möglichkeit über Kontakte in Parteien, einen Antrag im Stadt- oder Gemeinderat stellen zu lassen, gegen Vorhaben gerichtlich vorzugehen oder sich an Landes-, Bundes- oder Europastellen zu wenden, die in bestimmten Fragen (z.B. Denkmalpflege) Einspruchsrecht gegenüber den kommunalen Planungen haben. Die Verwaltungsspitze ist an so erreichte Weisungen gebunden.

## Generelle Überlegungen

### Die Welt geht weiter ...

Das ist auch bei heftig umstrittenen Entscheidungen überaus wahrscheinlich. Das

#### Literatur:

M. Quante/  
M. Schwarz:  
Kommunale Umweltschutzpolitik (1995, Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf, 112 S.)  
Die Stärke dieses Buches liegt in den Kapiteln zu den Rahmenbedingungen, also der Organisation der Umweltverwaltung, der Einbindung von Umweltgruppen usw. Die Abhandlungen zu den einzelnen Themen wie Verkehr, Energie usw. sind dagegen sehr oberflächlich.



2.8

heißt auch, daß sich die AkteurInnen der Kommunalpolitik bei anderen Konfliktpunkten wiedertreffen. Weil auch in anderen Fragen weiter mit diesen Menschen zusammengearbeitet werden muß, sollte darauf Rücksicht genommen werden.

### Keine leeren Drohungen verwenden

Offene Drohungen behindern in der Regel eine rationale Lösung von Problemen und sind als Druckmittel nicht brauchbar. Dies gilt insbesondere dann, wenn mensch sich nicht sicher ist, ob die Drohung im Zweifelsfall wahr gemacht werden kann oder überhaupt gewollt ist. Drohungen lösen beim Gegenüber Trotzreaktionen aus und sind, gerade wenn mensch (bei BürgerInneninitiativen zu Beginn ihrer Arbeit die Regel) wenig direkten Einfluß hat, nicht sehr glaubwürdig. Deshalb ist wohl die beste Strategie, einen Konflikt sehr langsam und sehr bewußt eskalieren zu lassen und immer wieder Gesprächsbereitschaft zu signalisieren.

### Bündnisse schließen

Gerade für die langfristige Arbeit ist es sehr sinnvoll, Partnerorganisationen zu suchen, die in der Öffentlichkeit die eigenen Positionen (z.B. als MitträgerInnen von Veranstaltungen, ErstunterzeichnerInnen von Unterschriftenlisten, MitherausgeberIn von Veröffentlichungen) unterstützen. Dafür ist es nötig, immer wieder mit anderen kommunalpolitisch Aktiven im Kontakt zu bleiben (siehe Kapitel 8 "Vernetzung").

## Klinken putzen lassen!

Gerade wenn ein Projekt oder eine Initiative auf Langfristigkeit ausgerichtet ist, kann es sinnvoll sein, MitstreiterInnen in verschiedene Gremien zu entsenden. Diese Idee ist an sich nicht neu und hat nach ihrer letzten

Welle, dem "Marsch durch die Institutionen", einige "brauchbare Alt-68er" in Behörden und Parlamenten hinterlassen.

Denkbar ist auch eine Mitarbeit in legislativen Organen, welche von "Beratenden BürgerInnen" über ehrenamtliche Magistratsmitarbeit bis hin zu Kandidaturen auf offenen Wahllisten ohne Parteimitgliedschaft möglich ist. Durch diese Mitarbeit in verschiedenen Strukturen kann mensch Entscheidungsprozesse mitunter besser beurteilen und beeinflussen, kann Kontakte knüpfen und ist für die Presse als "Person des Öffentlichen Lebens" eventuell interessanter. Allerdings birgt dieser Weg zahlreiche Gefahren:

Erstens kann er mitunter schlicht und ergreifend ineffektiv sein. Ehrenamtliche Beiräte kosten meist die doppelte Zeit, weil hinterher auch noch der Sitzungsspeck abtrainiert werden muß. Oft entsteht in solchen Gremien der Eindruck, daß hier durch Aussetzen verschiedene strittige Vorhaben legitimiert werden sollen.

Zweitens führen solche "Abordnungen" oft zu Problemen mit den entsprechenden Personen, da diese zumindest informell schnell Hierarchien ausbilden.

Und drittens denken viele, wenn sie erst einmal "geschafft" haben, daß der einzige Sinn des Klinken-Putzens darin bestand, jetzt dieselben von anderen putzen zu lassen. Zumindest wird mensch schnell zum "Rad im Getriebe", so daß am Schluß eines völlig hinten runter fällt: die Arbeit an der Umsetzung von konkreten Projekten.

## Die Autoren

Jörg Bergstedt  
c/o Institut für Ökologie - Büro Osthessen-  
Hersfelder Str. 3, 36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919297  
eMail: institut@juis.insider.org

Marco Schrul  
c/o Jugend- & Aktions-Projektwerkstatt  
Fürstengraben 30, 07743 Jena  
Tel./Fax: 03641/449304  
eMail: gl.thuer.presse@IPN-B.comlink.apc.org



# BürgerInnen mischen mit

Es gibt sehr viele Wege, sich an aktuellen politischen Entscheidungen zu beteiligen oder auch neue Ideen einzubringen. Allerdings haben nur wenige davon einen verbindlichen Charakter. Wer rechtsgültige Entscheidungen will, hat in einigen Bundesländern sowie regelmäßig bei Bundes- und Landesentscheidungen (sowie in der Europäischen Union) nur die eine Möglichkeit: Selbst in die Parlamente einzuziehen. Das aber bedeutet einen langen Weg der Anpassung, bis Regierungsverantwortung oder Parlamentsmehrheit erstritten ist. Für Menschen, die nicht jahrzehntlang erst einmal einer Partei dienen wollen, um dann vielleicht an der einen oder anderen Entscheidung mitwirken zu können, bleibt nur der Weg, außerparlamentarisch alle Chancen zu nutzen, auf politische Vorgänge Einfluß zu nehmen.

## Die Verfahren

Umfang und Ablauf der BürgerInnenbeteiligung hängen sehr stark vom jeweiligen Verfahren ab. Daher sollen zu Beginn die Verfahrenstypen vorgestellt werden.

### Bauleitplanung

Die Bauleitplanung ist das Verfahren zur Aufstellung von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen. Durchführende ist die Gemeinde, der Plan wird öffentlich in Ausschüssen und im Parlament behandelt. In der Regel finden zwei BürgerInnenbeteiligungen statt, eine zu Beginn des Verfahrens, eine bei vorliegendem Planentwurf. Mit Tricks kann die BürgerInnenbeteiligung umgangen werden. Gesetzesgrundlage ist das Baugesetzbuch (siehe Kapitel 5, "Bauleitplanung").



### Raumplanung

Die Raumplanung beinhaltet die Erarbeitung umfassender Pläne auf Kreis-, Regional- oder Landesebene. Hierbei findet keine Einbeziehung der Öffentlichkeit statt.

### Planfeststellung

Die Planfeststellung ist Verfahrensform der meisten Fachplanungen (Flurbereinigung, Wasserwirtschaft, Leitungstrassen, Verkehrsbauten usw.). Gesetzesgrundlage ist das Verwaltungsverfahrensgesetz, in dem der Ablauf für alle beschrieben ist. Allerdings gibt es teilweise abweichende Festlegungen in den jeweiligen Fachgesetzen. Die BürgerInnenbeteiligung ist deutlich schlechter als bei der Bauleitplanung, meistens nur einstufig oder gar nur auf direkt Betroffene beschränkt. Planungsträger ist der Vorhabendurchführende.



### Plangenehmigung

Die Plangenehmigung ist die Verfahrensform für alle Bereiche, für die auch die Planfeststellung gelten könnte, wenn das jeweilige Vorhaben bestimmte Größenordnungen nicht

## 3.1

### Literatur:

Vereinigung hessischer Ökologen:  
Leitfaden Ökologische Leistungen (1996, VHO in Pohlheim, 56 S.)  
Das Büchlein erleichtert die Kostenabschätzung für ökologische Arbeiten erheblich. In übersichtlichen Tabellen ist der durchschnittliche Zeitaufwand z.B. von Kartierungen, Kartenauswertung, botanischen und faunistischen Untersuchungen aufgeführt. Die Arbeitsschritte werden beschrieben.

Karlfried Daab:  
Analyse- und Entwurfsmethodik (1997, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, 273 S.)  
Das Buch führt in die Methodik ökologischer Planung ein, im Vordergrund stehen die Auswahl von Leitindikatoren, Bewertung und Zusammenführung verschiedener Parameter sowie die Schritte zum städtebaulichen Entwurf. Einige Beispiele illustrieren das Werk.

P. Grolimund/  
K. Peter: Integrierte ökosystembezogene Umweltbeobachtung (1994, vdf in Zürich, 206 S.)  
Wer Stoffflüsse und andere Abläufe in Ökosystemen exakt wissen will, wird umfangreich messen müssen. In diesem Buch werden Methoden dargestellt sowie bestehende Messnetze z.B. für Wetterdaten oder Luftschadstoffe beschrieben.



überschreitet, von allen Behörden befürwortet wird usw. Die Grenze ist schwammig. Da bei der Plangenehmigung gar keine Beteiligungen nötig sind, versuchen viele, ihren Eingriff als geringfügig einzustufen zu lassen.

## 3.2

### Umweltverträglichkeitsprüfung

Nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetz müssen bestimmte Vorhaben einer besonderen "UVP" unterzogen werden. Damit ist auch eine BürgerInnenbeteiligung zu allen die Umwelt betreffenden Punkten vorgeschrieben. Gesetzesgrundlage ist das UVP-Gesetz, in dessen Anhang eine Liste der Vorhaben enthalten ist.

#### Literatur:

Peter Küppers:  
Bürgerbeteiligung in  
Genehmigungsverfahren für industrielle Anlagen und Depo-  
nien (1994, Öko-Institut in Darmstadt, 96 S.)  
Ein Leitfaden zur wirkungsvollen Nutzung der Beteiligungsrechte.

Johann Bizer u.a.:  
Die Verbandsklage im Naturschutzrecht (1990, E. Blottner in Taunusstein, 119 S.)

Erich Gassner:  
Methoden und Maßstäbe für die planerische Abwägung (1993, Bundesanzeiger Verlag in Köln, 134 S.)  
Rechtl. Grundlagen u. Bewertungsverfahren.

W. Hopfe/  
M. Beckmann:  
Planfeststellung und Plangenehmigung im Abfallrecht (1990, Umweltbundesamt)

Öko-Institut:  
Ermittlung und Bewertung anlagenbezogener Emissionen und Immissionen (1992, Darmstadt)

### Verfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz

Für viele umwelttechnische Anlagen ist das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) zutreffend, entweder ausschließlich oder, wenn bei Anlagen, die über die Bauleitplanung vorbereitet werden, Luft- oder Lärmemissionen zu erwarten sind, zusätzlich.

### Verfahren nach weiteren Fachgesetzen

Gegenüber den grundlegenden Verfahrenstypen kann es im Einzelfall Abweichungen geben, wenn Fachgesetze besondere Regelungen vorsehen. Dann ist ein Blick in selbiges (Abfallgesetz, Bundesfernstraßengesetz usw.) oder entsprechende Bücher mit Erläuterungen unerlässlich.

## Begriffsdefinition

### BürgerInnenbeteiligung

Sehr häufig werden zwei Dinge miteinander verwechselt, die in der Realität auch oft verbunden sind, jedoch zwei unterschiedli-

che Dinge aussagen: Die BürgerInnenbeteiligung und die direkte Demokratie. BürgerInnenbeteiligung sagt, daß die BürgerInnen über anstehende Planverfahren oder andere politische Entscheidungen informiert werden. Dieses kann ganz unterschiedlich sein - frühzeitig und umfassend oder auf das Notwendigste beschränkt. Eines aber fehlt immer: Der/die BürgerIn kann zwar die eigene Meinung äußern, aber entscheiden kann er/sie nicht. Die Anregungen werden dem Parlament oder einer anderen Entscheidungsinstanz vorgelegt - und die macht damit, was sie will.

### Direkte Demokratie

Ganz anders ist es bei der direkten Demokratie, also Volksabstimmung, BürgerInnenbegehren, BürgerInnenentscheid usw. (es gibt viele Begriffe für dasselbe). Hier kommt es zu einer Abstimmung der BürgerInnen, die tatsächliche Rechtsgültigkeit hat. Als Problem tritt hierbei oft das Gegenteil von BürgerInnenbeteiligung auf: Es fehlen Informationen. Behörden und Politik sind nicht verpflichtet, ihr Wissen in ein laufendes Abstimmungsverfahren einzubringen. Für eine wirksame und umfassende Mitbestimmung wäre eine Kombination beider Elemente am günstigsten: Die BürgerInnen werden informiert und können direkt entscheiden.

## Neue Trends

### Gesetzliche Einschränkungen

Obwohl die beiden Mittel, Beteiligung und direkte Demokratie, sich in vielen Punkten ähneln, sind die politischen Trends genau gegenläufig. Während der Ruf nach mehr Elementen direkter Demokratie immer lauter wird und in den letzten Jahren z.B. die Möglichkeiten direkter BürgerInnenentscheide in den Gemeinden, teilweise auch auf Landesebene erst geschaffen oder deutlich verbessert wurden, werden die Beteiligungsrechte in Planverfahren immer stärker abgeschafft. Für letzteres ist vor allem der



Bundesgesetzgeber zuständig, der durch die Beschleunigungs-, Planungsvereinfachungs- und Investitionserleichterungsgesetze nicht nur Umweltschutzstandards abgeschafft hat, sondern vor allem eine Entdemokratisierung herbeiführt: Für viele Planverfahren und Vorhaben sind überhaupt keine Beteiligungen mehr vorgesehen, z.B. für Baumaßnahmen an Fließgewässern, die inzwischen fast alle als Plangenehmigung laufen können, für Müllverbrennungsanlagen oder Kraftwerke, bei denen nur noch das Bundesimmissionschutzgesetz als rechtliche Basis herhält sowie für Bauleitplanungen, bei denen ebenfalls immer öfter vereinfachte Verfahren angewendet werden, die eine Öffentlichkeitsbeteiligung ausschließen.

### Gerichtliche Möglichkeiten

Eingeschränkt wurden zudem die gerichtlichen Möglichkeiten, eine als falsch empfundene Planung überprüfen zu lassen. Klagen haben nur noch selten aufschiebende Wirkung, nach der ersten Instanz gar nicht mehr. So kann es vorkommen, daß eine Anlage, eine Straße o.ä. schon gebaut ist, während vor Gericht noch über die Planung verhandelt wird. Während der Verhandlung können die Planungsträger Verbesserungen nachreichen und so eine Klageabweisung herbeiführen - der Klagende zahlt trotzdem die Kosten. Das Recht auf Widerspruch ist gerade in den letzten Jahren dadurch unterhöhlt worden, daß Gebühren eingeführt oder erheblich erhöht wurden.

### Weitere Einschränkungen

Hinzukommen soll jetzt noch die Regelung, daß Firmen, die sich einem Öko-Audit unterzogen haben (was teilweise von den Firmen selbst durchgeführt wird und nicht für umweltfreundliche Produktionsverfahren garantiert), auch ohne Genehmigungsverfahren Neuanlagen bauen dürfen. Dann ist dort jedes Beteiligungsrecht abgeschafft. Es ist mit einer immer stärkeren Entdemokratisierung zu rechnen. Es ist das Engagement jeder Umweltgruppe nötig, um die bundes- und lan-

desweite Politik mit zu beeinflussen, um nicht vor Ort alle Chancen zu verlieren, überhaupt mitmischen zu können.

## Akteneinsicht

3.3

Wenn es um den "Blick hinter die Kulissen" geht, nimmt Deutschland im internationalen Vergleich, auch und gerade mit anderen Industrienationen, einen schlechten Platz ein. Bis vor kurzem waren überhaupt keine Möglichkeiten gegeben, Einsicht in Umweltdaten (Meßwerte, Genehmigungsunterlagen, Jahresberichte usw.) zu nehmen.

Eine EU-Verordnung zwang die Bundesregierung, auch für Deutschland ein entsprechendes Gesetz zu erlassen. Darum drückte die Regierung sich länger, als erlaubt war, und verabschiedete dann das Umweltinformationsgesetz, das auch nach Ansicht der EU-Kommission den Anforderungen nicht genügt. Danach hat zur Zeit jede/r BürgerIn die Möglichkeit, die Akten bei Behörden einzusehen, die maßgeblich im Umweltschutz tätig sind. Die Auslegung, wer das ist, bleibt jedoch umstritten.

So werden teilweise Straßenverkehrsbehörden angewiesen, keine Informationen herauszugeben, obwohl hier zweifelsfrei wichtige Unterlagen zu finden sind. Zusätzlich zu den grundsätzlichen Einschränkungen versuchen viele Ämter, über horrenden Gebühren Informationssuchende abzuschrecken. So ist es schon vorgekommen, daß Anfragen für einige Daten Gebühren bis zu 100.000,- DM nach sich gezogen haben. Oft wird dann per Vorankündigung solcher Beträge nachgefragt, ob noch weiter Interesse an einer Akteneinsicht besteht. Auch die-

#### Literatur:

Th. Schomerus u.a.: Umweltinformationsgesetz (1995, Nomos in Baden-Baden, 321 S.) Gesetzestexte (im Anhang) und umfangreicher Kommentar zu den Möglichkeiten und Grenzen des Rechts auf Einblick in die Umweltdaten. Die Autoren geben mit ihren Kommentaren auch wichtige Hinweise auf die richtige Vorgehensweise.

Eckart Meyer-Rutz: Das neue Umweltinformationsgesetz (1995, Bundesanzeiger Verlag in Köln, 124 S.)





## 3.4

se Gebührensätze sind von der EU-Kommission inzwischen als nicht rechtmäßig bezeichnet worden - der bundesdeutsche Gesetzgeber hat aber noch nicht reagiert.

Eine Verbesserung des Zugangs zu Umweltinformationen ist also dringend erforderlich. Ohne diese kann es niemals zu einer "Waffengleichheit" zwischen Behörden, Trägern von umweltbelastenden Vorhaben und den BürgerInnen kommen.

Für die praktische Arbeit von Umweltgruppen bzw. BürgerInneninitiativen bedeutet dies, sorgsam darauf zu achten, daß der Zugang möglichst intensiv und möglichst lange offenbleibt. Hier können gute Kontakte zu den Behörden von Nutzen sein, d.h. der Informationszugang erfolgt nicht über den gesetzlichen Mindestweg, sondern über den direkten Draht zu BehördenmitarbeiterInnen.

### Literatur:

Gebers, B. u.a.: 1996: Bürgerrechte im Umweltschutz (Öko-Institut in Freiburg, 1996)

Öko-Institut: Das Recht auf freien Zugang zu Umweltinformationen (Öko-Institut, Darmstadt, 1994)

IDEA  
In neuer Verfassung (1990, Selbstverlag in Bonn, 132 S.)  
Vorschlag für eine neue Verfassung mit verbesserten Beteiligungsrechten und direkter Demokratie.

## Beteiligungsgesetz für die Verbände

### Grundlage Landesnatorschutzgesetz

Einige der großen Naturschutzverbände, vor allem Naturschutzbund und Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sowie mit Unterschieden von Bundesland zu Bundesland auch weitere, oft zweifelhafte NaturnutzerInnenverbände von JägerInnen, AnglerInnen usw. sind von der jeweiligen Landesregierung nach dem Naturschutzgesetz anerkannt worden. Damit haben sie ein Privileg erworben, das vor allem einen besseren Zugang zu Umweltinformationen in konkreten Planungsfällen beinhaltet.

Durch die Beschleunigungs- und Investitionsvereinfachungsgesetze sind diese Rechte je-

doch wieder eingeschränkt worden, weil nun bei etlichen Verfahren eine Beteiligung nicht mehr notwendig ist. Wo und wie die Verbände beteiligt werden, regeln die Landesnaturschutzgesetze sowie entsprechende Ausführungsbestimmungen.

In der Regel werden Verbände bei Planfeststellungen sowie bei allen Naturschutzgebiete betreffenden Fragen beteiligt. In einigen Ländern kommen die Bauleitplanung und andere Fälle hinzu. Besonders schwerwiegend ist die Einschränkung, daß Plangenehmigungen keiner Beteiligung der Verbände bedürfen.

### Klage-Recht

Nur sehr wenige Länder haben den anerkannten Verbänden auch das Recht eingeräumt, in den Fällen, wo sie sich beteiligen können und sich auch beteiligt haben, Klage zu erheben, um gerichtlich überprüfen zu lassen, ob Recht und Gesetz im Planverfahren eingehalten wurden. Durch dieses Recht wird das Mitwirkungsrecht erheblich gestärkt. Da die Behörden nun die Stellungnahmen der Verbände berücksichtigen müssen, wollen sie keine juristische Auseinandersetzung riskieren. Von daher haben es Untergruppen der anerkannten Verbände oder solche Umweltinitiativen, die zu den anerkannten Gruppen gute Kontakte pflegen, leichter.





## Selbstbeschränkung

In der Praxis allerdings ist das Vorrecht für die anerkannten Verbände durch diese selbst stark ausgehöhlt. So werden Verstöße gegen die Informationspflicht der Behörden von Seiten der Verbände kaum kritisiert. Zudem werden die Daten gut behütet und meist nicht an andere weitergeben - obwohl das rechtlich zulässig wäre, denn den Verbänden obliegt keine Schweigepflicht.

Viele VerbandsvertreterInnen sprechen aber von einer treuhänderischen Übergabe von Unterlagen und legen sich, sicher zur Freude der staatlichen Stellen und der AntragstellerInnen, selbst einen Maulkorb um. Und schließlich gibt es auch noch die innerverbandliche Hierarchie: Die anerkannten Landesverbände mißtrauen ihren örtlichen MitarbeiterInnen und reichen gerade an aktive, konsequentere Mitglieder die Daten nicht weiter. Letztlich muß die jeweilige Lage vor Ort ausgelotet werden.

## Direkte Demokratie

### Kommunale BürgerInnenbegehren & -entscheide

Welche Möglichkeiten bestehen und wie die genaue Ausführung aussieht, regeln die Kommunalverfassungen, auch Gemeindeordnungen genannt. Sie werden, was angesichts des grundgesetzlich garantierten Selbstbestimmungsrechts der Gemeinden schon zweifelhaft erscheint, durch die Landtage verabschiedet (die Landesverfassungen macht schließlich der Landtag selbst, die Bundesverfassung der Bundestag, die Gemeindeverfassung aber machen diese nicht selbst).

Genau in diesem Unterschied aber findet sich der Grund, warum BürgerInnenentscheide in einigen Ländern zulässig sind. Selbst hätten die Gemeinden den BürgerInnenentscheid wohl nicht eingeführt - schließlich bedeutet jede Teilhabe an der Macht eine Einschränkung der bislang bestehenden umfassenden Entscheidungskompetenzen der PolitikerInnen.

Alle wichtigen Rahmenbedingungen sind in den Kommunalverfassungen gleich mitge-regelt, ein Blick dort hinein ist also notwen-dig. Dort findet sich vor allem eine Liste, zu welchen Punkten Entscheide zulässig oder unzulässig sind. Sodann werden die Hürden benannt, die ein BürgerInnenentscheid nehmen muß, bis er eine gültige Entscheidung darstellt. Immer muß ein Vorverfahren (z.T. "Bürgerbegehren" genannt) durchlaufen wer-den, in dem ein bestimmter Prozentsatz der Wahlberechtigten (je nach Bundesland 10 bis 20 Prozent) die Fragestellung unterstützen muß. Ist diese Hürde übersprungen, entschei-det meist noch das Gemeindepapament. Es kann dem Antrag in der Regel auch einfach zustimmen und damit den BürgerInnenent-scheid überflüssig machen. Es kann aber auch entscheiden, daß das Verfahren rechtli-che Fehler aufweist und der BürgerInnenent-scheid gar nicht durchgeführt wird. Hiergege-n ist Klage möglich. Geht alles "gut", kommt es zum BürgerInnenentscheid. Damit dieser aus Sicht der AntragstellerInnen er-folgreich ist, muß meist nicht nur die Mehr-heit der Stimmen auf "Ja" lauten, sondern die Wahlbeteiligung insgesamt bzw. die Zahl der Ja-Stimmen einen bestimmten Prozentsatz der Wahlberechtigten erreichen (Quorum).

Wie auch immer: Einen Bürgerentscheid durchzuführen, ist bei allen Anlässen, die wichtig genug sind, die BürgerInnen gemein-deweit dafür zu interessieren, das geeig-netste Mittel demokratischer Streitkultur. Eine BürgerInneninitiative oder Umweltgruppe verliert damit ihre einflußlose Bittstellerposi-tion gegenüber Politik und Verwaltung. Die PolitikerInnen müssen sich vielmehr der öf-fentlichen Auseinandersetzung stellen und ihre Argumente deutlich machen. Das übli-che Kungeln ist kaum noch möglich.

BürgerInnenentscheide sind oft sowohl bei neuen Ideen zulässig wie auch als Ver-such, einen ungeliebten Gemeinderatsbe-schluß zu "kippen". Allerdings sind bei letzte-rem Fristen zu beachten. Es lohnt sich also schon, vor dem (meist ja deutlich früher ab-sehbaren) Beschluß Vorbereitungen für die Durchführung des BürgerInnenbegehrens zu treffen, um anschließend schnell handeln zu können. Beachtet werden muß zudem noch, daß nur Wahlberechtigte abstimmen können.

3.5

#### Kontakte:

Mehr Demokratie e.V.  
Fritz-Berne-Str. 1  
81241 München  
089/8211774

Adressen von Lan-desverbänden sind bei der Bundeskon-takstelle erhältlich.

Stiftung Mitarbeit  
(Stiftung für staats-bürgerliche Mitver-antwortung)  
Bornheimer Str. 37  
53111 Bonn  
0228/6042422



## 3.6

### Landes- & bundesweite Volksentscheide

Während die kommunalen BürgerInnenentscheide trotz sichtbarer Mängel durchaus ein nutzbares Mittel sind, wie BürgerInneninitiativen ihre Ideen durchsetzen können, sind überregionale Volksentscheide (hier wird dieser Begriff benutzt) in Deutschland nicht oder nur sehr schwer möglich. Auf Bundesebene gibt es gar keinen Volksentscheid, obwohl das Grundgesetz vorgibt, daß die BürgerInnen wählen und abstimmen dürfen. Doch sie finden nicht statt.

In einigen Landesverfassungen sind Abstimmungsformen vorgesehen. Allerdings haben sie entweder zu hohe Anfangshürden oder keinen rechtsverbindlichen Charakter (z.B. nur Antrag an den Landtag, sich mit einem Thema zu beschäftigen). Zur Zeit dürfte daher das Mittel des landesweiten Entscheids für BürgerInneninitiativen und Umweltgruppen entfallen. "Mehr Demokratie in Deutschland e.V." und einige andere Organisationen bemühen sich um Besserung, sie benötigen weitere Unterstützung, gerade von Basisgruppen.

#### Literatur:

Michael Zschiesche:  
Einmischen  
(1994, Unabhängiges  
Institut für Umwelt-  
fragen in Berlin,  
80 S.)

Kurz und sehr über-  
sichtlich werden die  
Möglichkeiten politi-  
scher Mitwirkung an-  
gesprochen.

Schriften der Stiftung  
Mitarbeit zu Bürger-  
beteiligungen und Di-  
rekter Demokratie  
(kleine Heftchen mit  
sehr praxisnahen  
Informationen):

Bettina Knaup:  
Plebiszitäre Verfah-  
ren als Ergänzung  
der repräsentativen  
Demokratie

Helmut Hopp:  
Beauftragte in Politik  
und Verwaltung

Der Runde Tisch -  
ein neues Demokra-  
tiemodell?

Planungszellen -  
Bürgergutachten

Th. Bühler /Th.  
Mayer:  
Modelle und Instru-  
mente der lokalen  
Bürgerbeteiligung

Der Ablauf der BürgerInnenbeteiligung in der Bauleitplanung wird in einem gesonderten Kapitel dieser Mappe (5) dargestellt, da diese Planung für alle besiedelten Bereiche die entscheidende ist. Leider mischen sich Umweltgruppen hier viel zu wenig ein, obwohl alle Themenbereiche berührt sind (energiesparendes Bauen, Landschaftsverbrauch, Grün in der Stadt, Versiegelung, Wasserverbrauch, Entsorgungskonzepte, Infrastruktur, Verkehrswege und -anbindungen sowie Fragen zu weiteren sozialen Themen wie kinder-, alten-, frauenfreundliche Gestaltung usw.).

### Planfeststellungen

Wegen des unberechtigten Desinteresses an der Bauleitplanung seitens vieler Umweltgruppen nehmen Planfeststellungen den breitesten Raum bei der Auseinandersetzung mit staatlichen Planungen ein. Hier gibt es sehr unterschiedliche Verfahrensabläufe, obwohl das Planfeststellungsverfahren im Verwaltungsverfahrensgesetz einheitlich geregelt ist. Dieses Gesetz ist jedoch jünger als die meisten Fachgesetze, so daß etliche Ausnahmegesetze regeln, daß die Fachgesetze weiterhin gültig sind.

Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeits- bzw. Naturschutzverbandsbeteiligung werden unter anderem durchgeführt für:

- Flurbereinigungen (Ausnahme: kleine Verfahren wie "freiwilliger Landtausch").
- Wasserbauliche Verfahren (Ausnahme: Plangenehmigungen, unter deren Mantel inzwischen auch umfangreiche Gewässerausbauten laufen können).
- Verkehrswege, Leitungstrassen, Rohrverlegung etc. außerhalb bebauter Bereiche.
- Großanlagen (Deponien, Flughäfen usw., Ausnahme: Erstellung eines Bebauungsplanes für die Anlage).

Das Planfeststellungsverfahren sieht maximal eine Stufe der Beteiligung vor, zum Teil werden die BürgerInnen gar nicht beteiligt. Die anerkannten Naturschutzverbände werden aber in jedem Fall gehört, ebenso alle "Träger öffentlicher Belange" - das meint

## BürgerInnen- beteiligungen

### Bauleitplanung

Nach dem Bundesbaugesetz sind die Beteiligungsrechte geregelt. Das Beteiligungsverfahren ist relativ umfangreich. Eingeschränkt ist es jedoch durch die Möglichkeit, vereinfachte Verfahren durchzuführen, wenn mit Einsprüchen nicht zu rechnen ist (so das Gesetz). Dieses wird vielerorts vor-schnell festgelegt und kann wegen der Nichtbeteiligung hinterher nicht widerlegt werden.



die jeweils betroffenen Behörden, Denkmalämter, Landwirtschaftsämter usw. Die tatsächliche Form des Verfahrens ist von Land zu Land und von Themengebiet zu Themengebiet sehr unterschiedlich. Es lohnt sich, z.B. durch einen guten Kontakt zu erfahrenen Naturschutzbeauftragten der Gemeinden, der Verbände oder zur Naturschutzbehörde Infos über Planungsabläufe zu erhalten.

Da die Mitspracherechte in den Planfeststellungsverfahren nicht über das Anhörungsrecht hinausgehen, sollten in allen wichtigen Fällen weitere Maßnahmen zur Durchsetzung von Umweltschutzaspekten ins Auge gefaßt werden: Öffentlichkeitsarbeit, BürgerInnenentscheid ... Begrüßenswert wäre zudem, wenn die anerkannten Verbände öfter ihr Klagerecht (wo sie es haben) nutzen würden. Eine ernstgemeinte Vorbereitung einer Klage kann bereits im laufenden Verfahren die eingebrachten Stellungnahmen in ihrer Bedeutung fördern.

## Umweltverträglichkeitsprüfungen

Wiederum hat ein Gesetz der EU in Deutschland die Beteiligungsrechte gefördert. Wiederum ist die Umsetzung dieser Richtlinie nur teilweise erfolgt. Mit dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) sollte ein Mindeststandard geschaffen werden, der in allen Verfahren, bei denen Umweltbelange betroffen sind, zu gelten hat. Dabei werden im Gesetz sowohl Anforderungen an die Qualität der Untersuchungen (welche Auswirkungen ein Eingriff hat) gestellt als auch die Festlegung, daß frühzeitig in einem Verfahren diese der Öffentlichkeit vorgelegt werden müssen und eine Anhörung durchzuführen ist. Von den Festlegungen des UVP-Gesetzes darf nur abgewichen werden, wenn ein Fachgesetz, nach dem die Planung läuft, weitergehend ist.

In der Praxis ist die Umweltverträglichkeitsprüfung allerdings oft ein stumpfes Schwert. Zum einen gibt es eine Reihe von Ausnahme- und Übergangsregelungen, nach denen vor allem schon lange andauernde Verfahren nicht von der UVP berührt werden.

Zudem sind die Anforderungen an die Qualität von Untersuchungen sowie der Anhörung so unpräzise, daß in der Realität kaum eine Verbesserung der Beteiligungsrechte eingetreten ist.

## Verfahren nach BImSchG

Das Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz kennt zwei Stufen. Das förmliche Verfahren gilt für größere Anlagen (was darunter zu verstehen ist, ist im Gesetz definiert, z.B. Kraftwerke mit über 50 bzw. 100 Megawatt Leistung) und sieht eine einstufige BürgerInnenbeteiligung vor. Dabei ist eine zweimonatige Auslegungszeit mit Möglichkeit, Einwendungen zu erheben, vorgeschrieben. Die Auslegung muß in den amtlichen Bekanntmachungen veröffentlicht werden (in der Regel in der Tagespresse oder lokalen Wochenzeitungen). Zum Abschluß kommt es zu einem nichtöffentlichen Erörterungstermin, an dem alle EinwenderInnen und der Antragsteller teilnehmen dürfen. Oft werden auch ExpertInnen gehört. Eine Gewähr, daß Einwendungen auch berücksichtigt werden, gibt es nicht.

Bei kleineren Anlagen bzw. solchen mit geringeren Emissionen kann das vereinfachte Verfahren durchgeführt werden. Dann ist keine Beteiligung der Öffentlichkeit vorgesehen. NachbarInnen können allerdings gerichtlich vorgehen, was im förmlichen Verfahren nicht möglich ist, weil sie sich dort im Verfahren einbringen können.

## Weitere Verwaltungsakte

Neben den genormten Verfahrensabläufen fällen Behörden, Regierungen und Parlamente ständig Einzelentscheidungen, die Umweltschutzfragen betreffen. Zentral ist dabei die Haushaltsplanung von Gemeinden, Kreisen, Land und Bund. Was hier festgelegt wird, kann finanziert werden. Damit ist der wichtigste Schritt zur Umsetzung getan. Sind Umweltschutzmaßnahmen im Haushalt verankert, können sie leicht verwirklicht werden. Sind umgekehrt naturzerstörende Maß-

3.7

### Literatur:

Hans-Joachim Peters:  
Das Recht der Umweltverträglichkeitsprüfung (1995/96, Nomos in Baden-Baden, 2 Bände mit 499/239 S.)  
Zwei handliche, übersichtliche und gut geordnete Bände, der erste mit den Gesetzestexten und einer Einführung in das UVP-Recht, der zweite mit Kommentaren sowie der Einbeziehung weiterer Gesetze wie die BImSchV, AtVfV, BauGB, BBergG und LUVPG. Beide zusammen bilden eine umfangreiche Materialsammlung

K.-H. Hübler/K. Otto-Zimmermann:  
Bewertung der Umweltverträglichkeit (1991, E. Blotner in Taunusstein, 201 S.)  
Ein umfassendes Buch zur Umweltverträglichkeitsprüfung. Mit Beispielen usw.

E. Gassner/  
A. Winkelbrandt:  
Umweltverträglichkeitsprüfung in der Praxis (1992, Jehle-Rehm in München, 198 S.)  
Ein systematischer Leitfaden zur Methodik.



nahmen finanziell abgesichert, werden sie auch mit Nachdruck vorangetrieben, da das Geld bzw. davon abhängige Zuschüsse sonst verfallen können, d.h. ein Jahr später die Maßnahme vielleicht nicht mehr durchführbar ist. Im Haushaltsrecht gibt es keine Einfluß- und Mitbestimmungsmöglichkeiten durch die BürgerInnen, obwohl es sie hinsichtlich Gebühren usw. sogar selbst betreffen kann (siehe Kapitel 2, "Behörden und Lobbyarbeit").

Einzelne Verwaltungsakte oder politische Entscheidungen können die Bewilligung oder Ablehnung von Bauanträgen, Fördersummen und die Ausweisung von Schutzgebieten sowie Befreiungen von denselben sein. Auch hier ist in der Regel eine Öffentlichkeitsbeteiligung nicht und eine Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände nur selten vorgesehen. Parlamentsentscheidungen bekommt mit, wer in den "Ämtlichen Bekanntmachungen" der örtlichen Presse die Einladungen zu den Parlamentssitzungen (mit Tagesordnung) regelmäßig liest oder selbst zu solchen Sitzungen hingeht (was leider nicht viele tun - wenn auch wegen der ständigen langatmigen, inkompetenten und durch die Fraktionsdisziplin auch im Ergebnis vorhersehbaren Debatten verständlich). Parlamentsdebatten eignen sich aber in jedem Fall zur Informationsbeschaffung und auch zur Demonstration abweichender Positionen (Transparent aufstellen, Infoblätter verteilen usw.).

## Klagemöglichkeiten

Die BürgerInnenbeteiligung an den verschiedenen Planverfahren bietet keine Gewähr, daß eingebrachte Einwendungen auch berücksichtigt werden. Ganz im Gegenteil: Häufig und in neuerer Zeit sogar zunehmend entsteht bei aktiven BürgerInnengruppen der Eindruck, daß ein faires Verfahren gar nicht gewollt ist, der Ablauf nur auf die Interessen des/r AntragstellerIn zugeschnitten ist und im Erörterungstermin keine Gelegenheit ist, Einwände so zu begründen, wie das nötig wäre. In allen diesen Fällen ist es vorteilhaft, über ein weiteres Mittel der Einmischung zu

verfügen: Das Klagerecht. Wer klageberechtigt ist, kann vor Gericht (und damit unter den Augen eines/r oftmals eher neutralen RichterIn) die Abwägungsprozesse bzw. den Verfahrensablauf rechtlich überprüfen lassen. Allerdings gibt es dabei zwei Probleme: die in neuerer Zeit erlassenen Gesetze, die auch hier die BürgerInnen entmachten und die AntragstellerInnen bevorteilen sollen, sowie die Schwierigkeit, überhaupt klagebefugt zu werden.

Der erste Punkt ist für eine BürgerInneninitiative oder Einzelpersonen nicht zu ändern, schmälert aber die Chancen vor Gericht. Vor allem ist es schwieriger geworden, zu verhindern, daß trotz laufendem Gerichtsverfahren einfach schon gebaut wird.

Ein/e gute/r Rechtsanwalt/Rechtsanwältin sollte hier Bescheid wissen, welches Verfahren das richtige ist und ob bzw. wie ein Aufschub des Baubeginns erreicht werden kann.

Für den zweiten Punkt gibt es zwei Wege. Zum einen ist in jedem Fall klageberechtigt, wer eine direkte Betroffenheit nachweisen kann. Das sind in der Regel alle, die in der betroffenen Fläche Grundeigentum haben oder direkte NachbarInnen sind. Ebenso sind betroffen all die, die einen direkten Nachteil haben können bzw. wo ausreichend wahrscheinlich ein direkter Nachteil entstehen kann. Die Feststellung, ob eine Betroffenheit vorliegt, ist letztlich Entscheidung des Gerichts. Möglich sind z.B. Nachteile durch wegfallende Wegeverbindungen für LandnutzerInnen, Grundwasserabsenkungen mit Schäden auch in der Umgebung usw. Der sicherste Weg ist, sich in gefährdeten Gebieten Grundeigentum zu sichern bzw. GrundeigentümerInnen zu finden, die zur Klage bereit sind. Das finanzielle Prozeßrisiko kann solchen Personen ja durch eine Kostenübernahmevereinbarung genommen werden.

Die zweite Klagemöglichkeit steht in einigen Bundesländern den anerkannten Naturschutzschutzverbänden zu. Im Gesetz sind die Verfahren näher bezeichnet. Leider machen die Verbände kaum Gebrauch von ihrem Recht - und leider kann mensch sich auf sie auch nicht verlassen, da personelle

### Literatur:

Daten-Sammlungen auf CD-Rom: (Verlag: Bundesdruckerei in Berlin)

Umwelt Besonders wertvoll ist diese CD. Sie enthält wichtige Datenbanken des Umweltbundesamtes sowie Software zur Suche nach Stichworten oder Titeln. Die CD enthält die Literaturdaten (180.000 Quellen), die Datenbank zu Forschungsvorhaben (30.000 Eintragungen) sowie Umweltrecht (18.000 Datensätze). Die Software erlaubt zudem das Suchen nach Themen und das Exportieren der Daten für andere Anwendungen.

Umweltrecht Sammlung von Entscheidungen zu den wichtigsten Gebieten des Umweltschutzes im Landes-, Bundes- und EG-Recht

Weitere Rechts-sammlungen: Bau-recht, Bundesrecht, Verwaltungsrecht.



und materielle Verflechtungen mit dem Staat oder Firmen die Naturschutzverbände erheblich in ihrer Handlungsfreiheit einschränken. Daher sollte eine BürgerInneninitiative in jedem Fall anstreben, selbst Klagerecht zu erhalten. Hinzuweisen ist noch darauf, daß auch ein Widerspruchsrecht, so es überhaupt vorgesehen ist, nur den direkt Betroffenen zusteht.

## Der "gute Riecher"

Angesichts von PolitikerInnen und Ämtern in diesem Land, die am liebsten alles alleine und unbeobachtet machen wollen (wobei das in Deutschland eine ganz besondere Tradition hat, wird doch hier die Akteneinsicht im Gegensatz zu fast allen anderen Industrieländern sehr restriktiv gehandhabt), sollte sich keine Umweltgruppe auf die offiziellen Wege verlassen.

Wichtig ist, überall selbst die Nase reinzustecken, Beteiligte und Behörden "anzuzapfen" (was einige gerne mit sich machen lassen, andere muß man lange genug "nerven"), Augen und Ohren offenzuhalten, eine regionale Tageszeitung zu lesen (selbst abonnieren oder bei Nachbarn, Bekannten lesen, auch wenn da noch so viel Sch... drinsteht ..., denn viele umweltinteressierte BürgerInnen neigen zum Lesen überregionaler, "linksbürgerlicher" Zeitungen, was ihnen jeden Bezug zum lokalen Geschehen nimmt) und zu lernen, auch zwischen den Zeilen zu lesen und zu hören.

## Besondere Verfahren

Die Beteiligung von BürgerInnen ist in mancher Beziehung modern geworden. Neue Begriffe haben sich etabliert: Mediation, Zukunftswerkstätten, Planungszellen, BürgerInnengutachten, Anwaltsplanung usw. Sie alle haben zweierlei gemeinsam. Ihr Ziel ist zunächst einmal, BürgerInnen über Planungen oder andere politische Entscheidungen

besser zu informieren und ihre Kritik bzw. Vorschläge zu sammeln. Darin liegt auch die Stärke dieser Verfahren. Zum anderen aber bieten sie keine wirkliche Mitbestimmung. Ob die eigenen Vorschläge und Ideen auch verwirklicht werden oder wenigstens in das Verfahren einfließen, ist nicht gesichert. Und noch schlimmer: In etlichen Fällen wurde schon offensichtlich, daß einige der Verfahren (insbesondere bei Runden Tischen, Mediation und Zukunftswerkstätten) Kooperationsbereitschaft und Offenheit suggerieren sollten, vor allem aber potentielle Kritiker ruhigstellten, weil diesen eine Mitwirkungsmöglichkeit vorgegaukelt und letztlich auch ihre Zeit vertan wurde.



## Feste Strukturen

Grundsätzlich ist wichtig und richtig, BürgerInnenbeteiligungen dadurch abzusichern, daß feste Strukturen entstehen, über die Vorschläge oder Kritik gesammelt werden. AnwaltsplanerInnen, d.h. von der Kommune bezahlte Fachkräfte, die als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bevölkerung dienen (also einerseits Informationen aus der Verwaltung an die BürgerInnen bringen über Beratung, Akteneinsicht, Informationsveranstaltungen usw., andererseits Entgegennahme der Anregungen aus der Bevölkerung und Einbringen in die politischen Entscheidungsabläufe), sind dann eine Hilfe, wenn sie nicht



## 3.10

dazu mißbraucht werden, die Bevölkerung zu beschäftigen, irrezuleiten, zu beruhigen usw. Das gleiche gilt für Planungszellen (so heißt das Verfahren, nach dem eine repräsentativ ausgewählte Gruppe der Bevölkerung über einen bestimmten Zeitraum zusammen eine Planung entwirft, eine Entscheidung vorbereitet usw.), BürgerInnenbüros, BürgerInnenläden usw. Zumindest eine bessere Information, d.h. der Zugang der interessierten Bevölkerung zu allen die Entscheidung betreffenden Daten und Unterlagen, sollte gewährleistet sein. Um dem Mißbrauch der benannten Instrumente vorzubeugen, sollte das als Mindestbedingung gefordert werden.

### Achtung, "Beschäftigungstherapie"

Wer in einem Mediationverfahren steckt, steht weniger auf der Straße. Daher versuchen Behörden oder AntragsstellerInnen umweltzerstörender Anlagen oft, durch solche Schein-Beteiligungsformen, die in Wirklichkeit eine "Beschäftigungstherapie" für potentielle Widerstandsgruppen sind, Kritik an ihrem Projekt im Rahmen einer nicht nach außen tretenden Gruppe entsprechend zu kanalisieren. Die Faszination gruppenspezifischer Prozesse, die durch sogenannten "ModeratorInnen" mit klangvollem Namen (oft Dr. oder Prof., mindestens aber Mitwirkende von Agenturen oder Instituten, die solche

Arbeit professionell durchführen) noch verstärkt wird, darf nicht dazu führen, daß der direkte politische Kampf ausbleibt.

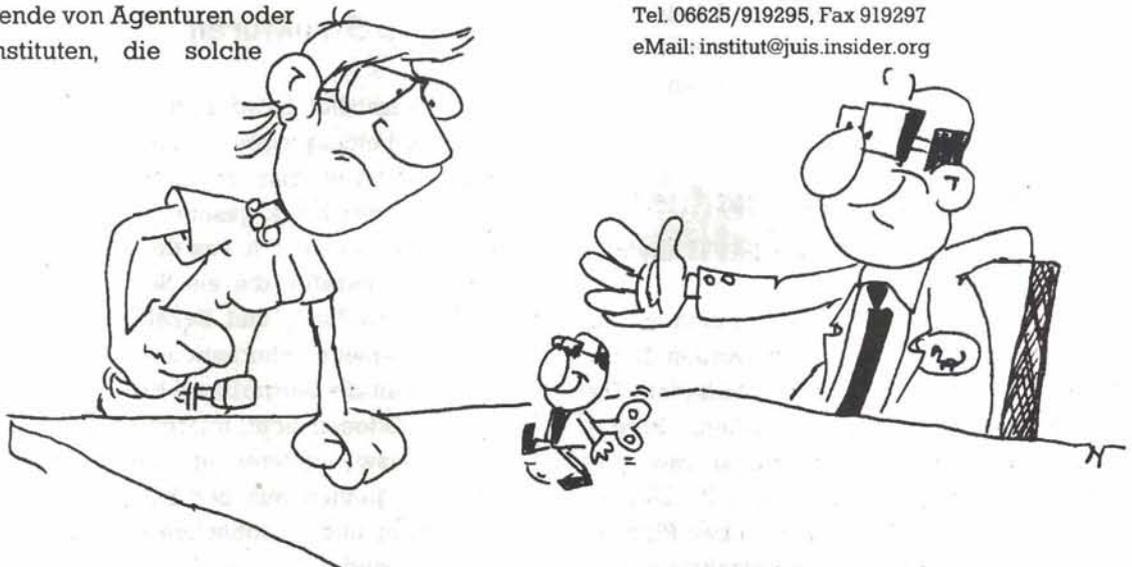
## Wer hilft?

Jede Umweltgruppe, der das Know-How fehlt, sollte sich BeraterInnen suchen. Das können kooperationsbereite Personen aus den Umweltämtern und Naturschutzbehörden sein (obwohl die wegen gezielter Entlassungen und Mobbing gegen konsequente UmweltschützerInnen seltener werden), aber auch erfahrende NaturschützerInnen aus Verbänden und anderen Umweltgruppen, RechtsanwältInnen, ArchitektInnen, PlanerInnen oder IngenieurInnen.

Für Genehmigungsverfahren für Großanlagen (Deponien, Industrie usw.) gibt es eine bundesweite Koordinationsstelle. Wer sich dort als örtliche Kontaktperson oder -gruppe eintragen läßt, erhält Bescheid, wenn in der Umgebung eine Anlage geplant ist. Auch Beratung ist möglich.

## Der Autor

Jörg Bergstedt  
c/o Institut für Ökologie - Büro Osthessen -  
Hersfelder Str. 3  
36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919297  
eMail: institut@juis.insider.org



### Kontakte:

Informationsdienst  
Umweltrecht  
Böhmerstr. 10  
60322 Frankfurt  
069/554770

Koordinationsstelle  
Genehmigungsverfahren  
c/o Öko-Institut  
Bunsenstr. 14  
64293 Darmstadt  
06151/819116

Bundesverband  
Bürgerinitiativen  
Umweltschutz  
Prinz-Albert-Str. 43  
53113 Bonn  
0228/214032

Grüne Liga  
Friedrichstr. 165  
10117 Berlin  
030/2299271



# Mut zu umfassenden Konzepten!

Lieber kleckern statt klotzen ist "in" - schon seit Jahren. Die freiwillige Selbstbeschränkung, lieber nur das zu fordern, was ohne Probleme durchsetzbar ist, basiert auf dem dabei eintretenden Erfolgsgefühl. Das selbstgesteckte Ziel wird erreicht, die Erfolgsbilanz zum Jahresabschluß ist gesichert. Wieweit das Ziel überhaupt noch in einem Verhältnis zum Notwendigen steht, wird nicht überprüft. So kommt es zur Diskrepanz ständiger Erfolgsberichte aus Naturschutzgruppen, -behörden und Parteien, während draußen der Ausverkauf der Umwelt in vielen Bereichen schneller voranschreitet als je zuvor. Die Alternative: Umfassende Konzepte entwerfen und die damit verbundenen Anfangsschwierigkeiten in Kauf nehmen, um mittel- und langfristig zusammenhängende, große Projekte durchsetzen zu können.

4.1

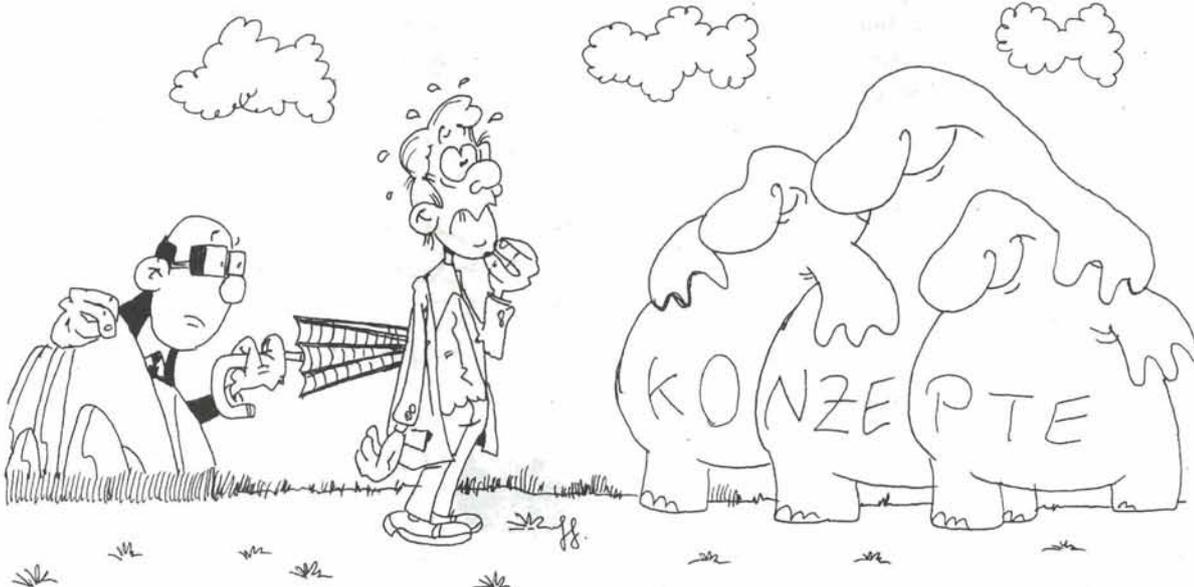
## Umfassend ... was soll das heissen?

Eine Definition ist nicht einfach. Sie könnte etwa so lauten: Umfassende Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen, bedeutet, daß in einem Bereich (z.B. Verkehr, Fließgewässerschutz usw.) alle dort anfallenden Fragestellungen angegangen und auch in ihren Wechselwirkungen geprüft werden. Das klingt theoretisch und bleibt unterschiedlich auslegbar. Daher sollen ein paar konkrete Beispiele aus verschiedenen Themen zu Beginn dieses Kapitels das Prinzip erläutern.

## Beispiel "Radwege"

**Einzelaktion:** Einsetzen für ein paar Meter Radweg ohne Überlegungen, wie ein/e RadlerIn dahinkommt, wo das Rad abgestellt wird usw.

**Umfassendes Konzept:** Radwegeplanung in einem ganzen Ort mit Anbindung an überregionale Verbindungen. Planung von Abstellanlagen, Mitnahmemöglichkeiten im öffentlichen Personennahverkehr, Servicestationen, Zusammenarbeit mit Fahrradläden. Alles zusammengefaßt in einem Plan und Textband. Dokumentationen der Schwachstellen usw. mit Fotos und Video.





## Beispiel "Fließgewässer"

**Einzelaktionen:** Bach säubern. Mal die Gewässergüte untersuchen. Ein paar Bäume an einer Stelle pflanzen.

**Umfassendes Konzept:** Einen Bach von Quelle bis Mündung erfassen einschließlich der von ihm durchflossenen Niederungen (Sümpfe, Nebengewässer, genutzte Flächen, geschädigte Flächen). Systematische Gewässeruntersuchungen in Abschnitten, um Verschmutzungen lokalisieren zu können. Biotopschutzprogramm für die ganze Niederung, Schutz gegen Schadstoffe überall, Ersatz aller Rohrstrecken durch Renaturierung bzw. Brücken.

4.2

## Beispiel "Steinkauzschutz"

**Einzelaktionen:** Aufhängen einer oder weniger Nisthilfen. Winterfütterung.

**Umfassendes Konzept:** Kartierung aller Vorkommen sowie aller steinkauztypischen Lebensraumstrukturen in einem zusammenhängenden Gebiet. Flächendeckendes Programm für alle Lebenssituationen eines Steinkauzes (Brutplätze, typische Lebensraumstrukturen, Giftfreiheit der Nahrungstiere usw.).

Die wenigen Beispiele zeigen, worum es geht. Einzelaktionen sind nicht in der Lage, den wirklichen Gefährdungen entgegenzuwirken, weil sie nur Teilaspekte berücksichtigen, die höchstens zufällig der entscheidende Faktor sind. Meistens sind Problemwirkungen in der Natur komplex und über Einzelaktionen nicht zu lösen.



Das Dilemma des strategielosen Naturschutzes wird deutlich, wenn man die Verhältnisse umkehrt - hier z.B. mit dem Straßenbau. Während StraßenbauerInnen sinn- und zusammenhangslos Asphaltflecken in der Landschaft verteilen (vorzugsweise dort, wo sonst keiner was vorhat) und dabei hoffen, daß auf Dauer ein zusammenhängendes Straßennetz entsteht, arbeiten viel mehr NaturschützerInnen mit modernster Technik und eigenen Planungsabteilungen daran, die neuen und auch alte Asphaltflecken wieder zu zerstören und neue Naturflächen zu schaffen. Während die StraßenbauerInnen einen neuen Fleck schaffen, werden mehrere alte entfernt. Dennoch feiern die StraßenbauerInnen jeden neuen Asphaltfleck wie einen "Durchbruch". Verkehrte Welt - leider!

## Warum umfassende Konzepte?

### Fachliche Gründe

Einzelaktionen im Natur- und Umweltschutz bergen große Gefahren, Fehler zu machen, deren Auswirkungen nicht abgeschätzt werden können. Sowohl die ökologischen Zusammenhänge als auch das Verhalten der menschlichen Gesellschaft sind vielfältig und kompliziert. Wer nur einzelne Bereiche herausgreift, wird höchstens zufällig tatsäch-



lich eine Verbesserung erreichen. Stabilisiert der Krötenzaun an der Straße wirklich die Population oder sind nicht ganz andere Faktoren (fehlende Laichgewässer, Gifteintrag aus der Landwirtschaft, Biotopvernichtung usw.) die Gründe für den Rückgang der Art? Ist die geplante Hecke wirklich ein Vernetzungselement - oder trennt sie nicht an der vorgesehenen Stelle sogar Lebensräume voneinander? Kann das geplante Stück Radweg überhaupt etwas bringen, wenn doch andere Bedingungen für das Radfahren nicht verbessert werden? Wieviel bringt der Einsatz für Energiesparlampen in der Schule oder im Rathaus, wenn an den gleichen Orten noch Elektroheizungen eingesetzt werden?

Um die räumlichen Wechselwirkungen möglichst genau einschätzen zu können, ist es unerlässlich, vor der ersten Maßnahmen die Ist-Situation zu erfassen. Dabei muß das Gebiet, das untersucht wird, mindestens so groß sein, daß es alle räumlichen Zusammenhänge berücksichtigen kann.

Bei Maßnahmen, die das Verhalten der Menschen betreffen (Verkehr, Müll, Wasser, Energie usw.) sind dieses in der Regel abgrenzbare Einheiten wie ein Gebäude oder Gebäudekomplex (z.B. für Konzepte zur Energieeinsparung), Stadt- und Ortsteile bzw. eine ganze Gemeinde.

Bei Maßnahmen zum Schutz der Biotope und Arten sind als Abgrenzung zusammenhängende Landschaftsräume (Niederung, Talraum, trocken geprägter Höhenzug, Waldgebiet mit angrenzenden Flächen, Bodenabbaufäche mit direkter Umgebung, See mit Uferzonen und Zuflüssen, Hochmoor mit umgebenden Niederungen, Küstenstreifen mit allen Übergängen zum Binnenland) zu wählen, weil innerhalb dieser Räume besonders enge Verflechtungen im ökologischen Gefüge bestehen. Das betrifft vor allem Tierwanderungen und den Stoffaustausch über Erosion, Sedimentation und den Wasserfluß ober- und unterirdisch.

Das Vorgehen in Einzelaktionen kann sogar derart fehlerhaft sein, daß die Situation nach der Einzelaktion schlechter ist als vorher. So können Maßnahmen zum Arten- und Biotopschutz andere Arten oder Biotope gefährden. Gerade die Neigung, "neue" Biotope auf solchen Flächen anzulegen, auf

denen ohnehin schon Wildwuchsflächen u.ä. vorherrschen, kann im Ergebnis mehr Schaden als Nutzen bringen. Gleiches gilt z.B. für ein kurzes Radwegstück, das wegen des Ein- und Ausfädelns aus dem fließenden Verkehr eher Gefahrenpunkte neu schafft als die Radverbindung zu verbessern. Einzelaktionen ohne oder sogar mit negativer Wirkung sind seit Jahren an der Tagesordnung. Aus der Sucht nach schnellen und einfachen Taten, die befriedigen und die eigene Erfolgsbilanz schönen, entstehen oft Aktionen, die den eigenen Zielen zuwiderlaufen.

4.3

### Arbeitstechnische Gründe

Umfassende Konzepte bedürfen eines erheblich größeren Arbeitsaufwandes als Einzelaktionen. Aber: Ein umfassendes Konzept beinhaltet sehr viele einzelne Maßnahmen, die nur besser aufeinander abgestimmt sind. Insgesamt ist der Arbeitsaufwand dann wieder niedriger im Vergleich zum Aufwand, all diese Einzelaktionen, die im Konzept zusammengefaßt sind, einzeln vorzubereiten.

Mit dem erarbeiteten Konzept entsteht für lange Zeit eine Basis für die Durch- und Umsetzung, so daß im günstigsten Fall eine ständig fortschreitende Verwirklichung erreicht wird. Das am Ende vorweisbare Ergebnis ist selbst dann, wenn es nicht allen Zielen des umfassenden Konzeptes entspricht, wesentlich bedeutender als einige zusammenhangslose Einzelaktionen.

### Psychologische Gründe

Umfassende Konzepte wirken in zwei Richtungen - zum einen auf die AdressatInnen, also z.B. PolitikerInnen, die EinwohnerInnen eines Ortes, Land- oder ForstwirtInnen usw. Diese gilt es zu überzeugen bzw. zum Mitmachen anzuregen. Zum anderen ist aber auch die Wirkung auf die erarbeitende Gruppe (BürgerInneninitiative, Verein o.ä.) nicht zu vergessen. Die Arbeit muß so gestaltet werden, daß die am Projekt arbeitenden Menschen auch dauerhaft Interesse an der Weiterführung haben.



4.4

## Wirkung auf das Umfeld

Umfassende Konzepte erwecken gegenüber Einzelaktionen zunächst den nachteiligen Eindruck, daß sie weniger leicht durchsetzbar erscheinen. Das stimmt grundsätzlich, kann aber als Argument nur begrenzt gelten, weil die Wirkung einer Einzelaktion viel niedriger, gar nicht vorhanden oder sogar negativ ist. Wer sich freiwillig auf Vorschläge zurückzieht, die niemanden stören, arbeitet nur nach dem Prinzip, etwas für sein eigenes Wohlbefinden zu tun - aber nicht nach fachlichen Kriterien zu handeln.

Natur- und Umweltschutz sind in diesem Fall mehr eine Beschäftigung der handelnden Menschen, vergleichbar dem Briefmarkensammeln oder Kegeln. "Wer kein Ziel hat, kann es auch nicht verfehlen", urteilte Wolfgang Erz vom Bundesamt für Naturschutz schon vor ungefähr 15 Jahren über einen solchen Stil von Naturschutz. Zu alledem läßt sich mit einem Trick der Nachteil umfassender Konzepte, nicht schon nach kurzer Zeit einen meßbaren Erfolg vorweisen zu können, ausgleichen: Aus der entstehenden Liste von Maßnahmen werden einzelne herausgenommen und als vorgezogenes Einzelprojekt umgesetzt.

Das kann auch noch andere Vorteile haben, z.B. der Aufbau eines positiven Images in der Öffentlichkeit, Kennenlernen von zuständigen Personen usw. Doch Achtung: Bei der Auswahl der vorgezogenen Projekte muß darauf geachtet werden, daß diese schon Teil des Gesamtkonzeptes sind, damit nicht fachliche Fehler auftreten. Zudem ist empfehlenswert, das umfassende Konzept

bei den vorgezogenen Einzelaktionen schon einmal öffentlich anzukündigen. Damit wird ein gravierender Nachteil von Einzelaktionen überwunden, nämlich daß die Aktionen auch für die AdressatInnen immer wieder überraschend kommen und keine langfristige Entwicklung absehbar ist.

Umfassende Konzepte haben langfristigen Charakter. Die erarbeitende Gruppe legt einen Plan vor, der ihr selbst und den AdressatInnen ihres Konzeptes (eben EntscheidungsträgerInnen und/oder Bevölkerung) eine klare Perspektive für die nächste Zeit (meist ein oder wenige Jahr/e Durch- und Umsetzungszeit) geben. Kontaktgespräche, Diskussionen usw. werden effektiver, weil sie nun nicht mehr nur für eine Aktion stattfinden müssen, sondern ein ganzes Paket von Maßnahmen verhandelt wird. Die wichtigste Wirkung aber entspringt der besseren fachlichen Begründung.

Umfassende Konzepte haben als zentralen Grund, besser die fachlichen Grundlagen und die räumlichen Wechselwirkungen usw. einbeziehen zu können. Folglich werden die Maßnahmen auch besser zu begründen sein. Ein Biotop, neu und ohne Zusammenhang zur Umgebung "gebastelt", wird zwar häufig als Lebensraum und Vernetzungselement "verkauft", untersucht hat das aber niemand. Bei umfassenden Konzepten besteht die Möglichkeit, die erarbeitete Planung in Text, Karte und Bild gleich so darzustellen, daß der Grund für die vorgeschlagene Maßnahme ersichtlich wird. Wenn z.B. in einem Plan ein renaturierter Bach mit breiten Uferstreifen erscheint und die Uferstreifen mit einem Symbol "Schutz gegen Nährstoffeintrag" versehen sind, erspart das nicht nur lange Reden zur Begründung, sondern den GegnerInnen der Maßnahme fällt es schwerer, dagegen zu reden, weil sie nicht nur die Maßnahme selbst, sondern auch den erwünschten Effekt (im Beispiel: Sauberhaltung der Gewässer) ablehnen.

## Wirkung auf die Gruppe

Die Gruppe erreicht mit der Arbeit an einem umfassenden Konzept eine Fixierung ihrer Arbeit. Besonders sinnvoll ist, für ein



umfassendes Konzept eine spezielle Projektgruppe zu gründen, die dieses Konzept zum Mittelpunkt ihrer Arbeit macht. Die Gruppe wechselt vom bislang verbreiteten "Mal-hier, mal-da"-Stil des Naturschutzes zu einem auch die eigene Arbeit strukturierenden Konzeptansatz. Dieses bündelt die Kräfte. Nach- und Vorteil ist, daß mit dem umfassenden Ansatz auch die Gradmesser für Mißerfolg und Erfolg verschoben werden. Es entsteht ein neuer Blick für das, was notwendig ist. Das läßt kleine Aktionen in einem neuen Licht erscheinen. Selbstbejubelung für Miniaktionen, die oft wie ein "Endsieg Naturschutz" gefeiert werden und in Naturschutzgruppen seit vielen Jahren immer wieder prägend sind, verbieten sich dann von selbst. Wer eine Einzelaktion derart intensiv feiert, wird weder die Kraft für mehr haben, noch in der Lage sein, andere davon zu überzeugen, daß das erst der Anfang sei.

Grundsätzlich kommt projektorientierte Arbeit dem Ansatz umfassender Konzepte entgegen. Vereine, die vor allem auf Vorstandsebene agieren, werden Probleme haben, ein Projekt so intensiv umzusetzen, da der Vorstand für alle Angelegenheiten zuständig ist. Umfassende Konzepte bedürfen einer Konzentration auf das Thema, was in einer unabhängig von Vereinsformalitäten agierenden, freien Projektgruppe am besten zu leisten ist. Wenn diese einem Verband bzw. mehreren Verbänden und Institutionen angehört, ist eine effektive Arbeit trotzdem möglich, solange die Formalgremien nicht ständig über die Arbeit der Projektgruppe bestimmen wollen.

## Erfolgskontrolle

Die Erarbeitung eines umfassenden Konzeptes schafft nicht nur eine Leitlinie für die eigene Arbeit, sondern auch den Gradmesser für Erfolg und Mißerfolg. Der Fortschritt der Umsetzung kann genau am Zielbild insgesamt gemessen werden. Dieses Zielbild sind der Gesamtplan und die daraus abgeleitete Liste an Einzelmaßnahmen, wobei diese nicht nur aus konkreten Veränderungen am "Objekt", sondern auch aus den Begleitmaßnahmen besteht, z.B. eine Ausstellung, Broschüre, Seminare, Vorträge oder eine Dokumentation. Besonders günstig wirkt sich auf die Erfolgskontrolle aus, wenn ein Zeitplan der Umsetzung bereits Teil des Konzeptes ist. Dadurch muß nicht die Flexibilität eingeschränkt werden, Veränderungen werden aber festgestellt und vermerkt. Der fehlende Maßstab gehört zu den Hauptgründen für die Erfolglosigkeit des Natur- und Umweltschutzes, weil die aktiven Personen und Gruppen seit Jahren oder seit Jahrzehnten krampfhaft Kleinprojekte verfolgen, ohne die Effizienz dieser Strategie zu überprüfen.

**4.5**

### Literatur:

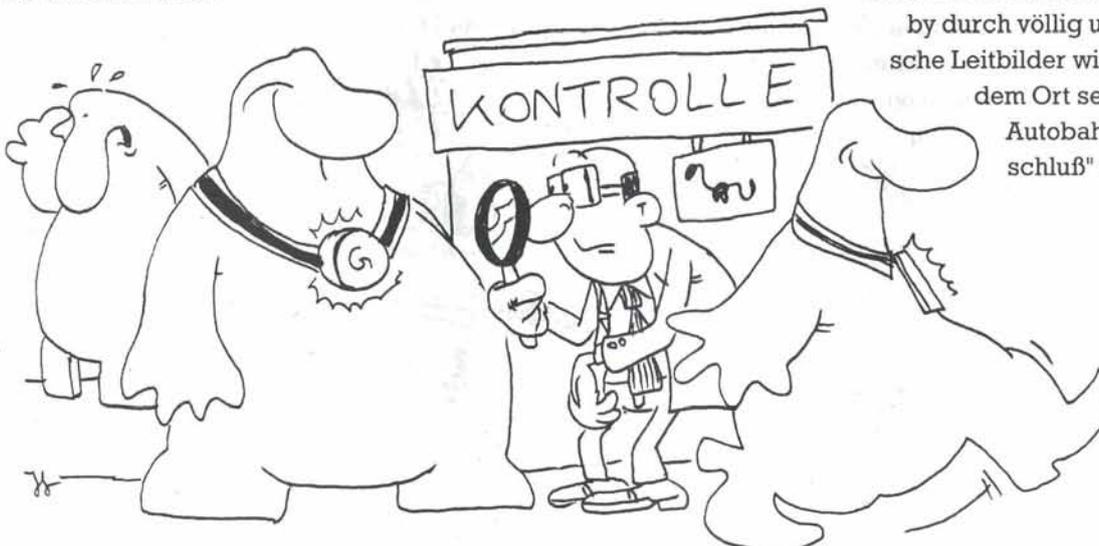
Berndt Zuschlag:  
Gutachten-Qualität  
(1996, expert in Renningen, 129 S.)  
Optimierungshinweise für die Planung und Erstellung von Gutachten, verschiedene technische Fachsparten.

G. Schmidt-Eichstaedt u.a.:  
Planspiel Modell-Stadtökologie  
(1994, Dt. Inst. für Urbanistik in Berlin, 403 S.)  
Dokumentation des Verlaufs und der Ergebnisse eines Planspiels.

Öko-Institut:  
Die Zukunft der Bundesrepublik  
(1988, Rasch & Röhling in Hamburg, 237 S.)  
Prognosen, Szenarien und Konzepte für die Zukunft.

## Politische Durchsetzungsfähigkeit

Umfassende Konzepte sind, anders als es auf den ersten Blick scheint, besser durchsetzbar als getrennte Einzelaktionen. So wird z.B. die Straßenbaulobby durch völlig utopische Leitbilder wie "jedem Ort seinen Autobahnanschluß" oder





## 4.6

### Literatur:

Jörg Bergstedt:  
Handbuch Ange-  
wandter Biotop-  
schutz (1997, Eco-  
med in Landsberg,  
Loseblatt ca. 1000 S.)  
Ein umfangreiches  
Buch zu Planung und  
Biotopschutz mit me-  
thodischer Anleitung  
zu Erarbeitung um-  
fassender Natur-  
schutzkonzepte in  
der Landschaft.

Hermann Remmert:  
Naturschutz  
(1990, Springer Ver-  
lag in Berlin, 202 S.)  
Eine kritische Aus-  
einandersetzung mit  
den heutigen Natur-  
schutzstrategien.

Pläne des Bundesgebietes mit vielen neuen Straßen eher gestärkt. Niemand dieser Lobbyisten aber diskutiert darüber, daß diese Ziele nicht oder lange nicht zu erreichen sein werden. Die Strategie ist die gleiche wie bei den Tarifverhandlungen - Einstieg mit umfassenden Forderungskatalogen, um in der Diskussion das meiste "herauszuschlagen". Ganz anders gehen die meisten Naturschutzgruppen vor. Behaftet mit Minderwertigkeitskomplexen (die in erstaunlichem Widerspruch zu ihren eigenen Erfolgsbilanzen stehen) reduzieren sie ihre Forderungen schon selbst auf das, was sie für durchsetzbar halten, um dann diese Forderung in den Verhandlungen nochmals nur teilweise durchsetzen zu können. Das Ergebnis ist mager, lehrt die NaturschützerInnen aber, beim nächsten Mal noch weniger zu fordern. Und immer so weiter. Das Ende ist, sich nur noch auf Restflächen zurückzuziehen, um die Schmach von Niederlagen am Verhandlungstisch oder in den Verwaltungsapparaten nicht zu erleben.

Ein umfassendes Konzept, gut aufbereitet, klar und verständlich dargestellt bzw. begründet, entfaltet demgegenüber eine ganz andere Kraft. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind keine "Hirngespinnste" oder Gelegenheitsideen, sondern ergeben sich aus den Analysen der Ist-Situation und den zu erreichenden Zielen. Nun muß die andere Seite beginnen, ungewünschte Maßnahmen aus dem Konzept zu streichen - eine Umkehrung der bisherigen Verhältnisse, wo die Naturschutzgruppen die Eingriffe verhindern wollten. Jetzt agieren die Natur- und UmweltschützerInnen, sie setzen die Ziele. Es geht nicht um Minimierung weiterer Schäden, sondern um die Verbesserung der Situation.



## Schritte zum um- fassenden Konzept

Im folgenden sollen die einzelnen Schritte aufgezeigt werden, die von der Idee eines umfassenden Umweltschutzkonzeptes bis zur Verwirklichung führen. Dabei sind diese Schritte jeweils allgemein erläutert sowie an zwei Beispielen (Biotopschutzprogramm für eine Gemarkung sowie Konzept für den Öffentlichen Personennahverkehr für einen Ort) verdeutlicht.

## Ideenfindung & Konkretisierung

### Problemstellung

Meist entstehen konkrete Projekte aus aktuellen Vorgängen (neue Eingriffe, persönliches Erleben verbesserungswürdiger Zustände, Presstexte usw.). Wenn die Idee für ein umfassendes Konzept in einem Bereich eingebracht wird, ist darauf zu achten, daß nicht gleich zu Beginn die Machbarkeitsfrage gestellt wird. Diese ist ohne detaillierte Planung des Projektablaufs nämlich gar nicht diskutierbar, öffnet aber den "Formalisten", die vor allem in den Vorständen sitzen, alle Möglichkeiten, ein neues Projekt mit formalen oder Totschlag-Argumenten ("keine Kapazitäten", "wir sind am Ende verantwortlich", "ist alles schon mal versucht worden", "utopisch") zu stoppen. Um möglichst viele



Ideen zu sammeln, wäre zu Beginn eines jeden Projektes eine offene, ungehemmte Ideensammelphase sinnvoll (Brainstorming). Vorteilhaft ist, wenn hieran möglichst viele Menschen beteiligt werden können, z.B. auch Mitglieder von Naturschutzgruppen, die selbst in einer später zu gründenden Projektgruppe mitarbeiten wollen. Dennoch könnten sie wertvolle Anregungen liefern.

4.7

Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele

### **Biotopschutzprogramm für eine Gemarkung**

Anlaß können eine laufende Flurbereinigung, Widerstand gegen einen zerstörenden Eingriff, massive Flächenstilllegungen oder die Anregung eines/einer Grundeigentümers/Grundstückseigentümerin sein. Abhängig ist das Projekt davon nicht. In jeder Gemarkung kann ein Schutzprogramm erarbeitet werden. Das bedeutet, den Weg weg von Einzelmaßnahmen in der Landschaft hin zu einem Konzept zu finden, das auch Vernetzungselemente integrieren kann. Zu klären ist, wo was geschehen soll. Möglich ist die Begrenzung auf eine Gemarkung / Gemeinde (wegen der dann einheitlichen Zuständigkeiten) oder die (fachlich bessere!) Abgrenzung nach einem Landschaftsraum (z.B. eine Niederung).

### **Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)**

Anlaß kann die eigene Verärgerung über schlechte Verbindungen (insgesamt, zu einem bestimmten Ort, abends oder feiertags), zu hohe Preise, Einstellung einer Bahnlinie usw. sein. Der ÖPNV ist fast allen an Umweltfragen interessierten Personen geläufig. Am Anfang könnte auch eine Phase stehen, für einige Wochen vermehrt Busse und Bahnen zu nutzen und darauf zu achten, welche Qualität sie haben. Daraus wird entworfen, welche Teilbereiche bearbeitet werden können (Linienführung, Takt und Fahrplenumfang, überregionale Anbindungen, Fahrkomfort, Preise, Verständlichkeit von Fahrplänen, Fahrmöglichkeiten bei besonderen Anlässen wie Festen oder Großveranstaltungen usw.).

selbst einschätzen, die ins Auge gefaßte Arbeit auch leisten zu können, so gibt es keinen Grund mehr, sie daran zu hindern. Ohnehin ist zu überlegen, eine solche Gruppe nicht direkt an einen Verband zu binden, da es zu Interessenskollisionen kommen kann (z.B. politische Auseinandersetzungen, während die andere Teilgruppe gerade ein gemeinsames Projekt mit politischen Gremien durchführen will). Eine unabhängige Gruppe ist flexibler und bietet die Chance, auch von anderen Organisationen unterstützt zu werden. Die Entscheidung für die Gründung ist also nichts anderes als das Zusammenfinden der Gründungspersonen. Sie können sich dann zur Aufgabe setzen, noch weitere Personen zu finden (siehe Kapitel 6, "Gruppenarbeit").

Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele

### **Biotopschutz**

Finden sich genügend Personen, wird die Arbeitsgruppe "Biotopschutzprogramm ..." gegründet und trifft sich ab sofort separat von Vorständen oder ähnlichen Organen, die kraft Amtes an vielen Themen gleichzeitig arbeiten.

### **ÖPNV**

Sollten einige Personen die Entscheidung treffen, in das Thema umfassend einzusteigen, ist empfehlenswert, eine eigenständige Projektgruppe zu gründen (Begründung siehe links).

## Entscheidung für die Gründung einer Projektgruppe

Wichtig ist in der Regel, die Erarbeitung und Durchsetzung eines umfassenden Umweltschutzkonzeptes einer speziell daran arbeitenden Projektgruppe zu überlassen, da andere Gremien auch andere Aufgaben verfolgen. Die Entscheidung zur Gründung einer Projektgruppe sollte nicht den formalen Entscheidungsgremien einer Organisation obliegen, sondern den daran interessierten Personen. Wenn für ein Projekt genügend InteressentInnen zusammenkommen, die

## Vorbereitungsprozeß in der Gruppe

Nach der Ideenfindung und Gründung wird die Gruppe in der Regel erst einmal Zeit brauchen, um sich selbst in das Thema genauer einzuarbeiten. Dazu können die Beschaffung von bestehenden Unterlagen gehören, ebenso aber auch die eigene Fortbildung durch Besuch von Veranstaltungen, Fahrten zu vergleichbaren Projekten, Literaturauswertung, gegenseitige Vorträge usw. Teilweise können solche thematischen Veranstaltungen auch öffentlich durchgeführt werden, wobei auf das anlaufende Projekt hingewiesen wird. Interessant kann es sein, fachlich geschulte Personen für die Projektgruppe zu gewinnen oder sich ihrer Beratung in Einzelsituation zu vergewissern. Ausdrücklich zu warnen ist allerdings davor, politische



EntscheidungssträgerInnen aus Parlamenten, Parteien oder Verwaltung direkt zu beteiligen. Gute Leute dort können das Projekt besser unabhängig unterstützen, in der Projektgruppe aber aufgrund von Interessenskollisionen sehr lähmend wirken.

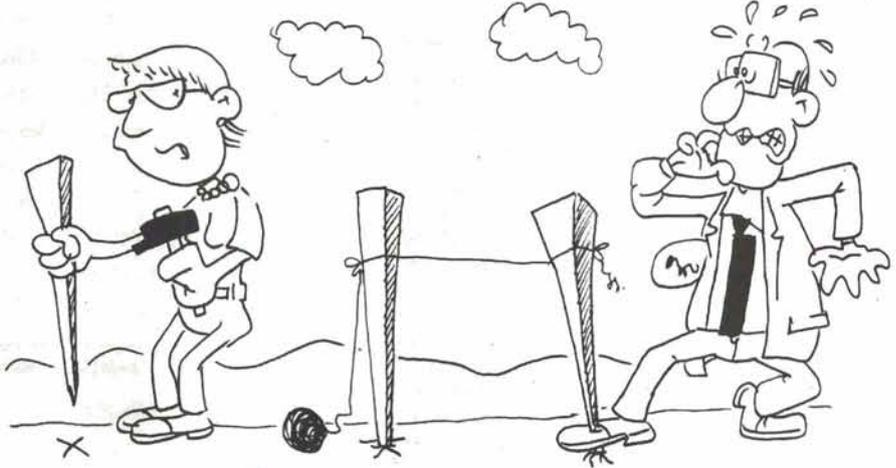
bei müssen fachliche Gesichtspunkte (welche räumliche Grenzziehung ist fachlich vertretbar?) oder andere (z.B. wieviel Zeit kann investiert werden usw.?) abgewogen werden. Als Abschluß werden die Arbeitsschritte festgelegt und ein Arbeitsbeginn vereinbart. Dazu gehört auch eine Aufgabenverteilung der ersten Schritte auf die beteiligten Personen.

## 4.8

Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele

### Biotopschutz

Seminare zu Natur-schutzthemen werden an vielen Orten angeboten. Sie sollten danach ausgewählt werden, welche Fragestellungen auch im ausgewählten Gebiet anstehen (Fließgewässer, Streuobst, Zerschneidung durch Straßen, Flurbereinigungsrecht usw.). Umwelt- und Unibibliotheken bieten Lesestoff. Zur Mitarbeit in der Gruppe können interessierte AnwohnerInnen, HobbyornithologInnen usw. gewonnen werden, typische UnterstützerInnen am Rande können naturschutzorientierte JägerInnen und FörsterInnen, MitarbeiterInnen in Planungsbüros oder Naturschutzbehörden, Umweltbeauftragte der Gemeinde oder umweltpolitische SprecherInnen der Parteien sein. Wichtig ist, alle am Ort arbeitenden Naturschutzgruppen und BürgerInneninitiativen einzubinden - direkt in der Gruppe oder über ständige Kontakte, für die AnsprechpartnerInnen dort und in der Projektgruppe fest vereinbart werden sollten. Die Erfahrung zeigt, daß schlechte Informationsflüsse schnell Streit bewirken können, weil viele Naturschutzgruppen Gebiete oder Themen als "ihres" betrachten und andere Personen nicht akzeptieren. Das ist zwar primitive Eitelkeit, aber eben vorhanden.



### ÖPNV

Zur fachlichen Einarbeitung sollten Gespräche mit den Verkehrsbetrieben, Besuche in Orten mit besonders attraktiven Nahverkehrsangeboten sowie die Auswertung von Literatur gewählt werden. Verschiedene VeranstalterInnen bieten auch Seminare oder Beratungen an. Über Verbände, wie den Verkehrsclub Deutschland, oder die Kampagne "Mobil ohne Auto" sowie über Bürgerinitiativen, Umweltverbände oder Projektwerkstätten können fachkompetente AnsprechpartnerInnen erfragt werden. Als UnterstützerInnen sollten möglichst die Verkehrsbetriebe sowie weitere am Thema arbeitende Personen aus Politik und Verwaltung gefunden werden.

Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele

### Biotopschutz

Zum Abstecken des Projektumfangs gehört die Festlegung der Gebietsgröße sowie die Entscheidung, ob flächendeckend gearbeitet wird oder nur einzelne Biotoptypen herauszugreifen sind (z.B. ein Schutzprogramm für die Fließgewässer einer bestimmten Region).

### ÖPNV

Abzustecken sind die zu untersuchende Fläche (Kreis, Gemeinde, Ortsteil, Bahnlinie mit Anschlußverbindungen, ...) sowie Verkehrsmittel. Es empfiehlt sich, die Wechselwirkungen zwischen Bahn, Bus, Fahrrad usw. zu erfassen. Jedenfalls sollte die überregionale Anbindung mit untersucht werden. Zu klären ist, ob die Strukturpolitik Teil der Untersuchung ist, z.B. Geschäfte "auf der grünen Wiese" erhebliche Auswirkungen haben.

## Abstecken des Projektumfangs

Zum Vorbereitungsprozeß gehört auch, den Arbeitsumfang genau abzustecken. Da-

## Erfassung der Ist-Situation

Sichtung vorhandener Karten, Pläne, Forderungskataloge, ...

Zu jeder Fragestellung im Natur- und Umweltschutz existieren bereits irgendwelche



Papiere. Kartengrundlagen sind bei der Stadt- oder Gemeindeverwaltung, im Buchhandel und bei den Katasterämtern zu beziehen. Bei letzteren gibt es auch Luftbilder, die für viele Arbeiten hilfreich und gar nicht so teuer sind, ebenso historische Karten. In jeder Gemeinde werden alle Pläne aufbewahrt, die die zukünftigen Veränderungen in einer Fläche festlegen (Bebauungen, Straßenbau, Flurbereinigungen usw.). Außerdem haben die Fachverwaltungen (Straßenbau, Flurbereinigungs-, Wasserwirtschafts- und Forstämter, Naturschutzbehörden usw.) mindestens die Pläne für ihren eigenen Bereich. In allen Behörden sind zudem für den eigenen Bereich weitere Daten vorhanden, oft sehr unsortiert und selbst für die BehördenmitarbeiterInnen kaum nutzbar archiviert. Das können Messungen von Schadstoffen sein, Artenerfassungen im Rahmen von bereits gelaufenen Untersuchungen (z.B. als dort ein anderer Eingriff geplant war) oder auch Studien-, Diplom- oder Doktorarbeiten zum Gebiet oder Thema. Ohnehin empfiehlt es sich, an oder in der Nähe von Hochschulstandorten bei passenden Instituten nach dort vorliegenden Schriften zu forschen.

Eine weitere Quelle für Informationen sind Naturschutzgruppen, Ortslandwirte, manchmal JägerInnen, FörsterInnen oder auch ältere EinwohnerInnen, die alte Zustände und Veränderungsprozesse beschreiben können oder auch Fotos von früher haben. Ergänzend kann ein öffentlicher Aufruf erfolgen, Wissen und Daten der Projektgruppe bereitzustellen.

### KooperationspartnerInnen suchen

Je breiter ein Projekt getragen wird, desto besser. Naheliegende Partner sind Natur- und Umweltschutzgruppen, aber auch AnwohnerInnen sowie wissenschaftliche Einrichtungen. An Hochschulstandorten lohnt sich der Weg zu den passenden Instituten, weil möglicherweise ein/e DozentIn ein Seminar zum Thema anbietet, in dessen Rahmen StudentInnen bei der Datenbeschaffung und der Planung mithelfen. Möglicherweise

Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele

**Biotopschutz**

Biotopstrukturkartierung, Erfassung seltener Arten. Sichtung vorhandener Artenerfassungen. Auswertung von aktuellen und historischen Karten / Luftbildern. Gerade letztere sowie ältere EinwohnerInnen können wichtig für das Zielbild sein, denn die Situation vor 50 oder mehr Jahren kommt in vielen Fällen einem naturgemäßen Zustand ähnlich (z.B. Verlauf von Fließgewässern, Versumpfungsbereiche). Die Erfassungen müssen unbedingt standardisiert werden (Kartierungsbogen), damit alle an der Kartierung beteiligten Personen auf die gleichen Elemente achten und alles vollständig erfassen. Ohne solche Bögen achtet jede/r auf die ihm/ihr vertrauten Bereiche stärker. Bei Gewässern ist die Gewässergüte zu prüfen. Die Artenerfassung kann mit der Biotopkartierung erfolgen oder von SpezialistInnen vorgenommen werden, die z.B. nur eine Artengruppe erfassen, diese dann aber sehr genau.

**ÖPNV**

Gesichtet werden müssen: Aktuelle und frühere Fahrpläne und Liniennetze sowie die bereits existenten Gutachten, Fahrgastzählungen, Verkehrsströme auf den Straßen usw. In vielen Schubläden liegen interessante Vorschläge für eine Verbesserung des ÖPNV - es hapert jedoch an der Umsetzung. Zudem werden eigene Mängellisten erstellt, indem die Gruppenmitglieder eigene Beobachtungen notieren sowie möglichst viele andere Menschen befragen. Ein Fragebogen für ÖPNV-NutzerInnen und AutofahrerInnen kann wichtige Informationen über Lücken und Mängel hervorbringen.

bleiben von ihnen einige "hängen" und wirken im Rahmen der Projektgruppe auch weiterhin mit. Einzelne Personen können über einen Verband oder eine unterstützende Institution als PraktikantInnen eingestellt werden und das Projekt so unterstützen.

Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele

**Biotopschutz**

KooperationspartnerInnen können sehr viele sein: AnwohnerInnen, NutzerInnen und EigentümerInnen der Flächen, Erholungssuchende, Umweltbeauftragte in Gemeinden, Kirchen, Vereinen, Parteien, PlanerInnen, ArchitektInnen - eigentlich alle, die irgendeinen Bezug zu der bearbeiteten Fläche oder zu den Themen der Projektgruppe haben.

**ÖPNV**

KooperationspartnerInnen können die Verkehrsverbünde, BusunternehmerInnen, weitere Vereine mit Interesse an guten Verkehrsverbindungen, die Gemeinde usw. sein. In der Nähe von Unistädten haben auch Studiengruppen oft Planungen für Verkehrsentwicklungen erarbeitet.



## Ansprüche anderer ausloten

In fast jedem Bereich konkurrieren verschiedene Interessen miteinander. Ansprüche anderer zu kennen, kann für die spätere Umsetzungsstrategie sehr wichtig sein. So ist es gut zu wissen, was Straßenbaubehörde, FlurbereinigerInnen, WasserwirtschaftlerInnen usw. in einem konkreten Gebiet wollen. In persönlichen Gesprächen sollte das unverbindlich abgefragt werden. Dabei müssen eigene Planungen noch nicht formuliert sein und auch nicht vorgebracht werden. In diesem Stadium ist das ohnehin zu früh und zu gefährlich, um nicht Widerstände zu wecken, bevor überhaupt das umfassende Konzept erstellt ist.

4.10

Das Wissen um andere Ansprüche darf auch die konkreten Vorschläge nicht beeinflussen, weil diese nur aus fachlichen Gesichtspunkten abgeleitet werden. Wohl aber kann im Zeitplan der Umsetzung darauf Rücksicht genommen werden, indem z.B. nicht gleich mit dem Projekt begonnen wird, das am meisten Ärger hervorruft.

## Formulierung von Zielbildern

### Grundsätzliche Zielbilder

Zum einen sollten eigene Ziele formuliert werden, ohne daß dabei Rücksicht auf etwaige Umsetzungsschwierigkeiten genommen wird. In der ersten Phase der Zielfindung muß der Kopf frei von Schranken und Grenzen sein. Die Gruppe muß versuchen, eine Idealsituation für den bearbeiteten Bereich bzw. das Gebiet zu fixieren. Zum zweiten können Quellen ausgewertet werden, in denen Ziele von anderen formuliert wurden. Dazu gehören Parteiprogramme, bestehende Beschlüsse, usw. Es ist bemerkenswert, wie weitgehend vor allem in den allgemeinen Zielsetzungen dieser Quellen Natur- und Umweltschutzziele gefaßt sind. In der Regel sind diese Formulierungen so weitgehend, wie sie auch idealerweise formuliert wurden. Nicht die Zielformulierungen, sondern die



Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele

#### Biotopschutz

Überall in der Landschaft werden vielfältige Ansprüche an die Nutzung gemacht.

Diese Aussage besteht fort, obwohl bereits ein hoher Stand an Flächenversiegelung existiert.

Landwirtschaftliche Nutzung auf ertragreichen Standorten wird immer mehr intensiviert, neue Wege und Straßen werden gebaut, ebenso Strom- und andere Versorgungsleitungen, Ent- und Bewässerungen, neue Wohn- und Industriegebiete sowie rasant zunehmend große und kleine Freizeiteinrichtungen (vom ungenehmigten Gartenhütten mit unpassender Bepflanzung rundherum bis zu Golfanlagen und großen Freizeitparks).

Um die Widerstände bei einem umfassenden Biotopschutzprogramm frühzeitig zu kennen, sind der Flächennutzungsplan (Gemeinde), Fachpläne (verschiedene Ämter) auszuwerten sowie Gespräche mit potentiellen NutzerInnen (Ortslandwirt, JägerIn, BürgermeisterIn usw.) zu führen.

#### ÖPNV

Straßenneubauten können eine Verbesserung des ÖPNV erschweren, denn je attraktiver und schneller das Straßennetz ist, desto weniger Menschen fahren mit dem ÖPNV. Gleiches gilt für den Neu- und Ausbau von Parkhäusern, innerstädtischen Parkplätzen usw. Möglicherweise haben ÖPNV-AnbieterInnen selbst Interesse an einer schlechteren Situation, um z.B. defizitäre Bahnlinien stilllegen zu können.

Hauptschuldner der zunehmenden Autoströme sind die Gemeindeverwaltungen mit ihrer Strukturpolitik. Neuansiedlungen von Geschäften und Gewerbe "auf der grünen Wiese" (also am Stadtrand) führen zu vermehrtem Autoverkehr, dem Aussterben der Ortskerne und damit zu geringerem Interesse am ÖPNV. Busse und Bahnen sind in den Ortskernen dem Auto überlegen, weil hier die Parkplatzsuche erschwert ist und lange Fußwege zu den Geschäften in Kauf genommen werden müssen. Die beste Strukturpolitik ist die Förderung attraktiver und lebendiger Ortskerne und der Verzicht auf Gewerbe- und Wohngebiete außerhalb der bisherigen Bebauungsgrenzen!



praktische Umsetzung ist in Parteien und Behörden das Problem. Zur Unterstützung der eigenen Argumentation kann es interessant sein, die Ziele derer, die später vom umfassenden Konzept überzeugt werden müssen, selbst in das Konzept aufzunehmen. Später in den Verhandlungen kann es dann heißen: "Sie selbst fordern in ihrem Beschluß/Programm vom ..., daß ... . Unser Konzept ist nicht anderes als die konsequente Umsetzung dieser Zielformulierung".

Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele

**Biotopschutz**

Im Naturschutzgesetz des Landes sowie in allen Parteiprogrammen finden sich allgemeine Aussagen der Art "Das Überleben der heimischen Arten ist zu sichern" oder "Die Artenvielfalt ist zu erhalten" oder "Die typische Landschaftsstruktur muß nachhaltig bestehen". Daraus lassen sich eindeutige Schlüsse ziehen, welche Maßnahmen nötig sind. Der heute praktizierte "Mal-hier, mal-da"-Naturschutz hat keine Chance, die Ziele zu erreichen. Nötig sind flächendeckende und umfassende Konzepte. Ein solches ist also nichts anderes als die korrekte, fachliche Ausführung der vorgegebenen Ziele. Wer das spätere Konzept ablehnt, handelt gegen die eigenen Zielsetzungen und die des Naturschutzgesetzes (sowie vieler weiterer Gesetze). Als eigenes Zielbild sollte alles gesammelt werden, was an Ideen in der Gruppe zusammengetragen wird. Auch können außenstehende Personen über ihre Vorschläge befragt werden. Besonders wichtig sind staatliche Vorgaben für den eigenen Bereich. So gibt es bestehende Rechtsverordnungen für naturnahen Waldbau oder Landwirtschaft auf Staatsflächen. Ähnliche Beschlüsse haben auch viele Kirchen für ihre Flächen gefällt, ohne diese in die Wirklichkeit umzusetzen.

**ÖPNV**

Zielbilder können Angaben zur zukünftigen Nutzung von Nahverkehrsmitteln sein, vor allem aber sollte es dessen Qualität festlegen. Hierzu gehören Preise, Erreichbarkeit der wichtigen Alltagsmittelpunkte (Einkaufszentren, Ortskern, Schulen, Kino, Sportstätten, Diskotheken, Krankenhäuser, Uni-Fachbereiche, Behörden), Fahrplankontakt tagsüber, abends und am Wochenende, die Wahl und Kombination dem Fahrgastaufkommen angemessener Verkehrsmittel (Bahn, Bus, BürgerInnenbus bzw. Anrufsammeltaxi usw.) sowie kurze Fahrzeiten und bequeme bzw. schnelle Umsteigemöglichkeiten. Wichtig ist auch die getaktete Anbindung an überregionale Verkehrsverbindungen (vor allem des nächstgelegenen Bahnhofs mit sinnvollen Umsteigezeiten zu Zügen). Ein wichtiges Ziel kann auch der Fahrkomfort sein: Bequemlichkeit, leichte Einsteigemöglichkeiten auch für Behinderte, Personen mit Fahrrad und Kinderwagen usw., Gestaltung der Haltestellen bzw. Entfernungen zu den angebundenen Zielen. Wichtig sind grundsätzliche Aussagen zu begleitenden Maßnahmen der Stadtentwicklung (lebendiger Ortskern, keine neuen Straßen, stattdessen Verkehrsberuhigung und gute Lage der Haltestellen, Busspuren usw.).

**Konkrete Planung**

Die Erfassung der Ist-Situation muß nun mit dem Zielbild verglichen werden. Wo sind die Mängel? Wo fehlt etwas? Was muß geschehen? Große und kleine Maßnahmen werden in eine Karte eingetragen, bis zeichnerisch die Gesamtsituation so verändert ist, daß das Ziel erreicht werden könnte. Der Plan besteht nicht nur aus (flächennmäßig) kleinen und großen Einzelprojekten, sondern auch aus schwer oder leicht durchzusetzenden. Kein Vorschlag sollte unterbleiben, nur weil die Gruppe oder Einzelne aus ihr etwas für schwer durchsetzbar oder zu teuer halten. Ausschlaggebend sind allein die fachlichen Grundlagen, welche Maßnahme wo nötig ist, das Ziel zu erreichen.

Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele

**Biotopschutz**

Alle Ideen und die Festlegungen zum Erreichen des Zieles müssen nun in den Plan eingetragen werden. Es empfiehlt sich, eine Kartengrundlage zu beschaffen und zunächst zu vervielfältigen, weil während des Zeichnens immer wieder (vor allem kleine) Veränderungen erfolgen werden. Jeder Vorschlag wird diskutiert, ob er das zu Erreichende optimal erfüllt und ob der Plan vollständig ist. Nicht diskutiert wird, ob etwas durchsetzbar ist. Das wird die Durchsetzung selbst zeigen. Was nicht versucht wird, kann nicht gelingen.

**ÖPNV**

Als konkrete Planung entsteht aus den vielen Ideen zu den Einzelsegmenten der Gesamtplan. Er besteht vor allem aus einem neuentwickelten Liniennetz, das alle wichtigen Orte ansteuert und sinnvolle Umsteigemöglichkeiten schafft (Idealform: Stern mit zentralem Umsteigeplatz, so daß jeder Ort mit maximal einmaligem Umsteigen zu erreichen ist). Getakteter und verständlicher Fahrplan.

**Plan mit Begründungen**

Nach Abschluß der Planungsphase werden die endgültigen Ergebnisse in einem sauber gezeichneten Plan zusammengefaßt.

Um diesen vielfältig einsetzen zu können, sollte wie folgt vorgegangen werden:

1. Grundkarte besorgen oder zeichnen (gute Kopie erstellen als Grundlage)
2. Einzelmaßnahmen einfarbig schwarz hin-



- einzeichnen (erneut davon Kopien ziehen)
- 3. Einen oder wenige Pläne als Arbeits- und Anschauungspläne farbig anmalen.
- 4. Einige der farbigen Pläne mit Symbolen versehen (z.B. Aufkleber mit Symbolen), die die jeweilige Maßnahme begründen.

## 4.12

Dieses Vorgehen ist sinnvoll, um von allen Schritten Vervielfältigungsvorlagen zu haben. So können später schnell weitere Exemplare entstehen. Würde dagegen nur ein Plan in mehreren Farben gefertigt, wäre es nicht möglich, ihn auf Flugblättern, in Broschüren, der Presse usw. abzdrukken, (Farbdruck ist deutlich teurer, wenn auch oft sehr viel anschaulicher).

Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele

### Biotopschutz

Nach der Planungsphase entstehen die endgültigen Pläne in den beschriebenen Varianten (schwarz-weiß, Farbe usw.). Die in der letzten Stufe einzuzeichnenden Begründungen können unter anderem folgende sein: Saumbiotop (Schutz gegen Schadstoffe u.ä.), Vernetzungswirkung (linear oder Trittstein), Kernbereich, Windschutz, Erosionsschutz, ästhetische Aufwertung, Lärmschutz, Spätfrostschutz, Grundwasserschutz usw. Wichtig ist, verständliche Symbole zu wählen, die den jeweiligen Grund der Maßnahme verdeutlichen.

### ÖPNV

Linienetz und Fahrplan werden gezeichnet und mit Begründungen versehen.

Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele

### Biotopschutz

In der Liste werden alle Neuanlagen von Lebensräumen sowie die Aufwertung bestehender beschrieben. Dabei sollten die Angaben so detailliert sein, daß nicht später noch einmal geplant werden muß. Bepflanzungen, Erdbewegungen usw. können beschrieben oder auch skizziert werden. Eventuell sind Beispiele aus anderen Gebieten bzw. Büchern einzufügen. Was schon von anderen durchdacht und dargestellt wurde, muß nicht neu "erfunden" werden. Daher lohnt es sich, qualifizierte Bücher durchzusehen. Aufwertungsmaßnahmen für bestehende Biotope sollten ebenfalls detailliert sein bis zu kleinen Maßnahmen wie die Herausnahme nicht standortgemäßer Pflanzen, größere Abstände bei Zäunen zum Schutz vor Viehverbiß usw.

### ÖPNV

Die Maßnahmenliste enthält Beschreibungen der einzelnen Linien, der Haltestellengestaltung (z.B. mit dazu passenden Fußwegverbindungen, Fahrradabstellanlagen usw.), Vorschläge für Preise und besondere Tickets (Semester- oder Monatsickets, besondere Tickets für sozial Schwache usw.). Wichtig ist, daß dort, wo noch keine Verkehrsverbünde bestehen, einheitliche Fahrkarten entwickelt werden, damit nicht beim Umsteigen von einem Anbieter zum anderen (Bahn zu Bus, Busgesellschaft A zu Busgesellschaft B usw.) immer wieder ein neuer Fahrschein gelöst werden muß.

## Massnahmen & vorgezogene Projekte

### Liste der Einzelmaßnahmen

Alle im Plan eingetragenen Vorschläge werden in einer langen Liste beschrieben bzw. Detailzeichnungen gefertigt. Dabei ist eine Karte (am besten eine der schwarz-weiß-Vorlagen) mit Nummern zu versehen. Zusätzlich werden alle bestehenden Elemente daraufhin untersucht, ob sie in Details zu

verbessern sind. Die Liste mit Beschreibungen der Einzelmaßnahmen umfaßt Neues und die Aufwertung des Bestehenden.

### Vorgezogene Projekte

Aus der entstehenden Liste können nun einzelne Projekte ausgewählt werden, die widerstandslos und schnell umgesetzt werden können, weil z.B. die EigentümerInnen mitspielen. Wichtigster Grund solcher Projekte ist neben der internen Wirkung auf die Gruppe (endlich konkret loslegen ...) die Möglichkeit, begleitend zu praktischen Veränderungen das umfassende Konzept in die öffentliche Diskussion zu bringen. Dieses bedeutet, die Pressearbeit am vorgezogenen Projekt zu starten und dabei das gesamte Konzept zu präsentieren.

Gleiches gilt für die ersten Verhandlungen, die mit dem konkreten Einzelprojekt beginnen, aber bereits die Vereinbarung zu weitergehenden Verhandlungen enthalten



sollten. Die ersten Projekte sind der entscheidende Moment, die Bahn zu ebnen für das spätere umfassende Konzept. In dieser Phase werden fast alle gesellschaftlichen Organisationen als UnterstützerInnen zu gewinnen sein, weil die konkreten Auswirkungen noch nicht klar sind. Wenn aber erst einmal viele zum (Lippen-)Bekenntnis geführt worden sind, endlich wirksame Umweltschutzkonzepte anzugehen, werden sie später schwerer wieder davon runterkommen, wenn sie merken, daß die Vorschläge heißgeliebte Projekte (Straßen, neue Industrie, Mülldeponien, Golfplätze, Sporthallen ...) gefährden.

### Organisatorische Regelungen

Wichtig für die Umsetzung ist die Klärung der finanziellen Rahmenbedingungen. Dabei können meist mehrere Quellen gefunden werden, zum einen staatliche (Gemeinde, Kreis, Land, Bund, EU), darüberhinaus Stiftungen, private und Firmensponsoren usw. Einige Einrichtungen oder Firmen können materielle Hilfe leisten (Geräteausleihe).

Bei der Umsetzung sind zudem bestehende Vorschriften zu beachten, z.B. Baurecht, Naturschutzrecht, Betretungs- und Nachbarrecht. Eine Vorklärung mit den zuständigen Behörden kann späteren Ärger vermeiden. Die Zuständigkeit von Behörden ist nicht immer einfach festzustellen, gerade bei umfangreicheren Aktionen können auch mehrere Stellen betroffen sein.

Ziel ist, alle Möglichkeiten der finanziellen, rechtlichen und materiellen Unterstützung auszuloten und anwenden zu können.

Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele

#### **Biotopschutz**

Als vorgezogene Projekte eignen sich vor allem alle Aufwertungsmaßnahmen, die keine Flächennutzung betreffen (Pflegen von Kopf- und Obstbäumen, Gestaltungsmaßnahmen auf Restflächen, Waldrandgestaltung usw.). Gleiches gilt für alle Einzelvorschläge, wo die FlächeneigentümerInnen (LandwirtInnen, Gemeinde, Kirche usw.) ohne weitere Bedingungen wie Geldzahlungen usw. zustimmen. Besonders sinnvoll sind beispielhafte Projekte, die im Laufe des Projektes in ähnlicher Form wiederholt werden.

#### **ÖPNV**

Vorgezogene Projekte sind nur im Einvernehmen mit der Stadt oder dem Verkehrsunternehmen möglich. So kann als Werbemaßnahme ein neuer Bus mit verbessertem Fahrkomfort eingesetzt oder eine neue Haltestelle geschaffen werden. Das Ereignis sollte als Auftakt zu einem umfassenden Verkehrskonzept dargestellt werden.

4.13

#### **Umfassende Konzepte - immer und überall:**

Umfassende Konzepte sind in allen Themenbereichen möglich und nötig. Die folgende Liste soll nur eine Anregung sein, die Themen können auch anders abgegrenzt werden - vor allem aber wird es eine Vielzahl weiterer Aktionsfelder geben. Vollständigkeit ist also nicht gewährt:

- Radwegenetz
- Abfallvermeidung an Schulen und öffentlichen Einrichtungen
- Dosenfreie Stadt
- "Grau raus - Grün rein" (naturnahe Gärten und Grünanlagen, begrünte Häuser)
- Förderung des ökologischen Landbaus und der Direktvermarktung
- Energiesparen und Solardächer
- Energiekonzept für die ganze Gemeinde
- Karte und Vorschläge für Entsiegelungsmaßnahmen in der ganzen Gemeinde
- Wassersparen und Regenwassernutzung
- Naturnahe Wälder und Gehölze
- Kein Gift in Bächen und Flüssen
- Umweltschutz am Arbeitsplatz
- Umweltprogramm für eine Kirchengemeinde (siehe Kapitel 17, "Kirche")
- usw.

Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele

#### **Biotopschutz**

Alle "anzapfbaren" Finanzquellen sollten aufgelistet und geprüft werden, für welche Bereiche sie einsetzbar sind. Hierzu gehören bereits vorhandene Naturschutztopfe von Stiftungen, Gemeinde, Verbänden usw., Förderprogramme für Biotopanlagen oder Renaturierungen, naturnahe Pflege, naturnahe Landwirtschaft, Umstellung von Betrieben auf ökologischen Landbau usw. In der Regel sind erhebliche Summen abzuschöpfen, aber auf sehr viele Töpfe verteilt. Geschicktes Agieren und die jeweils richtige Auswahl können erhebliche Geldmittel freisetzen. Zu klären sind auch die rechtlichen Möglichkeiten der Umsetzung, z.B. auf rein freiwilliger Basis oder im Rahmen einer aus Naturschutzgründungen eingeleiteten Flurbereinigung, die über Flächentausch die Verwirklichung etlicher Maßnahmen erheblich vereinfachen kann (z.B. Zusammenlegen extensiver Grünlandflächen an Magerstandorten und in Gewässernähe).

#### **ÖPNV**

Finanzierungsmöglichkeiten bestehen vor allem auf Landesebene aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungstopfen. Eine Anerkennung als Modellgebiet kann zusätzliche Mittel freisetzen. Letztlich sind die Summen aber so hoch, daß die Gemeinde oder das Verkehrsunternehmen die Federführung der Umsetzung übernehmen muß.



## Umsetzung des Gesamtkonzeptes

Während der ersten konkreten Umsetzung einzelner Maßnahmen wird das gesamte Konzept vorgestellt. Hier sollte nach dem Motto "Lieber zuviel als zuwenig" agiert werden, d.h. es sollten mit möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen Termine zur Vorstellung des Konzeptes vereinbart werden, zu den vorgezogenen Projekten ist auf breiter Basis einzuladen, für die Presse sind gesonderte Vorstellungstermine zu machen und Unterlagen bereitzustellen (reprofähige Planauszüge, Texte, Kopie des Gesamtkonzeptes mit Zusammenfassung usw.). Die Öffentlichkeit kann über Ausstellungen, Vorträge, Exkursionen, Infoblätter usw. eingebunden werden.

4.14

### Fazit:

Insgesamt bleibt offen, was geschehen würde, wenn Tausende von UmweltschützerInnen und Hunderte von Umweltgruppen in Deutschland statt Vorstandswahlen, Kassenprüfungen und Kleinstaktionen ihre Kräfte auf jeweils einige umfassende Konzepte bündeln würden. Mindestens würde eine Art "Waffengleichheit" entstehen, denn die ZerstörerInnen der Umwelt verfügen über solche Pläne und müssen nicht ständig ihre Kraft in Neuplanungen stecken. Wer allein die Wunschliste an neuen Autobahnen und Umgehungsstraßen anschaut, wird wissen, wo die Umweltbewegung zur Zeit steckt ... ihr fehlt der Mut. Kleinerfolge sind kein "Gegengift" gegen eine Ausbeutungs- und Zerstörungslobby, die mit fast militärischen Mitteln den Feldzug gegen die letzten Reste der geschundenen Natur durchführt.

Der genaue Ablauf ist unterschiedlich. Gerade aus dem Bemühen um viele Kontakte können sich sehr unterschiedliche Formen der Weiterentwicklung ergeben. Wichtig ist, immer am Gesamtplan festzuhalten. Debatten nach dem Motto "Das wird gemacht, dafür verzichtet ihr auf das und das" sind fachlich unhaltbar. Das umfassende Konzept ist schließlich aus fachlichen Grundlagen entstanden. Wird nur ein Teil umgesetzt, so wird das Ziel auch nur teilweise erreicht. Das kann die Projektgruppe zwar akzeptieren, aber es darf nicht dazu führen, daß öffentlich von Erfolg gesprochen wird. Jeder Fortschritt ist nur ein Schritt zum Ziel.

Während der gesamten Umsetzung ist eine Erfolgskontrolle nötig, z.B. in Form eines Jahresberichts, der Presse, Öffentlichkeit, PolitikerInnen usw. darüber informiert, welcher Anteil des Gesamtkonzeptes in welcher Art verwirklicht ist und was noch zu tun ist. Um auch später immer wieder das Thema in der Presse plazieren zu können, kann ein Trick angewendet werden: Teilaspekte des Gesamtkonzeptes werden herausgelöst und gesondert in die Diskussion gebracht.

Nichts sollte dem Zufall überlassen werden. Alles, was umgesetzt wird, muß überprüft werden. Das ist auch wichtig, um schnell reagieren zu können, wenn unerwartete Effekte auftreten. Möglicherweise ist

das Konzept dann entsprechend zu verändern. Zudem werden in der Ausführung oft Fehler gemacht.

Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele - Beispiele

### Biotopschutz

Die bearbeitete Flächen sollte fotografiert werden. Für Ausstellungen, Diavorträge, Broschüren können so die Fotos mit dem Ist-Zustand und Pläne mit Vorschlägen nebeneinander angebracht werden. Zu beachten ist immer, daß die für ein Konzept zu gewinnenden Personen keine Fachleute sind. Lateinische Pflanzennamen sind ebenso sinnlos wie Fachausdrücke. Auf der anderen Seite sollten die fachlichen Gründe für die Maßnahmen erkennbar und nachvollziehbar sein - schließlich sind sie das wichtigste Argument zur Durchsetzung. Hier ist Kreativität gefragt, alles kurz, bündig, verständlich und doch klar zu vermitteln. Prägnante Beispiele herausstellen kann sinnvoller sein als eine unüberschaubare Datenmenge. Um im Verlauf der Umsetzung neuen Elan entstehen zu lassen, können Teilsegmente "neu aufgebrüht" werden, z.B. die im Gesamtplan enthaltene Fließgewässerrenaturierung oder der Erosionsschutz durch Hecken. Die Erfolgskontrolle ist einfach. Anhand der Maßnahmenliste kann überprüft werden, was umgesetzt ist und was nicht. Eine einfache prozentuale Berichterstattung (nach Zahl bzw. nach Fläche der Maßnahmen) kann schon sehr aussagekräftig sein.

### ÖPNV

Da im Verkehrsbereich fast nur öffentliche Flächen und die Verkehrs- sowie Bauleitplanung betroffen sind, müssen Gemeinde sowie VerkehrsunternehmerInnen für die Umsetzung gewonnen werden. Die Projektgruppe muß sich auf Öffentlichkeitsarbeit und die Kontrolle konzentrieren. Vor allem muß verhindert werden, daß aus einer anfänglichen Zustimmung schließlich nur eine Verzögerungstaktik wird bzw. nur einige kleine Maßnahmen durchgeführt werden, um dann die Sache im Sande verlaufen zu lassen. Um immer wieder neue Bewegung in die Diskussion zu bringen, können Teilaspekte neu aufgegriffen werden, z.B. in spektakulären Aktionen (Bewirtung für alle NutzerInnen des ÖPNV an einem Tag, symbolische Einrichtung von Haltestellen oder Busspuren, Verkehrsberuhigung durch Anmeldung einer Kundgebung usw.). Erfolgskontrollen helfen, den Stand der Dinge ständig darzustellen. Interessant kann ein Vergleich der Maßnahmen für den ÖPNV mit denen für den Autoverkehr sein.

## Der Autor

Jörg Bergstedt  
c/o Institut für Ökologie - Büro Osthessen-  
Hersfelder Str. 3  
36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919297  
eMail: institut@juis.insider.org



# Parkhäuser oder Parkhäuser

Eine Stadt hat so viele StadtplanerInnen wie EinwohnerInnen - ein alter Witz. Oft wird er als Entschuldigung verwendet, obwohl er doch politisches Programm sein müßte. Möglichkeiten der Einflußnahme auf kommunale Planungen gibt es viele, aber: Sie werden fast nie genutzt. Selbst BürgerInneninitiativen, die "nur" ihre eigene Haut/eigenes Haus retten wollen, nutzen ihre Gestaltungsmöglichkeiten oft nicht. Auf der anderen Seite wird die BürgerInnenbeteiligung meist als rechtlicher Ballast empfunden, nicht als Quelle für Diskussion und Inspiration. Wie können nun kommunale Planungsrechte so genutzt werden, daß viele direkt beteiligt werden und Parkhäuser in Zukunft im Park stehen und nicht voller Autos sind?

5.1

## Grundlagen

Folgendes Beispiel sei angenommen: Eine BürgerInneninitiative will eine Umgehungsstraße verhindern, die durch ein geplantes Wohngebiet führen soll. Den MitarbeiterInnen schwebt ein Wohngebiet vor, das sie selbst gestalten können und in dem sie sich wohlfühlen.

Eine Interes-

§ 1 Baugesetzbuch (BauGB) fallen diese Vorhaben bzw. Planungen nämlich unter die Planungshoheit der Gemeinde. Dies entspricht dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht und bedeutet, daß die Kommune durch ihre Bauleitplanung im Normalfall über die "bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke in der Gemeinde" entscheidet. Zwar muß sich die Kommune auch hier der Raumordnung des Bundes und der Landesplanung anpassen. Dies ist jedoch in der Praxis vor allem bei kleineren und mittleren Vorhaben wenig relevant.



sensgemeinschaft bemüht sich um ein besseres, stadt- und umweltverträglicheres Verkehrskonzept. Wenn sich diese Initiativen rechtzeitig in die Planungen der Kommune einmischen und politischen Druck auf die Gemeinde- bzw. Stadträte ausüben, haben sie eine gute Chance, erfolgreich zu sein. Nach

## Baurecht

Zahlreiche Großprojekte wie Autobahnen, Müllverbrennungsanlagen oder Wasserkanäle, sind meist Vorhaben mit erheblichen Umweltauswirkungen, die nach § 38 BauGB

### Literatur:

G. Roller/B. Gebers: Umweltschutz durch Bebauungspläne (1995, Öko-Institut in Freiburg, 100 S.) Ein übersichtliches, an der Praxis ausgerichtetes Buch. Ohne lange Umschweife werden zu den einzelnen Themenfeldern konkrete Vorschläge gemacht, wie was im Bebauungsplan zu regeln ist.

Joachim Kormann: Naturschutz und Bauleitplanung (1995, Jehle-Rehm in München, 140 S.) Insbesondere die Neufassung der Eingriffregelung bei Bauleitplanungen wird in diesem Buch dargestellt. Verschiedene AutorInnen greifen weitere Fragestellungen auf, z.B. die Ausgleichsfrage oder den Bau von Golfplätzen.



nicht unter die Planungshoheit der Gemeinde fallen. Dort greifen einzelne gesetzliche Regelungen wie z.B. das Bundesfernstraßengesetz, das Telegraphenwegegesetz, das Gentechnikgesetz sowie das Abfallgesetz und das Bundes-Immissionsschutzgesetz (siehe Kapitel 3, "BürgerInnenbeteiligung"). Bei diesen großen Vorhaben ist es meist sinnvoll, sowohl fachliche als auch verwaltungsrechtliche ExpertInnen zu Rate zu ziehen.

Anders dagegen sieht es bei der örtlichen Bauleitplanung aus: Hier ist das Planungs- und Genehmigungsverfahren leicht durchschaubar, die Möglichkeiten der Beteiligung und Einflußnahme durch die BürgerInnen sind vergleichsweise groß. Die allgemeinen rechtlichen Grundlagen für Planungs- und Genehmigungsverfahren sind im Baugesetzbuch (BauGB) niedergeschrieben.

Das öffentliche Baurecht gliedert sich in das Bauplanungsrecht, das Bauordnungsrecht (Landesbauordnung, Verwaltungsvorschriften, Kommunale Ortsgestaltungssatzungen) und das Baunebenecht (Straßenrecht, Abfall-, Immissionsschutzrecht, Naturschutz-, Wasser- und Gesundheitsrecht).

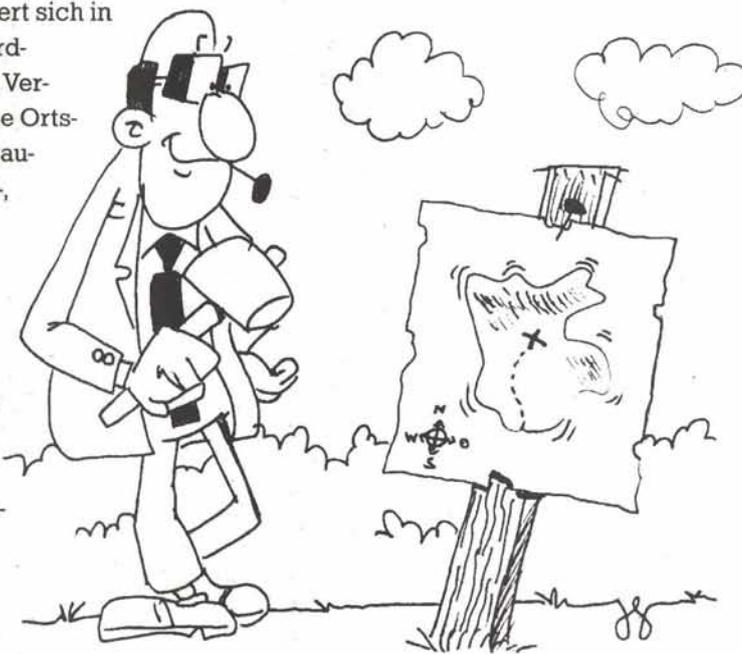
Gerade für Belange des Umweltschutzes ist es immerhin ein Teilerfolg, daß durch die neuen §§ 8a-c des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG, eingeführt durch das Investitions- erleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.4.1993) das Verhältnis zwischen naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung und kommunaler Bauleitplanung geregelt wird.

Dem eigentlichen Bauplanungsrecht liegt folgende Hierarchie zugrunde:

Auf Bundesebene gilt das Raumordnungsgesetz, im Land werden Raumordnungsprogramm und Landesentwicklungsplan erarbeitet, in einigen Bundesländern gibt es zudem die Regierungsbezirke sowie Umlandverbände der Großstädte mit den regionalen Raumordnungsplänen, und in den Kommunen wird aufgrund der Bauleitpläne (Flächennutzungs- und Bebauungsplan) Baurecht geschaffen.

## Kurzfristige Planungen

Wieder ein Beispiel: In beiden Lokalzeitungen stand es, gleich auf der ersten Seite: Der Kreisvorstand der regierenden örtlichen Volkspartei will nun doch eine Straße durch das geplante Wohngebiet bauen. Die Wohnqualität, so die Parteioberen, werde dadurch "nicht übermäßig belastet". Dafür aber würde der Feierabendverkehr zu den Einkaufszentren auf den "grünen Wiesen" am Rand der Stadt die Innenstadt weniger belasten. Eine Woche später wird zur Gründung einer BürgerInneninitiative "Rettet den Friedensberg" aufgerufen. Zum ersten Treffen in der Kleingartenkneipe am Friedensberg erscheint ein buntes Publikum.



Neben besorgten AnwohnerInnen und InteressentInnen für das neue Wohngebiet haben sich auch einige jugendliche UmweltschützerInnen eingefunden. Da keiner gleich einen Verein gründen will, wird das Problem sofort angegangen. Eine Arbeitsgruppe soll sich um den Stand der städtischen Planungen kümmern, eine um die Planungen von Aktionen und Lobbyarbeit. Wegen der Öffentlichkeitsarbeit will mensch sich gemeinsam zusammensetzen. Die Arbeitsgemeinschaft "Planungsverfahren" beschließt, erst einmal die rechtlichen Grundlagen und Planungsstand zu sondieren.

### Literatur:

Walter Bielenberg u.a.: Baugesetzbuch (1994, Jehle-Rehm in München, 1104 S.)  
Erster Teil: Die Gesetzestexte einschl. Baunutzungsverordnung u.a., zweiter Teil: Erläuterungen.

Ekkehard Hangarter: Grundlagen der Bauleitplanung: Der Bebauungsplan (1996, Werner-Verlag in Düsseldorf, 296 S.)  
Präzise, anschauliche und umfangreiche Einführung mit Erläuterung der Planzeichen und Gesetzestexten.

Lore Abart-Herisz: Wirkungsorientierte ökologische Planung (1995, vdf, Zürich, 389 S.)

"Stellenwert von Schadstoffkonzentrationen und -depositionen in der Raumplanung" heißt der Untertitel des Bandes, in dem Möglichkeiten untersucht werden, ökologische Vorgaben in der konkreten Planung zu berücksichtigen. Im Anhang finden sich beispielhafte Tabellen und Karten.



## Der Bebauungsplan

### Grundlage für Bauvorhaben

Grundlage einer jeden Bebauung ist im allgemeinen ein Bebauungsplan (B-Plan). Eine Ausnahme bilden u.a. Vorhaben innerhalb bebauter Ortsteile, welche nach § 34 BauGB genehmigt werden können, wenn sie sich dem Erscheinungsbild der Umgebung anpassen. Der Bebauungsplan enthält nach § 8 BauGB die "rechtsverbindlichen Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung". Das heißt im Klartext: Erst der in Kraft getretene B-Plan bildet die rechtsverbindliche Grundlage für Bauvorhaben. Solange wie ein B-Plan nicht per Satzungsbeschluß der Gemeinde Ortsrecht geworden ist, kann mensch also Einfluß auf die Planung nehmen.

In Ausnahmefällen ist es allerdings möglich, nach § 33 BauGB bereits nach der BürgerInnenbeteiligung, in der Praxis also meist nach dem Abwägungsbeschluß, eine Baugenehmigung zu erteilen.

Ein Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Karte), den textlichen Festsetzungen und dem Grünordnungsplan (GOP). Ein qualifizierter B-Plan enthält mindestens folgende Darstellungen: Art und Maß der baulichen Nutzung, die überbaubaren Grundstücks- und die Verkehrsflächen. § 9 des BauGB gibt zudem Auskunft, was in einem B-Plan zusätzlich festgeschrieben werden kann. Weitere mögliche Festsetzungen werden durch Vorschriften des Landes- bzw. der Baunutzungsverordnung (BauNVO) geregelt.

### Der "Grünordnungsplan"

Die textlichen Festsetzungen eines B-Planes enthalten gerade für Laien wichtige Äußerungen sowie Details, die ebenso wie die Planzeichnung Bestandteil des Beschlusses sind. Nicht rechtswirksam dagegen werden Hinweise und nachrichtliche Übernahmen (Hinweise über Festlegungen aufgrund anderer Gesetze) sowie die dem B-Plan beigefügte Begründung. Im nach § 8 BNatSchG vorgeschriebenen begleitenden Grünordnungsplan (GOP) sind die zu erwartenden

Eingriffsfolgen in den Naturraum zu bewerten und daraus die erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen abzuleiten. Die aus dem GOP abgeleiteten Maßnahmen können (und sollten) im B-Plan verbindlich festgeschrieben werden. Zudem ergibt sich aus dem Bundesnaturschutzgesetz das Verbot vermeidbarer Beeinträchtigungen. Selbst wenn sich aus § 1 Abs. 3 BauGB eine Planrechtfertigung ergibt, d.h. ein Vorhaben (Baugebiet, größere Anlage u.ä.) kann trotz Bedenken geplant werden, ist zu prüfen, ob die Eingriffsfolgen ohne wesentliche Einbußen für die städtebauliche Zielsetzung minimiert werden können. Dies ist u.a. durch Verschiebung der Baufenster (Festlegung der Ausrichtung und Lage der Gebäude), eine Änderung des Maßes der baulichen Nutzung oder ein anderes Erschließungskonzept für den Verkehr möglich.

Für die BI "Rettet den Friedensberg" im Beispiel heißt das konkret: In dem B-Plan muß die verkehrstechnische Anbindung über reine Erschließungsstraßen (max. Hauptsammelstraßen) erfolgen und dementsprechend in Karte und Text festgesetzt werden. Auch die bebaute Grundfläche und die Bauhöhe werden im B-Plan geregelt, ebenso wie der Erhalt von Biotopen, Grünzügen, die Festsetzung von Gemeindebedarfsflächen etc. Wer diese Möglichkeiten nutzen will, sollte sich so früh wie möglich in das Planungsverfahren einbringen.

## Die Planaufstellung

Bei einem B-Plan wird wie bei fast jedem Planaufstellungsverfahren nach folgendem Schema verfahren:

- Aufstellungsbeschluß
- erste Bürgerbeteiligung
- Erarbeitung des Planentwurfs
- Auslegung und 2. Bürgerbeteiligung
- Abwägung
- Satzung (siehe Tabelle auf Seite 4).

Nachdem der Gemeinde- bzw. Stadtrat die entsprechenden Beschlüsse gefaßt hat bzw., bei der zweiten Beteiligungsstufe, wenn die

### 5.3

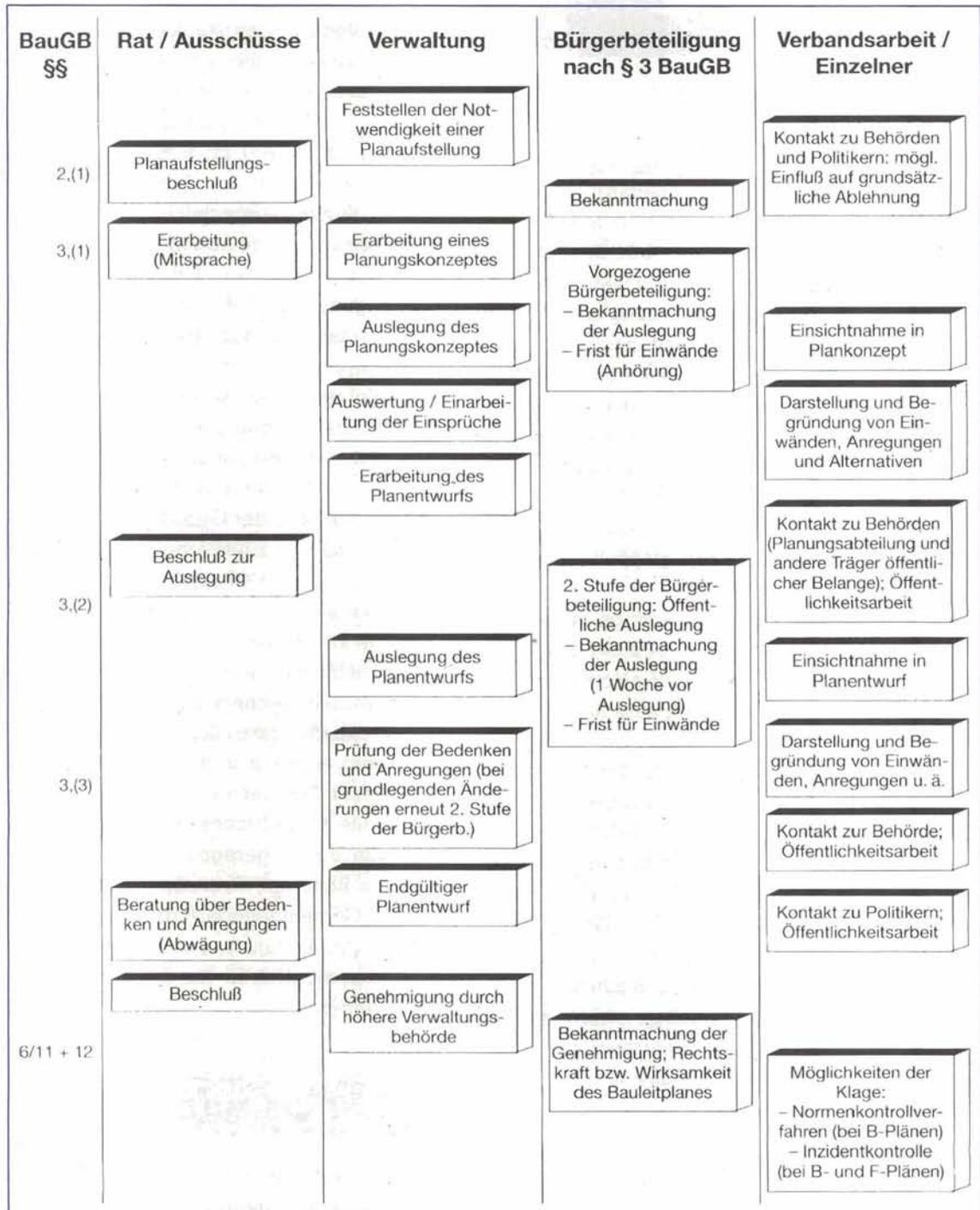
#### Literatur:

Dt. Institut für Stadtforschung:  
Planerische Vorsorge für Ausgleich & Ersatz in Bauleitplänen (1996, difu, Berlin, 219 S.)  
Bauleitpläne bedürfen des Ausgleichs bzw. der Bereitstellung von Ersatzflächen als Gegenleistung für Flächenversiegelung und Zerstörung von Biotopen. Im Buch wird beschrieben, welche Mittel der Gemeinde offenstehen, durch Flächenbevorratung und geschickte Planung den Aufwand gering zu halten. Zudem werden die Schritte der Bauleitplanung dargestellt.

Fred Rauf:  
Ökologische Modernisierung von Wohnsiedlungen (Bauerlag, 199 S.)  
Der Autor, Architekt und Stadtpaler, zeigt an konkreten Planungsaufgaben die Möglichkeiten stadtökologischer Verbesserungen auf. Anhand von verschiedenen Handlungsfeldern wie z.B. Bodenschutz, Luftreinhaltung oder Abfallwirtschaft werden zunächst die Probleme aufgezeigt, allgemeine Ziele, Lösungsstrategien und Rechtsgrundlagen behandelt, um diese dann auf das gewählte Gebiet zu übertragen.



## 5.4



**Ablaufschema Bauleitplanung, aus "Handbuch angewandter Biotopschutz", Jörg Bergstedt, ecomed Fachverlag**

### Literatur:

Philipp Kraske:  
Die Bauleitplanung auf schadstoffbelasteten Flächen u. die Amtshaftung der Gemeinden (1994, Peter Lang in Frankfurt, 165 S.)  
Die Ausweisung von Baugebieten ohne genaue Prüfung etwaiger Bodenverunreinigungen kann die Nichtigkeit des Bebauungsplanes nach sich ziehen, weil wichtige Parameter fehlen. Im Buch werden die Anforderung an Untersuchung, Abwägung, Kontrolle und Schadensersatzregelungen aufgeführt.

Planentwürfe vorliegen, müssen sie veröffentlicht werden. Die Bekanntmachung erfolgt in der Regel im "Amtsblatt" der Kommune (bzw. Tageszeitung oder örtliches Wochenblatt, manchmal auch durch Aushang). Oft ist bereits vor dem Aufstellungsbeschuß bekannt, daß die Kommune einen B-Plan erarbeiten möchte. Teilweise werden auch frühzeitig Aufstellungsbeschlüsse gefaßt, um eine Veränderungssperre zu erwirken.

Mit der Veränderungssperre kann sich die Kommune einen künftigen "Planbereich" sichern, außerdem kann sie bereits in dieser Phase Baugesuche zurückstellen. Allerdings gilt die Veränderungssperre für maximal zwei Jahre, danach muß ein B-Plan erstellt werden (Verlängerungen in Einzelfällen möglich). Bereits im Aufstellungsbeschuß werden die Planungsziele festgelegt. Ein Planziel kann dabei natürlich auch sein, das



künftige Wohngebiet vom Individualverkehr zu entlasten und statt dessen gut durch den öffentlichen Nahverkehr zu erschließen.

Mit dem Aufstellungsbeschluß hat die Verwaltung den offiziellen Auftrag erhalten, einen Vorentwurf für den Planbereich zu erarbeiten. In dieser Phase werden meist die verschiedenen Planungsalternativen geprüft. Spätestens seit der Änderung des § 8 BNatSchG ist es hier mehr als nur moralische Pflicht, auch Varianten (z.B. bei der verkehrstechnischen Erschließung) mit Minimalstandard - bis hin zur Nullvariante, d.h. dem kompletten Verzicht auf das Vorhaben - zu prüfen. Bereits in dieser Phase werden auch die Träger öffentlicher Belange (TöB), z.B. Fachbehörden, Erschließungsträger, aber auch die Naturschutzbeiräte, -behörden und die nach Landesnaturschutzgesetz anerkannten Umweltverbände um Stellungnahme gebeten. Als Billigungs- und Auslegungsbeschluß verabschiedet der Gemeinde- bzw. Stadtrat den eventuell durch die Anregungen noch veränderten Entwurf, der von der Mehrheit des Parlamentes auch getragen wird.

Nach der BürgerInnenbeteiligung werden die Einwände vom Gemeinde- oder Stadtrat abgewogen, d.h. einzeln in Ausschüssen und im Parlament diskutiert und abgestimmt. Werden in der Abwägung die Grundzüge des Entwurfes geändert, muß erneut ausgelegt werden. Ansonsten wird der B-Plan per Satzungsbeschluß bestätigt und bei der zuständigen Landesbehörde angezeigt bzw. zur Genehmigung eingereicht. Nach öffentlicher Bekanntmachung tritt er als Ortsrecht in Kraft. Verfahrensmängel und Formfehler können nach § 59 der Bauplanungs- und Zulassungsverordnung innerhalb von einem Jahr nach Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses, Mängel in der Abwägung innerhalb von sieben Jahren beanstandet werden. Neben den Bebauungsplänen gibt es als weitere Form der verbindlichen Bauleitplanung den Vorhaben- und Erschließungsplan (V & E-Plan). Er unterscheidet sich von einem Bebauungsplan jedoch lediglich durch die Form der Planung und Finanzierung. Bei einem V&E-Plan wird durch einen Durchführungsvertrag geregelt, welcher Anteil an den Planungs- und Erschließungskosten durch den/die InvestorIn getragen wird.

## BürgerInnenbeteiligung

### Erste Stufe

Auf die Gestaltung von Bauleitplänen kann jede/r direkt über die BürgerInnenbeteiligung und indirekt (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, Lobbyarbeit) Einfluß nehmen. Letztlich regelt bei Vorhaben der Kommune aber erst der alljährliche Haushaltsbeschluß, ob z.B. für eine Straße Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Die vom Gesetzgeber festgelegten Möglichkeiten der direkten Beteiligung der BürgerInnen bei Planaufstellungsverfahren finden sich im § 3 BauGB wieder. Die hier vorgesehene BürgerInnenbeteiligung erfolgt in zwei Stufen. In der "vorgezogenen Bürgerbeteiligung" (§ 3 Abs. 1 BauGB) sind die BürgerInnen über die wesentlichen Planungsziele, über "sich wesentlich unterscheidende Lösungen" (!) und die zu erwartenden Auswirkungen aufzuklären. Zudem ist den BürgerInnen "Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung" zu geben. Im günstigsten Fall veranstalten die Kommunen hierzu eine Informationsveranstaltung im betroffenen Gebiet, leider ist das jedoch recht selten, da die BürgerInnenbeteiligung als unbequemes "Muß" (durch Gesetz vorgeschrieben) gesehen wird.

Möglich wären jedoch auch die Bildung eines Arbeitskreises oder eines Planungsbeirates mit BürgerInnenbeteiligung. Nur bei unwesentlichen Auswirkungen, die im § 3 Abs. 1 BauGB genau festgeschrieben sind, kann auf die BürgerInnenbeteiligung verzichtet werden. Leider wird diese Regelung immer häufiger als Trick verwendet, um die Mitsprache der BürgerInnen zu umgehen. So gilt z.B. eine Abrundungssatzung als unwesentliche Änderung. Gemeint ist nach dem Gesetz die Schließung kleiner Lücken in Baugebieten, um einen geschlossenen Ort zu erreichen. Tatsächlich wird aber als Abrundung oft auch ein ganz neues Baugebiet dargestellt - in Einzelfällen sogar dann, wenn es deutlich aus dem bisher geschlossenen Ort herausragt. Solange die Aufsichtsbehörde



"mitspielt", können solche Rechtsverdrehungen ungehindert durchgehen. Da in diesem Verfahren keine Mitwirkung möglich ist, bleibt nur der Weg über öffentlichen Druck gegen solche Tricks.

Zurück zum Beispiel: Die Möglichkeit einer BürgerInnenversammlung sollte die BI "Rettet den Friedensberg" natürlich unbedingt nutzen. Hier kann der planenden Verwaltung deutlich gemacht werden, auf welchen Widerstand die Planung einer Umgehungsstraße stößt, hier können Planungsalternativen gefordert und eingeklagt werden. Zudem bietet sich die Möglichkeit, Kontakte zu Kommunalpolitikern zu knüpfen bzw. Druck auf diese auszuüben (siehe Kapitel 2, "Behörden und Lobbyarbeit").

5.6

### Zweite Stufe

Die zweite Stufe der BürgerInnenbeteiligung erfolgt nach § 3 Abs. 2 BauGB durch öffentliche Auslegung des Entwurfes zum B-Plan einschließlich der Erläuterung oder Begründung. Die Auslegung der Pläne ist mindestens eine Woche vorher öffentlich bekanntzumachen, was in der Regel wiederum über das örtliche Amtsblatt erfolgt. In der einmonatigen Einwendungsfrist kann jede/r die Pläne einsehen und schriftlich Einwand erheben. Eine direkte Betroffenheit, Ortszugehörigkeit oder ähnliches sieht das BauGB hier nicht vor. Die Entscheidung über den Einwand durch den Stadt- bzw. Gemeinderat, die sogenannte Abwägung, muß den EinwenderInnen schriftlich und an jede/n EinwenderIn persönlich mitgeteilt werden, es sei denn, über 100 Personen haben "Einwände mit wesentlich gleichem Inhalt vorgebracht". Dann erfolgt die Benachrichtigung über eine öffentliche Bekanntmachung. Bei den Einwendungen wird in der Regel in Hinweise/Anregungen und Bedenken (Rechtsverstöße) unterschieden. Berechtigte Bedenken müssen berücksichtigt werden. Hinweise und Anregungen werden meist wie folgt abgewogen: Der Einwand wird berücksichtigt/nicht berücksichtigt/teilweise berücksichtigt.

Die öffentliche Auslegung ist die bedeutendste Phase der Bürgerbeteiligung. Hier wird letztlich darüber entschieden, ob der vorliegende Entwurf die Zustimmung der Bevölkerung findet.

Zurück zum Beispiel: Bei ihren Einwänden sollte die BI "Rettet den Friedensberg" deswegen auf folgende Details achten:

- die Einwendungsfrist sollte von möglichst vielen wahrgenommen werden, alle wichtigen inhaltlichen Einwendungen sollten präzise dargelegt werden;
- die Einwände sollten so formuliert werden, daß sie auch eindeutig abgewogen werden können; wird ein Einwand "teilweise berücksichtigt", sollte man zumindest eine Präzisierung fordern;
- rechtliche Bedenken sollten als solche erkenntlich sein und auf die entsprechenden Gesetze verweisen; der Bezug auf Gutachten bzw. ExpertInnenaussagen ist in jedem Fall sinnvoll;
- der Aufwand für inhaltlich gleiche Einwendungen knapp über 100 Personen ist zumindest fraglich; große Unterschriftensammlungen können auch parallel zum Planverfahren laufen und öffentlich dem/der BürgermeisterIn übergeben werden.

### Weitere

#### Mitwirkungsmöglichkeiten

Die Möglichkeiten für jede/n, sich in Planungen einzubringen, beschränken sich nicht auf die laut BauGB vorgeschriebene BürgerInnenbeteiligung. In vielen Kommunen gibt es über Mittel der direkten Demokratie die Chance, Planungen und Entwicklungen zu beeinflussen. In den "Kommunalverfassungen" (Hauptsatzung, Geschäftsordnung des Gemeinde- bzw. Stadtrates) sind des öfteren "kommunale Volksentscheide" (BürgerInnenbegehren) verankert, zudem sehen einige eine repräsentative BürgerInnenbefragung vor. Einige Geschäftsordnungen von Kommunalparlamenten ermöglichen neben der Fragestunde der Abgeordneten auch eine BürgerInnenfragestunde.



Hier ist zumindest möglich, der Regierung bzw. der Verwaltung vor einer breiteren Öffentlichkeit eine Frage zu stellen. Oft existieren die verschiedenen Möglichkeiten der direkten Demokratie in den Kommunen nur auf dem Papier, die Erfahrungen mit der Durchführung kommunaler BürgerInnenbegehren sind meist gering oder gar nicht vorhanden (siehe Kapitel 3, "BürgerInnenbeteiligung").

Sieht eine "Kommunalverfassung" Formen der direkten Demokratie erst gar nicht vor, lohnt sich meist ein Blick in die vom Land erlassenen Kommunalordnungen. Wichtig ist es natürlich, nicht im Saft der eigenen BürgerInneninitiative zu schmoren. Auf jeden Fall sollte der Kontakt zu verschiedenen Interessenverbänden von Jugendinitiativen über Behinderten- und Kleingärtnerverbände bis zum SeniorInnenverein aufgenommen werden. Direkt in die Planung miteinbezogen werden die Träger öffentlicher Belange (TöB), darunter auch die nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Naturschutzverbände (das sind überall der BUND und der NABU sowie von Land zu Land verschieden weitere Verbände). Unter diesen findet mensch oft wichtige ExpertInnen von der Denkmalpflege bis zum Umweltschutz. Nur wenn mensch möglichst viele Kräfte mobilisiert, hat mensch eine Chance, verbindliche Planungen noch relativ kurzfristig zu beeinflussen. Besser ist es deswegen, auch langfristig die Stadtentwicklungsplanung nicht aus dem Auge zu verlieren (z.B. durch Besuch der Ausschusssitzungen oder direkte Kontakte zu Politik und Verwaltung).

## Mittel- & langfristige Planungen

Am Beispiel: Ein wichtiger Bündnispartner für die BürgerInneninitiative "Rettet den Friedensberg" wurde schon nach kurzer Zeit die Interessengemeinschaft (IG) "Das bessere Verkehrskonzept". Hier hat mensch sich schon lange mit der komplexen Verkehrsplanung beschäftigt und Einfluß auf die Stadtentwicklungsplanung genommen.

So wurde zum Beispiel erreicht, daß die Durchgangsstraße über den Friedensberg

im Flächennutzungsplan nicht enthalten ist. Statt dessen ist der Friedensberg als Grünfläche dargestellt.

## Der Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan (FNP) stellt für das gesamte Gebiet einer Kommune dar, welche Art der Bodennutzung für bestimmte Flächen besteht bzw. vorgesehen ist: neben Wohnbauflächen, Mischbauflächen und Gewerbebauflächen u.a. auch die "Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft" bis hin zu den Flächen für den überörtlichen Verkehr und die örtlichen Hauptverkehrszüge (siehe § 5 Abs. 2 BauGB). Im Gegensatz zum verbindlichen Bebauungsplan ist der Flächennutzungsplan (FNP) nur ein vorbereitender Bauleitplan (§§ 1-4 BauGB). Er ist deswegen auch nicht "parzellenscharf", d.h. grundstücksgenau, und wird maximal im Maßstab 1:5000 abgebildet.

Im Flächennutzungsplan wird die Art der vorgesehenen und bestehenden Bodennutzung für das Gebiet der gesamten Kommune dargestellt, aber nicht, wie im Bebauungsplan, festgesetzt.

Insofern ist der FNP nicht außenwirksam, aber: Für das Handeln und die Planungen der Verwaltung ist der Flächennutzungsplan bindend, zudem ist er politisches Programm.

Die B-Pläne einer Kommune müssen aus den Flächennutzungsplänen abgeleitet werden. Entspricht ein Vorhaben nicht der im FNP vorgesehenen Nutzung, muß zuerst der FNP geändert werden. Dies erfordert meist einen erheblichen Aufwand.

Am Beispiel: Durch die Arbeit der IG "Das bessere Verkehrskonzept" muß die Stadtregerung nach ihrem Umschwung nun also erst einmal den Flächennutzungsplan ändern. Dadurch beschränkt sich die Diskussion nun nicht mehr auf den vorgesehenen Planbereich. Die Verkehrsproblematik und die Folgen der Umgehungsstraße müssen nun für das gesamte Stadtgebiet erneut diskutiert werden.

5.7

### Literatur:

Ajo Hinzen u.a.:  
Umweltschutz in der  
Flächennutzungsplanung  
(1995, Bauverlag in  
Wiesbaden, 97 S.)

Dieter D. Denske/  
Hans-Peter Noll:  
Brachflächen und  
Flächenrecycling  
(1995, Ernst & Sohn  
in Berlin, 322 S.)  
Möglichkeiten, statt  
neuer Flächen bereits  
erschlossene, ungenutzte  
Baugebiete wiederzubeleben.

A. Mitscherlich:  
Die Unwirtlichkeit unserer  
Städte. Anstiftung  
zum Unfrieden  
(1995, Frankfurt)



## Fachpläne

Neben dem eigentlichen FNP gewinnen auch die ergänzenden Fachpläne zunehmende Bedeutung. Neben dem Verkehrsentwicklungsplan (VEP) ist dies vor allem der Landschaftsplan (LP). Diese Fachpläne sind meist wesentlich detaillierter als die Darstellungen im FNP und bieten oft eine sachliche Grundlage für die Auseinandersetzung.

5.8

Die Erarbeitung des Landschaftsplanes bzw. des Erneuerungsplanes (zur Zeit etwa alle 10 bis 15 Jahre) ist eine wichtige Phase, da die Inhalte des Landschaftsplanes bei der Erstellung der rechtswirksamen Bebauungspläne herangezogen werden müssen. Leider gibt es mit wenigen Ausnahmen keine Beteiligungsmöglichkeiten für die BürgerInnen – je nach Landesnaturschutzgesetz sind die Regelungen unterschiedlich. Es kann lohnenswert sein, sich für einen qualitativ vollen Landschaftsplan einzusetzen. Was dort nicht enthalten ist, hat auch später weniger Chancen.

Für abgegrenzte Gebiete können zusätzlich Ortserhaltungssatzungen erlassen werden. Darin kann auch das natürliche Umfeld, welches ortsbildprägenden Charakter hat, miteinbezogen werden. In einer Art vorbereitender Bauleitplanung können zudem für be-

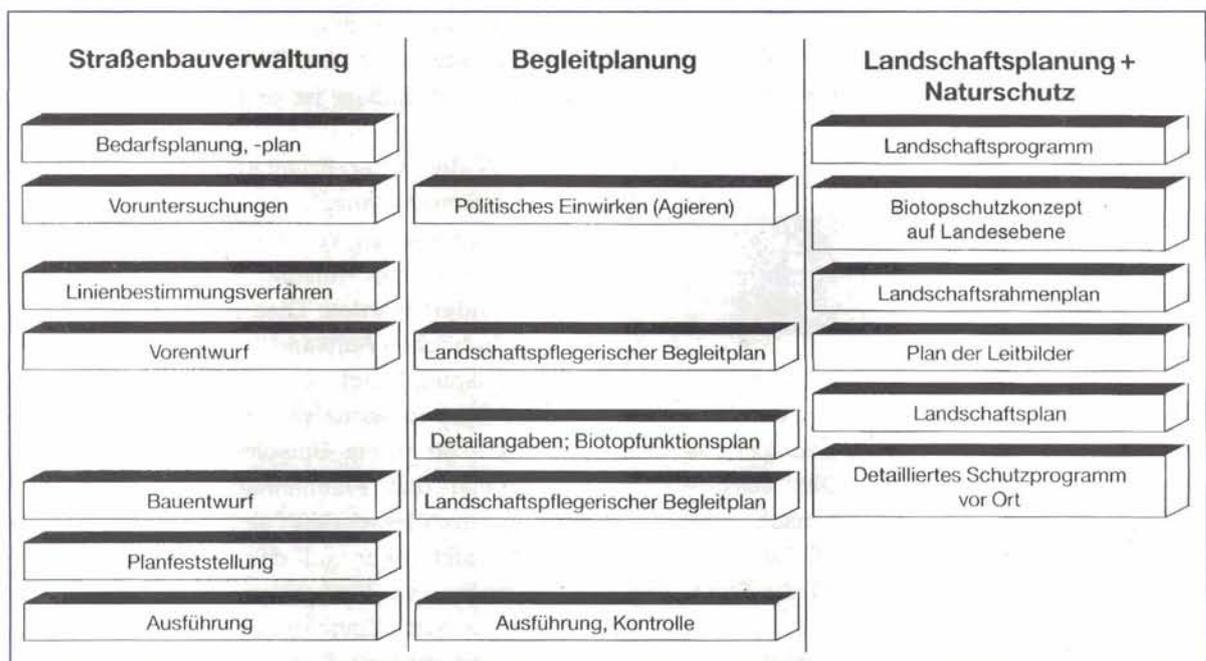
stimmte Gebiete städtebauliche Rahmenpläne erarbeitet werden. Der Planungshorizont des Flächennutzungsplanes als langfristiger Bauleitplanung bewegt sich jedoch immer zwischen 10 und 15 Jahren.

## "Nachhaltige Stadtentwicklung"

### Langfristige Planungen

Weil Flächennutzungspläne für einen langen Zeitraum erstellt werden, ist es nötig, auch über längere Zeiträume zu planen. Zudem ist die konventionelle Bauleitplanung oft nicht ausreichend. Sowohl innerhalb der Bauleitplanung nach BauGB als auch außerhalb bieten sich dafür wichtige Möglichkeiten. Innerhalb von B-Plänen sollte aus Gründen des Umweltschutzes u.a. Folgendes beachtet werden:

- die Reduzierung der versiegelten Flächen (z.B. Verkehrsflächen, Schul- und Hinterhöfe) auf das nötigste und die Festsetzung angemessener Ausgleichsmaßnahmen möglichst im selben Planbereich
- Baumbestand, Windrichtung und Sonnen-



Ablaufschema Verkehrsplanung, aus "Handbuch angewandter Biotopschutz", Jörg Bergstedt, ecomed Fachverlag



- einstrahlung bei der Plazierung und Ausrichtung von Baufenstern
- gute Anbindung der verschiedenen Nutzungsarten an die entsprechenden umweltverträglicheren Verkehrsmittel (Wohngebiet mit ÖPNV-Anschluß, Industriegebiet an der Bahn)
- Erhalt vorhandener Grünzüge und Biotope
- Erhalt alter Fußwegeverbindungen, evtl. Separieren vom Verkehr, Einbeziehung des Radverkehrs in die Verkehrsplanung
- Vermeidung langer Gebäuderiegel, Zulässigkeit von Photovoltaik-Anlagen, Kollektoren und Windenergieanlagen
- ausreichende Immissionsschutzmaßnahmen (Lärm, Staub)
- siehe auch Kapitel 4, "Umfassende Konzepte"

## Umweltverträglichkeitsprüfung

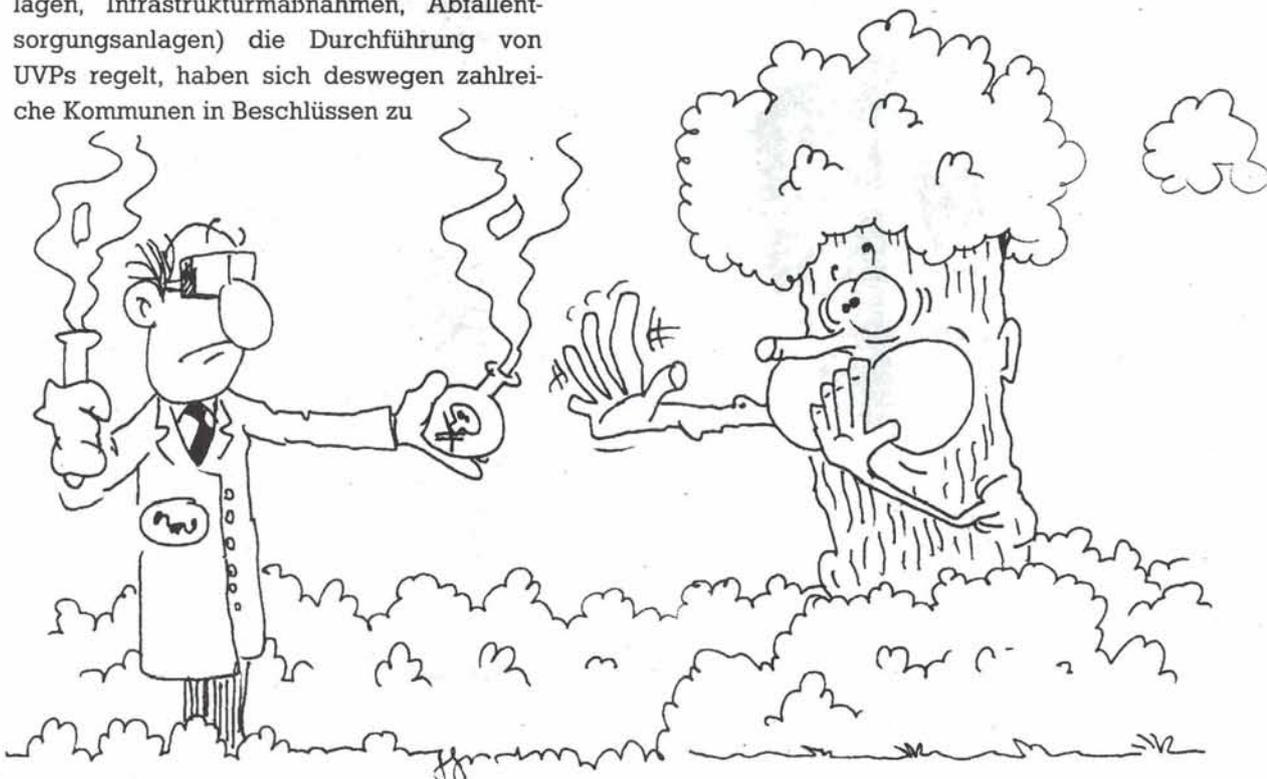
Für eine exakte Bewertung der ökologischen Folgen eines Vorhabens wäre zudem eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wichtig. Unabhängig vom existierenden UVP-Gesetz vom 12.12.1990, welches lediglich für einige Anwendungsgebiete (z.B. Industrieanlagen, Infrastrukturmaßnahmen, Abfallentsorgungsanlagen) die Durchführung von UVPs regelt, haben sich deswegen zahlreiche Kommunen in Beschlüssen zu

einer freiwilligen UVP verpflichtet. Die Etablierung dieser kommunalen UVP ist ein wichtiger Schritt in die Richtung nachhaltige Stadtentwicklung (siehe auch Seite 3.6).

## Energie sparen

Einige Städte schreiben zudem bereits jetzt in der Art der Bebauung einen Niedrigenergiehausstandard fest. Diese Festsetzung könnte zwar theoretisch als unverträglich mit landes- und bundesrechtlichen Bestimmungen angesehen werden, ist aber in der Praxis bisher nicht beanstandet worden. Einige Kommunen haben bereits im Flächennutzungsplan Flächen zur Windkraftnutzung ausgewiesen und diese durch Windgutachten etc. untersetzt. Weitere wichtige Impulse kommen aus Initiativen, die sich der Umsetzung der lokalen Agenda 21 der UN-Umweltkonferenz in Rio als Ziel gestellt haben. Zunehmend, wenn auch nicht ausreichend, setzen sich Kommunen und BürgerInnen mit den sozialen Aspekten der Stadtentwicklung auseinander. Leider trifft das, was der Philosoph Alexander Mitscherlich in den 60er Jahren attestierte, auch heute noch auf viele Städte zu: "Es ist eigentlich ein schlechtes

5.9





Bild, heute noch in Anlehnung an Organisches vom Städtewachstum zu sprechen. Städte werden produziert wie Automobile."

## "Planungszellen"

Die Stadt München zum Beispiel versucht unter dem Motto "München: kompakt, urban, grün" neben städtebaulichen und wirtschaftlichen vordergründig auch soziale und ökologischen Aspekten mit einer langfristigen Entwicklungsplanung gerecht zu werden (ohne allerdings so verheerende Fehlentwicklungen wie den Weiter- und Neubau von innerörtlichen Schnellstraßen und Stadtautobahnen zu unterlassen).

Zudem gibt es inzwischen verschiedenste Ansätze, BürgerInnen noch konkreter und verbindlicher in Planungen mit einzubeziehen, zum Beispiel durch sogenannte Planungszellen oder durch von den BewohnerInnen selbst geplante und gestaltete Stadtviertel (siehe auch Kapitel 3, "BürgerInnenbeteiligung"). In solchen Verfahren verwirklicht sich auch ein Stück der eigentlichen Kritik des Philosophen Mitscherlichs, der geschrieben hat:

"Demokratie dient uns vorerst nur da-

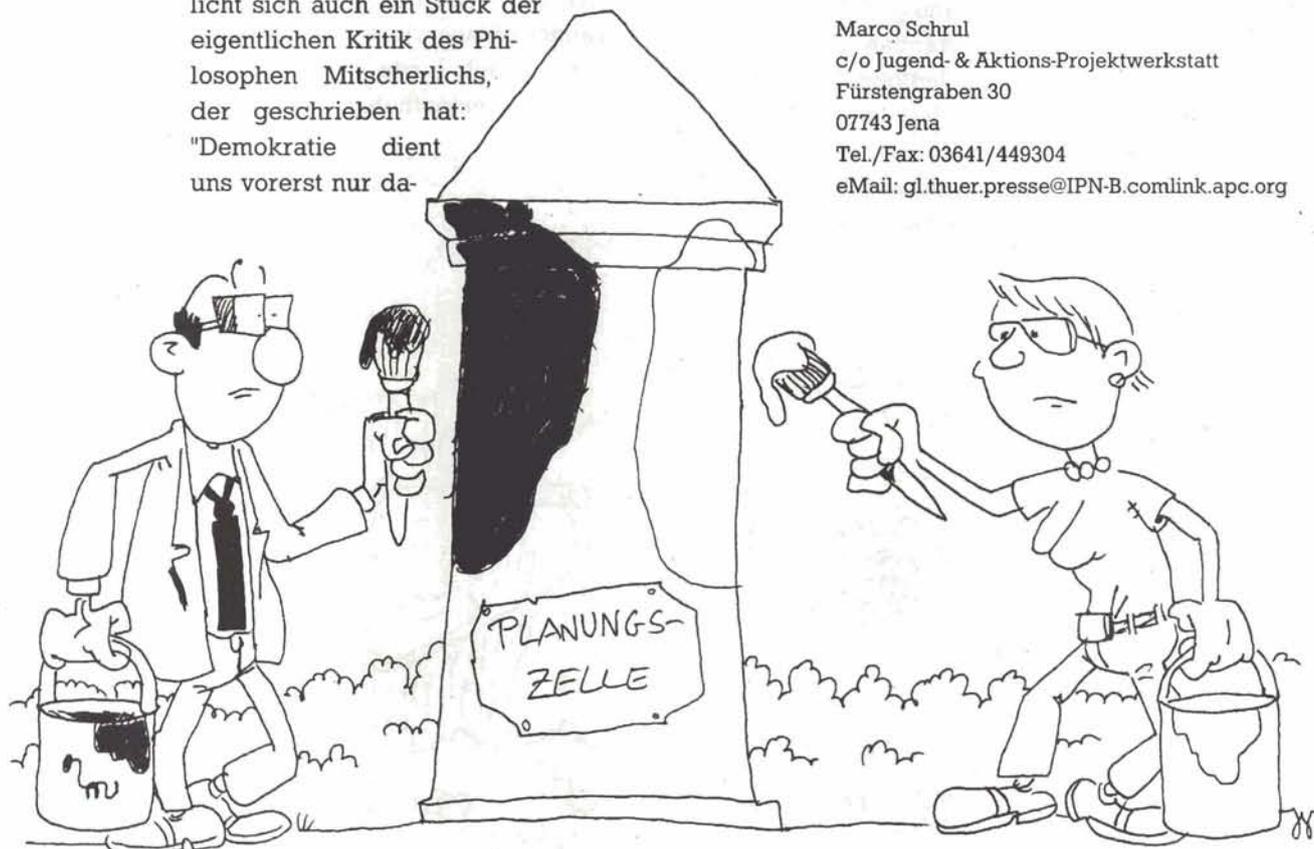
zu, ein Interessengleichgewicht zu arrangieren; wir benutzen aber den Wettstreit der Meinungen noch nicht dazu, die Grundprobleme der Fortexistenz dieser unserer Demokratie diskutieren zu lassen.

Statt dessen überbieten sich, was die Zukunfts-, mehr noch die Gegenwartsfragen unserer Städte betrifft, Regierung und Opposition - letztere wußte es einmal besser - in einer christlich dekorierten Unterwürfigkeit vor den Bodenbesitzern."

5.10

## Der Autor

Marco Schrul  
c/o Jugend- & Aktions-Projektwerkstatt  
Fürstengraben 30  
07743 Jena  
Tel./Fax: 03641/449304  
eMail: gl.thuer.presse@IPN-B.comlink.apc.org





# An einem Strang ziehen

Alleine läßt sich meist wenig erreichen. Zwar gibt es auch engagierte EinzelkämpferInnen, die eine Menge auf die Beine stellen - meist müssen aber viele an einem Strang ziehen, damit sich auch größere Projekte verwirklichen lassen.

Eine Gruppe, BürgerInneninitiative oder ähnliches muß her. Aber die gemeinsame Arbeit in Gruppen hat ihre Tücken. Koordination und interne Kommunikation ist Arbeit, die meist unterschätzt wird. Viel Zeit und Kraft kann für Treffen, Plena, Besprechungen, Telefonate etc. draufgehen; und die sind dann oft unproduktiv, anstrengend und langatmig. Nur einzelne haben den Durchblick und sind im Dauerstreß, während andere nie richtig wissen, was zu tun ist. In diesem Kapitel geht es um gleichberechtigte Zusammenarbeit vieler in Gruppen und Methoden und Hilfen zur effektiven Zusammenarbeit.

6.1

## Gruppen gründen

Die Gründung einer Gruppe oder BürgerInneninitiative ist die erste Hürde. In Zeiten sinkender Bereitschaft zum politischen Engagement kostet es oftmals Mühe, Menschen zu erreichen, die aktiv werden wollen. Am einfachsten ist es da, wo viele von einem konkreten Problem betroffen sind: die Stadtsanierung im eigenen Viertel, der Fluglärm über der Wohnung, das Atomkraftwerk vor der Haustür.

Für ein konkretes Projekt mit klar abgesteckten Zielen finden sich leichter Leute als für eine allgemeine "Umweltgruppe". Wenn erst einmal eine Gruppe besteht, können von dort relativ leicht auch weitere Projekte ausgehen. Viele BürgerInneninitiativen, die zu einem konkreten Problem gegründet wurden, waren Kristallisationskerne für vielfältiges und dauerhaftes Engagement.



Das muß nicht unbedingt heißen, daß eine kontinuierliche Gruppe entsteht. Eine Initiative kann auch Ausgangspunkt für verschiedene, sich neu formierende und gestaltende Projektgruppen werden. Wo es bestehende Zusammenhänge gibt, wo sich Leute kennen und Sachen zusammen machen, ist der Start leicht: in der Nachbarschaft, in Schulen, Betrieben, Stadtteilzentren etc. Eine Gruppe "aus dem Nichts" zu stampfen, ist viel anstrengender.

## Das erste Treffen

- Am Anfang gilt es, einen Termin für ein erstes Treffen anzusetzen. Zeitpunkt und Wochentag überlegen: Kinder und jüngere Jugendliche nachmittags, Berufstätige abends, Eltern mit Kindern oft besser vormittags.
- Günstig sind öffentliche Räume wie Volkshochschule, Stadtteilzentrum, Dorfgemeinschaftshaus,... Viele Leute haben Hemmungen, zu einem Treffen in einer Privatwohnung zu gehen.

### Literatur:

BBU:  
Bürgerinnen und Bürger initiieren Zukunft (1996, BBU in Bonn, 32 S.)  
Tips zur Gründung von BIs. Guter Einstieg, aber leider ein paar Fehler im Detail. Bei rechtlichen Fragen lieber in diese Mappe schauen.



### Kontakte:

Bundesverband  
Bürgerinitiativen  
Umweltschutz e.V.  
Prinz Albert Str. 43  
53113 Bonn  
0228/214032

## 6.2

Gaststätten mit Hinterzimmer sind auch möglich, Jugendliche und Leute mit wenig Geld werden durch den Verzehrzwang aber eventuell abgehalten.

- Mundpropaganda ist die wichtigste Werbung; der Termin wird überall herumgezählt. Eine Ankündigung in der Presse und kopierte Plakate in Läden und öffentlichen Gebäuden tun ihren Teil dazu. Gut ist auch, auf Veranstaltungen zum Thema oder ähnlichen Themen - z.B. Vorlesungen in der Uni, Vorträge in der VHS - das Treffen mündlich anzukündigen. Sinnvoll ist natürlich der Kontakt zu bestehenden Gruppen, z.B. von Umweltverbänden.

Auf dem Treffen selbst sollten nicht gleich organisatorische und bürokratische Fragen im Vordergrund stehen, sondern die Interessen aller Anwesenden erfragt und diskutiert werden. Ein kurzer Einführungsvortrag zu dem ins Auge gefaßten Thema schadet sicher nicht - ein langes Referat beim ersten Treffen schreckt eher ab. Wichtig ist, sich gleich eine konkrete Aktion vorzunehmen - auch wenn es zunächst



nur etwas kleines ist; von einem "Labertreffen" geht niemand zufrieden nach Hause. Selbst wenn nur wenig Leute kommen - nicht enttäuscht und resigniert Frust verbreiten; aller Anfang ist schwer.

Zu einer Gruppe, die etwas auf die Beine stellt und bekannt ist, kommen vielfach auch immer wieder neue Leute - Gruppen wachsen oft erst mit ihrer Aktivität.

## Mögliche Organisationsformen

Wenn sich eine Gruppe von Leuten gefunden hat, werden formale Aspekte der Organisation rasch wichtig. Die Gruppe muß sich überlegen, wie sie sich organisieren will und wie intern gearbeitet und vor allem Entscheidungen getroffen werden.

## Freie Gruppe/BI

Am nächstliegenden ist sicher die Gründung einer unabhängigen Gruppe oder BürgerInneninitiative. Eine unabhängige Gruppe genießt die höchste Form von Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit. Niemand redet in die Arbeit herein, Aktionen sind spontan und ohne Rücksprache mit irgendwelchen Gremien möglich. Die Unabhängigkeit von bürokratischen Strukturen ist das größte Plus der unabhängigen Gruppe. Sie ist allerdings auch ganz auf sich gestellt. Um alle Organisationsfragen, von der Versicherung bis zur Zusammenarbeit mit anderen, muß sich die Gruppe ganz allein kümmern. Es kann sinnvoll sein, als freie Gruppe in einer Dachorganisation wie dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Mitglied zu werden. Teilweise gibt es auch landesweite oder thematische (z.B. Bundesverband der Fluglärmgegner) Zusammenschlüsse.

## Umweltverbände

Als Ortsgruppe eines Umweltverbandes gibt es Unterstützung durch landes- oder bundesweite Strukturen (oft z.B. Versicherungsschutz), der Bekanntheitsgrad des Verbandes kann nützlich sein für die Arbeit vor Ort. Demgegenüber gibt es oft strikte inhaltliche und strukturelle Vorgaben "von oben". Umweltverbandsgruppen sind sowohl "direkt" durch Rechtfertigungspflicht gegenüber übergeordneten Gremien, als auch "indirekt" durch Mitverantwortung im öffentlichen Ansehen, von Landes- und Bundesverbänden abhängig. Ärger gibt es eventuell, wenn die Ortsgruppe etwas macht, was FunktionärInnen nicht paßt, oder sie muß sich für das rechtfertigen, was FunktionärInnen des Verbandes sagen und machen.

## Umwelt-AG

Wo es bestehende Organisationen gibt, kann es sich anbieten, dort eine Umweltgruppe zu etablieren. Möglich ist eine Um-

Landesverband  
Bürgerinitiativen  
Umweltschutz (LBU):

LBU Niedersachsen  
Waldheimstr. 9  
30519 Hannover  
0511/830873

LBU  
Schleswig-Holstein  
Friedrichstal 32  
29939 Flensburg  
0461/45222

LBU Hessen  
Hersfelder Str.3  
36272 Niederaula  
06625/7244

Grüne Liga  
Friedrichstr. 165  
10117 Berlin  
030/2299271

Bundesvereinigung  
gegen Fluglärm  
Westendstr. 26  
64546 Mörfelden-  
Walldorf  
06331/44845

Bund für Umwelt  
und Naturschutz  
Deutschland  
Im Rheingarten 7  
53225 Bonn  
0228/40097-0

Naturschutzbund  
Herbert-Rabi-  
us-Str. 26  
53225 Bonn  
0228/97561-0

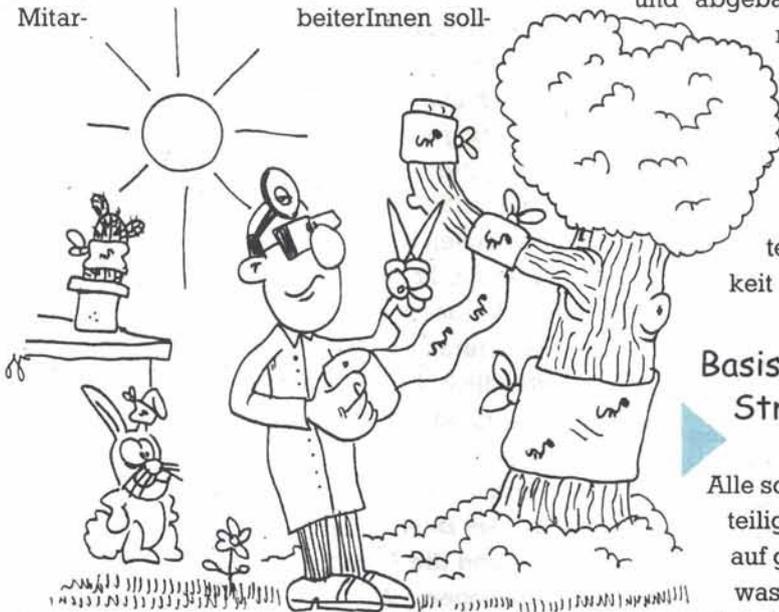
Greenpeace  
Vorsetzen 53  
20453 Hamburg  
040/31186-0



welt-AG im Sportverein, im Stadtteilzentrum, bei der Freiwilligen Feuerwehr etc. Solche Gruppen können sowohl nach außen wirken, als auch versuchen, die Arbeit ihrer Organisation umweltfreundlicher zu gestalten. Verbreitet sind Umwelt-AG's von SchülerInnen an Schulen - z.T. mit Unterstützung von LehrerInnen - und Studierenden im Rahmen der AStA- (Allgemeiner Studierenden Ausschuß) oder Fachschafts-Arbeit an der Hochschule (siehe Kapitel 18, "Hochschulen"). Auch gewerkschaftliche Umweltgruppen im Betrieb können eine lohnende Herausforderung sein.

## Interne Struktur

Wichtig für jede Gruppe ist, wie sie gemeinsam Aktivitäten plant, Entscheidungen trifft und die Arbeit organisieren will. Die MitarbeiterInnen soll-



ten sich ein wenig Gedanken über die interne Struktur der Gruppe machen. Vor allem sollten sie es sich nicht zu einfach machen und das "übliche" Entscheidungswesen übernehmen. Vielmehr gilt es, den Mut aufzubringen, mit neuen Strukturen zu experimentieren.

### "Vereins"-Struktur

Viele Gruppen, die sich aus rechtlichen Gründen als Verein konstituieren, geben sich

auch eine "vereinsmäßige" Struktur mit einem gewählten Vorstand, der die Entscheidungen trifft und die Gruppe vertritt. Diese Struktur ist aber aus vielerlei Gründen ungeeignet für eine Initiative. Durch einen Vorstand wird ein Macht- und Informationsgefälle erzeugt, was für alle Nicht-Vorstandsmitglieder zum Hemmnis bei der Mitarbeit wird. Arbeit und Verantwortung werden nicht mehr nach persönlicher Bereitschaft und Interesse verteilt, sondern nach vorgegebenen Strukturen. Grundlage einer konstruktiven und effektiven Zusammenarbeit sollte aber eine gleichberechtigte Mitwirkungsmöglichkeit aller sein. Probleme durch Informationsgefälle und unterschiedliche Möglichkeit, sich einzubringen, gibt es in fast allen Gruppen, sie sind ein Haupthemmnis für Aktivität. Vorstandsstrukturen legitimieren dieses Gefälle und verhindern so, daß es reflektiert und abgebaut werden kann. Das Vereinsrecht läßt eine Menge Spielräume, niemand ist aus rechtlichen Gründen zu hierarchischen Arbeitsstrukturen gezwungen. Wer sich freiwillig solche Strukturen gibt, untergräbt die eigene Arbeitsfähigkeit (siehe Kapitel 7, "Organisation").

### Basisdemokratische Struktur

Alle sollen an allen Entscheidungen beteiligt werden. Die Gruppe beschließt auf gemeinsamen Treffen oder Plena, was gemacht werden soll - entweder mehrheitlich oder besser einvernehmlich (s.u.). Basisdemokratische Strukturen funktionieren gut in kleinen Gruppen, bei großen Gruppen kann es Untergruppen und einen "Rat" geben, wohin jede dieser Untergruppen VertreterInnen entsendet. Basisdemokratische Strukturen sind meist "zäh" und langsam. Sie hemmen unter Umständen die Aktivität einzelner. Dafür stellen sie sicher, daß bei allen Entscheidungen alle beteiligt werden. Sinnvoll sind basisdemokratische Strukturen vor allem in Gruppen, die gemeinsam an EINEM Projekt arbeiten, z.B. BürgerInneninitiativen gegen konkrete Bauvorhaben.



## Projektfreiheits-Struktur

Gegenüber der basisdemokratischen Struktur bietet sich die Projektfreiheits-Struktur vor allem da an, wo in einer Gruppe mehrere Projekte oder relativ unabhängige Arbeitsbereiche existieren. Hier entscheiden nicht alle, sondern immer die direkt Betroffenen, also so viele, wie unmittelbar nötig und beteiligt sind. Grundprinzip ist die "Projektfreiheit", das meint, niemand kann bei etwas mitreden, wo er/sie nicht auch mitarbeitet. Jedes Projekt ist für sich "frei" von der Abhängigkeit gegenüber übergeordneten Strukturen oder der Gruppe insgesamt. Dinge, die verschiedene Arbeitsbereiche betreffen, werden von diesen gemeinsam beschlossen.

6.4

Gesamtplena dienen nur dem Infoaustausch und der Besprechung von Fragen, die alle angehen. Es gibt spezielle "Räte" zur Koordination zwischen den Arbeitsbereichen in Einzelfragen. Das kann z.B. ein Finanzrat sein. Hier klären die Einzelbereiche z.B. einen Haushaltsplan, welcher Bereich wie viel Geld aus dem Gruppensäckel bekommt (das betrifft alle), einzelne Ausgaben (Druck von einer Broschüre) werden nur noch im Projekt oder Teilprojekt entschieden (solange der Etat nicht überschritten ist).

Die Projektfreiheits-Struktur kann sehr schnell und effektiv handeln, da fast immer nur wenige entscheiden. Es gibt wenig aufreibende Diskussionsprozesse. Sie setzt allerdings bei allen eine hohe Bereitschaft voraus, Unterschiede und inhaltliche wie persönliche Differenzen in der Gruppe zu akzeptieren und einander ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit und Freiheit zuzugestehen. "Das würde ich nie so machen", "Eine vierfarbig gedruckte Broschüre ist echt zu großkotzig" etc. - das sind in föderalistischen Strukturen keine Gründe, in einen Bereich, wo man selbst nicht mitarbeitet, hineinzureden.

Diskussion ist natürlich erlaubt und dringend notwendig, aber die Entscheidung liegt immer bei denen, die sich um einen Bereich kümmern. Wie weit innerhalb der einzelnen Projekte oder Teilprojekte intern wieder Projektfreiheit besteht oder hier basisde-

mokratisch entschieden wird, kann unterschiedlich gehandhabt werden - das ist Sache des jeweiligen Projektes oder Teilprojektes; es gibt sinnvolle "kleinste Einheiten", wo gemeinsam gehandelt werden muß und nicht jede Einzelperson alleine "ihr Ding" macht. Eine wichtige Stärke der Projektfreiheits-Struktur ist, daß es einen relativ dauerhaften organisatorischen Rahmen geben kann, in dem einzelne Projekte entstehen und vergehen (siehe Kapitel 9, "Projektwerkstätten").

## Gruppendynamik

Neben der "formellen" Struktur gibt es auch "informelle" Strukturen. Die Entscheidung, über alles gemeinsam beschließen zu wollen, genügt nicht, um Hierarchien zu vermeiden. Auch ohne, daß jemand "formell" mehr Macht hat, z.B. als VorständlerIn oder GeschäftsführerIn, kann es sein, daß die Meinung einzelner "mehr gilt", andere sich raushalten oder nur "ja, ja,.." sagen. Gruppen sind differenzierte soziale Gebilde. Sobald Menschen für eine Zeit miteinander kommunizieren, beginnen sie, ihre Beziehungen zu strukturieren. Daß dabei gleichberechtigte Strukturen entstehen, ist nicht selbstverständlich. Für eine konstruktive Gruppenarbeit müssen solche "informellen" Strukturen immer wieder reflektiert und aufgedeckt werden. Wenn sie nicht bewußt werden, können sie zu einer Menge Unzufriedenheit führen und die Arbeit einer Gruppe nachhaltig lahmlegen. Wichtige Strukturelemente in Gruppen sind Ziele, Normen und Rollen.

## Ziele

Was wollen die Gruppenmitglieder, warum kommen sie zusammen? Ziele bilden den gemeinsamen Bezug für die Gruppenmitglieder. Wenn eine Gruppe keine gemeinsamen Ziele mehr hat, löst sie sich fast immer auf. Wichtig ist, daß Ziele gemeinsam entwickelt und diskutiert werden. Wer eine Gruppe initiiert, geht oft "selbstverständlich"



davon aus, daß alle, die mitmachen, das Gleiche wollen; das ist schon eine Quelle für Unzufriedenheit und Rückzug von Aktiven. Bevor sich eine Gruppe ein größeres Projekt vornimmt, gilt es, gemeinsam die Ziele zu klären. Es ist normal, daß sich im Laufe der Zeit die Ziele von Menschen verändern, daß in Gruppen das gemeinsame Interesse verloren geht. Dann ist es "künstlich", eine Gruppe noch zusammenhalten zu wollen. Daß die Gruppe für neue Leute offen bleibt, ist schon von daher wichtig - es wäre ein Wunder, wenn die alten ewig blieben. Gruppen, die nur ein sehr konkretes Ziel haben ("Keine Müllverbrennungsanlage in ...") lösen sich meist auf, wenn das Ziel erreicht wurde. Das kann ganz in Ordnung sein, schließlich ist die Initiative kein Selbstzweck. Wo es gemeinsame "weitergehende" Ziele gibt, wird sich eine Gruppe aber vielleicht nach dem "Erfolg" ein neues Projekt vornehmen oder zur Keimzelle einer oder mehrerer ganz neuer Gruppen.

### Normen

Bei der Entstehung einer Gruppe kommt es meist zu einer immer deutlicheren Annäherung von Meinungen und Verhaltensweisen. Es bilden sich Normen, Vorstellungen in der Gruppe über "richtiges Verhalten". Dabei be-

schränken sich Normen nicht auf "politische" Aspekte, sondern beginnen bei Dingen wie: "Es ist normal, bei Treffen bis zu einer Viertelstunde zu spät zu kommen", "Niemand trägt Anzug und Krawatte", "In der Kneipe unterhält man sich oft über Computer", "Viele bringen ihre Kinder mit zum Treffen - es gibt immer eine Kinderbetreuung". Normen können bewußt vereinbart sein, schleifen sich aber auch oft unbewußt ein. "Es wurde nie diskutiert, ob auf Treffen geraucht werden darf - aber alle gucken entsetzt, wenn eine Neue sich eine Zigarette ansteckt".

Unbewußte Normen machen es für neue Leute sehr schwer, in eine Gruppe zu kommen: Sie werden unsicher, alles "richtig" zu machen, verstehen Abkürzungen und "Insidersprache" nicht. Hier tut Reflexion not, um Abschottung zu erkennen und zu vermeiden.

6.5

### Rollen

Auch Rollen sind Erwartungen der Gruppe an das Verhalten der einzelnen. Sie richten sich aber nicht an alle Mitglieder gleichermaßen, sondern nur an InhaberInnen einer bestimmten Position. Gruppen entwickeln im Laufe der Zeit eine Beziehungsstruktur, TeilnehmerInnen bekommen "ihren Platz". Gruppenstrukturen können erstarren und für einzelne zum "Gefängnis" werden. Schnell gibt es einzelne, die immer Verant-





6.6



wortung übernehmen und alle Fäden in der Hand haben: "Wir haben ewig nur rumgesehen, weil Günter zu spät kam. Günter eröffnet immer die Treffen." Gerade die InitiatorInnen einer Gruppe haben am Anfang immer mehr Verantwortung. Es gilt, sich dieser Rolle bewusst zu werden und sie aktiv abzubauen.

Oft bleiben vor allem "alte Hasen/Häsinnen" gegenüber neuen lange dominant. Das Gefälle zwischen dominanten und zurückhaltenden Personen in einer Gruppe abzubauen, ist immer ein gutes Stück Sache der dominanten. Sich zurückzuhalten und anderen Platz zu lassen, ist eine wichtige und oft anstrengende Aufgabe. Viele Menschen sind es nicht gewohnt, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen - und das zu lernen ist oft ein langwieriger Prozeß, der in dieser Gesellschaft kaum gefördert wird. Aus einer untergeordneten Rolle aufzubrechen, ist für viele - auch wo Freiräume bestehen - mühsam und angstbesetzt; garantiert doch Unselbständigkeit oft auch Sicherheit und Bequemlichkeit.

Wer sich durch festgefahrene Rollenverteilungen in der Gruppe in den eigenen Möglichkeiten eingeschränkt, übergangen oder unzureichend berücksichtigt fühlt, sollte das immer zur Sprache bringen und dominante Personen mit der Wirkung ihres Verhaltens offensiv konfrontieren. Oft wird "Platz-

hirschen" ihre Rolle erst bewusst, wenn sie "Feedback" über ihre Wirkung in der Gruppe von andern bekommen. Wo freilich dominante Personen gar keine Bereitschaft zeigen, ihre Rolle zu hinterfragen und anderen Platz und Möglichkeit zu gleichberechtigter Zusammenarbeit zu geben, wo Machtgefälle und Hierarchien bejaht werden und Personen sich an Führungsrollen festhalten, hilft wirklich nur noch "Revolte". Wer sich bewusst eine Machtposition über andere Menschen aufbaut, hat Widerstand selbst zu verantworten. Es ist jedenfalls besser, einem "Hierarchen" auch mit Druck klarzumachen, daß niemand seine Führung will, als nach und nach frustriert die Gruppe zu verlassen.

Wo Reflexion von Rollenverteilungen und informellen Hierarchien nicht mehr möglich ist und sich kein Widerstand regt, ist es jedoch meist einfacher und weniger zermürbend, zu "gehen" und andere Gruppen zu suchen oder neu zu gründen. Wenig ist so aufreibend und aussichtslos, wie eine Gruppe zu "reformieren", in der keine Bereitschaft zur Reflexion und Veränderung besteht.

Ein besonderes Problem in vielen Gruppen ist die Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen. Auch wo der Anspruch an gleichberechtigte Zusammenarbeit besteht, werden oft mehr oder minder unbewußt traditionelle Geschlechterrollen auch in der Arbeit in der Gruppe übernommen. In vielen

### Literatur:

Speziell mit Sexismus und Geschlechterrollen in politischen Gruppen beschäftigt sich eine Broschüre der Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden: "Sexismus in politischen Gruppen".

Erhältlich beim:  
Büchertisch der  
Verdener Umwelt-  
werkstatt  
Herrlichkeit 1  
27283 Verden



Initiativen sind Männer die "Macher", repräsentieren die Gruppe nach außen, übernehmen einflussreiche Positionen und reden viel, während Frauen sich oft eher um Soziales und "Atmosphäre" kümmern und eine "dienende" Rolle übernehmen. Sie werden meist in der Gruppe weit weniger wahrgenommen. Diese Rollenverteilung wird vor allem durch das Verhalten von Männern zementiert.

Durch Dominanz einzelner und feste Rollenverteilungen in einer Gruppe wird deren voller Reichtum an Wissen und Fertigkeiten nicht entdeckt. Männer und Frauen, die sich nicht so gut durchsetzen können oder die sich in einer Wettkampf-Atmosphäre nicht wohlfühlen, werden ausgeschlossen. Wenn Rollenverhalten reflektiert und versucht wird zu überwinden, werden auch diejenigen, die die Gruppenarbeit immer dominieren, entdecken, daß auch sie eine Menge dabei lernen können, wenn sie ihren Anteil an "Stille" und "Zuhören" in die Gruppe einbringen.

Einige typische dominante Verhaltensweisen, die andere in der Gruppe einschränken und Rollen zementieren:

- Zu allem viel und lang reden
- Die eigene Lösung als das letzte und abschließende Wort einbringen
- Das gleiche immer wieder einbringen
- Sich wiederholen
- Wiederholen, was andere schon gesagt haben
- Auf jede entgegengesetzte Meinung reagieren, als sei es ein persönlicher Angriff
- Nicht zuhören: Nach den ersten paar Sätzen anderer in Gedanken gleich eine Antwort formulieren, nicht auf das Gesagte eingehen
- Diskussionsthemen verändern
- Die Diskussion auf eigene Lieblingsthemen lenken
- An formalen Machtpositionen festkleben.
- Gefühle vermeiden, sich "cool" und unangreifbar geben
- Psychologisieren, Motivation und Probleme anderer interpretieren
- Für andere sprechen: "wir sollten ...", "Viele von uns meinen..."
- Sachzwänge konstruieren

## Projektarbeit

Arbeit in der Gruppe kann spannend und erfolgreich sein, wenn gemeinsam konkrete Projekte umgesetzt werden. Eine gut zusammenarbeitende Gruppe, in der auch das Persönliche stimmt, kann eine Menge auf die Beine stellen. Wenn der Rahmen kleiner Einzelaktionchen überschritten wird, beginnt die eigentliche Herausforderung. Große Projekte zu planen, ohne sich aufzureiben erfordert schon ein bißchen Überlegung und Planung. Wer vorausschauend plant, vermeidet Frust und Überarbeitung. Dieser Abschnitt soll dazu einige Hilfen bieten. Vier Grundaspekte sind bei der Projektplanung wichtig:

6.7

### Die Aufgabe

Sie zu definieren, wird selten vernachlässigt. Problem ist eher, daß sie ständig "erweitert" wird ("gegen Einwegmüll, Regenwaldzerstörung, Ozonloch und überhaupt") und daß die Erwartungen an ein Projekt während der Planungszeit "hochgeschraubt" werden ("ein bißchen mehr muß doch noch möglich sein"). Um dies zu vermeiden, ist es wichtig, vor Projektbeginn Ziele und Umsetzung gemeinsam zu diskutieren (siehe Abschnitt "Der Weg zum Konzept").

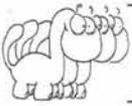
### Aktive Personen

Ein Projekt kann nur dann streßarm laufen, wenn genügend Leute mitmachen. Wer sich und andere überschätzt, endet im Chaos. Deshalb gilt es zu überlegen: Wer macht mit, wer will/kann wieviel Zeit investieren? Viele AktivistInnen neigen dazu, zu glauben, jede/r im Projekt will und kann so viel Zeit wie sie selber einbringen. Wert auf die Reflexion gruppenspezifischer Probleme (s.o.) zu legen, kostet zwar Zeit, ermöglicht aber im Endeffekt die Mitarbeit vieler und die Offenheit für neue Leute. Sinnvoll ist es, Aufgaben gemeinsam nach verfügbarer Zeit und Kraft verbindlich zu verteilen ("Wer macht was"). Damit einzelne nicht "unentbehrlich" werden

#### Literatur:

Heinz Schulte:  
Projekte zum Erfolg führen  
(1996, dtv in München, 175 S.)  
Tips zur Projektplanung und -durchführung, vor allem für Unternehmen.

Hans D. Engelhardt:  
Innovation durch Organisation  
(1991, FH München/FB Sozialwesen, 295 S.)  
Theoretische Grundlagen von Partizipation und Effizienz.



und unter der Last der Verantwortung zusammenbrechen, sollte es für wichtige und komplizierte Aufgaben immer zwei Verantwortliche geben. Damit neue Leute in die Gruppe finden, sind "Patenschaften" zu Alt-AktivistInnen möglich. Das A und O für die Einbindung vieler Aktiver ist eine funktionierende Kommunikation in der Gruppe: Guten Plena und Austauschtreffen kommt eine zentrale Bedeutung zu.

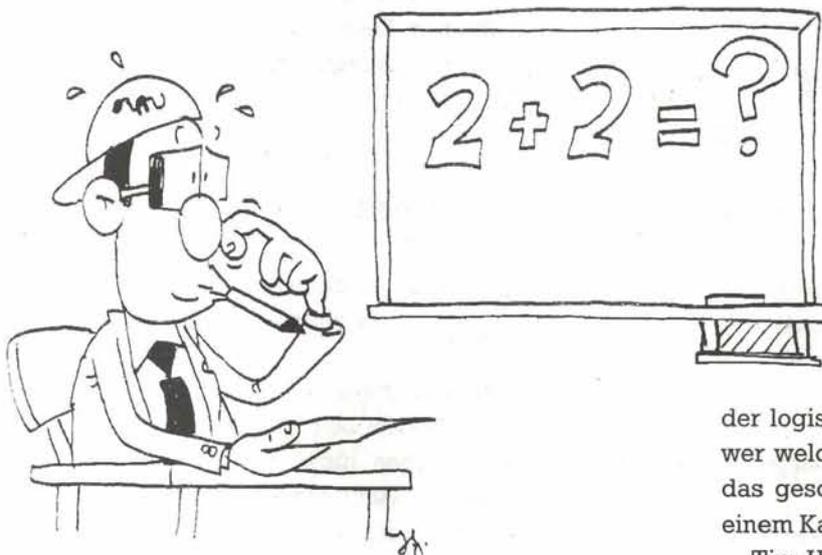
## Der Zeitrahmen

6.8

Wenn genügend Leute mitmachen, ist der Zeitrahmen oft das große Problem. Alles passiert auf den letzten Drücker, Unwichtiges wird zuerst erledigt, keiner weiß, wer was wann gemacht hat oder verschlampt hat ...

Mangelnde Zeit- und Arbeitsplanung verursacht Mehrarbeit, Streß und nicht zuletzt Mehrkosten. Eine klare Aufgabenverteilung und ein guter Infofluß helfen auch hier, Überblick zu behalten und "Zeitbomben" rechtzeitig zu entdecken.

Für die konkrete gemeinsame Zeitplanung gibt es einige Methoden, die helfen, die Übersicht zu behalten:



### Zeitplanung

Wenn wir planen, wann etwas erledigt sein muß, fangen wir in vielen Fällen zweckmäßigerweise von "hinten" an: Wann soll das Projekt abgeschlossen sein, die Veranstaltung stattfinden, das Buch fertig sein etc.

Von da aus kann geschaut werden, wie lange bestimmte Sachen dauern (von der Gruppe selbst aus, aber auch "Wartezeiten" z.B. bei Behörden) und rückwärts rechnen, wann mit was begonnen werden muß. Im nebenstehenden Beispiel geht es um eine Broschüre zum Thema "Müll vermeiden".

Wichtig ist dabei, Aufgaben klar aufzuteilen und den einzelnen möglichst viel Freiheit bei der Umsetzung einzuräumen. Wo klar ist, wer welche Aufgaben eigenverantwortlich erledigt, muß nicht unnötig viel abgesprochen werden.

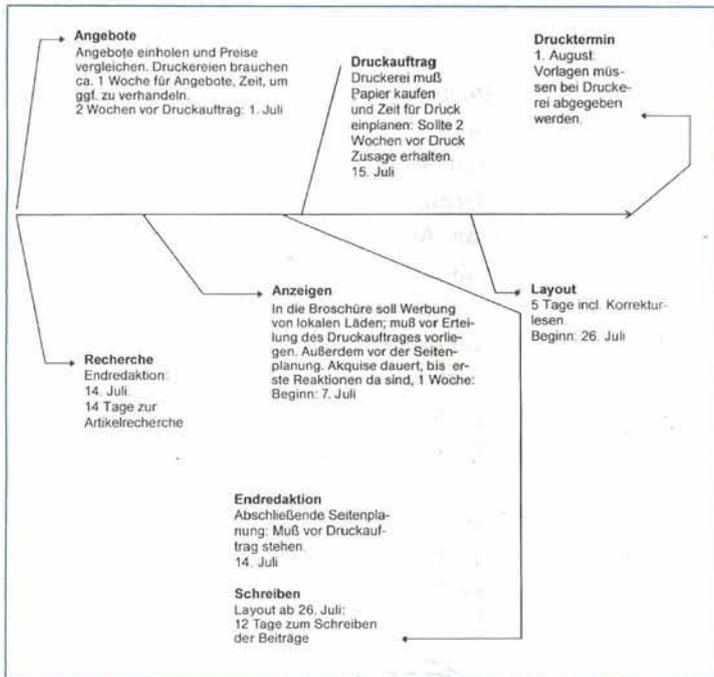
### Netzplantechnik

Bei komplexeren Projekten genügt das "rückwärts" planen oft nicht mehr. Hier gibt es ein enges Geflecht von Aufgaben, die immer von einer Vielzahl anderer Aufgaben abhängen. Als Beispiel soll hier ein Hausbau dienen. Vor dem Umzug muß fertig tapeziert und gestrichen sein. Tapezieren kann man erst, wenn der Elektriker fertig ist, aber auch erst, wenn die Fliesen gelegt sind. Die Fliesen lassen sich erst legen, wenn der Elektriker fertig ist ...

Für die Planung solcher Abläufe eignet sich die Netzplantechnik. Sie verschafft einen Überblick über den zeitlichen Ablauf voneinander abhängiger Tätigkeiten.

Zunächst werden die einzelnen Aufgaben definiert und voneinander abgegrenzt (z.B. "Fliesen im Badezimmer legen", "Angebote für Tapete einholen", ...) Die Tätigkeiten werden aufgelistet und jeder Tätigkeit vorgeordnete und nachgeordnete zugewiesen (Klärung der logischen Abläufe). Dann wird geguckt, wer welche Aufgaben übernimmt und wann das geschehen kann. Der Netzplan wird in einem Kastenschema aufgestellt.

Tip: Hilfreich kann es sein, wenn mensch die einzelnen Punkte auf Karteikarten schreibt und auf einem großen Blatt Packpapier auf dem Fußboden sortiert. Wenn alles richtig liegt, dann mit Klebestift festkleben und mit Pfeilen verbinden. Jetzt läßt sich der Netzplan an der Wand aufhängen.



**Persönliche Arbeitsplanung**

Neben der Gesamtplanung, wie sie die Netzplantechnik ermöglicht, spielt auch die persönliche Arbeitsplanung eine wichtige Rolle: Schaffe ich, was ich mir alles vorgenommen habe? Denke ich an alles? Habe ich meine Aufgaben zum vorgesehenen Zeitpunkt erledigt?

Bewährt hat sich die Arbeit mit zwei Kalendern; einer für Termine und einer für "zu erledigen bis ...", wo alle Aufgaben eingetragen werden. Manche Kalender verfügen allerdings über ausreichend Platz und Übersichtlichkeit alles in einem abzuwickeln.

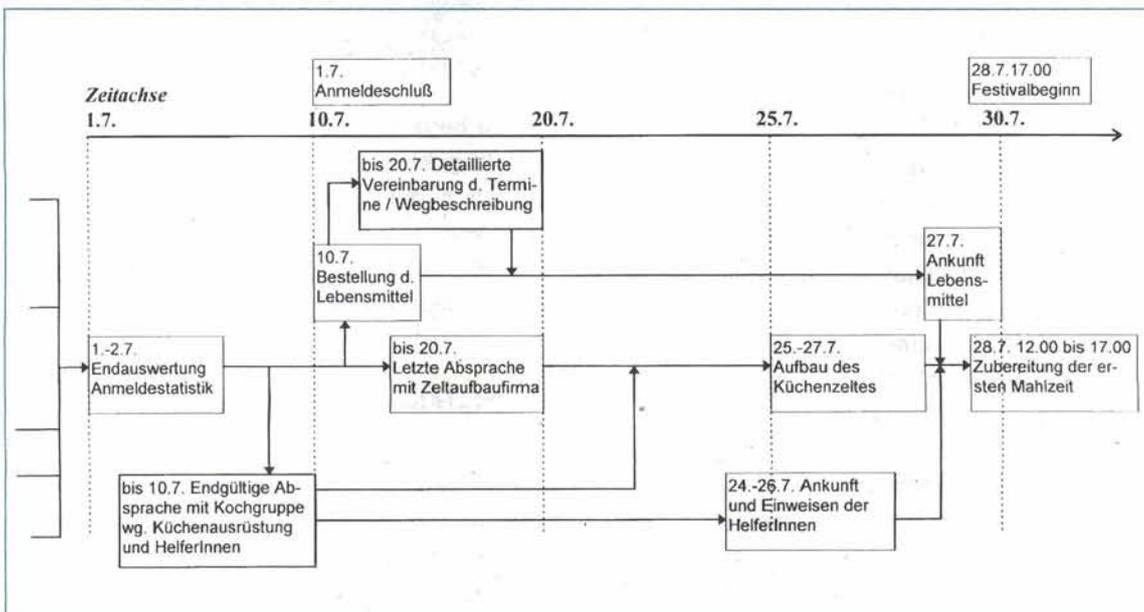
Gerade für Leute, die zu viel

Chaos neigen, ist es eine gute Methode, die Aufgaben mit Frist auf Karteikarten zu schreiben und über dem Schreibtisch aufzuhängen. Hier ist auch noch Platz für Notizen, z.B. "nicht erreicht", "zurück am ...". Wenn etwas erledigt ist, wird die Karte abgehängt.

Viele AktivistInnen bevorzugen auch einfach Zettel, auf denen die Aufgaben notiert und nach Erledigung durchgestrichen werden. Dies ist jedoch eher etwas für ordentliche Leute, sonst verschwinden solche Zettel erfahrungsgemäß ziemlich schnell.

Der unten abgebildete Ausschnitt eines Netzplans für die Küche eines Umweltfestivals ist zwar nicht vollständig kann aber als Beispiel dienen.

Die logische Anordnung der Aufgaben im Netzplan wird durch die Pfeile angegeben, die zeitliche Abfolge nach der Lage auf der Achse. Lage mit "rückwärts planen" bestimmen. Aus dem Netzplan läßt sich relativ einfach der "kritische Pfad" ermitteln; die Abfolge von Tätigkeiten, die die wenigsten zeitlichen Spielräume hat. Meistens wird noch ein gewisser zeitlicher Puffer eingeplant.





Die beste Arbeitsplanung nutzt allerdings wenig, wenn ständige Unlust dazu führt, gar nicht mit der Arbeit zu beginnen.

Hinter viel "Schlamperei" und Chaos stecken oft Probleme, die gar nicht auf einer organisatorischen Ebene liegen. Auch hier kommt der Gruppendynamik eine wichtige Bedeutung zu: Gruppenprobleme schaffen auch Verantwortungsprobleme; wenn viel verschlampt wird und nicht läuft, stehen wahrscheinlich auch persönlicher Frust, Überforderung und Blockaden dahinter. Wenn mensch andauernd blockiert ist, kann es helfen, das Augenmerk auf grundsätzlichere Fragen zu richten:

## 6.10

- Will ich das Projekt wirklich machen, oder mache ich nur mit, weil das von mir erwartet wird, weil ich Anerkennung suche, weil ...?
- Gibt es Hierarchieprobleme?
- Dominieren einzelne?
- Bin ich überlastet? Habe ich mir "zu viel vorgenommen"?
- Trage ich mehr Verantwortung, als ich mir zutraue?
- Wird transparent gearbeitet?
- Fühle ich mich "gut informiert" oder alleingelassen?



### Literatur:

K. Nolte/C. Sperling/  
Armin Torbecke:  
Das Buch zum Auftakt  
Die AutorInnen  
reflektieren die  
Planung des  
Auftakt-Umweltfestivals  
1993 in Magdeburg  
und geben Tipps  
für die Planung eines  
großen Projektes am  
Beispiel des Festivals.

Erhältlich bei:  
"Auftakt"  
Postfach 1131  
27261 Verden  
04231/4878

Wichtig ist, es offen anzusprechen, wenn mensch etwas nicht schafft, sich übernommen habt, oder merkt, daß er/sie mehr oder anderes macht, als eigentlich gewollt ist. Es ist tödlich, wenn die Gruppe immer erst zu spät merkt, daß etwas "liegenbleibt". Wo in Gruppen viel sozialer Druck herrscht und Leute sich nicht trauen, offen zu sagen, daß sie etwas nicht schaffen, verstärkt das die Gefahr von "Zeitbomben".

Es sollte selbstverständlich sein, die Gruppe auch rechtzeitig zu informieren, wenn mensch aus einem Projekt ganz aussteigen will oder muß; einfach nicht mehr zu kommen, richtet womöglich viel Chaos und Verärgerung an.

## Der Finanzrahmen

Meist ist der Finanzrahmen ein Punkt, an den alle ziemlich rasch denken. Hauptproblem für Projekte, die ohne "Background" einer Organisation arbeiten, ist meist: Geld fehlt am Anfang. Bis Geld organisiert ist, vergeht Zeit, in der "ins Blaue" gewirtschaftet und privat vorgestreckt werden muß. Patentrezepte gibt es hier nicht.

Es ist auch für die Zeitplanung wichtig, daran zu denken, daß Mittelbeschaffung Zeit braucht und Aktive bindet (siehe Kapitel 14, "Finanzen"). Oft wird Angst vor leeren Kassen zum Hemmnis. Die braucht aber niemand zu haben, Kreativität ersetzt oft großen Geldbedarf.



## Der Weg zum Konzept

Zu Beginn eines größeren Projektes ist es wichtig, klar zu kriegen, was die Gruppe eigentlich gemeinsam erreichen und umsetzen will. Der folgende "typische" Ablauf einer Konzeptfindung soll als Hilfe für eigene Planungen dienen.

### Zielfindung & Grobkonzept

Am Anfang eines Projektes steht die Zieldiskussion. Formuliert werden am besten schon Antworten auf die Frage "Was wollen wir von wem?" (siehe Kapitel 1, "Aktionsformen"). Wichtig ist, daß an der Zieldiskussion



möglichst alle gleichberechtigt beteiligt sind. Anschließend lassen sich erste Ideen für ein konkretes Projekt sammeln und diskutieren. Unter Umständen kann es hier schon sinnvoll sein, Arbeitsgruppen zu bilden, die zu den Projektideen konkretere und detailliertere Umsetzungsvorschläge erarbeiten. Genügend Zeit für diese ersten Schritte ist wichtig, vielleicht ein gemeinsames Wochenende. Bei komplexen Problemen ("der öffentliche Personennahverkehr in unserer Stadt") kann eine Zukunftswerkstatt helfen, Ziele und Umsetzungsstrategien zu finden. Sie sollte am Anfang des Projektes stehen. Es kann in dieser Phase sinnvoll, schon mal eine "kleine" Aktion gemeinsam zu machen, um sich aufeinander besser einzustellen und gemeinsam Motivation zu schöpfen (siehe Kapitel 4, "Umfassende Konzepte").

**Zukunftswerkstätten**

Die Zukunftswerkstatt ist eine Methode, um in einer Gruppe gemeinsam kreative Ideen zu einem gemeinsamen Projekt zu entwickeln. Ein Wochenende lang begleiten zwei ModeratorInnen die Gruppe durch drei Phasen: In der Kritikphase werden Probleme zum Thema gesammelt und geschaut, welche Kritikpunkte an der Ist-Situation wesentlich sind. In der Utopiephase werden Träume und Phantasien unabhängig von ihrer Realisierbarkeit formuliert: z.B. wie ich mir den optimalen ÖPNV in meiner Stadt vorstelle. In der Realisierungsphase geht es darum, konkrete realisierbare Schritte in Richtung einer Utopie zu erarbeiten und ein Projekt zu entwickeln, das dann gemeinsam umgesetzt werden soll.

**Realisierbarkeit prüfen**

Existieren konkrete Projektideen, empfiehlt es sich, die Idee oder schon vorhandene genauere Konzepte mit Leuten durchsprechen, die ähnliches gemacht haben (falls möglich). Jetzt sollten auch der Finanzrahmen kalkuliert, Kostenvoranschläge eingeholt und bei Finanzquellen angefragt werden. Es ist gut, das Konzept gezielt zu streuen und Anregungen zu sammeln. Erste Gespräche mit Stellen, die an dem Projekt beteiligt sind (z.B. Behörden und etwaige KooperationspartnerInnen) stehen jetzt an. Die "Zehn Fragen" (siehe unten) können helfen, die Realisierbarkeit einzuschätzen.

**Literatur:**

R. Jungk/N. Müllert: Zukunftswerkstätten (Heyne Verlag).

**Konzepte überarbeiten**

Spätestens jetzt müssen die wichtigsten Grundsatzentscheidungen gefällt werden: Läuft das Projekt? Was haben wir genau vor? Eine detaillierte Zeit- und Aufgabenplanung sollte erstellt werden (siehe Abschnitt "Zeitplanung"). Arbeitskreise (falls nötig) und eine Gesamtkoordinationsgruppe aus mehreren Leuten bilden, die sich gemeinsam für das Gesamtprojekt verantwortlich fühlen. Gucken, ob genug Leute dabei sind. Sonst weitere Leute suchen, evtl. PraktikantInnenstellen etc. einrichten. Geld dafür aufreiben. Überprüfen, ob Teilbereiche an selbständig arbeitende Gruppen ausgelagert werden können. Finanzanträge stellen und

**Kontakte:**

ModeratorInnen für Zukunftswerkstätten vermitteln die Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung und - vor allem für Umweltinitiativen an Hochschulen - die Bundeskoordination studentischer Ökologearbeit (BSÖ). Die BSÖ bietet auch Schulungen für ZukunftswerkstattmoderatorInnen an. Die Bildungsgruppe veranstaltet verschiedene Seminare in den Bereichen Gruppendynamik, Moderation, Projektplanung.

Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung Herrlichkeit 1 27283 Verden

Bundeskoordination studentischer Ökologearbeit (BSÖ) Universitätsring 12b 54296 Trier





Wahrscheinlichkeit der Bewilligung einschätzen - ggf. Lobbyarbeit machen. Jetzt gemeinsam Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen planen.

## Projekt realisieren

Jetzt gilt es "nur noch", das Projekt auch zu verwirklichen. Im allgemeinen "Gewusel" und der Alltagsarbeit darf die gelegentliche Reflexion nicht untergehen. Zuletzt: Das perfekte Projekt gibt es wohl nicht. Optimal sind alle Faktoren nirgendwo erfüllt. Ein neues Projekt wird immer ein bißchen "Sprung ins kalte Wasser" sein. Projektarbeit braucht immer auch ein bißchen Mut zum Risiko.

6.12

## 10 Fragen für Projektbeginn & Reflexion

Die Ziele unseres Projektes und wie wir sie angehen wollen, stehen fest. Nun gilt es zu überprüfen, ob wir mit den beteiligten Leuten, der vorgegebenen Zeit und den für uns beschaffbaren Finanzmitteln das Projekt realistisch umsetzen können. Dazu dienen die "zehn Fragen." Es ist zweckmäßig, sie sich bei längeren Projekten auch während der Planungszeit gelegentlich neu zu stellen. Sie sollen nicht entmutigen - viele Projekte scheitern auch an zu vielen ZweiflerInnen und Fragen - sondern helfen, vermeidbare Probleme rechtzeitig zu erkennen.

1. Sind die Voraussetzungen gegeben, um konzentriert zu arbeiten?
  - Wieviele Arbeitsplätze sind nötig? Treffraum? Büro? Schreibtisch? Werkstätten?
  - Wo können wir Platz mitnutzen, reicht das?
  - Bei großen Sachen: Telefonbereich und Arbeitsbereich trennbar (dauernde Anrufe lähmen jede Arbeit)?
  - Haben wir Arbeitsgeräte (z.B. Fax, Werkzeug, ...) zur Verfügung? Wer zahlt die Kosten?
2. Besteht die Gefahr, daß anstehende Aufgaben unterschätzt werden, bzw. sind ausreichende Arbeitskapazitäten vorhanden?
  - Welche und wieviel Arbeit fällt für was an?
  - Wer hat wieviel Zeit?
  - Sind weitere Leute da, die mitarbeiten wollen?
3. Hat es ähnliches schon mal gegeben?
  - "Neues" braucht Zeit und Nerv, weil auch z.B. Ämter etc. sich nichts darunter vorstellen können, nicht damit umgehen können. Auf Erfahrungen anderer zurückgreifen erspart Doppelarbeit.
4. Besteht Gefahr, persönlich "eingeeengt" zu werden.
  - Bin ich (jede/r für sich) bereit, die übernommenen Aufgaben zu erledigen und Verantwortung dafür zu übernehmen?
  - Bleibt "Scheißarbeit" (Eintüten, Abrechnungen,...) an wenigen hängen?
  - Sind alle bereit, die, die solche Aufgaben übernehmen, zu unterstützen?
5. Gibt es "Hierarchieprobleme"?
  - Haben einzelne "alle Fäden in der Hand" oder wird gleichberechtigt zusammengearbeitet?
  - Wissen alle gleichermaßen über das Projekt Bescheid?
  - Transparenz?
  - Wissen alle auch inhaltlich über die Projektziele Bescheid, haben sie mitgestaltet?
  - Gibt es Geschlechterrollen/-hierarchien?
  - Werden neue, unerfahrene Leute unterstützt und integriert?
6. Soll die Planung ein "Experimentierfeld" sein?
  - Muß alles "perfekt funktionieren" oder gibt es Freiräume für Fehler?
  - Wollen wir Neues ausprobieren? Haben wir die nötige Zeit dafür berücksichtigt?
  - Wieviel "Unprofessionalität" können wir uns erlauben, in welchen Bereichen?
  - Sind wir offen für neue Ideen?
7. Ist eine Blockade durch nicht abgeschlossene Zieldiskussionen zu befürchten?
  - Sind wir uns über die Ziele des Projektes im klaren?
  - Haben wir die Ziele klar formuliert - schriftlich?
  - Haben wir die Ziele gemeinsam erarbeitet oder war das ein Werk Einzelner?
  - Sind die Ziele auch nach außen/für neue Leute klar?
  - Gibt es weiterlaufende Diskussionen über Veränderung der Projektziele?
  - Besteht Gefahr, daß wir Ziele unter dem Druck von "Sachzwängen" aus dem Auge verlieren, uns anpassen ...?
8. Werden psychologische Faktoren berücksichtigt?
  - Ist das Projekt/die Projekte mein "Lebensinhalt", bestimmt es/bestimmen sie mein Leben?
  - Bin ich unter Dauerstreß?
  - Will ich das Projekt wirklich machen, oder treibt mich anderes (Pflichtgefühl, Suche nach Anerkennung, Gewohnheit etc.) dazu?
  - Stimmt das persönliche Miteinander im Projekt?
9. Was ist machbar, was ist wirklich nötig?
  - Welche Aufgaben sind vordringlich?
  - Wo lassen sich Abstriche machen, wenn es nicht zu schaffen ist?
  - Wer spielt "Feuerwehr", wenn etwas nicht klappt?



10. Ist die Finanzierung realistisch?

- Kümmerst dich jemand verantwortlich um Geld?
- Haben wir die notwendige rechtliche Infrastruktur (Konto, ggf. Verein) oder müssen wir sie gründen?
- Haben wir Fördermittel in Aussicht?
- Können wir sparen, improvisieren, schnorren?
- Haben wir einen Finanzplan, ist der realistisch? Erfahrungen anderer?
- Wann bekommen wir Geld, gibt es zeitliche Engpässe?



## Ablauf von Treffen

Gute Treffen und Plena sind zentral für jede Gruppenarbeit. Interner Austausch ermöglicht gleichberechtigte Mitarbeit vieler und realistische Zeitplanung. Aber gerade hier hapert es oft. Die folgende Liste gibt Tips, was bei der Planung eines Treffens beachtet werden muß. Im Anschluß werden einige Methoden kurz vorgestellt, die helfen, Gruppentreffen effektiv und konstruktiv zu gestalten.

### Checkliste

#### 1. Vorbereitung

Es ist wichtig rechtzeitig den Termin festzulegen, am besten auf dem vorhergehenden Treffen. Regelmäßige Termine sind einfacher einzuhalten als unregelmäßige.

Im Vorfeld gilt es Tagesordnungspunkte zu sammeln und die Einladung zu verschicken. Bei wichtigen Treffen vorher telefonisch erinnern!!! Wichtig ist es, den Veranstaltungsraum zu reservieren bzw. festzumachen. Wenn Leute von auswärts kommen, gilt es die Übernachtung zu klären. Einzelne Punkte können von einer Arbeitsgruppe vorbereitet werden. Gegebenenfalls muß eine Moderation organisiert werden.

#### 2. Während des Treffen

Am Anfang gemeinsam Tagesordnung aufstellen/überarbeiten, ggf. Protokollkontrolle. Genug Pausen lassen. Entscheidungen möglichst nach dem Konsensprinzip (siehe dort). Alles protokollieren, bei Moderation Wandprotokolle, sonst Ergebnisprotokoll führen. Ein "Blitzlicht" am Ende oder mittendrin kann helfen, das Treffen zu reflektieren.

#### 3. Für's nächste Treffen

Aufschreiben, wer was macht. Bewährt hat sich eine Tabelle mit den Fragen: Was? Wer? Bis wann? Zu Beginn des nächsten Treffens checken, ob die Aufgaben erledigt wurden.

6.13

## Gestaltung von Treffen

#### 1. Visualisieren

Tagesordnungspunkte, wichtige Argumente, der Diskussionsstand und Ideensammlungen sollten für alle gut sichtbar auf Wandplakaten oder einer Tafel mitgeschrieben werden. Um Entscheidungen zu treffen, können z.B. pro/contra-Listen geführt werden. Visualisierung vermeidet Wiederholungen und bringt für alle sichtbar Struktur in Treffen. Bewährt haben sich auch "Handlungsspeicher": Eine Tabelle: Was macht wer mit wem bis wann. Alle verteilten Aufgaben werden hier eingetragen. Eine Kopie liegt dem Protokoll bei.

#### 2. Brainstorming

Ideen, Kritikpunkte, ... einfach auf einer Wandzeitung oder auf Karteikarten sammeln. Nichts wird kommentiert oder kritisiert, alles frei raus aufgeschrieben. Sammeln und auswählen, trennen. Nach einem Brainstorming können die Punkte gewichtet oder sortiert und so aus einer Vielzahl wichtige Aspekte "ausgetrichert" werden.

#### 3. Rubrizieren

Eine Form des "Trichterns". Eine Vielzahl von Punkten z.B. aus einem Brainstorming kann sortiert werden, indem Rubriken aus ähnlichen Punkten durch Ausschneiden oder Umhängen zusammengestellt werden. Vorsicht: Bei komplexen Problemen oft unvermeidlich, braucht aber Zeit ...



## Literatur:

K. Klebert/  
E. Schrader/  
D.G. Straub:  
Kurz-Moderation  
(1987, Windmühle-  
Verlag, Ham-  
burg, 165 S.)

F. Schulz von Thun:  
Miteinander Reden  
(2 Bände, Rowohlt-  
Verlag in Reinbek)

6.14

## 4. Blitzlicht

Um ein Gruppenbild zu einem Thema oder eine Stimmung in der Gruppe transparent zu machen, gibt es das Blitzlicht. Jede/r antwortet reihum in wenigen Sätzen auf eine Fragestellung, ohne daß von den anderen kommentiert wird. Wichtig: Blitzlicht ist kein Flutlicht - kurz fassen. Blitzlicht wird nicht visualisiert.

## 5. Moderation

Gerade bei komplexen Problemen oder in schwierigen Gruppensituationen - z.B. bei Konflikten - ist eine Moderation hilfreich. Ein/e ModeratorIn von außerhalb gestaltet das Treffen methodisch, ohne sich inhaltlich einzubringen.

## Im Konsens entscheiden

Mehrheitsentscheidungen in Gruppen sind problematisch. Sie führen tendenziell dazu, daß sich einige immer durchsetzen (dominante Leute) und andere leicht ignoriert werden können.

Entscheidungsfindung im Konsens strebt Lösungen an, die von einer ganzen Gruppe getragen werden. Jede/r kann eine Entscheidung durch ein Veto blockieren. Natürlich hängt von der Struktur der Gruppe ab, zwischen welchen Leuten ein Konsens gefunden werden muß (siehe basisdemokratisches und Projektfreiheits-Modell).

Konsensfindung ist oft anstrengend, aber eine sichere Grundlage für gemeinsame Arbeit. Es empfiehlt sich, eine Entscheidung in folgenden Schritten anzugehen:

## Der Ablauf

### 1. Problem klarmachen

Es soll nicht über "Kraut und Rüben" diskutiert werden; allen muß klar sein, was entschieden werden soll. Viele unvorbereitete Diskussionen scheitern schon hier. Die Ausgangslage und die relevanten Fakten sollten allen klar sein.

## 2. Frage formulieren

Jetzt kann eine Entscheidungsfrage schriftlich formuliert werden. Die Frage sollte allen zugänglich an der Wand aufgehängt werden. Jetzt empfiehlt es sich auch, einen Zeitplan für die Diskussion festzulegen und jemanden zu finden, der/die auf die Uhr schaut und die Zeit im Auge behält.

## 3. Lösungen sammeln

Mögliche Lösungen werden gesammelt, z.B. in einer Runde, in der jede/r sagt, wie er/sie die Frage entscheiden würde. Auch ein Brainstorming oder Sammeln in Kleingruppen ist möglich.

## 4. Diskussion und Konsensvorschlag

Die Möglichkeiten werden diskutiert und ein Entscheidungsvorschlag wird erarbeitet. Der Vorschlag wird von allen bewertet nach den Stufen: Stimme vorbehaltlos zu, stimme mit Bedenken zu, ich stehe beiseite (enthalte mich, werde mich nicht an der Umsetzung beteiligen) oder Veto. Bedenken werden im Protokoll festgehalten. gibt es ein Veto, so muß ein neuer Vorschlag gesucht werden.

## Der Autor

Peter von Rüden  
(Bildungsgruppe für Ökologie  
und Selbstbestimmung)  
c/o Kultur und Ökologie e.V.  
Postfach 11 31, 27261 Verden  
Tel. 04231/4878, Fax 4879  
eMail: p.rueden@link-n.cl.sub.de.

Detaillierte Methoden zur Konsensfindung stellt die Broschüre "Konsens" der Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden vor.

Erhältlich beim:  
Büchertisch der  
Verdener Umwelt-  
werkstatt, Herrlich-  
keit 1 27283 Verden



# Rechtliche Aspekte

Ein unangenehmes Kapitel? - Sicherlich für viele, die aktiv etwas für die Umwelt machen wollen, aber sich nicht mit Paragraphen und viel Papier rumschlagen wollen. Aber ganz ohne geht es leider nicht. Gruppen, die Gelder von öffentlichen Stellen bekommen, einen Raum anmieten oder ähnliches wollen, benötigen klare rechtliche Verhältnisse. Auch Haftungsfragen spielen da eine gewisse Rolle: Wer kann mit welchem Geld für Pleiten und Sachen, die schief gehen, zur Verantwortung gezogen werden; selbst die Möglichkeit, sich durch eine Versicherung vor Haftungsrisiken zu schützen, ist an eine rechtliche Struktur gebunden. Schnell kann es sinnvoll werden, einen Verein zu gründen.

## De jure & de facto

### Die Struktur

Die Gruppe sollte strikt zwischen rechtlicher und tatsächlicher Struktur unterscheiden. Eine rechtliche Struktur ist ein Hilfsmittel, das nötig ist, um Verträge abschließen zu können, Gelder zu bekommen, Risiken kontrollierbar zu halten usw. Sie sollte als Werkzeug für die Arbeit betrachtet werden - ähnlich wie ein Computer oder ein Raum. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, die rechtliche und die tatsächliche Struktur einer Gruppe zu verknüpfen - davon wird im folgenden die Rede sein.



### Der Arbeitsstil

Gleichberechtigte Zusammenarbeit, Offenheit gegenüber neuen Leuten, unbürokratischer und flexibler Arbeitsstil sind Eigenschaften, die die Qualität einer politischen Initiative entscheidend ausmachen - Vereinsstrukturen legen das genaue Gegenteil nahe: Vorstände und feste Mitglieder sind nötig. Außerdem sind die rechtlichen Strukturen unflexibel und bürokratisch.

Die Gruppe sollte sich nicht an Satzungen und Formalitäten klammern, sondern die Arbeits- und Entscheidungsstrukturen nach den Erfordernissen der Projekte gestalten. Rechtliche Fragen sind bei diesen Überlegungen erst einmal unerheblich. Erst wenn die Arbeitsformen klar sind, kann über eine rechtliche Struktur nachgedacht werden, die diesen nicht im Wege steht.





## Hierarchien vermeiden

Wo die rechtliche Struktur in der Gruppe in den Vordergrund rückt, wird sie ziemlich bald vom nützlichen Werkzeug zur erdrückenden Fessel für konstruktive Projektarbeit: Das Verhältnis der Aktiven untereinander rutscht ab in Vereinsmeierei. Es wird zwischen VorständlerInnen, Mitgliedern und Außenstehenden unterschieden. Leute, die mehr Wissen haben oder selbstsicherer auftreten, kriegen einen "Posten" und halten es auf einmal für legitim, daß sie etwas "besseres" als andere sind. Wer nicht "Mitglied" ist, darf nicht mehr mitentscheiden. Vereinsstrukturen haben die fatale Wirkung, daß sie - wenn sie ernst genommen werden - Ungleichheiten in der Gruppe und die Tendenz, sich nach außen abzuschließen so verfestigen, daß sie nicht mehr hinterfragt werden können (siehe Kapitel 6, "Gruppenarbeit").

7.2

## Grundregeln

- Strukturen suchen, die den Bedürfnissen entsprechen, erst dann nach einer passenden juristischen Struktur suchen.
- Flexibel bleiben und den Verein als Hilfsmittel betrachten. Niemand hat mehr zu sagen, weil er/sie Mitglied oder im Vorstand ist; entschieden wird mit allen oder in Arbeitsgruppen. Jede/r sagt, was sie/er selbst denkt und beruft sich nicht auf die Satzung.
- Rechtliche Möglichkeiten der Arbeitsweise anpassen - nicht umgekehrt!!!!

## Einen Verein gründen?

Natürlich kann es Gruppen ohne ausdrücklich formulierte rechtliche Struktur geben; einige Leute treffen sich einfach hin und wieder formlos. Das ist bei kleineren Initiativen gar nicht so ungewöhnlich. Für kleine Aktionen ist schließlich keine aufgebauete Organisation nötig. Schwierig wird

es jedoch, sobald eine Gruppe z.B. ein Konto eröffnen, eine Versicherung abschließen oder Spenden oder Zuschüsse bekommen will. Außerdem haften in einer "formlosen" Gruppe alle Beteiligten privat mit ihrem gesamten Vermögen für Schäden, die bei der Arbeit entstehen. Wenn die Gruppe z.B. einen Infostand macht, und eine umfallende Stellwand verletzt eine/n PassantIn, kann es für alle teuer werden.

Die "formlose" Gruppe ist für JuristInnen nämlich nicht "gar nichts", sondern eine "Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)". Eine GbR entsteht in Deutschland immer, sobald mehrere Leute irgendetwas gemeinsam machen, sei es in die Kneipe gehen oder ein Straßentheater aufführen. Das Unangenehme an der GbR ist die "gesamtschuldnerische Haftung". Jede/r haftet für alles mit dem gesamten Privatvermögen, daher kann jeder beteiligten Person der gesamte Schaden in Rechnung gestellt werden.

## Der nicht-rechtsfähige Verein

Der nicht-rechtsfähige Verein entsteht, indem sich eine Gruppe eine Satzung gibt. Diese ist quasi ein "Vertrag" zwischen den Mitgliedern, der die Ziele und die Struktur festlegt. Außerdem muß es einen Vorstand geben, der die Gruppe nach außen (rechtlich) vertritt. Der nicht-rechtsfähige Verein ist eine etwas "schwammige" Konstruktion. Theoretisch haften noch immer alle gesamtschuldnerisch, in der Rechtssprechungspraxis aber normalerweise nur der Vorstand. Der nicht rechtsfähige Verein kann die Gemeinnützigkeit erlangen und damit Spendenquittungen ausstellen. Außerdem wird er von vielen GeldgeberInnen als Zuwendungsempfänger akzeptiert. Ein Konto eröffnen oder ein Telefon anmelden geht nur im Namen eines Mitgliedes.

Insgesamt ist der nicht-rechtsfähige Verein allenfalls für kleine Gruppen zu empfehlen, die sich über Spenden finanzieren und den bürokratischen Aufwand gering halten wollen. Hauptmanko neben der allgemeinen "Schwammigkeit" dieser Rechtsform ist die Haftung des Vorstandes mit Privatvermögen.

### Literatur:

Sieghart Otto:  
Vereine gründen  
und erfolgreich führen  
(1984, dtv in  
München, 182 S.)

Walter G. Renner:  
Ich organisiere meinen  
Verein selbst!  
(1996, Markt & Technik  
in Haar,  
242 S. plus CD)  
Mitgliederverwaltung,  
Buchhaltung  
usw. mit passenden  
Computerprogrammen.

Neufang/Geckle:  
Der Verein  
(WRS Verlag in  
Planegg, Loseblatt-  
sammlung)  
Ausführlich Informationen  
über alle juristischen  
Dinge, mit denen ein  
Verein zu tun hat. Neben  
Musterverträgen und  
allgemeinen Tipps zur  
Finanzbeschaffung sind  
die Kapitel zu Steuern,  
Buchführung, Gründung,  
Satzung, Vereinsrecht  
und Versicherungen sehr  
hilfreich.



Dadurch werden Verantwortungsunterschiede geschaffen, die rasch dazu führen, daß einige Vorstandsmitglieder immer "übereifrig" reagieren und für sich die tatsächliche Entscheidungsgewalt beanspruchen: "Ich trage ja viel mehr Risiko".

## Der rechtsfähige Verein

Für größere Gruppen und insbesondere Gruppen, die mit größeren Geldbeträgen hantieren, ist die Eintragung eines Vereins ins Vereinsregister ein sinnvoller Schritt. Dafür muß die Gruppe mindestens sieben Mitglieder haben. Minderjährige können einen Verein nur eintragen, wenn der Hauptzweck Jugendarbeit ist. Sinnvoll ist auf jeden Fall, sich vorher als gemeinnützig anerkennen zu lassen (siehe unten), dann wird zumindest ein großer Teil der Gebühren für den Eintrag erlassen. Ist ein Verein zum Zeitpunkt der Eintragung nicht gemeinnützig, so kostet der Eintrag ca. 100,- DM.

Durch den Eintrag wird der Verein zur "juristischen Person", er erlangt die "Rechtsfähigkeit". Nun kann die Gruppe zivilrechtlich wie eine Person auftreten, das heißt, z.B. ein Konto eröffnen, einen Mietvertrag abschließen etc. Auch die Haftung wird auf das Vereinsvermögen beschränkt - niemand riskiert privates Geld. Die Rechtsfähigkeit bedeutet in vielen Fällen eine erhebliche Arbeitserleichterung. Für den eingetragenen Verein ist es auch am einfachsten, Zuschüsse zu beantragen. Allerdings bringt die Eintragung auch einen gewissen bürokratischen Aufwand mit sich, da jede Vorstandsveränderung erneut eingetragen werden muß.

## Wie sieht ein Verein aus?

Der Verein entsteht durch einen "Vertrag" zwischen den Mitgliedern, die Satzung. Die Satzung schreibt die Ziele und die Struktur

des Vereins fest. Eine Beispielsatzung ist in diesem Kapitel abgedruckt und kann übernommen und den eigenen Bedürfnissen angepaßt werden.

## Vereinsorgane

Der Verein muß zwei "Organe" haben, eine Hauptversammlung und einen Vorstand. Die Hauptversammlung besteht normalerweise aus allen Mitgliedern (allen, die bei der Gründung die Satzung unterschrieben haben und allen, die später eingetreten sind). Der Vorstand muß von der Hauptversammlung gewählt werden.



7.3

## Hauptversammlung

Die Hauptversammlung ist das höchste Organ eines Vereins. Sie beschließt, was laut Satzung nicht ausdrücklich andere beschließen können. Sie wählt und entlastet den Vorstand und "segnet" den Kassenabschluß ab. Mit der sogenannten Entlastung nimmt die Vollversammlung dem Vorstand die rechtliche Verantwortung für dessen zurückliegendes Handeln ab und überträgt diese auf den Verein.

Mindestens einmal im Jahr ist eine sogenannte "ordentliche Hauptversammlung" vorgeschrieben. Die Satzung kann auch häufigere Treffen vorsehen. Außerordentliche Hauptversammlungen sind möglich, wie und von wem sie einberufen werden können, regelt die Satzung; es gibt allerdings eine Reihe von Vorschriften zu beachten.

### Literatur:

Institut für Beratung und Projektentwicklung (Hrsg.): Vereinspraxis (München 1996, AG Spak/Stiftung Mitarbeit, 144. S. und Diskette)  
Dieser kleine Ratgeber enthält fast alle wichtigen Themen, die von der Gründung bis zur Auflösung eines Vereins wichtig sein können. Der Ratgeber ist von Praktikern geschrieben und enthält zur Veranschaulichung einige Praxisbeispiele. Besonders sinnvoll sind die Musterunterlagen auf der Diskette.



## Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Sie vertreten den Verein rechtlich nach außen. Verträge, Aufträge an Firmen etc. müssen vom Vorstand oder einer vom Vorstand beauftragten Person unterschrieben werden. In der Praxis fragt normalerweise keiner nach, nur wenige Stellen verlangen den Nachweis, daß eine Person im Vereinsvorstand ist (z.B. die Telekom).

Die Satzung legt fest, ob je ein Vorstandsmitglied einzeln oder alle zusammen (ist ziemlich unpraktisch) unterschreiben müssen. Wenn in der Satzung nichts Gegenteiliges steht, führt der Vorstand neben der Vertretung nach außen auch die Geschäfte des Vereins, daher entscheidet er über ziemlich alles nach eigenem Gutdünken. Die Geschäftsführungsbefugnis kann durch die Satzung aber eingeschränkt oder ganz ausgeschlossen werden. Ein "Repräsentativvorstand", der nur unterschreiben muß, wo dies verlangt wird, aber keinerlei Entscheidungsbefugnis hat, ist rechtlich möglich und unter Umständen auch ziemlich sinnvoll.

7.4

## Verknüpfung mit dem Arbeitsstil

Wenn ein Verein als Hilfsmittel für die Arbeit notwendig ist, gibt es mehrere Möglichkeiten, mit dieser Struktur so umzugehen, daß Gleichberechtigung und Offenheit in der Gruppe trotzdem erhalten bleiben. Natürlich sollten alle diese Konstruktionen den Gruppen-Alltag nicht verbürokratisieren. Eine funktionierende Gruppe erkennt mensch nicht zuletzt daran, daß gar nicht auffällt, ob es noch einen Verein gibt.

## Plenums-Verein

Diese rechtliche Struktur paßt gut zu einer basisdemokratischen Arbeitsweise, während sie mit dem föderalistischen Modell schwerer in Einklang zu bringen ist (siehe Kapitel 6, "Gruppenarbeit"). Alle Aktiven der

Gruppe werden Mitglieder im Verein, die Mitgliedschaft ist möglichst offenzuhalten (jede/r kann im Verein Mitglied werden). Die Befugnis des Vorstandes wird auf Außenvertretung eingeschränkt. Zusätzlich zu Hauptversammlung und Vorstand wird in der Satzung ein Plenum als drittes Organ festgeschrieben. Das Plenum besteht ebenfalls aus allen Mitgliedern des Vereins, kann aber im Gegensatz zur Hauptversammlung ohne "bürokratisches Brimborium" einberufen werden.

Das Plenum führt die Vereinsgeschäfte. Gegebenenfalls kann in der Satzung auch stehen, daß das Plenum Ausschüsse mit bestimmten Entscheidungen betrauen kann. Die Sicherheit für die Aktiven ist relativ hoch, da alle auch formalrechtlich mitbestimmen können. Allerdings besteht durch die "Nähe" von de jure- und de facto-Struktur eine relativ große Gefahr, daß die Vereinsstruktur zu wichtig genommen wird.

## Trägerverein

Der Verein wird von mindestens sieben (beliebigen) Mitgliedern gegründet. Formal bekommt der Vorstand für den Verein Geschäftsführungskompetenz. Die Mitgliederversammlung ist unbedeutender Formalakt.

Der Vorstand führt de facto aus, was von der Gruppe (nicht von den sieben Mitgliedern!) beschlossen wird. Die Neuaufnahme von Mitgliedern wird durch die Satzung "schwer gemacht", damit nur "zuverlässige Leute" im Verein sind. Diese Struktur beschränkt allen Formalkram auf sieben Leute, setzt aber ein hohes Vertrauen in der Gruppe voraus. Nach außen ist nämlich allein die de jure-Struktur relevant. Die Gruppe hat keine Möglichkeit, juristisch einzuschreiten, wenn der Verein anders handelt, als die Gruppe will.

Das Trägervereinsmodell ist mit basisdemokratischer und föderalistischer Gruppenstruktur vereinbar. Es empfiehlt sich vor allem für sozial gefestigte Gruppen und zeitlich begrenzte Projekte, wo die Gefahr einer Illoyalität des Vereins gegenüber der Gruppe gering ist.



## Muster-Satzung

### § 1 Name und Sitz

1. Der Verein trägt den Namen "Bürgerinitiative Hintertupfing". Nach seiner Eintragung ins Vereinsregister führt er im Namen den Zusatz e.V.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Hintertupfing.

#### Erläuterung:

§ 1 regelt den Namen und den Vereinssitz. Der Vereinssitz ist, wenn der Verein eingetragen werden soll, der Ort, in dem das zuständige Amtsgericht ist. Der Satz: "Nach seiner Eintragung ..." ist nur nötig, wenn der Verein eingetragen werden soll.

### § 2 Ziele und Aufgaben

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige sowie überparteiliche und überkonfessionelle Ziele im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
2. Vereinsziel ist der Schutz von Natur und Umwelt. Dieses Ziel setzt der Verein in seiner Arbeit um durch:
  - a) Erhaltung, Schaffung und Verbesserung der Lebensgrundlagen für das Leben von Menschen sowie einer artenreichen Tier- und Pflanzenwelt.
  - b) Schutz- und Hilfsmaßnahmen für bedrohte Tier- und Pflanzenarten.
  - c) Mitwirkung bei Planungen, die Belange des Natur- und Umweltschutzes berühren.
  - d) Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung gemäß den genannten Aufgaben sowie das Eintreten für konsequenten Vollzug der einschlägigen Rechtsvorschriften.
  - e) Öffentliches Vertreten und Verbreiten der Gedanken des Natur- und Umweltschutzes.
  - f) Hinführung von Kindern und Jugendlichen zur Natur und deren Schutz.
  - g) Erforschung und Darstellung der Grundlagen des Natur- und Umweltschutzes.
  - h) Information und Weiterbildung zu Fragen des Natur- und Umweltschutzes.
3. Die Teilnahme an Aktivitäten des Vereins ist nicht an die Mitgliedschaft gebunden. Alle Gremien tagen öffentlich.

7.5



#### Erläuterung:

§ 2.1. ist notwendig für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Der folgende Absatz konkretisiert die Ziele und deren Umsetzung. Hier dürfen bei gemeinnützigen Vereinen nur gemeinnützige Ziele stehen. Ein etwaiger Geschäftsbetrieb "... durch Verkauf von Büchern zu Umweltthemen" darf NICHT erwähnt werden, auch wenn er durchaus zulässig ist.

### § 3 Mitglieder

1. Mitglieder können natürliche Personen sein.
2. Der Antrag auf Aufnahme kann jederzeit an den Vorstand gestellt werden. Über den Antrag entscheidet zunächst der Vorstand. Bei einstimmiger Annahme gilt der Antragsteller als vorläufig aufgenommen. Endgültig entscheidet in jedem Fall die Hauptversammlung.
3. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 10,- DM im Jahr.
4. Jedes Mitglied kann jederzeit fristlos aus dem Verein durch formlose schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand austreten. Ein Ausschluß von Mitgliedern ist nicht möglich.

#### Alternativen:

§ 3.1.: Für eine "Zwei-Ebenen-Struktur" wie folgt ergänzen: für Gruppen und Initiativen, die kein eigenständiger rechtsfähiger oder nicht rechtsfähiger Verein sind, kann eine natürliche Person stellvertretend Mitglied werden.



§ 3.2.: Gut für "Trägerverein" und "Zwei-Ebenen-Struktur". Bei "Plenums-Vereinen" sollte eine offenere Lösung gewählt werden: Aufnahme von Mitgliedern erfolgt durch schriftlichen Antrag an den Vorstand. Die Aufnahme kann nur verweigert werden, wenn triftige Gründe vorliegen. Lehnt der Vorstand die Aufnahme ab, ruht der Antrag bis zur Hauptversammlung. Der Aufnahmeantrag ist endgültig abgelehnt, wenn die Hauptversammlung die Ablehnung mit 2/3-Mehrheit beschließt, andernfalls wird der Antragsteller aufgenommen.

§ 3.3.: Ein Mitgliedsbeitrag wird nicht erhoben.

§ 3.3.: Über die Höhe des Mitgliedsbeitrages entscheidet die Hauptversammlung.

## § 4 Hauptversammlung

1. Mindestens einmal pro Geschäftsjahr findet eine Hauptversammlung statt. Sie ist das höchste Beschlußorgan des Vereins. Sie wird mindestens vier Wochen vor Beginn durch den Vorstand einberufen. Die Einladung erfolgt schriftlich. Einzuladen sind alle Mitglieder. Eine außerordentliche Hauptversammlung kann vom Vorstand jederzeit einberufen werden. Auch zu dieser ist mindestens vier Wochen vorher einzuladen. Auf Antrag von mindestens 1/10 der Mitglieder (Alternativen: von einem Mitglied, 1/4, 1/3) muß der Vorstand eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen.
2. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Stimmen sind nicht übertragbar.
3. Satzungsänderungen bedürfen der 2/3-Mehrheit.
4. Dem Antrag auf geheime Abstimmung ist stattzugeben.
5. Die Aufgaben der Hauptversammlung sind insbesondere:
  - a) Entgegennahme von Rechenschafts- und Erfahrungsberichten sowie Diskussion durchgeführter Aktivitäten.
  - b) Entgegennahme und Diskussion des Kassenberichtes.
  - c) Wahl und Entlastung des Vorstandes.
  - d) Diskussion von Arbeitsvorhaben.
  - e) Beratung und Beschluß des Haushaltsplanes.
  - f) Beschlußfassung über die Satzung und Satzungsänderung.
  - g) Wahl von zwei KassenprüferInnen.
  - h) Entscheidung über die Neuaufnahme von Mitgliedern.
6. Beschlüsse der Hauptversammlung sind schriftlich niederzulegen und von VersammlungsleiterIn und ProtokollantIn zu unterzeichnen.

### Alternativen:

§ 4.2. Bei der "Zwei-Ebenen-Struktur" wird "Einzelmitglieder haben eine Stimme" ersetzt durch "Mitglieder, die für eine Gruppe stellvertretend Mitglied sind, können bis zu 30 Delegierte entsenden. Stimmhäufung ist unzulässig. Delegierte müssen nicht Mitglied der Gruppe sein, die sie vertreten."

§ 4. = Plenum (Nur bei "Plenums-Verein")

1. Das Plenum besteht aus allen Mitgliedern des Vereins. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Plenum führt die Vereinsgeschäfte und beschließt über aktuelle Aktivitäten und Vorhaben. Der Vorstand ist an Plenumsbeschlüsse gebunden. Das Plenum ist an Hauptversammlungsbeschlüsse gebunden.
2. Das Plenum entscheidet mit einfacher Mehrheit (Alternativ: einvernehmlich. Kommt kein Konsens zustande, ist eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen).
3. Das Plenum kann die Bildung von Ausschüssen beschließen und diesen Einzelentscheidungen oder die Entscheidung über bestimmte Arbeitsbereiche übertragen.
4. Beschließt das Plenum das Mißtrauen gegen den Vorstand, sind unverzüglich Neuwahlen einzuleiten.

## § 5 Vorstand

1. Der Vorstand im Sinne von §26 BGB besteht aus zwei bis fünf SprecherInnen und einem/r SchatzmeisterIn. Jedes Vorstandsmitglied ist allein vertretungsberechtigt. Vorstandsmitglieder müssen nicht Mitglied des Vereins sein.
2. Der Vorstand wird jährlich von der Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit gewählt. Dabei ist zunächst über die Anzahl der zu wählenden SprecherInnen abzustimmen. An-



schließend werden die SprecherInnen einzeln gewählt. Bei gleicher Anzahl von KandidatInnen und SprecherInnenposten ist Blockwahl möglich, wenn die Hauptversammlung dem einstimmig zustimmt. Der/die SchatzmeisterIn ist einzeln zu wählen.

3. Der Vorstand bleibt bis zur Neuwahl im Amt.
4. Eine außerordentliche Hauptversammlung kann mit 2/3-Mehrheit sofortige Neuwahl beschließen. Trotzdem ist auf der nächsten ordentlichen Hauptversammlung der Vorstand neu zu wählen.
5. Der Vorstand ist an Entscheidungen der Hauptversammlung (Alternativ: und des Plenums) gebunden.
6. Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich.
7. Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins und ist höchstes Beschlußorgan zwischen den Hauptversammlungen

#### Alternativ:

Bei "Plenums-Verein": § 5.7. Der Vorstand führt Beschlüsse der Hauptversammlung und des Plenums aus und hat keine eigene Geschäftsführungs- oder Entscheidungskompetenz

#### § 5a Projekte ("Projektfreiheitsparagraph" - wichtig bei föderalistischer Gruppenstruktur)

1. Durch Ideen und Initiativen von Aktiven sollen konkrete Projekte in Arbeitsgruppen bearbeitet werden.
2. Die Arbeitsinhalte und Arbeitsformen werden im Rahmen der Satzung und allgemeiner Beschlüsse der Hauptversammlung von den Aktiven selbst bestimmt.
3. Ein Projekt muß vom Vorstand anerkannt werden, wenn mindestens drei Personen mitarbeiten, ein Haushaltsplan vorliegt und das Projekt Vereinszielen und allgemeinen Beschlüssen der Hauptversammlung entspricht.

#### § 6 Finanzen (muß bei gemeinnützigen Vereinen enthalten sein)

1. Der Verein finanziert sich aus Zuschüssen, Spenden und Zahlungen der Mitglieder.
2. Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
3. Alle Ausgaben dürfen nur für Projekte und Aufgaben im Rahmen dieser Satzung getätigt werden. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Vereinszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
4. Die Kassenprüfung erfolgt jährlich.

#### § 7 Allgemeine Bestimmungen

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Über alle Sitzungen und Versammlungen sind Protokolle zu fertigen, die von ProtokollantIn und VersammlungsleiterIn zu unterzeichnen sind.
3. Falls nicht anders festgelegt, genügt bei Abstimmungen die einfache Mehrheit.

#### § 8 Auflösung

Die Auflösung des Vereins kann durch die Hauptversammlung mit 2/3-Mehrheit beschlossen werden. Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall des bisherigen Vereinszwecks fließt das Vermögen dem/der xxxx (anderer gemeinnütziger Verein) zu, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke im Natur- und Umweltschutz zu verwenden hat.

#### Erläuterung:

Soll der Verein gemeinnützig werden, will das Finanzamt eine Bestätigung der Gemeinnützigkeit des Vereins, an den das Vermögen fließt, sehen. Es kann auch verfügt werden, daß das Vermögen an die Stadtkasse fällt, falls kein anderer Verein bekannt ist.



## Selbstverwaltungsstatut

Eine etwas höhere Sicherheit ergibt sich, wenn die Mitgliederversammlung (die sieben Mitglieder des Fördervereins) neben der Satzung ein Selbstverwaltungsstatut beschließt. In diesem Statut wird beschlossen, daß der Verein nur die Beschlüsse eines offenen Plenums ausführt, in dem nicht nur Mitglieder entscheiden.

Das Selbstverwaltungsstatut bewegt sich in einer rechtlichen "Grauzone", es darf nicht Bestandteil der Satzung sein oder in der Satzung gefordert werden. Selbstverwaltungsstatute sind z.B. bei Jugendzentren üblich.

7.8

## Zwei-Ebenen-Struktur

Die aufwendigste Struktur, aber gerade bei föderalistisch organisierten Gruppen auch die "sauberste" Verknüpfung zwischen tatsächlicher Struktur und Verein, ist eine Zwei-Ebenen-Struktur.

In der Satzung wird festgelegt, daß Gruppen Mitglied des Vereins werden können, in dem eine Person stellvertretend Mitglied wird. Die Hauptversammlung besteht nicht aus den Mitgliedern direkt, sondern jedes Mitglied kann eine hohe Zahl (z.B. 50) Delegierte entsenden. Das steht auch in der Satzung.

Stimmen sind nicht übertrag- oder anhäufbar. Die Gruppe wird so Mitglied im Verein, oder gegebenenfalls auch einzelne Projekte einzeln. Wie die Gruppe ihre Delegierten bestimmt, geht den Verein nichts an. Direkt vor der Hauptversammlung werden auf dem Gruppentreffen alle Anwesenden zu Delegierten gewählt. Im Alltag tritt der Verein als Trägerverein auf, führt daher aus, was die Gruppe will.

Gibt es Konflikte zwischen Vereinsvorstand und Gruppe, wird einfach eine Mitgliederversammlung einberufen und ein neuer Vorstand gewählt. Gruppe und Verein sind deutlich getrennt - Mitentscheiden in der Gruppe z.B. ist nicht an formelle Vereinsmitgliedschaft gebunden - und trotzdem kann die Gruppe im Konfliktfall den Vereinsvorstand auswechseln.

## Einen Verein gründen

Zunächst muß die Entscheidung fallen, ob ein Verein nötig ist, dann ist zu überlegen, welches Modell gewählt werden soll, davon hängt die Formulierung der Satzung ab. Zu entscheiden ist auch, ob der Verein eingetragen werden soll. Wenn ja, sind mindestens sieben Gründungsmitglieder erforderlich, und die Satzung muß Zweck, Name und Sitz des Vereins enthalten. In der Satzung muß stehen, daß der Verein eingetragen werden soll. Sie muß außerdem Bestimmungen enthalten über Eintritt und Austritt, einen Mitgliedsbeitrag (kann auch heißen: es gibt keinen), die Bildung des Vorstandes (Wahlverfahren, Zusammensetzung), die Voraussetzungen, unter denen eine Hauptversammlung einzuberufen ist (z.B. jährlich und auf Verlangen einer Minderheit), die Einladungsfrist für Hauptversammlungen und die Protokollierung der Beschlüsse. Diese Bestimmungen besagen nur, daß die Punkte in der Satzung geregelt sein müssen, nicht wie.

## Satzung

Zunächst muß eine Satzung entworfen werden (ggf. mit Hilfe der kommentierten), diese kann, falls der Verein eingetragen werden soll, beim Amtsgericht (Vereinsregister) vom/von der zuständigen RechtspflegerIn vorgeprüft werden. Soll der Verein auch als gemeinnützig anerkannt werden, kann auch das Finanzamt die Satzung vorprüfen.

## Gründungsversammlung

Eine Gründungsversammlung kann ein Abendessen sein, bei dem mindestens sieben Gründungsmitglieder die Satzung unterschreiben. Außerdem sind eine TeilnehmerInnenliste mit Adressen und ein Protokoll nach dem Muster der in diesem Kapitel abgedruckten nötig. Wer das Protokoll unterschreiben muß, hängt von der Satzung ab. Vorstand und zwei KassenprüferInnen können gleich gewählt werden.



Beispiel für ein Gründungsprotokoll:

## **Niederschrift über die konstituierende Versammlung des Vereins Bürgerinitiative Hintertupfing**

### **1. Eröffnung**

Stefan Schulz eröffnet die Versammlung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Anwesenheit fest. Auf Vorschlag von Hans Meier wird Stefanie Hanssen als Versammlungsleiterin einstimmig ohne Enthaltungen gewählt. Sie nimmt die Wahl an. Auf Vorschlag von Hans Meier wird Stefan Schulz als Protokollant einstimmig ohne Enthaltungen gewählt. Er nimmt die Wahl an.

### **2. Satzung**

Stefan Schulz stellt den Satzungsentwurf vor. In der anschließenden Diskussion werden keine Änderungsvorschläge eingebracht. Der Entwurf wird unverändert einstimmig ohne Enthaltungen angenommen und von den Gründungsmitgliedern unterzeichnet.

### **3. Wahl des Vorstandes**

Kathrin Schröder beantragt, drei SprecherInnen zu wählen. Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen. Als SprecherInnen kandidieren Heike Hinkel, Carolin Müller und Michael Johannson. Stefanie Hanssen beantragt Blockwahl. Dem Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen stattgegeben. Die KandidatInnen werden einstimmig bei drei Enthaltungen gewählt. Heike Hinkel, Carolin Müller und Micheal Johannson nehmen die Wahl an. Für den Posten der Schatzmeisterin schlägt Carolin Müller Kathrin Schröder vor. Schröder nimmt die Kandidatur an und wird einstimmig bei einer Enthaltung gewählt. Sie nimmt die Wahl an.

### **4. Wahl der KassenprüferInnen**

Auf Vorschlag von Stefanie Hanssen kandidieren Hans Meier und Judith Bacher als KassenprüferInnen. Sie werden einstimmig bei einer Enthaltung gewählt und nehmen die Wahl an.

### **5. Arbeitsaufträge**

Die Versammlung beschließt einstimmig ohne Enthaltungen, den Vorstand zu beauftragen, die Gemeinnützigkeit zu beantragen und den Verein ins Vereinsregister eintragen zu lassen.

### **6. Schluß der Versammlung**

Die Versammlung wird durch Stefanie Hanssen geschlossen.

Unterschriften

(Stefanie Hanssen, Versammlungsleitung)

(Stefan Schulz, Protokoll)

7.9

## **Beglaubigung & Eintragung**

Wenn alles erledigt ist, gehen alle Vorstands(!)mitglieder mit der Originalsatzung, einer Kopie, dem Gründungsprotokoll (Original und Kopie) und einer Kopie der TeilnehmerInnenliste zu einem Notar und machen einen Unterschriftstermin.

Die Eintragung muß beim Notar von allen Vorstandsmitgliedern unterschrieben werden (Personalausweis mitbringen). Der Notar nimmt rund 40,- DM Gebühr dafür. Ansonsten kann auch bei den jeweiligen Ortsgerichten bzw. Gemeindeverwaltungen in den Wohnorten der Vorstandsmitglieder um eine Unterschriftenbeglaubigung gebeten werden, diese kostet pro Unterschrift 7,50 DM

bis 10,- DM. Ist der Verein gemeinnützig (wer genug Zeit hat, wartet mit der Eintragung, bis eine Bescheinigung vom Finanzamt da ist), spart eine Kopie der Freistellung Gerichtsgebühren. Diese Original-Satzung sowie TeilnehmerInnenliste und Gründungsprotokoll werden beim Amtsgericht mit einem Formbrief zur Beantragung der Eintragung eingereicht.

Irgendwann kommt dann ein Vereinsregisterauszug vom Amtsgericht. Der muß unter Umständen vorgelegt werden, wenn der Vorstand für den Verein etwas unterschreibt (z.B. Kontoeröffnung), um die Berechtigung nachzuweisen - die Vorstandsmitglieder sind hier namentlich aufgeführt. Jede Veränderung im Vorstand muß wieder eingetragen werden.



## Gemeinnützigkeit

Ein rechtsfähiger oder nicht rechtsfähiger Verein kann beim zuständigen Finanzamt die Gemeinnützigkeit beantragen. Dazu müssen in der Satzung ein paar Dinge stehen (in der Mustersatzung erläutert), die vor allem aussagen, daß der Verein keine Gelder erwirtschaften soll, sondern uneigennützig tätig ist und alle Gelder nur für die satzungsgemäßen Ziele einsetzt. Dabei ist wichtig, daß in der Satzung nur Ziele stehen, die laut Abgabenordnung gemeinnützig sind (z.B. Umweltschutz). Die Liste der gemeinnützigen Ziele gibt es bei jedem Finanzamt. Wichtig ist auch der Absatz, daß der Verein "unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Ziele" verfolgt.

7.10

## Steuerfreistellung

Die Anerkennung als gemeinnützig hat vor allem Auswirkungen auf die Besteuerung des Vereins. So wie eine Einzelperson Lohn- oder Einkommenssteuer bezahlen muß, müssen Körperschaften (also z.B. Vereine) Körperschaftsteuer bezahlen. Die Anerkennung durch das Finanzamt befreit den Verein (rückwirkend für ein oder drei Jahr/e) von dieser Steuer. Wichtig: Viele ZuschußgeberInnen geben Geld nur an Vereine, die als gemeinnützig anerkannt sind.

## Steuerabzugsfähige Spenden

Spenden an gemeinnützige Vereine sind steuerlich absetzbar. Leute, die etwas spenden, bekommen eine Spendenquittung. Wenn die SpenderInnen die Quittungen bei ihrer Steuererklärung einreichen, brauchen sie den gespendeten Betrag nicht zu versteuern. Je nach Vereinszielen kann der Verein entweder selbst Spendenquittungen schreiben oder muß dies über die Stadtkasse machen lassen. Welches Verfahren anzuwenden ist, entscheidet das Finanzamt nach der Satzung. Nach der Mustersatzung müssen Spendenquittungen über die Stadtkasse ausgestellt werden, da Umweltschutz kein "besonders gemeinnütziges" Ziel ist, das das Selbstausstellen ermöglicht.

Ein Verein mit mehreren Zielen kann unter Umständen für einige selbst Spendenquittungen ausstellen, während dies für andere über die Stadtkasse geschehen muß. Bei Barspenden ist das Verfahren über die Stadtkasse für den Verein sogar einfacher, da hier die Stadtkasse die Arbeit des Quittungen-Schreibens übernimmt. Die Abwicklung von Sachspenden ist hingegen kompliziert und relativ unpraktikabel. Hier ist die besondere Gemeinnützigkeit ein echter Vorteil. Wer Spendenquittungen über die Stadtkasse ausstellen lassen muß, läßt sich am besten das Verfahren von den zuständigen SachbearbeiterInnen erklären.

### Beispiel für einen Registerauszug (Auszug):

Amtsgericht <u>Bad Hersfeld</u>		In <u>das</u> Vereinsregister ist unter Nr. <u>449</u> eingetragen worden.		
1	2	3	4	5
1	a) Name b) Sitz des Vereins  a) Verein zur Förderung des Projekts Ökohof Oberrode e. V. b) Bad Hersfeld	Vorstandsmitglieder: Angela Hübsch, Studentin in Bad Hersfeld, Harald Brandau, Landwirt in Alheim, Michael Held, Dipl.-Politologe in Bad Hersfeld	Rechtsverhältnisse (Satzung, Vertretung, Auflösung, Entziehung der Rechtsfähigkeit, Konkurs usw.)  Die Satzung ist errichtet am 20. Juni 1992 und 23. Oktober 1992. Vertretungsberechtigte Vorstandsmitglieder sind drei gleichberechtigte SprecherInnen bzw. Sprecher. Die Vertretung erfolgt durch jedes Vorstandsmitglied allein.	a) Tag der Eintragung und Unterschrift b) Bemerkungen  a) 11. Febr. 1993  Klause
<p><u>Betrifft:</u> Verein zur Förderung des Projekts Ökohof Oberrode e. V.</p> <p><u>Nachrichtlich an:</u> a) Angela Hübsch, b) Harald Brandau, c) Michael Held, d) Finanzamt Bad Hersfeld</p> <p>Auf Anordnung <i>[Signature]</i></p>				



## Antrag auf Gemeinnützigkeit

Der Antrag erfolgt formlos. Am einfachsten ist es, persönlich zum Finanzamt zu gehen und eine Kopie von Satzung und Gründungsprotokoll dort abzugeben - falls der Verein bereits eingetragen ist, auch eine Kopie des Registerauszugs. In der Satzung muß festgelegt sein, welcher Verein bei Auflösung und "nach Einwilligung des Finanzamtes" das Vermögen erhält, ansonsten bekommt es "Vater Staat". Die Gemeinnützigkeit dieses Vereins muß dem Finanzamt durch eine entsprechende Bescheinigung nachgewiesen werden. Nach einiger Zeit erhält der neugegründete Verein eine "Vorläufige Bescheinigung". Die Gemeinnützigkeit wird immer rückwirkend für vergangene Jahre anerkannt, nachdem Tätigkeitsberichte, Jahreskassenabschlüsse und Steuererklärungen eingereicht wurden. Den endgültigen "Freistellungsbescheid" gibt es also immer erst für bereits vergangene Jahre.

## Tatsächliche Geschäftsführung

Es genügt nicht, die gemeinnützigen Zwecke nur in der Satzung zu beschreiben, sie müssen auch den tatsächlichen Tätigkeiten des Vereins entsprechen. Das Finanzamt überprüft daher normalerweise alle drei Jahre (unter Umständen auch jedes Jahr), ob die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit weiterhin erfüllt sind. Der Verein bekommt dazu einen Steuererklärungsvordruck zugesandt. Wer eine ordnungsgemäße Buchführung hat (siehe Kapitel 14, "Finanzen"), für den ist das Ausfüllen nicht schwer. Neben dem Formular will das Finanzamt auch Kassenabschlüsse, ggf. auch Vermögensberichte und vor allem Tätigkeitsberichte sehen. Wichtig ist, daß beides übereinstimmt. Die Belege kontrolliert das Finanzamt nur selten. Nach der Prüfung erhält der Verein rückwirkend für die letzten Jahre einen Freistellungsbescheid, der ähnlich wie die "Vorläufige Bescheinigung" aussieht. Aufpassen: Ein Verlust der Gemeinnützigkeit kann zur Einziehung von Vereinsvermögen führen!

## Zweck- & Geschäftsbetrieb

Finanzämter unterscheiden zwischen verschiedenen Tätigkeitsbereichen eines Vereins; den "ideellen Bereich", die "Vermögensverwaltung", den "Zweckbetrieb" und den "wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb". Der Geschäftsbetrieb ist nicht steuerbefreit! Es gibt aber eine Freigrenze: Solange im Geschäftsbetrieb weniger als 60.000,- DM im Jahr eingenommen werden, fallen keine Körperschafts- und Gewerbesteuern an. Dennoch muß die Höhe des Geschäftsbetriebes für das Finanzamt aus dem Jahresabschluß erkenntlich sein.

In den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gehört alles, was ein Verein an Leistungen gegen Entgelt anbietet, die sich an die Allgemeinheit richten. Sofern der Verein damit in Konkurrenz zu Gewerbetreibenden tritt, liegt auch dann ein Geschäftsbetrieb vor, wenn die Leistung auf die Mitglieder beschränkt ist und nicht zur Verwirklichung des Vereinszwecks dient. Geschäftsbetrieb sind z.B. Anzeigen in Zeitungen, die der Verein herausgibt, Verkauf von Broschüren oder Büchern und der Getränkestand beim Straßenfest.

Schwierig ist die Abgrenzung zum steuerfreien "Zweckbetrieb". Ein Zweckbetrieb ist dann gegeben, wenn die wirtschaftliche Tätigkeit insgesamt zur Verwirklichung des Vereinszwecks dient. Das ist nicht der Fall, wenn die Tätigkeit nur Geld für Vereinsarbeit beschaffen soll. Eintrittsgelder sind z.B. Zweckbetrieb, Getränkeverkauf ist Geschäftsbetrieb. Wer sich unsicher ist, kann beim Finanzamt nachfragen und sich eine verbindliche Auskunft geben lassen. "Vermögensverwaltung" sind Einnahmen aus Zinsen etc. Das dürfte für eine Initiative aber keine Rolle spielen.

Der "ideelle Bereich" ist alles, was für satzungsgemäße Ziele des Vereins ausgegeben wird, ohne daß Leistungen gegen Entgelt angeboten werden, z.B. Druck eines Flugblattes oder Organisation einer Demonstration. Zuschüsse ohne Gegenleistung an den/die GeldgeberIn sind ebenfalls ideell. Wird dem/der ZuschußgeberIn gegenüber eine Gegenleistung erbracht, so handelt es sich um einen steuerpflichtigen Geschäftsbetrieb



7.12

(wichtig: daß für einen Zuschuß überhaupt etwas gemacht werden muß, ist irrelevant - nur wenn der/die ZuschußgeberIn den Vorteil hat).

Der Geschäftsbetrieb darf niemals Verluste machen. Sonst besteht die Gefahr, daß die Gemeinnützigkeit aberkannt wird, weil das Finanzamt das so bewertet, daß eine wirtschaftliche Tätigkeit aus gemeinnützigen Geldern subventioniert wird. Es ist aber möglich, verschiedene Geschäftsbetriebe zu verrechnen und ein Minus in einem durch ein Plus im anderen auszugleichen.

## Haftung & Versicherung

Wenn ein eingetragener Verein existiert, ist das Haftungsrisiko auf das Vereinsvermögen beschränkt. Trotzdem ist es sinnvoll, den Verein durch eine Haftpflichtversicherung zu schützen. Private Haftpflichtversicherungen zahlen in aller Regel nicht für Schäden, die im Rahmen von ehrenamtlicher Tätigkeit entstanden sind. Bei Untergliederungen von Umweltverbänden besteht normalerweise Versicherungsschutz durch den Verband; aber Vorsicht, manchmal sind nur Mitglieder versichert und nicht alle MitarbeiterInnen von Aktivitäten im Rahmen der Vereinsarbeit. Auf diesen Unterschied gilt es auch bei Abschluß einer eigenen Versicherung zu achten.

Beim Abschluß einer Versicherung ist es ratsam, eine/n unabhängige/n Versiche-

rungsmaklerIn oder einen "Fairsicherungs-laden" zu Rate zu ziehen. Das kostet nicht mehr, weil die Provision von den Versicherungsgesellschaften getragen wird und erspart viel Mühe beim Vergleich von Leistungen und Preisen.

Neben der Haftpflichtversicherung kann auch eine Unfallversicherung für Vereinsaktivitäten sinnvoll sein. Wo viel mit dem Auto gefahren wird - wenn es denn sein muß - ist eine Dienstreise-Kaskoversicherung ratsam. Sie deckt Schäden an privaten Autos der Aktiven, die auf dem Weg zu Aktivitäten des Vereins geschehen. Im Gegensatz zur privaten Vollkasko entfällt die Hochstufung im Schadensfall, im Gegensatz zur Teilkasko werden alle Schäden übernommen. Die Dienstreise-Kasko greift auch bei gemieteten Autos - eine Versicherung über den/die VermieterIn ist also nicht mehr nötig. Achtung: Wer staatliche Zuwendungen bekommt, kann Versicherungen nur dann abrechnen, wenn dies im Vorfeld einer Veranstaltung ausdrücklich vereinbart wurde.

## Der Autor

Peter von Rüden  
(Bildungsgruppe für Ökologie  
und Selbstbestimmung)  
c/o Kultur und Ökologie e.V.  
Postfach 11 31, 27261 Verden  
Tel. 04231/4878, Fax 4879  
eMail: p.rueden@link-n.cl.sub.de.

### Kontakt:

Verbund der  
Fairsicherungsläden  
Karl-Lott-Str. 13  
97297 Waldbüttel-  
brunn, 0931/408623



# Gemeinsam geht's besser

Zum Durchsetzen von Interessen eine Lobby oder öffentlichen Druck aufzubauen, dürfte Ziel aller Umweltgruppen sein. Ob es allerdings gelingt, alle gar so verschiedenen Persönlichkeiten und Ansprüche in einer einzigen Gruppe zusammenzufassen, ist eher zweifelhaft - zu eigenwillig sind die persönlichen Befindlichkeiten gerade engagierter Menschen und Gruppen. Von daher bietet sich eine Bündnis- oder Netzwerkstruktur an, bei der sich Gruppen und Personen als eigenständig bleibende Elemente wegen eines oder mehrerer gemeinsamen/r Anliegen(s) zusammenschließen.

## Warum vernetzen & verbünden?

Für eine Umweltgruppe, die nicht als einsame Mahnerin in der Wüste erscheinen möchte, sondern für ihr Anliegen breite Öffentlichkeit oder sogar breite Zustimmung erzeugen möchte, ist die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen oft unerlässlich. Der Unterschied eines Netzwerkes und eines Bündnisses scheint nebensächlich. Doch bei näherer Betrachtung kommen die Vorzüge des einen und des anderen zum Vorschein.

### Bündnisse

Unter Bündnissen sind jene Zusammenschlüsse zu verstehen, in welchen sich verschiedene Vereine und Gruppen meist auf höchster Entscheidungsebene treffen. Das heißt, Delegierte der Vorstände kommen zusammen, um gemeinsame Forderungen zu erarbeiten und dann nach außen in die Öffentlichkeit zu tragen. Eine klassische Vernetzung beschränkt sich dagegen nicht auf die "Vorstandsetage".

### Netzwerke

Umweltnetzwerke sind offen für alle, unabhängig von Amt und Würden. Während in Umweltbündnissen die jeweiligen Vorstands-

vertreter oftmals intern konkurrierend die Interessen ihrer jeweiligen Verbände zu vertreten haben und sich nicht selten bei unangenehmen Fragestellungen auf die angeblich notwendige Rücksprache mit ihrem Vorstand oder gar ihrer Basisversammlung berufen, haben Umweltnetzwerke unverbindliche Entscheidungsstrukturen. Denn hier geht es weniger um das Vorlegen von Forderungskatalogen und Resolutionen; hier stehen konkrete Aktionen im Vordergrund.



Gerade bei Netzwerken bietet sich die projektorientierte Arbeitsweise an. Das heißt, unabhängig von Verbandszugehörigkeit und Einfluß innerhalb von Organisationen, bilden sich im Rahmen von Netzwerktreffen Projektgruppen, die Einzelfragen nachgehen bzw. einzelne Aufgaben übernehmen (siehe Kapitel 6, "Gruppenarbeit").

8.1

#### Literatur:

Deutsche Umweltstiftung:  
Adreßbuch  
Umweltschutz  
(1996, Bauverlag in  
Wiesbaden, 742 S.)  
Schon die 4. Auflage,  
und wieder ein biß-  
chen dicker gewor-  
den ist das wohl  
wichtigste Adreß-  
buch für Behörden,  
Verbände, Institute  
usw. Nach Themen-  
gebieten bzw. Bun-  
desländern geglie-  
dert finden sich über  
5.000 Adressen.  
Unentbehrlich!



### Warum verbands- übergreifend?

Aktionen und Veranstaltungen, die von mehreren Gruppen getragen werden, sind meist erheblich öffentlichkeitswirksamer als solche, bei denen nur mal wieder "die NaturschützerInnen unter sich" gegen oder für etwas sind. Verbandsübergreifende Aktivitäten bieten zudem die oft notwendige Möglichkeit "mal über den eigenen Tellerrand zu schauen" und festzustellen, daß die eigene Organisation ein Thema für sich nicht gepachtet hat sowie vielleicht sogar die Erkenntnis, daß andere schon viel weiter sind als mensch selbst. Zudem lassen sich durch Bündnisse und Netzwerke neue Leute einbinden, und es tauchen meistens auch neue Aspekte auf, die so noch nicht bedacht waren oder mangels Kompetenz nicht bedacht werden konnten. Auch der Pool an Kontakten wächst. Einzig die Schlagkräftigkeit geht vielleicht verloren, zumindest dann, wenn die Struktur des Bündnisses die Entscheidungswege verlängert. Doch auch hier stellen projektorientierte Entscheidungswege eine sinnvolle Alternative dar.

8.2

### Das erste Treffen

Wie aber kommt es zu einer verbandsübergreifenden Zusammenarbeit? Wie bekommen wir möglichst viele Leute aus möglichst vielen Gruppen zum ersten Treffen?

#### Situation checken

Zunächst gilt es, die Lage zu checken: Gibt es einen herausragenden Anlaß für die Gründung eines Umweltbündnisses oder eines Umweltnetzwerkes? Welche Gruppen gibt es in der Region, die mit Umweltschutz im allgemeinen oder mit den konkreten Problem im besonderen befaßt sind oder die es lohnt, damit zu konfrontieren? Dabei sollten sich die InitiatorInnen nicht davon abschrecken lassen, daß Rotes Kreuz, Feuerwehr,

Sportverein und Hausfrauenverband auf den ersten Blick nicht viel mit Umweltschutz zu tun haben. Auch hier gibt es durchaus an den Belangen des Umweltschutzes interessierte Leute. Scheuklappen sollten wenigstens bei der Einladung für das erste Treffen abgelegt werden.

#### Adressen organisieren

Nun gilt es, die Adressen dieser Gruppen herauszubekommen. Sichere Quellen sind Adressverzeichnisse von Vereinsringen, von Stadt und Kreis, aber auch Regionalkalender. Wenn es bereits öffentliche Einrichtungen wie Projektwerkstätten, Umweltzentren etc. gibt, wissen diese meistens über die Existenz weiterer interessanter Gruppen Bescheid.

#### Kontakt aufnehmen

Je nachdem, wieviel Gewicht der Anwesenheit einzelner Personen oder Verbände gegeben wird, sind nun Telefonate mit den Kontaktpersonen der Vereine zu führen. Entscheidende Frage ist, nach Schilderung der grundsätzlichen Idee, den/die thematische AnsprechpartnerIn in der Gruppe herauszufinden, wenn die angesprochene Kontaktperson sich selber nicht interessiert zeigt. Es ist auf jeden Fall sinnvoll, dannach zu fragen, ob bereits etwas zum Themenfeld gelaufen ist oder in Vorbereitung ist und wer hierbei die Federführung hat(te). Wichtig ist es, auch wirklich an die "Umweltleute" der Vereine heranzukommen und sich nicht von deren überlasteten Allround- und Spitzenfunktionären abwimmeln zu lassen.

#### Terminplanung

Nun sollte in Rückkopplung mit möglichst vielen eine Terminplanung erfolgen; wichtig dabei ist, genügend zeitlichen Spielraum zu schaffen und ein Treffen nicht übers Knie zu brechen. Volle Terminkalender sind unter



den wenigen Aktiven fast die Regel. Bei der Terminauswahl sollte darauf geachtet werden, daß neben den angesprochenen Vereinsleuten noch genügend Zeit für eine Pressemitteilung (siehe Kapitel 11, "Pressearbeit") und vielleicht sogar für eine Veröffentlichung in den Rundbriefen der Gruppen bleibt. Auch sollte der Termin für den Abend angesetzt werden, um nicht nur "Hauptamtlichen" und besonders engagierten FunktionärInnen, sondern auch Berufstätige die Möglichkeit zu eröffnen, dazuzukommen. Wochenend- und Feiertagstermine sollten vermieden werden. Zudem ist es nicht verkehrt, sich zu erkundigen, ob noch irgendwelche attraktiven Parallelveranstaltungen stattfinden (Kommunal-Parlamentssitzungen, Dorffeste, Fußballspiele im Fernsehen etc.)

### Raumsuche

Um auch eher biedere Zeitgenossen zum ersten Treffen zu bekommen, sollten, zumindest beim ersten Mal, umstrittene Tagungsräumlichkeiten vermieden werden.

Szenekneipen und manche Vereinsheime erzeugen nämlich bei vielen eine "Schwellenangst", die mit der Themenstellung des entstehenden Netzwerkes oder Bündnisses gar nichts zu tun haben muß. Daher ist ein möglichst "neutraler Grund" empfehlenswert. Auch Gaststätten mit "Verzehr-Zwang" sind eher ungeeignet, denn ständig wird die Veranstaltung von Getränkeofferten der Bedienung unterbrochen. Geeignete Räume sind: Städtische oder ge-

meindliche Räumlichkeiten, ohnehin der Vernetzung gewidmete Räume freier Träger, eventuell kirchliche oder schulische. Am besten geeignet sind natürlich Umweltzentren, Initiativenhäuser und Projektwerkstätten, wenn es sie gibt.

### Vorurteile abbauen

Auch wenn es vollkommen illusorisch erscheinen mag, mit umweltfeindlichen Organisationen zu kooperieren, so sind oben erwähnte "Scheuklappen" abzulegen und es ist bei der Einladung doch noch mal zu prüfen, bei wem vielleicht nur Vorurteile bestehen und mit wem sich zur Durchsetzung eines Ansinnens eine punktuelle Zusammenarbeit lohnt. Auch in politisch überwiegend fern von der eigenen Meinung stehenden Organisationen können durchaus Leute Mitglied sein, die, wenn es zu einer projektbezogenen Zusammenarbeit kommt, mit anderen UmweltschützerInnen an einem Strang ziehen können.

In Bündnissen arbeiten, setzt ein hohes Maß an Toleranz voraus. Eigene Positionen müssen schon mal zurückgestellt werden, will mensch in anderen Bereichen kooperieren. Gemeinsamkeiten sind zu suchen. Doch Bündnisse um jeden Preis sollten natürlich nicht eingegangen werden. Gerade bei manchen Umweltbündnissen überrascht, wie verwässert die Positionen nach außen getragen werden. Unverbindliche Netzwerkstrukturen lassen hier mehr Spielräume. Stehen doch hier die Kompe-

8.3





tenz und das Engagement einzelner Personen und nicht die Interessen von Vereinen im Vordergrund.

### Werbung für die Veranstaltung

#### Zeitschriften & Treffen

Bei der Werbung über Vereine sind deren Zeitschriften und reguläre Treffen gute Gelegenheiten, Sinn und Zweck des Umweltbündnisses, -netzwerks zu verkünden. Dabei können alte Kontakte in den Gruppen ausgenutzt und neue geknüpft werden, um Informationen zu streuen.

8.4

#### Pressearbeit

Bei der Werbung über die Presse sollte der offene Charakter des Treffens herausgestellt werden. In einer Presseerklärung (siehe Kapitel 11, "Pressearbeit", welche die Veranstaltung ankündigt, können ggf. die zuvor um Einverständnis befragten Gruppen als "Miteinladende" Erwähnung finden.

Am besten werden schon ein paar inhaltliche Eckdaten mitgeliefert. Aber Vorsicht: Noch keine ausführlichen Forderungskataloge, diese schrecken Unbedarfte eher ab! Entscheidend ist, zu betonen, daß das Treffen für alle offen ist, unabhängig von Vereinsmitgliedschaften.

#### Plakate

Zur Werbung können auch Einladungsplakate dienen, welche z.B. in Geschäften und Cafés aufgehängt werden. Auch der Aushang an Schulen ist, wenn Jugendliche angesprochen werden sollen, sehr wichtig. Eventuell lassen sich die SchülerInnenvertretungen, vielleicht über die Stadt- oder KreisschülerInnenvertretung, dafür begeistern, den Termin weiter bekanntzugeben. Gegebenenfalls kann eine Flugblattaktion an den

wichtigsten Schulen gestartet werden (siehe Kapitel 13, "Layout und Druck").

#### Schriftliche Einladung

Ein interessantes Einladungsblatt sollte neben Ort, Termin und anderen technischen Daten, ähnlich wie die Presseerklärung, den für alle offenen Charakter deutlich machen und schon mal erste Beteiligungsmöglichkeiten des Netzwerks aufzeigen. Dabei ist ein lockerer Schreib- und Layoutstil ebenso angebracht wie eine knappe und mitreißende Wortwahl. Tagessordnungen oder Ähnliches haben auf dem Blatt nichts verloren.

### Durchführung des ersten Treffens

Das erste Treffen sollte gut vorbereitet sein. Wesentlich ist, gleich deutlich zu machen, daß den TeilnehmerInnen nichts vorgesetzt werden soll, sondern alle mitgestalten können.

#### Beginn & Vorstellungsrunde

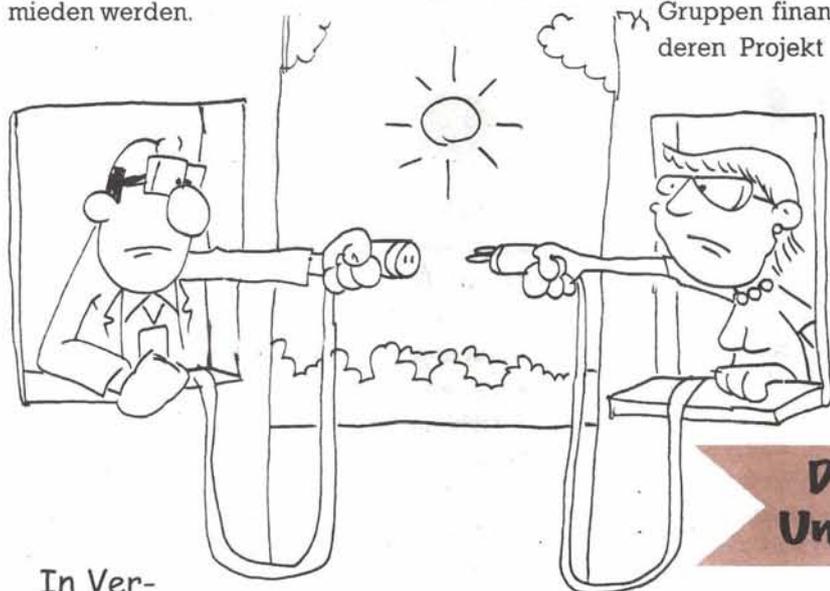
Möglichst zwei Leute, am besten eine Frau und ein Mann, sollten die einführenden Worte sprechen. Neben ein paar Höflichkeitsfloskeln sollte vor allem die Intention der InitiatorInnen kurz dargelegt werden. Nach der Einführung, sollte eine knappe Vorstellungsrunde laufen.

#### Ideen sammeln

Während anwesende FunktionärInnen davon abzuhalten sind, mit stundenlangen Monologen die Veranstaltung zu dominieren, gilt es möglichst schnell noch nicht gebundene TeilnehmerInnen anzusprechen und vorsichtig einzubinden. Parallel kann schon mal eine TeilnehmerInnenliste herumgehen. Wenn es keinen festen Anlaß für die Grün-



derung eines Umweltbündnisses oder eines Umweltnetzwerkes gibt, sondern allgemein eingeladen wurde, sollten in einem Brainstorming die Umweltproblemfelder der Region gesammelt werden: Welche heißen Eisen gibt es, die angepackt werden könnten? Wer hat Interesse, an welchem Thema zu arbeiten? Möglichst schnell sollte dann eine Kleingruppenphase eingeleitet werden, Diskussionen in großer Runde sollten möglichst vermieden werden.



## In Verbindung bleiben

Wichtig ist, daß möglichst viele Leute zu Wort kommen und die Runde nicht zu einer "Podiumsdiskussion" wird! Auch deshalb ist eine Kleingruppenphase sinnvoll, weil hier auch diejenigen erfahrungsgemäß etwas sagen, die sonst nicht "den Mund aufmachen". In den Kleingruppen werden dann entweder einzelne Themen oder Aktionsformen besprochen. In jeder Kleingruppe sollte Protokoll über die wichtigsten besprochenen Punkte geführt werden. Im Gesamtplenam am selben Abend oder beim zweiten Treffen können die Diskussionsergebnisse allen anderen vorgetragen werden. Bereits in den Kleingruppen sollte besprochen werden, wie es weiter geht und auch wann.

Im Plenum oder einem Rundbrief, der an alle TeilnehmerInnen verschickt wird, sollte dann das Besprochene der Arbeitsgruppen ausgetauscht und ein Termin für ein weiteres Gesamttreffen ausgemacht bzw. veröffentlicht werden. Auch im Plenum sollte eine Per-

son die Ergebnisse mitschreiben, um diese später an die Leute zu versenden, die sich in die TeilnehmerInnenliste eingetragen haben und jene, die terminlich verhindert waren, aber Interesse angemeldet hatten.

Sollte ein regelmäßiger Rundbrief entstehen, können die mitwirkenden Vereine der Reihe nach den Versand übernehmen. Es muß bei einem der ersten Treffen geklärt werden, in wie weit sich die anwesenden

Gruppen finanziell an dem einen oder anderen Projekt beteiligen können. Irgend-

wer sollte eine Zusammenfassung des Treffens für die Presse verfassen, falls diese nicht selbst vertreten war. Kontaktpersonen und erste Ergebnisse der entstandenen Projekte sollten Erwähnung finden.

## Die Arbeit im Umweltbündnis

Ob das Bündnis einen Namen trägt oder nicht, ist völlig unerheblich. Schließlich kommt es auf die Inhalte an. Aus den mitwirkenden Verbänden und Gruppen vor Ort kommen Ideen, an denen sich dann andere beteiligen können. Es gibt eine Liste von UnterstützerInnen, das Bündnis selbst wird in Projekten nicht aktiv, weil das immer einige Leute ausschließen würde, die sich mit einer Aktion nicht identifizieren können. Gesamttreffen dienen vor allem dazu, Ideen auszutauschen und projektübergreifend Gemeinsames zu planen.

## Die Arbeit im Umweltnetzwerk

Während der Begriff Bündnis aussagt, daß sich verschiedene schon bestehende Gruppen und Vereine in Sachfragen zusammenschließen, ist ein Netzwerk ein offener Zusammenschluß von Leuten, auch solcher, die

### Kontakte:

GENethisches  
Netzwerk  
Schöneweider Str. 3  
12055 Berlin  
030/6857073

Pestizid Aktions  
Netzwerk  
Nernsweg 32-34  
22765 Hamburg  
040/393978



nicht fest organisiert sind. Ein Netzwerk zeichnet sich dadurch aus, daß Projekte - und nicht die sie unterstützenden Vereine - im Vordergrund stehen.

Besonders reizvoll ist es oftmals, ein offenes Gesamtnetzwerk entstehen zu lassen, bei dem Personen in Projekten zusammengeschlossen sind, die autonom tätig sind und sich im Gesamtnetzwerk lediglich gelegentlich zusammenkommend austauschen.

## Einige Tips

### Telefonkette

Wichtig ist, daß gute Informationsflüsse aufgebaut werden. Solche können z.B. über eine Telefonkette laufen.

Telefonketten sind so aufgebaut, daß die verschiedenen Personen, Vereine und Einrichtungen, die im Netzwerk mitwirken, jeweils dafür zuständig sind, andere telefonisch zu verständigen. Telefonketten können am besten als "Baum" beschrieben werden. Jeweils vom "Stamm" ausgehend werden die nächstliegenden Telefonnummern auf den "Ästen" angerufen. Die so Ankontakteten rufen wiederum die an ihrem "Ast" folgenden Personen an.

Alternativ kann auch im Rahmen eines E-Mail-Verbundes ein Infosaustausch sinnvoll sein (siehe Kapitel 10, "Kommunikation").

### Rundbriefe

Innerhalb von Projekten kann es Rundbriefe geben, die entweder reihum wechselnd von den MitarbeiterInnen oder von einer festen Person erstellt werden. Hier kann dann jede/r ihre/seine Infos zum Weitergeben hinschicken.

Es bietet sich an, daß es einen gemeinsamen Rundbrief für alle Projektgruppen gibt. Das spart Zeit, Geld und verhilft den Projekten untereinander zum Austausch. Hierbei hat sich eine feste Kontaktadresse bewährt. Zu dieser schicken alle Projektgruppen ihre Termine, Ideen usw. hin, von dort geht regelmäßig ein Rundschrieb herum. Wo nur wenige Gruppen ein Bündnis tragen, können sich alle auch gegenseitig in die Verteiler aufnehmen.

## Gemeinsame Produkte

Auch wenn einige Gruppen innerhalb des Netzwerkes Wert darauf legen dürften, ihre "Vereinseigenheiten" bewahrt zu sehen, können Veranstaltungen bzw. Veröffentlichungen durchaus (mal) gemeinsam laufen. So kann es einen gemeinsamen Terminplan geben, der über alle im Netzwerk befindlichen Gruppen gestreut wird. Selbiges gilt z.B. für Aktionstage, Diskussionsveranstaltungen, Seminare usw.

## Fazit

Obwohl Bündnis- bzw. Netzwerkarbeit vor allem auf regionaler Ebene eine gute Basis hat, da hier Entfernungen noch recht kurz bzw. die meisten Gruppen/Verbände auch kommunal bzw. regional organisiert sind, kann auch ein Austausch zwischen den Kreisbündnissen, z.B. auf Landesebene, von Nutzen sein.

Wer regional aktiv ist, sollte schon wegen der vergleichbaren Erfahrungen Kontakte zu anderen regionalen Zusammenhängen, z.B. in den Nachbarkreisen suchen. In manchen Bundesländern sind solche Zusammenschlüsse landesweit oder regional auch schon gelungen. Wer ein regionales Umweltbündnis oder Umweltnetzwerk aufbauen will, kann hier also Unterstützung erhalten.

Wo die Umweltengagierten aller Verbände die Scheuklappen überwinden, wo unabhängige Gruppen und viele Einzelinteressierte zusammentreffen, kann viel passieren für die Umwelt. In jeder Stadt und jedem Kreis kann begonnen werden, mit dem direkten Draht zu vielen anderen, über die Presse und von Mund zu Mund.

## Der Autor

Timo Schadt  
c/o Projektmanagement Ökologie  
Hersfelder Str. 3, 36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919296  
eMail: timo\_schadt@juis.insider.org

### Kontakte:

Jugend-Aktion Natur- & Umweltschutz Niedersachsen (JANUN)  
Goebenstr. 3a  
30161 Hannover  
0511/3940415

Jugendaktions- Netzwerk Bayern  
c/o Libresso  
Peter-Vischer-Str. 25  
90403 Nürnberg

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)  
Prinz-Albert-Str. 43  
53113 Bonn  
0228/214032

Dachverband kritischer AktionärInnen  
Schlackstr. 16  
50737 Köln  
0221/5995647



# Schafft FreiRÄUME!

Eine Bürgerinitiative gründet sich. Die Sache läuft gut, es werden schnell 20 Leute. Das Thema ist ein bißchen heikel, Konflikte mit den Stadtoberen sind zu erwarten. Darum findet sich nicht so schnell ein Raum. Die öffentlichen BürgerInnenhäuser sind angeblich ausgelastet, auch in Kirchenhäusern soll kein Raum mehr frei sein. Viel Zeit und Kraft geht verloren. Wie schön wäre es, wenn jetzt ...? Szenenwechsel: Eine örtliche Gruppe eines Naturschutzverbandes hört von einem Straßenneubau. Wie kann mensch sich dagegen wehren? Was steht in den Gesetzen? Eine gut ausgestattete Umweltbibliothek wäre jetzt goldrichtig. Aber die nächste ist in der 74 Kilometer entfernten Großstadt ... Und nochmal: Eine plötzliche Entwicklung an einem dritten Ort. Fotos sollen entwickelt und ein Flugblatt layoutet werden. Aber wo? Bei Günther und Antje steht ein Fotolabor rum, aber die sind gerade in Urlaub. Schade ...

## Aktionsplattformen

Es kostet Kraft und Zeit, für jedes Projekt wieder neue Arbeitsmöglichkeiten aufzubauen (oder wegen fehlender zu scheitern). Die Alternative ist einfach und klar: Am besten sofort, auch ohne drängendes Problem im Rücken, und am besten gemeinsam mit anderen Gruppen ein offenes und unabhängiges Zentrum aufbauen, in dem für alle Arbeitsmöglichkeiten bereitstehen - Räume für Treffen, eine Bibliothek, Arbeitsgeräte wie Kopierer, Fax, Computer, Layoutarchive, Werkzeug, Farben, Fotolabor usw. Seit Jahrzehnten schon wurden Umweltzentren, Naturschutz-Infozentren oder ähnliches geschaffen, um auf Dauer eine Einrichtung zum Arbeiten und für die Öffentlichkeitsarbeit zu haben. Etliche Fehler haben sich dort aber wiederholt, so daß aus dem Anfangsschwung nur selten etwas Dauerhaftes wurde.

Seit 1990 ist in verschiedenen Orten systematisch der Aufbau von "Aktionsplattformen", wie sie sich nennen, betrieben worden. Ca. 40 solcher offener Räume sind entstanden. Die Räume und Häuser mit ganz verschiedenen Namen verstehen sich als Projektwerkstätten. Das Wort ist Programm - Werkstätten, in denen an Projekten gearbeitet werden kann. Sie können überall entstehen, genauso wie weitere Umwelt- oder Naturschutzzentren. Wichtig ist, daß einige



9.1

Grundsätze beachtet werden, sonst werden Projektwerkstätten, Ökozentren usw. schnell zu Vereinsheimen, Geschäftsstellen oder Naturmuseen ohne Nutzen für die konkrete Arbeit.

## Vielfalt ist möglich!

Sehr verschiedene Namen und Formen von Aktionsplattformen sind möglich. Sie reichen von einzelnen Räumen bis zu ganzen Häusern, von alleinstehenden Einrichtungen bis zu Räumlichkeiten, die Teil eines größeren Projektes, z.B. einer Kommune, eines Kulturzentrums, eines Initiativenzentrums, einer



Bildungsstätte u.ä. sind. Vier verschiedene Typen, die so oder ähnlich schon bestehen, sollen kurz beschrieben werden. Kaum eine Einrichtung erfüllt schon heute die Grundsätze, eine Verbesserung der Arbeitsstruktur ist daher überall nötig.

## Naturschutzzentren

Meist teuer ausgestattete, museale Einrichtungen mit vielen ausgestopften Tieren, Mikroskopen, Schautafeln und modellierten Landschaften. Je nach einrichtender Gruppe sind sie mehr oder weniger informativ, oft nur repräsentativ. Hauptprobleme: Meist vom Staat gefördert und abhängig, als Ort für Arbeit an Projekten nicht geeignet (oft fehlen Gruppenräume, fast immer fehlt eine Arbeitsausstattung).

## 9.2

## Umweltzentren, Umweltbibliotheken u.ä.

Eingerichtet von BürgerInneninitiativen, als Wissenschaftsläden usw., waren sie noch vor einigen Jahren recht bunte Treffpunkte von BürgerInneninitiativen und anderen Gruppen.

Durch strategische Fehler (Verlagerung der Arbeit auf ABM-Kräfte, Übernahme durch Verbände wie die BUND oder Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen u.a.) sind viele Zentren zu Büros oder meist leerstehenden Räumlichkeiten geworden.

## Grüne Häuser

Die meisten von ihnen entstanden in der kurzen Zeit zwischen dem totalitären SED-Regime und dem kaum weniger repressiven Einheitsdeutschland.

Sie sind eine Mischung aus Büroräumen verschiedener Gruppen, Cafes, Umweltbibliotheken - nur selten aber sind dort offene Arbeitsräume für Initiativen zu finden.

Diese können aber ohne Probleme geschaffen werden, das Umfeld ist der Arbeit und einer Vernetzung sehr förderlich.

## Umwelt- & Projektwerkstätten

Seit 1990 sind ca. 40 Einrichtungen entstanden, die von vornherein genau den Anspruch offener Aktionsplattformen erfüllen wollten. Mit wenigen Ausnahmen (wo Verbände ihre Geschäftsstellen zwecks besseren Images einfach umbenannt haben) entsprachen auch alle zu Beginn den Grundsätzen. Im Laufe der Zeit allerdings konnten sich in vielen Werkstätten jedoch wieder (Verbands-) FunktionärInnen oder auch solche Personen durchsetzen, die die Werkstätten mit ihrer hervorragenden Arbeitsausstattung zu ihrem kommerziellen Privatbüro umfunktionierten. Die Mehrzahl der bestehenden Projektwerkstätten ähnelt dem ursprünglichen Anspruch kaum noch.

## Weitere Einrichtungen

Neben den genannten könnten auch weitere Einrichtungen zu offenen Aktionsplattformen werden bzw. in ihnen solche entstehen. Meist sind dazu aber umfangreichere strukturelle Änderungen nötig - oder die "Projektwerkstatt im ..." muß völlig eigenständig agieren, nur die Infrastruktur wird gemeinsam genutzt. Beispiele sind Schulbiologiezentren (Problem: Abhängig vom Staat, Öffnungszeiten), Bildungsstätten, Kulturzentren usw.

## Die Grundsätze

Projektwerkstätten (oder Umweltzentren o.ä., die die gleichen Ziele verfolgen) sind Räume, manchmal ganz Häuser. Arbeits- oder Aktionsplattform könnte mensch ebenso gut zu ihnen sagen. Hinter ihnen stecken Ideen, die in jedem Ort von Nutzen sein könnten.

Nachfolgend werden die wichtigsten Eckpfeiler einer Projektwerkstatt dargelegt. In der Praxis gibt es nicht die Projektwerkstatt. Je nach Platz und Einrichtungen variiert das Angebot der verschiedenen Werkstätten.



## Infrastruktur für die konkrete Arbeit

Bücher, Arbeitsgeräte und vieles mehr, was in verschiedenen Gruppen vorhanden ist, werden in der Projektwerkstatt zusammengefügt.

Gemeinsam kümmern sich alle um die weitere Verbesserung der Infrastruktur. So entsteht eine Plattform, die für alle Gruppen große Vorteile bildet. Von den Geräten bis zu Presseverteiltern, Adressensammlungen, ReferentInnenkarteien reicht die Palette der Materialien, die von allen genutzt werden können.

## Projektfreiheit

Ein wichtiger Grundsatz von Projektwerkstätten ist die Selbstbestimmung aller Gruppen. Arbeitsform und -inhalte werden selbst festgelegt. Die Koordination wird auf das Mindeste begrenzt (z.B. auf Pläne, wer wann welchen Raum nutzt, um Doppelbelegungen zu vermeiden). Durch die Projektfreiheit wird die Bürokratie erfolgreich bekämpft.

Außerdem entsteht eine höhere Flexibilität, denn Projektgruppen können auf aktuelle Vorgänge viel schneller reagieren als schwerfällige Apparate (z.B. Vorstände). Das Ziel bei der Gründung von Projektwerkstätten war bisher immer, die Projektfreiheit uneingeschränkt zu entwickeln. Keine Gruppe wird kontrolliert. Meinungsunterschiede werden ebenso direkt angesprochen wie Kooperationsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Projektgruppen. Gremien zur Kontrolle oder Koordination entfallen (siehe Kapitel 6, "Gruppenarbeit").

## Abbau von Hierarchie

ChefInnen, Vorstände, Dienstvorgesetzte usw. sind in Projektwerkstätten verpönt. Die einzelnen Menschen bzw. die Projektgruppen agieren selbständig. Was alle angeht, wird im Werkstattskollektiv besprochen – möglichst im Konsens. Was aber nicht alle angeht, darüber entscheiden nur die, die

daran beteiligt sind (in der Regel die Projektgruppen). Zuständigkeiten werden aufgeteilt (z.B. Betreuung der Bibliothek oder einzelner Werkstätten), dann aber den daran arbeitenden Personen die Freiheit gelassen, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Mit dem Streben um den Abbau von Hierarchien wird der Wunsch verbunden, auch die sonst typischen Rangfolgen zwischen Männern und Frauen, Studierten und Nichtstudierten, Deutschen und Nichtdeutschen, Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern abzubauen. Wo etwas nicht zusammenpaßt, entstehen zwei (oder mehr) Gruppen, die wieder gleichberechtigt nebeneinander stehen.

## Unabhängigkeit

Niemand weiß, welche Projektideen und politischen Initiativen einmal entstehen werden. Es wäre schade, wenn ein wichtiges Projekt daran scheitert, daß dann z.B. der/die HauseigentümerIn (Stadt, Kirche, anderer Verein etc.) der Projektwerkstatt den Rauswurf androht, bzw. umgekehrt, und wenn wegen eines Projekts die Zusammenarbeit in der Projektwerkstatt zerbricht. Unabhängigkeit wird schon dadurch gestärkt, daß möglichst alle Einmischungen von außen gemeinsam abwehren – selbst wenn die betroffene Gruppe nicht die eigene Meinung vertritt. Diskussionsforen werden in der Projektwerkstatt geschaffen, jedenfalls nicht mit Außenstehenden gegen andere in der Projektwerkstatt gekungelt. Genauso wichtig ist aber, die Plattform möglichst unabhängig zu gestalten. Das Haus oder die Räume sollten langfristig nutzbar und möglichst unkündbar sein. Möglich ist das durch die vertragliche Absicherung oder Kauf eines Gebäudes.

"Ohne Chef und Staat" heißt folglich zusammengefaßt das Motto der Projektwerkstatt. Nicht unbedingt "gegen", aber eben so, daß es auch ohne geht. Wer heute für wirksame Umweltschutzmaßnahmen eintritt, gerät fast zwangsläufig in den Konflikt mit PolitikerInnen, Wirtschaft und zunehmend größeren Teilen der Bevölkerung. Da gilt es vorzuzorgen, damit keine Erpressung, z.B. durch Entziehung von Geldquellen oder Räumlichkeiten, möglich ist.



## Warnung!

Die wenigen Jahre, in denen Projektwerkstätten bestehen, haben gezeigt, daß die benannten Ideale und Grundsätze zwar am Anfang von allen geteilt werden, mit der Zeit aber doch in Vergessenheit geraten sind. Dann schleichen sich unbemerkt Veränderungen ein, die in Konfliktsituationen verheerende Konsequenzen haben. Plötzlich gibt es nur noch eine zuständige Person für die Schlüsselvergabe - und die verweigert einer Gruppe oder einer Person den Zutritt. Plötzlich beginnt ein Streit zwischen Projektgruppen, ob die jeweils andere noch geduldet werden kann - die ursprüngliche Projektfreiheit ist vergessen. Solche und andere Beispiele sind schon häufiger eingetreten und haben auch einige Projektwerkstätten "das Leben gekostet". Noch dramatischer ist diese Entwicklung bei Umwelt- und Naturschutzzentren, wo oftmals schon von Beginn an die Grundsätze der Projektfreiheit und Unabhängigkeit nicht gegolten haben. Vereinsräume und -büros ohne Zugang für aktive Umweltgruppen sind die Folge.

9.4

Weitere schlechte Erfahrungen wurden gesammelt. Der neuen Idee freier und projektorientierter Jugend- und Umweltarbeit stemmen sich die Hürden einer an Hierarchien orientierten Gesellschaft entgegen. Freie Projekte bekommen selten Geld, werden als Vertragspartner abgelehnt, schnell in Ecken gestellt oder scheitern an dem Spannungsfeld zwischen spontaner Aktion in den Werkstätten und den formal-langsamem Entscheidungswegen derer, die z.B. BesitzerIn oder VerwalterIn des Gebäudes oder PartnerIn bei Projekten sind (Vereine, Gemeinde, JugendpflegerIn). Einige Projektwerkstätten oder Zentren wurden Opfer staatlicher Repression (Hausdurchsuchungen, Zuschußentzug, Gerichtsverfahren gegen Mitwirkende), andere gerieten unter Druck der etablierten und oft parteinahen Umweltverbände. So fristen die beiden ersten Projektwerkstätten, die es überhaupt gab, nun ihr Dasein als Vereinsheim, nachdem VerbandsfunktionärInnen die einstmaligen Aktiven hinausdrängten oder sogar hinauswarfen.



Vorsicht ist also angesagt. Die Ideale von Projektwerkstätten, ähnlich organisierten Umweltzentren (Projektfreiheit, Abbau von Hierarchie und Unabhängigkeit) müssen immer wieder neu erstritten werden. Alltagschlendrian bzw. das Vergessen dieser ursprünglichen Ziele verwandeln die Aktionsplattformen in normale Büros oder Vereinsheime.

## Die Raumfrage

### Arbeits- & Lebensprojekt

Nur selten findet sich die endgültige Lösung sofort. Nachdem nun erste Erfahrungen da sind, kann ohne Einschränkungen gesagt werden: Die beste Lösung ist ein eigenes Haus, in dem auch noch Leute wohnen, die die Idee mittragen. Da Hauptamtliche weder zur Idee der Arbeit passen noch finanzierbar sind, kann ein Haus nur dadurch offen sein, daß fast ständig Leute da sind. Inzwischen sind einige solcher Arbeits- und Lebensprojekte entstanden, z.B. im Kreis Gießen, Verden, Lübeck und Niederaula (Adressen siehe Seite 9.11). Die Idee wird in vielen anderen Orten auch verfolgt.

### Einzelne Räume

Diese "große Lösung" aber ist keine Voraussetzung. Projektwerkstätten können



auch einzelne Räume sein - ein einziger kann für vieles schon ausreichen, und der findet sich schnell in einem Jugendzentrum, Gemeindehaus (eventuell auch bei Kirchen?), in anderen öffentlichen Gebäuden, leeren Schulräumen/ -trakten, Umwelt- oder Initiativenzentren, BürgerInnenhäusern, ehemaligen Back- und Gefrierhäusern usw. Selbst in Privathäusern sind oft Keller oder Dach für Projektwerkstätten frei.

Wichtiger als das konkrete Aussehen der Räume ist die Idee des Ganzen: Die Räume müssen offen für alle sein, in ihnen wird Stück für Stück Arbeitsmaterial gesammelt, das allen zugute kommt. Und schließlich sollten auch konkrete Projekte von dort angeschoben werden. Wenn dann erstmal die Arbeit richtig läuft, können immer noch weitere Räume oder eine andere Lösung gefunden werden.



## Zusammen mit der Jugend!?

Wo Erwachsene eine Projektwerkstatt aufbauen wollen, sollten sie überlegen, ob sie nicht Jugendprojekte aufnehmen. Erstens ist selbstverwaltete Jugendarbeit (Projektgruppen, Jugendzeitungen, SchülerInnenvertretungen, Jugendzentren, selbstverwaltete Jugendforen/-parlamente usw.) ein wichtiger Bestandteil der Gesamtidee, selbstbestimmte Lebens- und Arbeitsformen zu fördern. Zweitens kann die Integration von Jugendprojekten viele Türen zu möglichen Orten öffnen - z.B. in Jugendzentren, gemeindlichen Räumen usw.

## Jugendzentren

Ein oder zwei Räume in einem Jugendzentrum können Werkstätten, Bibliothek usw. beherbergen. Andere Einrichtungen des Jugendzentrums, viele haben Arbeitsräume, Fotolabor usw., können genutzt und brauchen nicht selbst beschafft werden.

**Vorteile:** Meist sind gute Einrichtungen auch rundherum zu nutzen, da Jugendzentren oft eine gute Ausstattung haben. Zudem können weitere Jugendliche im Jugendzentrum direkt angesprochen werden.

**Nachteile:** Abhängigkeit vom Jugendzentrum, deren LeiterIn bzw. dem/der BetreiberIn, meist die Kommune. Diese Nachteile sind geringer bei selbstverwalteten Jugendzentren. Schwierig sind aber oftmals Übernachtungen Einzelner oder Gruppen bei Seminaren usw. Dieser Nachteil kann verringert werden, wenn in der Nähe Übernachtungsmöglichkeiten bestehen, z.B. in einer Schule, einem Gemeindehaus oder anderen Räumlichkeiten. Wird das Arbeitsspektrum größer, ist eine räumliche Ausdehnung kaum möglich.

9.5

## Schulen

Ein Klassenraum in der Schule, der frei wird, bzw. sogar ein getrennt gelegener Trakt (Pavillon) wird zur Projektwerkstatt, an Wochenenden usw. können auch andere Klassen, Sanitäreinrichtungen und anderes der Schule mitbenutzt werden.

**Vorteil:** Der Raum bzw. Trakt kann eigenständig genutzt werden, wenn ein eigener Schlüssel Zugang verschafft. Mit Übernachtungen usw. gibt es oft auch keine Probleme, für Seminare oder Kongresse am Wochenende oder in den Ferien kann oft sogar die Schule mitgenutzt werden.

**Nachteil:** Der Standort Schule könnte



Jugendliche abschrecken. Es muß zudem geklärt werden, wieweit die Räume auch umgestaltet werden dürfen. Da das Gebäude meist der Stadt oder dem Kreis gehört, ist eine gewisse Abhängigkeit gegeben. Je bekannter die Werkstatt wird, desto besser ist aber die Ausgangssituation

auch ausbaubare Dächer, Keller, Nebenräume oder Nebengebäude.

Das wäre ideal, weil aus der dann aufzubringenden Eigenleistung eine recht hohe Unabhängigkeit resultieren würde, da es unwahrscheinlich wird, daß eine Konkurrenz anderer Gruppen entsteht, die genau denselben Raum auch in Anspruch nehmen wollen.

## Initiativenzentren

In Initiativenzentren, Bildungsstätten, Freizeiteinrichtungen, kirchlichen Gebäuden, Gemeinschaftsbüros usw. ist oft noch Platz in ein bis zwei Räumen.

Arbeitsräume, Bücherei usw. sind vielleicht ohnehin da und können mitbenutzt werden.

**Vorteil:** Meist sitzen in solchen Einrichtungen noch andere Verbände oder Gruppen, mit denen Gemeinschaftsprojekte laufen können. Oft ist auch das "Betriebsklima" gut, Ausstattungen anderer können mitgenutzt werden.

**Nachteil:** Meist räumlich sehr eng, da Initiativen keine großen Geldmittel haben. Es kann auch hier Ärger geben mit bürokratisch veranlagten FunktionärInnen anderer Gruppen - gerade wenn (was ja gewollt ist) in der Projektwerkstatt ein vielfältiges Kommen und Gehen stattfindet.

**Vorteil:** Möglicherweise kostenfreie Überlassung durch den/die EigentümerIn. Nutzbare Infrastruktur rundherum - weitere

Räume, eventuell sogar große Hallen, Begegnung mit anderen Gruppen, Einzelpersonen usw.

**Nachteil:** Gefahr der Abhängigkeit, weil inhaltliche Arbeit

9.6



zu Konflikten mit den GebäudeeigentümerInnen führen kann. Dieser Nachteil kann entschärft werden, wenn ein langfristiger Nutzungsvertrag unterzeichnet wird, der Pflichten und Rechte der ProjektwerkstattsnutzerInnen festlegt.

Pflichten sollten auf Erhalt bzw. Renovierung des genutzten Bereiches sowie auf die Hausordnung in den anderen, auch von weiteren Gruppen genutzten Gebäudeteilen beschränkt sein.

## BürgerInnenhäuser, Gemeindezentren, Büchereien usw.

Jede Gemeinde, meist sogar jeder Ortsteil, verfügt über öffentliche Räume. EigentümerIn sind in der Regel die Städte oder Gemeinden bzw. Kirchen. Hier ist zu untersuchen, wieweit Räume ungenutzt sind - eventuell

## Mitnutzung von Räumen anderer

Es gibt Einrichtungen und Organisationen, die Ähnlichkeit mit der Arbeit von Projektwerkstätten haben bzw. bestehen mindestens Überschneidungen (z.B. gemeinsa-



mes Interesse an einer regionalen Zeitung, einem mobilen Infostand ...). Beispiele sind: VerbraucherInnenberatungen, Umweltbibliotheken, Wissenschaftsläden, Umweltzentren, Büros alternativer Medien, soziale Einrichtungen wie Jugendwerkstätten, Drogenberatung usw., Volkshochschulen, Schulbiologiezentren, Schulgärten mit Gebäuden und vieles mehr.

**Vorteil:** Kontakte zum/zur "GastgeberIn" entstehen sehr einfach. Meist gibt es ein "Laufpublikum", das gleich mit angesprochen werden kann.

**Nachteil:** Abhängigkeit vom/von der "GastgeberIn", die eventuell durch langfristigen Nutzungsvertrag zu reduzieren ist. Sind die Räume nicht separat zugänglich, kann es Schwierigkeiten geben, außerhalb der sonstigen Öffnungszeiten die Projektwerkstatt zu nutzen.

### Firmengebäude

Insbesondere Firmen in älteren Gebäuden können große Teile der Bausubstanz nicht nutzen. Das bietet Möglichkeiten, kostengünstig, kostenfrei oder gegen Spendenbescheinigung, Anzeige in einer vorhandenen Zeitung usw. Räume zu erstehen. Ein Ausbau in Eigenarbeit ist in der Regel nötig. Besonders günstig sind solche Firmen, mit denen neben der Raumnutzung noch weitere Gemeinsamkeiten entstehen können - also z.B. bei Firmen im ökologischen Bereich, Druckereien, ökologische Handwerksfirmen, Zentren mehrerer Kleinfirmen, Entwickler- oder Technologiezentren sowie auch Technikfirmen oder andere, die direkt bei der Ausstattung der Projektwerkstatt bzw. der Projektarbeit helfen können.

**Vorteil:** Oftmals Nutzung auch größerer bzw. mehrerer Räume möglich. Rückgriff auf die Firma auch bei Ausstattung der Räume bzw. konkreten Projekten. Nutzung weiterer Altbestände der Firma (ausgeräumte Möbel, Geräte) bzw. der Infrastruktur (Kopierer usw.).

**Nachteil:** Abhängigkeit, durch langfristigen Nutzungsvertrag zu entschärfen. In der Öffentlichkeit kann die Kooperation zu einem

zweifelhaften Image führen - was bei Öko-Firmen natürlich weniger der Fall ist.

### Private Gebäude

Irgendwo kann in einem Privatgebäude (freies Zimmer, Anbau, ausgebauter Stall oder alte Waschküche, Dach oder Keller) bzw. in einem ehemaligen Kühlhaus, Spritzenhaus usw. die Werkstatt untergebracht werden.

**Vorteil:** Meist hat mensch große Freiheit, da niemand sonst Wert auf die Räume legt. Oft gibt es einen separaten Gebäudeteil oder gar ein einzeln stehendes Häuschen.

**Nachteil:** Mensch muß ein gutes Image der Werkstatt aufbauen, damit Leute kommen. Zufällige Kontakte wie in Jugendzentren oder Initiativenhäusern ergeben sich nicht. Wer kommt, kommt zur Werkstatt. Sämtliche Ausstattungen müssen selbst organisiert werden. Das ist etwas zu mildern, wenn zusätzlich ein Draht zum Jugendzentrum u.ä. besteht.

### Eigenes Haus

Ein eigenes Haus bleibt für viele der Traum. Darin können alle Werkstätten eingerichtet werden, es bleibt Platz für Gruppentreffen, Übernachtungen usw. Zudem könnte auch eine Wohngemeinschaft untergebracht werden, die ansprechbar ist. So ist die Werkstatt fast ständig offen.





### Kontakte:

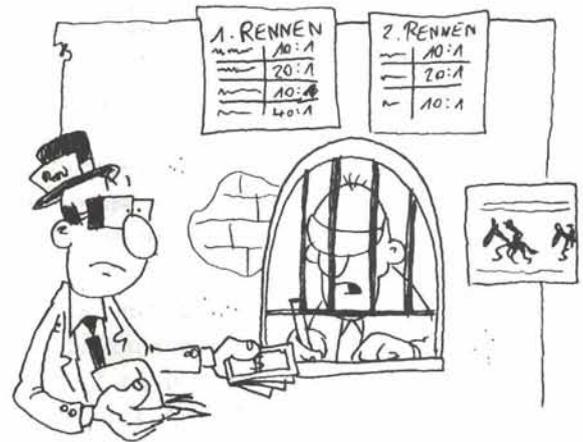
AG SPAK  
Adlzreiter Str. 23  
80337 München  
089/774078

Jugend-Aktion Natur-  
& Umweltschutz Nie-  
dersachsen (JANUN)  
Goebenstr. 3a  
30161 Hannover  
0511/3940415

**Vorteil:** Es ist alles machbar, was räumlich geht und finanziert werden kann. Die Abhängigkeit von anderen ist sehr gering. Ist das Haus Eigentum, so ist sie gar nicht vorhanden. Ist das Haus z.B. von der Stadt zur Verfügung gestellt, so ist wichtig, daß die Werkstatt bekannt wird, damit niemand es wagt, die Arbeit wieder zu vernichten.

**Nachteil:** Hauskauf, -renovierung, laufende Kosten und Ausstattung sind teuer. Ein Teil der Kosten ist gut durch die Wohngemeinschaftsmiete und durch Gruppenbelegungen zu decken (meist reicht das für laufende Kosten und Renovierungen). Für Kauf, Ausbau und Ausstattung müssen größere Zuschüsse hereingeholt werden.

Gruppe das nicht will - es tritt nahezu immer ein! Projekte und Projektwerkstätten haben daher viele Ideen eronnen, dieses Problem zu lösen.



## Fazit

9.8

Diese und noch andere Lösungen sind möglich. Die wichtigsten Mittel sind die Phantasie und der Mut, nach Ideen zu suchen und auch dann nachzufragen, wenn etwas unmöglich erscheint. JugendpflegerInnen, BürgermeisterInnen, UmweltberaterInnen, Schule oder Kirchen können AnsprechpartnerInnen sein. Augen offen halten, welche Räume nicht mehr benötigt werden, welche Gebäude oder Schuppen leerstehen. Manchmal reicht es, die EntscheidungsträgerInnen auch nur selbst auf die richtige Idee zubringen.

## Das Geldproblem

Eine Initiative bzw. Projektgruppe ist nichts und hat nichts. Wer als Initiative um Geld "bettelt"/anfragt, erlebt oftmals frustrierende Fragen: Wer ist der/die Vorsitzende? Darf ich Ihre Satzung sehen? Wo ist Ihr Büro? Zu welchem Verband gehören Sie? So denken fast alle: Firmen, und noch schlimmer Behörden und Ämter.

Die meisten offiziellen Geldquellen bleiben verschlossen, wenn die Gruppe einfach nur eine Initiative bleibt. Selbst zum Verein werden, heißt aber: Vorstand, Bürokratie und schleichend die Hierarchie. Selbst wenn die

## Zusammenarbeit mit Verbänden

Viele arbeiten mit Verbänden zusammen und bitten diese dann, für die Werkstatt, ein Projekt oder eine Veranstaltung den Antrag auf Geld zu stellen, einen Vertrag zu unterzeichnen, die Versicherung zu übernehmen usw. Das kann aber auch mal schief oder sehr langsam gehen.

## Förderverein

Die meisten Projektwerkstätten haben einen Förderverein. Das heißt, es gibt einen Verein "pro forma", der jedoch nicht als Verein tätig ist; vielmehr führt der Verein das aus, was die Projekte bzw. ein Aktivenplenium beschließen (siehe Kapitel 7, "Organisation"). Als Vereinsziel legt mensch bei einem Förderverein fest, daß er finanziell (Spenden, Zuschüsse usw.) und organisatorisch (Verträge usw.) die Projekte und die Werkstatt unterstützt, jedoch nicht in deren Arbeitsform und Arbeitsinhalte hineinreden kann. Die Projekte und die Werkstatt sind dann nicht Einrichtung des Fördervereins, sondern bleiben selbständig.

Eventuell beschließt die Hauptversammlung des Vereins noch ganz förmlich ein Selbstverwaltungsstatut, das festlegt, daß



der Verein ausführt, was die Aktiven fordern. Ein solcher Förderverein kann viele Geldmittel beantragen, die auch für Jugendverbände möglich sind (siehe Kapitel 14, "Finanzen"). Für die Werkstatt sind insbesondere Zuschüsse zum Ausbau (Jugendraum-Bau) und zur Einrichtung (Material für die Jugendarbeit) möglich, zudem Zuschüsse zu Lagern und Seminaren; vorausgesetzt, in der Projektwerkstatt gibt es eine aktive Jugendgruppe!

## "Zwei-Ebenen-Modell"

Vor allem in Niedersachsen arbeiten Projektwerkstätten mit dem "Zwei-Ebenen-Modell". Das ist eine Spielart des Fördervereinsmodells, die den Aktiven eine höhere Sicherheit gibt, falls irgendwer, der zufällig im Verein Mitglied ist, doch mal "ausrastet". Wie das funktioniert, ist im Kapitel 7, "Organisation" erklärt.

## Sachspenden

Die wichtigste Fundgrube aber sind Sachspenden. Baumaterial (Farben, Holz usw.), Möbel, Geräte, Papier usw. kann mensch sich zusammenbetteln.

Für das "Erbetteln" von Sachspenden gilt: Das Telefon ist das wichtigste Gerät. Ein Anruf bei Behörden, Ämtern, Kirchen usw. genügt, um zu klären, was dort herumsteht und nicht mehr gebraucht wird. Manchmal stehen dort richtige Schätze (siehe auch Kapitel 14, "Finanzen").

## Projektförderung

Nur sehr selten gibt es staatliche Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte. Manche Kommunen geben Gelder auch an freie Gruppen. Infos hat die Gemeindeverwaltung, je nach Inhalt eines Zuschußantrages die Jugendpflege, das Umweltamt oder andere. Landes- und bundesweit sieht es meist noch schlechter aus, wenn nicht ein etablierter Verband hinter der Arbeit steht. Zugänglich

sind die Lotto- und Troncmittel aus Ministerien bzw. über Stiftungen (siehe Kapitel 14, "Finanzen").

Geld für Jugendprojekte gibt es auch von der Europäischen Union aus dem sogenannten "Jugend für Europa"-Topf. Einige Werkstätten sind schon gefördert worden.

## Zusammenschlüsse

Teilweise gibt es auch landes- und bundesweite Zusammenschlüsse, die Gelder erhalten, z.B. bundesweit die Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK) bzw. in Niedersachsen Jugend-Aktion Natur- und Umweltschutz Niedersachsen (JANUN), in anderen Ländern tragen anerkannte Jugendverbände die Werkstätten mit.

## Liste der Einrichtungen

9.9

Eine Umwelt- und Projektwerkstatt besteht aus unterschiedlichen Werkstätten. Nur so kann für viele das da sein, was zum Arbeiten gebraucht wird. Nicht immer wird sich alles verwirklichen lassen, bis heute sind in einigen Werkstätten aber vorhanden:

- Layoutwerkstatt für Zeitungen, Flugblätter, Ausstellungen usw., bestehend aus Zeichentisch, -stiften und -geräten, Schablonen, Schnippelbüchern und Layoutsammlung (Bilder zum Einkleben in Mappen oder Hängeregistraturen) sowie Layout-Computer (mit DTP- und Zeichenprogrammen, teilweise mit Scanner, Laserdrucker usw.).
- Fotolabor mit Entwicklungsgerät für Film und Papier (gerade für schnelles Handeln ist Filmentwicklung wichtig) sowie Archiv z.B. mit Aktionsfotos, Fotos zu Umweltthemen bzw. einer Sammlung von Lebensräumen, um Veränderungen nachweisen zu können.
- Übernachtung: Ein oder mehrere Räume mit Betten für mehrtägige Aufenthalte oder Fläche für Matratzen bzw. Isomatten.



- Holzwerkstatt mit Geräten für Artenhilfen, Ausstellungen, Reparaturen usw.
- Landschaftspflege-Werkstatt mit Sensen, Gartengeräten, Sägen, Äxten für Naturschutzsätze, Biogartenanlage usw.
- Fahrradwerkstatt mit Ersatzteilen und Werkzeug sowie einem eigenen Bestand an Fahrrädern zum Verleihen.
- Küche mit Kochstelle, Backofen und weiteren Hilfsmitteln für biologisch-vollwertige Nahrungsmittel (Mühle, Obsttrocknung usw.)
- Umweltbibliothek mit Büchern zu allen Themen der Umweltarbeit sowie Politik und Jugend, eventuell auch weiteren Themen (Philosophie, anders leben ...).
- Landschaftswerkstatt mit Karten, Luftbildern, historischen Karten, Fotos, Akten über Planungen usw.
- Radio- und Tonstudio für eigene Interviews, Umweltradio, Hörspiele usw.
- Analysewerkstatt mit chemischen Meßgeräten und Testsätzen sowie Stereoskop, Windmesser, Ferngläsern usw. sowie der dazugehörigen Literatur.
- Druckerei für Flugblätter, Broschüren usw.
- Videowerkstatt mit Kamera, Gerät und Schnittplatz.
- Biogarten draußen.
- Ideenarchiv, d.h. eine in Aktenordnern, Mappen oder Hängeregistraturen gegliederte Sammlung von Beispielen für Aktionen, Geldquellen, Pressearbeit usw.
- Platz für Ausstellungen im Flur oder im Eingangsbereich.
- Mobiler Infostand (z.B. als aufklappbarer Fahrradanhänger) und/oder Infomobil - nutzbar für alle Gruppen bzw. sogar in Zusammenarbeit auch mit anderen Einrichtungen. Ein größeres Umwelt- und Infomobil kann wie eine fahrbare Projektwerkstatt ausgestattet werden, um unterwegs an Projekten arbeiten zu können. Die Stromversorgung sollte über ein Photovoltaikanlage erfolgen, die zusätzlich eine große Anziehungskraft ausstrahlt, d.h. viele Leute deswegen zum Infostand kommen.
- Infowand mit Terminen aller Gruppen und Projekte der Region.

Zudem können Räume zum Arbeiten, für Vorträge usw. sowie besondere Räume für Theatergruppen, Kinder usw. eingerichtet werden. Übernachtungsgelegenheiten schaffen die Möglichkeit, auch mehrere Tage zu arbeiten.



## Einfach loslegen

Wo zwei oder mehr Leute die Idee haben, kann die Verwirklichung bereits beginnen. Wichtig ist nicht nur die Suche nach weiteren MitstreiterInnen und Räumlichkeiten, sondern ebenso der Versuch, andere Gruppen und Initiativen für die Idee zu gewinnen. An einigen Orten ist der Vorläufer einer Werkstatt ein erstes gemeinsames Projekt gewesen, z.B. eine Veranstaltung, eine Zeitung, ein Terminplaner u.ä. Es darf nicht unterschätzt werden, wie schwierig es ist, verschiedene Gruppen und Vereine zur Zusammenarbeit zu bewegen. Jede/r sieht sich im Vordergrund, gerade zwischen den Führungspersonen der Gruppen entsteht Streit, oftmals werden Gemeinschaftsprojekte nur zweitrangig hinter den eigenen Aufgaben gesehen. Viele der bestehenden Gemeinschaftsprojekte werden von den Gruppen und Vereinen mitgetragen, weil sie sich selbst dort profilieren können (z.B. Zeitungen mit seitenweise Selbstdarstellungen).

Solche Projekte sind kein Gewinn, aus ihnen wird keine weitergehende Zusammenarbeit entstehen. Interessanter ist, ein echtes Projekt aufzubauen, bei dem die Idee im Mittelpunkt steht. Dann kann eine Podiumsdiskussion, eine Ausstellung, eine Zeitung, Aktion usw., viel bringen an Kontakten.

## 9.10

### Kontakte:

Umweltmobil der  
Projektwerkstatt im  
Kreis Gießen  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen-  
Saasen  
06401/903283

Ökomobil der  
JUP! Bad Oldesloe  
Am Bürgerpark 2  
23843 Bad Oldesloe  
04531/4512

Mobile  
Projektwerkstatt  
der Umweltwerkstatt  
Höckelböschstr. 4  
55743 Idar-Oberstein  
06781/47203

Aktionsmobil  
JANUN  
Goebestr. 3a  
30161 Hannover  
0511/3940415



Wenn es gut läuft, können in Gesprächen die Ideen von vielen Leuten eingebracht werden (siehe auch Kapitel 8, "Vernetzung").

### Weitere Leute suchen

Zusätzlich wird es auch immer Leute geben, die für eine solche Arbeit besonders gut ansprechbar sind. Das sind zum einen alle Initiativgruppen, denen Verbandsstrukturen (Büros, Gelder ...) fehlen wie z.B. Umweltgruppen an Schulen, freie Gruppen, die oft nur als Freundeskreis wirken, usw. Zum anderen sind es aber auch Einzelpersonen, die auf eigene Faust für die Umwelt aktiv oder die aus Vereinen, Parteien usw. ausgetreten sind, weil ihnen die dortige Hierarchie und Bürokratie nicht gefällt.

In allen genannten Fällen ist die Chance hoch, daß in ihnen sehr erfahrene, in der eigenständigen Arbeit geübte Leute gefunden werden. Allerdings mußnach ihnen intensiv gesucht werden. Oft sind sie "abgetaucht", haben sich aus Frust ins Privatleben zurückgezogen, woraus sie nur schwer wieder herauszuholen sind.

Außerdem sollte frühzeitig geprüft werden, ob nicht in der Gemeinde oder im Kreis JugendpflegerInnen bzw. UmweltberaterInnen arbeiten, die eine Projektwerkstatt oder einzelne Projekte unterstützen.

Viele von ihnen sind nämlich inzwischen sehr enttäuscht über fehlendes Engagement, das in Jugendgruppen und Naturschutzvereinen in den letzten Jahren immer mehr zurückging.

Manche JugendpflegerInnen oder UmweltberaterInnen sind gleichfalls inzwischen sehr träge geworden, andere aber warten darauf, daß endlich wieder jemand die Initiative ergreift und sie diese unterstützen können. Also: Fragen kostet nichts, zu verlieren gibt es auch nichts! Wenig Unterstützung wäre auch mehr als keine. Penetrant zu sein, ist meist ebenfalls kein Fehler.

### Eine Aktion als Einstieg

Oft ist es schlau, nicht nur mit Raumsuche usw. zu starten, sondern auch eine erste Aktion zu starten. Entlang dieser wird sich die Suche nach neuen Mitwirkenden und nach einem Raum entwickeln. Neue Kontakte werden für Nachfragen genutzt, oftmals können sich daraus schon konkrete Ideen entwickeln. Dort entstehen dann erste Werkstätten mit gespendeten Ausstattungen, eine Umweltbücherei, ein kleiner Treffpunkt usw. Andere Gruppen können eingeladen werden, sich dort zu treffen oder dort auch zu arbeiten. So entstehen Verknüpfungen, aber ebenso auch Ideen für

**Kontakte:**

Jugend-Aktions- und Projektwerkstatt  
Fürstengraben 30  
07743 Jena  
03841/449304

Umwelt- und Projektwerkstatt  
Postfach 194  
10003 Berlin  
030/202203-60

Projektwerkstatt für Umweltschutz und Selbstbestimmung  
Lange Str. 14  
17489 Greifswald  
03834/897514

Projektwerkstatt Alte Gipsmühle  
Beim Kalkberg 7  
21335 Lüneburg  
04131/66295

Projektwerkstätten Hamburg  
Gaußstr. 17  
22765 Hamburg  
040/394095

**9.11**

Umweltwerkstatt Willy-Brandt-Allee 9  
23554 Lübeck  
0451/7070646

Jugend-Umwelt-Projektwerkstatt & Naturkundewerkstatt  
Am Bürgerpark 4  
23843 Bad Oldesloe  
04531/4512

Umweltwerkstatt Verden  
Herrlichkeit 1  
27283 Verden / Aller  
04231/81046

Projektwerkstatt im Kreis Gießen  
Ludwigstraße 11  
35447 Reiskirchen-Saasen  
06401/903283

Projektwerkstatt Hauptstraße 12  
35781 Weilburg-Kubach  
06471/41757

Jugend-Umwelt-Info-Stelle (JUIS)  
Dippelstr. 10  
36251 Bad Hersfeld  
06621/41581





## Weitere Kontakte:

Jugend-Umweltbüro  
Göttingen  
Güterbahnhofstr. 10  
37073 Göttingen  
0551/487103

Projektwerkstatt  
Habsburgerstr. 9  
79104 Freiburg  
0761/554083

same Aktionen. Zudem wird es die eine oder andere Gruppe geben, die ihre Materialien dazu stellt und so Stück für Stück mehr daraus wird.

Gemeinsame Aktionen können auch später wichtig sein. Möglich ist eigentlich alles. Aus der laufenden gemeinsamen Arbeit heraus werden dann Ideen für ein eigenes Haus entstehen. Vielleicht gibt es dann auch irgendwann Leute, die Lust haben, in so einem Haus zu leben und die Idee mitzutragen.

## Werkstatt-Team

Die Projektwerkstätten sind offene Häuser bzw. Räume, die von allen genutzt werden können. Dabei muß klar sein, daß selbst die attraktivste Ausstattung noch nicht reicht, um auch genutzt zu werden. Viele Gruppen kommen kaum aus ihrem eigenen "Sumpf" heraus. Sie müssen direkt angesprochen und für die Nutzung bzw. auch das Mitmachen im Netzwerk mit den gemeinsamen Projekten gewonnen werden.

Aber selbst wenn das gelingt, fehlt noch ein Wichtiges: Das Team von Leuten, das die Werkstatt aufrecht erhält.

Meist ist es das gleiche Team, das gemeinsame, vernetzende Projekte voranbringt, z.B. eine Jugend-Umweltzeitung, ein Umweltmobil oder Vorschläge für gemeinsame Aktionen. Im Gegensatz zu den Projektgruppen, die die Räume nutzen, muß das Werkstatt-Team auch eine gewisse Kontinuität wahren. Manche sehen daher die Notwendigkeit,

Hauptamtliche in die zentralen Aufgaben aufzunehmen. Das kann nützlich, aber auch gefährlich sein, denn es schafft eine mehrfache Ungleichheit.

Hauptamtliche können sein: PraktikantInnen, Zivildienstleistende, TeilnehmerInnen des freiwilligen ökologischen Jahres (FÖJ), hauptamtliche Mitwirkende wie ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahme über das Arbeitsamt) oder JugendbildungsreferentInnen aus Verbänden oder Bildungseinrichtungen. Wichtiger als hauptamtliche Kräfte ist der Aufbau eines dauerhaften Stamms von Mitwirkenden.

Teil dieses Koordinationsteams können sein:

- Eine oder mehrere Wohngemeinschaften in der Werkstatt, wenn das möglich ist, bzw. im gleichen Ort. Ein solches Werkstattsteam ist nicht nur am dichtesten dran an der Arbeit und fast immer ansprechbar, es bietet auch die Möglichkeit für ein anderes Alltagsleben. Die Wohngemeinschaft kann Keimzelle von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften sein, gemeinsames Lernen und Leben, Verzicht auf Wegwerfkonsum, Auto und billigen Zeitvertreib, gemeinsame Arbeit, Musik und Erleben können im Mittelpunkt stehen und sich dann auch von der Lebensart her beispielhaft auf die Umgebung auswirken.
- Eine Vernetzungsrunde aus den an der Werkstattarbeit interessierten Leuten der Projektgruppen, Umweltverbände usw. am Ort. Eine Zusammenarbeit hier kann zudem dem Infoaustausch dienen. Zudem erleichtert es das anzustrebende Ziel, Gemeinschaftsarbeiten auf die beteiligten Gruppen zu verteilen (z.B. eine Gruppe betreut die Bibliothek, eine andere das Labor ...).
- Und natürlich: Überhaupt alle, die Lust haben, sich daran zu beteiligen. Es gibt viele Werkstätten, in denen nur ehrenamtlich Jugendliche wirbeln - und es trotzdem hinbekommen!

9.12

## Problemfelder

In schwierigen Entwicklungen der Personal- und Aktivenstruktur liegt die häufigste Ursache für das Scheitern von Projektwerkstätten, Umweltzentren usw. Die Erfahrung zeigt folgende Probleme:

### Hinnahme von Hierarchien

In einigen Fällen haben sich Werkstätten selbst vereinsähnliche Strukturen gegeben, Vorstände oder SprecherInnenräte gewählt und so bestimmte Personen aus der Gleichberechtigung emporgehoben. Viel häufiger



aber tritt der Fall auf, daß schleichend einige Personen mehr Einfluß gewinnen, weil sie sich um die Koordination, um Finanzen und Geschäftsführung kümmern und somit eher die Lage einschätzen können als andere. In der Folge wird ihre Stimme gewichtiger. Dieser Prozeß wird nur selten aktiv durch die dann zentral stehenden Personen herbeigeführt, sondern fast immer durch die Verantwortungslosigkeit, das Sich-nicht-kümmern bzw. das bequeme Andere-machen-lassen der anderen. So wie Chefs dem Sinn einer Projektwerkstatt widersprechen, tun das ebenso all die, die sich nicht an der Verantwortung und an den Entscheidungsprozessen beteiligen wollen, weil es für sie bequemer und einfacher ist, andere machen zu lassen und so für nichts einstehen zu müssen.

### Hauptamtlichkeit

Werden einzelne als PraktikantInnen, FöllerInnen, ABM oder Zivis bezahlt, entsteht ein mehrfaches Gefälle zwischen ihnen und den anderen. Sie verbringen mehr Zeit in der Projektwerkstatt, sie haben mehr Informationen und werden von anderen oft für die ungeliebten Geschäftsführungsaufgaben eingesetzt (was ihren Informationsvorsprung gerade dort noch weiter vergrößert). Auf der anderen Seite erhalten die "Hauptamtlichen" oft ein festes Honorar, was der Idee selbstbestimmter Arbeit zuwiderläuft.

Sie leben meist vom Geld anderer (bzw. aller) - und das völlig unabhängig von ihrer tatsächlichen Arbeit. Für einige sind Projektwerkstätten in der Vergangenheit zu "sozialen Hängematten mit Öko-Touch" geworden.



### Alter

Inzwischen sind die ersten der Jugend-ProjektwerkstattengründerInnen über 30 Jahre alt. Deutlich merkbar entstehen Probleme zwischen den "alten Hasen", den jahrelang geübten und erfahrenen KämpferInnen der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung auf der einen Seite sowie den gerade von Zuhause, aus einem Verband o.ä. stammenden Neulingen. Das Ideal, alle in einem Team zu integrieren, scheitert meist. Die "Neuen" sind überfordert, die "Alten" trauern alten Zeiten hinterher, wo sie selbst das Arbeitstempo bestimmten und wesentlich effektiver arbeiteten. Immer öfter zeigen sich auch Unterschiede in der politischen Radikalität: Die Jüngeren beklagen die radikalen Alten, die Alten lästern über die "schlafte Jugend". In Natur- oder Umweltzentren herrschen meist deutlich Ältere oder gar RentnerInnen. Dort ist es umgekehrt - jüngere finden die "Oberen" zu lasch und fühlen sich in ihrer Kreativität eingeeengt.

9.13

### Lösungsmöglichkeiten

Naheliegender ist es, die Freiheit im Arbeitsstil auch auf das Nebeneinander von Menschen mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu beziehen. Danach sollten Hauptamtliche und Ehrenamtliche im Team der Werkstatt gleich dastehen, aber in den Projektgruppen kann es sehr unterschiedlich sein. Bereiche der Geschäftsführung sollten weitestmöglich in Projektgruppen verlegt werden (z.B. jede Projektgruppe macht ihre eigene Abrechnung, jede Projektgruppe übernimmt möglichst noch eine Sonderaufgabe aus dem gemeinschaftlichen Bereich, der Jahresabschluß wird auf einem Abschluß- und Neuplanungs-Wochenendcamp erledigt usw.).

Für die Altersfrage wird zu klären sein, wie weit auch altersmäßige Trennungen sinnvoll sind (bzw. auch Trennungen nach Frauen und Männern usw.). So können spezifische Projekte entstehen oder auch Wohnge-



meinschaften im Umfeld oder sogar in der Projektwerkstatt.

Entschärft werden können die Probleme durch die Einstellung von Hauptamtlichen für klar abgegrenzte Projektbereiche oder Tätigkeiten, die anschließend abgeschlossen sind (z.B. Renovierungen, Aufbau einer Bibliothek).

Die bisherige Strategie, Feierabendnatur-schutz mit Supermarktessen, 8-Stunden-Ma-loche und Autofahren zu verknüpfen, muß endlich zu Ende gehen.

Platz hat eine neue, überzeugendere Form von Umweltschutz - ohne Hierarchie, mit einem anderen Alltag und in offenen Räu-men, wo alle mit- und nebeneinander wirken!

## Wer hilft?

Am einfachsten ist der Draht zu anderen Werkstätten und Zentren. Die Adressen ste-hen in dieser Mappe. Zwischen einigen, poli-tisch orientierten Werkstätten gibt es einen regelmäßigen Austausch, viele kennen sich untereinander, immer mal wieder finden ge-meinsame Aktionen landes- oder bundesweit statt. Als solidarische Selbsthilfe existiert der Jugend-Umwelt-Projektfonds (JUPF). Das ist ein loser Zusammenschluß von Projekten und Werkstätten bundesweit und Basis für gegenseitige Hilfe bzw. für Starthilfe neu-er Projektwerkstätten. Beratung, ein Sach-wertepool sowie in begrenztem Umfang auch Gelder stehen bereit.

Jede/r kann jederzeit in den anderen Werkstätten anrufen oder Briefe schreiben. Viele helfen sich gegenseitig und sind im Verbund alle gleichberechtigt! Der Jugend-Umwelt-Projektfonds und das Netzwerk der offenen Aktionsplattformen ist auch offen für Umwelt- und Naturschutzzentren, die die gleichen Grundsätze verfolgen. Der Name spielt keine Rolle!

9.14

### Bundesweiter Kontakt der Pro- jektwerkstätten:

Jugend-Umwelt-  
Projekt-Fonds (JUPF)  
Hersfelder Str. 3  
36272 Niederaula  
06625/919295

## Überall Werk- stätten???

Warum nicht ... alles, was in ihnen läuft, ist an jedem Ort wichtig: Aktion, Information, anders leben. Und Häuser stehen auch an vielen Stellen leer, Vereinsheime oder Jugendzentren sind kaum genutzt. Eine Pro-jektwerkstatt verbindet den Anspruch konkreter Umweltschutzarbeit mit der Idee eines anderen Lebens.

## Der Autor

Jörg Bergstedt  
c/o Institut für Ökologie - Büro Osthessen-  
Hersfelder Str. 3  
36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919297  
eMail: institut@juis.insider.org



# Wer schreibt, der bleibt!

Neue Kommunikationsmittel wie E-Mail, ISDN, Bildtelefon und Internet lösen mehr und mehr klassische Formen wie Briefe und persönliche Treffen ab, was nicht nur Geschwindigkeits- sondern je nach Umfang auch finanzielle Vorteile hat. Selbst das Fax verliert gegenüber neueren Technologien langsam seine Bedeutung. Die Korrespondenz von Computer zu Computer via Modem bzw. ISDN-Card spart mehrere Arbeitsschritte (ausdrucken, einscannen/faxen, empfangen/ausdrucken) ein. Auch Umweltgruppen kommen ab einem bestimmten Grad an Professionalität kaum um diese Mittel der Kommunikation umhin. Das mit Abstand wichtigste Kommunikationsmittel ist aber nach wie vor das Telefon, da es den direkten Kontakt ermöglicht. Schriftstücke - egal ob Brief, Fax, oder E-mail - bleiben oft unbeantwortet, versumpfen auf irgendwelchen Schreibtischen oder gehen im Alltagstrubel unter. Wer Kontakt zu einer unbekanntenen Person aufnehmen will, sollte immer erst anrufen, dann schriftliche Infos folgen lassen.

## "Entmenschlichte" Kommunikation

Medien und Kommunikationsmittel dienen nicht nur dem Kontakt nach außen, sondern auch der gegenseitigen Information in der Gruppe. Passiert plötzlich etwas überraschendes, so setzt sich in vielen BürgerInneninitiativen bereits seit Jahren eine Telefonkette in Bewegung, die in kurzer Zeit alle Mitglieder der Gruppe erreicht hat.

Sehr beliebt, nicht nur bei politisch aktiven Gruppen, ist auch die sonntägliche "Stammtischkommunikation", auf die hier aber nicht weiter eingegangen werden soll.

Telefonkonferenzen und Netzdiskussionen können zeit- und kostenaufwendige Treffen überflüssig machen. Einige sprechen positiv von technischer Revolution andere von einer Entmenschlichung

der Kommunikation. Entbehrlich wird der direkte Kontakt bei Verhandlungen und Gruppentreffen wohl nie werden. Vieles läßt sich einfach nicht über Medien vermitteln. Insbesondere wird der Kontakt weitgehend auf Sprache reduziert, nichtsprachliche Ausdrucksmittel wie Körpersprache gehen verloren. Gerade bei schriftlichen Kommunikationsformen wird dies zum Problem.

Bekannt ist z.B., daß Diskussionen auf Datennetzen oft eskalieren, weil Äußerungen von den EmpfängerInnen viel "härter" verstanden werden, als sie ursprünglich gemeint waren.

Von der lockeren Lästerstimmungsatmosphäre, in der ein/e AbsenderIn "Saft-sack" geschrieben hat, kommt in der E-mail nichts rüber. Außerdem entstehen die besten Ideen oft bei lockerem Tratsch und Klatsch in gemütlicher Runde.



10.1

### Kontakte:

Chaos-Computer-Club  
<http://www.ccc.de>

Mensch Umwelt  
Technik e.V.  
Im Winkel 3  
20251 Hamburg  
040/464811

GCN  
Grünes Computernetz  
Uwe Liehr  
Schliemannstr. 4  
10437 Berlin



## Mailboxen

Eine Mailbox besteht aus einem zentralen Rechner, der von beliebig vielen Computern aus den Büros der Gruppen oder von Einzelpersonen angerufen werden kann. Über Mailboxen ist es zum einen möglich, elektronische Post - sogenannte E-Mail - von einem Computer zum anderen zu verschicken. Das geht oft über Mailboxnetze sogar zwischen vielen verschiedenen Mailboxen - zumindest bei größeren Mailboxen meist auch zum Internet. Zum anderen können in verschiedenen "Brettern" Texte, z.B. aktuelle Termine oder Diskussionspapiere, abgelegt und von den anderen NutzerInnen der Mailbox abgerufen werden. Diese können dann bestehende Texte kommentieren oder neue hinzufügen. Beim nächsten Anruf in der Mailbox werden dann die neuen Texte sowohl von den Rechnern der NutzerInnen zur Mailbox als auch von dort zu den NutzerInnen übertragen. So ist es möglich, elektronische Diskussionen zu führen.

Die meisten Mailboxen tauschen Bretter über Mailboxnetze aus, so daß Diskussionen bundes- oder gar weltweit möglich sind. Es gibt oft auch lokale oder regionale Bretter. Auf den Brettern kommen auf einen kontroversen Diskussionsbeitrag oft gleich von vielen Menschen entsprechende Antworten.

Wo es bereits Mailboxen gibt, ist leider nicht genau zu sagen, denn es gibt kein "Telefonbuch" der Mailboxen, viele ComputerhändlerInnen vor Ort können aber Auskunft über regionale AnbieterInnen geben. Viele dieser AnbieterInnen sind bereit, gemeinnützigen Initiativen einen günstigeren, wenn nicht sogar kostenlosen Zugang zu allen Informationen anzubieten. Oft können Gruppen dann auch eigene Bretter anlegen, die wiederum von weiteren NutzerInnen der Mailbox gelesen werden können.

Die meisten MailboxbetreiberInnen sind entweder Privatpersonen oder kleine Vereine, es wäre also falsch, hohe Professionalität von MailboxbetreiberInnen vorauszusetzen. Der E-Mail-Versand und der Austausch der Bretter über Mailboxnetze geht meist über Nacht und ist damit deutlich langsamer als im Internet, da Mailboxen oft nur ein- oder

zweimal täglich andere Boxen oder einen Internetrechner anrufen, um E-Mails auszutauschen. Wer aber keinen großen Wert auf Schnelligkeit, sondern auf die Möglichkeit, mit Leuten vor Ort Diskussionen auszutragen, legt, ist bei einer Mailbox sicher aufgehoben. Große Mailboxen haben manchmal auch eine Standleitung und erreichen so auch bei E-Mails Internetgeschwindigkeit.

## Mailbox-Netze

Es gibt sowohl "einzelne" Mailboxen, als auch solche, die einem bundesweiten oder internationalen Mailboxnetz angehören. Wichtig ist, welche Bretter in einer Box existieren und in welches Netz sie eingebunden ist. Wer politische Information sucht, ist mit einer Lindenstraßen-Fan-Mailbox sicher schlecht bedient. Das wichtigste weltweite Mailboxnetz für politische Informationen (viel auch im Umweltbereich) ist die "Association for progressive Communication (APC)" und ihr deutscher "Ableger" Comlink (/CL). Eine Mailbox, die APC- und /CL-Bretter hat, ist eine wahre Fundgrube für AktivistInnen. Ein Mailboxnetz von Frauen ausschließlich für Frauen ist das FemNet; es ist als Reaktion auf die immer noch extreme Dominanz von Männern im Bereich neuer Medien entstanden. Etwas sehr Eigenes ist das "Fido-Net". Abweichende technische Standards (z.B. bei der E-Mail Adressierung) und eigentümliche soziale Gepflogenheiten (so ist es schon vorgekommen, daß MailboxbetreiberInnen private E-Mail gelesen haben) erwecken bei vielen nicht unbedingt Sympathie. Gerade in der internationalen und entwicklungspolitischen Arbeit führt manchmal dennoch kein Weg an Fido vorbei, da dieses Netz gerade in sogenannten Entwicklungsländern recht verbreitet ist und dort oft das Internet "ersetzt".

## Internet

Das Internet ist ein Netz über Standleitungen verbundener Computer mit weltweitem Charakter. Menschen aus allen Län-

### Kontakte:

Mailboxverbund  
LINKSysteme  
(CL-Netz)  
Kommunikation und  
neue Medien e.V.  
Postfach 190520  
80605 München  
089/1675106  
Politik, Umwelt,  
Menschenrechte

APC - Comlink e.V.  
0511/1617811  
Umweltschutz, Frie-  
den, Entwicklung,  
Menschenrechte

## 10.2

### Literatur:

Holger Reibold:  
E-Mail  
(1996, tewi Verlag in  
München, 128 S.)  
Kompaktes, informa-  
tives Taschenbuch.

e-mail in der Umwelt-  
bildung - eine praxi-  
orientierte Ein-  
stiegshilfe  
(Mensch Umwelt  
Technik, Hamburg)  
Geeignet für Schüle-  
rInnen und Erwach-  
sene, dokumentiert  
übersichtlich die  
Bretter im CL- und  
APC-Netz.  
Inklusive Programm-  
diskette.



dern werden an den Diskussionen und Mail-Listen teilnehmen, Menschen, die mensch nie persönlich kennenlernen wird, die aber trotzdem durch ihre Mitteilungen die Diskussionen und den Meinungsaustausch im Netz vorantreiben. Das Internet bietet vielfältige Kommunikationsmöglichkeiten, persönliche und offene. Das wohl wichtigste nicht-öffentliche System ist E-Mail.



## E-Mail

Wie herkömmliche Post auch wird "Electronic Mail" von einer Person zu einer anderen geleitet. Anders als in den meisten Mailbox-Netzen wandert eine E-mail hier innerhalb von wenigen Sekunden um den Globus und durchläuft dabei unter Umständen mehrere Dutzend Rechner.

Sehr beliebt sind im Internet auch Mail-Listen. Das heißt, eine Mail wird nicht nur einer Person zugestellt, sondern einer ganzen Liste von EmpfängerInnen. Dies ermöglicht eine sehr schnelle Verbreitung von Informationen. Um den Nutzen von E-Mail für Gruppen zu verdeutlichen, hier ein paar Beispiele: Ein Mitglied der Gruppe hat eine wichtige Neuigkeit erfahren, verfaßt eine Mail, sendet sie an die für E-Mails zuständige Person, die sie dann an alle Mitglieder, die auf der E-Mail-Liste stehen, weiterleitet. Solche Mailinglisten sind in Mailboxen zwar weniger üblich, aber auch möglich. Eine Mail-Liste kann jede/r E-Mail-TeilnehmerIn erstellen, quasi als würde mensch einen "Infobrief" mit gleichem Inhalt an verschiedene EmpfängerInnen versenden. Dies kann auch von einem Programm übernommen werden, das alle eingehenden Nachrichten automatisch an alle bekannten Gruppenmitglieder weiterleitet.

Wer sich mit E-Mail beschäftigt, entdeckt sehr bald die Gefahren. Viele Internet-UserInnen mit E-Mail-Erfahrungen können Mails un-

terwegs abfangen, deren Inhalte verändern und weiterleiten. Um dies zu verhindern, sind mehrere Codier-Programme meist kostenlos im Internet erhältlich. Das verbreitetste ist PGP. Es ist zwar recht kompliziert zu bedienen, erfüllt aber seinen Zweck sehr gut.

PGP-UserInnen erstellen auf ihrem Rechner einen "Schlüssel", von dem eine Hälfte an Personen verschickt wird, die vertrauliche Mails an den/die ErstellerIn des Schlüssels senden wollen. Mit diesem Schlüssel können Mails kodiert werden, um sie aber wieder lesbar zu machen, wird der zweite Teil des Schlüssels benötigt, der noch immer auf der Festplatte des/der ErstellerIn liegt und auch niemals versendet werden sollte. Nur wenn beide Schlüsselteile zusammen passen, können E-Mails gelesen werden, ansonsten sieht mensch lediglich "Datenmüll", mit dem beim besten Willen nichts anzufangen ist. Außerdem lassen sich mit PGP Dokumente "unterschreiben", so daß der/die EmpfängerIn die Echtheit prüfen kann. Auch Verträge sind so über E-Mail abzuschließen.

Selbst Geheimdienst-Computer benötigen mindestens drei bis vier Wochen zum Entschlüsseln einer einzigen mit PGP kodierten Nachricht. Aus diesem Grund ist PGP in einigen Ländern (z.B. Frankreich) verboten. Generell fällt dieses Programm unter das Kriegswaffenkontrollgesetz, weshalb der Export in bestimmte Länder (z.B. Irak) untersagt ist.

## WWW

Das World Wide Web (WWW) ist mit Schautafeln vergleichbar. Wie auf einer endlosen Ausstellung kann der/die "Net-SurferIn" Bilder, Texte und Dateien auf seinen/ihren Computer laden. Durch einen Mausklick auf besonders hervorgehobenen Text oder Grafiken werden neue Seiten geöffnet. Auf welchem Rechner die Seiten liegen, die auf dem Bildschirm erschienen, spielt überhaupt keine Rolle. Eine Seite, die von einem Rechner in den USA geladen wird, baut sich genauso schnell (oder langsam) auf, wie eine von einem Hamburger Rechner.

Der Informationsgehalt von Seiten im WWW schwankt sehr stark. Neben den Infor-

10.3

### Literatur:

Thomas Reuter:  
Online sofort!  
(1995, Data Becker in  
Düsseldorf, 386 S.)  
Sehr übersichtlich  
und verständlich ge-  
schrieben.

Peter Horvath:  
Online-Recherche  
(1994, Vieweg Verlag  
in Braunschweig,  
187 S.)  
Tips zur Nutzung von  
Datenbanken.



mationen, die mensch wirklich sucht, werden oft Seiten mit völlig sinnlosem Inhalt auf den Rechner geladen.

Im WWW kann nur einseitig kommuniziert werden, das heißt, eine Person bzw. Institution kann zwar Informationen anbieten, aber nur mit relativ viel Aufwand Rückmeldungen oder gar Diskussionen organisieren. Die einfachste Form der Reaktion auf ein WWW-Angebot ist eine E-Mail, weshalb auf den meisten Web-Seiten die E-Mail-Adresse des/der AutorIn zu finden ist.

Die meisten größeren Firmen, aber auch Umweltgruppen und Privatpersonen haben eine eigene sogenannte Homepage, auf der Informationen zu allen möglichen Produkten, Dienstleistungen oder sonstigen Themen abrufbar sind. Sie sind meist aufwendig illustriert und bebildert. Laufschriften und sogar Trickfilmanimationen sind möglich.

So sind zum Beispiel auf der Homepage der politischen Projektwerkstätten, der "Projektwerkstatt.de", Informationen zu vielen umwelt- und sozialpolitischen Themen abrufbar, die als Wissensgrundlage für verschiedene Kampagnen dienen. In diesem Internetangebot betreuen verschiedene Gruppen diverse Themenbüros (Themenseiten), ständig können neue hinzukommen, wenn es Leute gibt, die einen inhaltlichen Themenschwerpunkt kontinuierlich betreuen wollen.

## 10.4

### Literatur:

Rainer Kolbeck und Hans Hajer: Erfolgreiche Internetsuche (1997, Markt & Technik in Haar, 250 S.)  
Tips zur Datensuche beim "Surfen" oder auf anderen Wegen.

### Newsgroups

Diskussionen werden in sogenannten Newsgroups im Usenet geführt. Sie arbeiten nach dem gleichen Prinzip wie Bretter in Mailboxen. Hier kann jede/r Internet-TeilnehmerIn Mitteilungen "posten". Sie können, falls sie nicht codiert sind (was aber ziemlich selten vorkommt), von allen Internet-TeilnehmerInnen gelesen werden.

Das Usenet besteht aus vielen tausend Diskussionsgruppen, die nach Themen geordnet sind und meist ohne DiskussionsleiterIn auskommen. Einige Mailboxnetze (/CL nicht) bieten ihre Bretter auch als Newsgroups im Internet an. Umgekehrt ist es über Mailboxen oft auch möglich, in einzelnen Newsgroups mitzudiskutieren. Wer häufiger

Mailboxbretter und Internet-Newsgroups liest, wird allerdings bald feststellen, daß die Bretter für politische Infos meist interessanter und niveauvoller sind. Im Usenet geistert viel "Müll" (z.B. Kettenbriefe) herum, nicht zuletzt weil die Verwendung gefälschter AbsenderInnen recht einfach ist.

### FTP

FTP (File-Transfer-Protocol) ist eine Möglichkeit, weltweit Dateien zu übertragen. Dateien, die für einen E-Mail-Versand zu unhandlich sind, weil sie zu lange Übertragungszeiten benötigen würden, können auf einem FTP-Computer abgelegt werden und von interessierten Personen abgeholt werden. Programme sind im Internet meist auf FTP-Servern abgelegt. Über Passwörter kann auch hier die Zugangsberechtigung auf bestimmte Personen begrenzt werden.



### Provider

Um mit dem eigenen Rechner ins Internet zu gelangen, muß mensch sich zunächst bei einem Provider einwählen. Als Provider bezeichnet mensch eine/n Internet-AnbieterIn, der/die eine oder mehrere Leitungen zu anderen Internet-Rechnern hat, die wiederum mit anderen Rechnern verbunden sind.

Befehle von den Computern der Internet-UserInnen werden zunächst über eine Telefonleitung zum Provider übertragen, von wo



aus sie zu anderen Internet-Rechnern übertragen werden. Von dort werden oft Dateien zurückgesandt, die dann auf dem Bildschirm der UserInnen erscheinen.

Es gibt einige große Provider, die fast jedem ein Begriff sind: T-Online, Compu-Serve, America Online, ... Daneben gibt es noch in fast jeder Region kleine Konkurrenten zu diesen Internetgiganten, die mit anderen Tarifen einen eigenen KundInnenstamm aufbauen.

Der Preis für die Internetnutzung setzt sich zusammen aus den Telefongebühren bis zum Provider, der Grundgebühr, die meist monatlich zu entrichten ist, und einer zeitabhängigen Nutzungsvergütung des Providers. Im Endeffekt am günstigsten ist meist ein Provider, der zum Ortstarif erreichbar ist. Die Grundgebühr bewegt sich meistens in Bereichen um 10,- DM pro Monat, die Nutzungsvergütung kann je nach Anbieter bis zu 10 Pfennig pro Minute betragen, aber auch ganz entfallen. Hier liegt auch der wesentliche Unterschied zwischen den einzelnen Providern. Die "Großen" verlangen normalerweise eine geringe Grundgebühr und stellen, wenn überhaupt, nur eine geringe Anzahl von Stunden zur Verfügung, zu denen kostenlos im Internet "gesurft" werden darf. Alles, was darüber hinausgeht, muß dann im Minutentakt abgerechnet werden und wird am Monatsende vom Konto abgebucht.

Die kleineren Provider bieten hingegen Tarife an, die aus einer höheren Grundgebühr bestehen, dafür aber auch erheblich mehr Freistunden beinhalten. Wer also nur ein paar Stunden pro Monat das Internet nutzt, zahlt bei GroßanbieterInnen weniger, als "DauersurferInnen". Diese sind bei regionalen Providern sicher besser aufgehoben.

Nicht unwichtig bei der Wahl des Providers ist die Geschwindigkeit, mit der die Daten durch die Leitung wandern, denn was nützt der billigste Provider, wenn ein/e KonkurrentIn, der/die etwas teurer ist, dieselbe Datenmenge viel schneller übertragen kann?

Wie schnell ein Dienst wirklich ist, läßt sich nur ausprobieren. Viele Online-Dienste ermöglichen Testzugänge, für die einen Monat lang oder für die ersten paar Nutzungstunden keine Gebühren entrichtet werden müssen. Die Leistung des Internetzugangs ist auch sehr stark abhängig von der Tages-

zeit. Abends, kurz nach Beginn einer neuen Taktzeit, wenn das Telefonieren billiger wird, wählen sich oft Hunderte von KundInnen bei einem Provider ein, der die riesige Datennachfrage dann kaum bedienen kann. Besser sieht das dann schon nachts oder tagsüber aus (dann aber zu erhöhten Telefentarifen).

Im Gegensatz zu den großen Internet-Providern bieten regionale AnbieterInnen in der Regel keine eigenen Dienste an. Ob diese wirklich benötigt werden, muß jede/r NutzerIn für sich entscheiden, es gibt letztendlich kaum eine Dienstleistung eines Providers, die nicht auch irgendwo im Internet verfügbar ist, sei es nun ein Newsticker mit den neuesten Nachrichten der Welt, eine Zugauskunft der Deutschen Bahn, oder Diskussionsforen, sogenannte "Chats", zu allen möglichen Themen.

### Mailbox oder "Surfen"?

Zur Zeit ist fast nur vom Internet die Rede. Das aber ist in der Regel gar nicht der richtige Begriff. Gemeint ist das "Surfen" durch die WWW- oder andere Seiten, die "online", d.h. mit bestehender Telefonleitung abgerufen werden. Das kostet Geld. Die meisten privaten "SurferInnen" sind daher nachts unterwegs. Internet bezeichnet die Vernetzung der verschiedenen Datennetze, seit der Vollenendung des Internets können die Daten überall fließen. Wer irgendwo angeschlossen ist, hat eine Internet-Adresse (siehe E-Mail). Das ist genauso über Mailboxen, die einen Internetzugang haben (also im großen Netz mit drinhängen), möglich wie über den Provider, die Uni oder eine Firma, bei der auch das "Surfen" möglich ist.

Wer im Internet "surft", kann auf alle dort angebotenen Daten zurückgreifen. Der Nachteil sind die hohen Kosten und der Zwang, schnell zu arbeiten (eben wegen der Kosten). Dadurch sind Diskussionen in Netz meist oberflächlich. Hervorragend aber ist der Datenzugang. Online kann ausgewählt, in Datenbeständen geblättert und das Gewünschte abgespeichert werden: Software, Literaturlisten, Bilder, Statistiken und vieles mehr.

Wer über eine Mailbox angeschlossen sein will, sollte darauf achten, daß diese Box

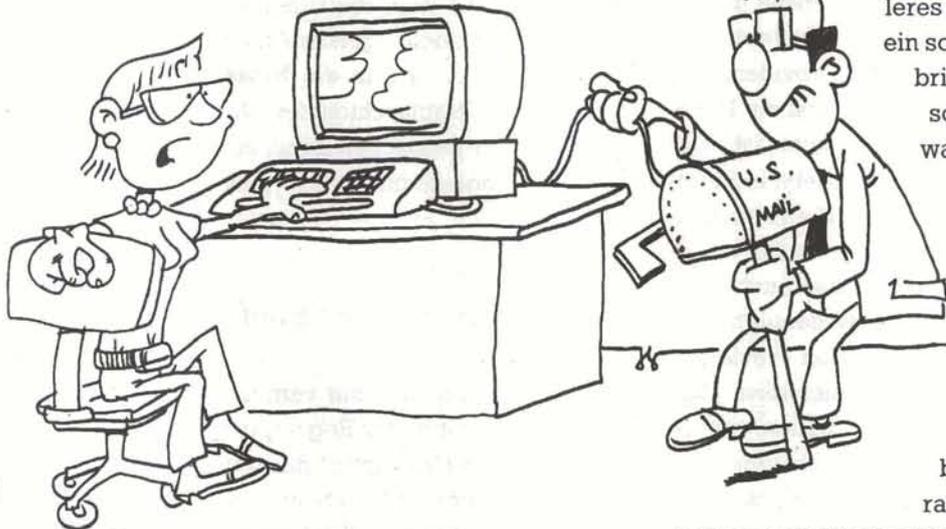


### Literatur:

Hubert Zitt:  
Die Telekommunikationswerkstatt (1996, Markt & Technik in Haar, 506 S.)  
Viel praktisches Wissen, vor allem auch zum Basteln an Computer und Telefonanschluß. Mit CD-Rom.

H.-P. Messmer:  
PC-Hardwarebuch (1997, Addison-Wesley in Bonn, 1428 S.)  
Ein dickes Buch voller Informationen, mit Darstellungen von Arbeitsschritten usw. Die verschiedenen Bauteile des Computers sowie ihre Nutzung, Optimierung und Programmierung werden beschreiben. Ein Nachschlagewerk vor allem für Profis und fachlich Interessierte.

mit den anderen Netzen verknüpft ist. Der "User" sollte eine eigene E-Mail-Adresse haben. Über gute Mailboxen sind genauso Maillisten zu erstellen und zu empfangen, private Mails zu verschicken usw. Die Diskussionen laufen "offline" ab, d.h. die Beiträge können in aller Ruhe gelesen bzw. neu geschrieben werden. Dann wird alles im Block rausgeschickt. Die Telefongebühren sind sehr niedrig. Wer beide Vorteile haben will: Internet und Mailboxzugang können sich gut ergänzen.



## 10.6

### Systemvoraussetzungen

Für die Benutzung eines Mailbox-Systems werden keine hohen Anforderungen an den verwendeten Rechner gestellt. Amiga- und Atari-Homecomputer können ebenso verwendet werden wie 2.86-PCs oder alte Macintosh-Modelle. Wie bei der Benutzung des Internets wird ein Modem benötigt, das die digitalen Daten des Computers in analoge Informationen umwandelt, die auf der Telefonleitung übertragen werden können.

Wer das Internet nutzen will, sollte mindestens einen 3.86-Computer benutzen. Größere Anforderungen als bei Mailboxen werden an das Betriebssystem gestellt, das das Internet-Protocol (IP) beherrschen muß. Das IP ist gewissermaßen die Übertragungsnorm für Daten im Internet. Die meisten Online-Dienste stellen ihren KundInnen Software zur Verfügung, ältere Betriebssysteme wie Windows bekommen so ihre IP-Fähigkeit, neuere System wie Windows95, WindowsNT oder OS/2 haben das IP bereits eingebaut.

### ISDN oder Modem

Bei Verwendung eines Modems werden die Daten über die herkömmliche Telefonleitung übertragen. Je nach Provider und dem verwendeten Modem können maximal 38600 Bit (binäre Informationseinheiten) pro Sekunde übertragen werden. Im Handel sind Modems mit einer Geschwindigkeit von 14.400 bit/s oder 28.800 bit/s üblich. Langsamere Modems sollten auf keinen Fall verwendet

werden. Mehr als ein schnelleres Modem kann aber oft ein schnellerer Provider erbringen, denn selbst das schnellste Modem muß warten, bis der Provider

Daten zum Abruf bereit stellt. Bei ISDN (Integrated Service Digital Network) werden die Daten mit bis zu 64.000 bit/s übertragen.

Bei vielen Diensten bringt dies einen überragenden Geschwindigkeitsvorteil. Manche Dienste haben aber noch keinen ISDN-Zugang eingerichtet, außerdem muß eine erhöhte Telefongrundgebühr für die ISDN-Leitung in Kauf genommen werden, die aber unter Umständen günstiger ist als zwei analoge Telefonleitungen. Wer also ohnehin über zwei Telefonleitungen verfügt, etwa separat für Fax und Telefon, sollte sich bei einem Telekom-Anbieter über die aktuellen Tarife informieren.

Marco Kratzenberg:  
PC-Werkstatt mit Durchblick (1995, C. Hanser in München, 237 S.)  
Ein Buch für alle, die ihren Computer reparieren müssen oder aufrüsten wollen - immer hin der deutlich billigere und umweltgerechtere Weg zu einem leistungsfähigeren Computer gegenüber dem Neukauf. Auf der beiliegenden CD sind Diagnoseprogramme für die Hard- und Software zusammengestellt.

## Briefe

### Aufbau der Korrespondenz

Briefeschreiben ist nicht alles, doch eine noch immer häufig angemessene und unersetzbare Kommunikationsform. Auch wenn die Bedeutung des Briefes gegenüber anderen "Informationsträgern" wie Telefon und Fax bzw. den oben behandelten "neuen Kommunikationsmitteln" immer weiter abnimmt, so kann dennoch von geübten "Schreiberlin-



gen" mit Hilfe von Briefen sehr viel bewirkt werden. Auf jeden Fall gilt es immer, sich zu fragen, ob es sich lohnt, den langen Zeitaufwand zu betreiben, der zur Erstellung eines Briefes erforderlich ist. Wenn es aber schon sein muß, dann sollte der Brief auch von Form und Inhalt her ansprechend und zweckmäßig ausfallen.

Offizielle Vorgänge bedürfen der schriftlichen Form, zudem ist der Brief in fast allen Sachfragen präziser, Anlagen, Fotos und Zeichnungen können verschickt werden. Daher ist es wichtig, mit diesem Mittel richtig umzugehen.

Überschätzt werden darf der Brief aber heute nicht mehr. Wo nur Briefe geschickt werden, bleibt häufig eine Antwort aus. Meist sollte dem Brief ein telefonischer Vorkontakt vorangehen, damit die anzuschreibende Person bekannt ist und mit dieser bereits das Anliegen diskutiert wird. Dann kann der Brief an die richtige Person geschickt und zielgemäß abgefaßt werden.

Je nach Anlaß und AdressatIn eines Schreibens sollte dessen Aufmachung ausfallen. Denn über die Form und den Aufbau einer Korrespondenz kann dessen besondere Beachtung und Berücksichtigung gegenüber anderen eintreffenden Briefen und Faxen gesteigert werden. Wer einmal einen Schreibmaschinenkurs besucht hat, weiß, daß es feste Regeln gibt: Wie groß welche Abstände sein müssen etc. Diese Regeln sind auch grundsätzlich zu berücksichtigen, können aber bewußt gebrochen oder überspitzt werden, um in der Papierflut eines Posteingangs aufzufallen und dem Anliegen Nachdruck zu verleihen.

## Die äußere Form

Briefe sollten möglichst nicht über mehrere Seiten gehen. Auf einer bzw. maximal zwei Seiten sollte der Sachverhalt kurz dargestellt werden. Das Schriftbild sollte möglichst gleichmäßig und durch Absätze sinnvoll gestaltet sein. Bei sehr kurzen Texten kann zur gleichmäßigeren Abdeckung der Seite auch 1,5-zeiliges Schreiben günstiger sein. Unter Umständen kann es auch die Optik des

Schreibens verbessern, zwischen dem Adressfeld, dem "Betreff", der Anrede und dem eigentlichen Brieftext mehr Abstand zu lassen. Dabei ist aber darauf zu achten, daß der Brief nicht zu sehr "zerhackt" aussieht. Wichtige Daten wie Termine, Adressen oder herausragende Informationen können durch Absätze, Fettdruck, Einmitten und/oder Unterstreichen hervorgehoben werden.

Es ist oft sinnvoll, im Brief anzubieten, bei Bedarf telefonisch, schriftlich oder im direkten Gespräch nähere Informationen zu unterbreiten bzw. "für Rückfragen unter der Telefonnummer: ..." zur Verfügung zu stehen. Entweder im Briefkopf oder unter der Unterschrift sollte der Namen eines/einer Ansprechpartners/Ansprechpartnerin, ggf. mit von der im Briefkopf stehenden Telefonnummer abweichender Durchwahl stehen.

Gerade bei häufigerem Briefwechsel lohnt es sich, über eine entsprechende Grafik-Software ein eigenes Briefpapier zu kreieren. Die einzelnen Elemente wie der Name, die Anschrift und ggf. ein Logo sind sinnvoller Weise so zu placieren, wie auch andere Briefköpfe gestaltet sind, von daher schadet es nicht, sich vorher Briefe einiger anderer Organisationen oder Firmen anzuschauen und sich inspirieren zu lassen (siehe Kapitel 13, "Layout und Druck").

## Anrede & Schlußbemerkung

Es gilt, eine zweckmäßige Anrede zu wählen! Bei unbekannten Personen, Vereinen oder Institutionen sollte auf keinen Fall mit "Hallo Leute!" oder ähnlichem begonnen werden, sondern stets mit dem "Sehr geehrte Damen und Herren,". Einzige Ausnahme sind natürlich Jugendliche, Jugendverbände und Institutionen, bei denen es ganz ungewöhnlich ist, sich mit "Sie" anzusprechen.

Ist der Brief an eine bestimmte Person, z.B. in einer Behörde, gerichtet, so gilt es sicherzustellen, daß die Person auch da ist (außer, wenn es nicht dringend ist). Sonst vermerken "Frau/Herr ... oder Vertretung") und den Brief beginnen mit "Sehr geehrte/r Frau/Herr ..." und einer zusätzlichen Zeile "sehr geehrte Damen und Herren,".



Die üblichen Schlußworte sind: "Mit freundlichen Grüßen". Sie stehen nach der Briefregel linksbündig. Abweichungen in Form und Formulierung sind hier sicherlich kein Drama. Gezielt einzusetzen sind stattdessen übertriebene Formulierungen wie z.B. das Wort "hochachtungsvoll". Es kann als Ironie verstanden werden.

## Mehrere Seiten & Anlagen

Besteht der Brief aus mehreren Seiten, kann ab der zweiten Seite ein unbedrucktes Blatt (ohne layouteten Briefkopf) verwendet werden, auf dem jeweils oben die Seitenzahl und schon ab der ersten Seite jeweils unten rechts auf dem Blatt die folgende Seite zu vermerken ist. Auf der Seite 1 stünde dann also unten "- 2 -" und auf der Seite 2 oben links oder zentriert die "- 2 -" und unten rechts, oder zentriert die "- 3 -".

Wenn es notwendig ist, über die Gruppe selbst etwas zu schreiben (z.B. bei Geldanträgen, Bettelschreiben), sollte dies am besten gleich am Anfang in der Einleitung stehen. Insgesamt gilt: In der Kürze liegt die Würze. Weniger ist mehr, wobei auch alternativ eine Gruppen- oder Projektbeschreibung, ein kopierter Zeitungsausschnitt oder andere Materialien beigelegt werden können. Dadurch kann schneller das Anliegen vorgetragen werden und es findet mehr Beachtung, als wenn der/die AdressatIn erst drei Seiten lesen muß, bis er/sie erfährt, welches Anliegen das Schreiben verfolgt.

Werden dem Brief Anlagen (z.B. Kopien) beigelegt, so sollte dies am Schluß des Briefes vermerkt werden. Nach der Unterschrift sollte ein wenig Abstand gelassen werden, dann, eventuell unterstrichen, das Wort "Anlage" und ggf. das Aufführen derselben, z.B. "Anlage: 2 Kopien unseres Veranstaltungsprogrammes".

## Schreibstil

Ein witziger Stil ist bei ersten Kontaktaufnahmen zwar etwas riskant, der/die EmpfängerIn könnte keinen Spaß verstehen, doch

fällt ein locker geschriebener Brief in dem tristen Büroalltag und zwischen Dutzenden im trockenen Bürokratendeutsch verfaßten Briefen eher auf. Immer mehr setzt sich beim Briefeschreiben eine lockere Art und Weise durch. Es wird so geschrieben, "wie einem der Schnabel gewachsen ist". Es sollte aber auch nicht übertrieben werden, zumindest dann nicht, wenn es sich um ein wichtiges Anliegen handelt. Briefe sollten nie unfreundlich sein, aber Kritik auch nicht verschweigen, wenn es dafür Anlaß gibt.

## Nötiger Nachdruck

Wenn eine Behörde nicht innerhalb von sechs Wochen antwortet und wenigstens "ein Lebenszeichen" zu vernehmen ist, wie z.B. "Ihr Schreiben befindet sich noch in Bearbeitung", sollte erneut geschrieben werden und mit Hinweis auf den vorherigen Brief um Rückäußerung gebeten werden. Wenn sich dann immer noch nichts tut, kann ruhig auch ein härteren Ton gewählt werden, und es kann z.B. auch mit Kopie an den/die Vorgesetzte/n untermauert werden.

Treffendes Mittel bei offensichtlich gewollter Verzögerung bzw. bei Verweigerung eines berechtigten Ansinnens durch eine/n BehördenvertreterIn können eine Dienstaufsichtsbeschwerde (Brief an den oder die Vorgesetzte/n: "... bitten wir Sie, gegen Herrn/Frau ein Dienstaufsichtsverfahren einzuleiten, da er/sie ...") oder ein offener Brief, der dann auch an die Presse geht angemessen sein.

Die so angeschwärtzte Behörde, bzw. der Behördenmensch wird nicht erfreut sein, und die Wahrscheinlichkeit, daß ein Ansinnen negativ beschieden wird, dürfte angesichts des direkten Drahtes zwischen dem/der Vorgesetzten und dem/der Beschuldigten wahrscheinlich sein. Der gesamte Vorgang kann allerdings, wenn die Presse mitspielt, ganz gut öffentlich ausgeschlachtet werden. Jedoch: Bei Ärgernissen sollte zuvor der direkte Draht per Telefon Besuch vorgezogen werden, das bringt oft mehr als "schwere Geschütze" (siehe auch Kapitel 2, "Behörden & Lobbyarbeit").

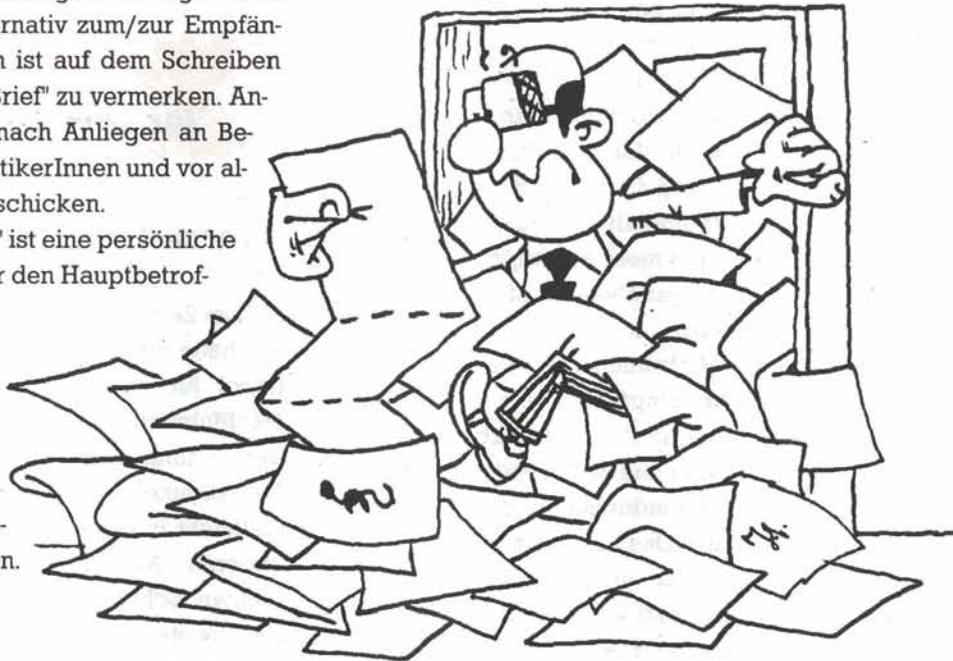


## Der offene Brief

Briefe mit politischem Inhalt sind immer ein besonderer Vorgang.

Sie sind nötig, wenn z.B. eine Forderung für den Naturschutz gestellt wird, es Gründe gibt, sich über langatmige Verfahren oder fehlende Berücksichtigung von Umweltschutzbelangen zu beschweren, wenn UmweltverschmutzerInnen aufgefordert werden, ihr Unwesen einzustellen oder wenn Unterstützung für ein berechtigtes Anliegen ausbleibt. Entweder alternativ zum/zur EmpfängerIn oder zusätzlich ist auf dem Schreiben der Zusatz "Offener Brief" zu vermerken. Anschließend ist er je nach Anliegen an Behörden, Parteien, PolitikerInnen und vor allem an die Presse zu schicken.

Besonders "stilvoll" ist eine persönliche Übergabe an die oder den Hauptbetroffene/n im Rahmen einer öffentlichen Aktion, wenn es möglich ist, unter Verlesung des Textes. Hierbei kann eine Reaktion des/der AdressatIn kaum ausbleiben.



10.9

## Durchschläge

Werden Kopien eines Schreibens auch an andere gegeben, so sollte dies vermerkt werden. Entweder geht der Brief gleich an mehrere, dann können die EmpfängerInnen im Adressfeld aufgeführt werden; wendet sich der Brief hauptsächlich an eine Person, dann kann über oder unter dem Brief stehen: "Kopie an ..." oder "Zur Kenntnis an ...". Das beschleunigt oft die Bearbeitung des Briefes, wenn z.B. andere Behörden, Gemeinden, Personen aus Politik und Verwaltung, VertreterInnen anderer Gruppen usw. den Brief sofort auch auf ihrem Schreibtisch haben.

In jedem Fall sollte eine Kopie behalten und archiviert werden. Das nützt auch, wenn nach einigen Wochen Vorgänge wieder nachgeschlagen werden, um festzustellen, wo noch eine Antwort offen ist. Dann ist es möglich, exakt nachzuhaken.

## Ruf doch mal an!

Meistens ist es sinnvoll, zuerst telefonisch Kontakt aufzunehmen. Auch zum "Nachbohren" eignet sich das Telefon hervorragend. Außerdem lassen sich in Telefonaten Mißverständnisse besser ausschließen oder klären, Fragen gleich beantworten und Informationen individueller abfassen als schriftlich. Ein Telefonat ist erheblich unverbindlicher was

auch den Vorteil hat, erst einmal "vorfühlen" zu können. Allerdings muß in vielen Fällen anschließend die schriftliche Form gewählt werden, da erst dann ein formaler Vorgang bei Behörden entsteht, bzw. Ankontaktete "das Ganze noch mal schriftlich" haben wollen. Das Telefon kann wirksame Vorbereitung für einen nachfolgenden Brief sein.

Per Telefon kann auch die jeweils zuständige Person ermittelt werden, der dann ein Anliegen im Brief "zu Händen" geschickt werden kann.

Telefonische Zusagen sind natürlich schwer nachzuweisen. Daher empfiehlt sich, bei wichtigen Gesprächen, eine Telefonnotiz anzufertigen, die dann ggf. an betroffene Stellen, auch an den/die GesprächspartnerIn weitergereicht werden kann, aber auf jeden Fall für die eigene Archivierung als Gedankenstütze nützlich ist.



## Faxen machen

Faxgerät oder Faxmodem sind im modernen Büroalltag kaum noch wegzudenken. Wenn's mal schnell gehen muß, z.B. Antragsfristen eingehalten werden sollen, kann ein Faxgerät die rettende Lösung sein, weil Briefe so nur wenige Minuten nach dem "Abschicken" beim/bei der EmpfängerIn ankommen. Trotzdem sollte in solchen Fällen sicherheitshalber telefonisch nachgefragt werden, ob ein Antrag per Fax überhaupt möglich ist und akzeptiert wird.

Ein erster Kontakt per Fax ist auch denkbar. Faxe sind aber trotzdem kein vollständiger Ersatz für Briefe. Auch sie landen oft auf großen Stapeln und finden nicht zwingend schnellere Beachtung als ein Brief. Insbesondere das Faxen von mehr als ein/zwei Seiten wird zudem von manchen EmpfängerInnen nicht gern gesehen. Schließlich werden dabei Kosten für Verbrauchsmaterial vom Absender zum/zur EmpfängerIn verschoben oder das Einladen im Computer kostet Zeit. Es bietet sich aber auf jeden Fall an, Presseerklärungen, Einladungen und ähnliches per Fax zu senden. Das kann, wird ein günstige Tarifzeit genutzt, erheblich preiswerter als ein Brief sein - und kommt in den meisten Fällen auch sicher und rechtzeitig an.

Manche Faxgeräte, auf jeden Fall Faxprogramme im Computer, können ein und das selbe Schriftstück beliebig viele Male hintereinander an verschiedene eingespeicherte Nummern versenden - wer z.B. einen großen Presseverteiler hat, braucht nicht jedes Mal erneut ein Knöpfchen zu drücken, auch wenn bereits Kurzwahlnummern zur Erleichterung eingespeichert wurden.

Neben dem Umstand, günstige Tarife für größere Versendungen in Anspruch nehmen zu können, ist es auch von Vorteil, daß die "Faxsession" dann stattfindet, wenn der Computer und die eventuell einzige Telefonleitung ohnehin frei sind, nämlich nachts.

Wer über ein Computer-Fax (Fax-Modem) verfügen kann, hat es hier besonders bequem. Der Versand erfolgt ohne den Umweg über ein Papier direkt ab Datei aus dem Computer. Nachteil ist, daß einige Modems mit einigen Faxgeräten nicht kompatibel

sind und der Empfang gelegentlich "in die Hose" geht. Sowohl die Computerprogramme als auch die meisten Faxgeräte verfügen über die Möglichkeit, Sendeberichte zu drucken. Diese sind zwar nicht ein dem Rückschein beim Versand per Einschreiben vergleichbarer, juristisch sicherer Nachweis für den Empfang eines Schreibens, sie sind aber für die eigene "Erfolgskontrolle" bei besonders wichtigen Faxen oder bei veralteten Verteilern recht praktisch.

## Postalische Versendungsformen

### Vorausbemerkung

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Kapitels hatte die Deutsche Post AG noch ihr Monopol für die Versendung von Briefpost. Nachfolgend werden beispielhaft besondere Versendungsformen dargelegt, die nach Beendigung des staatlichen Postmonopols vielleicht in einer ähnlichen Form auch von anderen AnbieterInnen geleistet werden können. Schon heute können Paket- und Kurierdienste insbesondere beim Versand schwererer Sendungen teilweise mit angenehmeren Konditionen genutzt werden. Auch in punkto Geschwindigkeit ist hier vielfach eher Verlaß. Nachfragen und Vergleichen lohnt sich!

### Einschreiben

Bei manchen Vorgängen ist es wichtig, daß später bewiesen werden kann, daß ein Brief abgesandt bzw. empfangen wurde.

Das können sein:

- Anträge (Zuschüsse, Genehmigung einer Veranstaltung etc.)
- Briefe mit politischem Gewicht, damit später z.B. gegenüber der Presse zu beweisen ist, daß ein Brief auch tatsächlich verschickt wurde.
- Mahnungen



- Wertvolle Schriftstücke, die nicht verloren gehen dürfen.

Der übliche Weg zum späteren Nachweis ist das Einschreiben. Diese Briefe werden im Postamt als Einschreiben aufgegeben und mit einem Einlieferungsschein quittiert. Das kostet aber auch mehr Briefmarken als ein "normaler Brief".

Noch teurer, aber in besonderen Fällen interessant, ist das Einschreiben mit Rückschein. Dabei muß der/die EmpfängerIn vermerken, den Brief erhalten zu haben. Dieser Vermerk wird über die Post wiederum an den/die AbsenderIn zugestellt.

### Infopost & Infobrief

Für größere Mengen inhaltsgleicher, vielfältiger Mitteilungen hat die Deutsche Post AG die Versendungsformen als Infopost bzw. Infobrief geschaffen.

Wenn die vorgeschriebene Mindestanzahl von Sendungen erreicht oder knapp unterschritten wird und bestimmte Vorleistungen übernommen werden können (Durchstempeln, Sortieren nach Postleitzahlen und Bündeln), dann können gegebenenfalls diese Vergünstigungen in Anspruch genommen werden. Wegen ständiger Änderungen der Tarife sei hier die Inanspruchnahme eines Kundengesprächs mit der Post bzw. zwischenzeitlich auf den Markt getretenen AnbieterInnen empfohlen.

Viele Firmen sind inzwischen dazu übergegangen, ihre Korrespondenz, insbesondere den Versand von Großmengen, im benachbarten Ausland abzuwickeln, da hier die Preise teils deutlich niedriger liegen. Ob sich dies für kleinere Initiativen allerdings vom Aufwand her lohnt, bzw. ökologisch und sozialpolitisch vertretbar ist, sollte wohl geprüft werden.

### Pakete & Päckchen

ten und Päckchen versendet werden. Die Post AG bietet einen sogenannten Selbstbucher-Service an. Wer seine Pakete und Päckchen selbst auswiegt und mit bestimmten Code-Aufklebern versieht, bekommt erhebliche Rabatte.

Die Unterschiede durch Rabatte auch zwischen den AnbieterInnen sind enorm. Und es ist durchaus möglich, besondere Konditionen herauszuhandeln, insbesondere wenn die Angebote der jeweiligen Konkurrenten als für die Initiative attraktiv dargestellt werden, kommen gelegentlich deutlich günstigere Tarife, als die "normaler" Preislisten zustande. Die Debatte lohnt sich also oft.

### Büchersendung

Gedruckte Bücher, Broschüren, Notenblätter und Landkarten können bei der Post AG als "Büchersendung" zu recht günstigen Konditionen verschickt werden. Bücher und Broschüren müssen dabei einen festen Einband oder Umschlag aufweisen (etwas, das auf dickerem Papier gedruckt ist als der Innenteil). Sie müssen geklammert oder gebunden sein.

Bücher, die geschäftlichen Zwecken dienen, sind keine Büchersendung, das sind z.B. Kataloge, Geschäftsberichte von Firmen, aber auch z.B. Bedienungsanleitungen.

Anpreisungen dürfen bei Büchern und Broschüren nur auf dem Umschlag und auf zwei aufeinanderfolgenden Seiten am Anfang und Ende enthalten sein. Als Anpreisung gilt jede Form von Werbung oder Anzeigen. Ob bloßes Nennen von Preisen (z.B. "Seminar: TeilnehmerInnenbeitrag 20,- DM") auch eine Anpreisung ist, weiß auch bei der Post niemand so genau. Im Zweifelsfall gilt es, lieber auch das zu vermeiden.

Büchersendungen dürfen nicht zugeklebt werden. Es ist allerdings möglich, Umschläge "mit postalisch zulässigem Adhäsionsverschluß" zu verwenden. Auch gibt es Aufkleber mit entsprechendem Aufdruck.



siger Adhäsionsverschluß" auf dem Umschlag vorgedruckt steht. Ansonsten gibt es noch die Möglichkeit, eine Büchersendung mit sogenannten Musterbeutelklammern zu verschließen. Diese gibt es im Bürobedarfshandel zu kaufen.

Beigelegt werden dürfen einer Büchersendung eine Widmung, eine Rechnung, ein Überweisungsträger und ein adressierter Rückumschlag. Mindestmengen für deren Einlieferung gibt es nicht. Es ist also möglich, schon ein einzelnes Buch auf diesem Wege zu verschicken.

Frankiert wird normalerweise mit Briefmarken, es muß lediglich via Stempel oder handschriftlich "Büchersendung" vermerkt werden.

## Postvertriebsstück

Gruppen, die eine eigene Zeitschrift herausgeben, können den Postzeitungsdienst in Anspruch nehmen.

Da sich auch hier laufend die Tarife und Bezeichnungen ändern und es nicht ausgeschlossen ist, daß bereits (in Kürze) private Alternativen zur Post AG bestehen, empfehlen sich auch hier entsprechende KundInnengespräche und sorgfältige Preisvergleiche.

Manche Leistungen, insbesondere in punkto Geschwindigkeit, sind nämlich gar nicht unbedingt erforderlich, andere fallen auch ohne Preisänderungen ggf. schnell schmerzhaft aus, wurde doch mal wieder versäumt, das "Kleingedruckte" zu beachten.



## Fazit

Bei allen Kommunikationsmitteln ist genau abzuwägen, was sich wirklich lohnt in punkto Zeit und Geld, aber auch in bezug auf Aufwand und logistische Möglichkeiten.

So nett es erscheinen mag, stets up-to-date zu sein, so gewagt ist es, auf nur ein Medium zu setzen. Gerade aus Umweltschutz-Gesichtspunkten sollte der Einsatz von Kommunikationsmitteln kritisch hinterfragt werden. Gerade die Anschaffung von möglicherweise technisch schnell überholten und dann zu ersetzenden Gerätschaften ist diesbezüglich nämlich eher zweifelhaft. Auch "Stromfresser" und in der Herstellung bzw. späteren Entsorgung umweltfeindliche Geräte gibt es am Elektronikmarkt zuhauf.

Bei aller Technikbegeisterung sollte im Zweifelsfall mit Geduld und Zurückhaltung reagiert werden. Die rasante technische Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß wohl auch in Zukunft alle paar Monate ein neuer Trend auszumachen sein wird, und so wird auch dieses Kapitel mit seiner Vorstellung "neuer Medien" vielleicht schon in kurzer Zeit hoffnungslos veraltet sein.

## Die Autoren

Jochen Rosenkranz  
& Timo Schadt  
c/o Projektmanagement Ökologie  
Hersfelder Str. 3, 36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919296  
eMail: pr\_oeko@juis.insider.org



# Öffentlichkeit informieren

Auch wenn Computer und Internet, kurzum die "neuen Medien", sich immer weiter durchsetzen, bleiben Zeitung, Radio und Fernsehen zunächst noch die Massenmedien, die jede/r nutzt. Jede Firma und jedes Amt hat eine Presse- und Öffentlichkeitsabteilung, die nichts anderes zu tun hat, als die Nachrichten über ihre Fabrik bzw. ihr Ministerium zu verbreiten. In den Redaktionen werden täglich Briefkasten und Faxgerät mit mehr oder weniger interessanten Pressemitteilungen überflutet. Mit ein bißchen Geschick und Übung ist es gar nicht so schwer, aus dieser Informationsflut herauszuragen und Ankündigungen und Berichte in der Zeitung unterzubringen. Vielleicht kommt beim nächsten Mal sogar ein/e ReporterIn vorbei.

## Warum Pressearbeit?

### Zeitungen

Auf den Lokalseiten der Tageszeitungen, auf fast allen Seiten kleinerer Regionalblättchen häufen sich Kurz-Notizen oder längere Berichte mit und ohne Fotos über Karnikelzüchter, Feuerwehrübungen, etc., so daß im jeweiligen Dorf oder Stadtviertel viele mitbekommen, wer warum geehrt wurde und wer bei der letzten Jahreshauptversammlung in den Vorstand gewählt wurde. Was jeder Feuerwehr-Ortsverein schafft, können auch Umwelt-Initiativen erreichen. Die Vorteile von Pressearbeit liegen auf der Hand:

- Jeder Artikel macht die Gruppe bekannt(er). Die Öffentlichkeit bekommt mit, daß es eine Initiative gibt, die sich mit Natur und Umwelt beschäftigt.
- Interessierte erfahren, wo sie sich aktiv für Natur- und Umweltschutz einsetzen können (Kontaktadresse nicht vergessen!).
- Ein Artikel ist kostenlose Werbung für die Gruppe und für die Forderungen des Umweltschutzes.
- Ein abgedruckter Artikel - am besten mit Foto - läßt sich später fürs Layout von Flugblättern oder Selbstdarstellungsblättern verwenden und ist auch bei der Abrechnung von Zuschüssen als "Aktivitätsbeweis" recht hilfreich.

- Umweltpolitische Artikel können Druck auf PolitikerInnen ausüben, denn eine Veröffentlichung läßt sich nicht so einfach verschweigen wie internes Bitten oder Fordern.
- Oft wird eine Gruppe erst mit Presseerfolgen von möglichen Kooperationspartnern ernstgenommen (von Verbänden zwecks Zusammenarbeit, von PolitikerInnen zwecks Anhörung, von Firmen zwecks materieller Unterstützung).

### Radio & Fernsehen

Radio und Fernsehen sind immer auf der Suche nach spannenden Themen! Ein regionaler Rundfunksender (öffentlich-rechtlich und privat) wird die Initiative als kompetente Ansprechpartnerin für ihren jeweiligen Themenbereich anerkennen und in Interviews zu Wort kommen lassen. Termine können angekündigt oder über Aktionen kann eine Meldung in den Nachrichten gesendet werden, falls die Aktion dem Sender nicht "spektakulär" genug war und er einen größeren Bericht von einem/einer ReporterIn sendet. Im Fernsehen sind neben den Nachrichtensendungen Talkshows zu bestimmten Themen die Ansatzpunkte für Initiativen.

Aber bei aller Euphorie: Pressearbeit ist nicht alles, und ihre Wirkung wird oft überschätzt. Eine Gruppe verrät ihre Ideen, wenn sie Aktionen nur für die Presse plant und sich



zu Kaspem der JournalistInnen macht. Die Wirkung eines Presseartikels ist meistens weitaus geringer als die Wirkung, die durch direkte Gespräche mit PassantInnen, Bekannten, Betroffenen erzeugt wird.

## Gebote der Pressearbeit

### Schnell sein

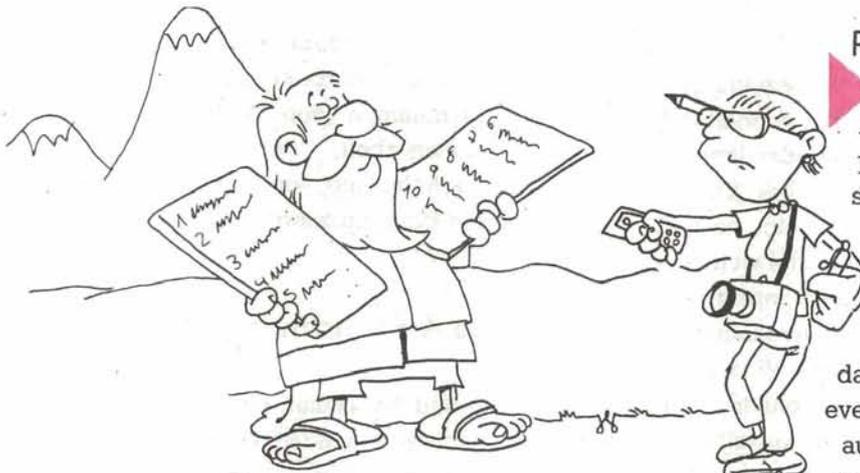
Tageszeitungen und Rundfunk wollen keinen Schnee von gestern! (Hier geht's schon los mit Ausnahmen: auf Lokalseiten erscheinen oft Berichte von der vergangenen Woche; Wochenzeitungen sammeln die Infos mehrerer Tage. Sie haben einen festen Redaktionsschluß, auf den es zu achten gilt.)

re Monate in einer Redaktion, wechseln dann aber auch das Ressort. Nur RedakteurInnen bleiben längerfristig, auch wenn die Fluktuation recht groß ist. Aber wenn die JournalistInnen wissen, wer sich hinter der Gruppe xy verbirgt und daß sie interessante Artikel liefert, gibt es kaum noch Probleme mit Veröffentlichungen. Ein/e AnsprechpartnerIn in der Redaktion ist deshalb auch nützlich, weil er/sie die Gruppe und ihre Ziele bei der nächsten Aktion schon kennt und mensch nicht nochmal dasselbe erzählen muß. Schreibt ein/e andere/r, kann es passieren, daß er/sie Sachen wiederholt, die schon einmal in der Zeitung gestanden haben, obwohl dies eigentlich ein Armutszeugnis für die Zeitung ist, denn sie verfügt meist über ein Archiv, das nach Themen oder Gruppierungen sortiert ist, in dem sich die MitarbeiterInnen informieren können.

#### Literatur:

Knut S. Pauli:  
Leitfaden für die  
Pressearbeit (1993,  
dtv, München, 233 S.)

11.2



### PressesprecherIn

Auch von Seiten der Gruppe ist es sinnvoll, eine/n feste/n Pressesprecher zu haben, der auch für längere Zeit AnsprechpartnerIn sein kann und den die JournalistInnen dann schon kennen und eventuell auch mal von sich aus ansprechen, wenn sie nach Umwelt-Themen suchen oder einen fachkompetenten Menschen für einen bestimmten Bericht oder sogar ein Interview im Radio-Studio suchen.

### Kontakte knüpfen/warmhalten

Beim ersten Kontakt per Telefon oder bei einer Aktion/Pressekonferenz empfiehlt es sich, den Namen des/der JournalistIn aufzuschreiben, und gerade bei Tageszeitungen ist es wichtig zu fragen, ob es sich um eine/n freie/n MitarbeiterIn, PraktikantIn, VolontärIn oder RedakteurIn handelt. Beim nächsten Mal kann mensch wieder diese Leute verlangen, an vergangene Zusammentreffen erinnern. Aber freie MitarbeiterInnen sind selten in der Redaktion anzutreffen, PraktikantInnen nach kurzer Zeit wieder verschwunden, VolontärInnen sind meist mehre-

re

Hat sich eine Gruppe gegründet, können ein, zwei MitarbeiterInnen auch mal bei Redaktionen der regionalen Zeitungen vorbeigehen und sich bei den RedakteurInnen oder dem RedaktionsleiterIn vorstellen, ein Termin sollte natürlich vorher vereinbart werden. Vielleicht läßt sich ein solcher Besuch auch mit einem konkreten Anlaß verbinden, wenn die Gruppe zum Beispiel größere Dinge plant, eine/n PartnerIn als Veranstalter sucht oder eben schlichtweg auf gute Berichterstattung vor, während und nach den Aktivitäten angewiesen ist.



## Freie MitarbeiterInnen

Zudem kann mensch sich Namen Freier MitarbeiterInnen geben lassen und Kontakt zu diesen knüpfen. Kontakte zu Freien MitarbeiterInnen können wertvoller sein als der Kontakt zu Festangestellten, weil sie Geld pro abgeliefertem Artikel bzw. im Radio gesendetem Beitrag bekommen; sie haben also Interesse, den Umfang ihres Beitrages zu erhöhen und sind für Neuigkeiten also immer dankbar. Doch kommt es hierbei auch auf die Organisationsstruktur des Mediums an: Werden fertige Beiträge von den Freien abgekauft oder werden Termine und Themen von der Redaktion vergeben? Adressen Freier JournalistInnen und Medien sind z.T. auch in den Gelben Seiten zu finden.

## Wenn's konkret wird ...

### Telefonisch ankündigen

Gerade bei größeren Redaktionen bietet es sich an, telefonisch eine Presseinformation oder auch einen Termin anzukündigen, kurz zu erläutern, worum es geht und zu fragen, welche/r RedakteurIn/MitarbeiterIn oder welche Redaktion zuständig ist: Gegebenenfalls Namen geben lassen und z.H. der Person schicken oder faxen.

Bei lokalen Tageszeitungen reicht es meistens aus, eine Presseinfo an die (Lokal-) Redaktion zu schicken. "z.H." birgt nämlich auch das Risiko, daß der bisherige Kontaktmensch im Urlaub ist und die Nachricht unbeachtet altert, deshalb ist es manchmal besser, als Empfängerin nur die Lokal-, Regional oder Umweltredaktion zu benennen!

Wird zu einer Pressekonferenz (siehe unten) oder zu einer Aktion eingeladen, was nach Möglichkeit etwa zwei Wochen vorher geschehen sollte, kann ungefähr zwei Tage vor dem Termin nachgefragt werden, ob und wenn ja wer kommt. Ruft mensch früher an, wird er oft zu hören bekommen, daß das noch nicht entschieden ist. Redaktionen arbeiten eben "tagesaktuell".

## "Saure Gurken-Zeit" nutzen

Ob jemand kommt, hängt nämlich auch davon ab, wieviel die Redaktion zu tun hat. Wer aufmerksam die Tageszeitung liest, wird schnell merken, wann "Saure Gurken-Zeit" oder Sommerloch ist.

Gerade in solchen Zeiten bietet es sich an, Presseinfos zu verschicken, zu einer Pressekonferenz zu laden oder eine spannende Aktion durchzuführen. Zu beachten sind natürlich auch große Parallelveranstaltungen wie Wahlen oder besondere Feste. Während dieser Zeit hat die regionale Initiative kaum eine Chance, berücksichtigt zu werden.

## Presseinfo vorbereiten

Eingeladene JournalistInnen können nicht immer kommen. Für so einen Fall sollte ein Presstext vorbereitet werden, der nach einer Aktion noch um das Aktuellste ergänzt werden kann. Kommt der/die eingeladene PressevertreterIn doch, ist er/sie eigentlich auch immer dankbar, einen solchen Text trotzdem zu erhalten, damit er/sie nicht alles mitschreiben muß und sich somit eher auf das Gespräch und Fragen konzentrieren kann. Im Streß einer Veranstaltung kann außerdem die ein oder andere Information untergehen (oder der Pressemensch hat nichts kapiert, und so hat er wenigstens was "Richtiges" in der Tasche).

## Presseinfos

Die Presseinformation spielt eine zentrale Rolle in der Pressearbeit. Sie ist eine Information, die die Menschen von der Zeitung/vom Radio/vom Fernsehen "scharf" machen soll, bei einer Aktion dabei zu sein und einen Text mit direkten Eindrücken zu ergänzen bzw. einen Radio- oder Fernsehbericht darüber zu machen. Darüberhinaus ist die Presseinformation eine Möglichkeit, einen "druckreifen" Text abzugeben, der ohne großartige Änderungen übernommen werden kann. Je weniger Arbeit die Zeitungsredaktionen mit einer

### Literatur:

Joachim Bürger:  
Arbeitshandbuch  
Presse und PR  
(1983, Stamm-Verlag  
in Essen)

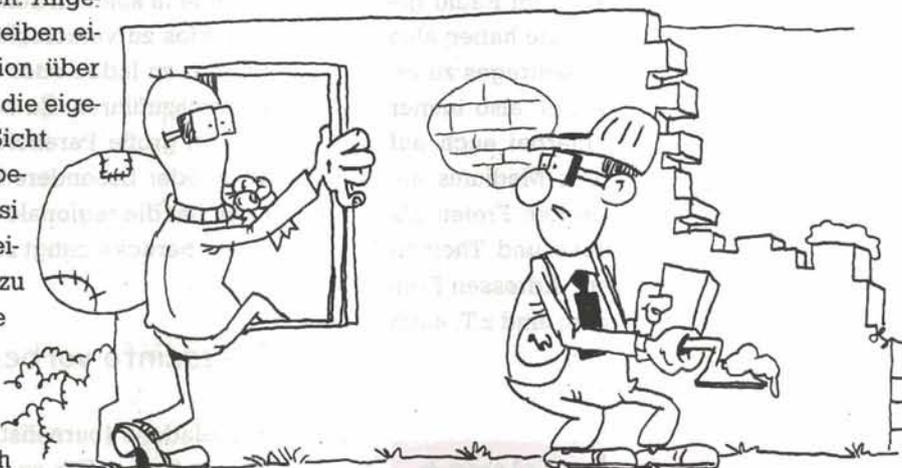
Ulrich Bobinger:  
Erfolgreiche Presse-  
arbeit - ein Leitfaden  
(Hanseatischer  
Fachverlag für  
Wirtschaft)

Günther Haedrich:  
Öffentlichkeitsar-  
beit - ein Handbuch.  
(1982, W. de Gruyter  
Verlag, Berlin)

Pflaum/Pieper:  
Lexikon der Public  
Relations (1989, Ver-  
lag Moderne Indu-  
strie, Landsberg)



Presseinfo haben, desto größer ist auch die Chance, daß der Text überhaupt und (fast) unverändert abgedruckt wird. Bei Anzeigenblättchen hat die Gruppe gute Chancen, sie verfügen meist über einen Scanner mit Textleseprogramm und übernehmen wortwörtlich die Presseinformationen von verschiedenen Gruppen. Allgemein gilt beim Schreiben einer Presseinformation über die eigene Gruppe, die eigene Aktion aus der Sicht eines Dritten zu beschreiben, also quasi in die Rolle eines/einer JournalistIn zu schlüpfen, der/die berichtet. Also nicht in der Ich- oder Wir-Form schreiben und auch die LeserInnen nicht direkt mit Sie/Ihr ansprechen.



- genannten TexterfasserInnen (= tippenden Menschen) in das Redaktions-Computersystem abgeschrieben wird
- Kontaktadresse am Ende des Textes nicht vergessen
- Unterschreiben (oft wirkt die Angabe der Funktion, z.B. 1. Vorsitzende/r, förderlich)

## Formelles

11.4

- DIN-A4Format
- Wiedererkennbares Briefpapier benutzen
- Ort und Datum angeben
- Vollständige Anschrift (mit Telefon) des/der VerfasserIn angeben (mit Vermerk: "stehe für Nachfragen zur Verfügung")
- Als "Presseinformation" kennzeichnen
- Eventuell formal als Brief abfassen: "Sehr geehrte Damen und Herren, bitte veröffentlichen Sie folgende Presseinformation im Lokalteil ihrer Zeitung" und unten "Vielen Dank. Mit freundlichen Grüßen"
- Seiten immer nur einseitig mit Computer oder Schreibmaschine beschreiben
- Abstand 1 1/2 zeilig: Ist wichtig für die JournalistInnen zum Redigieren, selbst wenn der Text so gut ist, daß er kaum einer Änderung bedarf, sind noch Anmerkungen nötig, was zum Beispiel die hausinterne Schreibweise von Zahlen oder Telefonnummern angeht.
- breiten Rand lassen (2-6 cm), damit die RedakteurInnen ihre Änderungen dorthin schreiben können, bevor der Text von so-

## Aufbau und Einstieg

Es gibt ein journalistisches Prinzip, das "Umgekehrte Dreieck". Gemeint ist die in einem Text nach unten hin abnehmende Wichtigkeit der Information, wie sie in einem Presseartikel zu finden ist. Das heißt, die wesentlichen Inhalte kommen an den Anfang einer Presseinformation oder eines Artikels, so daß die Unverzichtbarkeit zum Schluß hin abnimmt. Denn: die Schere des/der RedakteurIn setzt immer unten an.

Am Beginn des Textes, im ersten Satz, steht ein fetziger Aufhänger, z.B. ein Zitat von einer/einem AktionsteilnehmerIn oder das Motto einer Aktion (z.B. "Entschwefeln statt schwafeln" stand gestern auf einem Transparent in ..."). Natürlich kann auch ein nachrichtlicher Einstieg der Anfang sein, also "Die Gruppe xy veranstaltete am Sonntag ...". Das ist aber langweilig.

Eine Szenenbeschreibung hilft den LeserInnen, sich in eine Situation besser hineinzuversetzen. Zwar kann ein Foto auch diese Funktion übernehmen, aber es ist ja nicht sicher, ob eins in der Zeitung veröffentlicht wird. Beispiel: "Eiskalter Nebel legt sich über den Marktplatz, zwölf Aktivisten in



weißen Anzügen machen sich vor dem Brunnen zu schaffen, bauen einen Tapeziertisch und ein geheimnisvolles großes gelbes Faß auf, noch ehe die ersten Passanten zum Einkaufen vorüberziehen. Die MitarbeiterInnen der Gruppe xy wollen heute gegen die Atomtransporte nach Gorleben demonstrieren." Aber Vorsicht: Nicht zu langatmig, spätestens im zweiten oder dritten Satz muß der/die LeserIn wissen, worum es eigentlich geht, sonst verläßt er/sie den Text und widmet sich einer anderen Nachricht oder einem anderen Bericht. Es gilt also, durch einen guten Schreibstil aus der Informationsflut herauszuragen.

Nach der Einleitung sollten alle wichtigen Informationen folgen, ohne dabei einen Endlossatz zu formulieren. "Wer macht was, wann, wo, warum und wie?", sollte darin beantwortet werden. Zum Beispiel: "Die Umweltgruppe erregte am vergangenen Samstag in der Ulmer Innenstadt die Aufmerksamkeit der Weihnachtsmarktbesucher: mit Liedern und Straßentheater demonstrierten 15 Umweltschützer gegen die weihnachtlichen Verpackungs-Müllberge." Es gilt, die LeserInnen so zu fesseln, daß sie dranbleiben und weiterlesen. Dann folgen im Text die Hintergründe der Aktion.

Zuerst muß die Aufmerksamkeit geweckt werden (Überschrift, Foto), dann das Interesse (die ersten zwei Sätze). Sie entscheiden darüber, ob beim Lesen der Wunsch entsteht, weitere Informationen zu bekommen. Entsteht er durch eine geschickte Einleitung, so wird schließlich der Wunsch des/der LeserIn (nach mehr Infos) befriedigt, indem er/sie den Artikel liest. Wenn der Text interessant gestaltet ist, Szenenbeschreibungen und Fakten abwechseln, wird es auch dem/der RedakteurIn schwerfallen, einen Text zu kürzen.

## Stil

- In dritter Person schreiben, also quasi aus der Sicht des/der JournalistIn
- Keine Fremdwörter verwenden! Vorsicht: selbst "Biotop" ist nicht jedem/jeder klar, obwohl dies ein gängiges Fremdwort ist,

und mit "Schadstoffimmissionen" o.ä. hat eine Umweltgruppe ebenfalls kaum eine Chance. Ausnahme sind eingedeutschte Wörter, für die es keine Übersetzung gibt, also "interessant" oder "Konstruktion".

- Schachtel-Sätze vermeiden. Lieber kurz und verständlich, ab ungefähr 20 bis 25 Wörtern wird ein Satz unverständlich. Alles, was länger ist: kürzen!
- Gelegentlich Zitate zur Hervorhebung oder Auflockerung, direkte und indirekte Rede also abwechseln. Dabei wird mensch die prägnanten Aussagen in direkter Rede, und alles andere, was eine Quellenangabe hat und eben nicht als allgemeingültige Tatsache hingestellt werden kann, in indirekter Rede setzen
- Sachlich bleiben, keine Polemik (Ausnahme "Leserbrief", er gibt persönliche Meinungen wieder). Meinungen können und sollten aber als Zitate in der dritten Person und mit vollständigem Namen des Zitierten (eines Gruppenmitglieds) in eine Pressemitteilung aufgenommen werden.
- Bei Namensnennungen Vor- und Nachnamen voll ausschreiben (ohne Zusatz "Herr" oder "Frau")
- Bei Abkürzungen (Gruppen- oder Firmenamen) zuerst den Namen voll ausschreiben, mit der Abkürzung in Klammern.
- Passiv sparsam verwenden: Fast alle Sätze, die passivisch konstruiert wurden, lassen sich umbauen.
- Formulierungen mit "man" sollten eine schlechte Ausnahme bleiben: diese unpersönliche Wort läßt sich in den meisten Fällen durch aktiv handelnde oder sprechende Personen ersetzen
- Substantive machen einen Text schwer lesbar, gerade wenn substantivierte Verben aneinandergereiht werden
- Aussagekräftige Verben verwenden
- schmückende Adjektive vor Substantiven weglassen: statt "grüne, saftig leuchtende Wiese" lieber "Die Gräser der Wiese leuchteten saftig der Kuh entgegen"
- Überflüssige Metapher und feststehende Begriffe überprüfen und weglassen: "Am Samstag ist es wieder soweit" ist ebenso abgedroschen wie "Ein Bild des Grauens bot sich ..."

## Literatur:

Dirk R. Meynecke:  
Die Autorenfibel  
(1991, Ehrenwirth in München, 268 S.)  
Ein umfassendes Buch, nicht nur mit technischen Tips, sondern auch solchen zum Manuskript, zum Schreibstil usw.

K. Allert-Wybraniec:  
Wie finde ich den richtigen Verlag?  
(1995, Heyne Verlag in München, 204 S.)  
Kurz und knapp werden die Wege der Veröffentlichung, die Arbeitsweise von Verlagen sowie Vertrags- und Honorarangelegenheiten besprochen.



## Beispiel für eine gelungene Presseinformation:

Pressemitteilung:

### Sitzblockade für Uni-Institut: Proteste gegen Genversuche

"Wir GEN nicht mit!" stand auf einem großen Transparent, das StudentInnen am vergangenen Montag quer über die Eingangstür zum Institut für Pflanzenbau gehängt hatten. Davor saßen rechtzeitig zum Beginn der Nachmittagsvorlesungen ca. 40 GentechnikgegnerInnen. Für Studierende und Lehrende gab kein Durchkommen mehr. Viele von ihnen äußerten Zustimmung zu den Forderungen nach einem Ende der Versuchsreihen. Besonders häufig benannten KritikerInnen die Geheimhaltung der zuständigen Professoren. Auch während der Aktion war keiner von ihnen zu einem Gespräch bereit.

Mit ihrer Aktion wollten die StudentInnen auf die ungeklärten Gefahren der Gentechnik aufmerksam machen. Im betroffenen Institut werden seit zwei Monaten Genversuche mit Tomaten und Mais durchgeführt. "Letztlich dient alles nur ein paar Wirtschaftsunternehmen, die mit einer riskanten Technik große Kasse machen wollen", schimpfte Corinna Gesler aus der Uni-Umweltgruppe "Hingucken", die zusammen diese Aktion geplant hatten. Unterstützt wurden sie dabei vom Öko-Referat des ASTAs und zwei örtlichen Umweltverbänden. Zusammen wollen sie ihre Proteste gegen die Genversuche in den nächsten Wochen noch verstärken. Dabei sollen auch Informationsveranstaltungen angeboten werden. "Wir machen weiter, bis die Versuche eingestellt werden", hörte man am Montag von den TeilnehmerInnen der Aktion.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:  
Maria Petersen, Tel. 080/888899  
Peter Martin, Tel. 080/5656

Folgende Materialien halten wir für Sie bereit:  
- Untersuchung zur Gefahr durch ...  
- Sammlung von Presseartikeln zu ...

## ... für eine nicht nachahmenswerte Presseinfo:

### Information für die Presse Wichtig! Wichtig! Wichtig! Wichtig!

Am Montag, den 25. November, saßen von 14 bis 17 Uhr 38 Personen vor der Eingangstür des Instituts für Pflanzenbau der Universität Halle. An der Sitzblockade nahmen Studentinnen und Studenten der Universitäts-Umweltgruppe "Ökologische Arbeitsgruppe an den Fachbereichen Agrarwissenschaften sowie Haushalts- und Ernährungswissenschaften", 2 Mitglieder des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), sowie einige weitere Personen teil. Sie konnten für einige Zeit einige Personen am Betreten des Instituts für Pflanzenbau hindern. Dabei sagten auch einige von ihnen, daß sie Aktion gut fänden. Es soll weitergehen mit weiteren Aktionen. Ziel ist, solange weiterzumachen, bis die Genversuche im Institut beendet sind. Gegen diese Versuche richtete sich auch die Aktion am Montag.

## 11.6

Mit der Zeit und ein bißchen Übung bekommt der/die SchreiberIn von Presseinformationen dann Gefühl dafür, wie er/sie eine solche am besten aufbaut. Bewußtes und intensives Zeitungslesen kann da schon enorm helfen: Welcher Text spricht an? Unter welchen Bedingungen lese ich einen Text überhaupt bis zum Ende?

Oben sind zwei Presseinformationen abgedruckt, die sich nicht nur in der äußeren Aufmachung unterscheiden. Der Text der einen Presseinformation ist schwer papierkorbverdächtig.

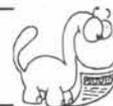
jede/r die Bilder an. Sind Personen auf dem Foto, so schauen die LeserInnen noch genauer, ob sie vielleicht die eine oder andere kennen.

MitarbeiterInnen von lokalen Tageszeitungen bringen meist neben Stift und Papier auch einen Fotoapparat zum Pressetermin mit, um abschließend noch ein Foto zu "schießen". Größere Zeitungen haben eigene FotografInnen.

Ansonsten kann die Gruppe selbst Bilder einreichen, doch manche Zeitungen nehmen nur ungern "Selbstgemachtes" - aus Zeit- oder Organisationsgründen. Hier heißt es: ausprobieren. Es gilt also, abzuklären, ob die jeweiligen Zeitungen mit Farb- oder mit Schwarz-weiß-Fotos arbeiten oder Dias für einen Farbdruck haben wollen. Mensch sollte sich aber im klaren darüber sein, daß die Fotos nur in den allerseltensten Fällen an die Gruppe zurückgeschickt werden. Dies wür-

## Fotos

Fotos sind Nachrichten und ein wesentliches Mittel, die Aufmerksamkeit der LeserInnen zu gewinnen. Bevor überhaupt der Text einer Zeitung gelesen wird, schaut sich



de für die Redaktionen viel zu viel Aufwand bedeuten. Es lohnt sich aber in jedem Falle, bei Aktionen und Presseterminen selbst zu fotografieren - zur Dokumentation der eigenen Aktivitäten.

## Pressekonferenz

### Vorbereitung

Für eine größere Aktion, wenn ein Projekt abgeschlossen ist oder groß starten soll, können Tageszeitungen, Anzeigenblättchen, die regionalen Büros von Presseagenturen und Rundfunksender zu einer Pressekonferenz eingeladen werden. Dafür sollte rechtzeitig eine schriftliche Einladung verschickt werden (mit Kurz-Presseinfo zum Thema). Etwa zwei Tage vor dem Termin kann mensch in den Redaktionen nachfragen, ob jemand kommt. Auch wenn die Antwort "vielleicht" lautet, sollte die Gruppe auf die Anzahl aller eingeladenen PressevertreterInnen vorbereitet sein (genügend Stühle und Kopien von Unterlagen). Nicht selten sind JournalistInnen trotz Absage aufgetaucht.

Für eine Pressekonferenz sollte ein ruhiger, aber nicht zu steriler Ort gewählt werden, wo hinterher noch ein paar Fotos geschossen werden können. Natürlich tut es auch ein Büro oder Tagungsraum. Die Presseleute erwarten kein kaltes Büffet, freuen

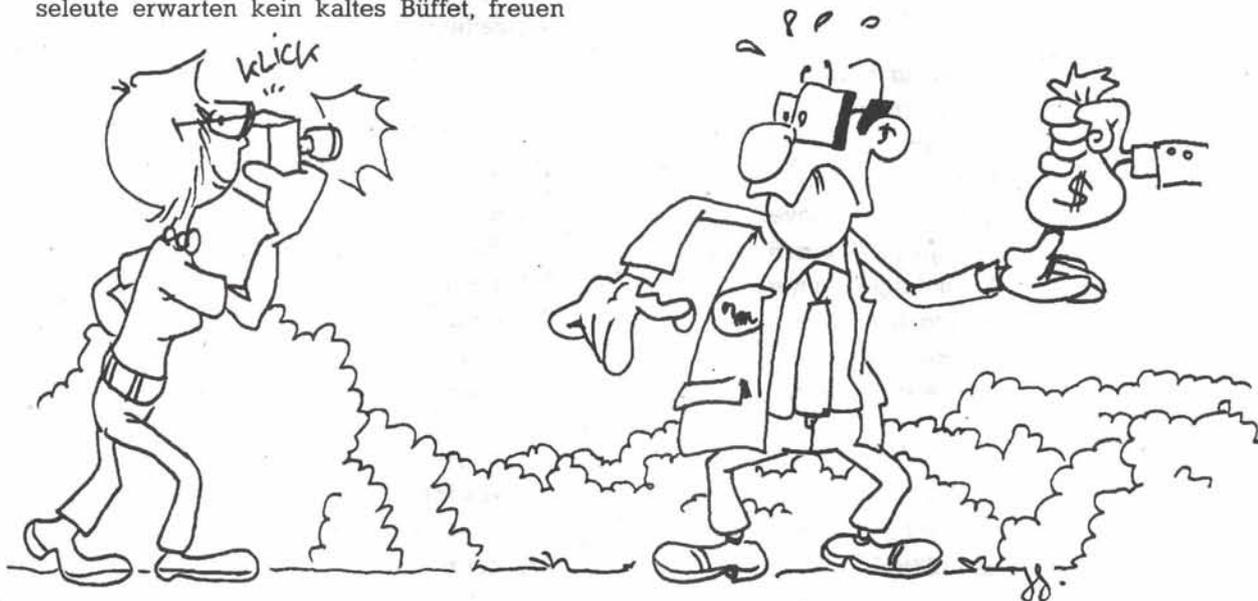
sich aber, wenn es etwas zum Trinken gibt (Kaffee, Mineralwasser und/oder Orangensaft). Manche ReporterInnen haben es sich zum Hobby gemacht, sich bei solchen Terminen im wahrsten Sinne des Wortes durchzufressen. Aber keine Panik, deshalb müssen noch lange keine belegten Weißmehlbrötchen angeboten werden. Vielleicht möchte die Öko-Gruppe ja stattdessen alternativ etwas Bio-Essen hinstellen.

Für die Pressekonferenz sollte ein Text, also eine ausführliche Presseinformation vorbereitet werden, die an allen Plätzen ausliegt oder zu Beginn der Konferenz ausgeteilt wird. Mensch kann auch Abzüge von guten Fotos dazulegen und vielleicht sogar eine ganze Pressemappe gestalten.

### Durchführung

Möglichst mehrere aus der Gruppe erzählen, wer was wann warum und wie macht. Die ReporterInnen werden Fragen stellen, auch hier sollten nach Möglichkeit verschiedene Leute aus der Gruppe antworten. Die PressevertreterInnen hoffen auf zitierfähige Sprüche, Abgelesenes kommt nicht so gut 'rüber, möglichst frei Gesprochenes klingt natürlicher. Die Medien, die keine/n VertreterIn schicken konnten, sollten hinterher mit einer Presseinfo beglückt werden. Das ist ja kein Problem, denn es sind ja genügend Exemplare kopiert.

11.7





## Printmedien

### Tageszeitungen

Tageszeitungen haben meist Lokalseiten, auf denen ohne größere Probleme Berichte und Ankündigungen unterzubringen sind. Redaktionsschluß ist täglich um die Mittagszeit. Brandheißes aus Politik und Weltgeschehen, Katastrophen etc. werden auch später noch auf Kosten unwichtigerer Dinge untergebracht. Mitunter gibt es während des Drucks noch Änderungen, so daß zum Beispiel die Kioske morgens bereits aktuellere Ausgaben haben als die LeserInnen, zu denen die Zeitung über den überregionalen Versand kommt und damit länger braucht und entsprechend früher gedruckt wird.

Aktionen, die im Nachrichtenteil erscheinen sollen, also überregionale, gehen dann unter, wenn auf der Welt etwas so wichtiges passiert ist, daß die Zeitung damit gefüllt wird. Ein Erdbeben in Irgendwo macht unter Umständen der besten Pressearbeit einen Strich durch die Rechnung. Ebenfalls wenig Platz ist für Nachrichten, die am Montag erscheinen sollen, denn Montag ist Sporttag. Berichte werden deshalb häufig auf den Dienstag verschoben. Dagegen hat die Wochenendausgabe viel Platz und oft eigene Umweltseiten, die es zu erobern gilt!

11.8

### "Blättchen"

Gemeinde-, Amts- und Stadtteilblättchen haben Platz für alle möglichen Informationen, vom Geburtstagsjubiläum bis zum Termin für die Altpapierentsorgung. Oftmals werden hier Texte von Initiativen wörtlich abgedruckt. Hier gilt es, den Redaktionsschluß zu berücksichtigen (unterschiedlich je nach Erscheinungshäufigkeit). Meist gestaltet ein regionaler Verlag/eine regionale Agentur für mehrere Kommunen solche Blättchen, also kann mensch darum bitten, den Text in mehreren zu veröffentlichen.

Kostenlose regionale Anzeigenblättchen überschwemmen wöchentlich Hausflure und Postkästen. Diese Blättchen werden gerade

auf dem Land überraschend intensiv gelesen, besonders wenn sie wegen Vereinstermi- nen, Telefonnummern oder Gemein- datione- n Tage oder Wochen aufgehoben werden. Diese Blättchen haben meistens nur wenige oder gar keine RedakteurInnen. Also ist es leicht, mit einem Text und gegebenenfalls auch mit einem Foto dort reinzukommen. So kann diese Art von Zeitung gut zur Imagepflege genutzt werden. Hier ist Platz für Hintergrundinformationen über die Gruppe/das Projekt und die Arbeit der Gruppe an sich.

### Sonntagszeitungen

Sonntagszeitungen haben dagegen einen noch stärker unterhaltenden Anspruch, um unterbeschäftigten Menschen das Wochenende zu verkürzen. Sie nehmen gerne auch längere Berichte (mit Foto) auf. Redaktionsschluß ist häufig bereits in der Wochenmitte.

### Wochenzeitungen

Wochenzeitungen sind weniger aktuell und beleuchten daher meist ausführlicher Themen, die dafür stärker aufgearbeitet werden. Sie haben in der Regel auch einen stärkeren Unterhaltungsteil. Von der Art der Thematik ähneln sie Tageszeitungen, von der Art, wie sie gelesen werden, eher Sonntagszeitungen.

### Zeitschriften

Zeitschriften denken in ganz anderen Zeiträumen (eine Monatszeitschrift hat nicht selten drei Wochen vor Erscheinungsdatum Redaktionsschluß). Interessante und gut aufgemachte Nachrichten gehen vor Aktualität. Fotos spielen eine oft noch größere Rolle. Manchmal veranstalten Zeitschriften Umweltwettbewerbe o.ä, um die es sich zu bewerben lohnt. Die Zeitschrift wird es sich nicht entgehen lassen, ausführlich über die PreisträgerInnen zu berichten.



## Umweltzeitschriften

Umweltzeitschriften wie "Geo", "Natur", "Öko-Test" etc. übernehmen nur selten Berichte von regionalen Gruppen. Oft ist es aber eine Kleinigkeit, mit Veranstaltungshinweisen reinzukommen. Dafür müssen sie natürlich von überregionalem Interesse sein. Pressefreaks und Fachmenschen sollten sich nach Möglichkeiten einer Freien Mitarbeiterschaft erkundigen!

## Nachrichtenmagazine

Nachrichtenmagazine arbeiten schon etwas anders als die Printmedien, an die eine regionale Gruppe sonst herankommt. Aufgearbeitet werden nur große Skandale und ganz spektakuläre Aktionen, ansonsten interessiert die großen deutschen Zeitschriften natürlich kaum die kleine Umweltgruppe in Hintertupfingen. Wenn aber Zeit dazu da ist, auch kleinere Skandale und Aktionen öfter mal weiterzumelden, ist es nicht ausgeschlossen, daß sich etwas davon auch in diesen Zeitschriften einmal wiederfindet.

## Rundfunk

Radio und Fernsehen sind nicht unerreichbar, denn diese werden auch nur von Menschen gemacht. Radio- und FernsehjournalistInnen wirken oft fehlerfrei, doch auch sie versprechen sich oder stottern mal, wenn sie ein Interview führen.

Öffentlich rechtliche wie private Sender haben oft Regionalstudios in den größeren Städten des Landes, die für eine bestimmte Zeit am Tag Aktuelles und Neues aus ihrer Region senden oder den landesweiten Programmen zuliefern, wenn es sich um ein besonders brisantes oder interessantes Thema handelt. Regionalstudios oder Fernsehsender haben meist jeweils eine/e zuständigen MitarbeiterIn für bestimmte Gebiete. Also gilt es auch hier, Kontakte zu knüpfen und die jeweiligen AnsprechpartnerInnen in den Presseverteiler der Gruppe aufzunehmen.

## Radio

Keine Probleme, mal im Programm zu erscheinen, gibt es bei den regionalen Sendern. Es lohnt sich aber auch, Infos über besondere Aktionen und sehr außergewöhnliche Dinge an "die Großen" weiterzugeben. Manchmal ist es sogar verwunderlich, daß gerade ein solches Thema Interesse weckt, von dem mensch dachte, daß es gar nicht so spektakulär ist. Die Sender müssen aber auch sehen und planen, wie sie ihr Programm gestalten - und da gibt es eben manchmal Löcher. Themensendungen und Nachrichtenmagazine stehen auch regionalen Initiativen offen. Die Sender haben in ihrer Zentrale meistens auch Themenredaktionen. Auch hier bietet es sich an, AnsprechpartnerInnen zu finden, weil die RegionalreporterInnen auf das Landesprogramm keinen Einfluß haben.

## Kurz & knapp

Die meisten Radiobeiträge sind zwischen einer und maximal fünf Minuten lang, und wenn noch andere zu Wort kommen, wird es knapp. Bei allen Interviews heißt es deshalb, das Anliegen klar und griffig in kurzen, inhaltsreichen Sätzen zu formulieren. Je nach Zeit und Anlaß macht ein lockerer Spruch und ein wenig "Aus-dem-Nähkästchen-Plaudern" den Rundfunkauftritt für die ZuhörerInnen interessanter, bei Anspielungen des Reporters/der Reporterin heißt es, auch mal lachen oder witzig-bissig reagieren. Es gibt kaum Schlimmeres als ein endloses "...und dann haben wir ... weil doch ... obwohl ... andererseits" ohne Punkt und Komma! Manchmal ist es möglich, die Kontaktadresse mitzuteilen. Entweder wird der/die Interviewte aufgefordert, sie selbst zu sagen, manchmal erwähnt sie der/die ReporterIn oder der/die ModeratorIn zum Schluß, manchmal wird aus Zeitgründen darauf verzichtet (die Adresse muß zum Mitschreiben wiederholt werden). Aber fragen, ob die Adresse genannt werden kann, schadet ja nicht. Wichtig: Auch Radiobeiträge sollte eine Gruppe für Dokumentationen aufheben, also mitschneiden! Hinter-



her ist es - auch rechtlich - sehr schwierig, von den ReporterInnen einen Mitschnitt auf Kasette zu bekommen, da diese in der Regel täglich einen oder sogar mehrere Beiträge liefern, und wenn dann jede vorgestellte Initiative eine Kasette haben wollte, hätte der/die ReporterIn nicht anderes mehr zu tun, als Kassetten zu überspielen.

### Formen des Radiojournalismus

- Interview vor Ort: Der/die ReporterIn kommt zur Gruppe/Aktion und interviewt - nach Möglichkeit - mehrere Leute. Keine Angst vor dem Mikrophon: War eine Aussage nicht einwandfrei, kann sie einfach nochmal aufgenommen werden. Der/die ReporterIn wird daraus (fast) stotterfreie Stellungnahmen schneiden. Außerdem sind RadiosprecherInnen auch nur Menschen und verhaspeln sich mal, genau wie es im direkten Gespräch zwischen Menschen auch passiert. Ein "äh" oder ein Versprecher macht den Beitrag natürlicher. Hintergrundgeräusche, die zum Thema passen (Vogelgezwitscher, Straßenlärm, Trubel), verhindern Sterilität. Am Ende kommt ein sogenannter B+O, ein Beitrag mit O(riginal)-Tönen dabei raus.
- Telefoninterview: Wenn es schnell und wenig aufwendig gehen soll, wird um ein Telefoninterview gebeten. Es wird vor der Sendung aufgezeichnet (Versprecher können rausgeschnitten werden) oder auch live übertragen. Interviews im Studio werden meistens live übertragen. Oft ist es möglich, daß zwei oder mehrere MitarbeiterInnen der Gruppe kommen können.
- Diskussion im Studio: Eine Diskussion mit IndustrievertreterInnen (oder anderen) ist eine sehr lebendige Form des Radiojournalismus und kommt ganz anders in Wohnzimmern an als ein Dialog zwischen PressesprecherIn und ModeratorIn. Hierfür muß aber ein/e VertreterIn der Gruppe ausgeguckt werden, der inhaltlich fit ist und den Mut hat, auch mal dem/der BürgermeisterIn oder einem/einer PolitikerIn ins Wort zu fallen.

- Nachrichten/Meldungen: Es muß ja nicht gleich immer ein Radiobeitrag von mehreren Minuten sein. Nachrichten aus der Region oder die Rubrik "Termine zum Wochenende" bieten auch die Möglichkeit, ein paar Sätze über Gruppe oder Aktion im Radio unterzubringen. Einige Sender bieten zudem in speziellen Sendungen (meist mit Wunschkonzert o.ä.) die Möglichkeit, sich als Gruppe oder Projekt mit Zielen und Ideen vorzustellen.

### Fernsehen

Wenn Fernsehleute erstmal auftauchen, machen sie auch was aus der Aktion. Eine Nachricht muß aber "optisch attraktiv" sein, damit sie überhaupt kommen - Aktionen in gutgefüllten Fußgängerzonen bieten sich also an. Die Gruppe muß sich aber darüber im klaren sein, daß Fernsehleute gerne sagen, wo es langgeht, wo jemand hinschauen soll oder wo jemand stehen oder sitzen soll. Kameraaufnahmen dauern lang, Einstellungen und Aussagen müssen eventuell auch wiederholt werden.

Nachrichtensendungen der 3. Programme und Tagesschau bieten Möglichkeiten für Kurzberichte, Terminankündigungen (Tips zum Wochenende o.ä.) oder sogar einen kurzen Film über eine Aktion o.ä. Nicht selten kündigt sich aber ein Fernsteam an, das dann nicht zwingend auftaucht. Es kann immer mal etwas dazwischenkommen.

Fernsehsender lassen viele freie Journalisten für sich arbeiten. Wer zu einem/einer FernsehjournalistIn in der Region Kontakte aufbaut, ihn/sie regelmäßig mit Infos versorgt, hat gute Chancen, daß er/sie bei einer besonderen Aktion oder einem anderen besonderen Anlaß (z.B. Verleihung eines Preises) auch einmal auftaucht.

Talkshows sind zeitlos. Wenn sich Gruppen oder Fachmensen dort melden und kurz vorstellen, bestehen Chancen, daß die Sender irgendwann einmal auf die Kontaktadresse zurückgreifen. Pressemitteilungen größerer/überregionaler Aktionen oder Anliegen sollten ruhig auch immer zu den Fernsehsendern geschickt werden - wer weiß,

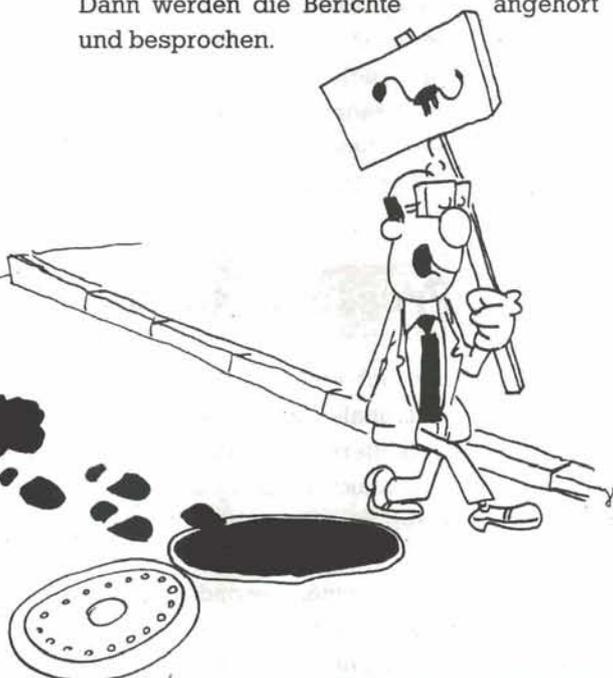


vielleicht ist gerade eine Lücke im Programm entstanden.

## Offene Kanäle

An einigen Orten gibt es die Möglichkeit, mit Eigenproduktionen FernsehzuschauerInnen zu informieren. Sogenannte Offene Kanäle stellen die komplette Ausstattung für die eigene Radio- oder Fernsehsendung. Bei den "OKs" sind MitarbeiterInnen angestellt, die die Funktion der Geräte erklären. Einweisung, Gerätegebrauch und Material sind kostenlos - und das Werk wird garantiert gesendet, manchmal allerdings mit langer Wartezeit. Alles ist möglich: Talkshow, Nachrichten, Musik, Vorstellung von Umweltprojekten etc. In den Orten, in denen es solche Offenen Kanäle noch nicht gibt, können ja noch welche eingerichtet werden. Wenn viele Gruppen Interesse beim Landesrundfunkdirektor anmelden, steigert das die Chancen.

der Gruppe nacheinander mit einem Tonband oder Kassettenrecorder und einer Uhr hinausgeschickt werden mit der Aufgabe, drei Minuten lang die Szene draußen zu beschreiben, so daß die ZuhörerInnen sie hinterher "miterleben" können. Zunächst scheinen die drei Minuten unendlich lang zu sein. Dann werden die Berichte angehört und besprochen.



## Sprechen üben

Steht ein Radio- oder Fernseh-Auftritt an heißt es, Interviews und Freies Sprechen üben. So kann sich auch die ganze Gruppe auf eine Pressekonferenz vorbereiten. Eine gute Übung ist ein Rollenspiel: Eine/r interviewt, ein/e andere/r steht Rede und Antwort, so wie er/sie es auch für Radio oder Fernsehen versuchen würde. Anschließend wird kritisiert. Das geht am besten, wenn das Interview mit Tonband oder Kassettenrecorder mitgeschnitten wird, sonst müssen die ZuhörerInnen sich soviel wie möglich merken (evtl. Notizen machen): Konnte das Anliegen klar vermittelt werden? Erzählte der/die Interviewte interessant oder zum Einschlafen, lebendig oder wie abgelesen? Geachtet werden sollte auch auf "Sprachfehler", womit weniger ein Lispeln oder ein Stottern zwischendurch gemeint ist, sondern eher das Verschlucken von Wort- und Satzendungen, das "Vergessen" von Verben oder Artikeln. Um freies Sprechen zu üben, kann jede/r in

## Presseagenturen

Agenturen leben davon, daß sie Informationen verarbeiten und an Zeitungen, Zeitschriften usw. weitergeben. Sie sind also als Multiplikatoren besonders attraktiv. Jede Tageszeitung hat ein bis drei der großen Agenturen "abonniert" und bekommt für einen Monatsbeitrag, der zwischen mehreren zehntausend und hunderttausend Mark (je nach Auflage) liegt, alle Meldungen des Tages (100 bis 400, in "Spitzenzeiten" sogar 600 bis 800) über einen sogenannten "Ticker" oder direkt in das Computersystem per Satellit eingespeist. Diese Meldungen können dann frei verwendet werden.

Die Deutsche Presseagentur zum Beispiel schreibt sich auf die Fahnen, politisch unabhängig zu sein, weil die deutschen Tageszeitungen ihre Gesellschafter sind (rund 200). Die dpa bietet neben dem Bundesdienst in den einzelnen Bundesländern auch Landesdienste an. Doch Agenturen wählen ihre Themen sogar noch sensibler als Rundfunksta-



## Kontakte:

Deutsche Presse-  
agentur (dpa)  
Mittelweg 38  
20148 Hamburg  
040/4113-0

Associated  
Press (AP)  
Moselstr. 27  
60329 Frankfurt  
069/27130

Dt. Nachrichten  
Dienst (dnd)  
Krohstr. 4/241  
50968 Köln  
0221/388211 u.  
374051

Dt. Depeschen  
Dienst (ddp)  
Friedrich-  
Wilhelm-Str.  
53113 Bonn  
0228/540060

United Press  
International (upi)  
Heussallee 2  
53113 Bonn  
0228/215034

Reuter (Bilder- u.  
Nachrichten-  
dienst), Bundes-  
kanzlerplatz 2  
53113 Bonn  
0228/26097-0

## 11.12

## Literatur:

Dieter Zim-  
pel (Hrsg.):  
Zimpel - 3 Bände  
(Verlag Dieter  
Zimpel, München,  
fortlaufend)  
Überblick über  
alle Zeitungen,  
Zeitschriften und  
Rundfunk.

Stamm - Leitfaden  
durch Presse und  
Werbung  
(Stamm-Verlag Es-  
sen, jährlich neu).

tionen aus. Eine Aktion muß also schon be-  
sonders spektakulär sein, damit sie "in den  
Dienst kommt", wie es im Agenturjargon  
heißt. Trotzdem sollte die Regionalreporter-  
Innen der Agenturen ruhig beim Versenden  
von Pressemitteilungen berücksichtigt wer-  
den; es bestehen durchaus Chancen, daß je-  
mand kommt oder nochmal anruft, um die  
Meldung zu vervollständigen. Bei den Bun-  
desadressen sind auch die Adressen der Re-  
gionalbüros zu erfragen. Mindestens in der  
nächsten größeren Stadt gibt es ReporterIn-  
nen der großen Agenturen.

## Presseverteiler

Sinnvoll ist es, sich eine eigene Adressen-  
liste mit den regionalen Zeitungen, Werbe-  
und sonstigen Blättern, den Rundfunksen-  
dern und allen Kontakten, auch zum Fernse-  
hen oder anderen überregionalen Medien,  
aufzustellen.

Wer die Adresse einer besonderen Zeit-  
schrift, z.B. eines Umwelt- oder Nachrichten-  
magazins haben möchte, braucht nur einmal  
das Zeitschriftenregal im Supermarkt zu be-  
suchen. Im Impressum ist immer eine Kon-  
taktadresse der Redaktion zu finden.

Der wohl beste Presseverteiler ist aus  
dem "Medien-Nachschlagewerk" des Verla-  
ges Dieter Zimpel zu entwickeln. Hier sind  
die Zeitungen, Zeitschriften, Funk- und Fern-  
sehanstalten mit umfassenden Daten nachzu-  
schlagen. Je nach Zielgruppe läßt sich mit  
der dreibändigen Loseblattsammlung der je-  
weils ideale Presseverteiler zusammenstel-  
len. Einziger Nachteil, der Preis des Zimpel  
liegt bei ca. 800,- DM! Doch diesen Nachteil  
können "Presseprofis" bei häufiger Nutzung  
eventuell sogar verkraften. Ansonsten gibt  
es vielleicht die Möglichkeit, dieses Nach-  
schlagewerk in der regionalen Zeitungsre-  
daktion einzusehen, wenn dorthin gute Kon-  
takte bestehen.

Eine weitere Chance, Adressen von Print-  
medien und Rundfunkanstalten herauszusu-  
chen, bietet der "Stamm", er ist nicht so teuer  
und wird jährlich erneuert. Vielleicht gibt es  
einen "alten" bei einer Redaktion "abzustau-  
ben".

## Weitere Formen von Pressearbeit

### Freianzeigen

Wenn eine Gruppe für sich oder für ein  
Projekt werben will, gibt es außer den Arti-  
keln in Zeitungen und Zeitschriften auch die  
Möglichkeit, eine Anzeige zu schalten. Das  
kostet normalerweise etwas (und nicht we-  
nig). Gemeinnützige Initiativen können da-  
her "Freianzeigen" an die jeweiligen Redak-  
tionen bzw. Anzeigenabteilungen schicken.

Wer einmal aufmerksam den Anzeigenteil  
großer Tageszeitungen betrachtet, findet  
dort immer wieder Anzeigen von BUND,  
Greenpeace oder Naturschutzbund. Das  
sind solche Freianzeigen. Was die großen  
Umweltverbände schaffen, kann jede regio-  
nale Gruppe auch.

Ein Freianzeigenbogen beinhaltet also  
fertig gestaltete Anzeigen in verschiedenen  
Formaten, die als Druckvorlagen geeignet  
sind. Der oder so ähnlich lautende Satz "Bitte  
unterstützen Sie unsere gemeinnützige Ini-  
tiative durch die Veröffentlichung einer Frei-  
anzeige" macht sich ebenso gut wie der Hin-  
weis, daß eine Spendenbescheinigung für  
das Finanzamt ausgestellt werden kann  
(siehe Kapitel 14, "Finanzen"). Wenn beim  
Layout einer Zeitung irgendwo eine Lücke  
entsteht - bei Tageszeitungen meistens im  
Anzeigenteil - kann die Redaktion die Frei-  
anzeigen verwenden.

### LeserInnenbriefe

LeserInnenbriefe sind eine gute Möglich-  
keit, zu Aktuellem oder Wichtigem von vie-  
len beachtet Stellung zu nehmen. Sie können  
eine Diskussion um ein brisantes Thema ent-  
fachen oder "aufputzen".

Eine LeserInnenbriefschlacht ist eine  
spannende Form, Aufmerksamkeit zu erre-  
gen. Wenn sie mit guten Argumenten und  
wenig Polemik geführt wird, bringt sie viele  
Pluspunkte! Ufert ein Thema aber aus, wird  
die Redaktion von sich aus irgendwann die  
Debatte in den Leserbriefspalten beenden.



Erstaunlich viele ZeitungleserInnen beachten bevorzugt diese Rubrik, weil sie - ähnlich wie bei den Todesanzeigen - gucken, ob ein ihnen bekannter Name auftaucht.

Ein LeserInnenbrief ist die geeignete Form, um Wut, Enttäuschung, die persönliche Meinung auszudrücken. Wird auf Vorkommnisse beziehungsweise den entsprechenden Artikel in der Zeitung reagiert, gilt auch hier: möglichst schnell sein. Im Leserbrief heißt es, sich kurz fassen (Zeitungen "behalten sich den Sinn nicht verändernde Kürzungen vor" - Vorsicht bei Ironie! Kaum einer scheint sie zu verstehen, obwohl sie natürlich viele Leserbriefe erst lesenswert macht. Vollständige Adresse nicht vergessen, eine/r ist AbsenderIn (evtl. auch mehrere), nicht aber die Gruppe. Wenn die Gruppe oft mit LeserInnenbriefen Meinung machen will, ist es sinnvoll, den/die AbsenderIn zu wechseln (viele Zeitungen bringen nur eine bestimmte Zahl von Leserbriefen pro Person und Jahr).

## Gegendarstellungen

Natürlich kann eine regionale Initiative zu allen möglichen Vorgängen Stellung beziehen und dies in Form einer Presseerklärung tun. Wird eine Gruppe/Initiative sogar selbst angegriffen und stehen nachweisbar falsche Tatsachen in der Zeitung, hat der/die Betroffene ein Recht auf Gegendarstellung. Dies sehen alle Landespressegesetze vor.

Eine Gegendarstellung muß in gleicher Größe und Aufmachung und an der gleichen Stelle in der Zeitung innerhalb einer Woche erscheinen. Gegendarstellungen bedürfen einer bestimmten Form und sind gar nicht so einfach zu formulieren.

Im allgemeinen wird jede Zeitung, jeder Sender versuchen, das Abdrucken oder Senden von Gegendarstellungen zu verhindern, da es nach außen hin wie ein Eingeständnis eines Fehlers wirkt. Ist eine Gegendarstellung formal richtig, muß sie unabhängig ihres Inhaltes abgedruckt/gesendet werden. Doch die Richtlinien lassen immer noch ein Schlupfloch für die Redaktion, und im Falle eines Falles kann mensch sich bei der

Rechtsstelle der Industriegewerkschaft Medien oder bei einem/einer Rechtsanwalt/Rechtsanwältin rückversichern.

Zunächst ist wichtig, zwischen Tatsachenbehauptung und Meinungsäußerung zu unterscheiden. Eine Tatsachenbehauptung liegt dann vor, wenn etwas Beweisbares oder nicht Beweisbares veröffentlicht wird.



Meinungsäußerungen enthalten immer Elemente des Abwägens, Dafürhaltens, Empfindungen etc. Eben all das, was nicht beweisbar ist oder über das zu diskutieren wäre. Beispiel: "Hans ist ein Betrüger" (= Meinungsäußerung); "Hans ist ein Betrüger, weil er 43 Frauen die Hochzeit versprochen hat und bereits rechtskräftig wegen Heiratschwindels verurteilt ist" (= Tatsachenbehauptung). Dieser Unterschied ist wichtig, weil eine Meinungsäußerung (dazu gehören auch Kommentare) keine Gegendarstellung verlangen können.

Oftmals lassen schon Kleinigkeiten zu, daß eine Gegendarstellung abgelehnt wird. Sie muß an den/die verantwortlichen RedakteurIn oder den/die VerlegerIn adressiert sein. Eine Gegendarstellung muß "die beanstandeten Stellen bezeichnen": "In der Sowiezeitung, Ausgabe vom ..., wird berichtet, daß ..." Dann muß folgen: "Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist vielmehr folgendes: ..." Sowohl in der Ausgangsmitteilung als auch in der Entgegnung dürfen nur Tatsachenbehauptungen enthalten sein. Die Entgegnung darf nicht wesentlich länger sein und muß sich direkt auf die Ausgangsmitteilung beziehen. Jede weitergehende Erläuterung ist schon Grund, um die Gegendarstellung abzulehnen. Ausnahme ist die sogenannte "richtigstellende Gegendarstellung". In ihr wird

11.13

### Kontakte:

Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Medien  
Friedrichstr. 15  
70174 Stuttgart  
0711/2018-0

Deutscher JournalistInnenverband e.V.  
Gewerkschaft der Journalisten  
Bennauerstr. 60  
53115 Bonn  
0228/222971

Rundfunk-Fernseh-Film-Union im DGB  
Klarestr. 19  
80636 München



formuliert: "Es wird der Eindruck erweckt, daß ..." und "Tatsächlich wahr ist aber ..." Neben Ort und Datum muß die Unterschrift des/der Betroffenen stehen.

## Freie Mitarbeiterschaft

Presseinfos schreiben und hoffen, daß ein Teil davon von den RedakteurInnen geduldet und gedruckt wird, ist schön und gut. Aber die Zeitungen sind (auch) auf Informationen angewiesen. Wer Spaß am Schreiben findet, kann vielleicht als frei/e MitarbeiterIn einsteigen. Wurde die Tageszeitung einige Male erfolgreich beliefert, kann es sich durchaus lohnen, beim/bei der zuständigen Lokal- oder FachredakteurIn nachzufragen, welche Bedingungen und Möglichkeiten es für eine Freie Mitarbeiterschaft gibt.

Viele Redaktionen neigen allerdings dazu, freie MitarbeiterInnen gerade für die Termine einzusetzen, die die Festangestellten selbst lieber nicht besuchen wollen (Fastnacht, Feuerwehr-Jahreshauptversammlung). Deshalb muß mensch sich vorher auch überlegen, inwieweit er bereit ist, zunächst mit Berichten über solche Veranstaltungen zu beweisen, wie gut er/sie schreiben kann. Denn große Ansprüche stellen können freie MitarbeiterInnen nicht, dafür gibt es einfach zu viele BewerberInnen, die so den Einstieg in das Journalismus-Geschäft schaffen wollen. Daher wird es wohl eine Zeit lang dauern, bis mensch eigene, selbst recherchierte Berichte zu selbstgewählten Themen liefern kann. Chancen bieten aber extra für die Jugend- oder Umweltseite(n) eingestellte RedakteurInnen, die dankbar sind für eine Unterstützung von Leuten, die "wissen, was abgeht und die Augen offen halten".

## Presseausweise

Eine Pappkarte mit Foto und dem richtigen Stempel öffnet einige Türen. Wer sein Brot hauptsächlich mit journalistischer Tätigkeit verdient und dies mit Honorarabrechnungen oder einer Mitgliedschaft in der

"Künstlersozialkasse" nachweisen kann, kann über die Industriegewerkschaft Medien oder den Deutschen Journalistenverband einen offiziell gültigen Presseausweis bekommen. Für Mitglieder ist dieser kostenlos, ansonsten sind rund 100,- Mark zu bezahlen. Das lohnt sich aber: Zu zahlreichen Veranstaltungen kommt mensch dann kostenlos als PressevertreterIn rein und an Informationen ran. "Presse" darf oft rein oder ganz nah ran, wo normal Sterbliche vor den Toren oder hinter der Absperrung warten müssen.

Natürlich sollte dann auch ein Medium vorhanden sein, für das mensch schreibt beziehungsweise berichtet. Die Presseverbände sind darum bemüht, einen einheitlichen Presseausweis durchzusetzen, da gerade von SchülerInnenzeitungen selbstgemachte Ausweise geradezu eine Inflation solcher Papiere verursacht haben. Dies wiederum hat zur Folge, daß "richtige" JournalistInnen gelegentlich sogar Probleme haben, glaubhaft zu machen, daß sie welche sind.

Im übrigen: Wenn die Gruppe selbst eine Zeitung herausgibt (siehe Kapitel 12, "Zeitung machen"), ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die RedaktionsmitarbeiterInnen auch "Mitarbeiter-Ausweise" ausgestellt bekommen. Je perfekter diese aussehen, desto glaubwürdiger sind sie. Auch solch ein Ausweis kann so manche Tür öffnen, die ansonsten verschlossen bleiben würde.

## Die AutorInnen

Angela Hübsch  
& Timo Schadt  
c/o Projektmanagement Ökologie  
Hersfelder Str. 3, 36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919296  
eMail: pr\_oeko@juis.insider.org

Jutta Sundermann  
c/o Projektwerkstatt im Kreis Gießen  
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen  
Tel. 06401/903283  
eMail: projektwerkstatt\_sa@apg.wbnet.de

### Kontakt:

Landesversicherungsanstalt  
Oldenburg-Bremen  
Künstlersozialkasse  
Langeoogstr. 12  
26384 Wilhelmshaven



# Schwarz auf weiss

Gibt es nicht schon genügend Zeitungen und Zeitschriften? Von der Computerfachzeitschrift bis zur Wirtschaftszeitung ist im Zeitschriftenladen alles vertreten. Trotzdem gibt es viele Gründe, eine eigene Zeitung herauszugeben: Vor allem in den regionalen Teilen von Tageszeitungen fällt auf, daß manche Themen viel zu kurz kommen. Eine eigene Zeitung kann Hintergründe aufzeigen und Menschen zum Handeln animieren. Neben Schreiben und Recherchieren gehört aber auch jede Menge "Organisatorisches" dazu, denn die Zeitung will finanziert und auch unter die Leute gebracht werden. Da es zum Thema "Layout und Druck" ein eigenes Kapitel (13) gibt, sind diese Bereiche hier ausgeklammert.

## Zeitungsformen

### Die Klozeitung

Die Klozeitung ist eine aktionsorientierte Zeitungsform, die je nach Geschehen und MitarbeiterInnenstab auch mehrmals täglich im Rahmen einer Veranstaltung (Kongreß, Messe, Demonstration, etc.) erscheinen kann. Sie wird an den "Örtchen" aufgehängt, an denen ihr Aufmerksamkeit sicher ist. Sie kann deshalb wesentlich zur Meinungsbildung während einer Veranstaltung beitragen oder auch als "Stimme der Opposition" dienen. Außerdem ist die Klozeitung eines der papiersparendsten Verfahren, um viele Leute zu erreichen.

Die Klozeitung kann ganz einfach gestaltet sein, eine Schreibmaschine, Klebeband, Scheren, ein paar Zeichnungen und einige schwarze Faserliner genügen, um eine Seite zu machen, die dann kopiert oder anders vervielfältigt wird. Die Redaktion sollte für "Fremd-SchreiberInnen" offen sein und kann sich z.B. einfach im Flur einer Veranstaltung ausbreiten. Ein Hinweisschild "Klozeitungsredaktion" und ein "Redaktionsbriefkasten" für LeserInnenbriefe genügen. Da die Kosten relativ gering sind, kann die Zeitung durch das Geld aus einer Spendendose und durch den Verkauf der vollständigen Sammlung aller Ausgaben oder durch Abonnenten, die immer die neueste Ausgabe bei der Redaktion abholen können, finanziert werden.

### Die Tageszeitung

Die Tageszeitung zu einer Großveranstaltung, Messe oder größeren Aktion bedeutet schon ein bißchen mehr Aufwand. Auf dem Deutschen Umwelttag (DUT) 1992 fand sich eine 30-köpfige Redaktion aus Projektwerkstätten in einem Raum der Frankfurter Universität zusammen, um täglich die "verDUTzt" herauszugeben. Dazu war viel Vorarbeit nötig: Überall aus dem Bundesgebiet wurden Computerausrüstungen und Layoutmaterialien zusammengeholt. Die "verDUTzt" erreichte täglich mit 10.000 bis 15.000 Exemplaren das Publikum des DUT und war die kritische Stimme des "DUT von unten", vieler Initiativen, die mit der Industriegläubigkeit der VeranstalterInnen nicht einverstanden waren.

Jeden Abend kurz nach 18 Uhr wurden die fertigen Druckvorlagen zur Druckerei ge-

12.1





## Literatur:

A. Hübsch/T.Schadt/  
J. Sundermann:  
Schwarz auf weiß -  
Zeitungen und Bro-  
schüren selber-  
machen  
(1995, Verlag die  
Werkstatt/AOL-Ver-  
lag, 208 S.)  
Von der ersten Idee  
über die technischen  
und redaktionellen  
Möglichkeiten bis  
hin zum Vertrieb der  
fertigen Zeitung wer-  
den alle Arbeits-  
schritte angespro-  
chen und an Beispielen  
erläutert. Dabei  
erweist es sich als  
Vorteil, daß die Auto-  
rInnen selbst in Zei-  
tungsprojekten enga-  
giert sind. Sie kennen  
die praktischen Pro-  
bleme, mit denen so  
mancheR Hobby-  
JournalistIn und man-  
che Zeitungsgruppe  
zu kämpfen haben,  
und können den ein-  
en oder anderen be-  
währten Geheintip  
aus ihrem Erfahrungss-  
chatz vermitteln

bracht. Um Mitternacht konnten die fertigen Zeitungen abgeholt und an die Stände verteilt werden. Darüber hinaus machte sich jeden Tag ein Team von Jugendlichen auf den Weg in die Messehallen, um dort die Zeitung an die BesucherInnen zu verteilen. Da die "verDUTzt" kostenlos verteilt wurde, mußte die Finanzierung anderweitig gesichert sein, nämlich über Anzeigen.

Wer für eine ähnliche Veranstaltung wie z.B. Kirchentag oder Aktionstage gegen Fremdenfeindlichkeit etc. plant, braucht viele Leute. Die Auflage sollte möglichst hoch sein, damit alle TeilnehmerInnen erreicht werden. An Ausstattung benötigt die Redaktion möglichst mehrere Computeranlagen mit Drucker, ggf. Scanner, ein Telefon, evtl. Fax, viel Schmierpapier, Kleber, Stifte, Fotoapparate, Labor oder kommerzielles Schnelllabor, Filmmaterial, Zeichnungen, Layout-Messer, evtl. Leuchttisch (z.B. Eigenkonstruktion). Zur Finanzierung über Anzeigen ist es denkbar, z.B. bei einer Messe die AusstellerInnen zu befragen; eine Liste der AusstellerInnen gibt es bei der Messe- oder Veranstaltungsleitung. Gibt es eine/n TrägerIn für die Zeitung, z.B. Verbände, die eine Aktionswoche organisieren, eine Gemeinde, die sich eine Aktion etwas kosten läßt etc., sind sie auch Geldquellen.

Auflagenhöhe zu haben, damit potentielle AnzeigenkundInnen wissen, woran sie sind.

Format und Gestaltungsform sind sehr unterschiedlich - von der A5-Broschüre bis zum Tageszeitungsformat, gestaltet mit Computer oder einfach nur mit der Schreibmaschine. Ansonsten sieht die Ausstattung so aus wie bei einer Tageszeitung. Auch für den Druck kommen fast alle Formen in Frage, die Auflagenhöhe und die gewünschte Aufmachung werden über die Wahl entscheiden: Rotationshochdruck, Offsetdruck etc. Der Vertrieb ist denkbar über direkten Verkauf z.B. bei Veranstaltungen. Zeitschriftenläden, Schulen, andere Gruppen, Jugend- und Initiativzentren, Abonnements etc. sind weitere Vertriebsmöglichkeiten.

## Die Zeitung für eine Zielgruppe

Zeitungen mit bestimmter Zielgruppe sind z.B. Verbandszeitschriften. Sie sollen ganz bestimmte LeserInnen erreichen und mit Informationen aus einem Verband versorgen, die Außenstehende kaum interessieren. Die Form ist ähnlich der regelmäßigen Initiativzeitung, also von A5 bis zum Tageszeitungsformat, vom Chaos- bis zum Profilyout mit dem Computer. Auch Zeitungen mit bestimmter Zielgruppe sollten regelmäßig erscheinen, damit die LeserInnen schon darauf warten können. Ein festes Redaktionsteam sollte für Regelmäßigkeit sorgen.

## 12.2

### Die Initiativzeitung

Regelmäßige Initiativzeitungen bedeuten weniger Streß. Sie erscheinen zwei-, drei- oder auch sechsmal im Jahr und können Themen aufgreifen, die in der örtlichen Tageszeitung zu kurz kommen oder eine bestimmte Zielgruppe ansprechen (Umwelt, Antifaschismus, Friedensarbeit etc.). Viele Umwelt-Projektwerkstätten haben inzwischen ihre eigene Umwelt-Zeitung, die in einer bestimmten Region oder einen ganzen Bundesland verteilt wird. Um regelmäßiges Erscheinen möglich zu machen, sollte es ein "Kern-team" geben, das fest an der Zeitung arbeitet und einen Redaktionsraum, um einem festen Anlaufpunkt für AnzeigenkundInnen, LeserbriefschreiberInnen oder ähnliches zu haben. Empfehlenswert ist es, auch eine feste

### Broschüren/Faltblätter

Broschüren und Themenblätter sind ebenfalls eine Form von Zeitung. Hierbei geht es um ein bestimmtes Thema, das behandelt wird, z.B. die Hintergründe zu einer Kaffeekampagne einer Kirchengemeinde für gerechten Handel mit der sogenannten "Dritten Welt". Sauber gedruckte Infoblätter und gebundene bzw. geheftete Broschüren eignen sich auch zum Mitnehmen, Mehrmalslesen und Weitergeben. Deshalb braucht die Auflage bei Broschüren nicht so hoch zu sein, etwas kosten können sie auch. Infoblätter hingegen, die bei einer Aktion verteilt wer-



den sollen, sollten in hoher Auflage gedruckt werden, um sie möglichst vielen Leuten in die Hand zu geben. Wichtig ist, daß sich die RedakteurInnen sachkundig machen oder Fachleute heranziehen.

für eventuelle Finanzkrisen haften. Vereine und ähnliche "juristische Personen" haften mit dem Vereinsvermögen und je nach Unternehmensform mit dem Firmenkapital (siehe Kapitel 7, "Organisation")

## Voraussetzungen

### Zielgruppe

An wen soll sich die Zeitung richten? - Das ist die erste Frage, die beantwortet sein will, denn von der Zielgruppe sind Inhalt, Form, Layout, Auflage, Finanzierung und Vertrieb abhängig. Ist die Zeitung z.B. für die Umweltinteressierten eines Landkreises gedacht? Auf der Basis der Zielgruppe kann eine Gesamtkonzeption für die Zeitung entwickelt werden, die wiederum wichtig ist, um neue MitarbeiterInnen, GeldgeberInnen und AnzeigenkundInnen zu gewinnen.

### HerausgeberIn

In jeder Zeitung gibt es ein sogenanntes "Impressum", in dem Angaben über die Herkunft der Zeitung gemacht werden. Ins Impressum gehören Herausgeber und Redaktionsadresse, der/die "Verantwortliche im Sinne des Presserechts" (V.i.S.d.P.), die Redaktionsmitglieder, die Auflage, die Erscheinungsweise, ein Hinweis, an wen sich Anzeigenkunden wenden können etc. Die Frage der Herausgeberschaft sollte gut überlegt sein, die Rechtsform spielt hinsichtlich finanzieller Verantwortlichkeiten eine große Rolle. Bei Initiativenzeitungen könnte ein gemeinnütziger Verein Herausgeber sein, der gegebenenfalls auch Zuschüsse bekommen kann. Auch Privatpersonen können die Herausgeberschaft übernehmen, die dann aber mit ihrem Privatkapital



### Presserechtliche Verantwortung

Jedes Bundesland hat sein eigenes Presserecht. Die Person, die im Impressum als presserechtlich verantwortlich mit Namen und Adresse (es reicht auch die Adresse der Redaktion) gekennzeichnet ist, muß laut Gesetz 21 Jahre alt sein. Die presserechtlich verantwortliche Person haftet für den Inhalt der Zeitung als Gesamtwerk.

Presserechtliche Verantwortung heißt aber auch zu gewährleisten, daß die im Pressegesetz festgelegten Grundsätze eingehalten werden. Ein Zusatz im Impressum "namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer und ausschließlich die Meinung der Redaktion wieder" entlastet die Redaktion z.B. gegenüber einem nicht sachlich fundierten Artikel.

### Inhalte

Die Inhalte der Zeitung müssen auf die Zielgruppe abgestimmt sein. Hilfreich ist, sich in die Rolle der LeserInnen hineinzusetzen (was würde mich als LeserIn der Zei-

#### Literatur:

G. Hooffacker/  
P. Lökk: Wir machen Zeitung (1993, Steidl-Verlag, 191 S.)  
Das "Handbuch für den Journalismus zum Selbermachen" behandelt so ziemlich alles, was dazu gehört, um selbst eine Zeitung herauszubringen. im handlichen Taschenbuchformat wird kurz auf Recherche, Schreiben, layout, Rechtliches etc. eingegangen.



tung interessieren?) und eine Art "Brainstorming" zu machen, um zu sammeln, welche Themen aufgegriffen werden sollen. Danach kann für die erste Ausgabe gefiltert werden und sogar über feste Rubriken nachgedacht werden, die in jeder Ausgabe wiederkehren. Diese Inhalte sollten in einem schriftlichen Konzept mitaufgeführt sein, um neue Leute und GeldgeberInnen zu begeistern. Eine solche Übersicht, die alle Vorüberlegungen beinhaltet, nennt man "Mediadaten", die mehrfach kopiert werden sollte, um sie Geschäften, die eine Anzeige schalten wollen, überlassen zu können (siehe auch Seite 12.14).

## Vertrieb

Auch wenn die Arbeit an der Zeitung noch gar nicht begonnen wurde, muß überlegt werden, wie sie unter die richtigen Leute gebracht werden soll. Soll die Zeitung verkauft oder kostenlos abgegeben werden? Wer übernimmt das Verteilen oder soll eine kommerzielle Firma beauftragt werden? Sollen Geschäfte prozentual am Gewinn beteiligt werden? Siehe auch Seite 12.16.

## Verbreitungsgebiet

Die meisten Initiativenzeitungen beschränken sich auf eine große Stadt, einen Landkreis oder eine Region. Landesweit zu erscheinen ist schwierig hinsichtlich der gemeinsamen Redaktionssitzungen. Vom Verbreitungsgebiet ist die Auflage abhängig. Wer landesweit oder sogar bundesweit erscheinen will, braucht viele HelferInnen zum Verteilen. Wichtiger aber scheint immer wieder der regionale Aspekt, der viele Leute zum Mitmachen animiert. Der Einstieg ist leichter, wenn es um die Probleme vor Ort, in der eigenen Umgebung, geht.

## Auflage

Die Auflagenstärke muß realistisch abgeschätzt werden. Beim Druckverfahren Rotations-Kaltoffsetdruck (Zeitungsdruck) lohnt es

sich finanziell erst so richtig ab 5.000 Stück, der Preis steigt dann nur unwesentlich pro weitere gedruckte tausend Exemplare; beim Offsetdruck hingegen steigt der Preis proportional mit der Auflage.

Welche Auflage in welchen Druckverfahren kann also finanziert werden? Welches Anzeigenaufkommen / welche Zuschüsse sind zu erwarten? Die richtige Auflagenstärke wird sich wahrscheinlich erst im Laufe der Zeit herausstellen, nach dem ersten Erscheinen der Zeitung wird mensch aber schnell sehen, ob zu viele oder zu wenige Exemplare gedruckt wurden.

Im Vorfeld sollten mehrere Druckereien angesprochen werden und um ein Angebot gebeten werden - anhand der Angaben, welche Seitenstärke, Auflage, Druckverfahren, ungefähre Anzahl der Fotorasterungen, Anzahl der Farben wird kostenlos ein solcher Kostenvoranschlag erstellt. Für ZuschußgeberInnen müssen meistens drei Angebote verschiedener Druckereien vorgelegt werden (siehe auch Kapitel 13, "Layout und Druck").

## Erscheinungsweise & Format

Die Häufigkeit des Erscheinens der Zeitung hängt eigentlich nur von den Arbeitskapazitäten der Redaktionsmitglieder ab. Auch die Seitenzahl kann theoretisch schwanken, eine gleichbleibende Zahl ist jedoch angebracht, um Anzeigenkunden einen Anhaltspunkt zu geben. Mehr Seiten bedeuten natürlich auch höhere Kosten.

Wird im Offset-Verfahren gedruckt, ist DIN-A4 gefalzt auf A5 bzw. DIN-A3 gefalzt auf A4 das am häufigsten verwendete Format. Soll die Zeitung im Rotationshochdruck gefertigt werden, ist logischerweise Tageszeitungsformat (Berliner oder Frankfurter Format) notwendig. Möglich ist aber auch, das Tageszeitungsformat zu halbieren.

Berliner und Frankfurter Format können auf die Hälfte gefalzt, geheftet und an den Rändern geschnitten werden. Solche "Feinheiten" kosten aber, ebenso wie beim Offset-Druck, extra.



## Redaktionsraum & Kontaktadresse

Wenn es gar nicht anders geht, muß sich die Redaktion privat treffen, das ist aber abschreckend für neue Leute. Am besten ist es, bei der Kirche oder in einem Initiativenhaus (falls es so etwas gibt) nachzufragen, ob ein Raum für die Zeitungsredaktion zur Verfügung steht, und vielleicht ein abschließbarer Schrank da ist, der benutzt werden kann. Es sollte auch geklärt sein, ob die Adresse als Redaktionsadresse und das Telefon nutzbar sind, denn die Redaktion sollte schriftlich jederzeit und telefonisch zu bestimmten, evtl. in der Zeitung veröffentlichten Zeiten, erreichbar sein.

## Ausstattung

Wenn die Zeitungsredaktion sich ihre Ausstattung zusammenstellt, muß an viele Kleinigkeiten gedacht werden. Was ist nötig für die Recherchearbeit, was ist nötig für das Layout, wer kann eine Kamera oder einen Computer zur Verfügung stellen? Der redaktionseigene Bestand kann im Laufe der Zeit aufgestockt werden, weil zu Beginn das nötige Kleingeld sicherlich nicht vorhanden ist. Aber auch für die Redaktionsausstattung können Zuschüsse beantragt werden (siehe Kapitel 14, "Finanzen").

## Redaktionsarbeit

Über gezielte Pressearbeit lassen sich vielleicht noch neue Redaktionsmitglieder gewinnen - eine Presseinformation, die animiert, selbst zu schreiben und eine Zeitung selbst zu machen, kann da helfen. Im Kapitel "Pressearbeit" (11) stehen konkrete Tips zum Umgang mit den Profi-Presseleuten und zum Schreiben einer Presseinformation. Es empfiehlt sich, mit der Idee, der ersten Ausgabe und jeder weiteren Ausgabe ruhig massiv an die Öffentlichkeit zu gehen, schließlich werden immer LeserInnen, MitarbeiterInnen und AnzeigenkundInnen gesucht. Hat sich eine Redaktion zusammengefunden, kann es los-

gehen mit der inhaltlichen Ausgestaltung der ersten Ausgabe. Jetzt heißt es recherchieren, Artikel schreiben, Leute interviewen usw.

## Das erste Redaktionstreffen

Das erste Treffen sollte mit einer Vorstellungsrunde beginnen, bei der jede/r auch erzählt, warum er/sie bei der Zeitung mitarbeiten möchte und wie er/sie sich seine/ihre Aktivitäten innerhalb der Zeitungsredaktion vorstellt. Danach kann es an die inhaltliche Planung gehen. Bewährt hat sich dafür eine Wand ggf. auch eine Pinnwand, die in Felder für die einzelnen Seiten unterteilt wird und an die Zettelchen für die einzelnen Artikel, Interviews, Zeichnungen, Fotos, Anzeigen (jeweils mit Vermerk, wer sich darum kümmert) gehängt werden können. Der Vorteil ist, daß später noch umgeplant und umgehängt werden kann, ohne daß die komplette Seitenplanung neu geschrieben werden muß. Möglichst schon beim ersten Treffen sollte eine grobe Zeitplanung gemacht werden. Wann soll die Zeitung erscheinen? Bis wann müssen alle Texte da sein, bis wann die Anzeigen? Und ganz wichtig: wann trifft sich die Redaktion das nächste Mal?

## Recherche

12.5

## Die Themensuche

Es lohnt sich auf jeden Fall immer, mit offenen Augen und Ohren durch die Welt zu gehen und überall Fragen zu stellen!

Meldungen in der Tageszeitung lassen vieles offen, geben Anhaltspunkte, die genauer beleuchtet werden sollten. (Warum ist es zu dieser Auseinandersetzung gekommen? Soll das schon die ganze Wahrheit sein? ...) "Klatsch" in der Nachbarschaft kann sogar Anlaß zu einer Recherche sein, ebenso Veranstaltungen oder Gedenktage. Ein Gespür für das Interessante, das im Alltag kaum auffällt oder für das Fragwürdige, das die meisten Menschen einfach schlucken, ist wichtig und wird sich mit der Zeit herausbilden.



## Ansatzpunkte & Hilfen während der Recherche

Wer anfängt, einem Thema auf den Grund zu gehen, hat meistens einige Vorstellungen über das, was sich dabei so ergeben wird. Eine Redaktion beginnt z.B. ihre Recherche über einen Geflügelzuchtbetrieb mit der Annahme (Recherchehypothese), daß dort Hühner in Massenhaltung zusammengepfercht leben. Besuche vor Ort, Interviews mit AnwohnerInnen und BetreiberInnen könnten diese Hypothese über den Haufen werfen oder stark verändern, z.B. weil dieser Betrieb selber gar keine Legehennen in engen Käfigen hält, sondern ausschließlich Küken großzieht - aber wo landen diese, nachdem sie aus den Eiern geschlüpft sind?

Es gehört zur Recherche, die angenommenen Hypothesen auch zu verändern und ständig zu überprüfen! Oft ist die Idee für die Recherche schon mit dem Stolpern über den ersten Ansatzpunkt verbunden, wenn z.B. ein Zeitungsartikel einen Namen eines Betroffenen oder einer Organisation preisgibt, der notwendig ist, um mit den Nachforschungen weiterzukommen. Manchmal stockt "mittendrin" die Informationssuche.

Berichte in der Tageszeitung sollten dann noch einmal auf Namen, Orte und Organisationen hin durchgelesen werden: wenn direkt Personen benannt sind, hilft oft schon das Telefonbuch oder die Auskunft weiter. Bei Organisationen ist ebenfalls leicht, eine Adresse zu beschaffen. Wo Namen fehlen, sind oft öffentliche Einrichtungen oder auf gut Glück "passende" Organisationen an-

sprechbar (Schule, Kirchengemeinde, Verein, JugendpflegerIn, Parteien usw.).

Soll eine Veranstaltung näher beleuchtet werden, empfiehlt es sich, mit dem/der VeranstalterIn anzufangen. Bei "dubiosen" Aktionen lohnt es sich auch, die zu befragen, die die Veranstaltung genehmigten oder Räumlichkeiten dafür zur Verfügung stellten.

Zu "Fachthemen" jeder Art findet sich Hilfe oft in Bibliotheken oder in den Archiven der Tageszeitungen. Passende Fachleute können auch oft weiter helfen. Fachleute sind InitiativenvertreterInnen, PolitikerInnen, LehrerInnen, ...

## Ergebnisse festhalten

Es gilt, erste Ansätze, erste weitergehende Informationen, neue Adressen usw. möglichst übersichtlich zu notieren, damit sie während der nächsten Schritte parat sind. Von Telefonaten sollten Gesprächsnotizen angefertigt werden, "Dokumente" wie Briefe, Veröffentlichungen usw. sollten fotokopiert und archiviert werden.

## Mittel der Recherche

### Telefongespräche

Telefongespräche sind wichtig, um an neue Personen, Organisationen und Orte heranzukommen, um möglichst viele Informationen von Betroffenen oder Fachleuten zu erhalten. Wenn sich der/die GesprächspartnerIn meldet, stellt sich der/die Recherchierende natürlich zuerst vor: "Ich schreibe für ..." und verlangt evtl. die richtige Person, zu der er/sie verbunden werden will. Schon vor dem Gespräch empfiehlt es sich, die wichtigsten Fragen zu notieren. Wenn es möglich ist, lohnt es sich, das Gespräch mitzuschneiden (der/die TelefonpartnerIn muß allerdings vorher gefragt werden). Geht das nicht, ist mitschreiben angesagt und Mut zum "nochmal bitte, ich bin nicht mitgekommen"!

12.6





## Vor-Ort-Recherche .

Sich selbst vor Ort informieren kann sinnvoll sein, um einen Eindruck von der Situation zu gewinnen, um Fotos zu machen, um mit AnwohnerInnen/Betroffenen direkt zu sprechen. Oft ist es günstig, zu zweit zu gehen, denn zwei sehen mehr als eine/r. Bei Gesprächen kann eine/r fragen, eine/r schreiben.

## Kontroverse

### Meinungen anhören

Fast immer gibt es zu einer Frage unterschiedliche Ansichten und besonders dort, wo es um eine Auseinandersetzung geht, ist es wichtig, beide (oder noch mehr) Seiten anzuhören. Am besten gegen Ende eines Gesprächstermines sollte der/die GesprächspartnerIn auch nach seinen/ihren KontrahentInnen gefragt werden, vor allem, wenn die GegenspielerInnen noch nicht bekannt sind. Beide Parteien müssen zu den wesentlichen Punkten gefragt werden. Die Redaktion kann dann entscheiden, ob sie die Meinungen einfach nebeneinander stellen will oder auch einzelne Argumente näher beleuchten und erklären oder sogar als falsch enttarnen möchte.

## Das Interview

Interviews spielen nicht nur bei der Arbeit für Radio oder Fernsehen eine Rolle, sondern sind auch für ZeitungsmacherInnen sehr wichtig. Ein Interview ist das wichtigste Hilfsmittel, um weitere Informationen zu bekommen oder "druckreife" Zitate zu sammeln. Das Interview kann aber auch selber das Produkt sein, das dann in der Zeitung abgedruckt wird. In diesem Fall ist es besonders wichtig, sich schon vor Interviewbeginn einige Gedanken zum Ablauf zu machen.

Wer alleine eine/n InterviewpartnerIn besucht, ist gut beraten, ein Kassettengerät mit Mikrofon oder ein Diktiergerät mitzunehmen. Interviews lassen sich auch übers Telefon abwickeln. Das Aufzeichnen erleichtert hier ein Anrufbeantworter.

Es gibt verschiedene Interviewformen:

- Ein Interview zur Sache: Dabei geht es um Fakten zu einem Thema. Der/die InterviewpartnerIn ist in dieser Frage in irgendeiner Form Fachmann oder -frau (als WissenschaftlerIn, als Betroffene/r, als Verantwortliche/r).
- Ein Interview zur Person: Hier dienen Fragen und Antworten dazu, einen Menschen vorzustellen (den/die Prominente/n etc.)
- Ein Meinungsinterview: Bei dieser Form soll der/die Befragte seine/ihre Meinung zu einem Geschehen oder einer Fragestellung kundtun (befragt werden können hier ebenfalls Verantwortliche, Betroffene, ExpertInnen)
- Umfrage: Eine besondere Form des Interviews ist die Umfrage. Meistens handelt es sich dabei um eine oder wenige Fragen, die aber einer ganzen Reihe von Personen gestellt werden, z.B. PassantInnen in der Fußgängerzone. Eine Umfrage ist eigentlich immer eine Form des Meinungsinterviews (Was halten Sie von ...? Wie denken Sie über ...?)

Jede Interviewform ermöglicht den LeserInnen, sich selbst ein Bild zu machen. Die Aufgabe des/der ReporterIn ist es deshalb, nicht wertend zu fragen, sondern praktisch "im Auftrag der LeserInnen", und die eigene Meinung zurückzustellen.

12.7

GUT gefragt,  
aber wie?

Das Interview für die Zeitung kann im Nachhinein noch recht gut gekürzt werden oder (in Rücksprache mit dem/der InterviewpartnerIn) sogar noch Verbesserungen erfahren. Trotzdem ist es sinnvoll, sich vor dem Interview vorzubereiten: Wer weiß, worauf er/sie im Interview hinauswill, wird am ehesten interessante Neuigkeiten aus dem Gegenüber herauskitzeln. Es kann sehr vorteilhaft sein, das Thema etwas einzugrenzen, damit die Fragen und Antworten nicht allgemein-oberflächlich bleiben müssen, sondern auch Details angesprochen oder Hintergründe offengelegt werden können.



Wenn es ein **Vorgespräch** mit dem/der InterviewpartnerIn gibt, dreht es sich dabei eher um die erwünschte Länge der Antworten und andere "technische" Fragen als um die genaue Formulierung der späteren Interviewfragen. Wer z.B. im Gespräch merkt, daß der/die Befragte dazu neigt, in endlosen Sätzen wenig zu sagen, kann entweder um knappe Antworten bitten oder sich eine Kürzungserlaubnis einholen.

"Trockenübungen" vor dem eigentlichen Interview können eine sinnvolle Vorbereitung sein und geben Sicherheit, besonders, wenn der/die InterviewpartnerIn schwierig anzupacken ist. So können die Zeitungs-MitarbeiterInnen sich gegenseitig interviewen oder die geplanten Fragen stellen und mögliche Antworten vorstellen. Wer seine Hauptfragen auswendig lernt oder auf einem Zettel notiert, kann besser auf die Entwicklung des Gesprächs reagieren, als der, der dann noch nach seinem "roten Faden" sucht.

## Die Frageformen

Fürchterlich wird ein Interview, wenn es dem/der Fragenden nicht gelingt, den/die GesprächspartnerIn zum Reden zu bringen. Wenn dem/der ReporterIn nur sogenannte Bestätigungsfragen, die mit "Ja" oder "Nein" bereits beantwortet sind, einfallen, kann das Ergebnis ein Interview sein, in dem nur eine/r spricht - und zwar nicht der/die, dem/der eigentlich die Aufmerksamkeit gilt. ("Sind Sie gegen dieses Straßenbauprojekt?", "Setzen Sie sich für ... ein?", "Empfinden Sie ... als ausreichend?" usw.). Aber auch die Bestätigungsfrage hat ihre Berechtigung. Gut eingesetzt ist sie z.B., wenn der/die Fragende noch einmal eine Bestätigung zu einem Punkt haben will und dann vielleicht zum nächsten kommen möchte. Sinnvoll, ein klares "Ja" oder "Nein" zu fordern ist es auch, wenn der/die GesprächspartnerIn "nur rumblubbert" und zu keiner klaren Aussage kommt.

Es gibt aber etliche andere Frageformen:

- Die offene Frage: Sie beginnt mit Wer, Wie oder Was und läßt die Antwort sehr

offen. Der/die Befragte kann sich so auslassen, wie er/sie es für nötig hält und wie es ihm liegt.

- Die Warum-Frage ist auch eine solche offene Frage. Sie fragt nach Gründen für irgendetwas, kann aber - durchaus beabsichtigt - auch als Unterstellung wirken, weil das Warum ja irgendetwas voraussetzt. (z.B. "Warum haben Sie tatenlos zugeesehen?")
- Die Alternativfrage: Hier gibt der Fragende eine Alternative vor und verbindet zwei Möglichkeiten mit "... oder ..." ("Halten Sie dieses oder jenes für richtig?"). Der Befragte ist damit auf zwei Möglichkeiten festgelegt und wird nur im Ausnahmefall mit "Weder ... noch" antworten.
- Die Skalafrage gibt noch mehr Möglichkeiten als die Alternativfrage vor. Der/die InterviewpartnerIn bekommt hier eine Reihe von Antwortmöglichkeiten präsentiert, z.B. "Sind Sie dieses Risiko bewußt eingegangen oder war Ihnen das Ausmaß der Entscheidung gar nicht klar oder sind Sie davon ausgegangen, daß es so weit nicht kommen würde?"
- Die Suggestivfrage läßt dem Befragten ebenfalls wenig Ausweichmöglichkeiten. Sie beginnt etwa mit "Ist es nicht so ..." und konfrontiert den/die Antwortende/n mit einer vorweggenommenen Tatsache, die dieser bestätigen kann oder aber begründet verwerfen muß.
- Fragen ohne Fragezeichen geben dem/der InterviewpartnerIn ein Stichwort (z.B. "Und dann wurden Sie ihrem Schicksal überlassen.(?)").
- Die Balkon- oder Brückenfrage entsteht aus einer Feststellung oder Erläuterung und einer Frage. Sie ist vor allem dann einzusetzen, wenn der/die LeserIn noch Hintergründe braucht, die nicht alle in Frage-Antwort-Form erarbeitet werden sollen, weil beispielsweise der Platz knapp ist. Sie kann auch bereits Erfragtes noch einmal zusammenfassen bevor es weitergeht (z.B. "Sie haben wiederholt Ihre Unschuld an dem Geschehen erläutert. Dennoch standen Sie im Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik. Welche Auswirkungen hat das auf Ihre Weiterarbeit?")



## Tricks & Tücken

Wer viel mit Interviews arbeitet, wird Menschen begegnen, die sich gerne befragen lassen und anderen, die sehr nervös werden, die trotz aller Tricks wortkarg bleiben und mit nichts "rüberrücken". PolitikerInnen z.B. geben gerne Interviews, sehen das als Möglichkeit zur Selbstdarstellung. Selbst wenn die ReporterInnen den/die PolitikerIn zu einer ihm/ihr unangenehmen Frage interviewen, wird er/sie das einer Aussage Dritter über ihn/sie noch vorziehen. Aber es kann durchaus vorkommen, daß der/die InterviewpartnerIn zum/zur "GegnerIn" wird und das Interview zu scheitern droht. Allen Gegenstrategien des/der Befragten zu begegnen, kann schwer werden, aber beim Interview für eine Zeitung sind Korrekturen viel besser möglich, als beispielsweise beim Rundfunk (vor allem, wenn live gesendet wird).

## Mögliche Gegenstrategien

- Der/die ReporterIn bekommt ausschließlich ganz kurze Antworten zu hören, kaum mehr als "Ja" und "Nein" und Schlagworte: Durch Nachhaken kann der/die Interviewte aus der Reserve gelockt werden.
- Der/die Befragte leistet einen rhetorischen Marathon mit kaum zu stoppenden Redefluß: Da beim Zeitungsinterview "Schneiden" kein Problem ist, wird so ein/e VielrednerIn gnadenlos gekürzt werden. Trotzdem ist es sinnvoll, den/die SchwätzerIn um kurze Antworten zu bitten und evtl. auch wiederholt zu "mahnen".
- Eine üble Strategie ist das Lügen, die Unterschlagung von Fakten und eine verzerrte Darstellung von Geschehenem: Diesen Strategien kann der/die InterviewerIn nur begegnen, wenn er/sie selbst gut informiert ist. Auf jeden Fall gilt: Bei Ungereimtheiten sofort nachhaken. Gut ist es immer, ein paar Informationsquellen auswendig parat zu haben ("In der Tageszeitung vom ... stand aber doch ...").
- Vom Thema abweichen: Wichtig ist hier, die Abweichung überhaupt zu bemerken. Wenn der/die Befragte von irgendwas an-

derem zu erzählen beginnt, ist er/sie durch eine konkrete Nachfrage wieder "zurückzuholen".

- Das Gegenüber geht in die Offensive und führt Gegenangriffe. Es kann durchaus vorkommen, daß der/die Interviewte, bevor er/sie in die Enge getrieben wird, zum Gegenschlag ausholt und dem/der Fragenden z.B. fehlende Sachkompetenz vorwirft. Dann gilt es, ruhig zu bleiben. Gut kann es sein, auf eigene Informationsquellen zu verweisen oder die eigene Motivation zu erklären, jedoch ohne mit Rechtfertigungen zu beginnen ("Ich bin selber betroffen und wollte daher wissen ...").

## Journalistisch arbeiten

Wer verschiedene Zeitungen liest, wird große Unterschiede bemerken. Die großen Zeitungen haben eigene Korrespondenten an vielen Orten der Welt, drucken exklusive Interviews ab und recherchieren selbst für viele ihrer Berichte. Viele der verbreiteten, kostenlos verteilten Anzeigenblättchen dagegen sind vollgestopft mit "Ticker-Texten", mit Meldungen von Pressediensten, die die Redaktion einfach zusammenschneidet. Dieses Ergebnis ist ganz normal, wenn in der Redaktion kaum Menschen mit journalistischer Arbeit befaßt sind. Eine große Tageszeitung und ein Anzeigenblatt haben natürlich ganz unterschiedliche Konzepte. Klar, daß der Unterschied riesig ist.

Bei selbstgemachten Zeitungen gibt es diese riesigen Unterschiede aber auch, oft sogar dann, wenn die Voraussetzungen sehr ähnlich sind. Es gibt viele Möglichkeiten, eine Zeitung spannend und lesbar zu machen:

- Interviews mit Betroffenen, mit Verantwortlichen oder mit Prominenten bringen Stellungnahmen in die Zeitung, die nicht (oder kaum) von der Redaktion gefiltert sind und zum Selber-Denken und Selber-Meinungsfinden auffordern.
- Recherchen zu aktuellen Themen, aber auch zu "vergessenen" Problemen können die höchste Qualität einer Zeitschrift aus-



## Literatur:

Jürgen Frohner:  
Journalismus von  
heute (1992, Verlag  
R.S. Schulz, Lose-  
blattsammlung,  
1650 S.)

Der Ordner ist als  
Standardwerk für  
den Einstieg in den  
Journalismus zu ver-  
stehen. Sehr ausführ-  
lich wird alles erläu-  
tert, was mit Recher-  
che, Schreiben, Lay-  
outen, Berichten,  
Presserecht, Inter-  
views, Reportagen  
etc. zu tun hat. Wicht-  
ig und interessant  
sind jeweils die  
Übungen für Studen-  
tInnen und Volon-  
tärInnen. Zwar ist das  
Buch inzwischen um  
ein Kapitel über Ra-  
dio- und Fernsehjour-  
nalismus erweitert,  
es richtet sich jedoch  
in erster Linie an  
schreibende Journali-  
stInnen. Für "Freizeit-  
Zeitungsmacherin-  
nen" ist es genauso  
empfehlenswert.

12.10

Walter von La Roche:  
Einführung in den  
praktischen Journa-  
lismus (1992, 12.  
Aufl., List Verlag,  
251 S.)

Was macht ein/e  
JournalistIn eigent-  
lich? Mit dieser Fra-  
ge beschäftigt sich  
das Buch zunächst.  
Im folgenden werden  
Arbeitsfelder be-  
schrieben, dann  
praktische Hinweise  
gegeben: Ausführ-  
lich wird beschrie-  
ben, wie mensch re-  
cherchiert und wel-  
che vielfältigen Dar-  
stellungsformen es  
gibt.

machen. Und auch zu Brandaktuellem, was in aller Munde ist, gibt es noch völlig neue Aspekte. Wie ist die Meinung dazu hier vor Ort? Wo sind Betroffene? Was geht uns das ganz persönlich an?

- Umfragen unter PassantInnen oder BewohnerInnen einer Straße bringen eigenes, exklusives Material.
- Kommentare ermöglichen, die eigene Meinung zur Diskussion beizutragen und in den übrigen Beiträgen objektiver zu bleiben.
- LeserInnenbriefe gehören zu den am aufmerksamsten gelesenen Teilen einer Zeitung. Auch in der selbstgemachten Zeitschrift kann Platz für LeserInnenbriefe geschaffen werden. Sie sind eine wichtige Form der LeserInnen-Beteiligung
- Kleinanzeigen u.ä. haben weniger mit journalistischem Arbeiten zu tun. Sie werden aber auch sehr aufmerksam gelesen und können sich deshalb als kleines Bonbon für die LeserInnen lohnen.

## Artikel schreiben

Der erste Schritt zum eigenen Zeitungsbericht ist aufmerksames Zeitung-Lesen! Wie wird dort ein Artikel geschrieben? Was unterscheidet die Zeitungssprache von der in Romanen und Erzählungen? Welche Artikel lese ich gerne, durch welche muß ich mich hindurchquälen? Und: Was bezweckt der/die SchreiberIn damit? "Aufreißerische" Überschriften animieren zum Hingucken und Loslesen. Lange Texte, vor allem, wenn die Sätze verschachtelt sind, erfordern wesentlich höhere Konzentration.

## Werkzeug

Sinnvoll ist es in jedem Fall, erst einmal ein Konzept des zu schreibenden Artikels zu entwerfen und die wichtigsten Inhalte, Zitate und ähnliches zu notieren, bevor es an das Ausformulieren geht. Weil es vor allem am Anfang kaum jemandem gelingen wird, einen abdruckreifen Artikel "aus dem Ärmel zu schütteln", sollte ein Stapel mit Konzept-

papier bereitliegen. Angenehm ist das Texten mit einem Computer: Korrekturen lassen sich leicht vornehmen, ganze Absätze können umgesetzt oder eingefügt werden. Voraussetzung für das Artikelschreiben ist natürlich, daß mitteilenswerte Nachrichten vorliegen. Dann ist zu entscheiden, in welcher Form der Beitrag erscheinen soll.

## Darstellungsformen

### Reportage

Das Geschehen wird beschrieben, die Entwicklung dahin oder die weiteren Aus-sichten werden beleuchtet. Bei einem kontroversen Thema können Personen mit verschiedenen Meinungen zu Wort kommen. Möglich ist aber auch eine Reportage über eine Landschaft oder eine Person. Zusätzlich bietet sich die Veröffentlichung von Fotos an. Eine Reportage ermöglicht dem/der LeserIn, sich ein Bild von der Sache zu machen, weil der/die SchreiberIn neben Fakten auch seine/ihre Eindrücke wiedergibt.

### Nachricht

Objektiver Bericht über einen Hergang, Ankündigung eines Termines oder einer Veranstaltung. Die Nachricht vermittelt Daten eher knapp: Wer macht was, wann, wo, wie und warum.

### Bericht

Eine längere Nachricht mit vielen weiteren Aspekten, objektiv ohne eigene Beobachtungen, Betroffene/ExpertInnen mehrerer Seiten kommen zu Wort.

### Kommentar

Subjektive Stellungnahme zu einem Geschehen. Hier ist die eigene Meinung erlaubt, ja sogar Inhalt! Ein Kommentar kann



sich auf eine Nachricht oder Reportage oder auf eine allgemein bekannte Fragestellung beziehen. Der/die SchreiberIn kann einzelne Aussagen oder einen gesamten Sachverhalt aufgreifen und bewerten.

## Glosse

Satirische Aufarbeitung eines Themas. Ironie ist im Journalismus gefährlich, weil sie erschreckend oft nicht verstanden wird. Bei der Glosse ist sie aber gefordert: Überzogene Kommentare, verzerrte Nachrichten und überzeichnete Porträts sind hier beabsichtigt und erlaubt. Eine gut gemachte Glosse regt erst zum Schmunzeln, dann aber auch zum Nachdenken an.

## Lebendig schreiben

Erstes Ziel des/der ArtikelschreiberIn ist, daß der Beitrag auch gelesen wird. Anders als bei einem Buch, das der/die LeserIn sich angeschafft hat, weil sie/ihn genau das behandelte Thema interessiert, stehen in (fast allen) Zeitungen viele Themen nebeneinander. Wer sich absolut nicht für z.B. Welthandel interessiert, wird vielleicht alles zu diesem Bereich nur überfliegen. Aber meistens sind die ZeitungsleserInnen offen für das, was ihnen vorgelegt wird. Sie beginnen mit der Lektüre eines Artikels, wenn sie die Überschrift interessiert hat. Schon nach dem Lesen weniger Sätze entscheidet der/die LeserIn, ob er/sie bei diesem Artikel bleibt. Kriterien sind dabei vor allem die Lesbarkeit des Textes, der/die LeserIn will gefesselt werden, aber auch, ob schnell klar wird, um was es eigentlich geht. Keine/r sucht gerne den ganzen Artikel über nach den Hauptpersonen, nach dem Termin einer Veranstaltung oder der Kernaussage.

Daraus ergeben sich drei wichtige Regeln:

- Im ersten oder spätestens zweiten Satz wird der/die LeserIn umfassend aufgeklärt, um was es geht. Mit etwas Übung schafft es der/die SchreiberIn

in nur einem oder zwei lesbaren Sätzen die "journalistischen Ws" unterzubringen: Wer macht was, wann, wo, wie und warum?

- Die Überschrift und auch der erste Satz sollen zum Hinschauen und Loslesen bewegen. Gut kommen treffende oder reißerische Formulierungen oder Wortspielereien an.
- Im ersten Satz nach der Überschrift muß noch nicht die Frage nach den "Ws" beantwortet werden, wenn der/die JournalistIn ihn zur Einstimmung in den Artikel nutzt.

## Der erste Satz

Ein Zitat nach der Überschrift bietet einen lebendigen Einstieg in die Berichterstattung; z.B.: "Die Politiker müssen sich wohl erst mal zu Hause den Arsch abfrieren, bevor sie Geld rübertücken!", schimpft die 23jährige Frauenhausbewohnerin. Eine Szenenbeschreibung hilft dem/der LeserIn, sich in das Geschehen hineinzusetzen; z.B.: "Die Menschen eilen über den Marktplatz, um der grimmigen Kälte zu entkommen. Nur rund um den Brunnen, den heute lange Eiszapfen zieren, steht eine Gruppe junger Frauen mit Transparenten. Die siebzehn sind UnterstützerInnen des städtischen Frauenhauses und demonstrieren ..." Auch das Motto einer Veranstaltung oder der Schriftzug eines Plakates kann am Anfang stehen; z.B.: "Schluß mit Frost und Frust - Stop Mittelstreichung für das Frauenhaus!", prangte in großen Buchstaben auf den Plakaten.

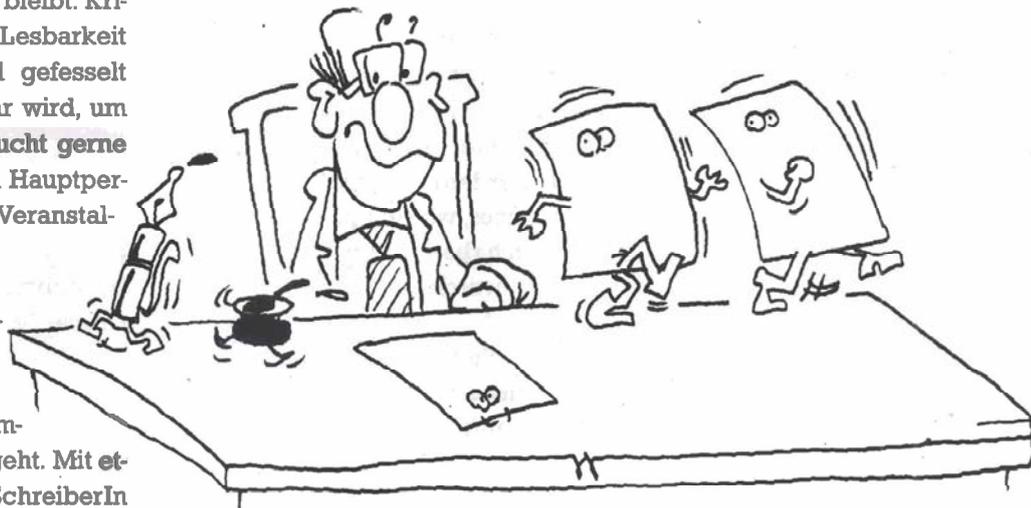
## Literatur:

Schneider/Esslinger: Die Überschrift (1993, List Verlag, 180 S.)

Weil die Überschrift, ein paar wenige Worte, das Gesicht einer Zeitung stark prägen und es die Aufgabe der JournalistInnen ist, diese paar wenigen Worte zu finden, ist dieses Buch erschienen. Wie also läßt sich die Kernaussage eines Artikels zusammenfassen? Das Buch gibt detaillierte Handlungsrezepte.

Wolf Schneider: Deutsch für Kenner (Stern-Buch, Verlag Gruner & Jahr, 398 S.)

"Die neue Stilkunde", so der Untertitel, beschäftigt sich zunächst mit der "Wegwerf-Sprache", also dem heutigen Umgang mit Wörtern. Das Buch beantwortet die Frage "Was wollen Leser und Hörer?" mit praktischen Tips. Eine interessante Lektüre für alle, die ihren Stil verbessern wollen.





## Kontakte:

Junge Medien  
Deutschland  
Junge Presse e.V.  
Kelzstr. 21  
07318 Saalfeld  
03671/517512

Deutsche  
Studentenpresse  
c/o M. Bockholt  
Ginsterweg 4  
37077 Göttingen

Bundespresse-  
konferenz  
Postfach 120248  
53044 Bonn  
0228/215611

Deutscher Presserat  
Postfach 260163  
53153 Bonn  
0228/361087

Informationsdienst  
für unterbliebene  
Nachrichten  
Hamburger Allee 45  
60486 Frankfurt

## Journalistisches Prinzip des Dreiecks

Damit auch der/die LeserIn, der oder die nur den Anfang des Berichtes liest, weiß, um was es geht, wird die wichtigste Information des Artikels möglichst an dessen Anfang gepackt. Ein zweiter Grund, gegen Ende des Artikels eher mit interessanten Hintergründen als mit wirklich wichtigen Neuigkeiten aufzuwarten, ist die Schere des Redakteurs. Viele Texte, die z.B. bei der Redaktion einer Tageszeitung eingehen, erleiden das Schicksal, gekürzt zu werden, damit alles unterzukriegen ist. Oft wird dabei einfach das Ende des Artikels weggelassen - und am wenigsten geht verloren, wenn die wichtigsten Informationen schon oben standen.

Wer selber Zeitung macht, kann freilich auch selber entscheiden, wann ein Artikel gekürzt wird, aber auch hier stehen die RedakteurInnen immer wieder vor dem Problem, kürzen oder ganze Artikel heraus-schmeißen zu müssen. Wer sich die grundsätzlichen Schreib-Regeln ein wenig vertraut gemacht hat, braucht keine weitere Anleitung zum Artikelschreiben. Am Anfang wird es ein wenig schwerfällig gehen, aber nach etwas Übung gelingt es immer besser, sich in journalistischem Stil auszudrücken.

12.12

## Zum Stil

Gut lesbar wird ein Artikel, wenn die Sätze kurz und wenig verschachtelt sind. Fremdwörter gilt es zu vermeiden. Je nach LeserInnenkreis können auch ständig genutzte Fachwörter Fremdwörter sein ("Bi-top" z.B. wäre tatsächlich eins, aber auch "Flurbereinigung" sollte nicht ohne Erläuterung eingeführt werden). Passiv sparsam verwenden. Fast immer, wo sich passive Formen eingeschlichen haben, läßt sich ein Satz noch umbauen (es "wurde" nicht "von einer Gruppe demonstriert", sondern "Die Gruppe xy demonstrierte"...). Substantivierungen machen einen Text schwerer lesbar, vor allem, wenn sie in Reihe auftreten. Wenn es sich nicht um eine Glosse handeln soll (die am besten als solche zu kennzeichnen ist), ist

bei jeder Form von Ironie größte Vorsicht geboten. Es ist erschreckend, aber wahr: Ironie wird in den seltensten Fällen richtig verstanden. Weitere konkrete Tips zum Schreiben finden sich im Kapitel 11, "Pressearbeit".

## Zur Aufmachung

Längere Texte können durch Zwischenüberschriften gegliedert werden. So erscheint der vorliegende Artikel leichter zu bewältigen, außerdem können Zwischenüberschriften auch neugierig machen.

Außer Überschrift und eigentlichem Text weisen Zeitungsartikel oft einen Einführungstext auf, der fettgedruckt wird. Dieser Text kann eine Einleitung zum Artikelthema sein, eine Zusammenfassung der Nachricht oder einfach der Anfang des Textes, der dann in Normalschrift fortgesetzt wird. In den ersten beiden Fällen muß der Einführungstext extra eingeplant und geschrieben werden. Wo Fotos zum Artikel gehören, darf die Bildunterschrift nicht vergessen werden. Sie muß den LeserInnen klar machen, was auf dem Bild zu sehen ist und kann auch einen Aspekt einbringen, der im Text noch nicht vorkam. Sind auf dem Foto Menschen abgebildet, werden diese in der Bildunterschrift vorgestellt (mit Namen und/oder Funktion). Was das Layout der Zeitung und die Wahl der Druckverfahren bzw. den Umgang mit der Druckerei angeht, so sei an dieser Stelle auf das Kapitel "Layout und Druck" (13) verwiesen, das Grundsätzliches erläutert, das für Zeitungen genauso gilt.

## Finanzierung

Eine Zeitschrift, egal welcher Art, muß finanziert werden. Geld ist nötig für die Vorbereitung, also für Papier, Stifte, Lineale, Schreibmaschinenbänder etc. und für den Druck. Je nachdem, ob die Redaktion sich eigene Geräte (Computer, Kamera etc.) anschaffen will, müssen diese Kosten ebenfalls berücksichtigt werden. In diesem Kapitel soll nur auf die Geldquellen "Anzeigen" und "Vertrieb" eingegangen werden.



### Vorbereitungen

Das Organisieren von Anzeigen wird "Anzeigen akquirieren" genannt. Erstmal sollte eine Zeitungsredaktion sich darüber klar werden, welche potentiellen AnzeigenkundInnen sie ansprechen will. Für Umweltzeitungen z.B. sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, keine Anzeigen von Autofirmen, Fahrschulen, Chemieunternehmen usw. anzunehmen, also alles, was aus Umweltschutzgründen bedenklich erscheint.

Im zweiten Schritt sollte anhand der Zeitungs-Zielgruppe hinterfragt werden, welche Firmen als Anzeigenkunden in Frage kommen, (Musisch-Kulturelles, Sport, Freizeit, Mode, Lebensmittel ...).

Im dritten Schritt sollten die einzelnen Geschäfte und Firmen, die anzusprechen sind, aufgelistet werden, am besten in einer Art Checkliste, mit deren Hilfe schließlich auch Erfahrungen und Erfolge, AnsprechpartnerInnen, Besonderheiten etc. übersichtlich erfasst werden können.

### Der Weg zu den Anzeigen

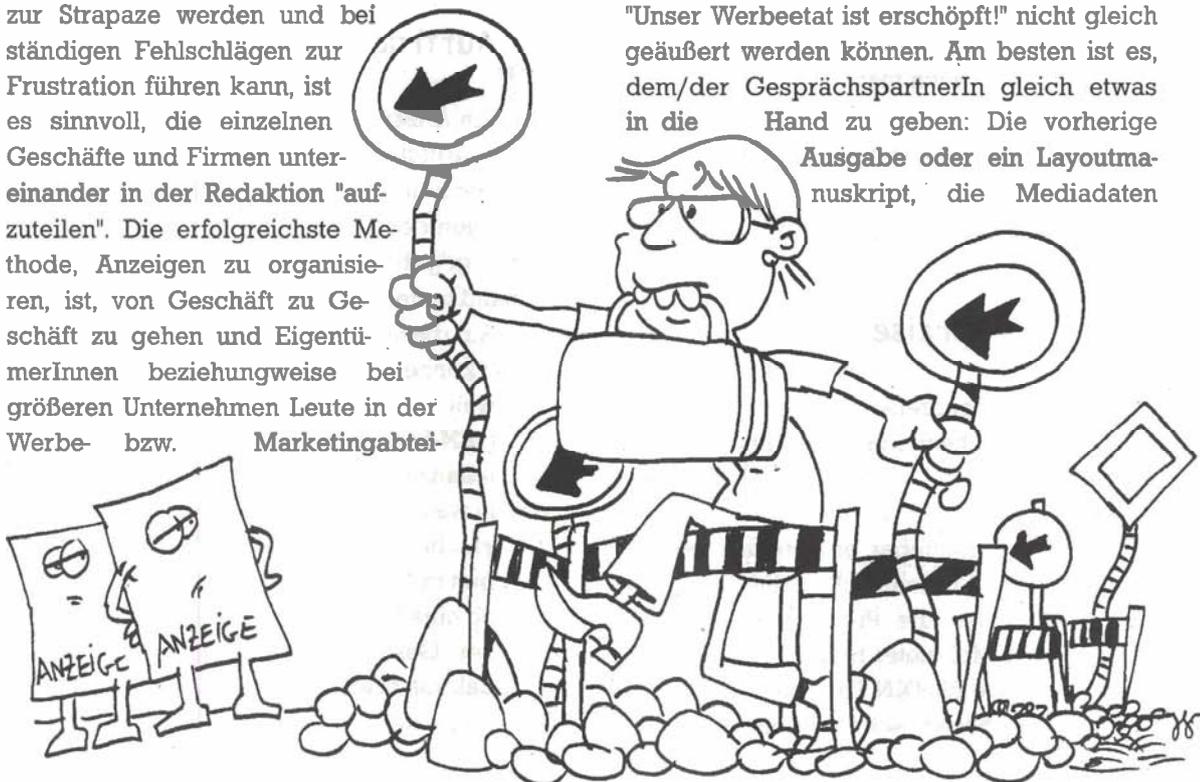
Da das Organisieren von Anzeigen schnell zur Strapaze werden und bei ständigen Fehlschlägen zur Frustration führen kann, ist es sinnvoll, die einzelnen Geschäfte und Firmen untereinander in der Redaktion "aufzuteilen". Die erfolgreichste Methode, Anzeigen zu organisieren, ist, von Geschäft zu Geschäft zu gehen und EigentümerInnen beziehungsweise bei größeren Unternehmen Leute in der Werbe- bzw. Marketingabtei-

lung direkt anzusprechen. Die wenigsten Geschäfte und Firmen reagieren, wenn sie nur einen Brief bekommen. Außerdem kann im direkten (Telefon-)Gespräch noch auf besondere Bedürfnisse und Fragen der potentiellen AnzeigenkundInnen eingegangen. Im Vorfeld der Gespräche ist es wichtig, sich nochmal mit den wesentlichen Daten der eigenen Publikation auseinanderzusetzen und auf folgende Fragen Antworten schon im Kopf oder auf Papier parat zu halten: Wie hoch ist die Auflage? Wie wird die Zeitschrift vertrieben? Von wem wird sie gemacht? Wie oft erscheint sie? Wie teuer ist eine Anzeige (Millimeterpreis pro Zeile und Spalte, sowie einige Standard DIN-Formate)? Was ist das besondere gerade an dieser Zeitschrift? Welche Themen sollen in der nächsten Ausgabe behandelt werden? Welche Schwerpunkte oder Serien gibt es?

### Das Gespräch

Nicht alles aus der Nase ziehen lassen, sondern gleich möglichst viel über die Zeitung verraten! Dies hat vor allem den Vorteil, daß pauschale Ablehnungs-Floskeln wie "Wir schalten generell keine Anzeigen!" oder "Unser Werbeetat ist erschöpft!" nicht gleich geäußert werden können. Am besten ist es, dem/der GesprächspartnerIn gleich etwas in die Hand zu geben: Die vorherige Ausgabe oder ein Layoutmanuskript, die Mediadaten

12.13





und auf jeden Fall eine Anzeigenpreisliste. Es empfiehlt sich, in diesen ersten Sätzen auch Anknüpfungspunkte zu verpacken, z.B. weist mensch den Theaterbesitzer auf die geplanten Kulturseiten und den Bioladeninhaber auf die geplante Dokumentation "Gesundheit und Ernährung" hin. Selbst wenn der Werbeetat erschöpft ist oder generell keine Anzeigen geschaltet werden, ist dadurch Attraktivität für eine Ausnahme zu erzeugen. Häufig ist die Antwort: "Wir melden uns, wenn wir Interesse haben!" Dies geschieht dann im seltensten Fall von sich aus. Es ist erforderlich, sich unter Bezugnahme auf das gelaufene Gespräch ein paar Tage darauf erneut zu melden, gegebenenfalls auch telefonisch.

## Mediadaten

Mediadaten sind alle Angaben über die Zeitung, die für die Anzeigenkunden wichtig sein können, also: Auflage, Erscheinungsweise, Herausgeber, Redaktionsadresse, verantwortlicher Mensch, Inhalte der nächsten Ausgabe, ggf. feste Rubriken oder Schwerpunktthemen, Vertrieb, Format, Verkaufspreis und Druckverfahren, ggf. mit Angabe der Druckerei. Es empfiehlt sich, Mediadaten und Anzeigenpreisliste mehrfach kopiert mitzunehmen, wenn man auf der Suche nach Anzeigen ist. Viele Geschäftsleute wollen sich das alles noch mal in Ruhe genauer anschauen und die Angaben über die Zeitung vor Augen haben.

12.14

## Anzeigenpreise

Die Anzeigenpreise sind abhängig von Auflage, Erscheinungsweise und Verbreitungsgebiet. Eine eingeeengte Zielgruppe, z.B. Jugendliche, UmweltschützerInnen etc., rechtfertigt gegenüber entsprechenden Geschäften und Firmen recht hohe Preise. Berechnet werden die Preise meistens nach Spalten und Millimeter Höhe. Zusätzlich können die Preise für DIN Formate (also z.B. A4 quer, A5 hoch usw.) schon ausgerechnet und

etwas niedriger angesetzt werden als die genaue Millimeter-Berechnung ergibt, um diese Anzeigen attraktiver zu machen. Es ist einfacher, Standardpreise für Standardformate zu haben. Und Standardformate sind einfacher im Layout unterzubringen. Beim Festsetzen der Preise sollte mensch sich auf dem Anzeigenmarkt im Vorfeld umhören und sich bei vergleichbaren Zeitschriften erkundigen. Gängig sind Millimeterpreise zwischen 0,90 und 1,40 DM. Am besten nimmt mensch sich die tatsächlichen Kosten vor, die beim Druck und bei der Vorbereitung einer Seite anfallen, und berechnet anhand von ihnen und einer erwarteten Anzeigendichte die Preise, um die Zeitschrift zu finanzieren. Zusätzliche Kosten wie Fotorastrungen (zwischen 5,- und 20,- DM) dürfen dabei nicht vergessen werden. Von den AnzeigenkundInnen kann mensch Zuschläge für das Erscheinen auf der Rückseite (meistens 10%) und eventuell auch dafür, daß die Anzeige in den Text eingebunden ist, also nicht ganz unten oder auf einer Anzeigenseite landet, verlangen. Allerdings kann man z.B. die generelle Texteinbindung auch in den Mediadaten herausstellen und so einen höheren Anzeigenpreis rechtfertigen.

## Auftragsformular

Ein Anzeigenauftragsformular ist das dritte Schriftstück, das für den Besuch beim Anzeigenkunden wichtig ist. Es ist für die Redaktion der Beweis, daß die Anzeige in Auftrag gegeben wurde. Das ist wichtig, falls jemand hinterher nicht bezahlen will.

Auf diesem Formular sollte ausgefüllt werden können:

- welche Größe die Anzeige haben soll (DIN-Format oder Höhe in mm und Spaltenanzahl),
- in welcher Ausgabe oder ob sie mehrmals erscheinen soll und der Kunde dafür Rabatt in Anspruch nehmen kann,
- ob eine Gestaltung der Anzeige (gegen einen Gestaltungszuschlag) durch die Redaktion erwünscht ist,
- ob sie mehrfarbig sein soll.



Auf dem Anzeigen-Auftrag sollte auch der Preis, den die Anzeige kosten wird, eingetragen werden. Und ganz wichtig: Stempel, Datum und Unterschrift. Wichtig ist auch dazuzuschreiben, daß die Preise entweder inklusive Mehrwertsteuer sind oder die Preise sich ohne Mehrwertsteuer verstehen. Ähnlich dem Anzeigenauftrag kann dann auch die Rechnung gestaltet werden.

## Rechnung

Wenn die Zeitung gedruckt ist, müssen schnellstmöglich die Rechnungen an die AnzeigenkundInnen verschickt bzw. verteilt werden, um das Geld für die Druckereirechnung nicht zu lange vorstrecken zu müssen. Eine Rechnung muß auch die Überschrift "Rechnung" tragen.

Ähnlich wie bei dem Anzeigenauftrag, kann aufgelistet sein, wie groß die Anzeige ist, der Grundpreis, die einzelnen Zuschläge bzw. Rabatte und die Mehrwertsteuer. Die Gesamtsumme (Rechnungssumme) sollte deutlich gekennzeichnet sein. Wichtig ist die Angabe, bis wann bezahlt werden soll (Zahlungsziel) und natürlich, auf welches Konto das Geld gehen soll.

Die Rechnungen sollten durchnummeriert werden, das ist für die Buchführung leichter. Der Rechnung beigelegt werden muß natürlich ein Belegexemplar der Zeitung. Näheres über Buchführung ist im Kapitel "Finanzen" (14) nachzulesen.

## Mahnung

Versäumen es Kunden, rechtzeitig zu bezahlen, muß gemahnt werden. Die erste Mahnung sollte freundlich formuliert werden, schließlich kann überall mal was in der Hektik untergehen. Also nochmal genau die Zahlungseingänge auf dem Konto überprüfen und auf die Mahnung schreiben, bis zu welchen Zeitpunkt Zahlungseingänge berücksichtigt sind. Wichtig ist auch, einen Satz miteinzubauen, der sinngemäß lautet, daß die Mahnung als gegenstandslos angesehen werden kann, wenn inzwischen bezahlt wurde, sich Mahnung und Überweisung also zeitlich überschneiden haben. Klar, daß alle wichtigen Daten wiederholt werden müssen. Bei der zweiten Mahnung kann mensch Mahngebühr erheben, bei der dritten sollten juristische Konsequenzen angedroht bzw. diese Mahnung bereits durch eine/n Rechtsanwalt/Rechtsanwältin versandt werden.

## Einnahmen durch Vertrieb

Über den Vertrieb Einnahmen zu haben, setzt natürlich voraus, daß die Zeitschrift verkauft und nicht kostenlos abgegeben wird. Hier gibt es drei Möglichkeiten: direkter Verkauf zum Beispiel bei Veranstaltungen oder Infoständen, auf dem Schulhof, Verkauf über den Zeitschriftenhandel und über AbonnentInnen. Das Angebot, ein Abonnement zu erwerben, macht fast jede Zeitung, entweder





befristet auf einen festen Zeitraum bzw. eine feste Ausgabenzahl oder mit der Möglichkeit, das Abo nach Ablauf einer gewissen Frist wieder zu kündigen. Abos haben den großen Vorteil, daß sie kontinuierliche Einnahmen bringen und somit in der Kalkulation eine feste Größe sein können, haben allerdings auch den Nachteil, daß eine AbonnentInnenverwaltung recht aufwendig werden kann. In den Preis für das Abo sollten natürlich Kosten für Porto und Briefumschläge mit eingerechnet werden.

## Vertrieb

### Verkaufen oder verschenken?

Ob die Zeitung kostenlos abgegeben, gegen einen geringfügigen, kostendeckenden Preis oder einen bereits mit Aufschlag versehenen Betrag verteilt wird, muß im Vorfeld der ersten Ausgabe diskutiert werden. Verschenken würde bedeuten, daß mensch zwar mehr Zeitungen losbekommt, aber die Kosten anderweitig gedeckt werden müssen. Es bleibt die Frage, ob die Zeitung geschenkt überhaupt gelesen wird oder gleich zum Altpapier wandert. Bei Aktionszeitungen bietet es sich auf jeden Fall an, sie kostenlos zu verteilen. Es sollen ja schließlich möglichst viele Leute erreicht werden. Der Preis der Zeitschrift kann aber auch bewußt eingesetzt werden: nur, wer wirklich Interesse hat, investiert auch die eine Mark oder 50 Pfennig. Dadurch wird vermieden, unkontrolliert Altpapier zu produzieren. Der Vertrieb bedeutet viel Arbeit und muß gut organisiert werden, am besten in einer Art Kartei.

12.16

### Vertriebsmöglichkeiten

Wichtig für den Vertrieb der Zeitung ist, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Im folgenden sind bewährte Vertriebsmethoden aufgeführt. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Vor Ort bieten sich sicherlich noch einige Vertriebsmöglichkeiten mehr an:

- AbonnentInnen
- Auslage/Verkauf in Schulen, z.B. in der Bibliothek, dem Schulkiosk oder Pausenhalle (Schulleitung vorher fragen!)
- Informationsstände in der Innenstadt (am besten am verkaufsoffenen Samstag, auf öffentlichen Plätzen und Wegen ist eine Genehmigung erforderlich, die es beim Ordnungsamt der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung gibt).
- Informationsstände am Rand von Vortrags- oder Diskussionsveranstaltungen, die zum Thema/zur Zielgruppe passen. Es ist wichtig, sich möglichst langfristig vor der Veranstaltung bei den Organisatoren zu erkundigen, ob die Teilnahme mit einem solchen Infostand möglich ist.
- Der Verkauf in Läden, die sowieso Zeitungen verkaufen, ist natürlich auch möglich. Davon gibt's jede Menge, zum Beispiel Tabaklädchen oder "Tante-Emma-Läden". Hier kann einfach mal angefragt werden, mit einem Stapel von 20 bis 30 Zeitungen unterm Arm, ob die Geschäfte beim Verkauf der "ehrenamtlich" entstandenen Zeitung behilflich sein wollen. In der Regel klappt es als "Kommissionsware", d.h. daß die nicht verkauften Zeitungen zurückgegeben werden.
- Je nach Zielgruppe bietet sich der Verkauf über "Szene-Läden und -Kneipen", also zum Beispiel in Plattengeschäften, Bioläden, Fahrradgeschäften, Alternativen Trödelldlädchen etc. besonders an.
- Bei besonderen Gelegenheiten, wie Großveranstaltungen, ist die Verteilung über Messe- oder Ausstellerstände erfolgsversprechend - am besten kostenlos.
- Eine weitere Idee ist die Verteilung über Arztpraxen, Friseure etc. Diese sind meistens "Lesezirkeln" angeschlossen, die in einem gewissen Rhythmus die Zeitschriften austauschen. Normalerweise landen die Zeitungen danach im Altpapier, mensch kann aber bitten, die alten Exemplare zurückzubekommen. Der Vertrieb über Lesezirkel kostet ein paar Mark, vielleicht läßt sich aber mit dem Lesezirkel reden, für eine ehrenamtlich erschienene Zeitung einen Sonderpreis zu machen.



## Tips zum Selberverteilen

Um einen Gesamtüberblick zu haben, sollte die Redaktion gut zugänglich eine Kartei stehen haben, wo jeder einträgt, welcher Laden, welche Schule etc. wie viele Zeitungen in Kommission bekommen hat, zu welcher prozentualen Beteiligung, und sonstige relevante Informationen. Darüber hinaus sollte jede/r "RegionalverteilerIn" für die eigene Übersicht eine Liste führen. Bevor man losgeht, ist es ratsam, sich einen Lieferscheinblock zu besorgen (im Bürobedarfsgeschäft) und einen Quittungsblock für die Abrechnungen. Letzterer ist wahrscheinlich erst bei der zweiten Ausgabe notwendig, wenn die alten Zeitungen geholt bzw. die verkauften bezahlt und die neuen geliefert werden.

Beim Gespräch mit den LadeninhaberInnen ist es wichtig, zu betonen, daß es sich um eine rein ehrenamtlich erstellte Zeitung handelt, und die Redaktion keinen kommerziellen Hintergedanken hat, sondern kostendeckend arbeitet, bzw., wenn dies der Fall ist, einem gemeinnützigem Zweck dient. Auch "technische" Daten wie Erscheinungsweise und Auflage sollten erwähnt werden. Über die Zielgruppe und die anderen Verkaufsstellen (zum Beispiel "alle Schulen des Landkreises" o.ä.) kann mensch auch ein paar Sätze verlieren. Beim Verteilen bei Veranstaltungen, in der Schule, in der Innenstadt etc. ist es wichtig, auf die Leute zuzugehen und sie anzusprechen, ob sie schon die Zeitung kennen bzw. die neueste Ausgabe haben. Auch mit dem Inhalt läßt sich werben: "Aktuell zum Thema Umgehungsstraße in Altendorf" oder mensch betont den niedrigen Preis.

## Presserecht

Eine Zeitungsredaktion sollte sich (wenigstens ein bißchen) auch mit presserechtlichen Dingen auskennen für den Fall, daß es zu Schwierigkeiten kommt. Denn mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung sind auch ein paar Pflichten verbunden. Zunächst sei aber der Pressekodex des Deutschen Presserates erwähnt. Dieses "Gesetz" hat sich die

Presse freiwillig gegeben, und seriöse ZeitungsmacherInnen werden sich auch daran halten. Der Pressekodex wendet sich vor allem gegen Schlamperei bei der Wahrheitsfindung und Mißachtung von Privatleben und Intimsphäre von Menschen oder deren religiöser und sittlicher Anschauung.

Abgelehnt werden auch sensationslüsterne Darstellungen von Gewalt oder medizinischen Themen. Außerdem verpflichtet der Pressekodex dazu, das Berufsgeheimnis zu wahren, sich nicht durch Bestechungsversuche beeinflussen zu lassen und bei der Nachrichtenbeschaffung keine unlauteren Methoden anzuwenden.

## Landespressegesetze

In jedem Bundesland gibt es ein eigenes Presserecht, das die Belange der Presse regelt. Einige Punkte sind in jedem der Landesgesetze zu finden:

### 1. Freiheit der Presse:

Presse, Rundfunk und Film sind frei. Das heißt, daß sie nicht in eine Gleichschaltungsorganisation gezwängt oder durch Sondermaßnahmen eingeschränkt werden dürfen. Dieser Paragraph soll vor allem die Zustände im Dritten Reich unwiederholbar machen.

### 2. Zulassungsfreiheit:

Jede und jeder kann seine Meinung in Wort, Schrift und Bild äußern und auch ohne Genehmigung jederzeit eine Zeitung machen.

### 3. Öffentliche Aufgabe:

Die Verbreitung von Informationen, Argumenten usw. trägt wesentlich zur Meinungsbildung bei. So übernimmt die Presse eine öffentliche Aufgabe und wird manchmal sogar als "vierte Macht im Staat" bezeichnet.

### 4. Informationsrecht:

Dieser Punkt kann Türen öffnen; Behörden sind nämlich verpflichtet, PressevertreterInnen Informationen weiterzugeben, es sei denn, sie fallen unter den Datenschutz oder der Aufwand steht "in keinem angemessenem Verhältnis" zur Wichtigkeit der Infos.

### Literatur:

Beck'sche  
Textausgaben:  
Presserecht  
(C.H. Beck-Verlag in  
München)

Klaus Mathy:  
Das Recht der Presse.  
Ein Leitfaden für die  
Redaktionsarbeit.  
(1977, Dt. Institutsverlag  
in Köln)

Walter Seitz u.a.:  
Der Gegendarstellungsanspruch  
in  
Press, Film, Funk und  
Fernsehen (C.H. Beck  
Verlag in München)

Jörg Soehring:  
Das Rech der journalistischen Praxis.  
Recherche - Darstellung - Haftung  
(1990, Schäffer Verlag,  
Stuttgart)



## Literatur:

M. Löffler/R. Rickert: Handbuch des Presserechts (1986, C.H. Beck Verlag, 538 S.) Das Handbuch geht über das Presserecht im engeren Sinne, also zum Beispiel das "Recht der Gegendarstellung" hinaus und erläutert an der Praxis orientierte, die Verfassungsrecht oder Verlagsrecht betreffen. Den Autoren ist es gelungen, das weitverzweigte Gebiet des Presserechts übersichtlich zu gliedern und auch für Nicht-Rechtswissenschaftler verständlich zu machen. Eine lohnenswerte Anschaffung für alle, die Zeitung machen, journalistisch arbeiten und somit auch mit rechtlichen Fragen konfrontiert werden.

12.18

### 5. Verantwortlichkeit:

Ein/e MitarbeiterIn der Redaktion zeichnet als V.i.S.d.P. (Verantwortlich im Sinne des Presserechts). Diese Person soll über 21 Jahre alt sein und ihren Wohnsitz im Geltungsbereich des Gesetzes haben (also nicht im Ausland wohnen).

### 6. Impressum und Anzeigen:

Desweiteren regeln die Landespressegesetze, was im Impressum zu stehen hat. Das sind insbesondere die Anschrift der Druckerei, die Anschrift des Verlegers, die des V.i.S.d.P. und der/die Verantwortliche für den Anzeigenteil. Anzeigen müssen als solche gekennzeichnet und somit vom redaktionellen Teil getrennt werden.

### 7. Gegendarstellungen:

Natürliche und juristische Personen (z.B. Vereine) haben ein Recht auf Gegendarstellung. Sie wird von der betroffenen Person selbst geschrieben und muß in gleicher Größe, Aufmachung und an der gleichen Stelle wie der betreffende Artikel abgedruckt werden. Sie muß innerhalb von drei Monaten nach dem anstößigen Artikel bei der Redaktion eingehen und dann bei Tageszeitungen innerhalb einer Woche, bei Wochenzeitungen innerhalb der nächsten zwei Wochen abgedruckt werden. Wenn eine Zeitung seltener erscheint, sollte der Abdruck in der nächsten Ausgabe erfolgen (siehe auch Kapitel 11, "Pressearbeit").

### 8. Anbieterspflicht:

Alle Zeitungen unterliegen der sogenannten Anbieterspflicht, zwei Exemplare müssen an die Deutsche Bibliothek, bzw. an die jeweilige Landesbibliothek geschickt werden. Vor Gericht können JournalistInnen die Aussage verweigern, um InformantInnen und Informationsquellen zu schützen.

### 9. Beschlagnahmung:

Enthält eine Zeitung Strafbares, kann sie beschlagnahmt werden, die Anordnung muß durch einen Richter erteilt werden. Wird der Inhalt einer Zeitung strafrechtlich verfolgt, wird der/die verantwortliche RedakteurIn bzw. der Verlag oder der/die HerausgeberIn

belangt, mit Geldstrafen oder einer Haftstrafe bis zu einem Jahr. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten gelten aber schon ein halbes Jahr nach Erscheinen der Zeitung als verjährt.

## Strafrecht

Was alles strafrechtlich verfolgt werden kann, regelt das Strafgesetzbuch; das sind z.B. Vergehen wie 'Gefährdung der demokratischen Grundordnung', 'Aufforderung und Anleitung zu Straftaten', 'Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen', 'Verbreitung pornographischer Schriften'. Nicht zuletzt wird auch die Ehre jedes einzelnen geschützt.

## Zivilrecht

Das Zivilrecht basiert auf den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) und ermöglicht Personen, die sich durch eine Beleidigung verletzt sehen, Klagen auf 'Unterlassung' (eine Behauptung darf nicht wiederholt werden, der Kläger muß beweisen, daß sie falsch war), auf 'Widerruf' (die Redaktion muß ihre Behauptung zurücknehmen) und auf 'Schadensersatz', wenn eine Firma materiellen Schaden genommen hat oder eine Privatperson in ihrem öffentlichen Ansehen herabgesetzt wurde. (siehe auch Kapitel 7, "Organisation").

## Die AutorInnen

Angela Hübsch  
& Timo Schadt  
c/o Projektmanagement Ökologie  
Hersfelder Str. 3, 36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919296  
eMail: pr\_oeko@juis.insider.org



# Öfter mal Druck machen

Gestaltungsfragen sind oft Alltag: Broschüren, Flugblätter, Plakate, Ausstellungen und vieles mehr entstehen immer wieder im Rahmen der Umweltsache. Was in der Wirtschaft als selbstverständlich gilt, haben viele NaturschützerInnen noch nicht begriffen: Fast alle Menschen lassen sich vom ersten Eindruck verleiten. Was schlecht aufgemacht ist, wird nicht gelesen. Es ist wichtig, wie Schriften und Aufrufe gestaltet sind. Etliche Layoutgrundregeln sind zu beachten - auch wenn Gestaltung in vielen Punkten Geschmackssache ist. Oftmals ist es gut, ein wenig über den "Geschmack" der Menschen, die etwas lesen sollen, nachzudenken!

## Etwas für ExpertInnen?

Layout muß nicht professionell sein. Ein Computer mit tollem Grafikprogramm ist nicht zwingend notwendig. Es kann praktisch sein, mit einem solchen zu arbeiten, viele LayouterInnen lassen sich aber auch durch die vielen Möglichkeiten zu chaotischen Gestaltungen, z.B. mit zu vielen Schrifttypen, verleiten. Das befriedigt höchstens den/die GestalterIn selbst (jetzt weiß jede/r, daß er/sie einen tollen Computer hat ...), doch die Leute, welche das Infoblatt, den Rundbrief oder auch das Briefpapier einer Umweltgruppe, die so verfährt, in die Hände bekommt, merkt den Unterschied zu gewohnten professionellen Produkten sofort. Dieser kann auch gewollt sein, sollte

aber nicht all zu kraß vom Gewohnten abweichen. Auch mit geringen Hilfsmitteln lassen sich schon hervorragende Effekte und Gestaltungen erzeugen. Selbst schöne Handschriften - mit passablen Zeichnungen geschmückt - können Inhalte den LeserInnen näherbringen.

## Was ist Layout?

Layout heißt übersetzt "auslegen", also soviel wie "Gestaltung". Vom Layout einer Publikation ist ihre Wirkung abhängig. Im Vorfeld der Gestaltung muß überlegt werden, welcher Anspruch an das Layout besteht - "hochgestylt" für die professionelle Wirkung nach außen oder reicht ein einfaches Layout, bei dem alles quer durcheinander ohne große Mühe zusammengeschneppelt ist. Die Zielgruppe erwartet nicht das 100%ig gelungene

### Literatur:

Michael Meissner:  
Zeitungsgestaltung  
(1992, List Verlag  
262 S.)  
Zum Herstellen einer Zeitung gehört nicht nur das Recherchieren und Artikel schreiben, sondern auch das Layout, das der Zeitung ihr Erscheinungsbild vermittelt. Das Buch erklärt sehr anschaulich und übersichtlich Druck- und Satztechniken, Schriften, Seitengestaltung, Verwendung von Fotos und anderen Gestaltungselementen. Das Lexikon der Fachbegriffe ist sehr hilfreich auf dem Weg zum Profiling Layout.

13.1





Layout. Was im Vordergrund steht, sind die Inhalte. Bei Materialien, die sich gegenüber "MitbewerberInnen" behaupten müssen, spielt es dagegen eine zentralere Rolle.

Im Computerzeitalter kommt fast überall Layout-Hard- und Software zum Einsatz. Dabei geht in der Regel der individuelle Touch verloren, ein Material sieht wie die andere aus. Computerlayout ist ästhetisch, aber kühl und langweilig. Beim "Klebeumbruch" entsteht dagegen ein stets abwechslungsreiches und dadurch oftmals auch attraktiveres Layout, es kommen Gefühle rüber.

### Literatur:

Nabo Gass/  
Gabi Gass:  
Wir machen Druck  
(1986, Steidl Verlag in  
Göttingen, 159 S.)  
Tips für Flugblätter,  
Plakate, Aufkleber  
usw.

## Der erste Eindruck zählt

Will eine Umweltgruppe auf ihr Produkt, eine Zeitschrift oder Broschüre, aufmerksam machen, muß der Titel auffällig gestaltet sein. Auch bei Plakaten muß es einen Blickfang geben, ein Bild oder auch einen Schriftzug. Es gilt mit möglichst wenigen Worten möglichst viele Infos zu transportieren. Um sich aus der Flut von Plakaten abzuheben, sollte von üblichen Normen abgewichen werden, sei es durch Form, Farbe oder Aufmachung. Zu viele und zu kleine Schriftzeichen schrecken vom Lesen ab, daher sollte insbesondere bei der Gestaltung von Plakaten mit "knackigen" Slogans gearbeitet werden. Dies gilt auch für die Titelgestaltung von Zeitschriften, Flugblättern und Broschüren.

Bei der Vielzahl an existenten Papieren sind insbesondere anprechende Titelbilder und Titelthemen nötig, die Interesse wecken. Was inhaltlich im Vordergrund steht, muß bei der Titelgestaltung deutlich werden. Auch kann sich eine auf Umweltschutzpapier vielleicht dann doch nicht ganz so aufwendig gestaltete Publikation von den Hochglanzpapieren anderer angenehm abheben.

Wesentlich ist der Kopf. Auf seine Größe, Placierung und Schriftart kommt es besonders an. Hier gilt es eine "knackige" aussagekräftige Formulierung zu placieren. Auch ein Logo, ein auf allen Publikationen immer wiederkehrendes Signet, kann den Kopf bereichern. LeserInnen müssen über die Titelgestaltung geworben werden und vom Inhalt und Gesamtlayout gefesselt sein. Um einen

Blick für das Titel-Layout zu bekommen, hat es sich bewährt, sich einen Stapel Zeitungen und Zeitschriften vorzunehmen und, ohne auf die Inhalte zu achten, zu schauen: Was spricht mich an? Was gefällt mir nicht? Was hätte besser gemacht werden können? Eine kleine Übung ist auch, aus den Zeitschriften das persönliche "Wunschlayout" zusammenzusuchen, auszuschneiden und auf eine Seite zu kleben. Daraus ergeben sich Anregungen für das eigene Layout.

## Seiten-Gestaltung

Wenn LeserInnen eine mehrseitige Publikation aufschlagen, schauen sie, so wurde ermittelt, in der Regel als erstes nach oben links. Der Blick geht über die Seite in einer umgekehrten S-Kurve. Blickfänge sind Fotos, sie werden in der Regel als erstes betrachtet. Bei jedem einzelnen Artikel muß darauf geachtet werden, daß das Auge geführt werden muß. Große Sprünge müssen vermieden werden, der Text muß also z.B. direkt unter der Überschrift stehen und nicht daneben. Das Auge wandert in der Regel vom großen Schriftgrad zum nächst kleineren. Deshalb verschwinden auch Vorzeilen (kleine Überschriften über der eigentlichen Hauptzeile, meist unterstrichen und linksbündig) in der professionellen Zeitungsarbeit immer mehr, weil sie schlichtweg überlesen werden.

Für die ganze Seite gilt: erst das Schwere, dann das Leichte. Schwer wirkende Layoutelemente sollten also über die leichten oder links neben die leichten gesetzt werden. Auch Unterbrechungen des Leseflusses sind möglichst zu vermeiden, also auch falsch placierte Fotos oder Erläuterungskästen mitten im Text. Ein Rückwärtssprung sollte ebenfalls vermieden werden, der wird zum Beispiel nötig, wenn über der eigentlichen Überschrift ein Foto zum Text auftaucht, das Auge aber schon zum Anfang des Textes geleitet wurde, zum Beispiel durch einen größeren Anfangsbuchstaben (Initiale) am Anfang des Vorspanns bzw. Einleitungstextes. Ganz allgemein gilt: "Was sich gut ausschneiden läßt, ist auch gut layoutet."



## Der Satzspiegel

Von unten oder von oben sollte die Seite durch eine Fuß- bzw. Kopfzeile begrenzt sein, hier finden sich dann die Seitenzahl, auch kann sich hier der Titel der Broschüre oder Zeitung wiederholen. Je nach Format empfiehlt es sich, mehrspaltig zu layouten. Würde z.B. eine im Berliner Format erstellte Zeitung ein- oder zweispaltig aufgebaut sein, wäre der Effekt beim Lesen der, daß die Augen sich ständig in der Zeile "verlaufen" würden. Das Auge würde ermüden, der/die LeserIn hat am Ende der Zeile vergessen, was an ihrem Anfang stand. Normalerweise pausiert das Auge immer wieder eine Viertelsekunde lang, um das Gelesene aufzunehmen. Ist die Zeile zu kurz, stoppt das Auge öfter. Zu lange und zu kurze Spalten verlangsamen also das Lesetempo. Die Zeilen sollten zwischen 11 und 15 Cicero breit sein, das hat sich in zahlreichen Untersuchungen als optimal erwiesen. Cicero ist eine typographische Maßeinheit, ein Cicero beträgt 4,5 Millimeter.

Das Layout sollte beim Lesen behilflich sein und es nicht erschweren. Berliner Format wird daher in der Regel mindestens 5 bis maximal 7 Spalten aufweisen, halbes Berliner Format und DIN A4 hat in der Regel 2 bis 4 Spalten, erst beim A5 Format kann evtl. auf Spaltensatz verzichtet werden, attraktiver ist dieser aber allemal (siehe auch Seite 12.4).

Zum Spaltensatz muß anhand eines Montagebogens, welcher in der Druckerei erhältlich ist, bzw. eines ganz normalen Blattes

in der geplanten Formatgröße einmalig der Satzspiegel festgelegt werden. Arbeitet die Redaktion mit Montagebögen der Druckerei, ist es am einfachsten, denn hier läßt sich einfach sagen, wieviele Spalten die Zeitschrift haben soll, und die Druckerei händigt die dazu passenden Bögen mit vorgefertigten Hilfslinien aus. Wenn keine Montagebögen verwendet werden können, muß der Satzspiegel selbst entwickelt werden.

Von der Druckerei kann die Redaktion erfahren, welche Randbreite freigehalten werden muß, dann kann der zur Verfügung stehende Raum ideal verplant werden. Denn ein Fehler, der häufig Layout-Anfängern unterläuft, ist, zu wenig Rand zu lassen. Es muß beachtet werden, daß die Kante gegebenenfalls geschnitten wird und die Zeitschrift eventuell in der Mitte geheftet wird und dafür auch Platz einzuräumen ist. Bei Büchern und Broschüren muß für Falz und Bindung noch mehr Platz gelassen werden.

Wesentlich ist, daß der sogenannte Zwischenschlag, das ist der unbedruckte Raum zwischen zwei Spalten, ausreichend berücksichtigt wird. Fällt dieser zu eng aus, setzt dies die Lesefreundlichkeit immens herab. Wer mit dem Computer arbeitet, kann die ganzen Seiten am Bildschirm gestalten. Sie entsprechen aber dann immer nur dem Layout-Empfinden des einen Menschen, der vor dem Computer sitzt und ihn bedienen kann. Mehr Freiheit läßt das Layout, wenn es von Hand geklebt wird. Dabei können durchaus die einzelnen Artikel mit dem Computer (oder mit der Schreibma-





schine) geschrieben sein - beim Aufkleben hat die Redaktion aber mehr Variationsmöglichkeiten, wenn es z.B. um das Füllen von Zwischenräumen mit Zeichnungen oder Dekorationselementen geht. Hier kann einfach mal zum schwarzen Stift gegriffen und etwas eingezeichnet werden.

### Praktische Tips

#### Layout-Vorplanung

Bevor aber wild auf Schreibmaschine oder Computer eingehackt oder mit Schablonen und Stiften herumgewirbelt wird, sollte im Kopf und vor allem auf einem Blatt Papier für alle RedaktionsmitarbeiterInnen sichtbar und nachvollziehbar eine konkrete Layout-Idee entstehen.

Die Redaktion sollte sich zusammensetzen und die Publikation Seite für Seite entwerfen, indem Bereiche für Text, Fotos, Zeichnungen, Überschriften usw. gekennzeichnet werden. Dabei muß die Textlänge ungefähr abgeschätzt werden, kleinere Abweichungen später sind natürlich machbar.

Wird ein Text zu lang oder zu kurz, kann er mit dem Kopiergerät noch verkleinert oder vergrößert werden. Texte sollten allerdings nicht in unterschiedliche Schriftgrößen versetzt werden. Wenn, dann müssen alle verkleinert bzw. vergrößert werden, damit ein einheitliches Bild erhalten bleibt. Wichtig ist, vor allem bei Formaten, die kleiner sind als Zeitungsformat, bei der Layoutvorplanung immer die beiden nach dem Druck gegenüberliegenden Seiten gemeinsam zu betrachten, um nicht zum Beispiel zwei Fotos oder zwei schwarze Fläche direkt nebeneinander zu kleben. Das wirkt erschlagend, stört den Betrachtungsablauf und läßt die Doppelseite nach innen "kippen".

Gegebenenfalls kann es sinnvoll sein, größer zu layouten als die Vorlagen später gedruckt werden. Das heißt also zum Beispiel, daß eine Broschüre auf A4-Vorlagen vorbereitet wird, zum Drucken aber auf A5 verkleinert wird. Das hat den Vorteil, daß so manche Ungenauigkeiten verschwinden.

Nicht zuletzt sollte bei der Planung des Layouts die Zielgruppe bedacht werden. So sind bei Kindern klare Zeichnungen, große Schriften und großzügige Flächenaufteilung wichtig, anders ist das bei Jugendlichen, noch anders bei Erwachsenen der Fall. Auch das Thema kann Einfluß auf die Gestaltung haben, ein Aktionsaufruf sieht anders aus als eine Seite mit Fachinformationen. Soll ein kleiner Text auffallen, muß er sich abheben. Dafür gibt es viele Mittel, z.B. Rahmen, Rasterunterlegungen usw.

#### Layout-Drehbuch

Hilfreich ist auch, sich ein sogenanntes Drehbuch anzulegen. Hierfür werden Zettel so zusammengeheftet, wie die Zeitung oder Broschüre einmal werden soll (auch in kleinerem Format als das Original). Zu beachten gilt, daß die Seitenanzahl nur in Vierer-Sprüngen erhöht werden kann, weil immer zwei Seiten hin- und rückseitig auf einem Bogen gedruckt werden (Bogen-Offset). Achter- oder Sechzehner-Sprünge sind bei manchen Formaten auch sinnvoll, weil dann weniger Papier verschnitten wird. Dies sollte bei der Druckerei erfragt werden.

In dem vorbereiteten Drehbuch kann dann vermerkt werden, welcher Text auf welche Seite kommen soll oder welche Rubrik eingeplant ist. Anhand dieses Drehbuchs ist dann auch erkennbar, welche Seiten sich beim Druck gegenüberliegen werden. Hat eine Zeitung zum Beispiel 24 Seiten, liegen sich die Seiten 1 und 24, Seite 2 und 23, 3 und 22 usw. gegenüber. Die Seite mit der ungeraden Zahl muß dabei immer auf der rechten Seite des Bogens sein.

#### "Montage"

Wer keine Montagebögen mit Millimeter-einteilung von der Druckerei verwendet, kann sich solche auch selber herstellen, indem der Satzspiegel mit den eingeteilten Spalten und dem gekennzeichneten Rand schwarz auf die Rückseite der zu beklebenden Papiere kopiert wird, so daß sie durch-



leuchtet. Wer einen Leuchttisch zur Verfügung hat, kann eine Folie mit der (Millimeter-) Einteilung auf die Glasscheibe kleben. Für regelmäßig erscheinende Zeitungen lohnt es sich auf jeden Fall, einen Leuchttisch zu besorgen oder selber zu bauen.

Nötig sind für einen Leuchttisch Marke Eigenbau eine Milchglasscheibe, zwei Neonröhren und ein entsprechendes Gehäuse (zum Beispiel aus Holz). Das äußere Gehäuse eines alten Fernsehapparates tut es aber auch. Die Verwendung von zwei Neonröhren verhindert Schattenbildung. Wer nur einmal eine Broschüre macht, kann den Satzspiegel auch auf jeder einzelnen Klebevorlage (zum Beispiel weiße Pappe) markieren. Wird ein hellblauer oder gelber Buntstift verwendet, muß hinterher nicht radiert werden – diese Linien sind nach dem Druck nicht sichtbar. Hellblaue oder gelbe Textmarker können zum Beispiel auch für die Markierung von Artikeln (Platzhalter) verwendet werden.

Grundsätzlich ist bei der Erstellung von Druckvorlagen wichtig, daß Aufträge, die die Druckerei erledigen soll, also zum Beispiel Fotos rastern und einpassen, genauesten beschrieben werden, ggf. in einem detailliertem Begleitschreiben. Wichtig ist auch, Fotos auf der Rückseite mit dem Titel der Zeitung, der gewünschten Größe und der Seitenzahl, auf welche das Foto soll, zu beschriften. Auch Vorlagen für den Mehrfarbdruck sollten auf der Rückseite (mit Bleistift) oder am Rand des Montagebogens beschriftet werden.

## Stift & Schablone

Zeichnungen und Rahmen sollten immer mit schwarzer Tusche, nie mit farbigen Stiften oder gar mit Bleistift, angefertigt werden, da sie ansonsten nur schwer zu scannen oder zu kopieren sind. Aber Vorsicht, Tusche kann verschmieren, wenn sie unter das Lineal läuft. Wer mutig ist, läßt das Lineal einfach weg, das kann auch reizvoll für das Layout sein. Hierbei muß aber aufgepaßt werden, daß Linealstriche und freihändig Gezeichnetes nicht zu nah beieinander sind. Am besten ist ein sauberer Faserschreiber in schwarzer oder roter Farbe. Faserliner sind auch zum Layouten geeignet. Bei diesen kommt es aber

auf den Untergrund an: auf glattem Papier ist sauberes Arbeiten möglich, auf rauhem Papier verläuft die Faserlinie, was durchaus gewollte Effekte ergeben kann. Nachfüllbare Tuschestifte sind natürlich umweltfreundlicher und auf Dauer auch ökonomischer als Filzstifte, die nach ihrem Gebrauch als ganzes in den Müll geworfen werden.

In allen Zeichengeschäften bzw. Büromaterialabteilungen großer Kaufmärkte finden sich sowohl Zeichenstifte (Tuschefüller, aus Umweltgründen die nachfüllbaren nehmen!) in verschiedenen Stärken als auch Schriftschablonen. Für das Layouten sind Normal-schrift-Schablonen überflüssig, denn laufender Text wird mit Schreibmaschine oder Computer erstellt. Interessant können aber Schriftschablonen mit Blockbuchstaben sein. Dabei gibt es verschiedene Schriftarten. Mensch wird sich für eine oder wenige entscheiden, da die Schablonen z.T. recht teuer sind. Ein oder zwei Größen reichen auch, da mit einem Kopierer Vergrößerungen oder Verkleinerungen problemlos möglich sind.

## Grundregeln

### Das Schriftbild

Es sollte ein möglichst einheitliches Schriftbild erzeugt werden, z.B. für die Textblöcke eine Schriftfamilie (Fettdruck derselben Schrift gehört mit dazu), für die Überschriften eine weitere usw. Auch das übrige Layout sollte in sich geschlossen wirken, d.h. schräge Schriften nicht in verschiedenen Winkeln anbringen, gleiche Rasterstärken verwenden, Rahmen in gleicher Dicke ziehen usw. Auch Unter- oder Zwischenüberschriften können ein Stilmittel sein. Lange Texte können dadurch in lesefreundlichere Abschnitte unterteilt werden. Zum anderen kann dies eine "Bleiwüste" verhindern bzw. auflockern.

13.5

### Schriftenwahl

Layout soll die Augen führen und nicht verwirren. Gerade beim Computerlayout neigen LayouterInnen häufig dazu, zu zeigen, was im



Computer steckt. Oftmals kommen dabei extrem verwirrende Produkte zustande. So sollten nie mehr als drei Schriftarten auf einer Seite Verwendung finden, ausgenommen sind Zeitungskopf und -Fuß. Das ist eine der wichtigsten Regel bei der Schriftwahl. Auch wenn der Layout-Computer noch so viele schöne Schriften hat, muß mensch sich für ein paar entscheiden, die dann durchgängig verwendet werden. Die sogenannte Brotschrift (die hauptsächlich in Artikeln verwendete Type; der Name kommt daher, daß der Setzer mit ihr sein Brot verdient), die Schriften für Überschrift und Unterüberschrift sollten durchgängig Verwendung finden. Vorstellbar ist zusätzlich noch eine Schrift für kurze Einleitungstexte, z.B. die Brotschrift im Fettdruck zu verwenden. Damit wird den LeserInnen signalisiert: Hier steht schon mal grob, was im Artikel vertieft wird. Wenn dieser Text dann auch so verfaßt ist, daß er zum Weiterlesen anregt, ist das Optimum erreicht.

Wer mit einer elektrischen Schreibmaschine die Texte schreibt, hat meistens die Möglichkeit, das Typenrad, den Kugelkopf oder bei elektronischen auch die Schriftart zu wechseln. Wer nur eine Schreibmaschinenschriftart hat, kann die Überschriften per Hand gestalten oder mit Schablonen oder Rubbelbuchstaben arbeiten. Diese sind im Bürofachhandel erhältlich. Aus Umweltgesichtspunkten sind die Schriftschablonen vorzuziehen, Rubbelbuchstaben sind Einwegprodukte, die nach dem Abrubbeln Plastikmüll liefern und in der Herstellung nicht unproblematisch sind. Außerdem sind sie sehr teuer. Bei hohen Anschaffungskosten sind Zeichenstifte und Schablonen im Verbrauch sehr billig. Es bedarf aber ein wenig Übung, mit denselben umzugehen. Neben Stiften und Schablonen ist eine Führungsschiene notwendig (Reißschiene, schweres Metallineal und ähnliches). Die Schablone kann ansonsten leicht verschoben werden. Hierbei rutschen die Buchstaben in eine andere Ebene, was oft, auch wenn es nur ein Millimeter sein mag, sofort ins Auge fällt.

Neben Buchstaben-Schablonen gibt es auch Formen-Schablonen z.B. für Kreise, Sterne, Vielecke usw., mit denen sich interessante Hervorhebungen machen lassen.

## Schrift-Effekte & Schriftfamilien

- Invers-Schrift: Blockbuchstaben mit dünnen Stiften nur fein umranden und dann rundherum, z.B. als Balken oder Kreis oder in einer schwarzen Fläche, die Zwischenräume ausfüllen. Eine andere Form wäre die Nutzung eines weißdeckenden Stiftes. Damit lassen sich auch weiße Buchstaben z.B. in dunklen Flächen oder Fotos erzeugen.
- "Pseudo"-inverse Schrift: Blockbuchstaben normal zeichnen (umranden und ausfüllen), dann mit geringem Abstand Kästen drumherumziehen und das ganze wieder zu einem Balken, Kreis und ähnlichem schwärzen.
- Sprühschrift: Schablone und Umfeld mit Papier abdecken bis auf den gewählten Buchstaben. Dann mit Farbe sprühen (Fixativ-Sprühgerät, Zahnbürste und ähnlichem). Das Verfahren ist sehr aufwendig, ist aber auch sehr auffällig.
- Schattenschrift: Neben den jeweils zur normalen Schriftlinie gehörenden Buchstaben werden nur einfach umrandete Buchstaben versetzt gezeichnet. Dazu wird die Schablone z.B. nach oben und rechts ein Stück verschoben. Auch umgekehrt ist das möglich: Hauptbuchstabe nur als Umrandung, Schatten (soweit sichtbar) voll ausgemalt.

Bei der Schriftenauswahl sollte auf eine gute Lesbarkeit der Schrift geachtet werden. Manche geschwungenen Schriften sind zwar sehr attraktiv, aber ermüden mit der Zeit beim Lesen die Augen. Die meisten Zeitungen und Zeitschriften verwenden als Brotschrift eine "serifenbetonte". Serifen sind kleine parallel zueinander und in der Lese- richtung liegende Striche.

Beispiel: Times Roman ist eine serifenbetonte Schrift.

Serifenbetonte Schriften führen das Auge und tragen ungemein zur Lesbarkeit bei. Gängige Brotschriftart ist "Times" und ihre zahllosen Abwandlungen. Sie ist für jede Computer-Software erhältlich. Überschriften und Unterüberschriften können dagegen je nach Geschmack geschwungener oder ganz



schlicht sein. Überschriften sollten beim ein- oder zweispaltigen Satz nie mehr als zwei Zeilen in Anspruch nehmen, bei größeren Artikeln bietet es sich an, die Überschrift genau der Breite des Artikels anzupassen.

Beispiel Schriftfamilie:

Times Roman, Times Bold, Times Roman Italic, Time 50, Time 50 Italic, Time 100, Time 100 Italic.

Beispiel für Sonderformen:

unterstrichen, outlined, **schattiert**, *compressed*

Die Schriftgröße wird in "Punkt" gemessen, Tageszeitungen verwenden meistens Schriftgrößen zwischen 8 und 10 Punkt für die Broschüre. 8 Punkt, 10 Punkt, 12 Punkt, 14 Punkt, 16 Punkt.

## Verwendung von Farbe

Insbesondere bei der Titelgestaltung sollte geprüft werden, ob nicht ein mehrfarbiger Druck in Frage kommt. Schwarz auf weiß/grau wirkt öde und unansehnlich, eine sogenannte "Schmuckfarbe" kann die Seite auf jeden Fall aufpeppen. Gegebenfalls ist sogar ein Vierfarbdruck möglich. Eine Publikation, die ein vierfarbiges Titelbild aufzuweisen hat, wirkt natürlich um einiges professioneller, hat aber in der Herstellung auch ihren Preis. Für jede verwendete (Grund-)Farbe muß eine eigene Druckvorlage erstellt werden. Von farbigen Fotos müssen Lithographien durch die Druckerei erstellt werden, was neben den Mehrkosten für Platten- und Farbwechsel in der Druckerei weitere Kosten erzeugt. Auf der einen Seite ist Vierfarbdruck, ob für den Titel oder sogar die ganze Zeitschrift, eine kalkulatorische Frage, auf der anderen Seite auch eine des Geschmackes. Aus einer aufwendigeren Produktion erhöht sich zwar auf jeden Fall der finanzielle Wert, ob aber auch die Zielgruppe darauf Wert legt, ist erst einmal zu überdenken.

Entscheidet sich die Redaktion für eine Schmuckfarbe (zusätzlich zur schwarzen Farbe), müssen demzufolge auch zwei Druckvorlagen erstellt werden, die übereinanderpassen und jeweils nur die Teile beinhalten, die in schwarz bzw. in der Schmuckfarbe gedruckt werden sollen. Am Leuchttisch ist es am einfachsten, die Seiten genau zu gestal-

ten. Werden die Seiten ans Fenster geklebt, geht es aber auch. In diesem Fall sollte aber die Druckerei gebeten werden, die Passgenauigkeit der Vorlagen noch einmal zu überprüfen. Ein wenig Vorsicht ist beim Einsatz einer zweiten Schmuck-Farbe geboten - nicht zu viele Elemente sollten farbig sein, sonst wirkt das Produkt zu wild. Wer nicht nur Balken oder Rasterflächen in der zweiten Farbe haben will, sollte den Mut haben, auch einmal Schrift farbig zu drucken. Das bietet sich vor allem für den Titel einer Zeitung oder Broschüre an. Eine weitere interessante Möglichkeit, Farbe einzusetzen, ist, schwarz ganz wegzulassen und als Grundfarbe eine andere zu nehmen. Von den Kosten her bedeutet dies meist keinen Unterschied.

## Fotos & Zeichnungen

Unter jedes Foto gehört eine Bildunterschrift, die das Foto und die darauf abgebildeten Personen, Gegenstände oder Situationen erläutert. Eine schlechtere Variante ist, irgendwo im Text auf das Foto hinzuweisen. Wenn Personen abgebildet sind, sollten diese klar identifiziert werden können durch die Aufzählung der Namen. Bei im Rahmen von Interviews abgedruckten Portraitaufnahmen kann gegebenenfalls auf eine Erläuterung verzichtet werden und ein Zitat des/der Interviewten als Bildunterschrift genommen werden. Es ist aus dem Gesamtzusammenhang ersichtbar, daß es sich um den/die InterviewpartnerIn oder die vorgestellte Person han-

### Literatur:

Naturschutzjugend (Hrsg.): Umwelt-Schnippel-Bilderbuch (Verlag die Werkstatt in Göttingen, 160 S.)  
Rund 1000 Zeichnungen, Karikaturen und Signets, die ohne Rücksicht auf Copyright zum Illustrieren verwendet werden können.

Naturschutzjugend (Hrsg.): Politisches Schnippel-Bilderbuch (Verlag die Werkstatt in Göttingen, 192 S.)  
Ergänzung zum Umwelt-Schnippelbuch für alle politisch aktiven Gruppen.





delt. Zuerst schauen die LeserInnen, wenn sie eine Seite aufschlagen, automatisch die Fotos, Zeichnungen, Bildanzeigen und Grafiken auf einer ansonsten aus Text bestehenden Seite an. Der/die LeserIn guckt aus Neugierde. Über Fotos und Zeichnungen kann Interesse für Artikel erzeugt werden. Wichtig ist auch, lieber große Bilder und Ausschnitte zu verwenden als "Panoramabilder", denn solche sind meistens nichtssagend und langweilig. Es ist sinnvoller, nur wenige Personen abzubilden als eine Gruppe, bei der Gesichter nicht erkennbar sind. Unnötige Graufelder können ruhig weggeschnitten werden. Handelt es sich nicht gerade um eine Portraitaufnahme, ist es wichtig, daß der Mensch als ganzes zu sehen ist, also weder Kopf noch Füße abgeschnitten sind.

### Fotobearbeitung

Sinnvoll ist es, sich scharfe Layoutmesser, ein Metall-Lineal und eine unverletzliche Schneideunterlage anzuschaffen (eine dicke Pappe tut es auch). Werden Fotos mit der Schere beschnitten, kann der Rand unter Umständen schief werden.

Am sinnvollsten ist es, der Druckerei einen Ausschnitt der Fotos mitzuteilen und diesen bei der Rasterung machen zu lassen. Wer über einen Flachbett- oder Diascanner verfügt, kann die Fotos natürlich auch selbst einscannen und am Computer bearbeiten.

Bilder sollten stets einen Bezug zu den auf derselben Seite befindlichen Texten oder zumindest eine ausführliche Bildunterschrift haben. Durch letzteres bekommen sie den Charakter eines eigenen Beitrages.

Wer Fotos verwendet, muß diese rastern (in Punkte zerlegen) und belichten lassen. Das kostet in der Druckerei zwischen 10,- und 30,- DM pro Foto. Es gibt aber auch die Möglichkeit, woanders auf Papier rastern zu lassen und so nur einen Laser-Ausdruck bezahlen zu müssen. Für den Zeitungsdruck (Rotationskaltoffset) reicht oftmals ein 600- bzw. 1200-dpi Laser-Drucker als Ausgabegerät für Rasterfotos aus. Das Foto kann dann in die Druckvorlage eingeklebt werden. Solche Raster-Möglichkeiten gibt es in Universitäten oder ggf. in Computerläden.

### Anzeigen und deren Gestaltung

Werden in der Broschüre oder Zeitschrift Anzeigen veröffentlicht, so können diese ganz bewußt als Layoutelemente Verwendung finden. Auch sie sollten nicht unbedingt in einen fließenden Text eingebunden werden und eher der Abtrennung zu einem anderen Abschnitt dienen. Um Anzeigenkunden nicht zu vergraulen, sollten die Anzeigen möglichst gut placiert werden.

Einige Zeitschriften tendieren dazu, Anzeigen nicht im redaktionellen, sondern in einem eigenen Anzeigenteil unterzubringen. Aus Layoutgesichtspunkten können Anzeigen durchaus lästig werden, insbesondere, wenn sie von Grund auf häßlich sind und erst recht, wenn sie zu auffällig sind und vom eigentlichen Geschehen, den inhaltlichen Beiträgen ablenken. Dunkel gehaltene Anzeigen sind zudem optisch schwer und sollten nach Möglichkeit unten placiert sein.

Die Redaktion kann ihren Anzeigenkunden auch anbieten, die Anzeigen zu gestalten. Das ist bei kleineren Läden oft erforderlich, weil sie keine vorbereiteten Vorlagen haben. Wichtig ist hier die genaue Absprache mit dem Kunden. Wenn genug Zeit ist, kann mit einem Korrekturabzug noch mal zu dem Geschäft hingegangen werden. Für die Anzeigengestaltung können entweder pauschal oder prozentual Gestaltungszuschläge erhoben werden, diese können zusätzlich zum eigentlichen Anzeigenpreis noch eine nette Einnahmequelle sein.

Bei Anzeigengestaltung durch die Redaktion können zusätzliche, noch nicht verwendete Schriften eingesetzt werden. Firmenlogos werden in der Regel unten placiert. Die Textmenge sollte begrenzt sein, Freiflächen sollten bewußt in Kauf genommen und gezielt eingesetzt werden. Fotos und Zeichnungen sollten möglichst dynamisch eingebunden werden.

Um die Anzeige als solche zu kennzeichnen, empfiehlt sich, einen Rahmen darum zu ziehen und an die Oberkante (außerhalb der bezahlten Fläche) das Wort "Anzeige" zu schreiben.

Auch auf Plakaten können Anzeigen veröffentlicht werden, üblich ist es, diese in einer Art Fußzeile unten zu veröffentlichen.



### Ausstattung

Nachfolgend ist zusammenfassend aufgelistet, was zum Layouten alles gebraucht werden kann und auch im Vorfeld besorgt sein sollte. Am meisten Streß verursachen nämlich fehlende Materialien, insbesondere dann, wenn der Drucktermin kurz vor der Tür steht. Nötig sind:

- schwarze Feinliner (für feine Korrekturen und Linien)
- dicke schwarze Filzstifte (zum Einschwärzen voller Flächen)
- ggf. Calligraphy-Stifte (zum Zeichnen und für Schriften)
- Folienstift (um die Rückseite der Fotos mit Seitenangabe und Arbeitsanweisung für die Druckerei zu versehen)
- Bleistift (um die Rückseiten von Druckvorlagen mit Arbeitsanweisung für die Druckerei zu versehen, zum Beispiel Angaben über Schmuckfarben)
- Schmierpapier (für das "Drehbuch", Notizen und Probeausdrucke)
- holzfreies weißes Papier oder Druckfolien (für den Ausdruck von Druckvorlagen)
- Montagebögen aus der Druckerei (für Rotationshochdruck) oder weißer Karton auf die entsprechende Größe zugeschnitten
- viel Klebstoff (am besten Klebestifte, möglichst ohne Lösungsmittel, für das Montieren per Hand, insbesondere von Anzeigen und Fotos; 'Fixogum' ist ein Spezialkleber und läßt sich leicht wieder lösen), nützlich ist auch durchsichtiger Klebefilm.
- Korrekturflüssigkeit (am besten Korrekturstifte, mit solchen ist präziseres Arbeiten möglich; umweltfreundlicher sind Korrekturflüssigkeiten auf Wasserbasis, es dauert nur länger, bis sie getrocknet sind)
- scharfe Layoutmesser (zum exakten Ausschneiden)
- unverletzliche Schneideunterlage (aus mehreren übereinander geklebten Spezialkunststoffschichten, im Bürofachhandel zu kaufen oder einfach dicke Pappe, welche allerdings keine lange Lebensdauer hat)
- gelber oder hellblauer Buntstift (für Hilfslinien, sieht man nach dem Druck nicht)
- Lineale/großes Geodreieck (zum passgenauen Einkleben und nachträglichen Li-

nienziehen)

- Metall-Lineal (geht beim Schneiden nicht kaputt)
- ggf. Klebe- und Rubbelbuchstaben oder Schriftschablonen (falls kein Computer zum Einsatz kommt)
- Schnippelbücher mit Bildern, Zeichnungen, Karikaturen (falls in der Redaktion niemand zeichnen kann)
- ggf. Computeranlage mit Layoutsoftware, gutem Tintenstrahl- oder Laserdrucker
- ausreichend Disketten bzw. Wechselplatten für Sicherheitskopien
- ausreichend Toner/Tinte für den Drucker
- ausreichend Farb- und Korrekturbänder für die Schreibmaschine

### Einsatz von Computern

Wer einmal mit einem Computer Texte erstellt oder weiterverarbeitet hat, wird einige Vorzüge gegenüber der Schreibmaschine und dem Gestalten von Hand kennengelernt haben. Der Computer bietet - je nach Ausstattung und Programm - sehr vielfältige Möglichkeiten.

Nachteile könnten sich beim Computerlayouten dann ergeben, wenn RedaktionsmitarbeiterInnen sich mit Computern gar nicht auskennen. Aber dies kann durch Aufgabenverteilung ausgeglichen werden. In der praktischen Redaktionsarbeit könnte z.B. eine Person Texte eingeben, eine andere diese als rohe, noch nicht layoutete Ausdrucke korrekturlesen und eine dritte das Endlayout in einen zweiten Computer eingeben.

13.9

### Textverarbeitung

Schon zum reinen Texten kann es sich lohnen, einen Computer einzusetzen. Tippfehler sind jederzeit leicht zu korrigieren, ganze Absätze lassen sich verschieben oder weiter ergänzen bzw. kürzen. Mit dem Computer und einem einfachen Textverarbeitungsprogramm lassen sich bereits verschiedene Textbreiten einstellen (z.B. wenn für die spätere Gestaltung mehrere Spalten auf einer



Seite vorgesehen sind). Auch der Satz, ob die einzelnen Textspalten auf der rechten Seite ausgefranst sein dürfen (Flattersatz), oder ob durch Blocksatz die Spalte beidseitig sauber endet, läßt sich einstellen: Wenn der Computer ausschließlich zum Texten eingesetzt werden soll, sind bereits gute Gestaltungsmöglichkeiten für das Zeitungslayout gegeben, wenn der gesamte Text in Spalten ausgedruckt wird. Bei einer Spaltenbreite von fünf bis sechs Zentimetern sind auf einer DIN A4 Seite drei davon unterzubringen. Liegt der ausgedruckte Text in solchen schmalen Streifen vor, ist er einfach mit der Schere zu bearbeiten, und es lassen sich ohne Probleme Grafiken und Fotos dazwischenbasteln.

### Literatur:

- Jörg Bergstedt:  
Praxis Calamus  
(1996, ITP Wolframs in  
Attenkirchen, 411 S.)  
DTP- und Layouttips  
für verschiedene  
Techniken und das  
DTP-Programm Calamus  
(mit dem diese  
Mappe entstand).
- P. u. A. Kammermeier:  
Scannen und Drucken  
(1991, Addison-Wesley  
in Bonn, 321 S.)  
Rasterweiten und -formen,  
Kontrast, Grauwerte,  
Druck- und Scanverfahren  
usw.
- Ingrid Blum:  
Desktop Publishing:  
Schreiben wie gedruckt  
(1988, WRS Verlag in  
Planegg/München)

## Layouten mit dem Computer

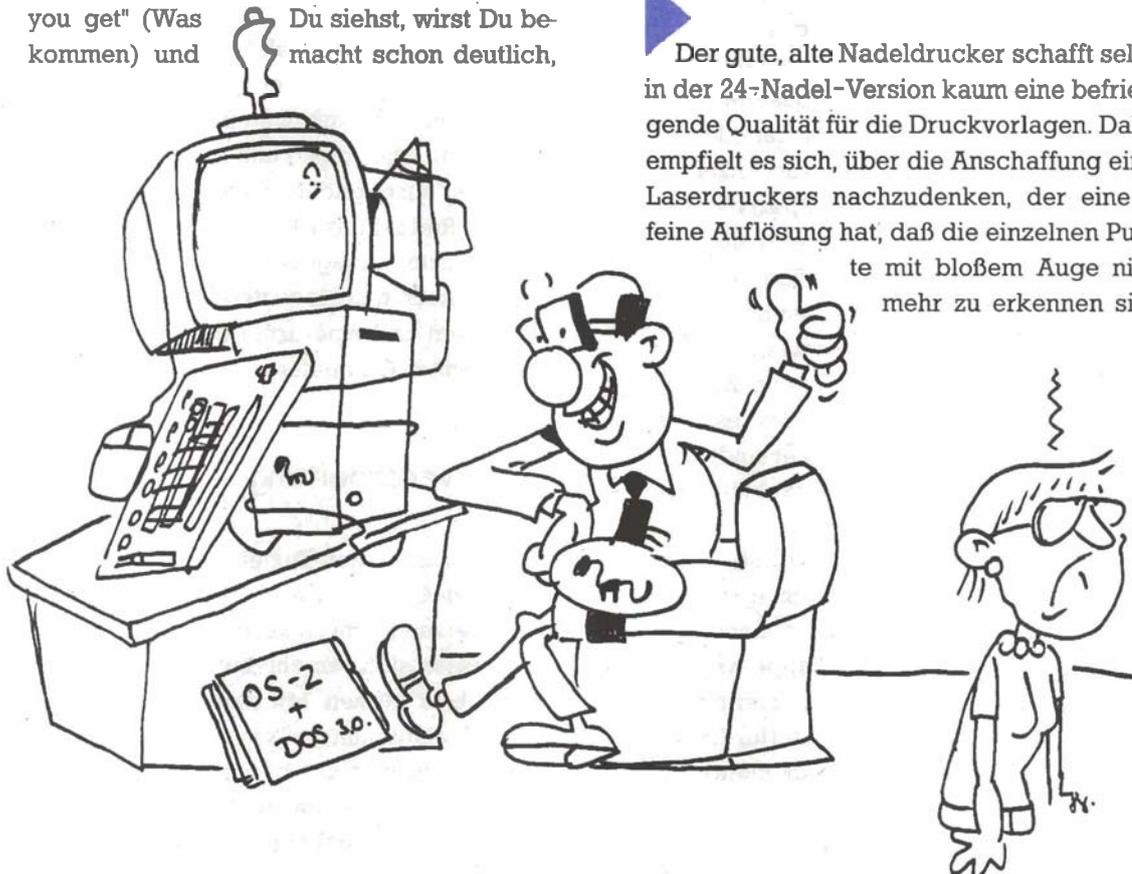
Computer können aber vielmehr als nur Texte bearbeiten. Es gibt inzwischen für fast jedes Computersystem sogenannte DTP-Programme, Programme, die eine Seitengestaltung auf dem Bildschirm erlauben (Desktop Publishing = DTP). DTP-Programme werden auch WYSIWYG-Programme genannt. Das ist die Abkürzung von "What you see is what you get" (Was Du siehst, wirst Du bekommen) und Du siehst, wirst Du bemacht schon deutlich,

wie sie funktionieren: auf dem Bildschirm sehen die ComputernutzerInnen die Seite ihrer späteren Zeitung, ihrer Broschüre oder ihres Flugblattes vor sich. Jedes Arbeiten daran, wenn z.B. ein Text in einer gewissen Höhe und Breite auf die Seite gebracht oder eine Zeichnung eingefügt wird, ist direkt am Bildschirm zu sehen, und so kann der/die LayouterIn auch schon das Ergebnis beurteilen, bevor der Drucker zum Einsatz kommt.

DTP-Programme fordern allerdings einiges von dem Gerät, auf dem sie laufen sollen. So muß der Computer über ausreichend Speicherplatz verfügen und so schnell arbeiten können, daß z.B. das Einbinden einer Zeichnung nicht "Stunden" Berechnungszeit kostet. Wichtig ist auch, daß auf dem Bildschirm die einzelnen Elemente möglichst genau erkennbar dargestellt werden - also es sich um keine Flimmerkiste mit groben Punkten handelt. Die Computeranlage, die zum Arbeiten mit DTP-Programmen eingesetzt wird, braucht zudem auch noch mehr bzw. andere Zusatzgeräte als nur Monitor, Tastatur und Maus.

## Drucker

Der gute, alte Nadeldrucker schafft selbst in der 24-Nadel-Version kaum eine befriedigende Qualität für die Druckvorlagen. Daher empfiehlt es sich, über die Anschaffung eines Laserdruckers nachzudenken, der eine so feine Auflösung hat, daß die einzelnen Punkte mit bloßem Auge nicht mehr zu erkennen sind.





Der Ausdruck wird durch einen Laserstrahl gesteuert, gedruckt wird mit einem Toner, der dem des Fotokopierers ähnelt. Günstiger und nur wenig ungenauer ist ein Tintenstrahldrucker. Der Tintenstrahler arbeitet leise und spritzt aus feinen Düsen Tinte auf das Papier.

Wichtig ist, daß der Drucker "postscript-fähig" ist, d.h. er ist in der Lage, nicht nur die reine Schrift auszudrucken, sondern die ganze Seite mit ihren Grafiken, unterschiedlichen Schriften etc. Die professionellste Form, eine gestaltete Seite zu Papier zu bringen, ermöglicht die Ausbelichtung. Die dazu notwendigen Anlagen sind aber für Umweltgruppen, die nur gelegentlich Publikationen erstellen, kaum sinnvoll, geschweige denn bezahlbar. Es gibt in allen größeren Städten mittlerweile Belichtungsstudios, die fertige Dateien auf Disketten oder über Modem entgegennehmen und ausbelichten. Immer sind auch Kombinationen von mehreren Druckverfahren denkbar. Wer einen Nadeldrucker zur Verfügung hat, tut gut daran, Korrekturausdrucke damit zu machen und den teuren Laser erst anzuwerfen, wenn die endgültige Druckvorlage zu Papier gebracht werden soll. Wer keinen Laser oder Tintenstrahldrucker zur Verfügung hat, kann dann auch mit der Diskette auf Druckersuche gehen oder gar das Belichterstudio besuchen.

## Eingabegeräte

Es gibt Programme, die über einen Scanner z.B. mit Schreibmaschine geschriebene Texte erfassen können und ihre Weiterverarbeitung möglich machen. Ein Scanner ermöglicht außerdem die Einbindung von Zeichnungen, Grafiken und Fotos, die außerhalb des Computers erstellt worden sind. Je nach Anforderungen und Geldbeutel gibt es die Auswahl zwischen sehr vielen unterschiedlichen Scannern. Der günstige Handscanner kann nur kleinere Zeichnungen etc. erfassen. Er wird von Hand über eine Vorlage bewegt und erfaßt sie. Die sogenannten Flachbettscanner kosten einiges mehr, bieten aber einen höheren Komfort und können größere Vorlagen einlesen (verbreitet sind DIN A4 Flachbett-Scanner). Einfache Scanner bekommen z.B. beim Erfassen von Foto-

grafien oder Zeichnungen mit unterschiedlichen Grau-Flächen Schwierigkeiten. Wer Fotos und solche Bilder scannen will, braucht ein Gerät mit wenigstens 64 Graustufen.

## Einfache Textgestaltungen

### Schreibmaschine

Selbst in einer einfachen Typenhebelmaschine stecken schon große Möglichkeiten zur einigermaßen attraktiven Gestaltung. Folgende Effekte sind möglich:

**Große Schriftzeilen:** Text tippen, per Kopierer vergrößern und auf Vorlage kleben.

**Verwischen des Schreibmaschinen-Schriftbildes:** Wer die Texte auf einzelne Papierblätter tippt, kann sie per Kopierer auf ca. 80 Prozent verkleinern. So ist das typische Schreibmaschinenbild so verändert, daß es fast wie ein gesetzter Text aussieht. Die verkleinerten Texte werden ausgeschnitten und dann auf die Vorlage geklebt. Auch möglich ist: Alles auf ein größeres Papier zu tippen, um es anschließend insgesamt zu verkleinern.

**Schräge Schrift:** Papier in der Schreibmaschine schräg einlegen, am besten vorher den zu beschriftenden Bereich mit Bleistift-Hilfslinien umranden.

**Inverse Schrift (weiß auf schwarz):** Entsprechende Überschriften, Textbereiche usw. auf ein gesondertes Papier tippen, auf Laserkopierer (entsprechenden Kopierladen suchen) invers kopieren, dann ausschneiden (z.B. als schwarzer Balken mit weißer Schrift) und in Vorlage kleben.

- **Hervorhebungen:** Unterstreichen ist möglich. Auch später in der Vorlage kann einiges geschehen. Seitliche Striche oder gar Kästen um bestimmte Textbereiche können Passagen hervorheben.

**Absätze:** In jedem Fall sollte der Text inhaltlich sinnvoll in Absätze gegliedert sein. Dabei ist die Mischung aus Absätzen ohne Leerzeile (spätestens alle 10-20 Zeilen) sowie größeren Absätzen mit Lücken sinnvoll.



- Die BesitzerInnen von Typenrad- oder Kugelkopfschreibmaschinen können sich darüberhinaus besonders glücklich schätzen. Sie können nämlich durch Auswechseln des Typenrades oder des Kugelkopfes die Schrift wechseln. Außerdem kann hier oft auch der Buchstabenabstand variiert werden.

## Elektronische Schreibmaschine & Text-Computer

Grundsätzlich sind die gleichen Funktionen wie mit der Schreibmaschine möglich. Der wesentliche Vorteil besteht meist in der Möglichkeit, Texte noch zu korrigieren, zu verändern, zu verschieben usw.

Weitere Möglichkeiten:

- **Verschiedene Schriftarten:** Bestimmte Textblöcke, Überschriften, Zitate usw. können in einer anderen Schrift geschrieben sein, ohne daß Typenräder oder Kugelköpfe gewechselt werden müssen. Dieses Layout-Mittel sollte jedoch nur sparsam verwendet werden. Zu viele Schriftartenwechsel machen jedes Layout kaputt!
- **Fettdruck** ist für Überschriften, wichtige Passagen, Begriffe, Kontaktadressen usw. in jedem Fall ein willkommenes Layout-Element. Verstärkt wird dessen Wirkung durch das Schreiben in Großbuchstaben.
- **Blocksatz, rechtsbündig, mittig:**
  1. Für viele Anwendungen, vor allem Spaltensatz (z.B. wie diese Mappe im 2-Spaltensatz), ist Blocksatz (alle Zeilen enden auf gleicher Höhe) sinnvoll und ergibt ein ausgeglicheneres Schriftbild, welches sich auch leichter lesen läßt.
  2. Mittige Hervorhebungen, z.B. Überschriften usw., sind ebenfalls ein interessantes Mittel des Layouts.
  3. Rechtsbündige Texte wird mensch sehr selten haben, jedoch lassen sich z.B. durch die Gegenüberstellung von Aussagen (eine links-, die andere auf gleicher Höhe rechtsbündig) Effekte erzielen.
- Neben diesen drei Satzartenmöglichkeiten bietet sich in der Blattgestaltung der "Goldene Schnitt" an. Hierbei verhält sich der kleinere Teil einer Fläche

zum größeren Teil wie der größere zur Gesamtfläche. Mathematisch ausgedrückt bedeutet das: Mensch nehme z.B. eine Strecke AB und setze auf ihr einen beliebigen Punkt P fest (nicht gerade genau die Mitte); nach dem Goldenen Schnitt verhalten sich nun die Strecken BP und AP genauso zueinander wie die Strecken AP und AB ( $BP : AP = AP : AB$ ). Selbiges ist auch bei Linien, Rasterflächen und Texten anwendbar. Beim Goldenen Schnitt handelt es sich zwar um ein aufwendigeres Gestaltungsverfahren, welches allerdings eine optisch sehr gute Wirkung erzeugt.

- **Zeilenabstand:** Das typische Aussehen fotogesetzter Texte (Zeitungen, Zeitschriften usw.) läßt sich nachahmen, wenn Texte zum einen mit geringerem Zeilenabstand (7 oder 8 Zeilen pro Zoll, d.h. etwas weniger als der normale 1-Zeilenabstand) getippt und dann noch auf ca. 80 Prozent verkleinert werden. Mit einem 1,5-zeiligen Abstand ist ein Layout kaum noch möglich, weil dann Absätze usw. nur noch schwer wahrzunehmen sind.

## Fazit

Sicherlich kann es keine optimalen, allgemeingültigen Layout-Ratschläge geben, zu unterschiedlich sind die Zielgruppen, zu unterschiedlich ist der Geschmack eines jeden Menschen. Eine Umweltgruppe sollte sich aber, bevor sie sich die wenigste Mühe macht und ein "dahingeschmiertes" Flugblatt in alle Haushalte verteilt, ein paar Gedanken machen.

## Öfter mal Druck machen!

Ist das Flugblatt oder die Broschüre fertig, muß gedruckt werden ... aber in welchem Verfahren soll es hergestellt werden? Welches Vervielfältigungsverfahren ist das effektivste bei welcher Auflage? Möglichst billig, möglichst einfach, möglichst schnell



verfügbar - das sind die Ansprüche, die da häufig auch noch eine wesentliche Rolle spielen. Je nach Verwendungszweck der Vervielfältigung sind diese Ansprüche noch ergänzt um Qualitätsansprüche.

## Druckverfahren

### Durchschläge

- Wenn ein Schreiben lediglich dupliziert werden soll, das mit der Schreibmaschine abgefaßt wird, kann ein Durchschlag mit "Kohle-Papier" angefertigt werden, um später Inhalt, Datum etc. nachvollziehen zu können.
- Kohle-Papier kann mehrere Male wiederverwendet werden. Auflage: Original und maximal 3-4 Duplikate.
- Dasselbe Prinzip liegt der Blaupause zugrunde. Sie funktioniert auch bei weniger intensivem Druck und kann neben festem Schreibmaschinenanschlag auch für handschriftliche Briefduplikate genutzt werden.
- In der Regel werden Briefe inzwischen am Computer erstellt, und ein Duplikat kann entweder durch Abspeichern auf der Festplatte vermieden oder durch einen zweiten Ausdruck eingespart werden. Dies ist in den meisten Fällen deutlich kostengünstiger und effizienter gegenüber einem stromfressenden Kopiergerät, das für ein oder zwei Abzüge, "hochfahren" muß.

### Kopien

- Das kostengünstigste Vervielfältigungsverfahren bei geringer "Auflage" (Anzahl der Vervielfältigungen) ist das Kopieren. Auf jeden Fall ist es das bequemste. Inzwischen werden in Copy-shops für 6 oder 8 Pfennige Kopien angeboten, häufiger für 10 oder 15 Pfennige. Auch, wenn die Kopie 20 Pfennige kostet, ist dies immer noch günstiger als bei anderen Verfahren.
- Fotokopierer gibt es heute auch schon relativ günstig (ab ca. 1.000,- DM) zu kaufen. Der Kaufentscheidung sollte allerdings zunächst die Überlegung vorausge-

hen, ob sich eine solche Anschaffung wirklich lohnt und wie hoch die tatsächlichen Kosten pro Kopie sind (Kosten für Strom und Papier nicht vergessen!).

- Für nur gelegentliches Kopieren, gar überwiegend für den Eigenbedarf, sind Faxgeräte mit Kopierfunktion oftmals eine praktische Sache.

### Matrizen

- Das sogenannte Spirit-Carbon-Verfahren ist ein älteres früher an Schulen übliches Druckverfahren: Glatte (satiniertes) Papier, brenzlich duftend, schlechte Druckqualität (verschiedene Farben).
- Der große Vorteil ist die schnelle Einsetzbarkeit. Es gibt Geräte, die ohne Strom arbeiten und daher überall mit hingenommen werden können.
- Dem entscheidenden Nachteil einer eher mageren Druckqualität steht der geringe Anschaffungspreis gegenüber. Allerdings können nur Kleinstauflagen produziert werden (maximal 50 Stück), und die Drucke wirken alles andere als professionell.

### Umdruckverfahren

- Auf Wachsmatrizen ohne Farbband getippte Schreibmaschinenanschlätze werden mit Hilfe eines Druckgerätes in bis zu 5.000facher Auflage reproduziert.
- Auch hier ist die Einsatzbreite recht hoch, d.h. die Geräte sind oft transportabel (allerdings muß Strom vorhanden sein).
- Ebenso wie beim Spirit-Carbon-Verfahren sind die Kosten für das Gerät erschwinglich und für den Druck relativ günstig. Auch hier ist die Druckqualität nicht gerade berauschend.

### Offset-Druck

- Offset-Druck ist das am häufigsten verwendete Vervielfältigungsverfahren für größere Auflagen (mehrere hundert).
- Bei kleineren und einmaligen Auflagen



wird mit Papiermatrizen gearbeitet, die mit einem leistungsstarken Kopiergerät belichtet werden können.

- Zu höheren Auflagen und eventuellem Nachdruck sind Metallmatrizen zu verwenden, die "konserviert" werden können.
- Meist dauert der Druck mehrere Tage oder sogar Wochen.

### Rotations-Kaltoffset

- Der sogenannte Zeitungsdruck war bisher bei höheren Auflagen von etwa 5.000 Exemplaren das günstigste Verfahren. Inzwischen gibt es auch kleinere Maschinen, bei denen auch im niedrigeren Auflagenbereich gearbeitet werden kann.
- Allerdings müssen gegenüber dem Offset-Druck wieder kleine Qualitätseinbußen insbesondere in Fragen der Papierqualität und der Paßgenauigkeit, und da insbesondere bei mehrfarbigen Drucken, in Kauf genommen werden.
- Rotationsdruck ist das schnellste Verfahren. Bei vorheriger Absprache mit der Druckerei können auch hohe Auflagen in wenigen Stunden gedruckt werden. Somit ist höchste Aktualität zu erreichen.

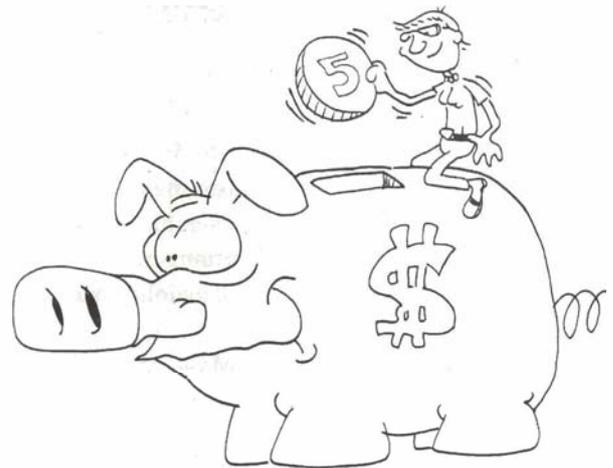
### Geld sparen

13.14

Gemeinnützige Gruppen können auch versuchen, bei der Gemeinde- oder Stadtverwaltung kostenlos Kopien oder auch Drucke zu machen?! Auch sind theoretisch ortsansässige Unternehmen so freundlich, ihre Hausdruckerei zu bemühen. Fragen kostet bekanntlich nichts! Meistens kann hier allerdings nicht mit einer all zu hohen Druckqualität gerechnet werden und bei politisch brisanteren Themen ist es eher fraglich, ob eine derartige Vervielfältigungsmöglichkeit wahrgenommen werden kann.

Wenn ein Druckauftrag erteilt werden soll, sollten unbedingt vorher "Angebote" unterschiedlicher Druckereien zum Preisvergleich eingeholt werden. Je nach technischer Ausstattung der Druckerei und Kalkulation von Zeit und Materialkosten schwanken hier nämlich die Preise extrem.

Um vergleichbare Kostenvoranschläge bekommen zu können und um Mißverständnisse im Vorfeld auszuräumen, sollten die Ansprüche an die Druckerei, der Umfang des Produktes, die Auflage und sonstige Rahmenbedingungen möglichst in Form eines "Kriterien-Katalogs" aufgestellt werden:



### Kriterienkatalog für Druckereiangebote

- Anzahl der Blätter und Druckseiten
- Format
- Wie werden die Vorlagen geliefert? Belichtet die Druckerei oder werden die Filme bzw. Aufsichtsvorlagen gestellt?
- Welche Druckfarbe(n)?
- Papiergewicht (gängig 70-80 g/qm)
- Original-Umweltschutz-Papier, Recycling-Papier (farbig?) oder Hanfpapier?
- Heftung, Falz und Schnitt?
- Anzahl der Fotos, schwarz/weiß oder vierfarbig. Müssen diese getrennt verarbeitet werden oder sind sie Bestandteil der Druckvorlagen?
- Lieferbedingungen (Lieferfrist, Lieferort, Selbstabholung, Verpackung etc.)
- Zahlungsbedingungen

### Der Autor

Timo Schadt  
c/o Projektmanagement Ökologie  
Hersfelder Str. 3. 36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919296  
eMail: timo\_schadt@juis.insider.org



# Auf Heller und Pfennig ...

Öffentliche Mittel werden immer knapper, und für viele Initiativen ist es auch nicht möglich oder gewollt, solche in Anspruch zu nehmen. Mit etwas Kreativität lassen sich jedoch auch diesseits staatlicher Förderquellen Gelder ausfindig machen. Auf den nachfolgenden Seiten sollen Denkanstöße und Tips dazu gegeben werden. Oftmals sind Finanzierungsmöglichkeiten näherliegend als es anfänglich erscheinen mag. Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, Geld aufzutreiben, auch ohne sich dabei unglaublich zu machen oder in Abhängigkeiten zu begeben. Oftmals wird auch die Möglichkeit außer acht gelassen, sich mit Sachspenden zu begnügen. Denn vieles muß gar nicht gekauft werden, vieles wird von anderen nicht mehr benötigt. Es gilt, sich dies einfach schenken zu lassen.

## Grundlagen

Eine ordnungsgemäße und übersichtliche Kassenführung ist wichtig, nicht nur um gegenüber Dritten, z.B. dem Finanzamt Rechenschaft leisten zu können, sondern auch, um selbst nicht den Überblick zu verlieren. Grundlage ist das Sammeln und das sortierte Ablegen der Belege für alle Ausgaben. In der Regel reicht eine einfache Buchführung, eine sogenannte "Einnahmen-Ausgaben-Rechnung" aus. Bei den meisten Zuschüssen muß ein sogenannter "Verwendungsnachweis" erbracht werden, der dann diese Belege beinhaltet. Oftmals ist auch die "ordentliche" Gründung einer Rechtsform und die Vorlage einer eigenen Satzung unerlässlich. Eine Initiative muß sich zumindest dann, wenn sie längerfristig tätig sein will und wenn sie öffentliche Gelder beantragen oder steuerabzugsfähig Spenden akquirieren möchte, eine formale Struktur geben (siehe Kapi-

tel 7, "Organisation"). Denkbare Rechtsformen sind ein Verein, eine Stiftung, aber auch beim Zusammenschluß verschiedener Gruppen eine "Gesellschaft bürgerlichen Rechts".

## Rezepte

Alle, die auf dem Gebiet des "Finanzwesens" im Rahmen einer Initiative aktiv werden wollen, sollten den ökologisch und sozial vertretbarsten Weg einschlagen, und auch prüfen, ob das Geld z.B. dort abzuziehen wäre, wo sowieso nur Unfug damit getrieben wird. Voraussetzung: Mensch kann das mit seinem Gewissen vereinbaren. Dabei sollte der Blick für den einfachen Weg nicht verloren gehen und darauf geachtet werden, nur da Geld herzunehmen,





wo die eigene Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit durch das Annehmen von Spenden und Zuschüssen nicht auf der Strecke bleibt. Hieraus ergeben sich folgende Möglichkeiten:

## Zuschüsse

### Geld von Stadt, Kreis, Land ...

Wie gesagt: Es wird immer schwerer, öffentliche Mittel zu bekommen. Dennoch gibt es immer noch etliche Fördermöglichkeiten: Hierzu zählen Zuschüsse von der Gemeinde, von der Stadt, vom Landkreis und von Land, Bund und Europäischer Union. Zuschüsse sind immer nur von der Ebene möglich, für die ein Vorhaben relevant ist. Eine lokale Gruppe kann nur dann Bundesmittel bekommen, wenn ihre Arbeit von bundesweiter Bedeutung ist (z.B. als Modellprojekt). Für das gleiche Vorhaben Mittel verschiedener Stellen der gleichen Ebene zu kombinieren (z.B. Umweltministerium und Jugendministerium), ist normalerweise nicht zulässig, während die Mischfinanzierung über verschiedene Ebenen (EU-Mittel und kommunale Mittel) meist problemlos ist.

Eine Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das zuständige Finanzamt ist sehr vorteilhaft bis zwingend erforderlich, nicht nur gegenüber öffentlichen GeldgeberInnen. Eine Anerkennung der Gemeinnützigkeit ist aber nicht zwingend Garant für eine individuelle Anerkennung der Förderungswürdigkeit durch die jeweiligen ZuschußgeberInnen. Oftmals sind entsprechende Förder Richtlinien vorrangig, die bei den staatlichen Stellen erhältlich sind.

Prinzipiell gibt es zwei Wege zu einer staatlichen Förderung. Wenn bereits Fördertöpfe, die für eine Initiative in Frage kommen, existieren, ist es Sache der entsprechenden staatlichen Instanz, diese Gelder nach festgelegten Richtlinien zu vergeben. In einigen Bereichen (z.B. Jugendarbeit oder auch Vereinsförderung) gibt es formalisierte Verfahren der Anerkennung der Förderungswürdigkeit. Sie wird zum Beispiel durch Stadt- oder Gemeindeparlament bzw. Kreis-

tag ausgesprochen. Im Umweltbereich gibt es solche formalisierten Anerkennungen meistens nicht.

Wenn keine passenden Fördertöpfe existieren, ist gerade auf kommunaler Ebene oft auch der parlamentarische Weg gangbar. Durch Lobbyarbeit muß der Gemeinderat dazu bewegt werden, eine Förderung speziell zu beschließen. In Vorgesprächen mit dem Umweltamt, mit ParlamentarierInnen und der Verwaltungsspitze sollte ein Anliegen vorgetragen und gangbare Wege diskutiert werden (siehe Kapitel 2, "Behörden und Lobbyarbeit").

Wichtig ist der Unterschied zwischen Projektförderung und institutioneller Förderung. Die Handhabung ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Manche haben erkannt, daß wirksames Engagement in neuen, projektorientierten Strukturen stattfindet und haben ihre Förderpraxis dem angepaßt. Die Gelder stehen also einmalig für zeitlich befristete Projekte zur Verfügung, wobei es laufende Kosten wie Telefon und eventuell Miete bei der Beantragung zu berücksichtigen gilt.

Bei der institutionellen Förderung handelt es sich um einen festen alljährlich wiederkehrenden eigenen Haushaltsposten, der einem Verein oder einer Einrichtung eingeräumt wird. Nicht zu übersehen sind dabei auch Kostenübernahmen, z.B. die kostenlose Überlassung von Lager-, Sitzungs- oder Büroräumen. Auch dies zählt genaugenommen zur institutionellen Förderung. Vorsicht: Eine institutionelle Förderung macht gegenüber politischen GegnerInnen angreifbarer und kann im Falle des Aussetzens der Förderung z.B. nach einem Machtwechsel im Parlament große Schäden verursachen, wenn nämlich existentielle Einnahmen einfach wegbleiben. Häufiger ist derzeit der Fall, daß durch eine allgemeine Haushaltssperre auch der eigene Haushaltsposten in Mitleidenschaft gerät. Zudem begibt sich die Initiative durch eine institutionelle Förderung in ein Abhängigkeitsverhältnis zur fördernden Kommune, welche gegebenenfalls in politischen Auflagen bis hin zum "Mund-Tod-Machen" münden kann.

Dagegen ist die Projektförderung, wenn sie einmal bewilligt wird, verbindlich, und



mit Abschluß des Projektes ist die Einflußmöglichkeit auf die Initiative als solche gleich Null. Auf jeden Fall sollte eine Gruppe versuchen, möglichst unabhängig von staatlichen Zuschüssen zu sein.

Übrig bleiben Privatpersonen, Stiftungen und die "freie Wirtschaft". Eine Gruppe hat auch die Möglichkeit, mit eigenen wirtschaftlichen Geschäfts- und Zweckbetrieben Gelder zu erwirtschaften (siehe Kapitel 7, "Organisation" und 15, "Umweltschutz als Job".

## Lotto- & Troncmittel

Einige Landesministerien verfügen über einen sogenannten Lotto- und Troncmittel-etat. Dieser setzt sich aus den staatlichen Einnahmen von Lotterien und Glücksspiel zusammen und wird für einmalige Projektförderungen an gemeinnützige Gruppen ausgeschüttet. Je nach Bundesland verfügen Jugend-, Kultur-, Landwirtschafts- und Umweltministerien über Lotto- und Troncmittel.

Dieser Etat ist kein fester Haushaltsposten, sondern wird nach einem Schlüsselsystem auf die Ministerien verteilt. Während in früheren Jahren diese Mittel nahezu komplett zur Förderung karitativer Zwecke dienten, greifen die Landesregierungen heute verstärkt für (eigene) Großveranstaltungen, wie z.B. die Landesgartenschau, auf diesen Etat zurück. Trotz steigender Lotterie- und Glücksspieleinnahmen sind die zur Verfügung stehenden Mittel dadurch begrenzt. Eine Förderung aus diesem Etat bleibt auch bei noch so vielfältigen oder finanzintensiven Projekten auf einige tausend Mark pro EmpfängerIn beschränkt.

Es empfiehlt sich, zu Jahresbeginn eine Voranfrage an das entsprechende Ministerium zu richten; dabei gilt es, quasi in Form einer Projek-



te-Anmeldung den Finanzbedarf für das gesamte Jahr darzulegen und die geplanten Projekte kurz vorzustellen. Es ist ein Finanzplan vorzulegen, der einen Eigenanteil zwischen zehn und 20 Prozent einschließen sollte. Das Ministerium meldet sich mit einem Zwischenbescheid, welche Projekte grundsätzlich förderungswürdig sind, dann muß die Gruppe oder Initiative einen ausführlich begründeten Antrag mit detaillierter Finanzplanung vorlegen. Wenn noch keine Lotto- und Troncmittel bezogen worden sind, sollte zunächst mit einem formlosen Anschreiben an die entsprechenden Ministerien um Übersendung der "Richtlinien zur Vergabe von Lotto- und Troncmitteln" bzw. um Aufklärung über Vergabe-Modalitäten gebeten werden.

Da sich jene Richtlinien aus der jeweiligen Haushaltsordnung ergeben und stets von den "allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung" (ANBSP) des Bundesfinanzministeriums ableiten lassen, sollen die wesentlichsten Eckdaten nachfolgend erläutert werden:

- Gefördert werden einmalige, zeitlich befristete Projekte.
- Ein umfassender Finanzplan ist vorzulegen, in dem sämtliche Ausgaben und Einnahmen einzeln oder inhaltlich zusammengefaßt aufgeführt sind. Dieser sollte (für den Überprüfungsfall) auch genau eingehalten werden können. Dabei unterliegen in einigen Bundesländern Förderungen bis zu einer Höhe von 1.000,- DM einer vereinfachten Nachweispflicht, d.h. Belege müssen nicht eingereicht werden, es muß lediglich ein Projektbericht abgegeben werden. Beträge in der Größenordnung von ein paar hundert Mark werden von

einigen Ministerien als Spende deklariert und müssen gar nicht nachgewiesen werden. Zuwendungen über 1.000,- DM müssen meist mit Originalquittungen exakt belegt werden.



### Weitere Landeszuwendungen

Auch neben diesen Lotto- und Troncmitteln verfügen die zuständigen Landesministerien über eigene Haushaltsposten, die zur Projekt- und Initiativförderung zur Verfügung stehen. Die Vorgehensweise zur Beantragung ist dabei ähnlich der dargelegten Beantragung von Lotto- und Troncmitteln. Hier gilt es, sich am besten telefonisch bzw. durch persönliches Vorsprechen bei der zuständigen Instanz über Zuschußmöglichkeiten aufklären zu lassen. Je nach politischem Willen und inhaltlicher Prioritätensetzung der Landesregierung gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. In einigen Bundesländern gibt es eigene Projektförderungsgesetze, die es Initiativen ermöglichen, relativ unkonventionell auch an zum Teil größere Summen zu gelangen.

Zumeist müssen zu beantragende Projekte eine besonders innovative, beispielhafte Idee beinhalten bzw. eine überregionale Bedeutung haben. Förderungsfähig sind unter diesen Vorgaben Druckerzeugnisse, Kurse, Arbeitstagungen, Praktikumsstellen, Naturschutzmaßnahmen, Seminare, Bildungsangebote etc. Teilweise mit Mitteln der Europäischen Union ausgestattet, gibt es eine Vielzahl von Landschaftspflegemitteln, Kulturlandschaftsprogrammen und Programmen zur Regionalentwicklung und Dorferneuerung. Über deren Verteilung entscheiden in einigen Bundesländern die regionalen Naturschutzämter. Sie sind auch für die Vergabe von europäischen Mitteln zur Förderung von Biosphärenreservaten und sogenannten Ziel-5b-Gebieten zuständig. Falls eine Initiative oder Umweltgruppe in diesen Bereichen tätig werden möchte, sollte sie sich mit diesen Ämtern oder dem zuständigen Ministerium in der Landeshauptstadt in

Verbindung setzen und sich beraten lassen. Beachtliche Beträge im Bereich der Naturschutzförderung stehen den sogenannten Paragraph 29-Organisationen zur Verfügung. Dies sind, in Bundesländern variierend, staatlich anerkannte Naturschutzverbände, welche nach besagtem Paragraphen des Bundesnaturschutzgesetzes bei Planungsverfahren hinzugezogen werden müssen. In einzelnen Bundesländern stehen die Mittel der § 29-Förderung den Verbänden pauschal zur Abwicklung von Beteiligungsverfahren zur Verfügung. In anderen Bundesländern werden die von ihnen betreuten Naturschutzflächen abgerechnet. An diesen Geldern können nur die erlesenen, landesweit mit Ortsgruppen verbreiteten und anerkannten Organisationen partizipieren. Lediglich regional vertretenen Initiativen bleiben die Gelder versagt, es sei denn, sie arrangieren sich mit einem größeren Verband.

In der Regel wird es nur regional tätigen Umwelt- und Naturschutzinitiativen kaum möglich sein, nennenswerte Landeszuwendungen zu erhalten. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsposten sind z.Z. sehr be-

grenzt. Recht wahrscheinlich ist, falls keine Haushalts-sperre

aufgelegt ist, daß sich übrig gebliebene Landesmittel am Ende eines Haushaltsjahres unbürokratisch abrufen lassen, indem beispielsweise eine kurzfristig entstandene Deckungslücke dem Ministerium mitgeteilt wird.





## Landeszentralen für politische Bildung

Tagungen, Seminare und Lehrgänge - Veranstaltungen zur außerschulischen politischen Bildung können bei der jeweils in der Landeshauptstadt ansässigen Landeszentrale für politische Bildung beantragt werden. Zu diesen Bildungsmaßnahmen muß offen eingeladen werden, und hauptsächlich "Landeskinder" müssen teilnehmen. Antragsberechtigt sind Organisationen, die in der Erwachsenenbildung tätig sind und im jeweiligen Bundesland ihren Sitz vorweisen können. Da die Bedingungen der einzelnen Landeszentralen für politische Bildung recht unterschiedlich sind, empfiehlt es sich, die entsprechenden Förderrichtlinien anzufordern.

## Bundesmittel

Eine überregionale Relevanz und besondere Innovationskraft sind die einzigen denkbaren Grundlagen für eine Förderung aus Bundesmitteln. Je nach Inhalt der eigenen Aktivität und dem Engagement der Bundesregierung sind über Bundesumweltpreise, über Innovationspreise und Forschungsgelder gegebenenfalls Bundeszuschüsse zu beantragen. Anzusprechen wären das Bundesforschungs- oder das Bundesumweltministerium mit seinem in Berlin ansässigen Umweltbundesamt. Vielleicht lassen sich über regionale Bundestagsabgeordnete Chancen ausmachen, oder es gelingt einer regionalen Initiative, sich an einer "größeren" Beantragung zu beteiligen. Ansonsten ist es für regional arbeitende Gruppen schwer, Bundesmittel als Geldquelle anzuzapfen. Extrem gute Konzepte sind nötig, und die bedürfen einer intensiven Vorarbeit. Falls also eine Beantragung in Frage kommt, ist es nötig, sich auch mit anderen Gruppen abzustimmen, falls diese ähnliches planen.

## Umweltschutzpreise

Eine gute Möglichkeit, eine zusätzliche "Nebeneinnahme" zu haben, die zudem aus

freien Mitteln besteht, ist, sich mit herausragenden Aktivitäten der Gruppe um einen der vielen Umweltschutzpreise zu bewerben. So haben die meisten Landkreise und inzwischen auch viele Gemeinden und Städte alljährlich einen mit mehreren tausend Mark dotierten Umweltschutzpreis zu vergeben, um den sich ortsansässige Gruppen mit ihren Projekten bewerben können. Nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern auch landes- und bundesweit gibt es zumeist hochdotierte Umweltschutzpreise.

Oft besteht durchaus auch bei banal wirkenden und eher durchschnittlichen Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen berechnete Hoffnung auf Auszeichnung. Schwerer haben es politische Projekte, lassen sich diese nicht so öffentlichkeitswirksam von den WettbewerbsveranstalterInnen darstellen. Manche Umweltschutzpreise sind daher (inzwischen) mehr "Feigenblätter", und es könnte sogar ein "schlechtes Zeichen" sein, wenn eine Gruppe damit ausgezeichnet wird. Die überregionalen Preise werden in Umweltmagazinen, im Fernsehen und in Umweltzeitschriften, die kommunalen in den Lokalzeitungen ausgeschrieben.

Wichtig ist vor allem ein fristgerechtes Einreichen möglichst umfangreicher und übersichtlich geordneter Informationsmaterialien. Bestandteile sollten ein Sachbericht, eine Chronik, Fotos, Zeichnungen, ggf. Zeitungsausschnitte sein, die mit einer gewissen Sorgfalt zusammengestellt sind, denn nicht nur Inhalt, sondern auch die Form der Bewerbung zählen. Eine besonders "saubere" Lösung ist, wenn die Gruppe von (scheinbar) Außenstehenden für den Preis vorgeschlagen wird.

## Nichtstaatliche Finanzquellen

### Stiftungen

In fast jedem Bundesland und auf Bundesebene gibt es eine Vielzahl von Stiftungen, welche sich die Förderung von Jugend-, Kultur-, Bildungs-, Natur- und Umweltschutz-

### Informationen:

euroFinder: CD-Rom (1996, Bundesdruckerei, Berlin)  
Eine umfangreiche Zusammenstellung wichtiger deutscher und europäischer Förderquellen ist auf CD gepreßt worden. Systemvoraussetzung ist das Betriebssystem Windows. Per Mausclick können 700 deutsche und 150 Geldquellen aus Europa ausgewählt werden. Themen sind: Betriebserweiterungen, Schaffung neuer Arbeitsplätze, Exportförderung, Umweltschutz, Einführung neuer Produkte oder Existenzgründungen. Zu jedem Programm bietet der "euroFinder" Vertragsbedingungen, Förderhöchstgrenzen und die Art der Förderung.

### Literatur:

Maecenata Stiftungsführer (München 1996, Maecenata, 136 S.)  
In diesem Taschenbuch werden alle bekannteren Stiftungen aufgeführt und ihre Ziele näher beschrieben. Es sei aber darauf hingewiesen, daß viele Stiftungen nur noch eigene Projekte fördern.



### Kontakte:

Deutsche Bundesstiftung Umwelt  
Im Nahner Feld 1  
49082 Osnabrück  
0541/9522-0

Deutsche Umwelthilfe  
Güttinger Str. 19  
78315 Radolfzell  
07732/9995-0

Deutsche Umweltstiftung  
Schlachthofstr. 6  
76726 Germersheim  
07274/4767

Stiftung Öko-Global  
c/o Deutscher Naturschutzring (DNR)  
Am Michaelshof 8 - 10  
53177 Bonn  
0228/359005

Stiftungsverband Regenbogen e.V.  
Schwanenwall 23  
44135 Dortmund  
0231/574382

Fonds Soziokultur e.V.  
Weberstr. 59a  
53113 Bonn  
0228/2016735

Schweisfurth-Stiftung  
Südliches Schloßbrondell 1  
80638 München  
089/171826

Stiftung Leben und Umwelt  
Ahornstr. 2  
27798 Hude  
04408/9287-0

## 14.6

Stiftung Mitarbeit  
Bornheimer Str. 37  
53111 Bonn  
0228/630023

IKEA-Stiftung  
Am Wandersamun 2-4  
65719 Hofheim-Wallau  
06122/997-0

Hans-Böckler-Stiftung  
Bertha von Suttner-Platz 3  
40227 Düsseldorf  
0211/7778127

arbeit auf die Fahnen geschrieben haben. Trotz vieler Anträge und Bewerbungen lassen sich ggf. Projekte als förderungsfähig "verkaufen", die von örtlichen Gruppen beispielhaft durchgeführt werden oder worden sind. Leider sind inzwischen viele Stiftungen dazu übergegangen, nur noch ihre eigenen Projekte zu fördern bzw. feste GeldempfängerInnen zu haben. Daher ist es wichtig, sich zunächst die Förderrichtlinien zusenden zu lassen, bevor aufwendige Anträge erstellt werden. Unter den Stiftungen befinden sich natürlich auch "schwarze Schafe", die von Firmen und Institutionen mit höchst zweifelhaftem Ruf gegründet worden sind. Eine Beantragung bei diesen birgt die Gefahr, selbigen unangebrachterweise zu einer weißen Weste zu verhelfen. Manchenorts gibt es lokale Stiftungen, die vielleicht sogar ein großes Interesse haben, gerade in den Tätigkeitsbereich einer Umweltinitiative zu "investieren".

### Bußgelder

Tausendfach werden jeden Tag "kleine VerkehrssünderInnen", "Umweltschweine", Zechpreller und andere von Amtsgerichten oder Staatsanwaltschaften zu Bußgeldern verknackt. Das Urteil bzw. der Strafbefehl lautet dann: "zahlen Sie eine Summe X an den gemeinnützigen Verein ...". Gemeinnützige Vereine sind berechtigt, solche Gelder zu empfangen. Formal ist dafür Voraussetzung, daß der Verein auf einer landesweiten Liste steht, die jährlich durch das Oberlandesgericht herausgegeben wird. Auf einen formlosen Antrag hin kommt eine Liste von Voraussetzungen ins Haus, die unterschrieben zurückzusenden ist. Damit versichern die VereinsvertreterInnen vor allem, die Gelder satzungsgemäß zu verwenden und ihren Eingang regelmäßig an das zuweisende Amts-, Land- oder Finanzgericht bzw. die Staatsanwaltschaft zu melden. Dem Finanzamt darf die listenführende Stelle Akten über die Verwendung dieser Gelder weitergeben. Wenn der Verein innerhalb eines Jahres keine Gelder über RichterInnen oder StaatsanwältInnen erhalten hat, wird er automatisch wieder

aus der Liste gestrichen. Tatsächlich entscheidet weniger der "Listenplatz" über Geldzuweisungen, sondern der Bekanntheitsgrad der Initiative bzw. der persönliche Kontakt zu einer zuweisenden Person. Wer RichterInnen oder StaatsanwältInnen im Bekanntenkreis hat, hat schon gewonnen. Ein nettes Schreiben mit Selbstdarstellung und Überweisungsvordruck an RichterInnen am Amtsgericht kann ebenfalls die Quelle erschließen. Wenn so Kontakte entstehen, gilt es, diese "warmzuhalten". Gemeinnützige Einrichtungen, die willens und in der Lage sind, junge Leute, die zu einigen Stunden Arbeit für die Allgemeinheit verurteilt sind, bei sich arbeiten zu lassen, bekommen eventuell den richtigen Draht zu den JugendrichterInnen. Achtung: Grundsätzlich gilt es zu überlegen, ob solche Leute, die meist sehr wenig motiviert sind, betreut werden können und ob eine solche Unterstützung der Justiz nicht mit der eigenen Weltanschauung kollidiert.

### Spenden aus der Wirtschaft & von Privatleuten

Viele soziale Einrichtungen und Vereine versuchen, das Herz von Privatpersonen zu erweichen und wollen Spenden haben, dazu liegen in den Banken Überweisungsträger aus, dazu flattern sogenannten Spendenmailings in Haus (s.u.), dazu werden Informations- und Wohltätigkeitsveranstaltungen organisiert. Der Mitleidseffekt und das Kindchen-Schema (für die Kinder der "Dritten Welt") spielen dabei eine sehr wichtige Rolle. Den SpenderInnen wird vermittelt, daß sie etwas Gutes tun bzw. eine gute Initiative unterstützen. Das funktioniert auch im Umweltbereich. Gerade große Organisationen hinterlassen bei den SpenderInnen den Eindruck: "Die kümmern sich um die Umwelt" - und bewußt oder unbewußt lehnt sich der/die SpenderIn zurück und hat sein Öko-Gewissen erleichtert. Also Vorsicht: Wer zu Spenden aufruft, sollte zugleich immer auch Möglichkeiten aufzeigen, selbst aktiv zu werden. Für finanzkräftige Privatpersonen wie auch für Unternehmen hat das Spenden noch einen angenehmen Nebeneffekt: Sie



können Spenden an gemeinnützige Initiativen von der Steuer absetzen. Viele Firmen haben diesbezüglich sogar einen eigenen Etat geschaffen. Doch es sollte gut überlegt sein, von wem mensch Gelder nehmen möchte, denn viele Unternehmen wollen so nicht nur ihren zu versteuernden Gewinn mindern, sondern sich auch ein "Grünes Mäntelchen" umhängen und die Spende öffentlichkeitswirksam "ausschlachten". Nimmt eine Umweltgruppe Geld von einem Autohaus und demonstriert sie kurze Zeit später gegen die Blechlawinen in der Stadt, macht sie sich unglaubwürdig (siehe auch Abschnitt "Öko-Sponsoring"). Andererseits kann eine Gruppe bewußt Geld von einem fragwürdigen Unternehmen nehmen, um es dann genau gegen die Praktiken oder Umweltzerstörung desselben zu verwenden. Darüber sollte aber in der Gruppe ausführlich geredet werden.

Prinzipiell gilt es, Privatleuten wie ortsansässigen Unternehmen zu vermitteln, daß eine Spende an eine regionale Initiative nicht nur zweckgebundener, sondern auch wirkungsvoller verwendet werden kann, als wenn diese an eine große Organisation mit einem kostenintensiven Verwaltungsapparat gegeben wird. Zudem läßt sich, falls SpenderInnen Wert darauf legen und kein "Imageverlust" zu befürchten ist, die Spende regional auch gut in der Öffentlichkeit darstellen, sei es durch Veröffentlichung einer SpenderInnen-Liste in eigenen Publikationen oder z.B. durch eine öffentliche Scheckübergabe in Anwesenheit der Lokalpresse.

## Spendenmailings

Mehr und mehr boomt die Finanzquelle der sogenannten Spendenmailings. Allenthalben erhalten ganz "normale" BürgerInnen Briefe von mehr oder minder zweifelhaften Gruppen, aber auch von so bekannten renommierten Organisationen wie Greenpea-

ce, SOS-Kinderdörfer oder Brot für die Welt solche Briefe. Stets ist das Ansinnen, Spenden zu bekommen oder eine Fördermitgliedschaft zu erwirken, der Hintergrund.

Das Strickmuster von solchen Mailings ist relativ einfach: Es gilt, potentiellen SpenderInnen zu vermitteln, entweder wie toll und einzigartig ein Projekt ist, zum Beispiel die von der Umweltgruppe angepachtete Streuobstwiese mit farbigen Fotos von Schmetterling, Baumkautz und saftigen Äpfeln im Weidenkorb, oder wie schlimm eine Umweltgefährdung ist, zum Beispiel der verölte Vogel oder fallende Baum, und was von Seiten der Gruppe erfolgreich dagegen unternommen wird, illustriert mit Fotos von Aktionen und mutigen Taten. Stets ist die Quintessenz dieser Briefe, daß eine Spende hilft, die Naturschutzmaßnahme zu unterstützen oder eine Gefährdung von der Umwelt abzuwenden. Nicht von ungefähr formulierte mal ein Greenpeace-Sprecher: "Was wir hier tun, ist

moderner Ab-  
laßhandel". Denn die SpenderInnen haben den Eindruck, daß sie mit ihrer Spende einen

konkreten Beitrag für den Umweltschutz leisten und erleichtern somit ihr Gewissen. Gerade aus diesem Gesichtspunkt heraus sollte die regionale Initiative genau überlegen, wie sie neben der Möglichkeit, sich mit Geld zu beteiligen, auch Möglichkeiten für praktisches Engagement bietet. Ob sich für eine regionale Initiative derartige Spendenmailings lohnen, ist unmittelbar vom Bekanntheitsgrad selbiger bzw. von der Darstellungsfähigkeit bereits gelaufener Aktivitäten abhängig. Wichtig ist Kontinuität. Wer zum ersten Mal ein Mailing verschickt, hat fast immer mehr Kosten als Spendeneinnahmen. Es lassen sich aber Verteiler von SpenderInnen aufbauen, da Personen, die einmal gespendet haben, oft wieder spenden. Die Gemeinnützigkeit mit der damit verbundenen Berechtigung zum Ausstellen von Spendenbescheinigung ist für den Erfolg solcher Mailings erforderlich.

### Literatur:

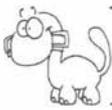
Cash coop:  
Finanzierung, Vernetzung, Organisation (Frankfurt 1995, cash coop, 205 S.)  
Dieses Buch gibt einen guten Überblick über Finanzierungsmöglichkeiten und deren Voraussetzung wie Vernetzung, Zusammenarbeit und Organisation.

Cash coop:  
Kursbuch Fundraising (1994, Berlin, 176 S.)  
Mittelbeschaffung für selbstorganisierte Initiativen.

P.-C. Burens:  
Die Kunst des Beteiligens - Tips für erfolgreiches Fundraising (München 1996, Beck'sche Reihe, 126 S.)  
Dieses übersichtlich aufgemachte und gut verständlich geschriebene Buch eignet sich für alle, die sich um die Finanzierung von Vereinen, Projekten und Aktionen kümmern. Es ist sowohl für hauptamtliche MitarbeiterInnen als auch für ehrenamtliche Aktive geeignet. Der Inhalt wird durch zahlreiche Praxisbeispiele anschaulich gemacht. Ein Schwerpunkt wird auf die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Sponsoring gelegt.

### Kontakt:

Cash coop  
- Netz für Finanzierungswissen -  
Motzstr. 4  
34117 Kassel  
0561/15791



Literatur:

H. Knaup: Hilfe, die Helfer kommen - Karitative Organisationen im Wettbewerb um Spenden und Katastrophen (München 1996, Beck'sche Reihe, 187 S.)

Heute tummeln sich immer mehr Organisationen auf dem Spendenmarkt, die sich Konkurrenz machen. Auch die Inhalte der Arbeit sind immer stärker dem Konkurrenzdruck ausgeliefert, so reißen sich die Hilfsorganisationen um die Betreuung der Menschen bei Katastrophen. Dieses Buch verschafft Klarheit, stellt aber wiederum viele Fragen und bleibt eine Antwort schuldig: Wem kann ich noch spenden?

R. Lang/F. Haunert: Handbuch Sozial-Sponsoring (Weinheim 1995, Beltz-Verlag, 260 S.) Sponsoring beruht immer auf Gegenseitigkeit, der Geldgeber möchte im Gegenzug Werbung oder andere Leistungen bekommen. Die macht das Sponsoring auch zu einem besonderen Reizthema im Umweltbereich. Jedoch liegt hierin für viele Organisationen auch eine Chance.

A. Toepfer-Akademie Ökosponsoring - Werbestrategie oder Selbstverpflichtung (1994, NNA in Schneverdingen, 74 S.) Berichte aus der Praxis, Dokumente von Umweltverbänden, die Leitlinien für ihr Verhalten festgelegt haben. Leider fehlen kritische Töne - die TeilnehmerInnen des Seminars sind AnhängerInnen des Geldflusses, denn ihre Verbände sind gut im Geschäft.

Öko-Sponsoring

Spendenmailings an Firmen können neben der einfachen Überlassung einer Spende durch das angesprochene Unternehmen auch Weitergehendes zur Folge haben.

Unter dem Stichwort Öko-Sponsoring verbirgt sich ein besonders heikler und zugleich verlockender Bereich der Finanzierung. Denn hier entsteht eine Kooperation auf Gegenseitigkeit mit Absprachen und Gegenleistungen. Diese Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen bedeutet, daß beide Seiten etwas davon haben. Die eine Seite Geld, die andere Öffentlichkeitsarbeit bzw. Imagezuwachs. Aus Sicht eines Unternehmens ist Sponsoring stets als Marketinginstrument zu verstehen.

Sponsoring lohnt sich für diese nur, wenn damit ihr Image in bezug auf Umweltschutz oder sozialer Mildtätigkeit aufgebessert werden kann und zudem in der Öffentlichkeit die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung darzustellen ist. Natürlich geht es in erster Linie um eine erhöhte Akzeptanz der angebotenen Produkte und Dienstleistungen und die Durchsetzung gegenüber MitbewerberInnen auf dem Markt.

Dabei profitieren SponsorInnen von der hohen Glaubwürdigkeit in Sachen Umweltschutz, über die Umweltgruppen verfügen. Umweltgruppen können über die eigentliche finanzielle Förderung hinaus ggf. auch von dem Renommée eines Unternehmens profitieren, deren KundInnen ansprechen und mit Inhalten konfrontieren bis hin zu Einflußnahmen auf die Unternehmenspolitik, auf Produktpalette oder Fertigungsweise.

Meistens gehen dem Sponsoring vielfältige vorbereitende Gespräche, Verabredungen und Vertragsabschlüsse voraus. Zu regeln sind neben finanziellen Modalitäten auch Maßnahmen des Public relations und im Sinne beider Seiten auch Grenzen des Einflusses und der öffentlichen Präsentation.

Doch Ökosponsoring hat Haken und Ösen, denn natürlich haben gerade die Firmen, die am meisten Dreck am Stecken haben, das größte Interesse, mit Umweltgruppen zusammenzuarbeiten. Also Vorsicht!

Leider ist es so, daß diejenigen, die wirklich umweltfreundlich produzieren, oftmals am wenigsten Geld haben und am wenigsten an derartigen Kooperationen interessiert sind, weil sie selbst schon ein ausreichendes Öko-Image haben.

Für alle Gruppen und Institutionen gilt: Es gibt nicht schlimmeres, als die Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Hier eine "Schwarze Liste" bedenklicher Produkte/Unternehmen, mit denen Umweltgruppen nicht kooperieren sollten:

- Zigaretten
- Alkohol
- Mineralölkonzerne
- KFZ und entsprechende Zeitschriften
- Boulevardzeitungen u.ä.
- Fast-Food-Konzerne
- Energieversorgungsunternehmen
- Großbanken, die im internationalen Währungsgeschäft stecken
- Chemieindustrie

Sponsoringleistungen können neben finanziellen Spenden auch das Zurverfügungstellen von Sachmitteln und



Dienstleistungen sein. So kann z.B. die Überlassung einer Computeranlage und die Einweisung in selbige Gegenstand eines Sponsoring sein. Das gemeinsame Ausschreiben von Wettbewerben, Verkaufsaktionen, bei



denen ein Teilbetrag an die zu unterstützen- de Initiative geht, oder die Ausrichtung von Veranstaltungen und Ausstellungen können Sponsoringaktivitäten sein.

In der Regel wird eine finanzielle Gabe mit der Präsenz des Sponsors und der Darstellung der Förderung gegenüber der Öffentlichkeit quittiert.

Doch Sponsoringvereinbarungen sind erheblich detaillierter als dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Sie müssen nach professionellen Gesichtspunkten abgefaßt und juristisch einwandfrei ausfallen. Klare vertragliche Regelungen sollten

daher über Inhalt, Konditionen und Laufzeit der Partnerschaft bestehen. Es ist sicherzustellen, daß die Autonomie des gemeinnützigen Partners, nicht nur im finanziellen Sinne, gegenüber dem kommerziellen Partner nicht verloren geht. Denn in dem Moment, in dem die Vorteile des Unternehmens gegenüber denen der geförderten Initiative überwiegen, besteht für letztere die Gefahr, ihre Gemeinnützigkeit aufs Spiel zu setzen.

Inzwischen haben sich auch einige Agenturen auf das Vermitteln von Sponsoren spezialisiert. Gegen Provisionen vermitteln sie Geldgeber an engagierte Gruppen. Neben der Kontaktaufnahme mit Firmen werden meistens auch Sponsoringkonzepte und die entsprechenden Verträge erstellt.

### Okofonds

Bündnis 90/Die Grünen haben in einigen Landkreisen und Bundesländern eine Finanzierungseinrichtung für projektbezogene Initiativarbeit geschaffen. Einige Grünen-Abgeordnete lassen sich nämlich nicht die sonst beachtlichen Abgeordnetendiäten komplett auszahlen, sondern spenden automatisch ei-

nen Anteil an die Kreis- bzw. Landes-Ökofonds. Informationen gibt es beim jeweiligen Kreisverband der Partei oder bei Abgeordneten. Im Zuge der fortschreitenden "Etablierung" der Grünen sterben die Ökofonds allerdings mehr und mehr aus.



### Fördermitgliedschaften

Eine nicht zu vernachlässigende Einnahmequelle stellen Mitglieds- und Förderbeiträge dar. Insbesondere Leute, die selber nicht aktiv werden wollen oder können, sind oftmals bereit, durch einen Monats- oder Jahresbeitrag die "gute Sache" zu unterstützen.

Wichtig ist, Leute, die nicht so gut bei Kasse sind, nicht von aktivem Engagement auszuschließen. Eine Trennung von aktiver und fördernder Mitgliedschaft in der Satzung ist daher ein bewährter Weg. Aktive Mitglieder zahlen bei diesem Modell meistens einen geringen Beitrag, während es für Fördermitgliedschaften gestaffelte höhere Beiträge gibt, z.B. können SchülerInnen, Wehrdienstleistenden, StudentInnen und RentnerInnen niedrigere Beitragssätze eingeräumt werden.

Neben natürlichen Personen sollte auch für juristische Personen (Unternehmen, Vereine, Kommunen etc.) eine Mitgliedschaft möglich sein, deren Beitrag kann ruhig höher ausfallen. Bei manchen "größeren Beantragungen" kann es sich sehr positiv auswirken, wenn vom antragstellenden Verein auf die Mitgliedschaft der Stadt X, des Kreises Y

### Literatur:

Ökom:  
Politische Ökologie - Spezial Fundraising für die Umwelt (Ökom GmbH, München)  
Die 60 wichtigsten deutschen Umweltstiftungen, die 30 höchst dotierten deutschen Umweltpreise, Tips in den Bereichen Spendenakquise, Sponsoring, dies und vieles mehr steht in dem Seiten starken A 4 Heft. Checklisten und praktische Hilfen zur Abrechnung erleichtern zusätzlich den Durchblick im Finanzdickicht. Das Heft ist, obwohl die vorliegende erste Auflage schon ein paar Jahre auf dem Buckel hat, noch im Wesentlichen aktuell.

M. Haibach:  
Fundraising - Spenden, Sponsoring, Stiftungen (Frankfurt 1996, Campus Verlag, 230 S.)  
Die Autorin zeigt, wie sich Spender als Geldgeber für Frauenprojekte, Jugendinitiativen, Umweltprojekte, Sozialorganisationen und Kulturprojekte finden lassen. Sie stellt gängige Fundraising-Methoden vor und gibt es Vielzahl von sinnvollen Tips.



oder der Schulen Z verwiesen werden kann. Auch die Entscheidungsstruktur läßt sich über Bestimmungen für aktive und fördernde Mitgliedschaften in der Satzung differenzieren. Siehe Kapitel 7, "Organisation".

## Zweckertragsmittel

Die Sparkassen- und Giroverbände schütten aufgrund ihrer Satzung Gewinne an gemeinnützige Organisationen aus. Alljährlich werden sogenannte Zweckerträge an regional ansässige Vereinen übergeben, die zuvor einen Antrag gestellt haben oder auf die die Bank von sich aus aufmerksam geworden ist. Die Gelder sind nicht zweckgebunden und können frei verwendet werden.

Es empfiehlt sich, bereits wenn es um die Einrichtung einer Bankverbindung geht, bei den entsprechenden Kassen schriftlich oder persönlich vorstellig zu werden und Bedarf anzumelden. Im allgemeinen macht es sich sehr gut, der Bank ein bestimmtes Projekt vorzustellen, und auf eine Finanzlücke hinzuweisen. Voraussetzung für eine derartige Förderung ist eine Geschäftsbeziehung, d.h. ein Konto. Zudem sollte in Gesprächen um eine kostenlose Kontoführung ersucht werden. Oftmals bestehen Möglichkeiten, sich kostenlos Überweisungsträger erstellen zu lassen sowie diese in den Geschäftsräumen auslegen zu lassen.

Banken bieten sich auch als Sachspender an (siehe entsprechender Abschnitt). Ausgedientes Mobiliar und kleine Werbegeschenke (Kugelschreiber, Schreibtisch-

etc.) lassen sich im Rahmen von ohnehin laufenden Gesprächen auch noch "erbetteln". Auch zur Präsentation von Ausstellungen und für Tagungen verfügen die Banken und Sparkassen über attraktive Räumlichkeiten. Manche regionalen Sparkassen haben regionale Stiftungen gegründet, die (evtl. auch mit einem inhaltlichen Schwerpunkt) Initiativen vor Ort, in einer bestimmten Region oder in einem Bundesland fördern. Richtlinien für eine Beantragung sind meistens bei der Hauptfiliale zu bekommen.

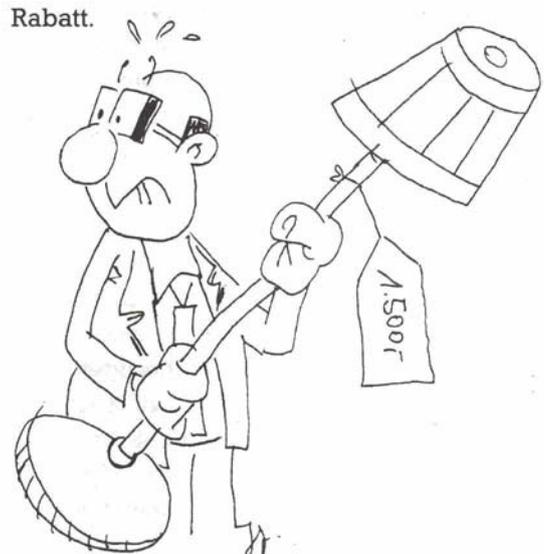
## Sachspenden

Viele nützliche Dinge lassen sich ohne direkten Geldeinsatz besorgen. Ausgediente, aber noch intakte Möbel stehen z.B. in fast jedem Firmen- und Behördenkeller. Das gleiche gilt für Bürogeräte und Büromaterialien. Auch EinzelhändlerInnen sind oftmals dafür zu begeistern, ihre "Ladenhüter" einem sinnvollen Zweck zur Verfügung zu stellen, insbesondere dann, wenn sie im Gegenwert der Sachspende eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt erhalten.

Bücher müssen nicht gekauft werden, sondern können als "Rezensionsexemplare" bei den Verlagen direkt bestellt werden und werden als Gegenleistung in eigenen Publikationen in einem kurzen Text besprochen.

Ein Tip noch: Die großen überregionalen Firmen sind leider bereits weitestgehend abgegrast. Bei ihnen haben sich zu viele Gruppen gemeldet. Aber vielleicht gibt es einen Rabatt.

14.10





## "Eigenwirtschaftliche" Finanzquellen

### Eigene Publikationen

Gerade in kommunalen Zusammenhängen lassen sich für eigene Publikationen wie zum Beispiel Jahreshefte, Rundbriefe oder Initiativ-Zeitschriften relativ einfach Anzeigen akquirieren. Bei inhaltlich und optisch interessanten Produkten lassen sich zudem oftmals Verkaufseinnahmen erzielen.

Bei der Anzeigenakquise sollte, wenn die Initiative dem potentiellen Anzeigenkunden noch nicht bekannt ist, der gemeinnützige Charakter unterstrichen werden. Insbesondere Geschäftsleute, die in "verwandten" Bereichen tätig sind (Fahrräder, Bio- oder Naturkost, etc.), lassen sich mit dem Argument, einen besonders guten Zugang zu deren Zielgruppe bieten zu können, oftmals als AnzeigenkundeInnen gewinnen.

Voraussetzung für die Anzeigenakquise sind möglichst genaue Vorstellungen über das Produkt. Anhand von Druckereiangeboten und weiteren Kosten sollte eine Kalkulation erstellt werden, die je nach Anspruch auf Kostendeckung, ggf. sogar auf Gewinn ausgerichtet ist und einen Seitenpreis bzw. den Preis für eine halbe oder viertel Seite, für eine Spalte ermitteln hilft. Siehe Kapitel 12, "Zeitung machen".

### Infostände

Auch über Infostände bei Stadtfesten, auf dem Weihnachtsmarkt, am Rande von Veranstaltungen oder (nach vorheriger Anmeldung beim Ordnungsamt) einfach so in der Innenstadt lassen sich Gelder einnehmen.

Sie stellen allerdings eine vergleichsweise aufwendige Geldeinnahmequelle dar, die aber positive Nebeneffekte hat: So kann zum einen direkte Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden, indem Informationen an interessierte BürgerInnen weitergegeben werden, zum anderen lassen sich Bekanntschaften knüpfen und auffrischen, ggf. sogar Aktive für die Gruppe anwerben.

Neben der puren Information sollten auch Dinge am Infostand zu finden sein, die die Aufmerksamkeit der PassantInnen erregen. Dies können interessant gestaltete Ausstellungstafeln genauso sein wie z.B. Straßentheater oder thematische Anschauungsobjekte, (z.B. ein Solarkocher o.ä.). Der Phantasie sind hier keine Grenzen gesetzt (siehe Kapitel 1, "Aktionsformen").

Im Gespräch können Förderer/innen gewonnen werden, außerdem lassen sich Publikationen, Gebasteltes und Gebackenes etc. verkaufen oder gegen Spende abgeben. PassantInnen lassen sich eher bewegen, etwas zu bezahlen, wenn ihnen mitgeteilt wird: "Kostet nichts, aber wenn Sie uns vielleicht eine Spende machen wollen". Spendenbüchse und ausreichend Infoblätter über die eigene Gruppe dürfen nicht fehlen. Details über Einschränkungen (Lebensmittelhygiene, Handelsbeschränkungen etc.) sind mit VeranstalterInnen oder zuständigen Ämtern abzuklären. Infostände kosten Zeit und Geduld, sind aber eine der effektivsten Möglichkeiten, Kontakt zur Öffentlichkeit herzustellen.

### Spendensammlungen

Spendenbüchsen sind bei Gemeinde- oder Stadtverwaltungen auszuleihen und können z.B. in Einzelhandelsgeschäften aufgestellt werden. Voraussetzung für einen Erfolg ist hier allerdings ein gewisser Bekanntheitsgrad. Es empfiehlt sich, neben Spendenbüchsen auch ein paar Informationsblätter über die dahinterstehende Gruppe auszulegen.

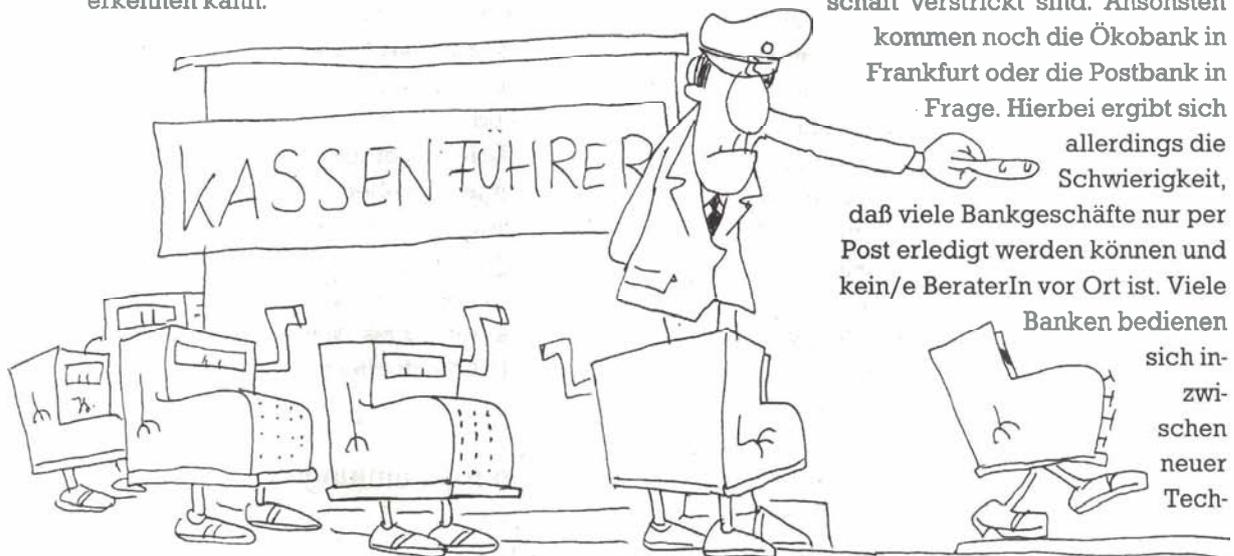
### Gelder von Verbänden

Wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, können auch die ortsansässigen Verbände angesprochen werden. Doch sollte mensch sich darüber im klaren sein, daß hier nur Gelder umverteilt, nicht aber neue Gelder "für die gute Sache" erschlossen werden. Bei allen Spenden und Zuschüssen, auch von nahestehenden Organisationen, sollte die Gefahr, die Unabhängigkeit zu verlieren, berücksichtigt werden.



## Kassenführung

Grundlage jeder Initiative zur Geldbeschaffung ist natürlich eine "ordentliche", überschaubare Kassenführung, damit jederzeit ermittelbar ist, wieviel Geld der Gruppe zur Verfügung steht bzw. wann spätestens wieder Zuschüsse oder Spenden organisiert werden müssen. **Vereine sind gesetzlich sogar verpflichtet, Belege über Einnahmen und Ausgaben aufzubewahren und sie so zu verwalten, daß ein/e Außenstehende/r problemlos die finanziellen Verhältnisse daraus erkennen kann.**



## Bankverbindung

Besteht eine Initiative längerfristig und hat sie zum Beispiel auch einen Trägerverein gegründet, ist es sinnvoll, auch ein eigenes Girokonto bei einer Bank oder Sparkasse einzurichten. Aus ökologischer und sozialer Sicht sind Sparkassen oder Volks- und Raiffeisenbanken empfehlenswert, die nach dem genossenschaftlichen Prinzip arbeiten, ihre Überschüsse an gemeinnützige Initiativen verteilen müssen, und nicht in das internationale ausbeuterische Währungsgeschäft verstrickt sind. Ansonsten kommen noch die Ökobank in Frankfurt oder die Postbank in Frage. Hierbei ergibt sich allerdings die Schwierigkeit, daß viele Bankgeschäfte nur per Post erledigt werden können und kein/e BeraterIn vor Ort ist. Viele

Banken bedienen sich inzwischen neuer Tech-

Ein Verein muß laut Bürgerlichem Gesetzbuch im geschäftsführenden Vorstand eine/n Kassenwa(ä)rtIn wählen. Es ist jedoch anstrengenswert, daß sich mehrere Leute für die Finanzen verantwortlich fühlen und den Überblick behalten. Es wird von keinem ehrenamtlich arbeitenden Verein erwartet, daß er einen übertriebenen Aufwand für die Finanzbuchhaltung betreibt.

Buchhaltung ist aber wichtig,

1. um dem Finanzamt am Jahresende eine Einnahmen- und Ausgabenübersicht zu schicken, anhand deren es die Gemeinnützigkeit überprüft
2. GeldgeberInnen einen Nachweis zu erbringen, was mit ihrem Zuschuß gemacht wurde
3. selbst einen Überblick zu haben und Ausgaben besser zu planen bzw. sogar einen Jahresetat für verschiedene "Geschäftsbereiche" aufzustellen.

niken und bieten Homebanking per Computer oder Telefonbanking an, so daß die Geldverwaltung bei "normalen" Vorgängen immer leichter wird.

Ein Verein muß die Satzung sowie den Auszug aus dem Vereinsregister vorlegen, wenn er ein Konto eröffnen will. Gut ist auch die Bescheinigung über die Gemeinnützigkeit, da viele Banken gemeinnützigen Vereinen Kontogebühren erlassen. Zugriffsberechtigt sind die Vorstandsmitglieder, darüberhinaus können aber auch andere MitarbeiterInnen bevollmächtigt werden, Geld abzuheben oder zu überweisen (Personalausweis nötig). Hierbei ist festzulegen, über welche Beträge ein/e Einzelne/r verfügen darf und ab welcher Summe eine zweite Unterschrift nötig ist.

Die meisten Banken haben extra für solche "Geschäftskonten" kurze Kontonummern, die leicht einprägsam sind.



Will der Verein Mitglieds- oder Förderbeiträge per Einzugsermächtigung von den Konten der "Zahlungspflichtigen" abbuchen, muß mit der Bank ein Vertrag gemacht werden. Dies muß aber nicht gleich bei der Eröffnung des Kontos geschehen.

Auf jeden Fall gilt es aber, etwaige Zusatzkosten für diese Buchungen zu berücksichtigen. Formulare zur Einzugsermächtigung, die die Zahlungspflichtigen unterschreiben müssen, hält die Bank bereit.

### Barkasse

Außer einem Konto ist immer auch eine Barkasse nötig, um die laufenden Ausgaben zu decken. Am sinnvollsten ist es, wenn der/die Kassenverantwortliche immer einen gewissen Geldbestand bereit hält und denjenigen, die für die Initiative oder das Projekt Ausgaben hatten, die Kosten erstattet.

Aber: Kein Geld ohne Quittung, sonst gibt es ein großes Durcheinander! Der Kassenschreiber sollte nicht auch noch Quittungen hinterherlaufen müssen. Geld im voraus für bestimmte Ausgaben an eine/n Mitarbeiter weiterzugeben, ist riskant: Das Vertrauen muß gut sein und Zusammenarbeit muß sehr gut funktionieren, damit zwischen Belegen und Geldbestand keine Differenz entsteht.

### Belege

Ein Kassenbon ist normalerweise keine ausreichende Quittung für Barausgaben. Auf der Quittung müssen mindestens der Betrag, den Ausstellungsort, das Datum, der Verwendungszweck und die Mehrwertsteuer ausgewiesen sein. Handschriftliche Belege müssen unterschrieben sein und ebenfalls obenstehende Angaben enthalten. Computerkassen drucken gültige Quittungen - auch ohne Unterschrift. Gültige Belege sind ferner Postquittungen und Bahn- und Busfahrtscheine, auch wenn die oben genannten Bedingungen nicht zutreffen. Für Quittungen aus Restaurants, Cafés etc. gilt, daß die Speisen und Getränke im einzelnen aufgelistet sein müssen und auf der Rückseite Platz ist, um auszufül-

len, wer warum bewirtet wurde. Für Einnahmen in die Barkasse kann der Kassenschreiber selbst eine Eingangsquittung schreiben, dafür gibt es Formblätter. Natürlich kann der Verein an jemanden, der etwas bezahlt, auch eine Quittung ausstellen. Dann ist die Durchschrift der Einnahmebeleg.

Für Überweisungen vom Konto gelten als Beleg gemeinsam die Rechnung, die Durchschrift des Überweisungsträgers und der Kontoauszug. Es muß also alles aufbewahrt werden. Als "Beweis", daß eine Rechnung bezahlt wurde, kann die Bank auch einen Stempel "Überweisungsauftrag erhalten am ..." auf selbige drücken.

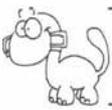
Natürlich kann eine Initiative auch selbst Rechnungen ausstellen. Steuern dürfen nur ausgewiesen werden, wenn der Verein tatsächlich Umsatzsteuer abführt (sehr selten), sonst muß aber vermerkt werden, daß keine Umsatzsteuer enthalten ist. Rechnungen dürfen nicht unterschrieben werden, sonst könnte der/die EmpfängerIn "Betrag dankend erhalten" dazu schreiben und so eine Barquittung vortäuschen. Vor Gericht besteht dann keine Chance, das Geld einzuklagen.

### Verwaltung von Belegen

Natürlich können alle Rechnungen und Quittungen in einen großen Karton gepackt werden, um sie am Jahresende oder dann, wenn ein Zuschuß abgerechnet werden muß, zu entstauben und zu sortieren. Praktischer ist es aber, zumindest die Belege übersichtlich und nach Datum geordnet abzuheften. Darüberhinaus ist ein Kassenbuch oder ein Computerprogramm sinnvoll, um die einzelnen Vorgänge übersichtlich aufzulisten und den aktuellen Geldbestand zu ermitteln. Dies kann je nach Aufwand und Geldflüssen wöchentlich oder nur einmal im Monat aktualisiert werden. Ein Aktenordner für die Belege reicht in der Regel aus.

Ein Beispiel für eine Ordneraufteilung:

- **Ausgangsrechnungen unbezahlt:** hier werden alle Durchschriften von Rechnungen abgeheftet, die der Verein oder die Initiative an Dritte gestellt hat. So kann regel-



mäßig überprüft werden, wer bezahlt hat und wer noch nicht.

- **Eingangsrechnungen unbezahlt:** hier werden Rechnungen "zwischenlagert", die noch nicht bezahlt werden, weil das Zahlungsziel weitgesteckt ist oder noch irgendwelche Reklamationen nötig sind.

ners umgeheftet. Werden viele Ausgangsrechnungen gestellt, kann diese Rubrik alphabetisch unterteilt werden, um die Rechnungen entsprechend zuzusortieren. So läßt sich genau erkennen, wieviele Rechnungen über welche Beträge an welche/n EmpfängerIn gestellt wurden.

Beispiele für Möglichkeiten der Buchführung:

Table with columns: Seite, Datum, Vorgang, Betrag, and sub-columns for Bankkassa, Bank, Aufwandskonten, and Ertragskonten. Includes entries like 'Zuschub von der Stadt', 'Briefmasken', 'Teilnehmerbeiträge'.

Nachteil: Zuweisungen zu bestimmten Projektbereichen schwierig bzw. müßte jedes Projekt ein eigenes Soll- und ein eigenes Habenkonto bekommen. Vorteil: zum Jahresabschluss läßt sich leicht erkennen, wieviel Spenden z.B. insgesamt eingegangen sind, wieviel Telefongebühren bezahlt wurden, ...

Table with columns: Seite, Datum, Vorgang, Betrag, and sub-columns for Bankkassa, Bank, Büromaterial, Verwaltung, Umwelt, and Spenden. Includes entries like 'Zuschub von der Stadt', 'Briefmasken', 'Teilnehmerbeiträge'.

Nachteil: Zuweisung zu den verschiedenen Unterkonten schwierig; z.B. Büromaterial = allgemeine Gebrauchsgegenstände oder für ein bestimmtes Projekt. Vorteil: zweckgebundene Zuschüsse / Spenden sind genau zuzuordnen; immer Übersicht möglich, wieviel Geld ein bestimmtes Projekt gerade hat

- **Ausgangsrechnungen bezahlt:** Sind die Forderungen auf dem Konto oder in Barkasse eingetroffen, wird dies auf dem Durchschlag (der Kopie) der Ausgangsrechnung vermerkt (ggf. mit Zahldatum und Nummer des Kontoauszugs oder des Barbelegs) und selbige innerhalb des Ord-

- **Eingangsrechnungen bezahlt:** Gleiches Prinzip wie bei den Ausgangsrechnungen; wurde eine Rechnung bezahlt (Stempel von der Bank "Überweisungsauftrag erhalten am ..." ist hilfreich), kann darauf die Auszugsnummer und das Datum vermerkt werden. Es empfiehlt sich



auf jeden Fall, eine alphabetische Unterteilung vorzunehmen. Denn an eine/n bestimmte/n EmpfängerIn erinnert mensch sich leichter als an das Datum, an dem die Rechnung gestellt oder bezahlt wurde.

**Barkasse:** Für jeden Monat können auf je einem Heftstreifen die Barbelege abgeheftet und pro Monat durchnummeriert werden, also 5/4 für den vierten Beleg im Mai usw.

**Auszüge:** Gleiches Prinzip wie für die Barbelege. Aus Platzgründen empfiehlt sich aber ein extra Auszugshefter oder eine extra Ordner. Die Auszüge der letzten Wochen können aber ebenso wie die aktuellen Barbelege auf Heftstreifen im Ordner vorne eingehaftet werden, um mal nachzuschauen, wieviel Geld auf dem Konto ist.

**Buchungsberichte:** Werden Konto und Barkasse mit dem Computer verwaltet, können sogenannte Buchungsberichte ausgedruckt werden, die monatlich eine Übersicht über Ausgaben und Einnahmen geben. Ansonsten können hier Jahresabschlüsse o.ä. abgeheftet werden.

## Buchungen

Sind die Belege gut (vor allem nach Datum) sortiert, ist schon die Hälfte aller Anstrengungen bei der Buchführung erledigt. Nun gilt es, die einzelnen Einnahmen oder Zahlungen übersichtlich aufzulisten.

Sind nur ein paar Buchungen pro Monat zu tätigen, kann die Kasse auf dem Papier geführt werden. Dafür gibt es spezielle Kassenzettel (ein paar Blätter Papier reichen eventuell auch). Es ist sinnvoll, die Bewegungen auf dem Bankkonto und in der Barkasse auf verschiedene Sach- bzw. Unterkonten zu verteilen, aus welchen sich leicht erkennen läßt, wieviel Geld ein Arbeitsbereich oder die Portokasse gerade hat. Das genügt als Grundlage für eine einfache "Einnahme-Uberschufrechnung", die bei kleineren Initiativen auch von allen Finanzämtern als Abschluß akzeptiert wird. Eine "Doppelte Buchführung", wie sie Gewerbebetriebe machen, ist noch um einiges komplizierter. Wo mit großen Summen hantiert wird, oder Geschäftsbetriebe bestehen, kann sie sinnvoll

werden. Es sollte sich dann entweder ein/e Buchführungskundige/r finden, oder jemand sich durch entsprechende Bücher oder die Teilnahme an einem Buchführungskurs (bei der Volkshochschule) kundig machen.

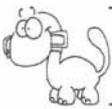
Im Kassenbuch sollte es eine Spalte für eine Buchungsnummer (bei Kontoauszügen identisch mit der Nummer des Auszugs), eine Spalte für das Datum und eine für den Verwendungszweck geben. Bankkonto und Barkasse bestehen aus zwei Spalten, einer Einnahmen- und einer Ausgaben-Spalte. Bei den Sachkonten ist das genauso. Jede Buchung besteht also aus einer Buchung in Kasse bzw. Konto und einer Buchung auf ein Sachkonto. Werden Gelder vom Konto in die Barkasse gebracht, so sind sie beim Konto als Ausgaben ("Übertrag in die Barkasse"), bei der Barkasse als Einnahme ("Übertrag vom Konto") zu verzeichnen und umgekehrt.

## Buchführung mit dem Computer

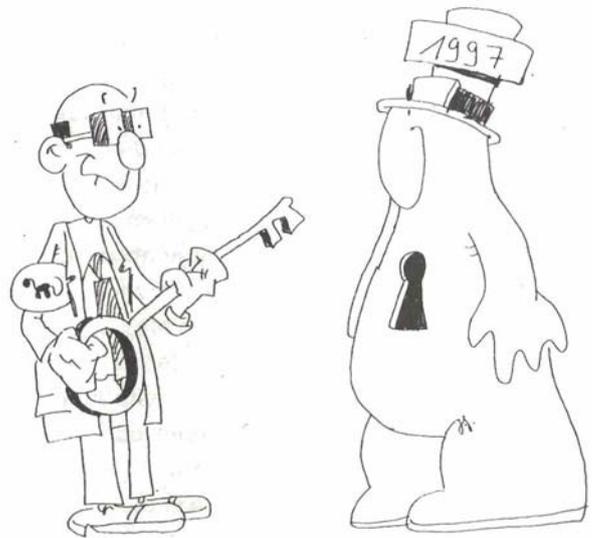
Inzwischen gibt es zahlreiche Computerprogramme, mit welchen Buchführung wesentlich vereinfacht wird. Wenn ein Beleg erst später eingereicht wird, ist es kein Problem, ihn noch in die zeitliche Reihenfolge einzufügen. Im Prinzip werden hier wie in einem Journal Unterkonten eingerichtet. Die Barkasse, die Bankkonten oder verschiedenartige Anlagekonten können einzeln oder als Gesamtes verwaltet werden. Der Computer rechnet eigenständig die Summe der eingegebenen Ein- und Ausgaben aus, erstellt Buchungsübersichten, Einnahmen- und Ausgabenberichte oder auch Steuerberichte. Diese Programme sind meistens auch für Homebanking geeignet.

## Abschreibung

Schafft ein Verein Wirtschaftsgüter im Wert von über 800,- DM an (zum Beispiel Computer) oder kauft er sogar Grundstücke oder Gebäude, muß dies in einem Anlageverzeichnis als Übersicht über das Vermögen des Vereins erfaßt werden. Wenn diese Wirtschaftsgüter langfristig dem Vereinszweck



dienen, muß ihr Wert auch in der Buchführung längerfristig auftauchen. Dabei wird dem Wirtschaftsgut eine fiktive Nutzungsdauer zugrunde gelegt (2 bis 5 Jahre), und die Kosten (Nettobetrag) können in dieser Laufzeit "abgeschrieben" werden. Für die Jahresbilanz heißt das, daß im Jahr der Anschaffung nicht der gesamte Kaufpreis, sondern nur die erste Abschreibungsrate (und der bezahlte Mehrwertsteuerbetrag) als Ausgaben gerechnet werden. Zu berücksichtigen ist, daß bei Anschaffungen im zweiten Halbjahr nur die Hälfte der ersten Abschreibungsrate gerechnet werden darf. Eine Spalte sollte als Rubrik "Abgang" geführt werden, falls das Wirtschaftsgut verkauft wird. Nach Ende der Nutzungsdauer und kompletter Abschreibung bleibt noch ein ideeller Wert von 1,- DM für das jeweilige Wirtschaftsgut.



betrieb), ist es nicht schwer, die Formulare auszufüllen. Gemeinnützigen Zwecken dienende Vereine sind steuerbegünstigt. Für den ideellen Bereich und im Zweckbetrieb fallen keine Körperschafts- oder Gewerbesteuerzahlungen an, im Geschäftsbetrieb nur dann, wenn die Einnahmen im Kalenderjahr 60.000,- DM übersteigen. Umsatzsteuerpflichtig ist ein Verein nur, wenn er einen größeren Geschäftsbetrieb hat (aktuelle Grenzen weiß jedes Finanzamt). Einnahmen im Geschäftsbetrieb unterliegen dann der regulären Umsatzsteuer, Einnahmen im Zweckbetrieb immer dem ermäßigten Satz von derzeit 7%. Dafür kann für Ausgaben im Zweck- und Geschäftsbetrieb Vorsteuer abgezogen werden. Vereine, die unter den Grenzen liegen, können "freiwillig" umsatzsteuerpflichtig werden. Manchmal ist das günstiger, wenn auf viele Einnahmen nur ermäßigte Umsatzsteuer erhoben wird. Wer die Wahl hat, sollte sich also im voraus überlegen, ob er einen Geschäftsbetrieb innerhalb des Vereins führt.

### Jahresabschluß

Der Jahresabschluß stellt die Gesamtsumme der getätigten Einnahmen und Ausgaben während eines Geschäftsjahres gegenüber, unterteilt nach Verwendungszwecken. Ergebnis des Jahreskassenabschlusses ist der Einnahmeüberschuß, der sich aus den Einnahmen- und Ausgaberechnungen des ideellen Bereichs, der Vermögensverwaltung und der wirtschaftlichen Geschäfts- und Zweckbetriebe ergibt. Dieser Abschluß muß formal der Mitgliederversammlung vorgelegt werden. Zuvor muß die Buchhaltung von den KassenprüferInnen geprüft worden sein, damit der Vorstand entlastet werden kann. Der Jahreskassenabschluß ist zusammen mit einem Tätigkeitsbericht beim Finanzamt einzureichen (siehe Kapitel 7, "Organisation").

14.16

### Steuererklärung

Alle drei Jahre überprüft das Finanzamt die Gemeinnützigkeit eines Vereins. Dafür will es eine Steuererklärung haben. Wenn die Buchführung übersichtlich ist und schon den Anforderungen des Finanzamtes entsprechend ausgerichtet ist (ideeller Tätigkeitsbericht und wirtschaftlicher Geschäfts-

### Die AutorInnen

Angela Hübsch  
& Timo Schadt  
c/o Projektmanagement Ökologie  
Hersfelder Str. 3, 36272 Niederaula  
Tel.: 06625/919295, Fax 919296  
eMail: pr\_oeko@juis.insider.org



# Auf eigenen Füßen stehen

Da zuletzt wirtschaftliche Strukturen und ökonomische Macht für Umweltzerstörung verantwortlich sind und politische Arbeit immer auf Geld angewiesen ist, bedeutet politische Arbeit in der Praxis oft auch Aufbau von ökonomischen Projekten. Mensch denke nur an Handelsorganisationen für fair gehandelte Dritt-Welt-Produkte oder Naturkostläden. Aber wirtschaftliche Teile politischer Projekte müssen gar nicht solche Dimensionen haben. Viele solche Betriebe sind aus politischen Gruppen entstanden. Wer aber eine Betriebsgründung in Angriff nehmen will, ist auf weiterführende Literatur und intensivere persönliche Beratung angewiesen.

Ökonomischen Projekten, die in einem größeren Rahmen alternative Wirtschaftsstrukturen schaffen wollen (Food-Coop's, Tauschringe), ist in dieser Mappe ein eigenes Kapitel gewidmet (16). Hier geht es vor allem um kleinere wirtschaftliche Bereiche in vorwiegend politischen Projekten, die die Arbeit finanzieren und gegebenenfalls AktivistInnen ermöglichen sollen, einen Teil ihres Lebensunterhalts durch ihr Engagement zu bestreiten.

## Warum unabhängig sein?

### Abhängigkeit vom Staat

Viele Projekte und Umweltinitiativen werden in ihrer Arbeit durch staatliche Stellen gefördert. Durch solche Förderungen werden viele Initiativen zwar erst möglich, geraten aber gleichzeitig in Abhängigkeit. Gerade wo "Staatsknete" nicht nur in konkrete Projekte, sondern auch in den Strukturert halt fließt, scheitern viele Projekte, wenn der Geldhahn "zugedreht" wird. In Zeiten leerer öffentlicher Kassen haben viele Projekte damit zu kämpfen. Besonders prekär wird die Lage da, wo finanzielle Abhängigkeit von Staatsgeldern politische Abhängigkeit schafft. Wer sich politisch engagiert, versucht in vielen Fällen, Druck auf staatliches Handeln auszuüben - daran haben natürlich gerade die PolitikerInnen, die gerade "am Ruder" sind, am wenigsten Interesse. Die aber können letztlich über die Vergabe von Zuschüssen entscheiden. Diese Form von Druck wird

um so größer, je kleiner und überschaubarer die politische Ebene ist. Wer aus dem Jugendtopf der EU Geld bekommt, bekommt wahrscheinlich keine Probleme, wenn er sich gegen die EU-Agrarpolitik einsetzt. Auf kommunaler Ebene sieht das schon ganz anders aus. Neben Spenden und Geldern von Privatstiftungen sind selbst erwirtschaftete Gelder eine wichtige Finanzquelle, um die Abhängigkeit vom Staat zu verringern.

### "Feierabendumweltschutz"

Die zeitlichen Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren, stoßen schnell an ihre Grenzen, wenn die Umweltgruppe reine "Feierabendtätigkeit" neben einer festen Anstellung oder einem Betrieb ist. Für viele Menschen wird es zum eklatanten Widerspruch, acht Stunden am Tag in einem Betrieb zu arbeiten - der womöglich nicht einmal den eigenen politischen und sozialen Ansprüchen genügt - und am Abend dann für den Erhalt unserer Umwelt zu kämpfen. Der Wunsch ist verständlich, aus etablierten Arbeitsstrukturen "auszusteigen"





gen" und zumindest teilweise seinen Lebensunterhalt auch durch umweltpolitische Arbeit zu bestreiten. Reich ist dabei wohl kaum jemand geworden, aber "bezahlte" Bereiche in politischen Projekten können Freiräume für Engagement und selbstbestimmtes Leben sichern helfen. Oft sind solche Bereiche auch schon zu "Keimzellen" für die Gründung alternativer Betriebe geworden.

## Kommerzielle Bereiche

In vielen Bereichen können politische Projekte Leistungen für Geld anbieten, um damit selbst Finanzmittel zu erwirtschaften. Der Phantasie sind wenig Grenzen gesetzt. Im Ruhrgebiet hat z.B. eine Umwelt-Jugendgruppe begonnen, Obst von naturnah bewirtschafteten Streuobstwiesen zu ernten und von den Bauern aufzukaufen und daraus in einer Mosterei extra Saft mit eigenen Etiketten pressen zu lassen. Der Saft wurde von der Jugendgruppe über Stände auf Stadtfesten, eine Food-Coop (siehe Kapitel 16, "Local economy") und einige Bioläden vermarktet. Für die Bauern eine Motivation, die ökologisch wertvollen Obstwiesen zu erhalten und zu pflegen und gleichzeitig eine Finanzquelle für die Arbeit der Gruppe.

### Literatur:

W. Bach/U. Kilian  
Sicher in die Selbstständigkeit von A-Z  
(1991, WRS in  
Planegg, 113 S.)  
Viele Tips zu  
Rechtsform, Gründung,  
Finanzierung  
usw.

## Konkrete Ideen

Die folgende Aufstellung über typische wirtschaftliche Bereiche in politischen Projekten soll lediglich Anregungen geben.

15.2

### Zeitung

Die Herausgabe einer eigenen Zeitung ist für viele Initiativen politisch wichtig, gerade da, wo die etablierten Medien in einer Stadt mit der Politik verflochten sind und "parteiisch" berichten. Eine eigene Zeitung macht viel Arbeit, ist aber gut organisiert oft ein Überschußgeschäft. Zeitungen zu verkaufen lohnt meist nicht, es ist mühevoll, immer relativ kleinen Beträgen hinterherlaufen zu müs-

sen. Daher ist zu überlegen, ob Läden und Personen, die verkaufen, die Erlöse behalten dürfen - das macht wenig Arbeit und schafft mehr Motivation zum Verteilen als kostenlose Auslage.

Die wichtigste Finanzquelle sind Anzeigen. Die reinen Druckkosten sind relativ schnell abgedeckt. Für lokale oder bundesweite Publikationen lassen sich relativ leicht AnzeigenkundInnen finden, während landesweite oder regionale Medien schwierig zu finanzieren sind. Für örtliche Läden ist der Einzugsbereich zu groß, für große Firmen ist das Medium zu unbedeutend. Weiteres zum Thema Anzeigen und Tips zur Veröffentlichung einer eigenen Publikation stehen im Kapitel "Zeitung machen" (12). Auch für Broschüren, Ausstellungskataloge etc. ist es möglich, Anzeigen zu organisieren.

### Medienerstellung

Eigene Bücher und Broschüren zu machen, ist schon ein relativ großer Aufwand. Am lohnendsten (finanziell) ist es, wenn die Gruppe alles selbst organisiert. Wird eine große Verbreitung gewünscht, ist die Zusammenarbeit mit einem bekannten Verlag eher zu empfehlen. Dann sind aber auch nicht all zu große AutorInnenhonorare zu erwarten. Gut ist es, ein Buch mit nur lokaler Verbreitung als Gruppe im Eigenverlag zu machen und zu vertreiben. Vorsicht: Gerade der Verkauf ist eine zähe Sache, die über Jahre kontinuierliche Arbeit erfordert - hier hapert es oft. Veraltete Bücher in irgendwelchen Kellern sind eher "Finanzgräber" als lohnende Einnahmequellen.

### Büchertisch & Versand

Büchertische und Infoversände mit Broschüren und Büchern werden ebenfalls oft von Initiativen betrieben. Auf Kongressen, Demos, Stadtfesten etc. immer mit einem Büchertisch dabei zu sein, kann eine Menge Geld einbringen und auch der Materialversand ist durchaus ein lohnendes Geschäft. Während Büchertische als "Gelegen-



heitsaktionen" möglich sind, erfordert das Betreiben eines Versandes ein hohes Maß an Kontinuität. Bei beidem wird allerdings relativ viel Geld zunächst fest in Papier gebunden. Eine gewisses Startkapital ist also notwendig. Versände leben davon, Nischen zu besetzen. Kaum jemand bestellt etwas, was es in jedem Buchladen gibt. Wichtig ist eine eingegrenzte Zielgruppe, in der sich der Versand einen "Namen" machen kann. Wer Materialien von kommerziellen Verlagen vertreiben will, muß unter Umständen mit jemandem kooperieren, der einen Buchhandels-Gewerbeschein besitzt. Den zu bekommen, ist allerdings auch nicht schwer.

## Vertragsnaturschutz

Viele Naturschutzgruppen lassen sich für Biotoppflegeinsätze wie kommerzielle Gärtnereiunternehmen bezahlen. Das Geld fließt dann in die Gruppenkasse. "Auftraggeber" ist hier allerdings der Staat; genauer gesagt meist der Landkreis. Vertragsnaturschutz sollte eher die Ausnahme bleiben. Zum einen ist die Gruppe doch wieder von "Staatsknete" abhängig, zum anderen besteht die Gefahr, daß sie doch weniger als ein/e UnternehmerIn bekommt und so letztlich nur den Landkreis Geld für Arbeiten sparen hilft, die er sowieso in Auftrag geben müßte.

## Gutachten, Planung & Kartierung

Gutachten zu Umweltthemen sind ein weites Feld. Es ist z.B. möglich, Konzepte zur Ökologisierung einer Firma, zur umweltfreundlichen Durchführung einer Großveranstaltung, etc. gegen Bezahlung zu erstellen. Eine Gruppe kann auch - unter Umständen in Kooperation mit entsprechenden Firmen und Labors - Analysen von Wohngiften, Energieberatung, aber auch Tips zur ökologischen Gartengestaltung für Privatpersonen geben. Die Qualität von Gutachten steigt, wenn Personen aus verschiedenen Fachbereichen zusammenarbeiten. So kann eine kleine Gruppe entstehen, die neben der Um-

weltschutzarbeit auch Aufträge gegen Geld annimmt. In Einzelfällen können auch Aufträge von Gemeinden, Behörden usw. für kleine Planungen, Schutzgebietskonzepte oder Untersuchungen z.B. von Artengruppen attraktiv sein.

## Umweltberatung

In erster Linie arbeiten UmweltberaterInnen für Haushalte, also für Privatpersonen. Eine solche Arbeit wird fast überall von der jeweiligen Gemeinde finanziert, denn etliche Gemeinden haben keine/n eigene/n UmweltberaterIn, sondern beauftragten Vereine u.ä. mit dieser Arbeit. Eine besondere Form der Beratung ist die für Firmen. Hier sind die Firmen selbst diejenigen, die zahlen. In einigen Bundesländern gibt es Förderprogramme für Energie-, Abfall- oder Umweltberatung. Teilweise ist das so organisiert, daß die zu Beratenden die Förderung erhalten. Wer um die Förderungen weiß und für die Beratung mit diesen Werbung macht, kann letztlich selbst der/die NutznießerIn sein (siehe Kapitel 20, "Umweltberatung").

## Arbeiten in Projekten

Es gibt vielfältige Möglichkeiten, zumindest einen Teil seines Lebensunterhaltes durch politische Projekte zu bestreiten. Klar, daß sich hier vor allem die o.g. wirtschaftlichen Bereiche anbieten. Wo Arbeit in Bereichen bezahlt wird, die selbst kein Geld einbringen, ist es wichtig, daß es sich um konkrete abgeschlossene Projekte handelt, die finanziert sind. Gruppen, die ihre Infrastruktur in defizitären Bereichen über bezahlte Arbeit erhalten, sind meist extrem von "Staatsknete" abhängig.

Bezahlte Arbeit ist immer ein großer Kostenaufwand; und politische Projekte haben eigentlich nie zu viel Geld. Sich eine Existenz über Initiativenarbeit aufzubauen, schafft Freiheiten und Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben, ist aber niemals ein geruhvoller "Job", der Sicherheit, geregelte Ar-

### Kontakte:

Büchertisch der  
Verdener  
Umweltwerkstatt  
Herrlichkeit 1  
27283 Verden

MaterialAuswahl  
UmweltSchutz  
Postfach 1818  
36228 Bad Hersfeld

Umweltversand  
JBN Gruppe Hof  
Vorstadt 6  
98028 Hof/Saale



beitszeiten, Freizeit und ein ruhiges Leben bringt. Arbeiten in politischen Initiativen ist eine Herausforderung für "Abenteurernaturen", die immer willens und bereit sind, sich etwas Neues auszudenken, sich Nischen und Schlupflöcher zu suchen, zu organisieren, zu improvisieren und niemals zu wissen, was kommt.

## Angestellt arbeiten

### Feste Stellen

Wer bei "arbeiten" an eine feste Stelle mit regelmäßigem Lohn denkt, an angestellte Arbeit, wird nur in wenigen Fällen eine Chance haben, das zu realisieren, ohne ein Projekt damit zu gefährden. Feste Stellen können in Bereichen sinnvoll sein, die Gewinne abwerfen und eine hohe Kontinuität erfordern. Wenn die Gruppe einen gut gehenden Materialversand hat - warum nicht. Dann ist der wirtschaftliche Bereich aber schon fast eine "kleine Firma" und keine typische Arbeit in einem politischen Projekt mehr. Wer für die "eigentliche" politische Arbeit hauptamtliche Stellen einrichtet, bringt eine Initiative in große Gefahr:

- Meist besteht große Abhängigkeit von Zuschüssen, auf jeden Fall werden Gelder langfristig gebunden und stehen nicht für Projekte zur Verfügung.
- Angestellte stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis. Sie binden einerseits große Ressourcen, sind aber andererseits nie komplett für ihre Arbeit verantwortlich.
- Angestellte schaffen Hierarchien: Es gibt die Trennung von "ArbeitgeberIn" und "ArbeitnehmerIn", eine gleichberechtigte Zusammenarbeit ist sehr schwer.
- Angestellte führen zum Rückgang der Aktivität aller anderen: "Es gibt

ja jemanden, der Geld bekommt, um sich drum zu kümmern".

- Angestellte sind immer besser informiert als alle anderen, weil sie viel mehr Zeit haben. Wenn der/die Angestellte weg ist, bricht oft alles zusammen.

Die oberste Grundregel für politische Projekte, die Teile der Arbeit bezahlen wollen, lautet also: Niemals Infrastruktur über bezahlte Stellen sichern, bezahlte Arbeit nur für konkrete Projekte, möglichst keine Angestellten.

### Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Vom Arbeitsamt größtenteils bezahlte Stellen, sogenannte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), sind für viele Projekte eine große Versuchung. Hier besteht preiswert die Möglichkeit, feste Stellen einzurichten. Die oben genannten Probleme schlagen aber gerade hier in voller Härte zu, insbesondere, wenn Personen eingestellt werden, die gar nicht dem Aktivenkreis der Gruppe entstammen. Dann ist ein "ArbeitnehmerIn-ArbeitgeberIn-Verhältnis" programmiert. In den fünf neuen Ländern war es eine Zeit lang sehr einfach, ABM-Stellen zu bekommen. Viele Initiativen haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, und ihre gesamte Struktur auf diese Stellen gestützt. Als ABM-Mittel radikal gekürzt wurden, sind fast alle zusammengebrochen. ABM wurde so zum "Trojanischen Pferd" für die Alternativbewegung.

15.4





Natürlich geht es hier ausdrücklich um politische Initiativen. Soziale Projekte, die z.B. durch Schaffung von ABM-Stellen auch im ökologischen Bereich helfen, Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose und "Benachteiligte" zu schaffen, leisten wertvolle Arbeit. Hier ist ABM eine wichtige Hilfe und ein Erhalt von ABM-Stellen unbedingt zu fordern. Eine politische Gruppe ist aber etwas strukturell anderes. Die Aufgabe politischer Arbeit ist, nicht zuerst sichere Arbeitsverhältnisse zu schaffen - höchstens für den Erhalt von Arbeitsplätzen politisch zu kämpfen - , sondern Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung zu nehmen, neue kreative Alternativen zu überholten Konzepten zu schaffen, sich einzumischen, mitzumischen, flexibel und handlungsfähig zu bleiben. Dem steht die Struktur angestellter Arbeit fundamental entgegen.

So zu arbeiten, ist sicher nicht jedermanns/jederfraus Sache. Aber es gibt auch andere Alternativen zum "Feierabendumweltschutz". Selbstbestimmte Arbeitsformen erfordern natürlich immer mehr Verantwortung und Risikobereitschaft als der "Job" - aber es gibt viele Möglichkeiten, in selbstverwalteten Betrieben und Lebensgemeinschaften zu arbeiten, ohne sich mit den extremen Unsicherheiten von politischer Initiativarbeit anfreunden zu müssen. Selbstverwaltet arbeiten ist ein weites Thema und würde den Bereich dieser Mappe auf jeden Fall überschreiten. Aber Möglichkeiten gibt es eine Menge. Wer nicht allein über den Atlantik paddeln mag, muß deshalb nicht auf dem Land bleiben.

### Praktikum & FÖJ

Ein Sonderfall "angestellter" Arbeit in Projekten sind Praktikum und Freiwilliges ökologisches Jahr. Praktikumsstellen werden meist für Jugendliche eingerichtet, die nach der Schule eine Zeit brauchen, um sich zu orientieren. Für manche Studiengänge sind auch Praktika erforderlich. Die Anerkennung ist meist kein Problem, wenn es in der Gruppe jemanden gibt, der "das Richtige" studiert hat. Die Gefahren hauptamtlicher Arbeit sind hier geringer, weil PraktikantInnen nur eine

eng begrenzte Zeit bleiben und weit weniger Geld binden, als "echte" Angestellte. Wichtig ist aber auch hier, daß PraktikantInnen möglichst ein eigenes eng umgrenztes Projekt organisieren. An PraktikantInnen können keine zu hohen Erwartungen gestellt werden. Praktika dienen in erster Linie dazu, Jugendlichen eine Orientierung zu bieten und die Möglichkeit zu geben, mit Umweltschutz vertraut zu werden und nicht, um als "Arbeitskraft" eingesetzt zu werden. PraktikantInnen sind nicht für "Drücksarbeit" da, die sonst niemand machen will!

Eine besondere Form von Praktikum ist das Freiwillige Ökologische Jahr". Das FÖJ ist ein staatliches Programm, das einjährige Stellen für Jugendliche finanziert. FÖJlerInnen bekommen begleitend ein Seminarangebot. Obwohl es ein Bundesgesetz zum FÖJ gibt, ist die Situation und das genaue Konzept von Land zu Land sehr unterschiedlich. Während z.B. in Schleswig-Holstein viele Initiativen FÖJ-Stellen haben, ist es in Hessen kaum möglich, Stellen für umweltpolitische Arbeit zu bekommen. Für Gruppen, die vorwiegend praktische Naturschutzarbeit machen, sind auch Zivildienststellen eine Möglichkeit.

## Freiberuflich arbeiten

### Auf Honorarbasis

Die typische Form von bezahlter Mitarbeit in politischen Projekten ist freiberufliche Arbeit. Für ganz konkrete Aufgaben und Projekte kassieren MitarbeiterInnen ein Honorar. Sie sind nicht an das Projekt gebunden, sondern machen meist nebenher noch tausend andere Sachen, schreiben Bücher, geben Volkshochschulkurse, reparieren Computer,... und wenn Zeit und Geld da ist, dann kann auch mal bei einem Projekt etwas "rauspringen". Wer länger umweltpolitische Arbeit macht, kennt solche AktivistInnen, die nie wissen, was sie antworten sollen, wenn jemand nach dem Beruf fragt. Geld zu verdienen steht für die meisten "ProjektlerInnen" dabei nicht im Vordergrund. Sie machen viel

### Kontakte:

Wer Kontakt zu selbstverwalteten Betrieben sucht oder Interesse an einer Betriebsgründung hat, findet Unterstützung beim "netz". Das "netz" bietet auch Seminare und Fortbildungen für BetriebsgründerInnen:  
netz für Selbstverwaltung & Selbstorganisation, Schäfergasse 46, 60313 Frankfurt/M.  
069/288716

Eine umfassende Übersicht über selbstverwaltete Betriebe und politische Projekte bieten die "Bunten Seiten". Sie sind bei Contraste erhältlich.  
Contraste  
"Bunte Seiten"  
Postfach 104520  
69035 Heidelberg

Stellen des "Öko-Projektikums" und des Freiwilligen Ökologischen Jahres für junge Leute bietet an und vermittelt die:  
Jugend-Umwelt-Info-Stelle (JUIS)  
Dippelstr. 10  
36251 Bad Hersfeld  
(Stellenübersicht gegen Rückporto)

Eine umfangreiche Broschüre mit Praktikumsstellenangeboten gibt es beim:  
Deutschen Jugendbund für Naturbeobachtung (DJN)  
Justus-Strandes-  
Weg 14  
22337 Hamburg



einfach so mit Elan und Idealismus und wenn bei einem Projekt die Zahlung eines Honorars möglich ist, dann ist das eine prima Sache. Natürlich sind auch solche Honorar-Geschäfte vor allem dann möglich, wenn eine Initiative selbst Gelder erwirtschaftet. Aber auch staatlich unterstützte Projekte bieten sich an. Die Gefahr einer Abhängigkeit besteht für die Gruppe hier kaum.

Wer heute eine Broschüre schreibt und dafür ein Honorar bekommt, gibt vielleicht schon morgen - wenn das Projekt vorbei und kein Geld für ein neues da ist - einen Volkshochschulkurs.

## Provisionsgeschäfte

Für alle Projekte, die Gelder erwirtschaften, bieten sich Provisionsgeschäfte an. Wer Anzeigen für die Zeitung beschafft, behält 20% als Honorar, wer den Büchertisch betreut, ebenfalls.

15.6

## Bildungsarbeit

Typisch sind Honorare für Seminarleitung und Organisation von Bildungsveranstaltungen. Hier ist es relativ leicht, auch Zuschüsse zu bekommen. Ebenso ist die Erstellung von Medien ein typisches Gebiet für Arbeiten auf Honorarbasis.

## Rechtliche Einbindung

Die Finanzierung bezahlter Arbeit - sowohl in Form von Honoraren als auch in Form von Anstellungen - stellt rechtlich auch für Gruppen kein Problem dar, die als gemeinnütziger Verein organisiert sind. Wichtig sind hier nur zwei Aspekte:

- Auch bezahlte Tätigkeiten müssen durch die Satzung des Vereins abgedeckt sein. Es ist z.B. problematisch, jemanden für das Schreiben einer Umwelt-Broschüre zu bezahlen, wenn Umweltschutz nicht ausdrücklich Vereinszweck ist. Der Verein darf Gelder schließlich nur im Rahmen seiner satzungsgemäßen Ziele ausgeben. Erfolgt die Tätigkeit in einem "wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb", der der Finanzierung der Vereinsarbeit dient, so kann dies weiter ausgelegt werden: hier darf allerdings nie ein Defizit entstehen!!! Verluste im Geschäftsbetrieb gefährden die Gemeinnützigkeit (siehe Kapitel 7, "Organisation"). Das gilt es besonders bei der Einrichtung fester Stellen zu bedenken.
- Ein gemeinnütziger Verein darf niemanden bevorteilen, indem er für eine Arbeit mehr bezahlt, als "angemessen" bzw. marktüblich ist. Also können z.B. Honorare nicht ganz frei ausgehandelt werden,



mensch sollte darauf achten, daß es etwa dem entspricht, was andere auch bezahlen. Für ein Honorar für Seminarleitung können die Sätze der örtlichen Volkshochschule eine Orientierungshilfe sein; für die Gestaltung einer Broschüre berechnet ein Graphiker meist einen Stundensatz von etwa 90,- DM

- Wird eine feste Stelle geschaffen - auch für PraktikantInnen - kommt eine ganze Menge an Lohnbuchhaltung und Steuerfragen auf die Gruppe zu. Das ist eine ziemlich "unangenehme" Materie - aber vielleicht kennt die Gruppe ja jemanden, der/die BuchhalterIn gelernt oder Betriebswirtschaftslehre studiert hat. Sonst bieten auch viele Volkshochschulen Kurse in Lohnbuchhaltung an. Bei Honoraren ist das einfacher: Hier ist der/die EmpfängerIn allein für die korrekte Entrichtung von Steuern etc. verantwortlich. Auf der Quittung muß allerdings ausdrücklich vermerkt sein, daß es sich um ein "unversteuertes Honorar" handelt.
- Für SchülerInnen, StudentInnen etc. ist das unproblematisch, solange es im Rahmen bleibt. Hier gibt es hohe Steuerfreibeträge und kaum ein Finanzamt bohrt nach, wo es sowieso nichts zu holen gibt. Wer häufiger Honorare bekommt, muß dagegen eine private Einkommenssteuererklärung abgeben. Bei PraktikantInnen, die nur kurze Zeit beschäftigt sind, ist es meist einfacher, ebenfalls ein Honorar zu bezahlen; aber Vorsicht: Es muß eine konkrete Arbeit angegeben werden: "Für Aufräumen der Bibliothek" ist in Ordnung, "für Beschäftigung 1.-15.3.97" nicht !!!

Eine ganz andere rechtliche Frage sind wirtschaftliche Bereiche für Projekte überhaupt, unabhängig davon, ob dadurch auch bezahlte Arbeit finanziert wird oder alles in die Gruppenkasse fließt.

Auch ein gemeinnütziger Verein kann im Rahmen eines "wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs" solche Bereiche haben (siehe Kapitel 7, "Organisation") so lange sie nicht im Vordergrund der Arbeit stehen. Bei größeren "Firmen" ist aber eine eigenständige Organisation z.B. über eine GmbH eher zu empfehlen. Die Verknüpfung mit dem Verein ist dann

ein ganz neues, nicht ganz einfaches Problem. Wer so etwas vorhat, sollte auf jeden Fall bei bestehenden ähnlichen Projekten Rat einholen.

## Gründung eines eigenen Betriebes

Vielfach bietet sich für Projekte, die finanziell eigenständig bleiben sollen oder wollen, die Gründung eines eigenen bzw. weiteren Rechtsträgers an. Dabei ist es denkbar, die klassische Ebene des Vereinsrechts zu verlassen und die des Gewerberechts zu betreten. Gründe könnten sein, daß z.B. zu erwartende Einnahmen einen gemeinnützigen Trägerverein unnötig mit Steuern belastet könnten. Zu stark auf "Gewinn" ausgerichtete Aktivitäten gefährden sogar den gemeinnützigen Charakter einer Organisation.

Natürlich kommt auch die möglicherweise bestehende Motivation dazu, sich selbst mit einem finanziell einträglichen Projekt unabhängig zu machen. Dies ist nicht verwerflich und entwickelt sich oft aus ideellen Gründen gepaart mit dem Wunsch, nicht länger in konventionellen Strukturen und Betrieben tätig sein zu wollen.

Sollte das Projekt zuvor an einen gemeinnützigen Träger gebunden gewesen sein, so ist es wichtig, mit diesem einen detaillierten und im Zweifel zu dessen Gunsten ausfallenden "Ablösungsvertrag" zu schließen. Denn sowohl in der Öffentlichkeit als auch gegenüber dem Finanzamt gilt es zu gewährleisten, daß das Herauslösen eines Gewerbes aus einer ideellen Struktur nicht als persönliche Bereicherung gewertet werden kann.

## Voraussetzungen

Viele Existenzgründungen scheitern in den ersten Jahren. Die Gründe sind vielfältig. Sie hängen meistens mit schwacher Persönlichkeit, geringer Kompetenz, mangelndem Planungsvermögen, geringer Entscheidungsfreudigkeit und geringer Flexibilität zusammen. Wichtig ist daher, sich möglichst vieler Informationsquellen zu bedienen und sich



kreativ auf den "Markt" einzustellen. Oftmals sind es auch unzuverlässige bzw. "unfähige" PartnerInnen und MitarbeiterInnen, die eine gute Idee zum Scheitern bringen.

Eine Existenzgründung kann ein Spagat zwischen mehr oder weniger notwendigen Investitionen und einem großen Zeitaufwand werden. Streßbewältigung, Lernfähigkeit, Motivation, Opferbereitschaft und Kontaktfreudigkeit sind weitere wichtige Stichworte. Auch wenn Kapital nicht immer Grundvoraussetzung für die Umsetzung einer guten Idee sein muß, ist mit einer Gründung eines eigenen Betriebs stets ein finanzielles Risiko verbunden.

## Betriebsformen

Wer sich für eine Existenzgründung entscheidet, muß zunächst die am besten passende Rechtsform finden. Dabei ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen Einzelunternehmen, Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften. Die nachfolgende kurze und bei weitem nicht vollständige Darlegung soll bei der Findung der richtigen Unternehmensform behilflich sein:

## Einzelunternehmen

### Kleingewerbetreibende

Kleingewerbetreibende benötigen zur Gründung eines Einzelunternehmens keine Handelsregistereintragung. Es existiert kein Firmenname im rechtlichen Sinne, d.h. der oder die Kleingewerbetreibende haftet mit seinem/ihrer "guten Namen" und unbeschränkt, also mit dem ganzen Vermögen, auch privaten Geldern und Sachwerten. Es bedarf lediglich einer Gewerbeanzeige, ggf. einer Genehmigung (Erlaubnis bzw. Konzession) als Abweichung vom Grundsatz der "Gewerbefreiheit" (das Recht, ohne Rücksicht auf Stand, Herkunft und Alter überall ein Gewerbe ausüben zu dürfen).

Im Falle einer Gaststättenkonzession, die z.B. für ein professionell geführtes Umwelt-

café erforderlich ist, wird die Genehmigung durch das Landratsamt, in kreisfreien Städten durch das Ordnungsamt der Stadt ausgesprochen. Eine solche Genehmigung setzt voraus, daß der/die Gewerbetreibende über eine "besondere fachliche Befähigung und Zuverlässigkeit" verfügt. Was das heißt, liegt überwiegend im Ermessensspielraum der Genehmigungsbehörde. Weiteres ist in der Gewerbeordnung geregelt, die bei der Genehmigungsbehörde einzusehen ist.

### Einzelkaufmann/-frau

Als Einzelkaufmann/-frau ist der Firmenname frei zu wählen, es besteht wie bei Kleingewerbetreibenden die Pflicht zur Gewerbeanzeige und gegebenenfalls zur Genehmigung durch das Landratsamt oder das städtische Ordnungsamt.

Es kommt allerdings noch die Notwendigkeit eines kostenpflichtigen Handelsregistereintrags bei Gemeinde bzw. Stadt hinzu. Einzelkaufleute sind gewerbesteuerpflichtig und haben eine unbeschränkte Haftung. Einzelkaufmann/-frau zu sein ist Voraussetzung, um beispielsweise einen Biomarktstand mit kommerziellem Hintergrund betreiben zu können (Ausnahme: Verkauf eigener Produkte).

## Personengesellschaften

### Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR)

Zwei Personen oder mehr können sich zu einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) zusammenschließen. Eine solche besteht formal gesehen bereits, wenn zwei Freunde gemeinsam zu einem Umweltcamp fahren, der eine wie zuvor abgesprochen die Anmeldung abschickt und die Fahrkarten kauft. Wenn dann der andere keine Lust mehr auf das Camp hat, besteht für den anderen ein Rechtsanspruch auf die im Namen der GbR verausgabten Vorleistungen. Die



Gründung einer GbR kann also auch mündlich erfolgen, sollte aber bei längerfristig angelegten und umfangreicheren Vorhaben schriftlich erfolgen (einschließlich Regelungen für den Fall der Trennung).

Die GesellschafterInnen können im Vertrag zudem Besonderheiten, z.B. Höchstsummen für Ausgaben eines/einer Gesellschafters/in festlegen. Ansonsten haften die GesellschafterInnen gemeinsam mit ihrem Privatvermögen.

Der Name der GbR darf frei gewählt werden, muß aber den vollen Namen der GesellschafterInnen mit dem Zusatz "GbR" oder "GbdR" tragen. Die GbR muß nicht ins Handelsregister eingetragen werden. Wenn eine GbR gewerblich tätig ist (wie gesagt, die Gründung einer GbR ist nicht nur für einen Gewerbebetrieb möglich), müssen alle GesellschafterInnen persönlich ein Gewerbe anmelden.

### Offene Handelsgesellschaft

Eine offene Handelsgesellschaft (oHG) wird zur Ausübung eines Handelsgewerbes von zwei oder mehreren Personen gegründet. Die oHG bedarf der Handelsregistereintragung und hat eine vertraglich geregelte gemeinsame Geschäftsführung mit unbeschränkter Haftung; sie ist der GbR sehr ähn-

lich und nur für größere Betriebe eine relevante Rechtsform. Die Namensnennung beinhaltet mind. einen Gesellschafter (Nachname) mit dem Zusatz oHG (ggf. + "& Co").

## Kapitalgesellschaften

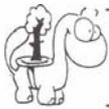
### Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) muß gewerblich tätig sein; das heißt, ihr Hauptzweck muß die Erwirtschaftung von Gewinnen darstellen. Entscheidendes Merkmal ist die Haftungsbeschränkung auf das Firmenvermögen. Darin entspricht sie einem eingetragenen Verein, der aber niemals die Erzielung wirtschaftlicher Gewinne zum Hauptzweck haben darf. Zur Gründung einer GmbH sind mindestens 50.000,- DM notwendig.

Der GesellschafterInnenvertrag muß notariell beurkundet werden. Die Aufnahme weiteren Kapitals und weiterer GesellschafterInnen ist jederzeit möglich. Eine Eintragung ins Handelsregister ist vorgeschrieben. Der Firmenname ist frei wählbar, muß allerdings den Zusatz "GmbH" tragen. Die Gründung einer GmbH ist auch mit nur einem Gesellschafter möglich.

Eine GmbH bietet sich auch als Geschäftsbetrieb eines Vereins an, gerade um das Risiko, welches z.B. mit einem Umweltversand verbunden ist, aus dem gemeinnützigen Verein herauszulösen. Gewinne fließen dann zugunsten der GesellschafterInnen (also zugunsten des Vereins, wenn er Allein- oder Hauptgesellschafter ist). Ein gemeinnütziger Verein kann allerdings nicht Miteigentümer eines Wirtschaftsunternehmens sein, da er dann ein unternehmerisches Risiko trägt, was mit dem Zwang zur gemeinnützigen Mittelverwendung nicht vereinbar ist.





## Genossenschaft

Die „klassische“ Rechtsform für Betriebe mit einem Anspruch an gemeinschaftliches Wirtschaften, soziale Verantwortung und Hierarchiefreiheit ist die Genossenschaft. Im Gegensatz zu den übrigen unternehmerischen Rechtsformen hat die Genossenschaft explizit politische Wurzeln. In der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg gab es in Deutschland vielfältige Ansätze, v.a. in der Arbeiterbewegung, von Lohnarbeit und kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen durch Gründung eigener Betriebe unabhängig zu werden. Wichtige Grundsätze der Genossenschaften waren v.a. die Kapitalneutralisierung (das Firmenkapital gehört niemandem privat und kann nicht aus der Firma entnommen werden – ähnlich wie bei einem Verein) und die Überwindung des Gegensatzes von UnternehmerIn und ArbeiterIn. GenossInnen haben normalerweise von der Höhe ihrer finanziellen Beteiligung unabhängiges Stimmrecht (one man one vote). Viele Genossenschaften haben gar keine Angestellten, sondern alle Arbeitenden sind auch GenossInnen. Neben „Produktivgenossenschaften“ – also Betrieben in Genossenschaftsform – gab es auch „Konsumgenossenschaften“, von ArbeiterInnen selbstorganisierte Läden auf Genossenschaftsbasis.

Die Genossenschaftsbewegung wurde im Nationalsozialismus weitgehend zerschlagen. In der Bundesrepublik wurde das Genossenschaftsrecht weitgehend den anderen Rechtsformen angeglichen, Aspekte von sozialer Verantwortung und Selbstverwaltung wurden beseitigt. Andere europäische Länder haben jedoch noch immer eine lebendige Genossenschaftsbewegung. Für selbstverwaltete Betriebe ist die Genossenschaft eine wichtige Rechtsform, um Gleichberechtigung und Kapitalneutralisierung zu ermöglichen. Die Gründung ist allerdings recht aufwendig.

Es ist notwendig, Mitglied in einem Genossenschaftsprüfungsverein zu werden, der die Kalkulation und die Buchführung überprüft und für die Seriosität und finanzielle Solidität der Genossenschaft garantieren

soll. Dafür gibt es im Gegensatz zur GmbH kein Mindestkapital. Die Genossenschaft wird beim Amtsgericht in das Genossenschaftsregister eingetragen – der Ablauf ist ähnlich wie bei einer Vereinsgründung (siehe "Organisation"). Wie beim Verein werden bei der Genossenschaft nur die VertreterInnen namentlich eingetragen – nicht wie bei der GmbH alle GesellschafterInnen. Die Aufnahme und der Austritt von GesellschafterInnen ist somit mit weniger Aufwand verbunden. Die Rechtsform einer Genossenschaft ist auch für Konsumgenossenschaften möglich – viele Food-Coops (siehe Kapitel 16, "Local Economy") sind als Genossenschaft organisiert. Gerade bei kleineren Coops ist hierfür aber auch ein Verein oder eine GbR möglich und einfacher.

Für Betriebe hat sich neben der Genossenschaft eine etwas "schräge" Rechtsform etabliert, die ebenfalls Gleichberechtigung und Kapitalneutralisierung garantiert, aber die recht umfangreichen Bestimmungen des Genossenschaftsrechtes umgeht. Die GesellschafterInnen werden Mitglied eines eingetragenen nicht gemeinnützigen Vereins und geben ihre Einlage als Kredit an den Verein. Der Verein (der freilich auch eine ideelle Tätigkeit haben muß) gründet als einziger Gesellschafter eine GmbH. Diese ist unternehmerisch tätig, die Gewinne können aber nur an den Verein fließen, wo sie vor "Privatisierung" sicher sind. Die GesellschafterInnen erhalten ihre Kredite später verzinst zurück, jedoch darüber hinaus keine Beteiligung.

### Information:

Weitere Informationen gerade im Hinblick auf finanzielle Unterstützungen für ExistenzgründerInnen und zur Auswahl der passenden Unternehmensform gibt es bei Wirtschaftsförderungs- und Regionalentwicklungseinrichtungen, Gründerzentren und den Industrie- und Handelskammern. Auch Netzwerke selbstverwalteter Betriebe und Kollektive können beim Start helfen. Von verschiedenen Seiten werden regelmäßig Existenzgründungsseminare angeboten, und auch bei den Arbeitsämtern sind diesbezüglich Informationen erhältlich.

## Die Autoren

Peter von Rüden (Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung)  
c/o Kultur und Ökologie e.V.  
Postfach 11 31, 27261 Verden  
Tel. 04231/4878, Fax 4879  
eMail: p.rueden@link-n.cl.sub.de

Timo Schadt  
c/o Projektmanagement Ökologie  
Hersfelder Str. 3, 36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919296  
eMail: timo\_schadt@juis.insider.org



# Eine andere Wirtschaft

Die ökologischen und sozialen Probleme unserer Gesellschaft fordern nicht nur zu umfassenden politischen, sondern auch zu wirtschaftlichen Veränderungen heraus. Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten für eine Umweltinitiative, auch hier Aktivität zu entfalten und alternative ökonomische Strukturen zu schaffen, die einen Beitrag zur Umgestaltung der Gesellschaft leisten können. Beispielhaft sind in diesem Kapitel Tauschringe und Food-Coops als Möglichkeit für Projekte vorgestellt, die sich an vielen Orten umsetzen lassen. Viele weitere Ideen sind möglich. Neben solchen Projekten erfordert eine Veränderung der Wirtschaft freilich auch die Durchsetzung politischer Schritte. Das Ökonomie-Kapitel im zweiten Teil dieser Mappe gibt eine Übersicht über Forderungen und umsetzbare Projekte und verweist auf weitere Informationsquellen.

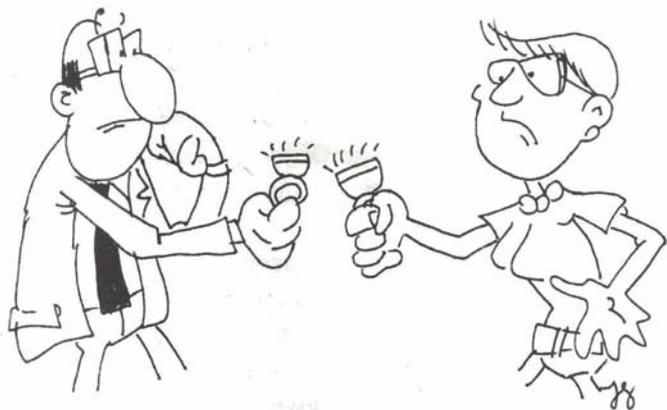
## Tauschringe

Über 100 lokale Tauschringe sind in nur zwei Jahren in Deutschland entstanden. In diesen Ringen tauschen die Mitglieder Waren und Dienstleistungen in einer eigenen lokalen Währung aus. So können Menschen wieder wirtschaftlich aktiv werden, die von der Geldökonomie ausgeschlossen sind. Gleichzeitig ist die neue Währung grundsätzlich auf die lokale Ebene beschränkt und fördert daher ressourcensparende lokale Wirtschaftsaktivität.

### Wie funktionieren Tauschringe?

Alle Mitglieder veröffentlichen ihre Angebote und Nachfragen in einer Marktzeitung. Die Marktzeitung wird regelmäßig überarbeitet und an alle Mitglieder verschickt. Bei einem Telefonanruf wird Leistung und Preis vereinbart. Der/die KundIn schreibt der/dem AnbieterIn nach erbrachter Leistung einen Scheck über den vereinbarten Preis. Der Preis wird in Tauschring-Einheiten erhoben, die in verschiedenen Tauschringen unterschiedlich heißen, z.B. Kreuzer, Tiden, Taler,... Der Scheck geht an die Tauschring-Verwaltungsstelle. Dort wird der entsprechende Betrag dem/dem AnbieterIn gutgeschrieben und vom Konto des Kunden abge-

zogen. Alle Mitglieder erhalten regelmäßig einen Kontoauszug mit allen Kontobewegungen und dem aktuellen Kontostand. Bei Eintritt starten alle Mitglieder mit Null. Jedes Mitglied kann bis zu einer Obergrenze Guthaben anhäufen oder Schulden machen. Beides ist zinslos.



### Wertfestlegung

Es gibt verschiedene Methoden der Wertfestlegung. Die meisten Ringe setzen eine Tausch-Einheit gleich eine DM. Andere binden eine Einheit an eine bestimmte Arbeitszeit. Letzteres Modell ist inflationsfrei und bewertet jede Arbeit gleich. Beide Modelle haben Vor- und Nachteile. Es gibt allerdings auch Kompromisse, wie z.B. eine Anbindung an die DM mit einem Mindestlohn. Oder eine Anbindung an den Wert einer Arbeitsstunde mit der Möglichkeit, für bestimmte Tätigkeiten einen höheren Stundenlohn zuzulassen.



## Ohne DM geht's nicht

Bei vielen Tätigkeiten entstehen gleichzeitig Kosten in DM. Beim Malern kann z.B. die Arbeitszeit in Tauschring-Einheiten bezahlt werden, während die Farbe weiterhin in DM gekauft werden muß. In diesen Fällen können gesplittete Preise vereinbart werden: Die DM-Kosten in DM, die Arbeitskosten in der alternativen Währung.

## Steuern?

Tauschen ist keine Schwarzarbeit! Wer ein Gewerbe betreibt, muß Steuern auch für Tauschring-Einheiten abführen. Darunter fallen die Einnahmen in der Regel aber unter die Geringfügigkeitsschwellen.

## Organisatorisches

Zu Beginn braucht ein Tauschring eine Kerngruppe, die die Gründung in die Wege leitet. Doch damit ist es nicht getan. Da Tauschringe nur mit vielen aktiven Mitglieder gut funktionieren, ist es wichtig, den Handel dauernd zu fördern. Dies geschieht durch gute interne Organisation, Öffentlichkeitsarbeit, Events zum Tauschen, Feiern und Handeln.

Diese Arbeiten müssen fortlaufend erledigt werden, können aber ab einer bestimmten Mitgliederzahl in der eigenen Währung bezahlt werden.

Zur Finanzierung werden von den Mitgliedern Gebühren in Tauschring-Einheiten erhoben. Darüberhinaus entstehen auch Kosten in DM, die durch einen Mitgliedsbeitrag in DM finanziert werden.

## Bisherige Erfahrungen

Tauschringe schießen weltweit wie Pilze aus dem Boden. Anfang 1997 gab es schon weit über 1.000 lokale Währungen. Die schlechte Situation auf dem Arbeitsmarkt und die geringere Fähigkeit des Staates, für Bedürfnisse zu sorgen, bereiten den Boden

für ökonomische Selbstorganisation, wie z.B. Tauschringe.

Die meisten Tauschringe leiden jedoch an einem relativ geringen Umsatz pro Mitglied. Sie können die Geldökonomie nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Ferner leiden viele Tauschringe unter einer Stagnation des Zuwachses an aktiven Mitgliedern.

Lediglich in Australien und Neuseeland gibt es wirklich ökonomisch bedeutsame Tauschringe. Deren Erfolge beruhen auf staatlicher und vor allem ideeller Unterstützung, BürgerInnennähe (keine Szene-Projekte) und kontinuierlicher Aufbauarbeit.

Es reicht auf keinen Fall, einen Tauschring einfach nur zu gründen, nötig ist kontinuierliches, wenn auch in der eigenen Währung bezahltes Engagement.

## Vorteile von Tauschringen

- lokal: bleibt im lokalen Kreislauf, daher ökologisch
- transparent und demokratisch
- sozial: schafft Begegnung und Kontakt zwischen verschiedenen Menschen mit verschiedenen Lebensstilen und belebt Nachbarschaften
- ermöglicht mehr Wohlstand mit weniger Erwerbsarbeit
- schafft Erwerbsarbeit für Menschen, die normalerweise davon ausgeschlossen sind
- mobilisiert brachliegende Fähigkeiten und hilft, neue auszubilden
- Kredit ohne Zinsen
- Tauschring-Einheiten können kaum angehäuft werden.

## Probleme von Tauschringen

Viele Mitglieder sind nötig: Werbung und Events wie Basare, Feste, Kulturveranstaltung brauchen ein breites Angebot. Daher sollten möglichst Mitglieder mit verschiedenen Lebensstilen an der Gründung beteiligt werden.

Zudem können gezielt, Mitglieder mit Fähigkeiten geworben werden, die im An-

### Informationen:

Um von anderen Tauschringen zu lernen und Fehler zu vermeiden, finden regelmäßig bundesweite und z.T. regionale Tauschring-Treffen statt. Das aktuelle Tauschring-Handbuch, das umfassend zu allen Fragen Stellung nimmt, gibt es bei:

PaySys GmbH  
Im Uhrig 7  
60433 Frankfurt  
069/523600

Außerdem gibt es im World Wide Web eine Unzahl von nützlichen Informationen zu Tauschringen bzw. LETS (die englischsprachige Version:

<http://www.scorpion.cowan.edu.au/ijccr/ijccr.html>

<http://www.u-net.com/gmlets/home.html>



gebot fehlen. Tauschringe brauchen Leute, die Schulden machen, die Mitglieder schrecken aber meistens davor zurück. Mit "großem Schuldenmachen" zu Beginn, z.B. mit einem großen Bau-Projekt, das viel ausgibt, kann der Handel in Gang gebracht werden.

Abhilfe können Appelle zum Schuldenmachen und eine Kerngruppe, die mit den Schuldenmachen anfängt, verschaffen. Außerdem könnten alle Konten mit dem Faktor 100 starten (psychologische Wirkung).

- Zu wenige machen Orga-Arbeit: Orga-Arbeit könnte in Tauschring-Einheiten bezahlt werden. Interne Regeln sind zu restriktiv und hemmen den Handel, eine demokratische und motivierende Organisation ist nötig. Ein Erfahrungsaustausch mit erfolgreichen Tauschringen über die Regeln kann helfen.
- Sozialer Streß in der Mitgliederschaft: Eine Schlichtungsstelle und bewußter Umgang mit Konflikten können helfen.
- Steuern: BezieherInnen von staatlichen Leistungen bekommen. Probleme, da Tausch-Einkünfte u.U. als abzugspflichtige Einkommen gelten. Abhilfe schafft da nur eine Gesetzesänderung
- Grundbedarf nicht erhältlich: Die Versorgung mit Kleidung, Essen und Wohnen bleibt schwierig, weil viele Kosten dafür in DM anfallen. Alternative Angebote in diesem Bereich sollten daher besonders gefördert werden.
- Ungleichheit: Lokale Währungen sind weiterhin ein Geldsystem mit Ungleichheiten in der Möglichkeit des Geldverdienens, aber außerhalb von verbindlichen Gemeinschaften gibt es kaum etwas Faireres.
- Bezahlte Nachbarschaftshilfe: Real haben aber Tauschringe zu mehr unentgeltlicher Nachbarschaftshilfe geführt, weil Leute sich über das Tauschen kennenlernen und sich dann auch ohne den Tauschring gegenseitig aushelfen.
- Handels-Mißbrauch: Es könnte auch Bedenkliches, wie Drogen, Waffen, Umweltschädliches oder qualitativ Minderwertiges gehandelt werden. Das passiert aber kaum, da soziale Kontrolle unter den Mit-

gliedern stattfindet. Zudem kann eine Referenzliste mit positiven Zeugnissen öffentlich bereitgehalten werden. Eine Ausschlußliste für bestimmte Produkte kann beschlossen werden.

- Schleppender Handel: Die Motivationsarbeit und Entwicklungsarbeit sind für lange Zeit nötig und dürfen nicht unterschätzt werden.
- Vergleich zur DM: Die Verwendbarkeit der Tauschring-Einheiten bleibt problematisch und beschränkt die Größe der Ringe, weil vieles eben nicht lokal erhältlich ist. Darin liegt aber auch eine Stärke des Tauschring-Modells.
- Sparen: Tauschring-Einheiten können nicht gespart werden, trotzdem kann aber eine Sparfunktion einrichtet werden.
- Umstellung: Tauschen braucht Zeit zur Gewöhnung, weil die Mitglieder Vertrauen gewinnen müssen und ihre Gewohnheiten sich nur langsam ändern. Geduld und Stehvermögen sind nötig.
- Schulden: Wenn Leute aus dem Modell aussteigen, ohne ihre Schulden zu bezahlen, führt das zu Fehlanreizen, die den Handel lähmen können. Ein solches Ungleichgewicht läßt sich vermeiden z.B. durch BürgerInnen, Einlage bei Einstieg in DM, Rückforderung oder ein Ausgleichskonto des Rings.
- Kleinkram: Kleinkram ist schwer zu handeln, weil der Aufwand per Telefon zu groß ist. Tausch-Läden oder Marktstände sind hierfür eine Möglichkeit.

#### Literatur:

Bund Naturschutz in Bayern:  
Wieviel Wohlstand braucht der Mensch? (1996, BN-Bildungswerk in Wiesenfelden, 115 S.)  
In verschiedenen Fachaufsätzen stellen die AutorInnen ihre Sichtweise von Luxus, Verschwendung, ökologischen Werten und Bewußtsein vor. Weiteres Thema ist die Nachhaltigkeit des Wirtschaftens, vorgestellt wird die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland", aber auch andere Ansätze zum Umdenken, z.B. die Anstiftung und der "Global Action Plan". Die vorgestellten Gedanken bleiben im Rahmen des bestehenden Gesellschaftssystems, das Buch ist gefördert vom Bundesumweltministerium.

## Beispiel Tauschring Laubach

Ohne Mäuse, Piepen oder Kohle gibt es weder die Marmelade für's Frühstücksbrötchen noch die Fahrradreparatur oder den Babysitter am Abend. Daran gab es auch in dem kleinen Städtchen Laubach in Mittelhessen lange nichts zu rütteln. Doch dann rief eine Frau den Tauschring ins Leben. 20 Menschen gehörten schon nach knapp einem halben Jahr fest zum Tauschring, die Hälfte von ihnen kommt nicht aus Laubach, sondern



dem gesamten Landkreis. Beteiligt am geldlosen Tausch sind Alte wie Junge, das Geschlechterverhältnis ist ungefähr ausgeglichen; es sind sowohl AkademikerInnen oder Studierende als auch Arbeitslose, ArbeiterInnen sowie Hausfrauen, die Hilfe anbieten und suchen.

Ein paar Fragen an die Initiatorin des Ganzen, Loni Klängenfuß, sollen einen Blick hinter die Kulissen des Projektes ermöglichen.

### **Wie kam dazu, daß der Laubacher Tauschring gegründet wurde?**

Es war einfach richtig, einen Tauschring hier anzuschließen. Ich habe schon vorher immer wieder was darüber gehört. Für diese Initiative sprachen viele Dinge: die normale Nachbarschaftshilfe ist heute überall eingeschränkt, wer hilft dem anderen noch einfach so? Außerdem gab und gibt es in Laubach etliche Zugezogene, die hier nicht so leicht Zugang hätten zu der gegenseitigen Hilfe, die im Ort noch üblich ist. Die meisten, die heute zum Tauschring gehören, bringen viel Idealismus mit. Die Leute empfinden eine Entfremdung - alles läuft über Geld, vieles stimmt da nicht. Und dann haben auch viele nicht so viel Geld, um sich dies oder jenes zu leisten. Auf Tauschbasis ist das aber möglich.

### **Was wird im Tauschring angeboten und was ist besonders gefragt?**

Im Moment sind besonders Umzüge und Renovierungen angesagt. Aber das ändert sich. Im Herbst waren es mehr die Gartenarbeiten. Regelmäßig gefragt sind auch Hilfen bei der Autoreparatur oder bei Schwierigkeiten mit dem Computer. Unsere Liste mit den Tauschangeboten ist aber deutlich länger. Nach dem letzten Treffen wurde eine ganze DIN A4-Seite voll, zweiseitig mit kleiner Schrift.

### **Gibt es auch "Ladenhüter" oder aber Nachfragen, die nicht befriedigt werden können?**

Wir haben gleich mehrere, die Korrekturlesen oder schriftliche Arbeiten anbieten. Das ist ganz gut, da kann man mit großer Wahrscheinlichkeit in der Nähe vom eigenen Haus Hilfe bekommen. Manche hochspezialisierte Arbeiten fehlen auf der Liste, wurden aber schon gesucht. z.B. eine Person, die richtige Maurerarbeiten übernehmen würde. Eine Frau wollte gerne Jonglieren lernen, aber es gab noch niemanden, der oder die es hätte lehren können. Da mache ich dann immer einen Aushang in einem kleinen Laden hier in Laubach: "Wer kann Jonglieren und würde es mir beibringen ..." - mit einem Hinweis auf den Tauschring.

### **Wenn heute spontane Aushänge Werbeträger sind, wie kamen am Anfang die Leute zusammen und welche weiteren Möglichkeiten, Aktive zu finden, habt ihr ausprobiert?**

Ich habe einige Aushänge gemacht und eine Presseinfo geschrieben, weil ich keine Lust hatte, teure Kleinanzeigen zu schalten. Das klappte auch prompt. Beide Tageszeitungen haben ausführlich berichtet. In den ersten Tagen stand hier das Telefon kaum still. Heute läuft das meiste über Mundpropaganda. In einem Ort wie Laubach spricht sich sowas schließlich rum. Aber auch einen Infostand haben wir schon gemacht.

### **Wie werden jetzt konkrete Hilfeleistungen und die Inanspruchnahme organisiert. Wie wird abgerechnet?**

Wir haben das Zeitkontensystem gewählt. Jedes Mitglied hat eine Karte mit einer Haben- und einer Soll-Spalte. Da sind Zeilen für 10 Stunden drauf. Wir haben auch vereinbart, daß einer, der 10 Stunden bei "Soll" stehen hat und keine in der Haben-Spalte, dieses Minus erst einmal aufarbeiten soll, bevor es weitere Dienstleistungen gibt.

Die Karte ist so groß wie eine Scheckkarte und passt in jedes Portemonnaie. Wenn jetzt Person A für Person B den Rasen mäht, tragen beide die Zeit in der entsprechenden Spalte ein, der andere unterzeichnet. Beide haben dann die Dokumentation über die Stunden auf ihrer Karte. Nur bei Ausnahmen, wie z.B. einem Renovierungseinsatz, der etliche Stunden dauert, gibt es manchmal besondere Absprachen.

### **Gibt es dabei noch eine Stelle, die den Überblick behält? Sollte es die geben?**

Ja, wir haben einen zentralen Überblick. Jedes Mitglied hat eine Liste mit den Angeboten. Da steht aber nicht drauf, wer welche Hilfe anbietet. Wer etwas braucht, ruft die Zentrale an und erhält von dort die Adresse der richtigen Person. Das haben wir auch aus Datenschutzgründen so geregelt. Nach getaner Arbeit wird die Zentrale kurz informiert, im Computer die Daten gespeichert.

### **Wer leistet die zentrale Organisationsarbeit? Wird die bezahlt?**

Am Anfang habe ich alles gemacht, jetzt hat jemand anderes aus dem Tauschring die Arbeitsvermittlung übernommen. Das wurde halt immer mehr. Seit einiger Zeit haben wir auch eine Bezahlung eingeführt: Jedem Mitglied werden pro Jahr zwei Stunden zugunsten der Organisationsleute abgezogen. Das sind zehn Minuten pro Monat. Dafür haben wir aber auf Aufnahmegebühren verzichtet.

### **Wichtige Infos stehen in Eurer Zeitung. Wer macht die und wie werden z.B. die Druckkosten getragen?**



Die Zeitung mache ich, aber es werden auch Artikel von den Tauschring-Leuten geschickt, z.B. Erläuterungen zu den Hilfsangeboten. Unsere Zeitung wird kopiert, weil wir z.Z. nur 30 Exemplare rausgeben. 20 für die Mitglieder und 10 werden über den Laubacher Laden verkauft. 50 Pfennig kostet eine, das sind die reinen Materialkosten.

**Hat der Tauschring eine formale Struktur?**

Nein. Wir haben überlegt, einen Verein zu gründen, aber der Aufwand schien uns zu groß. Ein Verein macht Sinn, wenn es um Geld geht, aber das wollen wir ja gerade umgehen. Geld fließt nicht, höchstens mal Briefmarken, wenn ich mir meine Portoauslagen wiedergeben lasse. Durch die dörfliche Struktur und weil die Leute teilweise sehr weit auseinander wohnen, geht es nicht ohne die Post.

te Bio-Nahrungsmittel deutlich günstiger. Die Food-Coop, die direkt frische Produkte von LandwirtInnen aus der Umgebung bezieht, unterstützt den Biolandbau und vermeidet umweltzerstörende Transporte. Die Lebensmittel sind nur gering belastet und ein Gesundheitsplus für die ganze Wohngemeinschaft, Familie oder Clique.

Nicht zuletzt zählen auch der Spaß bei gemeinsamer Bestellung, das lockere Gespräch beim wöchentlichen Treffen und die neuen Bekannten.

Eine Food-Coop kann ein kleines Ausrufezeichen für bewusste Ernährung, anderen Umgang mit dem Konsum (alle müssen mitarbeiten, tragen mit Verantwortung, daß der Nachschub kommt usw.) und dézentrales Wirtschaften sein.



**Gründung einer Food-Coop**

Am Anfang steht meist eine kleine Gruppe Menschen mit dem Wunsch, gemeinsam Biolebensmittel einzukaufen. Oft ist der knapp gefüllte Geldbeutel Mitauslöser oder die Unzufriedenheit über die Versorgung mit Bio-Nahrungsmitteln am eigenen Wohnort.

**Food Coop**

**KundInnen & HändlerInnen**

Das Verkaufsgeschehen in der Food-Coop weist einige Unterschiede zum Handel beispielsweise im Bioladen auf. Alle Beteiligten sind sowohl KundInnen als auch HändlerInnen, alle sind abwechselnd eingebunden in die Organisationsarbeit.

Food-Coop-Mitglieder schließen sich zusammen, um gemeinsam Lebensmittel aus biologischem Anbau zu beziehen.

Für eine solche Initiative spricht vieles: Die großen Mengen, die bei einer Bestellung zusammenkommen, machen Rabatte bei den ErzeugerInnen möglich und den Einkauf beim Biogroßhandel sinnvoll. So werden ech-

**Mehr Leute**

Wie für jedes Projekt, ist es auch für eine Food-Coop gut, mit einem festen Kern von einigen Leuten zu starten. Mund-zu-Mund-Propaganda und gezielte Aushänge können den Kreis rasch erweitern. Je nach Zielgruppe bieten sich bestimmte Orte besonders an: In Unistädten werden es die schwarzen Bretter in Mensanähe, beim AStA, AudiMax usw. sein. Sollen auch oder gerade Familien mit Kindern erreicht werden, sind Kindergärten, Kinderarztpraxen und Eltern-Einrichtungen geeignete Orte für ein Info-Blatt. Ob die Coop formal eine Rund einzelner Leute bleiben will, sich als Verein organisiert oder irgendwo anschließt, sollte bei Gelegenheit diskutiert werden (siehe Kapitel 6, "Gruppenarbeit" und 7, "Organisation"). Bei größeren



Coops, die unter Umständen irgendwann sogar einen eigenen Coop-Laden eröffnen (gibt es) kann auch die Rechtsform einer Genossenschaft (eG) sinnvoll sein.

### Literatur:

Kai Kreuzer:  
Bio-Vermarktung  
(BLATTgrün & Pala,  
252 S.)  
Anhand von zahlrei-  
chen Beispielen für  
Bio-Vermarktung in  
Deutschland wird  
die Vermarktung von  
Bioprodukten in Na-  
turkostläden, auf Wo-  
chenmärkten, in Kan-  
tinen, Supermärkten  
usw. untersucht und  
aufgezeigt. Durch  
die Vorstellung von  
auch eher unbekann-  
ten Vermarktungsfor-  
men wie Hofladen,  
Gemüseabonnement  
und Öko-Partyservi-  
ce bietet dieses Buch  
zum einen einen um-  
fassenden Überblick  
und gleichzeitig nüt-  
zliche Tips, wie Bio-  
produkte an den Ver-  
braucher gebracht  
werden (können).

Paul Pottebaum:  
Handbuch  
Direktvermarktung  
(1989, Verlagsunion  
Agrar in Münster,  
272 S.)  
Ein Ratgeber für alle,  
die Nahrungsmittel  
aus Eigenanbau ver-  
kaufen wollen  
(nicht nur Bio).

BAG der Lebensmit-  
telkooperativen:  
Wie gründet man ei-  
ne Lebensmittel-  
kooperative?  
(Eigenverlag,  
Bochum)

## Ein Raum für die Coop

Es gibt Coops, die sämtliche Waren sofort verteilen. Beim wöchentlichen Treffen werden alle Lebensmittel, die möglichst kurz zuvor angeliefert oder abgeholt wurden, in einem Wohnzimmer etc. ausgebreitet, und wenn alle ihre Sachen abgeholt haben, ist nichts mehr übrig. Viele Waren sind aber haltbar. Tomatenmark im Glas oder Nudeln und andere Trockenwaren können auch mal in größeren Mengen bestellt werden. Dann braucht die Coop allerdings einen trockenen, nicht zu warmen, gelüfteten Lagerraum. Der eigene Raum macht es dann auch möglich, größere Gebinde zu bestellen und für Einzelleute Portionen abzuwiegen.

Die Raumsuche wird leichter, wenn viele Menschen Interesse an der Coop haben. So wird vielleicht bald ein Keller oder Dachboden, ein wenig genutztes Gästezimmer oder ein Lagerraum von Uni, Betrieb oder Nachbarschaftszentrum zur Verfügung gestellt werden. Einige größere Coops haben sich dafür entschieden, einen richtigen Laden zu mieten.

## Woher kommen die Waren?

Wenn sich Menschen zu einer Coop zusammenschließen, haben sie oft schon genaue Vorstellungen, was bald in die Vorratsschränke soll. Im Prinzip kann die Angebotspalette einer Coop das gesamte Bioladen-Spektrum umfassen. Manche gehen sogar darüber hinaus, bieten z.B. Umweltschutzpapier an oder Töpferwaren einer / eines Angehörigen, selbstgemachte Marmeladen etc.

Beziehen können die Coops ihre Waren direkt bei den ErzeugerInnen oder bzw. und über den Bio-Großhandel. Wie weit letzterer herangezogen wird, ist immer auch eine politische Entscheidung. Denn die GroßhändlerInnen bieten per Flugzeug importierte Ba-

nanen an, Biobutter aus dem nördlichsten Norden der Republik und dazu Joghurt aus dem Allgäu usw. Kurz: Beim Thema Transport oder auch Verpackung hört es mit dem Umweltschutz oft auf. Wenn eine Coop gezielt heimische Landwirte unterstützen will und unnötige Transporte vermeidet, wird sie möglichst viel von ProduzentInnen aus der Region bestellen und eher nur ausgewählte Trockenwaren beim Großhandel. Pro- und Contra-Argumente sind dabei in der Coop-Gruppe auszutauschen. Es gibt Coops, die nur noch beim Großhandel bestellen, weil es dort letztlich alles gibt und die Bestellung bei nur einem/einer LieferantIn nötig ist. Diese Gruppen haben aber den wichtigen regionalen Aspekt aufgegeben. Andere konnten durch gezielte Bestellungen bei Biobauern/Biobäuerinnen der Umgebung deren Existenz sichern oder sogar konventionelle LandwirtInnen dazu bringen, (teilweise) umzustellen, weil die Abnahme durch die Coop gesichert wurde!

## GroßhändlerInnen, Bioläden & DirektvermarkterInnen

BiolandwirtInnen aus der Umgebung sind im Alternativen Branchenbuch zu finden. Die Bio-Anbauverbände Bioland und demeter geben Listen mit ihren Mitgliedshöfen heraus, und der ein oder andere Betrieb wird Mitgliedern der Coop bekannt sein. Im Alternativen Branchenbuch findet sich auch eine schier endlose Liste von Biogroßhändlern. Das einfachste ist, zum Telefon zu greifen und eine/n HändlerIn in der Nähe anzurufen (zuvor vielleicht einen Großhandelschein von einem berechtigten Geschäfts-Menschen organisieren), stellt sich leider oft als gar nicht so einfach heraus. Viele BiogroßhändlerInnen beliefern keine Coops oder nur unter schlechten Bedingungen (ziemlich hohe Preise, hohe Mindestbestellmengen, nur bei Abholung, nur bei einer gewissen Regelmäßigkeit der Bestellung). Das liegt an dem Protest etlicher BioladnerInnen gegen Food-Coops. Sie fürchten Umsatzeinbußen. An wenigen Orten haben Bioladen-InhaberInnen gezeigt, daß es nicht zu Span-



nungen zwischen einer selbstorganisierten Coop und dem Laden kommen muß. Dort setzten die LadnerInnen darauf, daß auch ganz neue Leute durch die Coop an Biolebensmittel herangeführt werden und dann bei ihnen zukaufen, was es nicht in der Einkaufsgemeinschaft gibt.

Viele Coop-Mitglieder würden ohne die Preisnachlässe dort gar keine Biowaren kaufen. Der Druck der BioladnerInnen ist jedoch so groß, daß viele GroßhändlerInnen Coops sitzen lassen, um nicht von ihren KundInnen sitzen gelassen zu werden.

Sogar HerstellerInnen von Biowaren haben sich verpflichtet, ihre Produkte nicht an die kleinen Konkurrenten von unten abzugeben. Aber keine Panik: Es gibt noch GroßhändlerInnen, die für Food-Coops offen sind, es gibt mittlerweile einen, der ausschließlich Coops beliefert und es hat schon öfter Sonderregelungen gegeben, wo eine Coop bei einem/einer anderen belieferten KundIn "unterschlüpfen" konnte: bei einem lockeren Bioladen oder einem alternativen Betrieb.

### Schwarze Schafe?

Es gibt etliche "Food-Coops" in Kreisen gesundheitsbewußter BesserverdienerInnen, die mit Ideen von alternativen Wirtschaftsstrukturen, gegenseitiger Hilfe oder Unterstützung regionaler BiolandwirtInnen wenig am Hut haben. Eine preisgünstige Bestellung einmal im Monat beim Biogroßhandel ist das einzige, was sie zusammenhält.

Das funktioniert natürlich, sollte aber nicht das Ziel engagierter StreiterInnen für eine bessere Gesellschaft sein: Die Damen und Herren, die weder mehr Zeit und Engagement noch Idealismus für eine echte Coop mitbringen, könnten und sollten in den Bioläden einkaufen - denn die müssen auch leben!

## Arbeitsbereiche

Gewisse Aufgaben sind regelmäßig zu erledigen, damit die Coop läuft. In vielen Coops gibt es deshalb feste Gruppen für die verschiedenen Bereiche, die sich darum kümmern.

### Die Organisation des Einkaufs

Je mehr unterschiedliche Quellen die Coop für ihre Waren hat, desto komplexer ist die Organisation des Ganzen. So sind zunächst Vorabgespräche mit LandwirtInnen über deren Produkte, Preise und Rabatte sowie Vorbestellfristen oder Abholzeiten zu führen. BiogroßhändlerInnen haben Listen ihrer Waren mit Preisen (meist ohne Mehrwertsteuer, die noch dazuzurechnen ist!) und Bestell- und Zahlungsbedingungen. Über den Großhandel gibt es die normalerweise Produkte in festen Packungseinheiten (ein Karton mit sechs Gläsern Brotaufstrich, ein Sack mit 25 kg Reis, eine Packung mit 12

#### Informationen:

Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittel-Cooperativen  
c/o A. Hofstiepel  
Im Mailand 131  
44797 Bochum

viva ist ein Großhändler, der ausschließlich Food-Coops beliefert.  
viva Naturkost  
Bergstr. 28  
76646 Bruchsal  
07251/81234

Bioland - Verband für organisch-biologischen Landbau e.V.  
Nördliche Ringstr. 91  
73033 Göppingen  
07161/910120

demeter-bund  
Baumschulenweg 11  
64295 Darmstadt  
06151/2674

Naturland  
Verband für naturgemäßen Landbau  
Kleinhärdener Weg 1  
82166 Gräfeling  
089/8548071

ANOG - AG für naturnahen Obst-, Gemüse- und Feldfruchtanbau  
Pützch. Chaussee 60  
53227 Bonn





Tüten Pfeffer usw.). Daher muß die Bestellung sicherlich des öfteren auf- oder abgerundet werden. Zu klären ist, wer beim Anliefertermin zugegen ist, wer dann Lieferschein und vorhandene Waren abgleicht, die Sachen ins Trockene oder ggf. Kalte bringt usw. Manchmal sind arbeitssparende Vereinbarungen möglich. So erhält die Gießener Food-Coop zum Beispiel ihr frisches Gemüse und Obst am Markttag direkt vom Gießener Wochenmarkt. Der Biostand-Betreiber erhält vorher die telefonische Bestellung und hält die fertige Kiste während der Marktzeit für die AbholerInnen von der Coop bereit. Gerne gewährt er Rabatt, denn dieser Verkauf ist ihm sicher.

## Die Verteilung

Die meisten Coops haben sich für feste Öffnungszeiten bzw. einen festen Treff-Termin entschieden. Z.B. einmal in der Woche stehen dann die Waren zum Abholen bereit. Je nach Konzept der Coop und evtl. eingelagerten Produkten können die CooperativlerInnen nur das mitnehmen, was sie genau bestellt haben oder sich wie in einem normalen Laden aus vollen Regalen mit haltbaren Lebensmitteln bedienen. Manche größere Coop hat an mehreren Tagen offen, die kleine Nachbarschaftscoop eher nur an einem Termin wöchentlich oder sogar seltener, an dem dann gleich die Bestellungen für's nächste Mal festgemacht werden können.

## Öffentlichkeitsarbeit

Das ist die Kür nach dem Pflichtprogramm: In engagierten Coops gibt es auch ein Öffentlichkeitsteam oder Einzelleute, denen das wichtig ist. Infos über gesunde, biologische Nahrungsmittel können Inhalt z.B. einer Presseinfo oder eines Aushanges sein. Im Rahmen vom örtlichen Weihnachtsmarkt oder Kindergartenfest kann für den Einstieg in die Einkaufsgemeinschaft geworben werden usw. Viele Coops sind mit dem klaren Vorsatz angetreten, die "Bio-Idee" voranzubringen. Eine Coop-Gründungsinitia-

tive sollte sich über ein solches Ziel klar werden und auch danach handeln. Coops, die nach einigen Monaten des Alltags zu reinen Privat-Handelsorganisationen verkommen, haben ein wichtiges Ideal aufgegeben!

## Mitgliedschaften

Im Prinzip müssen die Menschen, die aus der Coop Lebensmittel beziehen, Mitglied sein. Andernfalls würde Ärger mit Gesundheitsamt und oder Gewerbeaufsicht ins Haus stehen, denn das Projekt ist kein kommerzieller Laden. Das heißt aber nicht, daß die Gruppe sich als Verein mit Mitgliedern und Mitgliedsbeiträgen organisieren muß.

"Mitgliedschaft" kann einfach bedeuten, auf einer Liste der Aktiven zu stehen, sich aktiv am Funktionieren der Coop zu beteiligen oder ähnliches. Gerade Coops, die noch wachsen wollen, sollten darauf achten, nicht zu geschlossen zu wirken. Es kommt besser an, zu werben "mach mit bei unserer Food-Coop" als "Werden Sie Mitglied". Passives Mitglied bei Feuerwehr, Naturschutzverein, Jugendherbergswerk o.ä. sind schließlich fast alle, ohne davon etwas zu spüren.

## Probleme

Ein Problem macht vielen Coops zu schaffen: Ein paar wenige Leute rackern sich ab, damit der Laden läuft, viele tun wenig, oft nicht einmal das, was ursprünglich zugesagt wurde. In einer Gruppe mit gutem Gruppenklima sollte so etwas ansprechbar und lösbar sein. Wenn Diskussionen nicht helfen, kann es auch klare Arbeitsvereinbarungen geben: Die große "Wilde Wurzel" in Trier z.B. verlangt von jedem Mitglied eine Arbeitsleistung von (mindestens) 2 Stunden im Monat.

16.8

## Finanz-Tricks & -Tücken

In wohl jeder Coop gibt es das ein oder andere Mal böse Überraschungen: da ist der



Hafersack von Mäusen aufgeknabbert und fast unbrauchbar gemacht worden, im Gries tummeln sich plötzlich kleine Krabbeltiere oder der vor wenigen Tagen gelieferte Kohl ist schon gammelig und nicht mehr unter's Volk zu bringen.

Solche Verluste sind durch mäuse sichere Aufbewahrung und regelmäßige Kontrolle auch eingelagerter Waren einzuschränken, aber ärgerlich bleiben sie - und eventuell teuer. Nicht nur, um derartige Schäden zu begleichen, sondern auch, um vielleicht eine (gebrauchte) Waage zu erstehen oder endlich eine Mühle für wertvolles, frisches Vollkornmehl, braucht die Coop Geld.

Wie dieses aufzubringen ist, ohne daß es jemanden wehtut, ist die Aufgabe der ersten Food-Coop-Treffen. Bewährt haben sich ganz unterschiedliche Ansätze:

- Ein Aufschlag auf alle Waren. Durch die Rabatte kommen die Produkte deutlich billiger in den Vorratsraum. Wenn alle Lebensmittel nur um wenige Prozent über dem Einkaufspreis weitergegeben werden, bleibt etwas für besondere Ausgaben übrig.
- Eine Mitgliedsgebühr: Regelmäßig monatlich, vierteljährlich oder in anderem Rhythmus wird eine Gebühr pro Mitglied erhoben. Zu bedenken: Für VielkäuferInnen ist eine solche Gebühr kein Problem, je mehr in der Coop gekauft wird, desto eher "kommt das Geld wieder raus". Wenn Menschen aber wenig kaufen, könnte der Coop-Einkauf für sie teurer werden als der Gang zum Laden. Mit der Mitgliedsgebühr gibt sich die Coop ein Instrument, den Umsatz zu beeinflussen. Manche Coops erreichen so, daß (fast) nur Leute zur Coop stoßen, die voll hinter der Idee stehen und den Löwenanteil ihres Lebensmittelbedarfes über die Coop decken.
- Eine Einstiegsgebühr: In vielen Coops zahlen Neumitglieder einmalig einen festen Betrag (z.B. 50,- DM), den sie bei ihrem Austritt wieder erhalten. Wenn die Coop nicht unter deutlichem Mitgliederschwund leidet, ist dies eine gute Möglichkeit, Geld für besondere Auslagen zu haben (besonders für Anschaffungen)

Viele Coops kombinieren mindestens zwei dieser Beitragsformen, manche arbeiten sogar mit allen dreien gleichzeitig.



## Startkapital?

Geld ist nicht nur für praktische Anschaffungen nötig, auch für den ersten Einkauf beim/bei der GroßhändlerIn muß Kapital da sein, vor allem, wenn das Lager einigermaßen ansehnlich gefüllt sein soll. Wenn Coop-Fans für den Start einen Kredit geben und bei späteren "Überschüssen" nach und nach wieder ausgezahlt werden, ist dieses Problem gelöst. Eine andere Möglichkeit ist, von allen Mitgliedern eine Vorauszahlung (siehe unten) zu verlangen oder bei den ersten Bestellungen wird nicht mehr geordert, als gleich zu verteilen und zu bezahlen ist. Soll die Coop allerdings einen Laden-Charakter haben, würden bei der letzten Variante die Regale leer bleiben.

## Geldloser Einkauf?

Für die Bezahlung des/der GroßhändlerIn, bei größeren Bestellungen und bei Rücklagen ist ein Coop-Konto fast unverzichtbar. Wenn es eingerichtet ist (sei es als Vereinskonto oder als Konto über eine Privatperson), besteht auch die Möglichkeit, die Bezahlung durch die einzelnen CooperativlerInnen darüber abzuwickeln. Bewährt hat sich dabei eine Vorauszahlung von runden Summen (z.B. 100,- DM).

Das eingegangene Geld wird auf einer Karteikarte vermerkt. Bei jedem Kauf in der Coop sind die Kosten für die Waren abzuziehen. Irgendwann kommt dann der Hinweis der AbrechnerInnen, wieder die Gutschrift auf dem Konto aufzufüllen.



## Weitere Varianten

### Die Food-Coop light

Im Landkreis Gießen gibt es zum Beispiel mehrere Food-Coops in kleineren Dörfern. Dort gehören vor allem junge Familien zur Einkaufsgemeinschaft. Viele von ihnen kamen wegen des Gesundheits-Arguments: Es gibt heute kaum noch Kinder im Vorschulalter ohne irgendwelche Lebensmittelallergien. Bio-Lebensmittel bringen den Kindern oft Erleichterung. Gemeinsam war allerdings den Coop-GründerInnen, daß sie wenig Wert auf regelmäßige Zusammenkünfte und aufwendigere Aufgaben hatten. So gründeten sich fast zeitgleich in fünf Dörfern "Food-Coops" (ohne diesen oft nicht verstandenen Namen), die heute drei Lieferanten haben: einen Bioland-Brotbäcker, eine Biokäserei und eine Bio-Gemüseegärtnerei. Alle drei Produzenten fahren an je einem festen Tag der Woche durch alle Coop-Dörfer. Bei Familie X gibt der Bäcker am Montag zwanzig Brote im Ort A ab, bei Familie Y 17 für Dorf B und aus dem Weiler C ist Frau Z die "Brotadresse". Die Bestellungen ändern sich mit den Wochen kaum, die meisten Mit-EinkäuferInnen haben quasi ein Brotabo. Nur, wenn sich was ändern soll, geben sie das an die Brotadresse im Dorf. Montagabend wird dann das frische Brot geholt und bezahlt. Der Biobauer nimmt das Geld in der folgenden Woche bei der neuen Lieferung mit, es ist also nichts vorzulegen, gibt kein Konto und wenig Orga-Aufwand.

### Die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft

16.10

An einigen Orten wurde aus dem gemeinschaftlichen Einkauf beim Biobauern viel mehr: Die FreundInnen der biologischen Lebensmittel legen hin und wieder mit Hand an, wenn es auf dem Hof besonders viel zu tun gibt, z.B. in der Erntezeit oder wenn die Wildkräuter auf dem ungespritzten Acker die Oberhand zu gewinnen drohen. Das ist natürlich weitergehend, als nur die geerntete

ten Früchte in den Kofferraum oder Fahrradhänger zu packen. Gerade für StädterInnen sind solche Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften eine Chance, einen anderen Bezug zu den Lebensmitteln und deren Herstellung zu bekommen. Intensivere Absprachen können auch bestimmte Bereiche des Hofes betreffen. So fand sich in einem Ort eine Gruppe von Menschen, die für eine Milchkuh die Patenschaft übernahm. Sie zahlt dem Landwirt den Stallplatz und das Futter und Einzelne helfen auch mal beim Misten usw. Dafür können die Kuh-Paten die Milch des Tieres kostenlos erhalten. Auf diese Weise stehen heute in manchen Ställen noch Kühe, wo der Landwirt die Milchviehhaltung schon aufgeben wollte und über keine staatlich zugesicherten "Milchkontingente" mehr verfügte.

### Erzeuger-Gemeinschaften

ErzeugerInnen-Gemeinschaften gehören eigentlich nicht in dieses Kapitel. Aber sie entwickeln oft auch kreative Angebote und Öffentlichkeitsarbeit, weshalb sie nicht unerwähnt bleiben sollen. Hier haben sich (Bio-) Landwirte zusammengeschlossen, um gemeinsam ihre Produkte zu vermarkten. Eine ErzeugerInnen-Gemeinschaft aus Marburg ist dort zum Beispiel auf dem Markt vertreten, fährt mit einem Direktvermarkter-Mobil durch den Landkreis, bietet ein Gemüse-Abo an und ist für besondere Aufträge von Gruppen u.ä. immer zu haben.

## Die AutorInnen

Jutta Sundermann  
c/o Projektwerkstatt  
Ludwigstraße 11  
35447 Reiskirchen/Saasen  
Tel. 06401/903283

Sven Giegold  
c/o Verdener Umweltwerkstatt  
Herrlichkeit 1  
27283 Verden  
Tel. 04231/81046



# Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Umweltschutz ist eine Möglichkeit, die Arbeit der Kirchengemeinde so auszurichten, wie es den Vorstellungen der Mitglieder und MitarbeiterInnen entspricht. Die Umwelt nicht oder nur im nötigsten Umfang zu belasten, ist wichtiges Ziel. Das sollte nicht im Alltag untergehen. Daher ist tatsächliches Handeln eine Erfüllung der bislang oft nur theoretisch gefaßten Ziele und Überzeugungen. Eine Kirchengemeinde wirkt als Beispiel für andere, vor allem für Menschen, die als deren Mitglieder oder sogar aktive MitarbeiterInnen im eigenen Bereich ebenfalls die Ideen aufgreifen können. Konsequentes Handeln in einer Kirchengemeinde klärt auf und macht Mut.

## Außendarstellung

Eine Kirchengemeinde kann wichtige Themenfelder aufgreifen und auch glaubwürdig darstellen. Die konkreten Schritte zum Umweltschutz sollten auch mit Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit begleitet werden. Ein Modell zu sein für andere (Kirchengemeinden, die politische Gemeinde oder Stadt, für Schulen, Firmen usw.), kann auch wichtige Pluspunkte bei der Außendarstellung bringen.

Was Kirchengemeinden im Umweltschutz tun können, ist hier am Beispiel der evangelischen Kirche dargestellt. Sicherlich lassen sich für katholische Gemeinden und Freikirchen ähnliche Ansatzpunkte finden.

## "Macht Euch die Erde untertan ..."

In der evangelischen Kirche ist bewußte und konsequente Umwelt- und Naturschutzarbeit eine konfliktschaffende, ja widersprüchliche Nebenerscheinung, nicht anders als in der "normalen Gesellschaft". Einerseits hatten bis in das 20. Jahrhundert hinein alle Pfarrhäuser relativ große Pfarrgärten und auch Ländereien, in denen Landwirtschaft betrieben wurde zur Ernährung der Pfarrfamilie, der Alten und Armen (so jedenfalls die Begründung für den z.T. großen Besitz). Diese war immer dem Stand der Tech-

nik entsprechend, also über Jahrhunderte mehr oder weniger unbewußt ökologisch. Als aber die Chemie aufkam in der Garten- und Landwirtschaft, gab es keinen Grund, hellhörig oder vorsichtig zu sein, im Gegenteil. Chemie wies nur noch deutlicher auf die erkennbaren Wunderzusammenhänge hin.



dem herrschte das Verständnis "macht Euch die Erde untertan". Natur und Umwelt werden wie Untertanen ausgenutzt und ausgebeutet.

## Kämpfen gegen "das Böse"

Aufgrund dieser Tatsache ist es verständlich, daß es eine Umweltbewegung, die gegen die herrschenden, wissenschaftlich und technisch unterstützten Ausbeutungsmethoden ankämpft, sehr schwer hat und z.T. auch immer noch ideologisch bekämpft wird. Trotz ansonsten verbreiteter Lehren von "gut



## Literatur:

Winfried Hohlfeld:  
**Umweltkrise - Herausforderung der Kirche** (1974, Quell Verlag, Stuttgart, 199 S.)  
Buch aus den Anfangszeiten der Ökologiedebatte.

Günter Albert Ulmer:  
Müssen Sie als Christ Mitweltenschützer sein? (1990, G.A. Ulmer Verlag, Tuningen, 126 S.)  
Texte zur Lage der Umwelt und zum Verhalten der Christen.

Udo Krolzik:  
Umweltkrise - Folge des Christentums? (1980, Kreuz Verlag in Stuttgart, 125 S.)  
Ein schon älteres Buch, das nach wie vor aktuell ist: Die Christen sind schuldig an vielen Zerstörungen.

Eckehard Knöpfel:  
Werkbuch Umwelt (1984, R. Brockhaus in Wuppertal, 175 S.)  
Beiträge zu Ökologie aus Kirche & Politik.

Günter Altner u.a.:  
Manifest zur Versöhnung mit der Natur (1985, Neukirchener Verlag, 30 S.)  
Ein Positionspapier zu den Pflichten der Kirche in der Umweltkrise - heute vielerorts vergessen.

Gerhard Friedrich:  
Ökologie und Bibel (1982, Kohlhammer Verl., Stuttgart, 112 S.)  
Bibelstellen zu ökologischen Themen.

und böse" im Verhältnis zwischen Menschen und zwischen Mensch und Gott kam niemand auf die Idee, daß es eine solche handlungsanleitende Kategorie auch zwischen den Menschen und ihrem Handeln und Verhalten gegenüber der Natur geben könnte. Sie aber wurde bedeutsam z.B. bei der Ausbreitung von Wüsten, Seuchen, beim Aussterben von Arten, der drohenden Übervölkerung und dem Schutz der Erdatmosphäre. Bisher hat das Gott in seiner grenzenlosen Güte immer alleine gemacht.

Nun aber ist "das Böse" ein in seinen Ursachen und Folgen benennbarer zerstörerischer gesellschaftlicher Zusammenhang, den zu verändern wir Menschen allein selbst in die Hand bekommen haben. Stationen auf diesem Weg der Selbsterkenntnis waren die Anti-Atombewegung, die Friedensbewegung; die Bewegungen zur Entwicklung einer Kultur der Gewaltfreiheit. Trotz eindeutiger alt- und neutestamentlicher Wurzeln spielten diese Traditionen im bürgerlichen Christentum keine Rolle und wurden von der herrschenden Kirche an den Rand gedrängt.

## Bewahrung der Schöpfung

Das änderte sich schlagartig mit der Entstehung und der wachsenden Bedeutung der weltweiten Ökumene und den Weltkonferenzen, bei denen sich mehr



seit der Weltkirchenkonferenz in Vancouver 1983 sprechen wir vom Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Diese drei Dinge gehören zum Wesensbestandteil des christlichen Glaubens. Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden, ohne Bewahrung der Schöpfung keinen Frieden, ohne Gerechtigkeit keine Bewahrung der Schöpfung. Einen wesentlichen Impuls in diese Entwicklung gab der Bericht der BewohnerInnen der Südsee-Inseln über die Folgen der französischen Atombombenversuche.

## Neues Bewußtsein

Dieses neue Verantwortungsbewußtsein zeigt sich allmählich auch in den Haushaltsplänen der Landeskirchen und Gemeinden. Es gibt an zentralen Stellen hauptamtliche Fachleute, Nichttheologen als Umweltbeauftragte der einzelnen Landeskirchen und in Fortbildungsstätten der Landeskirchen bzw. der Evangelische Kirche Deutschlands (EKD = Zusammenschluß der ev. Landeskirchen) und natürlich eine Menge von Ehrenamtlichen. Jede Landeskirche regelt die Weiterbearbeitung des Konziliaren Prozesses, das Setzen von Schwerpunk-



und mehr die christlichen Gemeinden in den Entwicklungsländern zu Wort meldeten und auf die weltweiten Zusammenhänge der Ausbeutung, der ungerechten Weltwirtschaftsbeziehungen und Folgen des Raubbaus an der Natur aufmerksam machten. Spätestens

ten in eigener Verantwortung z.B. in Richtung Eine-Welt-Arbeit, Partnerschaftsbeziehung oder Flüchtlings-, Asyl- und Menschenrechtsengagement oder Umwelt- und Naturschutzarbeit. Entscheidend für die Schwerpunktsetzung sind die Synoden (Parlamente



der Kirche) auf Landes- und auf Kirchenkreisebene. Auf Gemeindeebene entscheiden die Kirchenvorstände. In all diesen Gremien haben die "Laien" (Nichttheologen) die Mehrheit. Inzwischen gibt es die parallele Entwicklung auf kommunaler Seite: der Agenda 21-Prozeß. Beide Prozesse beinhalten das gleiche und müssen parallel und zusammen umgesetzt werden. Endlose Debatten sollten dabei allerdings vermieden werden.

## Umweltbeauftragte & Beratungsstellen

In der Landeskirche Kurhessen-Waldeck zum Beispiel gibt es seit langem die Forderung nach einer zentralen Arbeits- und Beratungsstelle für Gemeinden zu den Schwerpunkten des Konziliaren Prozesses, die auch die verschiedenen Aktivitäten in den "kirchlichen Werken" (z.B. Jugend-, Frauen-, Handwerker-, Landvolk-Arbeit) koordiniert und qualifiziert. Tatsächlich gibt es zwei Ökumenische Werkstätten (in Kassel und in Hanau) für die Eine-Welt-Arbeit und einen ehrenamtlichen Landeskirchenbeauftragten für die Umweltarbeit. Jeder Kirchenkreis hat eine/n oder eine Gruppe von zusammenarbeitenden Umweltbeauftragte/n, die die Gemeinden und PfarrerInnen beraten, die mit Küstern und Hausmeistern, PfarrerInnen konkrete Mißstände versuchen zu verändern. Im Kirchenkreis Hersfeld z.B. wurde das Prinzip der Beauftragung auch an der Basis umgesetzt: Aufgrund eines Beschlusses der Pfarrkonferenz (aller PfarrerInnen) und in der Kreissynode benennt jeder Kirchenvorstand einer Kirchengemeinde zu Beginn seiner Legislaturperiode auch eine/n (oder eine Gruppe von) Umweltbeauftragte/n. Sie bekommen eine schriftliche Beauftragung mit ihren Rechten und Pflichten feierlich überreicht.

Diese Beauftragten (65 Leute im Kirchenkreis bei 50.000 Einwohnern) sollen nicht nur Aktivitäten und Veränderungen in ihrem eigenen Gemeinden anregen, sondern sie arbeiten auch auf Kreisebene zusammen. Sie tauschen Erfahrungen aus, erarbeiten Projektvorschläge, halten Kontakt zu Organisationen der Umwelt- und Naturschutzarbeit.

Die Kirchen könnten auch wie die § 29er-Verbände Stellungnahmen bei Planungsverfahren abgeben. Das wurde aber bisher nur in Ausnahmesituationen gemacht.

## Aufgabenbereiche/ Konkrete Ideen

Kirchengemeinden sind organisatorisch als Einheit zu betrachtende Einrichtungen, die die Erarbeitung eines Umweltschutzkonzeptes samt Vorschlägen zur Umsetzung möglich machen. In einigen Fällen können Einzelbereiche auch als geschlossene Einheit ausgegliedert bzw. gesondert behandelt werden. Die Erarbeitung eines oder mehrerer Umweltkonzepte können die Kirchengemeinden selbst vornehmen, empfehlenswert ist aber, sich Hilfe von Umweltverbänden, von Einzelpersonen oder Instituten einzuholen oder "einzukaufen". Günstig ist es, wenn die Ideen breit getragen werden.

Daher sollten die Schritte und Einzelvorschläge im Kirchenvorstand sowie in anderen Gremien und Gruppen, am besten aber auf einer Vollversammlung besprochen werden. Dann können vielleicht sogar weitere MitstreiterInnen oder Personen, die ähnliche Maßnahmen am eigenen Haus oder Grundstück durchführen, gefunden werden.

Wichtig ist, alle hauptamtlichen MitarbeiterInnen einzubeziehen. Denn gute Ideen und umsetzbare Vorschläge entstehen vor allem dann, wenn die, die es hinterher betrifft, in der Planungsphase dabei sind.

Folgende Auflistung beinhaltet Ideen, welchen Themen sich engagierte UmweltschützerInnen in Kirchengemeinden widmen können. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit:

- Ökologische Betreuung der kirchlichen Flächen (Friedhöfe, Parkanlagen, Wiesen, Pfarrgärten, Spielflächen ...)
- Ökologischer Anbau auf landwirtschaftlichen Flächen in Kirchengemeinden (entfällt bei kontrolliert-biologischer Nutzung)
- Naturschutzplanung für die Eigentums- und Pachtflächen (Renaturierungen, extensive Nutzung, Biotopverbund usw.).

### Kontakte:

Evangelische Kirche  
(EKD)  
Umweltbeauftragter  
Hagemannstr. 4  
45657 Recklinghs.  
02361/206221

Katholische Kirche  
Ausschuß für  
Umweltfragen  
Domplatz 3  
94032 Passau  
0851/393350



- bewußteres Einkaufs- und Konsumverhalten bei gemeindlichen Veranstaltungen
- Möglichkeiten der Rohstoffeinsparung (Wasser- und Energiesparen im gesamten Betrieb, Einsatzmöglichkeiten für Solar-, Biogas- und Windenergie, Regenwassernutzung und -versickerung).
- Energiebewußtseinsbildung
- Vorbild sein bei der Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und bewußte Förderung der öffentlichen Verkehre (ÖPNV-Vorschläge für Gemeinde und Region, Aktionen zur Wiederbelebung der Schiene, zur Reduktion des Güter-Fernverkehrs durch regionale Produktion).
- Mobilität der VeranstaltungsbesucherInnen: Förderung von ÖPNV, FußgängerInnen und RadfahrerInnen.
- Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Betrieben, Kleinerzeugern usw. zur Weiterverarbeitung und Vermarktung der Produkte der Region.
- Jede Gemeinde könnte sich verpflichten, Bauern aus der eigenen Gemeinde, die auf kontrolliert-ökologische Bewirtschaftung umstellen, zu helfen.
- Zusammenschlüsse aller ökologisch wirtschaftenden Betriebe fördern und versuchen, zusammen mit dem Landkreis eine regionale Vermarktung zu organisieren, z.B. an große "Betriebe" wie Krankenhäuser, Großküchen in Restaurants etc.
- In Gemeinden können Bauernmärkte institutionalisiert werden, die regelmäßig stattfinden. Wer allerdings hofft, daß sich so eine Initiative ablöst und auf eigene Füße kommt, der sei gewarnt. Denn der Zusammenhalt ökologischer Betriebe ist sehr schwer herzustellen und aufrechtzuerhalten. Es bedarf meist einer "Kraft" von außen, die das "Management" übernimmt.
- Müllvermeidung, umweltverträglicher Bürobetrieb usw.
- Eventuell Umweltanalyse und -planung für Bereiche wie z.B. Drucksachen, Öffentlichkeitsarbeit, Bildung und Beratung, kircheneigene Einrichtungen (Heime, Stationen, Läden, Jugendzentren usw.).
- Baubiologie an und in Gebäuden (siehe Kapitel 26, "Haus(halt)").
- Müllpolitik vor Ort kritisch beobachten: Wertvolle Rohstoffe können extra gesam-

- melt, wenn möglich regional wiederverwertet werden (Arbeitsplätze, für kleine selbständige Betriebe, z.B. Kork u. Pappe). Dafür können in den Gemeindehäusern Sammelstellen eingerichtet werden.
- Vorschläge für Öffentlichkeits- und Unterstützungsarbeit z.B. bei Dorfentwicklung, Direktvermarktung usw.
- Artikel für Gemeindebriefe schreiben

## Modellprojekte

Die Arbeit kann je nach eingebrachten Ideen und Fähigkeiten in vielfältiger Weise weitergehen. Einzelne Kirchengemeinden oder Institutionen könnten modellhaften Konzepten zu einem Forum für gesellschaftliche, auch ökonomische Innovationen werden. Entscheidend ist die Struktur: Einbindung in das akzeptierte Geflecht kirchlich-gemeindlicher Strukturen. Beauftragungen sind da eine bekannte Sache (für Diakonie, für Patenschaft, für alle möglichen Engagements der Gemeinde wie Kindergarten, PfadfinderInnen etc.) Das sind dann kleine Gremien, in denen Innovationen gern gesehen und mit viel Schwung aufgegriffen werden. Dieses System kann auch für die Umwelt-, Friedens- und Entwicklungsarbeit genutzt werden.

Die Betätigungsfelder sind offen und ausbaubar. Hier könnte sich ein neues Verständnis von Gemeinde, Nachbarschaft, Nachbarschaftshilfe und politischem Engagement, Mitverantwortung und Einflußnahme entwickeln. Noch steht das Berufsverständnis des/ der Pfarrers/Pfarrerin den längst fälligen Veränderungen im Wege. Es ist deshalb nötig, daß die erreichten Standards auch kirchenrechtlich abgesichert werden.

## Der Autor

Michael Held (Arbeits- & Koordinierungsstelle PRAKTISCHE SCHRITTE für Gerechtigkeit, Frieden & Bewahrung der Schöpfung im evangelischen Kirchenkreis Hersfeld)  
Simon Haune Str. 15, 36251 Bad Hersfeld  
Tel. 06621/3479, Fax 65645



# Mehr Ökologie in die Uni

An vielen Hochschulen gibt es bereits Umweltgruppen oder Öko-Referate beim Allgemeinen StudentInnenausschuß, die sich konkret an der Universität für Umweltschutz stark machen. Aber auch, wo es noch keine studentische Umweltgruppe gibt, ist es gar nicht so schwer, selbst eine zu gründen.

Eine ganze Reihe von Handlungsmöglichkeiten bietet sich an. Dieses Kapitel soll einen Überblick über die Arbeit in Hochschulgruppen geben und einige Themenbereiche aufzeigen, in denen StudentInnen an verschiedenen Universitäten bereits einiges erreicht haben.

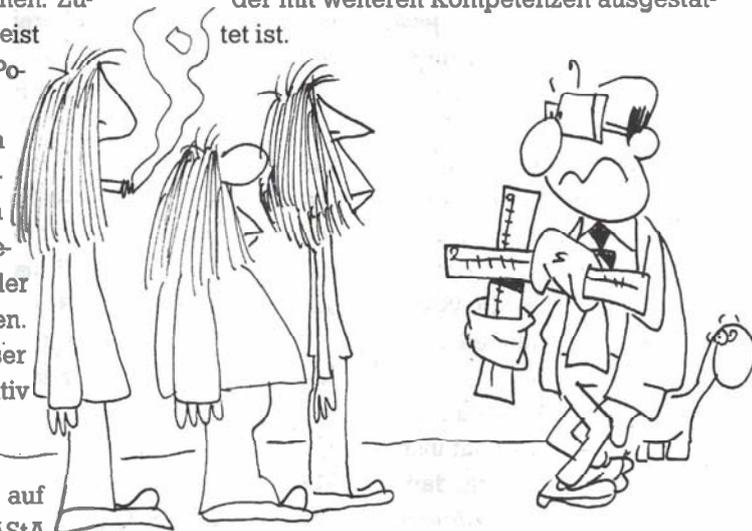
## Studentische Umweltgruppen

Studentische Umweltgruppen unterscheiden sich in der Regel von anderen Initiativen und Projekten durch einen Vorteil und einen Nachteil. Der Vorteil ist, daß sie durch die Anbindung an den Allgemeinen StudentInnen Ausschuß (AStA) oder StudentInnen-Rat (StuRa) - wo vorhanden - unkompliziert deren Räume und Infrastruktur nutzen können. Zudem kann mensch an Hochschulen meist recht unkompliziert auf "geistige" Potentiale zurückgreifen.

Der große Nachteil besteht jedoch genau in diesem Vorteil. Die bundesdeutschen ASten und StuRäte sind an ihr "hochschulpolitisches Mandat" gebunden: Sie dürfen nur im Rahmen der Hochschule/Hochschulpolitik agieren. Allerdings wird die Einhaltung dieser massiven Beschränkung sehr restriktiv gehandhabt.

Bevor mensch also eine neue Gruppe gründet, sollte mensch sich auf jeden Fall erkundigen, ob es beim AStA oder StuRa ein Umweltreferat gibt und unter welchen Rahmenbedingungen dieses arbeitet (siehe auch Kapitel 6, "Gruppenarbeit" und 9, "Projektwerkstätten"). Sollte noch kein Umweltreferat existieren, dürfte es meist kein Problem sein, etwas ähnliches ins Leben zu rufen. Meist bedarf es dazu lediglich eines Anerkennungsbeschlusses durch die Studierendenvertretung.

Eine Mitgliedschaft im AStA/StuRa ist in der Regel nicht erforderlich. Im Gegenteil: Viele ASten und StuRäte sind derzeit unterbesetzt und freuen sich über neue MitstreiterInnen. In vielen Fällen hat es sich aber als sinnvoll erwiesen, für das Umweltreferat ein semester-/studienjahrbezogenes Budget einzufordern. Dadurch kann die Arbeit kontinuierlicher geplant werden und erlangt eine gewisse Unabhängigkeit. Einige ASten und StuRäte wählen zudem eine/n UmweltreferentIn, der mit weiteren Kompetenzen ausgestattet ist.



Gerade für Initiativen, die an Lehrinhalten arbeiten wollen, empfiehlt es sich, auch mit studentischen Fachschaftsräten Kontakt aufzunehmen.

Ob und inwiefern eine Zusammenarbeit mit anderen studentischen Hochschulgruppen projektbezogen oder gar generell sinnvoll ist, sollte an den örtlichen Begebenheiten orientiert entschieden werden.



## Umwelt- beauftragte

Leider haben studentische Ökologiegruppen keine offiziellen Befugnisse, um ihren Vorschlägen Nachdruck zu verleihen. Außerdem haben sie in der Regel keinen Zugang zu Planungen und Entscheidungen der Hochschule!

Um den Aufgaben gerecht zu werden, die die Hochschulen in Sachen Umweltschutz haben, ist es deshalb dringend notwendig, dem Umweltschutz an Hochschulen zusätzliche Kompetenzen zu verleihen. Dies sollte zum einen durch die Einrichtung von Umweltkommissionen und zum anderen durch die Berufung von hauptamtlichen Umweltbeauftragten erreicht werden!

### Informationen:

Das Hochschulumweltinfo (HUI): Seit 1990 erscheint die Mitgliederzeitung der Bundeskoordination studentischer Ökologiearbeit (BSÖ), das Hochschulumweltinfo (HUI), zweimonatlich als Austauschforum der an den Hochschulen im Umweltschutz aktiven Studierenden.

Faltblätter:  
(kostenlos)

Die Faltblätter dienen als Kurzinformation, die eine Einführung in das Thema, Inhalte, Vorgehensweise, wichtige Kontaktadressen, ReferentInnen und Literaturhinweise geben.

- Einführung von Produkten aus ökologischem Landbau in den Mensen
  - Tips, Tricks und Argumente
- Gentechnologie in den Mensen
  - Papier
- Energie sparen an Hochschulen
  - Kaffee
- Ökologischer Landbau
- Umweltbildung
- Verkehrskonzepte an Hochschulen
- Umweltkommission/ Umweltbeauftragte
- Selbstdarstellung der BSÖ

### Konkrete Ansätze

Aus den Erfahrungen bereits eingerichteter Umweltkommissionen zeigt sich, daß die Arbeit am effektivsten ist, wenn die Umweltkommission eine Kommission der Hochschulleitung ist und ihr jeweils ein/e VertreterIn aller Hochschulgruppen angehören (ProfessorInnen, wissenschaftliche MitarbeiterInnen, Studierende).

Allgemein läßt sich sagen, daß sich die Umweltkommissionen mit allem, was notwendig ist, beschäftigen, um das Ziel einer umweltverträglichen Hochschule zu erreichen (z.B. Abfall, Energie, Wasser/Abwasser, Verkehr, Baumaßnahmen, Chemie, Naturschutz, ...)

Die bisherige Arbeit der Umweltkommissionen hat insbesondere auch gezeigt, daß die Kapazität einer nebenamtlichen Kommission sehr schnell mit dem Arbeitsaufwand für eine angemessene und kompetente Behandlung der verschiedenen Themengebiete nicht ausreicht. Die Umweltkommission muß deshalb von einem/r hauptamtlichen

Umweltbeauftragten unterstützt werden.

Um eine effektive Tätigkeit des/der Umweltbeauftragten zu ermöglichen, ist der/die Umweltbeauftragte direkt der Hochschulleitung zuzuordnen! Ebenso ist die Einsicht in alle umweltrelevanten Daten und Planungen erforderlich.

Zur Zeit sind Umweltbeauftragte nur in Sachsen gesetzlich vorgeschrieben. Die Technische Universität Berlin zum Beispiel hat seit April 1991 einen Umweltbeauftragten. An einigen Hochschulen existieren Umwelt- bzw. Abfallbeauftragte, die aber eher den technischen Diensten zugeordnet sind, als daß sie konzeptionell arbeiten. Dagegen gibt es an vielen Hochschulen Umweltkommissionen.

### Vorgehensweise

Eine erfolgversprechende Vorgehensweise der Ökologiegruppen kann folgendermaßen aussehen:

1. Beantragung der Einrichtung einer Umweltkommission im Senat. Wenn im Antrag bereits engagierte Personen benannt werden, die sich dafür bereit erklärt haben, kann er fast nicht abgelehnt werden.
2. Wenn möglich mit Hilfe der Umweltkommission dafür sorgen, daß ein/e Umweltbeauftragte/r auf die Liste der Stellenanträge der Hochschule für den neuen Haushalt kommt.
3. Gleichzeitig einen gesonderten Antrag für eine/n Umweltbeauftragte/n beim Ministerium einreichen.





4. Bei Ablehnung: politischer Druck beim Wissenschafts- und Umweltministerium ausüben. Außerdem die Landtagsfraktionen informieren und Kontakt mit deren hochschulpolitischen SprecherInnen aufnehmen ... und immer wieder nachhaken.

## Umweltschutz in der Mensa

### Kaffee/Tee

Die Einführung von ökologisch angebautem und fair gehandeltem Kaffee und Tee eignet sich besonders gut als ein Schritt auf dem Weg zu einer Gesamtumstellung der Mensen auf ökologisch angebaute Produkte. Die Studierendenwerke und ihre Verpflegungseinrichtungen sind in Deutschland immerhin der größte "Küchenbetrieb"!

Studierende sind durch ihren Konsum von "herkömmlichem" Kaffee so in großem Maße an der Situation in den Kaffeeländern beteiligt: Durch die vor allem seit 1989 fallenden Weltmarktpreise wird das Leben der Menschen dort immer schlechter, der Teufelskreis von Verschuldung, Überproduktion, sinkenden Rohstoffpreisen, ökologischen Schäden, Verarmung und zunehmender Abhängigkeit für die kaffeeproduzierenden Länder immer größer.

Durch die Initiative vieler Ökologie- und Sozialgruppen an zahlreichen Universitäten konnte bereits einiges gegen diese fatale Entwicklung getan werden. An Hochschulen in Bonn, Aachen, Osnabrück, Wuppertal, Göttingen, Lüneburg, Münster, Tübingen, Jena und vielen anderen läuft der (Teil- und Komplett-) Ausschank von fair gehandeltem und meist auch ökologisch angebautem Kaffee gut. Auch das Deutsche Studierendenwerk (DSW) hat in seinen "Sieben Punkten zum Umweltschutz und zur Qualitätssicherung in den Wirtschaftsbetrieben" die Verwendung von fair gehandeltem Kaffee unterstützt.

Verschiedene HändlerInnen bieten unterschiedliche Kaffeearten aus kontrolliert biologischen Anbau und fairem Handel an. Gemeinsam ist ihnen die (Zertifikat-)Sicherheit, die Liefersicherheit, auch für große Mengen,

und die Möglichkeit, für die jeweiligen Kaffeemaschinen die richtige Mischung und den optimalen Mahlgrad herzustellen. Die von ihnen angebotenen Kaffeearten können in allen Maschinen verwendet werden, die nicht mit einem speziellen Konzentrat arbeiten. Die Verwendung von fair gehandeltem und biologisch angebautem (Schwarzen) Tee ist völlig unproblematisch, da er auch in Aufgußbeuteln angeboten wird.

### Argumente/Gegenargumente

#### Preiserhöhung um 20 Pfennige?

Die Studierendenwerke argumentieren: Höhere Einkaufspreise für kooperativ produzierten Kaffee erhöhen den EndverbraucherInnenpreis immens: Der Einkaufspreis für herkömmlichen Kaffee liegt etwa 40 % unter dem des geforderten Alternativ-Kaffees. Stellt nun ein Studierendenwerk auf fair gehandelten Kaffee um, benutzt es diese Zahlen, um eine bei den Studierendenwerken in Deutschland übliche Preiserhöhung um 20 Pfennige zu rechtfertigen. In Nordrhein-Westfalen wurde außerdem argumentiert, das Land mache entsprechende Auflagen, daß auf den Einkaufspreis aller Produkte ein bestimmter Prozentsatz aufgeschlagen werden muß, so daß tatsächlich Preisaufschläge von 20 Pfennigen entstehen würden, obwohl der Einkaufspreis pro Tasse, wenn mensch die Aufschläge, z.B. für Personal und Herstellung, als gleichbleibende Summe festgelegt hätte, vielleicht nur eine Preiserhöhung um 5 Pfennige notwendig gemacht hätte. Aber laut der Festbetragsfinanzierung, die den einzelnen Studierendenwerken weitgehende Autonomie in der Preisgestaltung gibt, ist dieses Argument aber nicht mehr haltbar.

#### "Der Kaffee schmeckt mit unserem Wasser nicht!"

Es stimmt, daß jeder Kaffee mit unterschiedlichem Wasser auch unterschiedlich schmeckt. Abgesehen davon, daß Geschmack bekanntermaßen eine sehr subjektive Angelegenheit ist, ist es aber auch möglich, für jede Wasserhärte eine Kaffeemischung zusammenzustellen, die dem Massengeschmack nahekommt. Dies gilt für gerecht

#### Informationen:

SonderHUIs: Die SonderHUIs (Hochschul-Umwelt-Info) widmen sich sehr ausführlich einem Thema und vermitteln Hintergrundwissen und Erfahrungen in der Arbeit auf entsprechenden Gebieten.

Mensa-Reader: Ein Leitfaden zur Ökologisierung von Mensen und Cafeterien als Argumentationshilfe, inkl. Stand der Entwicklung an nahezu allen Hochschulorten

Bundesweiter Mensa-Aktionstag: Ein Rückblick (mit wichtigen Hilfestellungen zur Organisation einer bundesweiten Aktion)

Mensa-Studie: Eine Untersuchung der BSÖ zum Umweltschutz in Mensen und Cafeterien an Hochschulen mit vielen praktischen Anregungen zur Umsetzung anhand des Beispiels einiger Studierendenwerke



gehandelten Kaffee genauso, wie für herkömmlichen Kaffee und läßt sich bei einer "Blindprobe" schnell bestätigen.

### **"Müssen bei Ausschreibungen alle KaffeeanbieterInnen gleich behandelt werden?"**

Von einigen Studierendenwerken ist zu hören, daß eine Bevorzugung von alternativen Produkten prinzipiell nicht möglich sei, da die Studierendenwerke wirtschaftlich arbeiten müssen und damit die AnbieterInnen von Produkten aus fairem Handel unter gleichen Bedingungen an den öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen müßten und dann keine Chance hätten.

Dies ist so nicht korrekt. Es ist durchaus möglich, eine spezifische Ausschreibung durchzuführen, die konkrete Anforderungen an das ausgeschriebene Produkt stellt - in diesem Fall etwa die Forderung nach ökologisch angebautem, kooperativ produziertem Kaffee. Beide genannte Anforderungen beziehen sich nicht direkt auf die Qualität des Produkts. Oft ist es seitens der Bestimmungen der Landesregierungen möglich, daß umweltschonende "Leistungen eines Produkts auch in einem Mehrpreis berücksichtigt werden können. Es ist sogar möglich, in der Ausschreibung direkt kleinere und mittlere Betriebe anzusprechen.

### **"Der fair gehandelte Kaffee ist in den Kaffeeautomaten in unseren Mensen und Cafeterien nicht zu verwenden!"**

Dieses Argument wird von den Studierendenwerken sehr oft als Totschlagargument vorgebracht. Hier ist es besonders wichtig, genau Bescheid zu wissen: Alle Automaten, die den Kaffee nicht frisch aufbrühen, sondern ein Kaffeekonzentrat verwenden, können nicht alternativ beliefert werden. Für alle Automaten jedoch, die Kaffee frisch aufbrühen, trifft dies nicht zu. Hier ist es eine Frage des Mahlgrades und der technischen Einstellung der Kaffeemaschine. Ganz besonders aufpassen muß mensch in diesem

Zusammenhang, daß nicht ein ganz anderer Grund hinter der Verhinderung des fair gehandelten Kaffees steht: Oft stellen die konventionellen Kaffeekonzerne die Kaffeeautomaten für sehr wenig Geld zur Verfügung, sichern sich aber vertraglich ab, daß nur ihr Kaffee in den Automaten verkauft werden kann. Seit einiger Zeit kommen zudem Kaffeeautomaten auf den Markt, die nur ca. 1/6 der herkömmlichen Kaffeeautomaten kosten (ca. 5.000 DM statt ca. 30.000 DM), die wesentlich platzsparender sind und die mit einem neuartigen Flüssigkaffeekonzentrat arbeiten, so daß keinerlei Rückstände - wie Kaffeesatz - entstehen und damit kaum Reinigungsmaßnahmen nötig werden.

### **Produkte aus ökologischem Landbau**

Angesichts von mehreren Tonnen an Lebensmitteln, die in einer Mensa im Jahr "umgesetzt" werden, leistet eine Mensa, die Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau (kbA) verwendet, einen großen Beitrag zur Förderung des ökologischen Landbaus. Auf dem Weg dorthin werden Studierende von Seiten der Studierendenwerke oft mit Gegenargumenten aufgehalten.

### **Argumente/Gegenargumente**

#### **"Wir wollen uns nicht von Landwirten des ökologischen Landbaus aus der Region abhängig machen."**

Vor diesen Abhängigkeiten haben die Öko-Landwirte ebenfalls Angst. Das Studierendenwerk Oldenburg hat zum Beispiel keine festen Lieferverträge, sondern läßt sich von al-



#### **Kontakte:**

Bioland - Verband für organisch-biologischen Landbau e.V.  
Nördliche Ringstr. 91  
73033 Göppingen  
07161/910120

demeter-bund  
Baumschulenweg 11  
64295 Darmstadt  
06151/2674

Naturland  
Verband für naturgemäßen Landbau  
Kleinhaderner Weg 1  
82166 Gräfeling  
089/8545071

ANOG - AG für naturnahen Obst-, Gemüse- und Feldfruchtanbau  
Pützch. Chaussee 60  
53227 Bonn



## Gentechnologie



Die Gentechnikindustrie sitzt in den Startlöchern. Wie weit die Gentechnologie im Lebensmittelbereich Einzug nimmt und wie es mit der Kennzeichnung entsprechender Produkte aussieht, das regelt die Novel Food-Verordnung der Europäischen Union (EU). Ob unsere Lebensmittel überhaupt gentechnisch manipuliert werden sollen,

wird leider nicht mehr in Frage gestellt. In Deutschland sprachen sich aber in verschiedenen Umfragen etwa 80% der Bevölkerung gegen gentechnisch manipulierte Lebensmittel aus. Nach der neuen Verordnung müssen nicht alle gentechnisch veränderten Produkte gekennzeichnet werden. Es muß also davon ausgegangen werden, daß gentechnisch manipulierte Nahrungsmittel auch in den Mensen Einzug nehmen werden. Dies gilt es zu verhindern.

len Anbietern Angebote für ein bestimmtes Produkt geben.

**"Ländlich gelegene Studierendenwerke haben mehr Möglichkeiten, an Produkte aus kbÄ zu gelangen."**

Das ist im Moment sicherlich nicht ganz falsch. Allerdings gibt es inzwischen mehrere Molkereien und GroßhändlerInnen, die auch ohne größere Probleme dichter besiedelte Gebiete beliefern können.

Dies ist allerdings nur eine Lösung. Eine bessere wäre es, konventionelle Landwirte in unmittelbarer Nähe von Studierendenwerken dazu zu bringen, auf ökologischen Landbau umzustellen.

**"Nur wenige Studierende wollen Produkte aus kbÄ. Außerdem sind nur wenige Studierende bereit, mehr für die kbÄ-Produkte zu bezahlen."**

Mittelt man alle Werte der in den letzten 2 Jahren in Deutschlands Mensen durchgeführten Umfragen einiger ASten/StuRäte, so äußern sich über 70% der Studierenden positiv zu der Einführung von kbÄ-Produkten und würden sogar 50 Pfennige mehr dafür bezahlen. Außerdem gibt es mittlerweile Beispiele dafür, daß Mensen mit ökologischem Angebot ihre Essenszahlen erhöhen konnten.

**"Das Essen muß teuer angeboten werden, so daß die Studierenden es nicht mehr bezahlen können."**

Das Beispiel Oldenburg zeigt, daß es auch anders geht. Das StW Oldenburg bietet täglich ein Menü-Essen für 2,70 DM an, während es das alternativ Essen regelmäßig für 3,40 DM anbietet.

### Informationen:

SonderHUIs (Hochschul-Umwelt-Info):

Bahnreform, April 1994, kostenlos

Verkehrskonzepte an Hochschulen (Seminar in Potsdam) 1994, kostenlos

Verkehrskonzepte an Hochschulen (Seminar in Nürnberg) 1993, kostenlos

## Gentechnisch manipulierte Lebensmittel verhindern

Gerade im Bereich Gentechnik in Lebensmitteln sind sehr viele Studierendenwerke recht kooperativ. Es ist daher sinnvoll, z.B. an den Hochschulen und Mensen Aktionen durchzuführen, um die Studierenden über die Gefahren der Gentechnologie im Lebensmittelbereich und die zu schwachen Richtlinien zur Kennzeichnungspflicht aufzuklären.

Das Deutsche Studierendenwerk (DSW) hat eine Resolution verabschiedet, in der die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes aufgefordert werden, eine umfassende Kennzeichnungspflicht im Lebensmittelbereich zu fordern, damit die einzelnen Studierendenwerke die Möglichkeit haben, auf gentechnisch manipulierte Produkte in ihren Wirtschaftsbetrieben gänzlich zu verzichten. Weiterhin fordern einige Studierendenwerke (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen) eine Garantieerklärung von ihren Mensazulieferern, daß diese keine gentechnisch veränderten Lebensmittel anliefern. Rechtlich kann mensch sich damit sicherlich nicht absi-



chern, da durch die mangelnde Kennzeichnungspflicht auf Dauer kaum die gentechnische Manipulation an Lebensmitteln auszuschließen ist. Andere Studierendenwerke sollten diesem Beispiel folgen, denn als größte Essensanbieter Deutschlands mit einem Umsatz im Verpflegungsbereich von insgesamt über 700 Millionen DM stellen sie eine nicht zu verachtende Lobby dar.

## Verkehrskonzepte

### Studierenden-/Semesterticket

Jede/r StudentIn ist VerkehrsteilnehmerIn und zumindest zur Anfahrt an die Hochschule nicht nur zu Fuß unterwegs, sondern mit Rad, Auto oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Hochschulen zählen in ihren Städten meist zu den größten VerkehrsverursacherInnen, ihre Verkehrsströme werden aber in großen Teilen wenig umweltgerecht abgewickelt.

Um die Nutzung des ÖPNV attraktiver zu machen, werden an immer mehr Hochschulen "StudiTickets" eingeführt, bzw. es laufen noch Verhandlungen. Für das StudiTicket wird ein erhöhter Semesterbeitrag eingezogen. Da jede/r zahlt, aber nicht unbedingt alle das Ticket so intensiv nutzen, und vor allem der Verkehrsbetrieb mit dem Geld planen kann, sind StudiTickets preislich viel attraktiver als gewöhnliche Monatskarten oder schon angebotene freiwillige Semester-Tickets der Verkehrsbetriebe.

Durch den attraktiven Preis sinkt auch der Anteil der autofahrenden Studis, da sie teilweise umsteigen. Besonders toll wäre natürlich die parallele Einführung von Jobtickets für die Hochschulbediensteten.

### Parkraumbewirtschaftung

Diese Maßnahme sollte, wo möglich, eingeführt werden, da sie dem Autoverkehr wenigstens einen Teil der Kosten auferlegt, die er verursacht. Außerdem wird dadurch viel stärker das bewirkt, was auch ein StudiTicket erreichen soll: AutofahrerInnen zum Umsteigen zu bewegen.

ket erreichen soll: AutofahrerInnen zum Umsteigen zu bewegen.

Durch die Einnahmen (das Konzept sollte nicht zu verwaltungsaufwendig sein, weil sonst alle Einnahmen wieder versickern) könnten Gelder für die Förderung des ÖPNV (z.B. durch weitere Verbilligung des Studi- und/oder Job-Tickets) oder des Rad- und Fußverkehrs zur Verfügung stehen.

## Verkehr rund um die Hochschule

Die Entwicklung eines Verkehrskonzeptes für die Schnittstelle Hochschule-Stadt kann auch sinnvoll sein. An manchen Hochschulen gibt es Verkehrskommissionen, die den Senat beraten sollen. Wenn eine solche Kommission zur Mitarbeit gewonnen werden kann, ist das natürlich gerade beim Herantreten an die städtischen Behörden, die z.B. für den Radwegebau zuständig sind, von Vorteil. Gut ist auch eine Einladung von KommunalpolitikerInnen zu einer Begehung/Befahrung des Hochschulgeländes und der praktischen Demonstration, wo an den Schnittstellen zur Stadt Probleme auftauchen, wo z.B. noch Radsuren fehlen, wo ein Rad-/Fußweg zu schmal ist, eine Einbahnstraße geöffnet werden könnte usw. (siehe auch Kapitel 4, "Umfassende Konzepte" und 2, "Behörden und Lobbyarbeit").

## Weitere Maßnahmen

- Einrichtung einer Radwerkstatt, in der unter Anleitung Räder repariert werden können, und/oder Radanhängerverleih.
- Anschaffung von Schließfächern (denn RadfahrerInnen und FußgängerInnen haben keinen Kofferraum) und sicherer und evtl. überdachter Radabstellanlagen.
- Bessere und häufigere Anbindung der Hochschule an den ÖPNV, also bei Kommune und Verkehrsbetrieb intervenieren.
- Erstellung von Info-Broschüren mit Fahrplänen/Übersichten der Linien und der Radwege zur Hochschule, Anschaffung von Kursbüchern für Bahn und Bus.

#### Kontakte:

Mobil ohne Auto  
Philipp-Reis-Str. 84  
60486 Frankfurt  
069/771021

Autofreier  
Hochschultag  
c/o Oliver Iost  
Gerwigstr. 54a  
76131 Karlsruhe  
0721/96403-17



## Aktionstips

- Innerhalb einer Aktionswoche könnten z.B. Infobusse auf den Campus geholt werden, in denen sich Studis z.B. persönliche Fahrpläne machen lassen können. Die Verkehrsbetriebe können ihr Angebot vorstellen, und am besten gibt es noch besonders billige Schnuppertickets für ein oder zwei Wochen (evtl. nur für Erstsemester).
- Umwelt-Öko-Frühstück auf abgesperrten Parkplätzen
- "Straßensperrungshappening" an Straßenabschnitten die zu FußgängerInnenzonen werden sollten (z.B. vor Mensa oder grossem Hörsaal wo sonst immer Chaos zwischen FußgängerInnen, RadfahrerInnen und Autos herrscht, weil alle kreuz und quer durcheinander laufen und fahren).
- Preisausschreiben veranstalten, in dem nach Tarifen, Linienkenntnissen oder auch Mängeln im Radwegnetz gefragt wird.
- Kurse zum Selbstbau von Fahrradanhängern oder Liegerädern anbieten
- siehe auch Kapitel 1, "Aktionsformen"

## Energie

Energiesparen fängt bei einer vernünftigen Raumbelagung an. Die Räume in den tieferen Etagen sollten besonders in den Wintersemestern optimal ausgelastet sein, dadurch können die Wärmeverluste durch den Transport der Wärme in die höheren Stockwerke verringert werden. Eine noch größere Effektivität hat der Einbau einer Heizungspumpenanlage mit der einzelne Stockwerke oder Räume geregelt werden können. Diese verursacht zwar einige Investitionskosten, rentiert sich bei einer guten Raumplanung sehr schnell durch die eingesparten Energiekosten.

Da viele Hochschulen zu kurzfristig planen oder zu wenig Geld haben, um eine neue Heizungspumpenanlage, eine energiesparende Heizungs- oder Klimaanlage oder andere energiesparende Investitionen zu tätigen, sollte versucht werden, einen Drittmittelfinanzierer zu finden. Drittmittelfinanzierung bedeutet, daß die Investitionskosten durch eine Firma getragen werden, die dann die ein-

gesparten Energiekosten bekommt, so daß die Energiekosten für die Hochschule gleich bleiben, aber trotzdem Energie durch eine neue Anlage eingespart wird. Nach einer vorher festgelegten Zeit (z.B. 10 Jahren) wird die Anlage dann der Hochschule überlassen. Wichtig ist es, herauszubekommen, wer an einer Hochschule für Energieeinkauf, Energieeinsatz etc. verantwortlich ist.

Der gute Kontakt zu diesen Leuten ist für die erfolgreiche Durchführung eines Projektes unerlässlich. An einigen Schulen wurde ein "fifty/fiftyProjekt" durchgeführt. Bei diesen Projekten wurde mit den Energieversorgungsunternehmen (EVU) ein Vertrag geschlossen, in dem festgelegt wurde, daß die Hälfte der eingesparten Energiekosten den SchülerInnen für ein eigenes vorher festgelegtes Projekt zur Verfügung stand. Dies ist auch für Studi-Wohnheime eine gute Möglichkeit, um z.B. Gemeinschaftsräume besser oder neu einrichten zu können. Es schafft gleichzeitig ein Bewußtsein für den sparsamen Umgang mit Energie.

Die Hochschulen sind große EnergieabnehmerInnen und mittlerweile auf das Sparen aus, in Zusammenarbeit mit regionalen Stadtwerken können öffentlichkeitswirksame Aktionen gestartet werden, die zu einem effizienteren Einsatz von Energie führen und den Einsatz von neuen Technologien forcieren. Weitere Informationen bietet das Kapitel 24, "Klima und Energie".

## Forschung & Lehre

Neben der praktischen Auseinandersetzung mit Umweltproblemen und Lösungsansätzen ist es wichtig, auch die technische und geistige Innovation auf diesem Gebiet voranzutreiben. Hier sind logischerweise die Hochschulen gefragt, oft ist aber der Druck und die Initiative von Studierenden nötig, um hier wirklich etwas voranzubringen.

Mitunter wurden sogar schon neue Lehrstühle (z.B. für Umweltschutz im Bereich der Wirtschaftswissenschaften) geschaffen. Ein erster Schritt dahin wäre die Einbeziehung solcher Themen in die Vergabe von Haus-, Studien- und Diplomarbeiten oder die Aus-

### Informationen:

SonderHUIs (Hochschul-Umwelt-Info):

Umweltschutz in Wohnheimen: Ein ABC zur Umsetzung ökologischer Maßnahmen

Ökologiearbeit an Hochschulen - ein Leitfaden nicht nur für EinsteigerInnen

### Kontakt:

Themenbereich Energie des ASTA-Ökologiereferat  
Jörg vom Stein  
Max-Horkheimer-Str.  
42119 Wuppertal



schreibung eines Wettbewerbes innerhalb der eigenen Hochschule. Eine Arbeit zur Verbrauchserfassung oder Optimierung von Verbräuchen zum Beispiel ist eine gute Möglichkeit, die Energiediskussion, die psychologischen Ideen zur Energieeinsparung, oder den Einsatzes von neuen Technologien voran zu bringen.

## Papier

### Kontakte:

UWS Papier und Druck GmbH  
Libanonstr. 72a  
70184 Stuttgart  
0711/468317

Papyrus GmbH  
Riedlinger Str. 24  
86153 Augsburg  
0821/414880

Steinbeis Temnung Papier  
Postfach 1155  
74375 Gemmingheim  
07143/3720

Dreigiebelhaus GmbH  
Stuttgarter Str. 121  
74321 Bietigheim  
-Bissingen  
07142/54321

WUP GmbH  
(Werkstatt für umweltfreundliche Produkte)  
Gaußstr. 19  
22765 Hamburg  
040/395445

Zettelwirtschaft GmbH  
Dorfstr. 18  
56288 Roth  
06762/7802

Aus ökologischer Sicht ist zuerst eine Verringerung des Papieraufkommens anzustreben. Desweiteren muß es Anliegen sein, den verbleibenden Papierbedarf möglichst umweltverträglich zu decken. Dies ist durch eine Umstellung auf Umweltschutzpapier möglich. Der Einsatz von recyceltem Altpapier spart Energie, Wasser und Rohstoffe. Weitere Vorteile liegen in einer geringeren Gewässerbelastung, einem reduzierten Chemikalieneinsatz und Müllaufkommen.

Begriffe wie Umwelt-, Öko-, Bio-, Green- etc. sind nicht geschützt und geben keinerlei Auskunft und Garantie über eine umweltverträgliche Herstellung bzw. die Verwendung von Altpapier. Es ist darauf zu achten, daß bei der Papierbeschreibung der Begriff Umweltschutzpapier oder Recyclingpapier verwendet wird.

## Umweltschutzpapier

**Merkmale:** ungebleicht, ungefärbt, nicht "deinkt", geringster Wasser- und Energieverbrauch, deutlich graue Farbe mit unterschiedlichen Färbungen.

**Anwendungsgebiete:** überall, wo mit Hand und Maschine geschrieben wird, ebenso zum Drucken, Verpacken und Verschicken, für Broschüren und Werbeprospekte; für Kopierer teilweise nicht geeignet.

## Graues Recyclingpapier

**Merkmale:** "deinkt", mehr Wasserverbrauch als bei UWS-Papier, heller und stabiler als UWS-Papier

**Anwendungsgebiete:** zum Fotokopieren und als Tabellierpapier keinerlei Einschränkung im Gebrauch, als Druckpapier im Off-setbereich sehr gut geeignet.

## Helles Recyclingpapier

**Merkmale:** z.T. aus hochwertigen unbedruckten Papiersorten, stark "deinkt", je nach Hersteller evtl. gebleicht und oder weiß pigmentiert; charakteristisch: kleine Druckfarbenpartikel

**Anwendungsgebiete:** erweckt durch den hohen Weißgrad den Anschein eines Primärfaserpapiers und läßt sich ebenso verwenden, vermeidet den grauen Eindruck des Altpapiers

## Argumente/Gegenargumente

### "Es gibt nicht genug Altpapier."

Die Behauptung, ein erhöhter Altpapiereinsatz bei der Produktion von Büropapieren sei auf Grund des Altpapiermangels nicht sinnvoll, entbehrt jeder Grundlage. Um auch in Zukunft die Versorgung mit höherwertigen Altpapiersorten sicherzustellen, ist eine Differenzierung der Sammelsysteme erforderlich.

### "Jedes Papier ist durch seine Verrottungsfähigkeit von sich aus umweltfreundlich und das Recycling von Altpapier deshalb unnötig."

Die Produktion von Primärfaserpapier ist sehr energieaufwendig, zusätzlich hat mensch später Entsorgungsprobleme auf Grund großer Papierabfallmengen.

### "Der deutsche Wald wird geschädigt, weil Absatzmöglichkeit für Restholz fehlen."

Die Forstwirtschaft sieht Recyclingpapier immer noch als ihren Feind an, da sie befürchtet, bei erhöhtem Altpapiereinsatz ihr Durchforstungsholz nicht absetzen zu können.

Allerdings stammen nur 20% des in Deutschland verwendeten Zellstoffes aus Durchforstungsholz. Die restlichen 80% wer-



den billiger aus Schweden, Kanada, USA und Finnland importiert (Kahlschlag). Der Gegner des Durchforstungsholzes ist somit in den Zellstoffbilligimporten zu sehen.

**"Die Zunahme des Papierrecyclings führt zum sogenannten Recyclingkollaps, weil die Faserqualität schließlich so schlecht ist, daß sich kein Papier mehr herstellen läßt."**

Diese Befürchtung ist unbegründet, denn Papierfasern lassen sich mindestens sechsmal recyceln.

Die derzeitige Altpapiereinsatzquote beträgt nur ca. 50% an der gesamten Papierherstellung; somit läßt sich die Altpapierquote noch deutlich steigern, ohne daß ein Recyclingkollaps zu befürchten ist.

**"Dem Recyclingpapier fehlt die Alterungsbeständigkeit."**

In Studien (u.a. Umweltbundesamt Berlin oder Steinbeis Temming) wurde festgestellt, daß die Alterungsbeständigkeit von säurefrei hergestellten (neutral geleimten) Recyclingpapieren nach DIN 6738 in die Altersklasse über 100 Jahre eingestuft wird.

**"Chlorfreies Papier ist dem Recyclingpapier ökologisch gleichwertig oder überlegen."**

Chlorfreies Papier wird aus Zellstoff hergestellt. Aber gerade die Zellstoffherstellung verbraucht am meisten an Rohstoffen, Energie, Wasser und Chemie.

**"Recyclingpapier ist teurer."**

In der Regel entstehen beim Einsatz von Recyclingpapier keine Preisnachteile. Oft ist es sogar billiger. Kleine Mengen Papier sind immer teurer, egal ob Recycling- oder Primärfaserpapier.

**"Die schlechtere Qualität von Recyclingpapieren ist für den schnelleren Verschleiß der Maschinen im Druck- und Kopierbereich verantwortlich."**

Jedes gute Recyclingpapier entspricht der DIN 19309, in der die Ausfallraten von Papier beim Kopieren getestet wurden.

In einer Studie der RWTH Aachen wurde festgestellt, daß diese Recyclingpapiere, die

in der DIN-Norm 19309 geforderten Werte deutlich unterschritten. Jede Firma, die Kopierer verleiht, gibt dem Nutzer die Garantie, daß ihre Geräte recyclingpapiertauglich sind. Viele Großunternehmen setzen bei ihrem Schriftverkehr Recyclingpapier ein.

Als weitere Argumentationshilfe kann das Landesabfallwirtschaftsgesetz herangezogen werden. In allen müßte eigentlich der Passus zu finden sein, daß die Steigerung der Wiederverwendung oder Mehrfachverwendung von Erzeugnissen unterstützt werden soll.

## Allgemeine Hinweise

Kopierer und Drucker sind laut Hersteller alle für Recyclingpapier zugelassen. Die Umstellung auf Recyclingpapier erfordert nur einen geringen oder keinen zusätzlichen Wartungsaufwand. Bedeutsam kann eine sachgemäße Nutzung der Kopierer sein:

- Pfeilrichtung auf Verpackung beachten.
- Kopierpapier sollte Raumtemperatur des Kopierers haben.
- Packung immer vollständig einlegen, da Thermoverpackung beim Öffnen zerstört wird und somit das Papier den zum Kopieren nötigen Feuchtigkeitsgehalt verliert.

## Hinweise zur Vorgehensweise

Wichtig ist zu klären, wem die Kopierer gehören? (z.B. der Verwaltung, den Bibliotheken, den Fachbereichen, Münzkopierer).

- Einflußnahme auf Kopierfirmen, die Eigentümer der Kopierer sind, ob Umstellung möglich
- Wer ist für die Vermietung der Kopierstellplätze an der Hochschule zuständig ?
- Wer bestellt Papier ? (zentral, dezentral)
- evtl. Gang zur Verwaltung und/oder Senat, Unipräsident/Kanzler:
- Forderung der Vertragsänderung über Stellplatzvermietung.
- Einbau einer Klausel in den Vertrag mit Verpflichtung zur Verwendung von Recyclingpapier



- Erreichen eines Beschlusses zur Umstellung auf Recyclingpapier
- Kampagnen an der Hochschule, mit dem Ziel der Information über Papiermüllvermeidung und Einsatz von Recyclingpapier.

## Mögliche Mittel & Methoden

- evtl. Unterschriftensammlung
- Ausstellungen zum Thema Papier, Hochschule, Umwelt (bei örtlichen Umweltgruppen anfragen)
- Runder Tisch, z.B. mit Recyclingpapierfirmen, umgestellten Druckereien ...
- Einschalten der Lokalpresse
- Flugblattaktion (Vermeidung von Papierschlacht!)
- Parallel zu einer Umstellungskampagne, sollte auf jeden Fall eine Aufklärung zur Einsparung von Papier laufen, denn Vermeidung ist immer noch der umweltfreundlichste Weg. In der Regel wird an den Hochschulen, ohne sich viel Gedanken zu machen, so ziemlich alles mal nebenbei kopiert. Vieles von dem landet in einem Ordner und findet nie wieder Beachtung. In Hamburg lief deswegen einmal die Aktion "Kapieren statt kopieren". (siehe auch Kapitel 1, "Aktionsformen")
- Desweiteren sollte darauf geachtet werden, daß an der Hochschule nur Kopiergeräte stehen, auf denen das beidseitige Kopieren möglich ist. Das wäre also ein weiterer Punkt, der bei den Verhandlungen mit einfließen muß.

## Die BSÖ

Um die Umweltarbeit der studentischen Umweltgruppen besser koordinieren zu können und um effektiver Informationen austauschen zu können, hat sich im Jahre 1983 die Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit (BSÖ) aus Umweltgruppen, Studierendenvertretungen und umweltinteressierten Studierenden gegründet. Ziel der BSÖ ist es, den Umweltschutz in den Hochschulen und Studierendenwerken zu fördern.

Die BSÖ hat deshalb zu Umweltthemen Einführungen und Aktionstips erstellt. Sie bemüht sich, eine Reihe von verschiedenen Aktionen anzubieten, die möglichst viele Bereiche abdecken sollen. Die BSÖ organisiert regelmäßig Seminare zur Unterstützung von Hochschul-Umweltarbeit. Weiterhin findet einmal pro Semester das Bundes-Ökologietreffen (BÖT) statt, an dem sich ca. 130 Studierende zu einem bundesweiten Austausch treffen. Etwa alle zwei Monate erscheint das Hochschul-Umwelt-Info (HUI). Diese Zeitschrift enthält aktuelle Informationen über Hochschule und Umweltschutz, wichtige Termine von studentischen Ökologiegruppen, Seminarankündigungen, Literaturtips und jeweils einen Themenschwerpunkt.

## Kontakt

Bundeskoordination Studentischer  
Ökologiearbeit e.V., c/o ASStA der Uni Trier,  
Universitätsring 12b, 54296 Trier,  
Tel. 0651/ 201-3574, Fax 201-3902





# Stimmungen inhalieren?

In diesem Kapitel wird auf die derzeitigen Ansätze der Umweltbildung in Deutschland eingegangen. Desweiteren werden einige Methoden der Ökopädagogik vorgestellt. Auf ausführliche Konzepte und Methodenbeschreibungen wird im Literaturteil hingewiesen. Aktuelle Diskussionen und Mitteilungen aus der Ökopädagogik lassen sich aus Zeitschriften, Büchern oder über das Internet verfolgen. Einige Adressen sind dazu angegeben. In diesem Kapitel wird der Begriff Ökopädagogik als Überbegriff für Umwelterziehung, ökologisches Lernen, Ökopädagogik im eigentlichen Sinne sowie der Naturerfahrung behandelt.

## Integrieren statt separieren

Die Psychologieliteratur macht zum Lernverhalten des Menschen u.a. folgenden Aussagen:

1. "Der Mensch lernt am leichtesten in dem ihn betreffenden Nahbereich."
2. "Jeder Lernprozeß ist mehrschichtig und durch das Denken (kognitiver Anteil), das Fühlen (emotionaler Anteil) und das Handeln (aktionaler Anteil) gekennzeichnet".

Daraus ergeben sich folgende logische Schlußfolgerungen:

1. Isoliertes Lernen gilt es zu vermeiden: Die Lernziele müssen in den gesamten Lebensalltag der Zielgruppe integriert werden.
2. Es muß sowohl das Fühlen, das Denken als auch das Handeln eingebunden werden.



## Den Menschen im Alltag begegnen

Die Umweltbildung beschränkt sich derzeit stark auf externe Arbeit (Seminare, Exkursionen, Naturerfahrungstage, etc.). Externe Arbeit heißt, daß das Lernen nicht eingebunden ist in das Leben der Betroffenen. Es werden spezielle Ökopädagogik-Veranstaltungen durchgeführt, statt die Umweltbildung in Bestehendes zu integrieren. Somit existiert ein isoliertes Lernen, das es eigentlich zu vermeiden gilt: Die Inhalte und Methoden werden vom Alltag der Menschen "separiert".

Zwei Beispiele: Warum muß in einem Spiel in die Wiese gerochen werden, anstatt intensiver den Geruch mal zwischendurch aufzunehmen? Warum wird eine "Geräusche-Landkarte" (Spiel aus CORNELL 1991b, bei dem auf einer Naturwanderung wahrgenommene Geräusche auf einer Karte eingezeichnet werden) angelegt, anstatt mal still zu sein und zu lauschen, wenn es sich anbietet? Die Zeitpunkte intensiver Wahrnehmung werden externalisiert, d.h. vom konkreten Leben in eine künstliche Situation verlagert, anstatt sie in dem Augenblick zu genießen, in dem sie sich im Alltag anbieten. Aber gerade das bewusste Genießen im Alltag muß erst gelernt werden: Die wärmende Sonne bei den Spaziergängen in der kalten Luft, der Duft von frischem Brot vor einer Bäckerei, der Geschmack einer heißen Tas-

### Literatur:

W. Beer/G. de Haan:  
Ökopädagogik  
(1984, Weinheim)

P. Brandt/P. Thiesen:  
Umwelt spielend entdecken  
(1194, Beltz Verlag  
Weinheim, 198 S.)

BUND (Hrsg.):  
Umweltpädagogik  
mit Vorschulkindern.  
(1992, Kiel, 59 S.)

J. Cornell:  
Mit Kindern die  
Natur erleben  
(1991a, Verlag an  
der Ruhr, 147 S.)

J. Cornell:  
Mit Freude die  
Natur erleben  
(1991b, Verlag an  
der Ruhr, 168 S.)

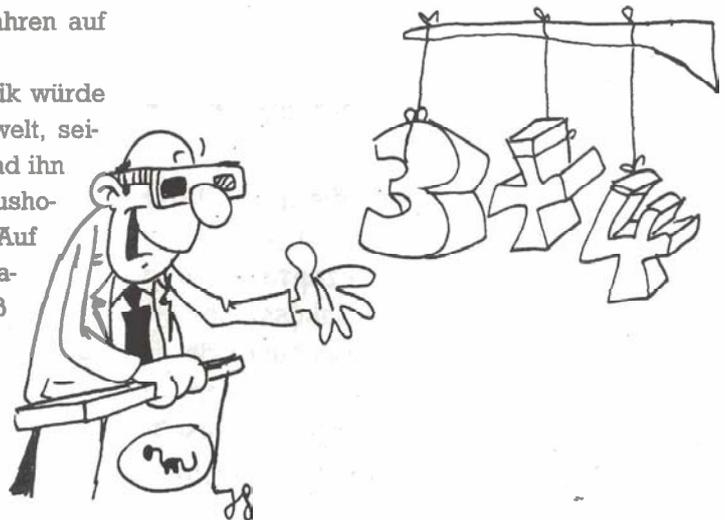
H. Dauber:  
Neue Reichweiten  
einer ökologischen  
Lernbewegung? In:  
M. Pluska (Hrsg.):  
Ökologie und Pädagogik  
(1984, Locomer  
Protokolle  
60/84. S 91-107)

G. Trommer (Hrsg.):  
Natur wahrnehmen  
mit der Rucksack-  
schule (1991, Wester-  
mann Verlag Braun-  
schweig, 104 S.)



se Kakao nach dem Schlittschuhfahren auf dem Eis.

Eine integrierende Ökopädagogik würde also den Menschen in seiner Umwelt, seinem Lebensstandort ansprechen und ihn nicht für die Naturerfahrung herausholen müssen aus seinem Alltag. Auf Naturerleben beschränkte, ökopädagogische Übungen machen Spaß und sind auch sinnvoll. Fraglich ist nur, ob sie weit genug reichen, um dem Ziel der Umweltbildung ausreichend gerecht zu werden.



### Netzinfos:

<http://www.rz.uni-frankfurt.de/die/clear.htm>

<http://www.uni-potsdam.de/u/zfu/ub/koop/arbeitsk.htm>

<http://www.umwelt.org/anu>

<http://www.schule.de>

### Kontakte:

ANU - Arbeitsgemeinschaft Natur- & Umweltbildung e.V.  
Karlshöhe 60d  
22175 Hamburg  
040/64940-21

BANU - Bundesweiter Arbeitskreis der staatlich getragenen Umweltbildungsstätten im Natur- & Umweltschutz c/o Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden Württemberg  
Kernerplatz 9  
70182 Stuttgart  
0711/262808

## Soziale Ökologie

Die Ökopädagogik muß in den Alltag integriert werden, weil sie sich derzeit in einer "Konkurrenz" zu anderen pädagogischen Richtungen und gesellschaftlichen Strömungen sieht: Für die Antirassismusbewegung bis hin zur Emanzipationsbewegung werden pädagogische Programme aufgestellt. Der politische Part der integrierenden Ökopädagogik vertritt letztlich die gleichen Ziele. Umwelt ist kein konkurrierendes Thema zu anderen, sondern alle gehören zusammen. Man muß nicht zusätzlich arbeiten, sondern miteinander. In allen Fällen werden diskriminierende Zustände abgelehnt - gegen Menschen oder gegen die Natur. Dazu schreibt H. Dauber (1984): "Ich denke, Ökologie sollte diskutiert werden und begriffen werden als soziale Ökologie. Damit meine ich, wir können nicht die Beherrschung der Natur, die Unterwerfung der Natur, losgelöst diskutieren von der Herrschaft von Menschen über Menschen. (...) Ökologisches Lernen heißt also, diese Bedingungen der Herrschaft von Menschen über Menschen anzugreifen und dort anzusetzen."

Es geht um die Gesellschaft als Ganzes, im konkreten Fall um das gesamte Lebensumfeld des Einzelnen.

## Multidimensionales Lernen

Zur Zeit verfolgt die Ökopädagogik in den verschiedenen Institutionen schwerpunktmäßig jeweils nur einen von drei möglichen

Wegen. Die Aspekte werden voneinander separiert, nachdem sie auch bisher auch vom Alltag des Menschen "abgetrennt" wurden:

- der emotionale Aspekt (in erlebnispädagogisch orientierter Naturerfahrung)
- der kognitive Aspekt (in Schule, Volkshochschule, Universität usw.)
- der aktionale Aspekt (in Umweltaktionsgruppen, BürgerInneninitiativen, Projektgruppen)

Der emotionale Aspekt ist derzeit in der ökologischen Bildung am geläufigsten. Das gesteckte Ziel kann deshalb nur unvollständig erreicht werden.

Doch selbst der Brockhaus (1987) schreibt: Bildung ist die "Anregung aller Kräfte", damit diese "zu einer sich selbst bestimmenden Individualität führen". Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als die drei Aspekte sinnvoll zu verbinden.

Eine nur auf Naturerlebnis und Erlebnispädagogik ausgerichtete Ökopädagogik ist unvollständig. Der so wesentliche Bereich unseres Lebens, Mißstände zu erkennen und selber sich Aktivitäten auszudenken, wird hier vernachlässigt. Etwas gemeinsam erleben ist sinnvoll, aber das darf nicht alles sein, denn so wird nur Konsumhaltung gefördert.

An der notwendigen Veränderung hin zu einer ökologischeren und sozialeren Gesellschaft wird hier nicht mitgewirkt. Aber dieses ist eines der übergeordneten Ziele, die die Ökopädagogik anstrebt.



Derzeit ist die reflektierende Erziehung zum Umweltschutz ins Hintertreffen geraten. Die ÖkopädagogInnen sind statt dessen im Erlebnisrausch: Vermittelt wird primär das unverbindliche Inhalieren einer Stimmung. Ökopädagogische Arbeit wird ausgerichtet an der These: "Ich schütze nur, was ich kenne". Entsprechend werden Kinder wie Erwachsene in die Natur geführt. Naturerfahrungsspiele machen meist allen Spaß und fördern eine andere Art der Wahrnehmung. Das Prinzip des "Flow-Learning" von J. Cornell, das er in seinen weitverbreiteten Büchern "Mit Kindern die Natur erleben" und "Mit Freunden die Natur erleben" vorstellt, beinhaltet vier Stufen: Interesse wecken, Konzentration, direkte Erfahrung, Mitteilen. Diese vierte Stufe des Mitteilens soll nach CORNELL auch als Kennzeichen den Idealismus innehaben, und es soll angeregt werden, das Erfahrene wieder weiterzugeben. Dieser Idealismus ist entscheidend, und macht das "Flow-Learning" erst vollständig. Leider wird diese Stufe der Umwelterziehung meist unterschlagen, und Naturerfahrungen werden dadurch auf das Bämebetasten degradiert. Sie verkommen zu Trostbonbons für viele gebeutelten PädagogInnen, die endlich eine Methode gefunden haben, die "gut ankommt".

Die Verdienste von Cornell sollen hier nicht geschmälert werden. Seine Methoden sind zweifelsohne gut. Es geht vielmehr um das Komplementäre, das "sowohl-als-auch", und es geht um eine umfassende, ganzheitliche Arbeit in der Ökopädagogik. Alles andere ist zum Scheitern verurteilt und wird immer Unzufriedenheit übriglassen.

Wir sollten uns nicht mit dem zufriedengeben, was derzeit im ökopädagogischen Bereich in Deutschland passiert. Da ist wesentlich mehr drin.

## Selbstorganisation statt Manipulation

Wer in der Ökopädagogik separiert statt zu integrieren, darf sich nicht wundern, wenn die Ökologie weiterhin als Last empfunden wird und nicht als etwas Selbstverständliches. Es geht aber darum, ökologisches Denken zur Selbstverständlichkeit werden zu las-

sen und nicht zu etwas Zusätzlichem. Es muß das Verlangen geweckt werden, eigenständig, ohne permanenten Anreiz von außen zu handeln. Selbstorganisation statt Manipulation muß das Ziel einer Pädagogik sein, die auf einem offenen selbstbestimmten Menschenbild basiert, wie es auch in der Ökopädagogik vorliegen sollte.

Der Autor H. Dauber (1984) schreibt in diesem Zusammenhang: "Ökologisches Lernen ist für mich die politische Gestaltung der eigenen Umwelt, die Macht zu haben, mich in meiner Umwelt zu verstehen und diese Umwelt gestalten zu können, die eigenen Angelegenheiten in die Hände zu nehmen. In diesem Sinne ist ökologisches Lernen das Gegenteil von moderner Armut. Im modernen Sinn arm ist jemand, des alles hat, aber nichts mehr gestalten kann".

## Konzepte der Ökopädagogik

### "Flow-Learning"

J. Cornell hat in den USA ein pädagogisches Konzept erarbeitet, daß er "Flow-Learning" nennt. Die Methoden des Konzeptes sind insbesondere für die Umwelterziehung gestaltet worden. Im folgenden wird Cornell (1991) zitiert:

"Ich nenne das System "Flow Learning" (Fließendes Lernen), weil es vier Stufen hat, die ganz weich und natürlich ineinander überfließen.

- **Stufe 1:** Begeisterung wecken
- **Stufe 2:** Konzentriert wahrnehmen
- **Stufe 3:** Unmittelbare Erfahrung
- **Stufe 4:** Andere an deinen Erfahrungen teilhaben lassen

**Stufe 1:** Ohne Begeisterung kann es keine wirklich bedeutende Naturerfahrung geben. Ich meine mit Begeisterung nicht Aufregung, wobei man mit wildem Blick in den Augen auf- und abspringt, sondern ein ruhiges, intensives Fließen von persönlichem Interesse und höchster Wachheit. Ohne diese Begeisterung lernen wir nur sehr wenig.

#### Kontakte:

UNESCO-  
Verbindungsstelle  
für Umwelterziehung  
Mauerstr. 52  
10117 Berlin  
030/231455

Institut für Ökologie  
Arbeitsbereich  
"Ökopädagogik"  
Postfach 100904  
35339 Gießen

ÖKOMEDIA Institut  
Habsburger Str. 9a  
79104 Freiburg  
0761/52024



## Kontakte zu Bildungsstätten:

Umweltbildungszentrum "Saale-Unstrut"  
Schloßgasse 1  
06642 Nebra  
034461/22089

Landeslehrstätte für  
Naturschutz und  
Landschaftspflege  
"Oderberge Lebus"  
15326 Lebus  
033604/5501

Bildungsgruppe für  
Ökologie und  
Selbstbestimmung  
c/o Verdener  
Umweltwerkstatt  
Herrlichkeit 1  
27283 Verden  
04231/81046

Ökologiestation  
Bremen  
Am Gütpol 11  
28757 Bremen

Gut Sunder  
NABU-Akademie  
Gut Sunder  
29308 Winsen / Aller  
05056/367

Kurve Wustrow  
Kirchstr. 14  
29482 Wustrow  
06843/507

Alfred-Toepfer-Aka-  
demie f. Naturschutz  
Hof Möhr  
29640 Schneverdingen-  
Heber  
05199/989-0

Energie- und Umwelt-  
zentrum am Deister  
Am Elmschenbruch  
31832 Springe-Eld.  
05044/975-0

Unabhängige Volks-  
hochschule  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen-  
Saasen  
06401/903283

Naturschutzzentrum  
Hessen  
Friedenstr. 38  
35578 Wetzlar  
06441/24025-27

**Stufe 2:** Lernen hängt von konzentrierter Aufmerksamkeit ab. Begeisterung allein reicht nicht. Wenn unsere Gedanken zerstreut sind, können wir uns nicht lebendig bewußt sein - der Natur oder etwas anderem. Deshalb müssen wir unsere Begeisterung auf einen Punkt konzentrieren.

**Stufe 3:** Wenn wir uns allmählich konzentrieren, werden wir uns immer mehr dessen bewußt, was wir sehen, hören, berühren, riechen und intuitiv empfangen. Ruhig und aufmerksam können wir empfindsam in den Rhythmus und Fluß der Natur um uns herum eintreten. Konzentrierte Aufmerksamkeit schafft eine innere Ruhe und Offenheit, die es uns ermöglicht, Natur direkt zu erleben, ohne daß der Geist sich störend einmisch. Deshalb ist die dritte Stufe das Aufgehen im unmittelbaren Erfahren.

**Stufe 4:** Erfahrung eröffnet ein tieferes Bewußtsein. Was meine ich damit? In "Mit Kindern die Natur erfahren" habe ich ein Spiel beschrieben, "still und wach". Dabei bleibt der Spieler ganz still, während die Natur zu ihrer normalen Routine zurückkehrt. Wir stellen uns vor, daß du "still und wach" spielst, und daß Vögel ganz nah in einem Baum über dir landen. Wenn du stillhältst, fängst du an, die atemlose Einheit mit dem Leben um dich herum zu spüren, beinahe, als ob du mit dem Schauplatz verschmilzt und das Leben durch die Vögel, das Gras und die wogenden Äste der Bäume erfährst. In dieser Stille kannst du manchmal eine große, explodierende Freude spüren oder ein tiefes, ruhiges Glück, ein überwältigendes Gefühl von der Schönheit oder der Kraft der Schöpfung. Die Natur ist immer begeisternd, und es ist nur unser unruhiger Geist, der uns daran hindert, dies öfter freudig und bewußt zu erleben.

Ein Leiter kann einer Gruppe helfen, ihre Begeisterung dadurch zu vertiefen, daß er erhebende und inspirierende Naturgeschichten erzählt oder daß er Geschichten aus dem Leben großer Naturforscher und -schützer vorträgt (wie Rachel Carson, John Muir, Also Leopold und Henry David Thoreau). Ich nenne die vierte Stufe "Ändere teilhaben lassen", weil das Teilen mit anderen unsere eigenen intensiven Erfahrungen verstärkt und klärt."



## "Die Rucksackschule"

Einen ähnlichen Ansatz wie Cornell stellt Trommer (1991) vor. Das Konzept der "Naturinterpretation", wie es in den USA üblich ist, hat Trommer angeregt, in Deutschland eine "Rucksackschule" zu initiieren. Trommers Konzept muß als umfassender als das von Cornell betrachtet werden: Er versucht, den Menschen über alle drei Aspekte (emotional, kognitiv und aktional) zu erreichen. Cornell hingegen setzt schwerpunktmäßig auf den emotionalen Aspekt.

Trommer beschreibt in seinem Buch "Natur wahrnehmen mit der Rucksackschule" die vier Erfahrungsebenen:

1. Naturerleben mit allen Sinnen
2. praktische Selbsterkundung und Beobachtung von Natur
3. Mitteilung über die Art, wie Naturerfahren erlebt wurde
4. Handlungsanreize zum schonend-pflegenden Umgang mit der Natur.

Diese vier Punkte ähneln dem "Flow-Learning" von Cornell, gehen aber insbesondere mit dem vierten Punkt darüber hinaus, indem sie den aktionalen Aspekt fördern. So gesehen ist die Rucksackschule kein Gegensatz zum "Flow-Learning", sondern schließt dieses mit ein und erweitert es.



## Leitlinien Umweltbildung 2001

Der Bundesweite Arbeitskreis der staatlichen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz (BANU) hat im Oktober 1996 die Leitlinien "Umweltbildung 2001" erstellt. Diese Leitlinien sollen als Einstieg in eine umfassende, alle Bevölkerungsschichten einzubeziehende Diskussion dienen.

Im folgenden werden Auszüge aus den Leitlinien wiedergegeben:

### Vom Artenschutz zur Nachhaltigkeit

"Die Themenfelder der Umweltbildung sind so zu erweitern, daß die Integration von Umweltschutz in alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche erfolgt.

Klassische Themen, wie Arten- und Biotopschutz, sind um wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Themen zu ergänzen. Dazu zählen beispielsweise Fragen der Ressourcen- und Energienutzung, der Mobilität, von Bauen und Wohnen, der Gen- und Biotechnologie, von Lebensstilfragen und Wertediskussionen."

### Vom "Elfenbeinturm" mitten ins Leben

"Umweltbildung muß sich neuer Methoden und Instrumente bedienen, um eine bessere Umsetzbarkeit ihrer Inhalte zu erreichen und gesamtgesellschaftlich erfolgreicher zu sein. Das heißt u.a.:

- Interdisziplinarität ist zu fördern, insbesondere Zusammenarbeit mit den Bereichen Ökonomie, Psychologie, Pädagogik, Soziologie, Politologie und Kultur.
- Managementinstrumente sind einzusetzen.
- Mediations- und Moderationstechniken sind anzuwenden.
- Mit modernen Medien der Informationsgesellschaft ist zu arbeiten."

### Vom Wissen zum Handeln

"Die Bildungsmaßnahmen sollen handlungs- und erfahrungsorientiert sein, Wissen und Werte vermitteln sowie Spaß und Freude machen. Die Inhalte müssen zielgruppenorientiert angeboten und im Alltag übertragbar sein. Das heißt u.a.: "Handelndes und lebenslanges Lernen" in Familie, Kindergarten, Schule, Beruf und Verein zu ermöglichen, zu Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen zu befähigen und aufzufordern."

### Umweltbildung überall & immer

"Um eine dauerhaft sozial- und umweltgerechte Entwicklung zu erreichen, müssen die Umweltbildungsaktivitäten von punktuell vorhandenen zum selbstverständlichen und integralen Bestandteil in allen Gesellschafts- und Lebensbereichen entwickelt werden. Umweltbildung muß damit Teil des lebenslangen Lernprozesses sein, um zu einem dauerhaft umweltgerechten Leben und Wirtschaften zu führen. Dieser Prozeß bezieht die psychosozialen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Lebensbedingungen des Menschen mit ein. Umweltbildung muß Teil aller Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Förderprogramme und Gesetzesvorhaben sein."

## Beispielmethoden der Ökopädagogik

Im folgenden werden zwei Methoden vorgestellt. Die erste ist dem Buch "Mit Kindern die Natur erleben" von Cornell (1991a) entnommen. Die Übung "Einem Baum begegnen" gehört inzwischen zum klassischen Repertoire der Ökopädagogik. Diese Methode der Naturerfahrung soll hier stellvertretend für viele andere Übungen und Spiele der neueren Richtung in der Ökopädagogik stehen. Desweiteren wird ein Beispiel aus Trommers Rucksackschule (1991) vorgestellt. Es wird gezeigt, wie es möglich ist, Naturerfahrung in die momentane Situation zu integrieren.

Naturschutzzentrum  
Nordrhein-Westfalen  
Leibnizstr. 10  
45659 Recklinghs.  
02361/305-1

Biologische Station  
"Heiliges Meer"  
49509 Recke  
05453/99660

Akademie für Natur-  
und Umweltschutz  
Postfach 103439  
70029 Stuttgart  
0711/1262807

BUND-Naturschutz-  
zentrum Möggingen  
Mühlbachstr. 2  
78315 Radolfzell-  
Möggingen  
07732/15070

Akademie für Natur-  
schutz und Land-  
schaftspflege (ANL)  
Tittmoninger Str. 32  
83410 Laufen / S.  
08682/89630

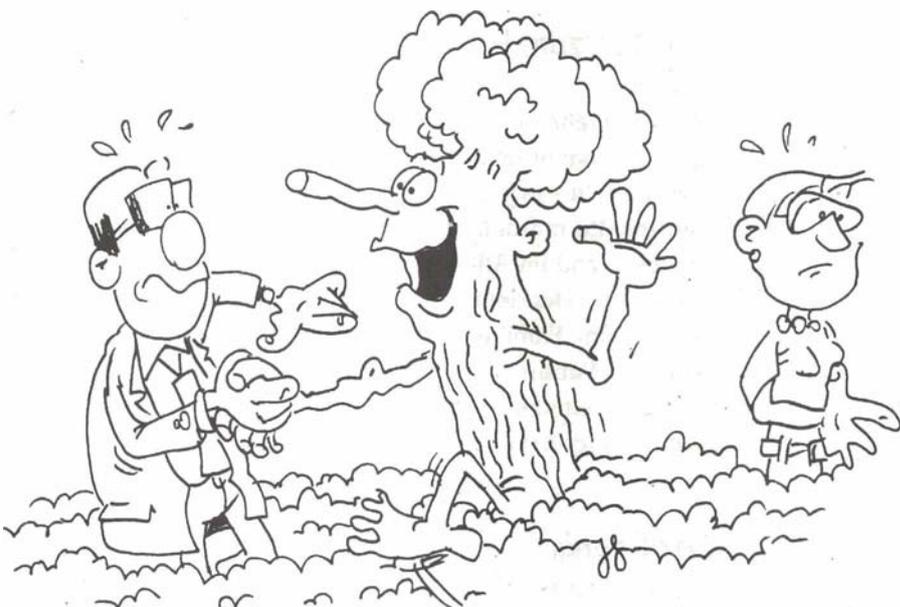
Bildungswerk des  
Bund Naturschutz  
in Bayern  
Schloß  
94344 Wiesenfelden  
09966/1270

Ökologische Bildungs-  
stätte Oberfranken  
Wasserschloß  
96268 Mitwitz  
09266/8252

Arbeitsgemeinschaft  
Natur- und  
Umwelterziehung  
Gutsweg 35  
32120 Hildesheim  
05223/87031

Deutsches  
Jugendherbergswerk  
Bismarckstr. 8  
32756 Detmold  
0461/86930

Zentralstelle für Um-  
welterziehung an der  
Uni Essen  
Universitätsstr. 5  
45141 Essen  
0201/138-2430



## "Einem Baum begegnen"

"Dies ist ein Spiel in Paaren. Verbinde die Augen deines Partners und führe ihn durch den Wald zu irgendeinem Baum, der dich anzieht. (Wie weit, hängt vom Alter deines Partners ab und seiner Fähigkeit, sich zu orientieren. Außer für ganz Kleine ist eine Entfernung von zwanzig bis dreißig Metern nicht zu weit.)"

Hilf dem "blinden" Kind, seinen Baum kennenzulernen. Das geht am besten mit konkreten Vorschlägen. Zum Beispiel werden die Kinder auf die Aufforderung, den Baum zu erforschen, nicht mit solchem Interesse reagieren, als wenn du sagst, "Reibe deine Backe an der Rinde", oder fragst, "Lebt der Baum noch? ... Kannst du ihn mit deinen Armen umfassen? ... Ist der Baum älter als du? ... Kannst du Pflanzen finden, die auf ihm wachsen? ... Spuren von Tieren? ... Flechten? ... Insekten?"

Wenn dein Partner mit dem Baum gründlich Bekanntschaft gemacht hat, führe ihn zum Ausgangspunkt zurück, aber auf einem anderen Weg. (Du kannst dir einen Spaß daraus machen, in über imaginäre Baumstämme steigen zu lassen und durch ein Dickicht zu führen, das ihr leicht hätten umgehen können.) Nun nimm die Augenbinde ab und laß das Kind seinen Baum wiederfinden. Auf der Suche nach seinem Baum wird plötzlich das, was vorher Wald war, eine Gruppe von höchst individuellen Bäumen.

Ein Baum kann zu einer unvergeßlichen Erfahrung im Leben eines Kindes werden.

Oft sind Kinder noch ein Jahr später zu mir zurückgekommen und haben mich in den Wald hinausgezogen, um mir zu sagen: "Schau, hier ist mein Baum!"

## "Samtblättrige Etagenblume"

"Ein ausgeblühter Waldziest sieht - bitte schön - nicht gerade erhehend aus. Wir treffen ihn im Herbst am Wegesrand im Wald. Eine/r aus dem Kurs kommt und hält ihn mir mit der spöttisch-provozierenden Frage unter die Nase: "Was ist das?" Wir hockten uns also um die Zieste herum, und diese Prozedur machte das Pflänzlein allmählich interessant. "Ich weiß, was das ist. Aber ich sag's Euch nicht", verblüffte ich die erwartungsvollen Gesichter.

Ich sagte, daß der Name der Pflanze äußerst schwierig zu behalten sei. Und daß jeder in der Gruppe doch die Fähigkeit besitze, dieser Pflanze selber einen gut passenden Namen zu geben.

Ich äußerte die Bitte, nach passenden Namen zu suchen und später die gefundenen Pflanzenbezeichnungen mit dem botanisch richtigen Namen zu vergleichen. "Hansenpfötchen" hörte ich: weil die Blätter so ein weiches Fell haben; - "Pelzblatt": aus eben dem gleichen Grund. Dann - wegen des Geruchs der Zieste - "Stinknessel". "Fünfpfingelkelch" schlug jemand vor. Der oder die mußte ziemlich aufmerksam den Bau der Zieste aus der Familie der Lippenblütler studiert haben.

Poetisch treffend war die Wortschöpfung "schmutziger Sternring". "Etagenblume" hieß es irgendwo, weil die ausgeblühten Kelchwirtel alle in Etagen übereinander stehen. Schließlich sagte einer "Zackenkraut" und begründete dies mit den in Wirteln stehenden spitzzipfeligen Kelchen.

Dann folgte als Name "fünfglockige Spinnenblume" - auch dies poetisch sinnig: fünfglockig verwies auf die fünf Kelchzipfel, Spinnenblume darauf, daß im Altweibersommer überall auf dem "Fünfglockigen" die Spinnen hockten und Fäden spannten.

### Literatur:

G. Brenner/  
K. Waldmann:  
Eingriffe gegen Um-  
weltzerstörung  
(1994, Juventa in  
München, 224 S.)  
Beispiele über Bei-  
spiele werden vorge-  
stellt. Für viele The-  
men ist etwas dabei,  
auch die verschie-  
denen Richtungen  
der Ökopedagogik  
(Handlungs-  
oder Erlebnisorien-  
tierung) sind berück-  
sichtigt. Wie bei fast  
allen Büchern aber  
ist ein entschei-  
dender Fehler gemacht  
worden: Es schrei-  
ben Erwachsene  
über die Kinder-  
und Jugendarbeit.  
Selbstorganisierte  
Kinder- und Jugend-  
projekte wie die  
SchülerInnenaktion  
Umwelt oder Projekt-  
werkstätten bzw. Ide-  
en aus dieser "Ecke"  
fehlen folglich ganz.



Was für herrliche Namen waren das. Diese so unscheinbare, verstaubte, kaum noch lebende Pflanze, wie wurde sie beachtet und mit Namen verehrt! Genauso empfand es die Gruppe. Und als ich den Namen Waldziest (= *Stachys silvatica*) verriet, war die Gruppe mit ihrer nomenklatorischen Leistung erst recht zufrieden.

Der botanische Name war jetzt von sekundärer Bedeutung. Der war eine Vereinbarung im Wissenschaftsbereich. Auch die Gruppe wollte eine Vereinbarung und taufte den Waldziest auf den schönen Namen "Samtblättrige Etagenblume". Mit dieser poetischen Taufe des Ziests verließen wir ein absterbendes, unscheinbares und staubiges Kraut am Wegesrand.

## Ökopädagogik: die Einsatzorte

Die Ziele und Grundsätze einer den Alltag und das konkrete Handeln einbeziehenden Ökopädagogik dürfen nicht ein der Theorie verharren. Wichtig ist, Mittel und Wege zu finden, immer wieder die Bezüge zum Leben derer, die am pädagogischen Prozeß teilnehmen, herzustellen.

### Kinder

Das Umfeld von Kindern ist vielfältig. Konkrete Lebensbezüge sind das "Zuhause", der Kindergarten bzw. die Grundschule, der Weg dorthin, Spielplätze oder andere Aktionsorte im Wohnort oder der nahen Umgebung sowie beliebte Ausflugsziele, Vereinsräume usw.

Überall begegnen Kindern ganz unterschiedliche Dinge der belebten und unbelebten Natur sowie des Zusammenlebens mit anderen Menschen. Sie bewußt wahrzunehmen, sich zu freuen oder auch sich Gedanken zu machen über Veränderungen können wertvolle Teile einer Ökopädagogik für Kinder sein.

Den Blick öffnen, das Interesse wecken für das, was den Kindern im Alltag begegnet, bildet die Grundlage dafür, daß Kinder

selbst beginnen, ihre Umwelt zu erforschen und dort, wo sie Mißstände entdecken, über Veränderungen nachzudenken. Spätestens im Grundschulalter sind Kinder dann auch in der Lage, eigene Ideen zu formulieren, vorzutragen und umzusetzen.

Kindergärten, Grundschulen, Gärten rund um Häuser, in denen Kinder wohnen – sie alle sollten Kinder ihre Erfahrungen machen. Erwachsene sind dabei intensive HelferInnen, sie können das Erfassen der Umwelt, das Fragenstellen und das "Pläneschmieden" für konkrete Aktionen begleiten und unterstützen, aber niemals mit ihren "erwachsenen Ideen" unterdrücken.

### Jugendliche

Die Altersabgrenzung ist fließend – "Jugend" beginnt dann, wenn der Drang entsteht, wesentliche oder alle Teile des eigenen Lebens selbst bestimmen zu wollen. Das geschieht häufig in Konflikten mit dem Umfeld. Ökopädagogik, die Alltagsbezüge bewußt zur Grundlage wählt, muß diese Konflikte aufgreifen, die im Konflikt stehenden Personen zum Austragen des Konfliktes ermutigen und helfen, Perspektiven zu finden, die aus dem Menschen und nicht den Anforderungen des gesellschaftlichen Umfeldes entspringen. Das bewußte Wahrnehmen der eigenen Umwelt gehört auch hier zu der Grundvoraussetzung des Handelns. Mehr noch als bei Kindern wird die konkrete Aktion im Vordergrund stehen.

Jugendliche sind in jedem Fall in der Lage, selbständig Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln, wenn sie etwas verändern wollen. Erwachsene werden zu BeraterInnen, die sich aber nicht aufdrängen. Selbstbestimmung ist ein wesentliches Element der Jugendarbeit bzw. des Lernens in der Schule.

Konkrete Bezüge bei Jugendlichen sind die Schule bzw. der Ausbildungsort, Jugendzentren, Vereinsheime, Bushaltestellen oder andere Treffpunkte sowie Ausflugsziele. Zudem können sich Jugendliche ihre eigenen Bezugsorte aufbauen, z.B. selbstverwaltete Jugendräume oder -häuser, Hütten in Kleingartensiedlungen, ein Bauwagen am Rande des Dorfes usw.

#### Literatur:

Wilfried Buddensieck: Wege zur Ökoshule (1991, AOL/Werkstatt in Göttingen, 389 S.)  
Eine umfangreiche Sammlung von Ideen.

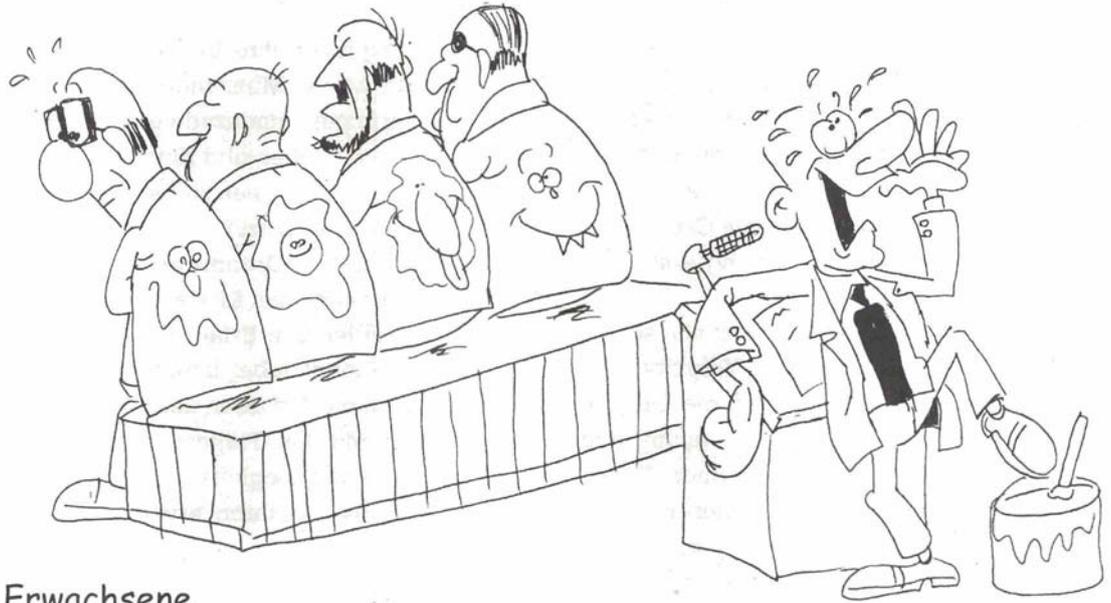
Andreas Bedacht u.a.: Erlebnispädagogik: Mode, Methode oder mehr? (1992, FH München/FB Sozialwesen, 199 S.)  
Tagungsdokumentation.

Ökologische Kinderrechte (1994, kid-Verlag in Bonn, 181 S.)  
Dokumentation eines Kongresses plus dem Greenpeace-Gutachten "Kindergesundheit und Umweltbelastungen".

Eva Maria Weibel: Erziehung zum Selbstwert (1994, L. Auer in Donauwörth, 272 S.)  
Pädagogische Theorie, bei der die Förderung einer eigenständigen Persönlichkeit im Mittelpunkt steht.

Michael Kaiff: Handbuch zur Natur- und Umweltpädagogik (1994, G.A. Ulmer Verlag in Tübingen, 206 S.)  
Grundlagen, Erlebnis- und Handlungspädagogik, letzteres leider nur sehr kurz.

Greenpeace: Umweltängste – Zukunftshoffnungen (1993, Verlag Die Werkstatt Göttingen, 255 S.)  
Umwelterstörung und Umweltschutz aus der Sicht verschiedener Fachsparten (Psychologie, Sozialwissenschaft usw.).



## Erwachsene

Bei den Menschen erlahmt ab einem bestimmten Alter das Interesse am Umfeld. Bewußt oder unbewußt wird eine Situation als Endstadium akzeptiert. Das Umfeld wird nicht mehr unter dem Aspekt wahrgenommen, welche Teile einen freuen, welche einen ärgern und wo man Veränderungen herbeiführen will. Diese Fähigkeit müssen sich Erwachsene aber erhalten - oder wieder lernen.

Das Hingucken, Erfahren, das Bewerten und der Drang, die Dinge, die veränder- und verbesserbar sind, auch tatsächlich anzugehen, sollen in der Ökopädagogik vermitteln werden. Dabei kommt bei vielen Erwachsenen erschwerend hinzu, daß sie kaum noch Orte haben, die sie intensiv wahrnehmen können.

Der Arbeitsplatz dient nur zum Geldverdienen, Läden und Freizeiteinrichtungen werden nur flüchtig, oft in Hetze aufgesucht. Die Wege zu all diesen Orten werden mit dem Pkw zurückgelegt, in dem die Wahrnehmung der Umwelt auf flüchtige Blicke eingeschränkt wird. Allein das eigene Haus und ein möglicherweise vorhandener Garten sind Teile des Umfeldes, die intensiv wahrgenommen werden. Erwachsene Menschen brauchen Gelegenheiten, wieder intensiv das Umfeld zu "erleben", zu beobachten, sich zu freuen oder zu ärgern - um dann zu überlegen, ob sie nicht an der einen oder anderen Stelle selbst aktiv werden wollen, Dinge zu verbessern.

Etliche Erwachsene sind dann besonders offen, wenn sie kleine Kinder haben. Das führt sie oft wieder intensiver in die nähere Umgebung, zusammen mit den Kindern beginnen sie zu entdecken, wie kinderfreundlich oder -unfreundlich das eigene Umfeld ist, wieviele Abwechslungen ihnen begegnen bzw. ob alles eintönig ist. Eltern junger Kinder sind daher eine besonders ansprechbare Zielgruppe.

Wichtig bleibt aber, alle Menschen zu motivieren, sich wieder (bzw. erstmals) für ihre eigene Umwelt zu interessieren. Und das beginnt beim bewußten Hinschauen, wie die eigentlich aussieht: Am Arbeitsplatz, in und um das eigene Zuhause, in und um Vereinsräume sowie in den Straßen, Grünanlagen, auf öffentlichen Plätzen usw. des eigenen Wohnortes.

## Der Autor

Peter Szekeres  
Institut für Ökologie Gießen  
Postfach 100904  
35339 Gießen  
eMail: [petersz@apg.lahn.de](mailto:petersz@apg.lahn.de)

Rolf Arnold:  
Natur als Vorbild  
(1993, VAS in  
Frankfurt, 69 S.)  
Plädoyer für ein selbstorganisiertes, alltags- und handlungsorientiertes Lernen.

Greenpeace:  
Neue Wege in der  
Umweltbildung  
(1995, Verlag Die  
Werkstatt, Göttingen, 287 S.)  
Grundlagen und praktische Beispiele einer Umweltbildung, die zum konkreten Handeln führen soll.

J. Calließ/R. E. Lob:  
Praxis der Umwelt- & Friedenserziehung  
(1987, Verlag Schwann-Bagel in Düsseldorf, 847 S.)  
Ein Sammelurium von Beiträgen vieler AutorInnen.

Medienkursbuch Ökologie  
(1995, Ökomeia in Freiburg, 315 S.)  
Katalog mit Beschreibungen von Filmen, Videos, Diareihen und Folien.

J. Wessel/H. Gesind:  
Spielend die Umwelt entdecken - Handbuch Umwelt-Bildung  
(1998, Luchterhand Verlag in Neuwied, 643 S.)  
Naturerlebnis und Umweltspiele pur, Grundlagenwerk zu diesen Bereichen. Keine Handlungsorientierung.

G. Michelsen/  
H. Siebert:  
Ökologie lernen  
(1985, Fischer Verlag in Frankfurt, 175 S.)  
Eines der ersten Werke, die die Ökopädagogik bekannt machten. Schwerpunkt: Ökologie als politische Bildung, wenig praktische Tips.



# Wissen zum Handeln

Umweltberatung ist seit zehn bis 20 Jahren in der Diskussion. Viele Gemeinden haben Stellen geschaffen und UmweltberaterInnen eingestellt. Andere fördern Vereine wie VerbraucherInnenberatungsstellen oder Wissenschaftsläden, damit diese Beratungsdienste anbieten können. Doch der abwartende Beratungsstil hat seine Grenzen. Angesichts der abnehmenden Bereitschaft zu umweltgerechten Verhaltensweisen ist auch die Beratung nur noch wenig gefragt. In den letzten Jahren sind die Stellen und Förderungen daher in einigen Orten wieder gestrichen worden. Nur selten jedoch geschieht das, was wichtig wäre: Ein Wandel der Form von Umweltberatung - weniger abwartend, sondern offensiv, die Zielgruppen direkt aufsuchend: Haus- und GartenbesitzerInnen, VerbraucherInnen, die Menschen in den Autos und im Beruf, in Vereinen, Kirchen und Organisationen.

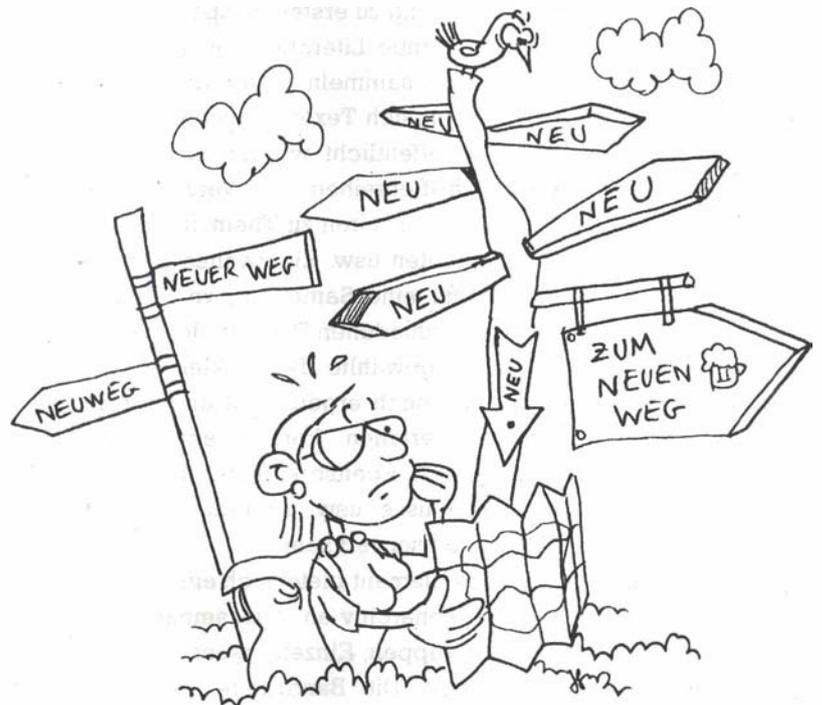
## Neue Wege

Je nach Zielgruppe sind unterschiedliche Ansätze nötig, teilweise gibt es auch spezielle staatliche Förderprogramme. Das gilt vor allem für die Energie- sowie bei der Firmenberatung. Aber dort, wo in den schon vor Jahren geschaffenen Umweltberatungen, auf Telefonanrufe oder direkte Besuche zu festgelegten Öffnungszeiten gewartet wird, geht das Anfrageaufkommen immer mehr zurück bzw. beschränkt sich auf bestimmte Bevölkerungskreise und Fragenkomplexe (z.B. Fragen zu Heimtieren, Tierbeobachtungen usw.), die von nachrangiger Bedeutung sind.

Umweltberatung muß also neue Wege gehen und sich öffnen zu allen Bevölkerungskreisen, auch speziell in Vereinen, Firmen, Kirchen usw. Routineangebote sollten zugunsten kreativer Angebote und vor allem zugunsten von Beratungen und Informationsveranstaltungen dort, wo die Menschen sind, zurückgeschraubt werden.

## Beratungsangebote

Ein solides Grundangebot ist weiterhin notwendig. Dazu gehört erstens eine Anlaufstelle bzw. ein Telefon, das zu bestimmten Zeiten regelmäßig erreichbar ist, z.B. einmal wöchentlich von 9 bis 14 Uhr (für AnruferIn-



nen aus ihrem Beruf heraus sowie Hausmänner/-frauen) und einmal von 17 bis 21 Uhr (für alle anderen Personen). Hinzu sollte ein regelmäßiges Angebot kommen, bei dem der Weg zu den Menschen gesucht wird, z.B. je einmal monatlich ein Beratungsangebot in den Kirchengemeinden, Ortsteilen usw. Weitere regelmäßige Angebote können Umwelttips bzw. Umweltbeilagen in der Presse oder eine Telefonstunde live regelmäßig im Lokalradio (z.B. einmal monatlich) sein.



## Umweltbibliothek/ Infoarchiv

Umweltberatung besteht nicht nur aus Gesprächen. Allen BürgerInnen, Vereinen usw. sollte zudem ein Informationsangebot bereitgestellt werden. Um hier Doppelarbeit zu vermeiden, sollten vorhandene Materialien von Gruppen und Einzelpersonen zu einer Umweltbibliothek zusammengefaßt werden. Diese kann auch Teil einer Stadtbibliothek sein - allerdings kann es dabei zu Schwierigkeiten mit den Öffnungszeiten kommen. Umweltbibliotheken sollen auch abends und am Wochenende zugänglich sein, z.B. für Gruppen, Schul-AGs usw.

Die Ansammlung von Büchern allein ist nicht ausreichend, um eine lebendige Informationssammlung zu erstellen. Spannend ist, sogenannte "graue Literatur" vor allem aus der Region zu sammeln. Unter diesem Begriff verbergen sich Texte, die nicht offiziell als Buch veröffentlicht worden sind. Dazu gehören Schriftenreihen von Vereinen, Behörden, Diplomarbeiten zu Themen bzw. Gebieten, Gutachten usw. Ein zweites Zusatzelement könnte eine Sammlung von Presstexten zu verschiedenen Themen der Region sein. Gut ausgewählte Texte, klar sortiert und eventuell noch ergänzt mit anderen Informationsmaterialien, können eine wahre Fundgrube sein. Ebenso können Pläne, Parlamentsbeschlüsse usw. zu den einzelnen Themen mit einsortiert sein.

Als drittes Element bietet sich ein Informations- und Ideenarchiv an - gesammelte Beispiele von Gruppen, Einzelpersonen und deren Aktivitäten. Die Bandbreite reicht von Materialien für Schule und Unterricht, von Ideen für Theater und Kulturangebote über Beschreibungen beispielhafter Aktionen bis zu Beispielen für gelungene Aktionen in der Öffentlichkeit. Wertvoll sind zudem Sammlungen mit Ideen für den umweltgerechten Alltag, vom Müllvermeiden über den Einbau von Solaranlagen bis zum Naturgarten. Aktenordner oder Hängeregistraturen sind die richtige Aufbewahrungsform. Die Gliederung muß klar erkennbar sein. Hilfreich kann es sein, die Gliederungssysteme anderer Bibliotheken abzufragen.

Um eine möglichst lange Öffnungszeit ohne viel Arbeitsaufwand zu erreichen, sollte eine Verknüpfung mit weiteren Einrichtungen angestrebt werden. Möglich sind:

- Stadt- oder Schulbibliothek
- VerbraucherInnenberatung
- BürgerInnenbüros, Infoläden usw.
- Kulturzentren, Gemeinschaftshäuser
- Umweltzentren, Naturinfozentren, Projektwerkstätten

## Zielgruppen aufsuchen

Wer nur auf die Menschen wartet, wird meistens allein bleiben. Umweltberatung muß rausgehen zu den Menschen - dorthin, wo sie sind. Dabei ist der Weg jeweils individuell festzulegen, denn für jede Zielgruppe sind passende Mittel zu finden.

## VerbraucherInnen

Die Umweltberatung bezieht sich hier auf die Konsumgewohnheiten. Konsum findet in den Geschäften statt, folglich muß hier angesetzt werden. Gespräche mit den Geschäftsleitungen der Kaufhäuser und Supermärkte können nicht nur die Wege ebnen, im Laden selbst Beratungsarbeit zu leisten, sinnvoll ist in jedem Fall auch die Beratung der Geschäfte selbst. Eine Kombination der VerbraucherInnenberatung mit Veränderungen im Laden (z.B. der Angebotspalette hin zu umweltgerechten Produkten und Verpackungsformen, Käse-, Fleisch-, Brot-, Obst- und Gemüsetheken, bei denen VerbraucherInnen auch mit Mehrwegbehältnissen einkaufen können, langlebige Produkte, Akkus statt Batterien, Herausnahme ersetzbarer Produkte mit Umweltbeeinträchtigungen) schafft eine gute Voraussetzung, tatsächlich Veränderungen herbeiführen zu können.

Die Umweltberatung im Laden muß attraktiv angeboten werden, am besten in Kombination mit Verbesserungen der Produktpalette sowie in zentraler Lage mit guter Optik. Sinnvoll kann sein, neben dem



Angebot zur Beratung selbst einige Schwerpunkte zu wählen, sich also z.B. beim direkten Ansprechen von KundInnen auf Getränkeverpackungen, umweltgerechte Waschmittel oder Frischeprodukte zu konzentrieren.

Bei guter Zusammenarbeit mit dem Laden könnte die Beratungszeit, z.B. pro Geschäft ein oder zwei Tage im Vierteljahr, auch mit Werbemaßnahmen verbunden sein (Handzettel, Werbung, Anzeigenschaltung usw. zum Thema). Auch Umweltfeste, Kulturrahmenprogramm usw. können Umwelt-Beratungstage in den Geschäften begleiten. Damit es sich lohnt, sollten die Geschäftsleitungen immer für die Idee gewonnen werden, die Umweltberatung zu einem größeren Ereignis mit Werbewirkung für den Laden und den Umweltschutz zu machen. Dann ist es möglich, daß Umweltschutz sogar direkte Vorteile für das Geschäft bringt.

## HausbesitzerInnen

Zielgruppe sind HausbesitzerInnen sowie MieterInnen. Je nach Ausgestaltung des Mietvertrages sind nämlich beide mehr oder weniger zuständig für die Bereiche, in denen bei Hausbau, -renovierung sowie im Alltag Umweltschutzverbesserungen erreicht werden können. Klassische Orte, um HausbesitzerInnen direkt anzusprechen, sind Bau- und Verbrauchermessen sowie Baumärkte. Für letzteres gelten die gleichen Ideen wie im Bereich der Supermärkte. Themen sind: Heimische Holzarten, Farben und Lacke, Energie, Regenwassernutzung, langlebige Geräte, umweltverträgliche Bau- und Dämmstoffe (siehe Kapitel 26, "Haus(halt)").

Auf Bau- und Verbrauchermessen sollte in jedem Fall ein Beratungsangebot geschaffen werden, am besten kombiniert mit Ausstellungen, Lesecke usw. Attraktiv können zudem Angebote wie Analysen für Trinkwasser oder Raumluft sein. Viele MesseveranstalterInnen sehen in einem Beratungsangebot eine Attraktion, stellen daher die Standfläche kostenfrei zur Verfügung und machen eventuell zudem Werbung mit diesem Angebot. auch gezielt zur Beratung kommen.

Im Rahmen von Stadtanierungen oder Dorferneuerung sollte eine Umweltberatung

für umweltgerechtes Bauen und Renovieren angeboten werden. Per Rundbrief an ArchitektInnen können diese dafür gewonnen werden, bei jedem Auftrag den Bauwilligen die Umweltberatung nahezulegen.

Zu prüfen ist auch, ob in Neubaugebieten schon über die Gemeinde für eine Umweltberatung geworben wird, wenn die Kaufverhandlungen zu den Grundstücken laufen. Das macht insbesondere dann Sinn, wenn der Bebauungsplan hinsichtlich den Festlegungen für den Umweltschutz bereits ausgeschöpft wurde.

## GartenbesitzerInnen

PrivatgartenbesitzerInnen sind ähnlich zu erreichen wie HausbesitzerInnen. Viele Baumessen umfassen auch den Bereich Garten, Verbrauchermessen und Regionalmessen ohnehin. Seltener gibt es spezielle Gartenmessen. Bei besonderen Ereignissen wie Gartenschauen ist ein besonderes Beratungsangebot ohnehin nötig - am besten gekoppelt mit passenden Ausstellungsflächen. Wie bei allen Veranstaltungen sollte auch auf diese selbst Einfluß in punkto umweltgerechter Durchführung genommen werden.

Gartenmärkte, Samen- und Pflanzenhandlungen sowie Baumschulen sind ebenfalls Anspracheorte. Hier ist wieder wichtig, daß die Geschäfte auch umweltverträgliche Produkte anbieten, damit die Beratung in konkretes Handeln umgesetzt werden können.

Themen der Beratung sowie die Kopplung an Produkte sind:

- Schonende Bodenbearbeitung (Geräte, Rindenumus usw.)
- Kompostierung (Kompostbehälter)
- Heimische Gehölzpflanzen wie z.B. Hochstammobstbäume (entsprechendes Angebot an Pflanzen)
- Anlage von Wildnisflächen, Wildblumenwiesen usw. (evtl. entsprechendes Saatgut)
- Biologischer Gemüsegarten (Geräte, biologisches Saatgut)

Ein besonderer Ort sind Kleingartensiedlungen. Sie sind in der Regel in Vereinen organisiert, es gibt Kneipen in den Siedlungen.

### Literatur:

Wissenschaftsladen Gießen: Perspektiven kommunaler Umweltberatung (1996, VAS in Frankfurt, 113 S.)

Bundesverband für Umweltberatung: Handbuch für die Umwelt- und Abfallberatung (1993, bfulb in Bremen, 2 Aktenordner)  
Ein umfangreiches Sammelsurium der wichtigsten Fragen und Antworten sowie allgemeiner Hinweise zur Beratungstätigkeit.



die Kontaktaufnahme ist also recht einfach. Einfluß kann über direkte Beratungsgespräche, über den Verein als Ganzes (Vortragsveranstaltungen, Exkursionen) sowie über Anschauungsflächen gewonnen werden. Ein naturnaher Garten inmitten einer Kleingartensiedlung kann Wunder bewegen – als Anschauung, Treffpunkt und guter Ort für Beratungsgespräche.

Da Kleingartenvereine in der Regel Satzungen haben, die auch Regeln über die Bewirtschaftung der Gärten erlassen, bietet sich die Chance, ein Einvernehmen für ein satzungsmäßiges Verbot von Kunstdünger und Pestizide sowie ein Gebot für naturnahe Flächen zu erreichen. Zudem sollte festgelegt werden, daß Gemeinschaftsflächen unversiegelt und naturnah gestaltet werden. Das hat Vorbildfunktion für die Privatgärten.

## Vereine & Organisationen

Vereine haben zum einen ein eigenes Vereinsleben, was es umweltgerecht auszugestalten gilt. Zum anderen können über Vereine viele Menschen erreicht werden. Statt eines selbstorganisierten Vortrages (oder einer anderen Infoveranstaltung) können Vereine, Kirchengemeinden oder andere dazu einladen. Das sichert in der Regel ein breit gefächertes Publikum.

Für Vereine sollte ein gesondertes Angebot für Kooperationen erarbeitet werden. Da die Zahl der Vereine in der Regel überschaubar ist bzw. in etlichen Orten sogar Zusammenschlüsse verstehen (Vereinsringe usw.), können alle direkt angeschrieben oder, besser, angesprochen werden.



## AutofahrerInnen

Autofahren ist ein Tabu. Trotz vieler Umweltverbände und starker Initiativen vor allem im Verkehrsbereich ist die Frage umweltfreundlichen Fortbewegung ein Randthema. Das steht in völligem Gegensatz zu der Bedeutung, die das Auto hat: Lärmbelästigung, Einschränkung des Lebensraumes aller, vor allem von Kindern und älteren Menschen, da diese weniger Chancen haben, die Wohngebiete zu verlassen, Luft- und Wärmebelastung sowie die generellen Umweltschäden durch Versiegelung, Abwasser usw. Hinzu kommen die Verkehrstoten und Verletzten. Angesichts dieser dramatischen Folgen des Autoverkehrs muß es Ziel von Umweltberatung sein, möglichst viele Menschen von unsinnigen Autofahrten abzuhalten oder sie dafür zu gewinnen, ganz auf das Auto zu verzichten. Das ist wie bei den anderen Themen besonders günstig in Verbindung mit witzigen Aktionen oder Wettbewerben. Wenn Verwaltungen, Vereine usw. in ihren eigenen Bereichen auf autofreie Organisation umstellen, kann das andere mitreißen.

Wichtig ist, immer wieder deutlich zu machen, wie zentral die Frage des Autoverzichts auf die Lebensqualität des Ortes ist. Die AutofahrerInnen direkt anzusprechen, ist einfach. Parkplätze, Park- & Ride-Plätze usw. sind geeignete Orte, an denen sie anzusprechen sind – sicher eine der anstrengendsten Arten von "Öko-Streetwork". Auch die Beteiligung an Verkehrsaktionen ist möglich (siehe Kapitel 23, "Verkehr").

## Eltern (& Verwandte)

Junge Eltern, aber auch die Verwandten der Babies und Kinder, sind eine große und gut ansprechbare Bevölkerungsgruppe.

Die Geburt von Kindern führt bei Eltern, zu einem Nachdenkprozeß, der das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt rückt. In dieser Phase muß eine Umweltberatung ihre Chance suchen. Die Ansprache erfolgt über spezielle Kurse und Beratungen möglichst schon vor der Geburt, als KooperationspartnerInnen sind FrauenärztInnen,



Geburtshäuser, Krankenkassen usw. geeignet. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, sollten in jedem Fall beide Eltern, möglichst aber auch Paten, Geschwister der Eltern usw. einbezogen werden. Besondere Fragen sind die Ernährung, Mobilität, Medizin und Körperhygiene, Kleidung (einschließlich Windeln) und Erziehungsmethoden.

## Besondere Ideen

Phantasie und Kreativität sind wichtig, um zwischen der Medienüberflutung und den vielfältigen Verwirrungsversuchen der Produktwerbung einen Platz für die Umweltberatung zu finden.

Bunte Broschüren oder Plakate werden kaum eine Chance haben, sich ausreichend hervorzuheben. Die Stärke der Umweltberatung kann nur sein, dezentral anzusetzen und vor Ort zu gehen. Dort können kreative Ideen wirkungsvoll sein. Einige sollen hier benannt werden:

- Feste und Parties mit besonderer Note (z.B. Bio-Feste auf einem Biohof, VegetarierInnen-Party usw.)
- Kooperationen mit Kinos und anderen Veranstaltungszentren
- Öko-Disco (mit entsprechenden Getränken und Snacks sowie umweltgerechte An- und Abfahrsmöglichkeiten)
- Aufbau eines Umwelt-Informationsmobils in phantasievoller Aufmachung, am besten in Kooperation mit Umwelt- und Jugendverbänden, die das Mobil mitnutzen. Ausstattungsmerkmale können umweltgerechte Techniken (Windrad, Photovoltaik usw.) sein, zudem Umweltspiele, Bücher, ... Je nach Einsatzbereichen können auch Aktionsmaterialien (Transparentstoff, Farben, Megaphon usw.) im Mobil zu finden sein. Die genaue Ausgestaltung muß in der Diskussion vor Ort entschieden werden.
- Aufbau eines festen Ortes, z.B. eines Umweltzentrums bzw. einer Projektwerkstatt, möglichst in Verbindung mit Arbeitsräumen für Gruppen (siehe Kapitel 9, "Projektwerkstätten").

## Finanzierung

An der Finanzierung scheitern viele Ideen, oder sie geraten in Abhängigkeit von staatlichen Zuschüssen und werden dann zu unkritischen, langweiligen Einrichtungen. Die Diskussion dreht sich fast immer nur um zusätzliche Geldquellen. Schon hier ist vor allem Phantasie gefragt (siehe Kapitel 14, "Finanzen" und 9, "Projektwerkstätten").

Wichtiger aber ist, Wege für eine Verwirklichung ohne große Geldsummen zu finden. Räume, Ausstattungen und Material müssen nichts kosten: "Organisieren statt Finanzieren" - so heißt das Motto:

- Die Beschaffung von Büchern für eine Umweltbibliothek ist dann einfach, wenn für diese Bücher eine Werbung erfolgt. Die einfachste Möglichkeit ist, ein Buch in einer Zeitung oder einer Broschüre vorzustellen und es dazu vom Verlag als Rezensionsexemplar zu bestellen. Entweder gibt es eine eigene Zeitung oder Kooperationen mit bestehenden Zeitungen (z.B. regelmäßige Umwelttips in der Tagespresse mit Buchvorstellungen) öffnen den Weg, Bücher anfordern zu können. Ebenso sind Bücher für Ausstellungen usw. zu erhalten.
- Das gleiche wie für Bücher kann für Spiele, Videos und Software gelingen.
- Die notwendige Ausstattung mit Möbeln, Renovierungsmaterial für die Räume usw. kann über zwei Wege geschehen: Erstens werden in Firmen, Versicherungen, Banken, Behörden usw. ständig Möbel, Aktenordner, Ablagen usw. weggeworfen. Gerade bei den Möbeln sind teilweise alte, edle Vollholzmöbel darunter, weil diese nicht dem neuesten Möbel-Mode-Design entsprechen. Nach einer Aufarbeitung sind solche Möbelstücke für ein Umweltzentrum oder eine Umweltberatung genau das Richtige! Zum zweiten sollten HerstellerInnen bzw. HändlerInnen von umweltgerechten Materialien wegen einer Kooperation angesprochen werden. Wenn der Raum der Umweltberatung, Umweltbibliothek usw. mit umweltfreundlichen Tapeten, Farben und Möbeln ausgestattet ist, regt das zum Nachmachen an. Das ist für die Fir-



men eine gute Werbung. So können sie dafür gewonnen werden, Baumaterialien oder Möbel zu spenden oder zu leihen, wobei die Herkunft gekennzeichnet wird.

- Informationsarchive bestehen aus vielen Broschüren und Texten. Etliche davon sind gratis. Sie zu bestellen, kostet wenig, ein Infoarchiv hat dann aber schnell eine Grundlage. Wichtig ist, auszuwählen. Die Menschen, die in die Umweltberatung kommen, können nur selten zwischen seriösen und unseriösen Information unterscheiden. Gerade Broschüren von Firmen und Regierungsseite dienen mehr der Selbstbeweihräucherung als der Information, enthalten Lügen oder Oberflächlichkeiten. Sie sollten nicht eingesetzt werden.
- Tauschvereinbarung mit anderen Einrichtungen treffen: Doppelte Bücher und andere Materialien austauschen. Außerdem kann eine gegenseitige Unterstützung erfolgen, z.B. Weitergabe von Anfragen, die unterschiedliche Themenschwerpunkte bestehen.

### Literatur:

Das "Jugendaktionsheft Umwelt" mit Kontaktadressen und Projektvorstellungen ist erhältlich bei der

Jugend-Umwelt-Info-Stelle (JUIS)  
Dippelstr. 10  
36251 Bad Hersfeld

### Kontakte:

Büchertisch d. Verdener Umweltwerkstatt  
Herrlichkeit 1  
27283 Verden

MaterialAuswahl Umweltschutz (MAUS)  
Postfach 1818  
36228 Bad Hersfeld

Bundesverband für Umweltberatung  
Postfach 150 193  
28091 Bremen  
0421/343400

## Wer macht Umweltberatung?

Viele könnten es, aber nur wenige tun es. Vor allem Gruppen und Vereine haben bis heute offenbar viele Ängste, ihre Arbeit nach außen zu öffnen. Sie verharren in zurückgezogener Arbeit, treffen sich in kleiner Runde und formulieren Briefe und Stellungnahmen an die Regierenden. Die Frage des Umweltschutzes aber entscheidet sich eher auf der Straße: Das Alltagshandeln der vielen Menschen ist genauso entscheidend wie der politische Druck, der von dort kommt. Daher sollten auch Umweltschutzorganisationen darüber nachdenken, ob sie nicht einen Teil ihrer Kraft in Angebote stecken, die die Öffentlichkeit ansprechen.

Grundsätzlich ist eine unabhängige Umweltberatung vorzuziehen, da Teil einer solchen Beratung auch sein sollte, Fragen zu aktuellen Planungen und Entscheidungen in der Politik zu beantworten. UmweltberaterInnen, die Angestellte des Staates oder von

Kommunen sind, können hier nicht frei handeln. Wenn daher von Seiten eines Kreises oder einer Gemeinde eine Umweltberatung geschaffen wird, sollte dieses über den Aufbau und die Unterstützung einer organisatorisch möglichst selbständigen Einrichtung (Umweltzentrum, Umweltwerkstatt usw.) geschehen. Das Rathaus ist ohnehin kein geeigneter Ort für die Beratung, da bei vielen Menschen Schwellenängste bestehen (siehe auch Kapitel 2, "Behörden und Lobbyarbeit", 3, "BürgerInnenbeteiligung" und 5, "Bauleitplanung").

Eine von Umweltgruppen und anderen Organisationen getragene Umweltberatung sollte ebenso in ein räumliches Konzept eingebunden sein. Durch die gemeinsame Anstrengung verschiedener Gruppen ist der Aufbau möglich. Wichtig ist dazu die Kooperation, das Zusammenfassen von Kapazitäten sowie der Verzicht auf vereinseigene Räume und Materialien. Wenn die Ressourcen zusammengelegt werden, kann mehr für alle herausgekommen. Verbandsmeierei und Besitzdenken müssen dafür aber überwunden werden (siehe Kapitel 8, "Vernetzung").

Deutlich einfacher ist die Angliederung einer Umweltberatung, wenn schon Umweltschutzeinrichtungen bestehen. So gibt es schon heute viele hundert Umweltzentren, Projektwerkstätten und Umweltbibliotheken, die sich für diese Aufgabe eignen. Städten und Gemeinden sei geraten, diese Einrichtungen beim Aufbau eine Umweltberatung zu unterstützen, statt selbst den Verwaltungsapparat weiter aufzublähen.

## Der Autor

Jörg Bergstedt  
c/o Institut für Ökologie, Büro Osthessen  
Hersfelder Str. 3  
36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919297  
eMail: institut@juis.insider.org



# Forderungen Natur & Landschaft

Die folgenden Übersichten und kurzen Texte können nur einen Überblick geben, was an konkreten Naturschutzmaßnahmen sinnvoll sein kann. Wichtig ist jedoch zu beachten, daß in der Landschaft alle Teile miteinander verwoben und vernetzt sind. Klein- und Kleinstaktionen haben daher in der Regel keine Wirkung und helfen nicht, Arten und Lebensräume zu schützen. Sinnvoll ist, zusammenhängende Landschaftsteile als Ganzes zu verstehen und umfassendes Schutzprogramm zu entwickeln (siehe Kapitel 4, "Umfassende Konzepte").

## Mitarbeit an Planungen

Wichtiger als die Arbeit an Einzelmaßnahmen ist das Engagement für zusammenhängende Pläne. Per Gesetz sind in jeder Gemeinde Landschaftspläne vorgeschrieben. Ihre Qualität ist aber sehr unterschiedlich. Folgende Kriterien müssen in einem guten Plan erfüllt sein. Der Einsatz dafür ist lohnenswert, weil der Landschaftsplan später immer wieder herausgezogen werden kann.

- Exakte, flächendeckende und umfassende Kartierung der aktuellen Biotopstrukturen und Nutzungen, auch innerhalb der Orte.
- Gegenüberstellung der natürlichen Landschaftspotentiale, der historischen Situation und aktueller Bauwerke bzw. Nutzungen. Darstellung aller Konflikte in einer gesonderten Karte mit Vorschlägen zur Entschärfung. Hierbei darf kein Bauwerk unberücksichtigt bleiben (auch wenn das gerne einige so hätten ...)
- Gegenüberstellung der aktuellen Landschaftssituation, der Entwicklungsmöglichkeiten und neu geplanter Bauwerke bzw. Nutzungen. Darstellung der entstehenden Konflikte mit Aussagen zu Möglichkeiten der Vermeidung.
- Erarbeitung eines Zielbildes und einer Maßnahmenkarte aus Sicht des Naturschutzes. Es ist nicht die Aufgabe von

- Landschaftsplänen, andere Nutzungsansprüche (Land- und Forstwirtschaft, Verkehrsstrassen usw.) ohne ökologische Begrenzungsmöglichkeiten einen ökologischen Gutachten einzuplanen.
- Aufstellung einer detaillierten Maßnahmenliste bis hin zu kleinräumigen Verbesserungsvorschlägen.
- Entwicklung eines Umsetzungsszenarios mit verschiedenen Schritten, den passenden Rechtsformen und der Finanzierung der Verwirklichung (siehe Kapitel 7, "Organisation" und 14, "Finanzen").

Neben den Landschaftsplänen können Gemeinden freiwillig Naturschutzpläne z.B. im Rahmen von Dorferneuerungen oder Stadtanierungen erlassen. Auch hier ist wichtig, fachlich korrektes Vorgehen durchzusetzen und zu verhindern, daß irgendwelche Privilegien (bestehende Planungen von Bauwerken, landwirtschaftliche Nutzung, Jagd usw.) dazu führen, daß naturschutzunverträgliche Situationen bestehen bleiben.

## Eingriffe in die Landschaft

Je nach Art des Eingriffs gibt es verschiedene Verfahrensabläufe. Die Beteiligungsmöglichkeiten daran sollten ausgeschöpft werden, sind aber in der Regel nicht ausreichend. Ein ständiger Verteidigungskampf ge-

### Literatur:

Hartmut Bick:  
Ökologie (1989, Gustav Fischer Stuttgart)

Josef Blab u.a.:  
Tierwelt in der Zivillandschaft (1989, Kilda-Verlag Greven)

Heinz Ellenberg:  
Vegetation Mitteleuropas mit den Alpen (1982, Eugen Ulmer, Stuttgart)

Hartmut Leser:  
Landschaftsökologie, (1976, Eugen Ulmer, Stuttgart)

Robert M. May:  
Theoretische Ökologie (1980, Verlag Chemie Weinheim)

Hartmut Remmert:  
Ökologie (1978, Springer-Verlag in Berlin)

Herbert Sukopp u.a.:  
Auswertung der Roten Liste gefährdeter Farn- und Blütenpflanzen in der BRD für den Artenschutz (1978, Landwirtschaftsverlag Münster-Hiltrup)

Orti Wilmanns:  
Ökologie Pflanzensoziologie (1978, Quelle & Meyer Verlag in Heidelberg)



## 21.2

gen neue Zerstörung ist für den Naturschutz nicht sinnvoll. Wichtiger ist die Erarbeitung eigener Biotopschutzpläne. Bei geplanten Eingriffen können folgende Strategien oder Handlungen sinnvoll sein:

### Literatur:

Wolf-Eberhard Barth:  
Naturschutz -  
Das Machbare  
(1995, Paul Parey in  
Hamburg, 467 S.)  
Ein dickes Buch, in  
dem nicht nur viele  
Anregungen für  
Biotopschutzaktio-  
nen enthalten sind,  
sondern auch Hin-  
weise zu strategi-  
schen Vorgehenswei-  
sen, zur Umwelt-  
pädagogik, organisa-  
torischen Hinweisen  
usw. für Umweltgrup-  
pen.

Jörg Bergstedt:  
Werkbuch  
Biotopschutz  
(1991, Franckh-Kos-  
mos-Verlag Stuttgart)

Jörg Bergstedt:  
Handbuch ange-  
wandter Biotop-  
schutz (1992, Eco-  
med-Verlag in Lands-  
berg)  
Das umfassende  
Grundlagenwerk mit  
ökologischen Grund-  
lagen, Methoden der  
Kartierung, Planung,  
und Umsetzung,  
praktische Tips usw.

J. Blab/O. Kudrna:  
Hilfsprogramm für  
Schmetterlinge  
(1982, Kilda-Verlag in  
Greven)

Josef Blab:  
Grundlagen des  
Biotopschutzes  
für Tiere (1986, Kil-  
da-Verlag in Greven)

Josef Blab:  
Ökologie und Schutz  
von Amphibien  
(1986, Kilda-Verlag in  
Greven)

Naturschutz R  
(1995, dtv in Mün-  
chen, 757 S.)  
Eine Sammlung aktu-  
eller Naturschutzge-  
setze: Bundes- und  
Landesnaturschutz-  
recht, Artenschutzab-  
kommen, EU-Recht.

- Erarbeitung eines Gegenplanes, d.h. eines eigenen Vorschlages, wie das umstrittene Gebiet gestaltet bzw. wie das entstandene Problem gelöst werden kann (z.B. gegen eine Umgehungsstraße mit einem alternativen Verkehrskonzept und einem Plan, wie die von einer Straße zerstörten Flächen aufgewertet werden können).
- Forderung, daß die Nullvariante (also die Nichtdurchführung des Eingriffs) in den Untersuchungen zur Umweltverträglichkeit eingeplant wird. In eine etwaige Untersuchung der Kosten und des Nutzens müssen bei der Nullvariante (kein Straßenbau, keine neue Stromleitung, keine Hochwasserschutzmaßnahme, kein neues Baugebiet usw.) sanfte Alternativen durchgerechnet werden (ÖPNV-Konzept und Radwege, dezentrale Energieversorgung, naturnahe Gewässer- und Auengestaltung, Reaktivierung innerörtlicher Flächen und Gebäude usw.).
- Sicherung rechtlicher Durchsetzungsmöglichkeiten, insbesondere durch Drohung mit Klage. Klagen sind möglich für GrundeigentümerInnen im Gebiet und sonstige direkt Betroffene (Unterstützung von GrundeigentümerInnen sichern oder selbst Grundstück kaufen - "Sperrgrundstück") sowie die nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Verbände (deren Unterstützung checken).
- Umfassende Öffentlichkeitsarbeit, die Planung aus den Behörden und Parlamenten "auf die Straße" bringen.
- siehe auch Kapitel 3, "BürgerInnenbeteiligung" und 5, "Bauleitplanung"

Schaffung von Einrichtungen überlegt werden, die offener wirken und unabhängig arbeiten. Als Namen kommen Naturschutz-Informationszentrum, Biologische Station oder Ökologische Station usw. in Frage. Wichtig ist, daß diese Einrichtungen keinen musealen Charakter haben (Ausstellungen mit ausgestopften Tieren oder ähnliches), sondern daß echte Kompetenzen hierhin verlagert werden (Betreuung von Schutzgebieten, Schutzprogrammen, Förderprogramme für eine umweltverträgliche Landwirtschaft, Kartierungen, Schulungen usw.) und ein stab geschulter MitarbeiterInnen auf Dauer in der Einrichtung tätig ist.

Angebote für die Öffentlichkeit wie Beratungen, Kurse, Vorträge und Seminare, eine Umweltbibliothek, eine beispielhafte Gestaltung des Außengeländes sowie des Gebäudes selbst usw. können damit verknüpft werden (siehe Kapitel 9, "Projektwerkstätten" und 20, "Umweltberatung").

## Massnahmen im Einzelnen

Die folgenden Seiten enthalten einen kurzen Überblick über Einzelmaßnahmen in bestehenden Lebensräumen. Die Liste kann auch als Maßstab bei Neuanlagen genutzt werden, um festzustellen, auf welche Aspekte einzugehen ist. Biotopschutz darf aber weder mit Hilfe dieser Liste noch durch die vielen Bücher und bunten Broschüren, die einfache Rezepte zur Lebensraumgestaltung nennen, zu einem "Basteln" werden. Das Herumarbeiten auf Restflächen, Anlegen von Lebensräumen ohne Vernetzung mit der Umgebung bzw. das Umwandeln von einem Lebensraum in den anderen (Brache in Gehölz, Rain in Hecke, Feuchtwiese in Teich usw.) hat nicht selten schon mehr Schaden gebracht als neue Lebensnischen geschaffen. Fast immer dient ein solcher Naturschutz mehr dem Vortäuschen von Aktivität und dem Beruhigen des Gewissens als einer tatsächlichen Verbesserung der Lebensbedingungen heimischer Arten.

Der Blick auf den einzelnen Lebensraum und die dort notwendigen Maßnahmen darf

## Naturschutz- einrichtungen

Zur ständigen Beratung, Planung, Kontrolle und Öffentlichkeitsarbeit sollte als Alternative zu in die Verwaltung integrierten die



erst am Schluß einer umfassenden Naturschutzplanung erfolgen. Dann aber ist es wichtig, auch die Details zu untersuchen und Verbesserungen anzustreben, wo immer das möglich ist. Dafür bietet die folgende Liste eine Hilfe - ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Einschlägige Fachbücher zum Biotopschutz sind so nicht ersetzt.

## Feuchtbereiche

Generell ist wichtig, die typischen Feuchtigkeitsverhältnisse zu sichern oder wiederherzustellen. Diese können gleichbleibend sein (hoher Grundwasserstand, Versumpfung in Quellbereichen usw.) oder im Jahresverlauf stark schwankend (Auendynamik). Ent- und Bewässerungen, Hochwasserschutzdämme, regulierte Bäche und Flüsse zerstören nicht nur die jeweils direkt betroffenen Lebensräume, sondern verändern die typischen Verhältnisse des Wasserhaushaltes im gesamten Landschaftsraum.

Wichtig ist zudem, zusammenhängende Feuchträume (z.B. ein Tal mit Nebentälern) unzerschnitten zu erhalten. Wichtig sind dabei die Durchlässe bei Dämmen, querenden Straßen sowie die naturnahe Gestaltung der Fließgewässer samt Ufer in den Ortschaften.

### Bäche

- Breite Uferstreifen beidseitig
- Uferstreifen auch innerorts
- Keine künstlichen Befestigungen
- Ufer mit Gehölz oder Röhricht
- Pflege vorhandener Kopfbäume
- Entfernen aller Rohre im Verlauf
- Stoppen aller Verunreinigungen
- Renaturierung begradigter Bäche
- Zulassen von Uferabbrüchen und Dynamik
- Rückbau von Wehren, Stauen, Schwellen
- Renaturierung des gesamten Talraumes Flüsse

### Flüsse

- Breite Uferstreifen beidseitig
- Feuchtwiesen oder Auwald angrenzend
- Stoppen aller Verunreinigungen

- Schaffung von Überflutungsraum
- Renaturierung der Altarme
- Renaturierung des gesamten Talraumes

### Ried und Röhricht

- Schutz vor Viehverbiß und Zertritt
- Stopp von Entwässerungen
- Saumstreifen zu gedüngten Flächen
- Schutz vor Störungen
- Verhinderung des Zuwachsens
- Eventuell extensive Pflege/Nutzung
- Zusatzstrukturen am Rande (Teiche, Gebüsch)

### Feucht-Grünland

- Extensive Nutzung per Vertrag
- Stopp aller Entwässerungen
- Saumstreifen zu Feuchtbiotopen
- Zusatzstrukturen (Teiche, Gebüsch, Röhricht)

### Hochmoore

- Stopp weiteren Abbaus
- Entfernen befestigter Wege
- Wiedervernässung und Schutzausweisung
- Feuchtwiesen und -gehölze rundherum

### Bruch- und Auenwald

- Stopp aller Entwässerungen
- Breite Randstreifen zu genutzten Flächen
- Pflege vorhandener Kopfbäume
- Entfernen von Nadelbäumen und Hybridpappeln
- Schutz vor Störungen
- Überlassung als Naturwald
- Neuanpflanzung an geeigneten Orten

### Tümpel, Teich und Weiher

- Schaffung breiter Randstreifen
- Pflege vorhandener Kopfbäume

### Literatur:

Eugeniusz Nowak: Gestaltender Biotopschutz für gefährdete Tierarten und deren Gemeinschaften (1987, Landwirtschaftsverl. Münster-Hiltrup)

Harald Plachter: Naturschutz (1991, Gustav Fischer-Verlag Stuttgart)

D. Rödel/H. Zucchi: Revitalisierung von Fließgewässern (1996, FH Osnabrück, 43 S.)  
Um die Renaturierungen von Bächen und Flüssen gibt es einen Glaubenskrieg. Während in der Praxis aufwendige Bodenmodellierungen vorherrschen, weisen ÖkologInnen vermehrt darauf hin, daß Selbstentwicklung günstiger ist. Bedauerlicherweise lehnt sich diese Veröffentlichung der ersten Auffassung an, obwohl Ökologen unter den Autoren sind. Naturnahe Baumaßnahmen sowie die abschnittsweise Aufwertung begradigter Bäche werden gezeigt - Modell und Ideen, den Bächen ihre Dynamik zurückzugeben, fehlen.





## 21.4

### Literatur:

AK Forstliche Landespflege: Biotop-Pflege im Wald (1985, Kilda Verlag in Greven)

U. Ammer/U. Pröbst: Freizeit und Natur (1991, Paul Parey in Hamburg)

Beck-Texte: NaturschutzR - Naturschutzgesetz des Bundes & der Länder (1990, dtv München)

Jörg Bergstedt: An jede Ecke eine Hecke - Bedeutung, Schutz und Neuanlage von Hecken und Feldgehölzen (1990, Landwirtschaftskammer in Hannover)

H.-P. Blume: Handbuch des Bodenschutzes (1990, Ecomed in Landsberg)

Manfred Ehlers: Baum und Strauch in der Gestaltung der deutschen Landschaft (1985, Paul Parey-Verlag Hamburg)

Jörg Haafke: Naturschutz - Erfahrungen und Perspektiven, (1982, Gesamthochschule Kassel)

Institut für Umweltrecht: Deine Umwelt - Dein Recht (1991, Fischer-Verlag in Frankfurt)

G. Ketteler/ K. Kippels: Umweltrecht (1988, Deutscher Gemeindeverlag Köln)

Rat von Sachverständigen für Umweltfragen:

Umweltprobleme der Landwirtschaft, (1985, W. Kohlhammer-Verlag in Stuttgart)

Die umfassendste Problemanalyse, die in Deutschland existiert.

- Entfernen von Nadelbäumen und Hybridpappeln
- Stopp von Verunreinigungen
- Vernetzung über Bäche, Raine, Hecken
- Entfernen von Müll und Schutt
- Schutz vor Viehverbiß und Zertritt
- Neuanlage in Niederungen Seen

### Seen

- Gesamter Schutz kleinerer Seen
- Sonst: Abschirmung genutzter Bereiche
- Schutz des Ufers vor Wassersport
- Stopp von Verunreinigungen
- Breite Ufersäume (Wald, Röhricht, Grünland)

## Trocken-magere Bereiche

Prägend für diese Bereiche sind die Trockenheit sowie die Nährstoffarmut der Böden. Diese Situation muß erhalten bleiben. Bewässerungen sind zu verhindern, wichtiger aber ist, jeglichen Düngereintrag auszuschließen. Trocken-magere Lebensgemeinschaften reagieren sehr empfindlich auf Düngerzufuhr von außen, zudem ist wegen der durchlässigen Böden (Sand, Gestein usw.) das Grund- und Oberflächenwasser durch Verschmutzungen besonders gefährdet.

Neben der Intensivierung der Land- und Forstnutzung sind Bebauungen (z.B. sind Südhanglagen für Wohngebiete bevorzugt) und Freizeiteinrichtungen (Zeltplätze, Motocross, Golfplätze usw.) Hauptvernichter.

### Trocken-, Halbtrocken & Magerrasen

- Extensive Nutzung per Vertrag
- Zonen für Gehölz-Selbstentwicklung
- Randstreifen zu genutzten Flächen
- Entfernen aller Ablagerungen
- Schutz vor Störung, Befahren, Zertritt
- Pflege vorhandener Obstbäume
- Auf passenden Flächen Obstbaumpflanzungen

### Weinberge

- Naturnahe Bewirtschaftung
- Krautunterwuchs durchgehend
- Trockenmauern, Steinwege/-treppen
- Naturnahe Strukturen in der Fläche

### Trockenwälder & -gebüsche

- Krautstreifen, Gebüschaum um Wald
- Schutz vor Störung und Viehverbiß
- Entfernen von standortfremden Bäumen
- Selbstentwicklung am Rand von Magerwiesen u.ä.
- Sporadischer Gehölzrückschnitt auf Teilflächen

### Kies- und Sandgruben, Steinbrüche

- Belassen/Herstellen vielfältiger Kanten
- Schutz/Schaffung von Steilwänden
- Schutz vor Störung und Befahren
- Entfernen von Ablagerungen aller Art
- Randstreifen an Hangoberkanten

## Wälder & Gebüsche

Ca. ein Drittel der bundesrepublikanischen Fläche sind waldbestanden, hinzu kommen die Gehölze in der freien Landschaft (Hecken, Feldgehölze usw.). Diese Fläche reicht aus, um umfangreiche Flächen einer natürlichen Dynamik zu überlassen, d.h. sie nicht zu nutzen und Wege zurückzubauen.

Drumherum sollte die Forstwirtschaft naturnah gestaltet sein. Landwirtschaftliche Flächen sind mit vielen Kleinstrukturen zu mischen, wobei Hecken und Feldgehölze eine große Rolle spielen. Eine Verbindung mit Krautbereichen erhöht den Biotopwert erheblich. Wo Wälder in der Nähe sind, sollten die Hecken direkt in den Wald übergehen (Vernetzung).

### Wald

- Naturnahe Waldwirtschaft
- Verzicht auf Dünger, Gift, Pflügen
- Kernzellen als Naturwald
- Rückbau befestigter Wege
- Entfernen standortfremder Arten
- Selbstentwicklung auf Kahlschlägen
- Alt- und Totholz

### Waldsaum

- Breite Kraut- und Gebüschezone
- Extensive Mahd und Gehölzpflege
- Verbindung zu Hecken
- Wege am Wald als Graswege



### Hecken

- Neuanlage, wo immer möglich
- Breiter Gehölzbereich (mehreihig)
- Breite Krautstreifen beidseitig
- Schutz vor Viehverbiß, Befahren, Zertritt
- Entfernen standortfremder Arten
- Einzelstamm- oder Abschnittspflege
- Zusatzstrukturen entlang der Hecke
- Überhälter, d.h. große Bäume in der Hecke

### Feldgehölze

- Neuanlage auf Restflächen
- Gestufter Aufbau mit Buschsaum
- Breiter Krautsaum rundherum
- Entfernen standortfremder Arten
- Erhalt von Alt- und Totholz

### Einzelbäume und -büsche

- Krautfläche um Stamm wie Kronendurchmesser
- Schutz vor Anpflügen und Beschädigung
- Vernetzung über Hecken, Raine

### Gras- und Krautstreifen, Raine

- Schutz vor Befahren, Zertritt, Pflügen
- Extensive Pflege / Mahd
- Anlage entlang aller Wege und Grenzen

### Wege

- Wenig genutzt: Gras- und Erdwege
- Mehr genutzt:

Spurbahnwege

- Krautstreifen oder Hecken beid-



seitig

- Brücken statt Verrohrung über Bäche

## Äcker & Wildkräuter

Zwei grundsätzliche Ziele sind zu nennen: Schaffung bzw. Sicherung einer hohen Dichte von Kleinstrukturen zwischen den landwirtschaftlichen Flächen sowie Durchsetzung der biologischen Landwirtschaft auf allen Flächen. Der Einsatz von Gift und Dünger muß schnellstmöglich gestoppt werden.

### Acker

- Naturnahe Bewirtschaftung
- Schutzstreifen zu umgebenden Lebensräumen
- Blütenreiche Ackersäume ohne Spritzen/ Düngen
- Hangparalleles Pflügen
- Erhalt von Kleinstrukturen
- Mehrjährige Ackerbrachen

### Grünland

- Naturnahe Bewirtschaftung
- Schutzstreifen zu umgebenden Lebensräumen
- Erhalt von Kleinstrukturen
- Bäume und Biotope in der Fläche
- Aussparen wertvoller Bereiche

## Küsten

Fast alle Küstenbiotope sind großflächig und bilden eine typische Stufung vom Meer zum Binnenland. Daher sind große, unzerschnittene Schutzgebiete unerlässlich. Hauptprobleme sind die Deiche, die meist stark zerschneidend wirken und küstennah verlaufen, so daß weitere Bereiche von der natürlichen Dynamik von Ebbe und Flut abgeschnitten sind. Zudem ist die Verschmutzung der Meere und Flüsse stark belastend.

### Watt und Salzwiesen

- Schutz vor Störungen
- Unterbinden von Schadstoffeinleitungen
- Ausweisung großer Schutzgebiete
- Abgeschirmte Lehrpfade und Aussichtsflächen
- Verhindern neuer Eindeichungen

### Sandstrand und Dünen

- Ausweisung ruhestörungsfreier Strandbereiche
- Schutz aller Dünen, nur wenige Durchquerungswege

### Kontakte:

Ökologischer Landbau Michael Krug  
Karl-Marx-Str. 20  
36452 Empfertshs.

Reinhart Schade  
Marienhöhe 8/9  
15526 Bad Saarow

Demeter-Bund und Arbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau (AGÖL)  
Baumschulenweg 11  
64295 Darmstadt  
06155/2081

Stiftung ökologische Konzepte  
Weinstr. Süd 51  
67098 Bad Dürkheim  
06322/86002

Stiftung Ökologischer Landbau  
Weinstraße Süd 51  
67098 Bad Dürkheim  
06322/8666

Bundesverband ökologischer Weinbau  
Obergasse 9  
67308 Ottersheim  
06355/1285

Arbeitsgemeinschaft für naturnahen Obst-, Gemüse- und Feldfruchtanbau (ANOG)  
Josef-Schnell-Str. 17  
53121 Bonn  
0228/614457



21.6

### Literatur:

Euronatur:  
Folienvorlagen zur  
EU-Agrarpolitik  
(1995, Stiftung  
Europ. Naturerbe in  
Rheinbach, 110 S.)  
Über 50 überwie-  
gend sehr übersicht-  
liche Folienvorlagen  
finden sich in dieser  
Sammlung, jeweils  
zusammen mit ei-  
nem erläuternden  
Text. Die Folien ent-  
halten im wesentli-  
chen Thesen. Das  
dürfte bei einem Vor-  
trag recht ermüdend  
wirken.

A. Toepfer-  
Akademie:  
Regeneration  
und Schutz von  
Feuchtgrünland  
(1995, NNA in Schne-  
verdingen, 129 S.)  
Zusammenfassung  
einer Tagung an der  
Uni Bremen mit ver-  
schiedenen Fachbei-  
trägen

Bernd Röser:  
Grundlagen des Bio-  
top- und Artenschut-  
zes, (1990, Ecomed-  
Verlag in Lands-  
berg)

Giselher Kaule:  
Arten- und Biotop-  
schutz (1986 Eugen  
Ulmer-Verlag  
Stuttgart)  
Überflutungsberei-  
chen, der Pflege und  
der konkreten Um-  
setzung (Finanzie-  
rung usw.).

A. Toepfer-  
Akademie:  
Flächenstillegung  
und Extensivierung  
in der Agrarland-  
schaft - Auswirkungen  
auf die Agrar-  
biozönose (1996,  
NNA in Schneder-  
dingen, 73 S.)  
Verschiedene Refer-  
entInnen beleuch-  
ten die Fragen der  
Stilllegung bzw. der  
umfassenderen Ex-  
tensivierung der  
Landwirtschaft. Im  
Mittelpunkt stehen  
die Auswirkungen  
auf die Tier- und  
Pflanzenarten.

- Wiederbepflanzung zerstörter Dünenbe-  
reiche
- Verlegen von Freizeiteinrichtungen in das  
Brackwasser im Binnenland
- Vollständige Ausweisung als Schutzgebiet
- Schutz auch breiter Uferstreifen
- Entfernen von Verfüllungen und Müll -  
Unterbinden von Schadstoffeinleitungen
- Wo nötig: Wiedezulassen des Wasseraus-  
tausches mit dem Meer

### In Dorf & Stadt

Innerhalb bebauter Bereiche ist vor allem  
kleinräumige Vielfalt, die Begrünung auch  
bebauter Flächen sowie die Durchlässigkeit  
der Böden für das Regenwasser wichtig. Zu-  
dem muß geprüft werden, inwieweit Orte  
großräumige Vernetzungsstränge zerschnei-  
den.

### Naturnahe Grün- und Gartenflächen

- Keine Verwendung von Giften und Mine-  
raldüngern
- Heimische Bäume und Sträucher
- Selbstentwicklungsflächen (Wildnis)
- Keine Kunstbiotope schaffen (Gartentei-  
che u.ä.)

### Begrünung der Gebäude

- Wandbegrünung (bevorzugt heimische  
Pflanzen)
- Begrünung der Dachflächen (außer bei  
Regenwassernutzung)
- Abbau von Zäunen, Mauern und anderer  
Vernetzungshindernisse

### Schaffung von Vernetzungssträngen

- Aufhebung kleinräumiger  
Hindernisse (Rohrstrecken,  
Zäune, Gräben mit stei-  
len Ufern usw.)
- Naturnahe Gestal-

tung von Flüssen und Bächen durch die  
Orte

### Entsiegelung, Grundwasserschutz

- Förderung der Regen- und Grauwasser-  
nutzung
- Entsiegelung von Grundstücken, Park-  
plätzen, Nebenstreben
- Getrennte Erfassung des abfließenden  
Regenwassers, Versickerung in naturna-  
hen Rückhaltebecken.

## Möglichkeiten im Artenschutz

Noch vor wenigen Jahren waren Arten-  
schutzbemühungen wesentlicher Inhalt der  
meisten Naturschutzgruppen - und auch  
heute noch schaufeln VogelschützerInnen ki-  
loweise Vogelfutter in den Wald, befestigen  
Hunderte von Nistkästen selbst im monoto-  
nen Nadelwald und lassen sich von Politi-  
kern für ihre "Helden"taten feiern. Doch sie  
vergessen: Tiere und Pflanzen bilden mit ih-  
ren Lebensräumen ein kompliziertes Ge-  
flecht. Einfache Maßnahmen können dort,  
wo Arten verschwinden nicht weiterhelfen.  
Der Mensch ist nicht in der Lage, die ganze  
Vielfalt der ökologischen Beziehungen zu  
verstehen, geschweige denn nachzubilden.  
Natur braucht Raum, Entwicklungsmöglich-  
keiten. Eine Wildwuchszone oder heimi-  
sche Gebüsch im Garten sind mehr wert





als zwanzig Nistkästen. Sie sind auch besser als ein künstlich angelegter Teich. Statt Nistkästen im monotonen Wald ist der Einsatz für Naturwald, richtige Baumartenwahl und höheren Totholzanteilen wichtiger.

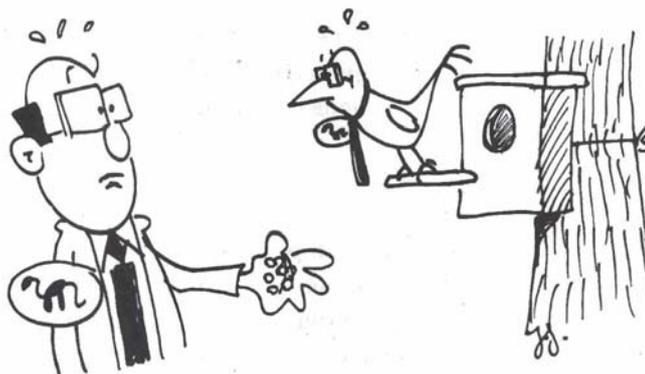
Gezielte Artenschutzmaßnahmen können nur als Übergangslösung Populationen seltener Arten stützen. Beispiele für solche Maßnahmen sind:

- Beschneiden von Kopfbäumen, um Ausfallstellen für Insekten oder Nisthöhlen zu schaffen
- Errichtung von Krötenzäunen oder -tunneln bis zur Schaffung von neuen Laichgewässern
- Öffnen von Dachfenstern in Scheunen, Kirchtürmen usw. für Fledermäuse, Eulen und andere Arten, Schaffung fledermausdurchgängiger Schutztüren vor Stollen und Höhlen
- Beseitigen von Fallen und Gefahrenpunkten wie Kellerschächte, gefährliche Stromleitungen.
- Gezielte Schaffung auch kleiner Wildwuchsflächen, Stein- und Laubhaufen, Totholz usw.
- Öffentliches Eintreten gegen alle zusätzlichen Eingriffe in die ohnehin eingeschränkte Selbstregelung der Natur, vor allem die Jagd, Fischbesatz usw.

## Geeignete Gehölzarten

Bei der Auswahl der Arten dürfen nicht nur die physiologischen Wachsfaktoren eine Rolle spielen, sondern ebenso der landschaftstypische Charakter. Wo noch Hecken vorhanden sind, sollte der dortige Artenbestand auch als Anhaltspunkt für das Neuschaffen von Hecken gelten. Sind vorhandene Hecken sehr artenarm, können in Neupflanzungen weitere, den Bodenbedingungen gemäße und heimische Arten gepflanzt werden. Als Überhälter (große Bäume, die die anderen überragen) sind vor allem zwei Arten immer wieder bevorzugt worden:

- Vogelkirsche (*Prunus avium*)
- Stieleiche (*Quercus robur*, auch auf sandigem Boden)



21.7

Zudem lassen sich verwenden:

- Ulmen (*Ulmus spec.*)
- Sommer- und Winterlinde (*Tilia spec.*)
- Birken (*Betula spec.*, auch auf sandigem Boden)
- Eberesche (*Sorbus aucuparia*)
- Gemeine Esche (*Fraxinus excelsior*)
- Rotbuche (*Fagus sylvatica*)
- Mehlbeere (*Sorbus aria*)
- Elsbeere (*Sorbus torminalis*)
- verschiedene Hochstamm-Obstbäume.

Alle Arten müssen ihren typischen Wuchsformen entsprechend eingesetzt werden. Buscharten, die hochwachsen, aber einen guten Stockausschlag haben, können auch als Randbüsche eingesetzt werden, müssen aber entsprechend häufig gepflegt werden. Als niedrige Büsche kommen ohne Pflege nur wenige in Frage. In trockenen Bereichen sind dies vor allem

- Besenginster (*Cytisus scoparius*)
- Sanddorn (*Hippophae rhamnoides*)
- Kriechweide (*Salix repens*)

Auf frischeren, nährstoffreicheren Böden wachsen:

- Hunds-/Heckenrose (*Rosa canina*, auch auf trockenem Boden)
- Gemeine Liguster (*Ligustrum vulgare*)
- verschiedene, heimische Brombeerarten (*Rubus spec.*)

Alle weiteren Busch- und Baumarten eignen sich vor allem für den inneren Bereich. Sie müssen als Randbüsche jedoch öfter zurückgeschnitten werden.

Auf trockenen Böden sind dies:

- Weißdorn (*Crataegus spec.*)
- Schlehdorn (*Prunus spinosa*)



21.8

- Rote Heckenkirsche (*Lonicera xylosteum*)
- Zitterpappel (*Populus tremula*)
- Faulbaum (*Rhamnus frangula*)

Auf frischen, nährstoffreicheren Böden wachsen:

- Feldahorn (*Acer campestre*)
- Hainbuche (*Carpinus betulus*)
- Kornelkirsche (*Cornus mas*)
- Roter Hartriegel (*Cornus sanguinea*)
- Haselnuß (*Corylus avellana*)
- Pfaffenhütchen (*Evonymus europaeus*)
- Stechpalme (*Ilex aquifolium*)
- Kreuzdorn (*Rhamnus carthatica*)
- Silberweide (*Salix alba*, auch als Kopfbaum)
- Ohrweide (*Salix aurita*, auch als Kopfbaum)
- Salweide (*Salix caprea*)
- Aschweide (*Salix cinerea*, auch als Kopfbaum)
- Bruchweide (*Salix fragilis*, auch als Kopfbaum)

- Lavendelweide (*Salix nigra*)
- Schwarzweide (*Salix nigra*)
- Purpurweide (*Salix purpurea*)
- Mandelweide (*Salix triandra*)
- Korbweide (*Salix viminalis*, auch als Kopfbaum)
- Schwarzer Holunder (*Sambucus nigra*)
- Roter/Traubenholunder (*Sambucus racemosa*)
- Wolliger Schneeball (*Viburnum lantana*)
- Gemeiner Schneeball (*Viburnum opulus*)

### Kontakte:

Institut für Ökologie  
Postfach 100904  
35339 Gießen  
0641/94330-79

Deutscher Rat  
für Landespflege  
Konstantinstr. 110  
53179 Bonn  
0228/331097

Landschaftspflege-  
verbände für  
Deutschland  
Bischof-Meiser-Str. 2  
91522 Ansbach  
0981/53754

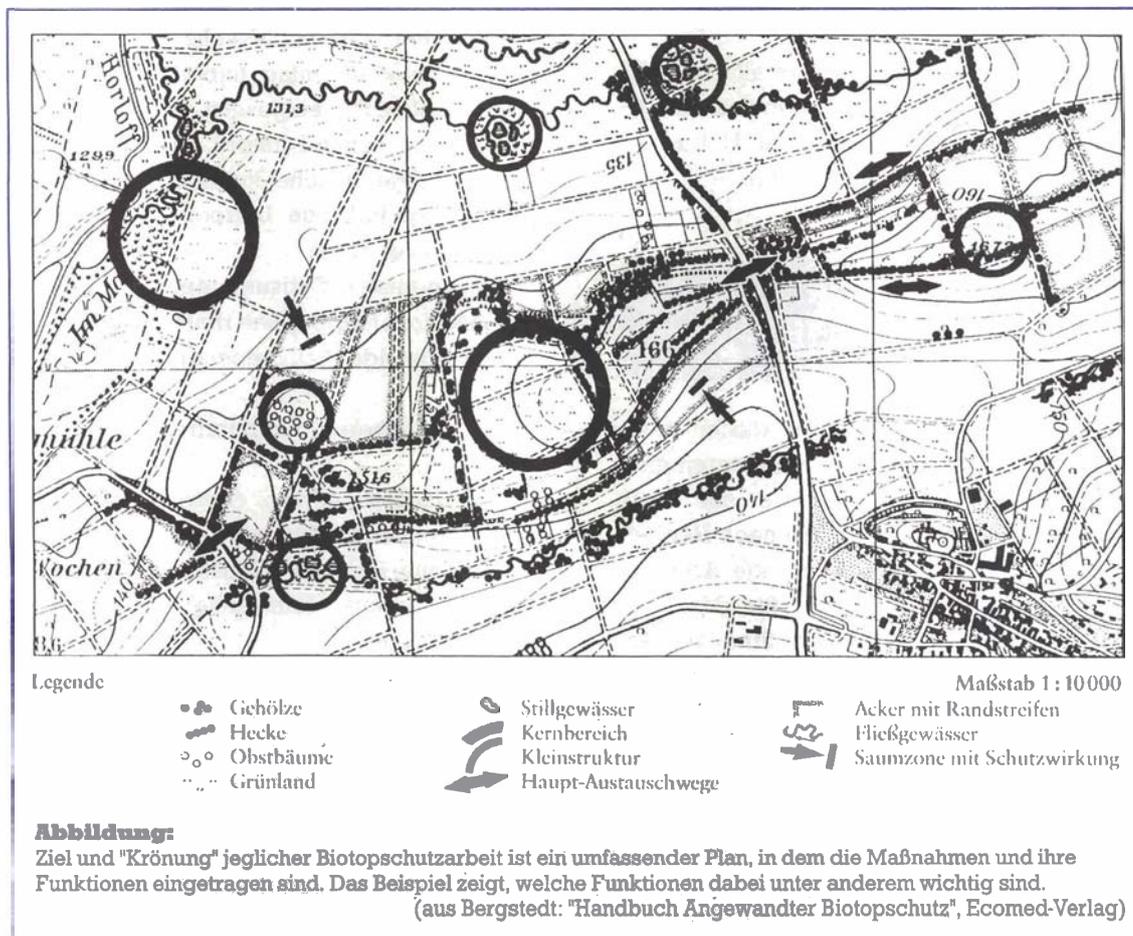
Deutsches Institut  
für Urbanistik  
Straße des 17. Juni 110  
10623 Berlin  
030/39001-0

Institut für  
angewandte Biologie  
Hafenstr. 2  
21729 Freiburg  
04779/8851

AG für Umweltpla-  
nung, Energiebera-  
tung, Naturschutz  
(AUE)  
Heinrichstr. 9  
60327 Frankfurt  
069/97300694

## Ver Autor

Jörg Bergstedt  
c/o Institut für Ökologie - Büro Osthessen-  
Hersfelder Str. 3  
36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919297  
eMail: institut@juis.insider.org





# Forderungen Wasser & Abwasser

22.1

Wasser ist eine knappe Ressource und Grundlage allen Lebens. Aber es wird oft sinnlos verschwendet und verschmutzt. Bäche, Flüsse, Seen und Meere sind mit Rückständen aus Industrie, Landwirtschaft und Haushalten verseucht. Wasser dient als billige Deponie für Abfälle aller Art. Auch wenn das Thema "Wasser und Wasserverschmutzung" ein wenig "aus der Mode" gekommen ist, liegt hier doch noch immer einiges im Argen, das das Engagement von Umweltinitiativen verdient. Die folgenden Seiten stellen einige zentrale Forderungen und Handlungsmöglichkeiten für Initiativen dar. Zur Vertiefung sei die dargestellte Literatur empfohlen.

## Alles wird besser?

Die "Gewässergüte" unserer Flüsse hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert, das wird immer wieder von PolitikerInnen und Industrie betont. Aber niemand darf sich blenden lassen: Die sogenannte Gewässergüte ist kein Maß für die Wasserverschmutzung insgesamt, sondern nur für "biologisch abbaubare organische Substanzen". Durch den Bau von mechanisch-biologischen Kläranlagen wurde diese "klassische" Wasserbelastung v.a. durch Fäkalien tatsächlich weitgehend reduziert. Aber Wasserverschmutzung hat heute viele Gesichter. Besonders durch die Industrie gelangt eine

Vielzahl von Chemikalien in die Umwelt, gegen die auch Kläranlagen machtlos sind. Und selbst wenn sie mit dem Klärschlamm dem Wasser entzogen werden, bleiben sie dort eine gefährliche Mixtur. Als Düngemittel in der Landwirtschaft ist Klärschlamm kaum mehr verwendbar. Weiteres Problem: Für einen Großteil der heute produzierten Chemikalien gibt es bislang keine adäquaten Nachweisverfahren. Hier kann nur eine vorsorgende giftfreie Produktion umweltfreundlicher Produkte Abhilfe schaffen.

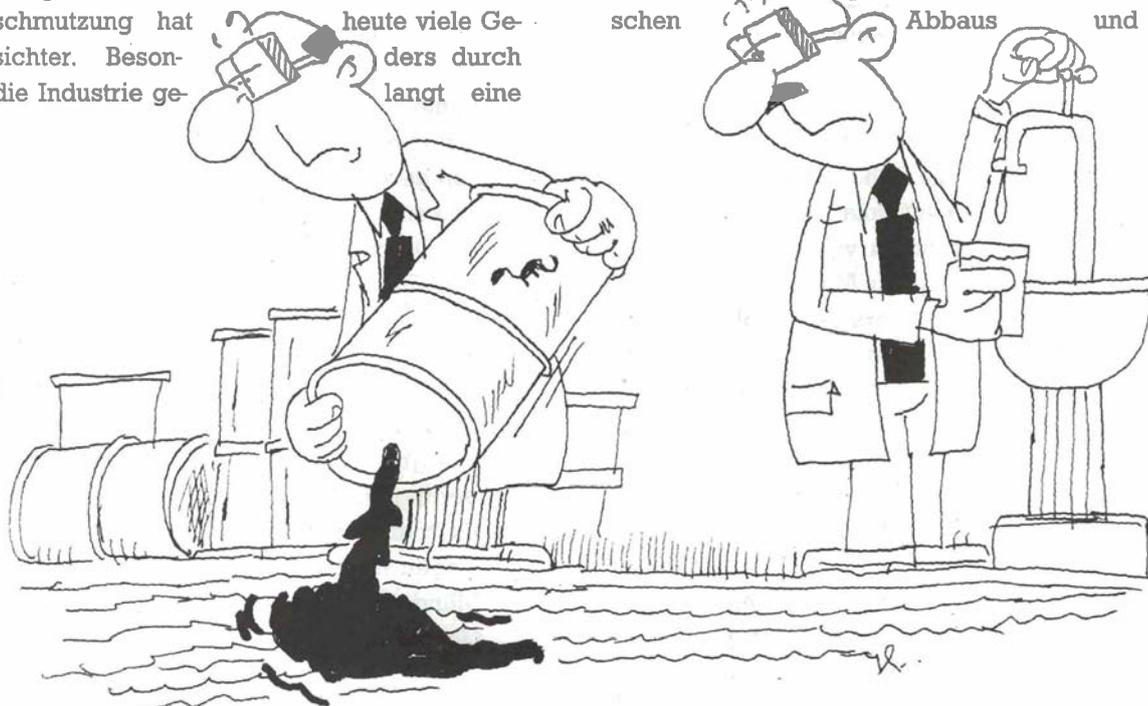
Ein besonderes Problem sind die Pflanzennährstoffe, v.a. Nitrat und Phosphat. Sie sind Endprodukte des biologischen Abbaus und

### Literatur:

Otto Klee:  
Wasser untersuchen  
(Quelle & Meyer V.,  
246 S.)  
Egal ob Laie oder  
Fachfrau/-mann -  
"Wasser untersuchen"  
gibt einen Überblick über  
das gesamte Gebiet der  
chemischen und biologischen  
Untersuchungsmethoden.  
Leicht verständlich und  
mit vielen Abbildungen  
werden Wasseruntersuchungen  
leicht gemacht. Besonders  
herauszuheben sind die  
Beurteilungskriterien, die  
bei den meisten Arbeiten zu  
diesem Thema fehlen.

Baur:  
Gewässergüte bestimmen  
und beurteilen (1980,  
Hamburg)

Meyer:  
Makroskopisch-biologische  
Feldmethoden zur  
Wässergütebeurteilung  
von Fließgewässern  
(1983, Hannover)





22.2

werden von herkömmlichen Kläranlagen nur zu geringem Teil beseitigt. Ein Nährstoffeintrag führt zu vermehrtem Pflanzenwachstum - absterbende Biomasse bewirkt eine "Sekundärverschmutzung". Für unsere Flüsse ist die Nährstoffbelastung freilich ein untergeordnetes Problem - aber alle Flüsse enden letztlich im Meer und dort reichern sich die Nährstoffe an. Pflanzennährstoffe sind verantwortlich für die berüchtigte "Algenpest". Neben Fäkalien tragen auch phosphathaltige Waschmittel, die Landwirtschaft und nicht zuletzt der Autoverkehr (Stickoxide aus Autoabgasen verursachen nicht nur Waldsterben, sondern reagieren mit Regen letztlich zu Nitrat) zum Nährstoffeintrag bei.

#### Literatur:

Niemeyer-Lüllwitz  
u.a.: Rettet die Bäche  
(1988, München)

ARGE Weser:  
Ökologische  
Gesamtplanung  
Weser (1996,  
Bundesanstalt für  
Gewässerkunde und  
DVWK, versch. Ord-  
ner & Broschüren)  
"Grundlagen,  
Leitbilder und  
Entwicklungsziele  
für Weser, Werra und  
Fulda" steht im  
Untertitel. Bietet  
einen allgemeinen  
Überblick als  
gebundenes Werk  
sowie verschiedene  
Ordner zu einzelnen  
Planungsgebieten.  
Insgesamt liefern die  
Untersuchungen und  
Planungen detail-  
liertes Wissen über  
die Weser bzw. die  
Zuflüsse Fulda und  
Werra. Farbige Fotos  
und Pläne bringen  
zusätzliche Infor-  
mationen.

### Forderungen & Handlungsmöglichkeiten

- Die "Staatlichen Ämter für Wasser und Abfall" veröffentlichen regelmäßig nicht nur die bekannten Gewässergütekarten, sondern auch umfangreiche Berichte, die bei weitem mehr über die Situation der Flüsse verraten. Es kann ein lohnendes Unterfangen sein, diese Berichte aufmerksam zu studieren und gegebenenfalls "interessante Daten" bekannt zu machen. Wo Gewässergütekarten in der Presse unkritisch veröffentlicht werden, können LeserInnenbriefe auf die beschränkte Aussagekraft der "Gewässergüte" hinweisen.
- Wasserbücher, in denen alle legalen Einleitungen verzeichnet sind, gibt es bei den "Unteren Wasserbehörden". Sie sind öffentlich - die Behörde muß Einsicht gewähren. Hier Informationen über WasserverschmutzerInnen vor Ort zu sammeln, kann Grundlage für Aktionen sein.
- Alles, was zur Unterstützung ökologischer Landwirtschaft, zur Vermeidung von Pestizideinsatz (z.B. in Kleingartenkolonien), zur Reduzierung von Produkten der chemischen Industrie (v.a. der Chlorchemie) und zur Vermeidung von Autoverkehr unternommen wird, dient auch dem Wasserschutz.
- Sogenannte "Dritte Klärstufen", die die Nährstoffbelastung erheblich verringern,

sind in Kläranlagen technisch möglich, aber noch immer nicht überall vorhanden. Die Nachrüstung der kommunalen Kläranlage kann eine wichtige kommunalpolitische Forderung sein.

### Bäche

Schlimmer noch als bei den großen Flüssen ist die Situation oft bei den kleinen Bächen. Hier ist auch die klassische "Gewässergüte" vielfach noch ein Problem. Zahlreiche kleine und kleinste Einleitungen belasten das Wasser. Hinzu kommt fast überall die Zerstörung des Lebensraumes Bach durch Begradigung und Gewässerbau. Die Verschmutzung der Bäche ist vielerorten noch gar nicht erfasst.

### Forderungen & Handlungsmöglichkeiten

- Flächendeckende Untersuchung der Verschmutzung und der Biotopzerstörung an den Bächen. Gegebenenfalls kann die Gruppe auch solche Untersuchungen selbst durchführen - wenn auch chemische Analytik ein weites und kompliziertes Feld ist, so ist doch zumindest die Feststellung der "Gewässergüte" relativ einfach möglich, unter anderem auch an der Zusammensetzung der Tierarten im Bach.
- Echte Renaturierung von Bächen. "Krummbegradigung", wo der Bach in einen geschwungenen Lauf gezwängt wird, ist keine Renaturierung. Wichtig ist, daß dem Bach Platz bleibt, sein Bett "selbst zu bestimmen". Nur so kann die natürliche Dynamik erhalten bzw. wieder ermöglicht werden.
- Nicht bei Einzelmaßnahmen zur Renaturierung stehenbleiben. Zu fordern sind übergreifende Konzepte für die Renaturierung größerer Fließgewässersysteme. Es ist sinnvoller, einige Fließgewässer auf langen Strecken (von der Quelle bis zur Mündung) zu renaturieren als an vielen Gewässern nur kleine Abschnitte.



- Kulturgräben werden vielfach von kommunalen Bauhöfen oder LandwirtInnen geräumt, um den Hochwasserschutz zu sichern. Informiert Euch über die turnusgemäßen Räumungen und geht auf die Verantwortlichen zu, um auf die Berücksichtigung von Naturschutzaspekten zu drängen. Es sollte auf eine abschnittsweise Räumung hingewirkt werden. Außerdem gilt es, die Sohle nicht zu beschädigen.
- Die städtische Kanalisation hat normalerweise "Überläufe" für den "Notfall". Wo Regenwasser und Abwasser durch die gleichen Rohre fließen, tritt dieser "Notfall" regelmäßig ein - die Brühe läuft bei jedem starken Regen in den Bach. Wo größere Gebiete baulich erschlossen werden, sollte eine Trennwasserkanalisation eingerichtet werden. Für bestehende Kanalisationen eine eher langfristige Forderung. Aber irgendwann steht ohnehin eine Sanierung an - viele Kanalisationen sind schadhaft (s.u.) und bedürfen dringender Erneuerung. Besser noch ist eine weitestgehende Förderung der Versickerung von Regenwasser vor Ort (s.u.) Wo Bäche als "offene Abwasserrohre" dienen, ist der Bau eines "richtigen" Rohres und Renaturierung des Baches dringend geboten.

Der Schutz des Grundwassers muß für die Trinkwassergewinnung oberste Priorität haben. Ein wesentliches Problem für das Grundwasser ist die Belastung mit Pestiziden. Über 30.000 Tonnen Pestizide werden jährlich in Deutschland verbraucht. Viele Brunnen mußten schon "dichtgemacht" werden, weil diese Gifte ins Grundwasser gelangten. Die EU verbietet nämlich nachweisbare Mengen von Pestiziden im Trinkwasser. Statt hier die Ursachen wirkungsvoll zu bekämpfen, versuchen Chemie-LobbyistInnen seit langem, diese EU-Richtlinie aufzuweichen. Ein anderes Probleme für das Grundwasser ist die Versiegelung zahlreicher Flächen, die zu einem Sinken des Grundwasserspiegels führt.

Gerade wo Menschen auf Flußwasser als Trinkwasser angewiesen sind, stellt die Reinhaltung der Flüsse eine besondere Aufgabe dar. Immer aufwendigere Aufbereitungsverfahren können letztlich die Trinkwasserversorgung nicht sichern.

## Forderungen & Handlungsmöglichkeiten

- Die Vermeidung von Pestiziden ist ein dringendes Gebot. Ökologischer Landbau muß besonders in Bereichen, wo Trinkwasser gewonnen wird (aber sonst

## Trinkwasser

Die wichtigste Trinkwasserquelle ist das Grundwasser. Aber lange nicht überall reichen die Grundwasservorräte zur Trinkwasserversorgung aus. Vor allem in Ballungsräumen sind viele Menschen auf aufbereitetes Flußwasser angewiesen.

Mit Chemikalien aus der Industrie, Dünger und Pestiziden aus der Landwirtschaft befrachtetes Flußwasser taugt nicht als Trinkwasserquelle. Mittels Filtern läßt sich das verschmutzte Element von den Wasserwerken zwar notdürftig aufbereiten, an die Reinheit unverschmutzter Vorkommen reicht es aber nie heran.



### Literatur:

Hans Mönninghoff  
Wege zur ökologischen Wasserversorgung (1993, Ökobuch-Verlag in Stauffen, 137 S.)

Ein Gesamtüberblick über Wassergewinnung, Wassersparen und Abwasserreinigung

Stadtwerke Saarbrücken  
Das Saarbrücker Zukunftskonzept Wasser (1984, Stadtwerke in Saarbrücken, 125 S.)

Katalyse e.V.:  
Das Wasserbuch (1990, Kiepenheuer & Witsch in Köln, 258 S.)  
Ein umfassender Überblick zu Trinkwasser und Gesundheit.

Karl-Heinz Böse:  
Brunnen- und Regenwasser (1991, Ökobuch-Verlag in Stauffen, 109 S.)  
Tips für die Nutzung in Haus und Garten.



## 22.4

auch!), umgesetzt werden. Die Kommune sollte aufgefordert werden, ökologischen Landbau in Gebieten, die für die Trinkwassergewinnung wichtig sind, zu fördern. Dazu gibt es zahlreiche Möglichkeiten: In Leipzig betreiben die Wasserwerke z.B. eigene Landwirtschaft. Auf über 10.000 Hektar Ackerfläche im Einzugsgebiet der Brunnen wirtschaften sie konsequent ökologisch. Zusätzlich unterstützen sie benachbarte Bauern bei der Umstellung auf pestizidfreie Anbaumethoden.

- In vielen Gemeinden sind die Kanalisationsrohre alt und beschädigt. Defekte Abwasserkanäle sieht niemand - die Reparatur ist ein Kostenfaktor, den Stadtverwaltungen gerne vor sich herschieben. Besonders betroffen sind Städte, die starke Kriegsschäden aufweisen oder durch Bergsenkung (Bergbaugebiete) beeinträchtigt sind. Nachfragen, nachbohren und recherchieren kann hier eine Menge "Scheiße" ans Tageslicht bringen. Fordert im Zweifelsfall eine umfassende Prüfung und gegebenenfalls Sanierung der Kanalisation. Abwässer aus defekten Kanälen belasten direkt das Grundwasser.
- Obwohl Grundwasser eine knappe Ressource ist, wird es vielerorten in Massen für industrielle Zwecke verwendet. Eine wichtige politische Forderung ist, daß die Nutzung von Grundwasser für die Trinkwassergewinnung Vorrang haben muß. Grundwasserentnahmen für industrielle Zwecke sollten nicht mehr genehmigt werden. Es gilt, die Situation vor Ort zu recherchieren und dort Druck zu machen, wo Grundwasser für industrielle Zwecke vergeudet wird. Natürlich ist auch die Verschwendung von Oberflächenwasser unverantwortlich. Länder wie Israel, in denen wegen begrenzter Wasservorkommen strenge Gesetze zum Wassersparen herrschen, zeigen, daß die Industrie nicht zwingend Wasser verschwenden muß: Dort werden nur 6l Liter pro Kopf und Tag verbraucht. In Kalifornien reduzierten die Hersteller Ende der 80er Jahre - durch anhaltende Trockenheit gezwungen - ihren Wasserverbrauch ohne jeden Produktionsverlust um nahezu ein Fünftel.

In geschlossenen Kreisläufen läßt sich das Wasser bei vielen Produktionsschritten mehrfach verwenden - in der Papierproduktion zum Beispiel rund 20mal.

- Einsatz für Flächenentsiegelung bzw. Protest gegen Neuversiegelung von Flächen. Wo Boden unter Beton und Asphalt verschwindet, kommt kein Grundwasser nach - das Wasser geht direkt durch die Kanäle in die Flüsse. An vielen Stellen ist Flächenversiegelung unnötig. Eine Hauptursache für Flächenversiegelung ist der Autoverkehr. Weniger Autos brauchen auch weniger Straßen und Parkplätze.
- Wasser sparen ist ein weites Feld. Der größte Teil des Wassers wird von der Industrie verbraucht. Für die Produktion eines Personal-Computers werden ca. 33.000 Liter Wasser verschmutzt. Die Entscheidung für einen gebrauchten Computer spart allemal mehr Wasser, als der Stopper am Klo! Wasser sparen heißt vor allem kritischer Konsum und Verzicht auf überflüssige (v.a. High-Tech) Produkte. Daneben sind aber Wassersparmaßnahmen im Haushalt durchaus sinnvoll, auch wenn sie oft mehr als Alibi dienen. Ein Beitrag kann die verstärkte Nutzung von Regenwasser und "Grauwasser" (schon einmal benutztes Wasser) z.B. für Toilettenspülungen oder die Regenwassernutzung (s.u.) sein. Auf politischer Ebene gilt es, dies durch eine entsprechende Gestaltung der Entwässerungsgebühren zu fördern. Neben der Öffentlichkeitsarbeit mit Werbung fürs Wassersparen ist es eine wichtige Aufgabe, dies durchzusetzen.

### Kontakte:

Aktionskonferenz  
Nordsee  
Kreuzstr. 61  
28203 Bremen  
0421/77675

Vereinigung Deutscher Gewässerschutz (VDG)  
Matthias-Grünewald-Str. 1-3  
53175 Bonn  
0228/375007

AK Wasser im Bundesverband  
Bürgerinitiativen  
Umweltschutz  
Rennerstr. 10  
79106 Freiburg  
0761/275693

## Regenwasser- nutzung

Zunehmende Flächenversiegelung und die Abführung von Regenwasser über die Kanalisation tragen sowohl zur Verringerung der Grundwasservorräte als auch zur Überlastung der Kanalisationen (s.o.) bei. Eine Versickerung von Regenwasser direkt vor Ort (wo dies nicht stark belastet ist - z.B. von

Straßen und Parkplätzen) und noch besser eine Nutzung von Dachablaufwasser als Brauchwasser entlasten die Abwasserbeseitigungsanlagen. Die Nutzung von Regenwasser verringert außerdem den Trinkwasserverbrauch und trägt so zur Schonung der Grundwasservorräte bei. Sich für Regenwassernutzung einzusetzen, ist eine lohnende Aufgabe. AnsprechpartnerInnen können hier sowohl HauseigentümerInnen sein als auch die Kommunen, die durch eine geeignete Gestaltung kommunaler Satzungen die Regenwassernutzung fördern können.

**Forderungen & Handlungsmöglichkeiten**

- Zur Schaffung sicherer Rechtsgrundlagen für die Regenwassernutzung durch private Haushalte ist es wichtig, daß die Kommune die Wasserabgabesatzung und die Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung so gestaltet, daß Regenwassernutzung gefördert wird und den NutzerInnen bei der Berechnung der Entwässerungsgebühren auch finanziell zugute kommt.
- Setzt Euch für die Schaffung kommunaler Fördertöpfe ein, die den Bau von Regenwassernutzungsanlagen finanziell unterstützen.
- Es ist sinnvoll, HauseigentümerInnen direkt über Regenwassernutzung zu informieren und evtl. auch an einem eigenen Gebäude modellhaft eine Anlage zu installieren, die besichtigt werden kann.

male" Abwässer keine Klärung nach dem "Stand der Technik", also dem was technisch ohne "Experimente" machbar ist, sondern nur nach den "allgemein anerkannten Regeln der Technik" gefordert wird; das meint, nach dem, was überall anders gängig ist. So machen sich "VorreiterInnen" auf dem Gebiet der Klärtechnik eher unbeliebt, da sie die "Gefahr" heraufbeschwören, daß eine mögliche aber selten angewandte Technik irgendwann Pflicht wird.

**Abwasserabgabengesetz**

Auf der Grundlage des Abwasserabgabengesetzes (AbwAG) müssen Einleiter schädlichen Abwassers (Gemeinden, Industrie) eine Abgabe zahlen. Die Höhe der Abwasserabgabe richtet sich nach der Schädlichkeit des eingeleiteten Abwassers. Für die Bestimmung der Schädlichkeit werden die Abwassermenge, die oxydierbaren Stoffe (in chemischem Sauerstoffbedarf), die Schwermetalle Quecksilber, Cadmium, Nickel, Chrom, Blei, Kupfer und die organischen Halogenverbindungen (AoX) sowie die Fischgiftigkeit des Abwassers der Bewertung zugrunde gelegt.

Je geringer die Schädlichkeit eines Abwassers ist, um so geringer ist auch die Abwasserabgabe. Das Aufkommen der Abwasserabgabe ist für Maßnahmen, die der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte dienen, zweckgebunden. War das Abwasserabgabengesetz ursprünglich als Anreiz zum Vermeidung von Einleitungen gedacht, so wurde es unter dem Einfluß der Industrielobby weitgehend "entschärft". Eine Erhöhung der Abwasserabgabe

**Literatur:**

Lorenz:  
Einführung in die biologisch-mikroskopische Belebtschlammanalyse (Quelle & Meyer, 176 S.)  
Der Belebtschlamm und die sich in ihm befindlichen Mikro- und Makroorganismen stehen im Mittelpunkt dieser Publikation. Für jedermann verständlich werden die Voraussetzungen einer solchen Untersuchung (Präparatstellung ..), sowie die Organismen mit Kurzbeschreibung übersichtlich dargestellt.

A.  
Toepfer-Akademie:  
Abwasserentsorgung im ländlichen Raum (1995, NNA in Schneverdingen, 68 S.)  
Abwasserkonzepte, Pflanzenkläranlagen, kleine Klärbetriebe, Komposttoiletten und andere Fragen stehen im Mittelpunkt dieser Broschüre.

**Rechtliches**

**Wasserhaushaltsgesetz**

Als Wasserrecht werden die Vorschriften des Bundes und der Länder im Bereich des Gewässerschutzes und der Wasserwirtschaft bezeichnet. Hierzu gehört im Bundesrecht vor allem das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG = Wasserhaushaltsgesetz). Ein wesentliches Manko im WHG ist, daß im Gegensatz zu den meisten anderen Umweltgesetzen für "nor-





## 22.6

be wäre für Kommunen und Industrie ein erheblicher Anreiz zur Verbesserung der Situation.

Schließlich ist es heute oft preiswerter, hohe Abwasserabgaben in Kauf zu nehmen, als in umweltfreundliche Produktionstechnik und verbesserte Abwasserklärung zu investieren.

### Andere Gesetze

Bestimmungen zum Schutz unserer Gewässer finden sich ebenfalls in Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften, die auf das WHG gestützt sind.

So gibt es ein Wasch- und Reinigungsmittelgesetz (WRMG), ein Atomgesetz (zusammen mit der Strahlenschutzverordnung regelt es die Konzentration radioaktiver Stoffe im Abwasser), ein Bundesseuchengesetz (das Gesetz schreibt u.a. vor, daß feste und flüssige Abfallstoffe unschädlich beseitigt werden müssen und daß Trinkwasser bestimmten Qualitätsanforderungen genügen muß, die von den Gesundheitsämtern zu überwachen sind), ein Lebensmittelgesetz (Trinkwasser ist ein Lebensmittel: das Gesetz schreibt vor, daß Lebensmittel bestimmten Qualitätsanforderungen entsprechen müssen und daß auch für die Lebensmittelherstellung solche Anforderungen vorgeschrieben werden können).

Insbesondere gilt dies für den Zusatz fremder Stoffe) und in der Trinkwasserverordnung (schreibt vor, daß Trinkwasser frei von Krankheitserregern sein muß und daß bestimmte Schwermetalle, Zyanide, polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, Nitrate und Pflanzenschutzmittel vorgeschriebene Grenzwerte nicht überschreiten dürfen). Auf Länderebene sind vor allem die Landeswassergesetze sowie die Abwasserabgabengesetze zu nennen, die als Ausführungsgesetze zu den Rahmengesetzen des Bundes ergangen sind.

#### Literatur:

K. Bahlo/Gerd Wach:  
Naturnahe Abwasserreinigung (1992, Ökobuch-Verlag in Stauffen, 137 S.)  
Bau, Planung und Genehmigung von Kleinkläar- und Wurzelraumkläranlagen.

Reiner Hildebrandt:  
Wasser und Abwasser (1995, Dt. Gemeindeverlag in Köln, 121 S.)  
Kommunale Konzepte, übersichtlich und umfassend.

### Der Autor

Peter von Räden (Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung)  
c/o Kultur und Ökologie e.V.  
Postfach 11 31, 27261 Verden  
Tel. 04231/4878, Fax 4879  
eMail: p.rueden@link-n.cl.sub.de.





# Forderungen Verkehr

Das Auto als Symbol des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) ist nach wie vor Umweltfeind Nr. 1 - in den Industrienationen. Ob die Länder des Südens sich dieses Recht ebenfalls herausnehmen, bleibt abzuwarten. Insbesondere der Individualverkehr ruft in den verschiedensten Bereichen erhebliche Umweltbelastungen hervor: von der Produktion bis zur vorschnellen Verschrottung Produzent ungeahnter Müll- und Sondermüllmengen, Energieverbraucher von der Herstellung über die Benutzung bis zur Entsorgung, vom Flächenverbrauch des ruhenden Verkehrs bis hin zu den Verkehrsflächen.

Über die bekanntesten Folgen des Umweltzerstörers Automobil, die Emmissionsauswirkungen in Form von Benzol-Vergiftungen, Winter- und Sommersmog, Lärm, Verschlechterung der Lebensqualität wird viel geredet. Doch die Zulassung immer neuer KfZ steigt selbst im Norden stetig - Zeit für konkrete Forderungen und konsequentes Handeln.

## Der Rahmen

Forderungen zum Thema Verkehr können auf der einen Seite sehr komplex sein, sind aber auf der anderen Seiten als konkrete Maßnahmen und Alternativen meist nur vor Ort zu beginnen und durchzusetzen. Zudem ist ein Konzept für den ruhenden und fließenden Verkehr immer von den örtlichen Gegebenheiten abhängig. Zum Beispiel ist die Führung des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) in einem sogenannten Kuchenkonzept (wenige Haupttrassen für den MIV zerteilen die Stadt in Kuchen, innerhalb derer der MIV massiv eingeschränkt wird) in Städten mit Tallage nur sehr beschränkt umsetzbar bzw. je nach Örtlichkeit auch nicht sinnvoll. Und die städtische Verkehrsorganisation unterscheidet sich von der ländlichen ebenfalls deutlich. Konkrete Lösungen müssen also immer vor Ort gefunden werden. Jede Umweltgruppe kommt dabei irgendwann zu der Erkenntnis, daß eine Lösung der Verkehrsprobleme nur in regionalen Konzepten liegen kann (siehe Kapitel 4, "Umfassende Konzepte"), wenn mensch nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip handeln will.

Natürlich bewegen sich alle Ansätze, in der Verkehrspolitik vor Ort umzusteuern, prinzipiell in einem ähnlichen Rahmen. Die

Verkehrsleistung im Bereich des Motorisierten Individualverkehrs muß drastisch reduziert werden. Dies muß dadurch geschehen, daß die Fahrkilometer deutlich reduziert werden. Zum anderen müssen die notwendigen oder übergangsweise bedingten Fahrten wesentlich effektiviert werden in Hinsicht auf die Menge der transportierten Personen oder Güter. Das gilt sowohl für den Bereich des Transportes und des betrieblichen Verkehrsmanagements als auch für die öffentlichen und privaten Bereiche.

Verkehrssparende Strukturen müssen noch wesentlich konsequenter zu einem der wichtigsten "Gebote" der Stadtplanung werden.

Allerdings be-  
weisen neuere  
qualitative (sowie  
wenige empirische)  
Erhebungen,  
daß die "Stadt  
der kurzen



## 23.1

### Literatur:

Dieter Apel  
u.a. (Hrsg.):  
Handbuch der kom-  
munalen Verkehrs-  
planung (1993, Bonn)

Dieter Apel:  
Verkehrskonzepte in  
europäischen Städ-  
ten. (1992, difu-Bei-  
träge zur Stadtent-  
wicklung, Berlin)

Dieter Apel u.a.:  
Möglichkeiten der  
Steuerung des Flä-  
chenverbrauchs und  
der Verkehrsent-  
wicklung, (1993,  
difu, Berlin)

Arbeitskreis Verkehr  
und Umwelt (Hrsg.):  
Stichworte, Argu-  
mente und Fakten  
um Stadtverkehr  
(1991, Berlin)

Forschungsverbund  
Lebensraum Stadt  
(Hrsg.): Faktoren des  
Verkehrshandelns  
(1994, Berlin)

Forschungsverbund  
Lebensraum Stadt  
(Hrsg.): Szenarien  
und Handlungswe-  
ge. Mögliche Zukün-  
fte der Stadt, Mobi-  
lität und Kommunika-  
tion im Jahre 2020  
(1994, Berlin)

H.-J. Franck (Hrsg.):  
Strategien gegen  
den Verkehrsinfarkt  
(1992, Stuttgart)

Enquete-Kommissi-  
on "Schutz der Erdat-  
mosphäre": Mobilität  
und Klima.  
(1994, Bonn)

Andreas Feldtkeller:  
Die zweckentfrem-  
dete Stadt, Wider die  
Zerstörung des öf-  
fentlichen Raumes  
(1994, Frankfurt/  
New York)



## 23.2

### Literatur:

Heiner Mohnheim  
u.a.: Straßen für alle -  
Stadtverkehr der Zukunft (1990, Hamburg)

Thomas Schaller:  
Kommunale Verkehrskonzepte (1993, Köln)

Klaus Schlabbach u.a.  
Verkehrsbeeinflussung  
innerorts (1993, expert, 129 S.)

Dieter Seifried  
Gute Argumente:  
Verkehr (1991, C.H. Beck in München,  
172 S.)

Petersen /  
Schallaböck:  
Mobilität für morgen  
(1998, Birkhäuser in  
Basel, 375 S.)

Markus Hesse  
Verkehrswende  
(1995, Metropolis in  
Marburg, 289 S.)

Ulrich Höpfner u.a.:  
Pkw, Bus oder Bahn?  
(1988, Öko-Raben in  
München, 217 S.)  
Schadstoffemissionen  
und Energieverbrauch.

Martin Burkhardt:  
Die gesellschaftlichen  
Kosten des Autoverkehrs  
(1980, BBU, 136 S.)

H. Gloning/S. Böse:  
Gesundheitsrisiko Auto  
(1995, Mabuse-Verlag  
Frankfurt, 169 S.)

Winfried Wolf:  
Eisenbahn und  
Autowahn (1986,  
Hamburg)

Dt. Verkehrsforum:  
Investitionspotentiale  
im öffentlichen Personennahverkehr (1993,  
Bonn)

Hess. Ministerium für  
Landesentwicklung:  
Stadt für Kinder  
(1991, Wiesb., 143 S.)

Wege" das Problem allein nicht lösen wird. Oft werden Freizeitangebote nebenan nicht genutzt, weil es eben ein unabdingbarer Teil der Psyche geworden ist, "ins Grüne zu fahren". Daran hat gerade auch die halbherzige "Umwelt-Verkehrs-Erziehung" wenig bewirkt. Infrastrukturelle Maßnahmen können also nur einhergehen mit konsequent restriktiver Verkehrsführung.

Der Umweltverbund von Bus, Bahn, Rad und Fuß muß gegenüber dem restlichen Straßenverkehr eindeutig bevorzugt werden. Oder im neuesten "Politik-Fach-Deutsch": Konzentration statt Entflechtung, Steuerung statt Deregulierung, Angebotsplanung statt Bedarfsplanung, Regionalisierung statt Globalisierung.

## Integriertes Verkehrskonzept

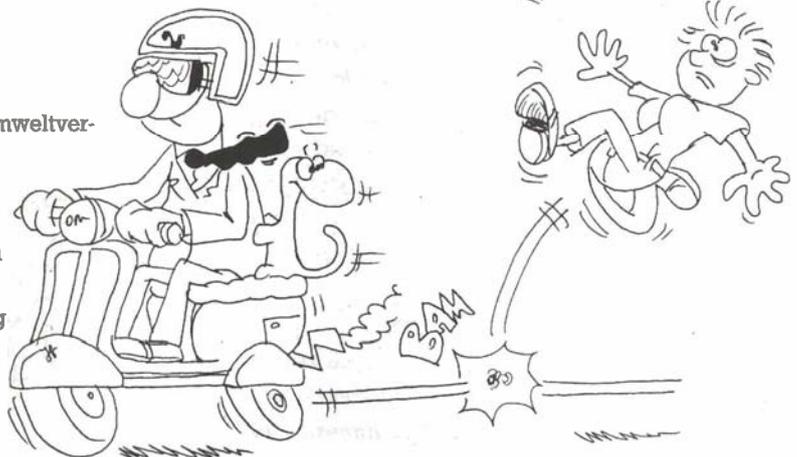
Da die verschiedenen Verkehrssysteme und planerischen Maßnahmen sich gegenseitig beeinflussen, ist ein integriertes Verkehrskonzept notwendig. Einzelmaßnahmen sind nur als Anfang sinnvoll, immer muß darauf hingewiesen werden, daß ein Gesamtplan durch die kommunale Regierung oder den Nahverkehrsträger zu erstellen ist. Zum Konzept gehört eine Analyse, an welchen Orten eine schnelle Umsetzung, besonders wichtig ist, (Wohnwerteinschränkung, mangelnde Sicherheit usw.).

## Forderungen

### Mobilität allgemein

#### Verkehrspolitik

- Eindeutige Bevorzugung des Umweltverbundes
- Kombination der unterschiedlichen Verkehrsmittel
- Einführung einer kommunalen Nahverkehrsabgabe
- stärkere öffentliche Förderung der Erforschung und Umsetzung umweltfreundlicherer Verkehrskonzepte, Forderung von Studien und Statistiken



über Verkehrsverhalten

- Schaffung autofreier Wohnviertel
- Einbeziehung von FußgängerInnen- und Radverkehr als wesentliche Verkehrsmittel in die Verkehrsplanung
- Verlagerung des Güter- und Schwerlastverkehrs auf die Schiene
- Autofreie Innenstädte mit Ausnahme des Lieferverkehrs (zeitlich begrenzt)
- Wiedorentdeckung der "Langsamkeit" als neues Lebensgefühl
- Stop von Straßenaus- und Neubaumaßnahmen, Investition des eingesparten Geldes in den ÖPNV und Straßenrückbau

#### Kosten

- Umlage der ökologischen Folgekosten des MIV auf Autohersteller, Mineralölkonzerne und TeilnehmerInnen des MIV sowie Transportunternehmen durch deutlich erhöhte Mineralölsteuer und Flächenversiegelungsabgaben.

#### Siedlungsstruktur

- Verkehrsflüsse nach örtlichen Gegebenheiten steuern, z.B. nach dem benannten "Kuchenprinzip" (erstmalig wurde dies in Groningen angewandt) sowie in einer Art, daß alle wichtigen Zentren mit Fahrrad und ÖPNV besser ansteuerbar sind als mit dem Auto (Haltestellen u. Radständer direkt vor Ort, Parkplätze in Entfernung)
- Stadt der kurzen Fuß-, Fahrrad und Transportwege, verkehrssparsame Strukturen, z.B. durch Verdichtung innerstädtische Wohnlagen, "Flächenrecycling" bzw. Nachverdichtung im Ort, verträgliche Mischnutzung etc.
- Regionalisierung, Förderung der Direktvermarktung sowie kleinräumiger Liefer- und Verbrauchsstrukturen (Märkte, Transportabgabe)



- Keine weitere Ausweisung von Baugebieten für Märkte, Freizeitanlagen, ... außerhalb geschlossener Siedlungsgebiete
- Berücksichtigung der ÖPNV-Infrastruktur, bzw. Verbesserung derselben bei der Ausweisung von Neubaugebieten Planung/Verkehrsorganisation
- Umsetzung der Leitbilder Sozialverträglichkeit, Umweltverträglichkeit, Raumverträglichkeit durch die Verkehrsplanung, integrierte Verkehrsplanung
- verstärkte BürgerInnenbeteiligung bei regionalen, besonders aber bei überregionalen Verkehrsprojekten, Demokratisierung statt Verfahrensbeschleunigung und Ausgrenzung

## Wirtschaftspolitik

- Umwandlung der Automobil-Industrie in umweltgerechte Firmenzweige
- Umwelt-Verkehrsaufgaben für Großveranstaltungen (Parkraumbegrenzung, Park & Ride, Koppelung der Eintrittskarten mit ÖPNV-Fahrberechtigung, Sonderbusse und -züge, Fahrradzuwegungen und -abstellanlagen)
- Verzicht auf die Produktion von Kfz mit hohem Energie- und Flächenverbrauch, gegebenenfalls Verbot
- Technische Sicherheitsmaßnahmen nicht nur für Autoinsassen, sondern auch für potentielle Unfallopfer (Kinder, FußgängerInnen, RadfahrerInnen)

## Motorisierter

### Individualverkehr (MIV)

#### Fließender MIV

- Konzentration des MIV auf einzelne Verkehrsstrassen, lange Wege und Verkehrsbeschränkungen/-verbote in Wohngebieten (siehe Kuchenprinzip)
- Schritt-Tempo in allen Wohngebieten, Tempo 30 im gesamten Stadtgebiet (keine "Stadtautobahnen"), Tempo 70 auf Land- und Kreisstraßen und maximal Tempo 100 auf Autobahnen
- Gestaltung aller Straßen zur optischen Belebung, Verkehrsberuhigung und leichterer Querung für FußgängerInnen.
- Durchsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzungen durch Kontrolle und bauliche Maßnahmen sowie Verwendung der eingenommenen Bußgelder zur Förderung des ÖPNV oder der Finanzierung von Krankenhäusern, in denen Unfallopfer aufgenommen werden.
- Mehr Sicherheit durch innerörtliche Überholverbote, Temporeduzierung, Querungshilfen.

und deutliche geführte Radfahrspuren bei Abbiegungen

- "Dosierung" des MIV in Städten auf ein erträgliches Maß, z.B. durch Pfortnerampeln, die die Anzahl der in die Innenstadtgebiet gelangenden Kfz regulieren
- Fahrverbote für alle Kfz bei einer Belastung ab 120 Mikrogramm Ozon/m<sup>3</sup> Luft
- Nachfahrverbot für LKW in Wohngebieten - Einrichtung von Abgasmeßstationen in sensiblen Bereichen (z.B. Kindereinrichtungen) und Durchfahrverbot für den MIV bei überschrittenen Grenzwerten
- Immissionsminderung und Erhöhung der Durchlässigkeit von Verkehrsknoten durch Kreisverkehrslösungen an geeigneten Orten

## Ruhender MIV

- effektive Parkleitsysteme zur Vermeidung von unnötigem Suchverkehr
- konsequente Parkraumbewirtschaftung: Wer parkt, soll mehr zahlen als ÖPNV-NutzerInnen
- Rückbau der Parkplätze
- Förderung von Car-Sharing-Initiativen- Einsatz der Ablösezahlungen gemäß Stellplatzsatzung o.ä. zur Förderung des Umweltverbundes
- Keine Park & Ride-Anlagen, Umwidmung des Geldes zugunsten von ÖPNV-Angeboten und Radverbindungen

## Umweltverbund

### Verbünde schaffen

- Flächendeckende Abend-, Nacht- und Wochenendverbindungen
- Schaffung von in sich abgestimmten Regionalverbunden, -fahrplänen und -tarifen
- Integraler Taktfahrplan mit abgestimmten Umsteigezeiten und -orten
- Lösungen für Fahrten von einem Regionalverbund in einen anderen (Anschlüsse, Anerkennung der Fahrkarten usw.)
- Anerkennung von BahnCards, "Guten Abend-Ticket" und weiteren Sonderangeboten, die bisher nur von der DB angeboten werden, in den Verkehrsverbänden
- Kurze Wartezeiten an innerstädtischen Ampeln für FußgängerInnen u. RadfahrerInnen, klare Benachteiligung für den MIV
- einheitliche Fahrplan- u. Preisgestaltung
- Lückenschluß vor allem bei der Versorgung des ländlichen Raumes: Einführung von Anrufsammeltaxi (AST), BürgerInnenbus bzw. Rufbus zu abgelegenen Orten sowie nachts bzw. am Wochenende

23.3

#### Literatur:

A. Liiers u.a.:  
Stadtbus-Systeme  
(1996, Öko-Institut  
in Freiburg, 75 S.)

H. Baumgarten u.a.:  
Perspektiven d. Logi-  
stik (1993, Berlin)

Dieter Läßle  
(Hrsg.): Güterver-  
kehr, Logistik und  
Umwelt (1993, Ber-  
lin)

Tilman Bracher:  
Konzepte für den  
Radverkehr (1987,  
Bielefelder Verlags-  
anstalt, 216 S.)

Allg. Dt.  
Fahrrad-Club: Rad-  
weg-Planung (1983,  
ADFC Bremen, 95 S.)

Ralf Rockenbach:  
Verkehrskonzeption-  
en für die Zukunft  
unter besonderer Be-  
rücksichtigung des  
Fahrradverkehrs  
(1996, Peter Lang in  
Frankfurt, 362 S.)

Claudia Frey Marti:  
Verkehrs- und Um-  
weltproblematik in  
touristischen Gebie-  
ten (1996, P. Haupt in  
Bern, 320 S.)

Christian Lasser:  
Verkehrs- und Um-  
weltproblematik in  
städtischen Gebie-  
ten (1995, P. Haupt in  
Bern, ca. 550 S.)  
Formale Lenkungs-  
instrumente werden  
vorgestellt.

Dirk Matzen:  
Tatort Himmel  
(1991, Verlag Die  
Werkstatt, 207 S.)  
Luftverschmutzung,  
Lärm usw. durch  
Flugverkehr

Oeser/Beckers:  
Fluglärm (1987, C.F.  
Müller in Karlsruhe,  
329 S.)



23.4

### Kontakte:

Allgemeiner Deutscher Fahrrad Club (ADFC)  
Am Dobben 91  
28203 Bremen  
0421/703410

Pro Bahn  
Friedr.-Ebert-Str. 134  
42117 Wuppertal  
0202/306002

Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland (VCD)  
Eifelstr. 2  
53119 Bonn  
0228/985850

Gesellschaft für rationale Verkehrspolitik  
Bromberger Straße 5  
40599 Düsseldorf  
0211/741507

Bundesvereinigung gegen Fluglärm  
Westendstr. 26  
64546 Mörfelden-Walldorf 1  
06105/72238

AK Verkehr und Umwelt, Grüne RadlerInnen & Fußgänger-schutzverein FUSS  
Kirchstr. 4  
10557 Berlin  
030/3926146

Kampagne "Neue Mobilität"  
c/o Projektwerkstatt  
Hauptstr. 12  
35781 Weilburg-Kubach  
06471/41757

### Bus und Bahn

- Flächendeckend in der Region statt Geld für Beschleunigungs-Großprojekte
- Erhalt und Ausbau des schienengebundenen Regionalverkehrs
- Kostenlose Fahrradmitnahme im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
- Klare Kennzeichnung (z.B. durch unterschiedliche Farben) von Stadt- und Überlandbussen
- Einrichtung von Busspuren auf staugefährdeten Straßen
- Vorrangschaltung bei Ampeln

### Radverkehr

- Radfahrstreifen (innerorts) oder neben der Straße geführte Radwege, dabei temporeduzierende Verengung der Autostraßen zugunsten des Radverkehrs
- Bei Platzknappheit oder nur geringem Radverkehrsaufkommen: Schaffung von Angebotsstreifen auf der Fahrbahn bzw. Mitnutzungserlaubnis des Fußweges (kein Zwang)
- einheitl. Markierung innerörtlicher Radwege
- Einrichtung von Fahrradgaragen u. überdachten -abstellanlagen im Zentrum, an wichtigen Gebäuden u. Haltestellen, Beschluß von "Fahrradstellplatzsatzungen"
- Freigabe von Einbahnstraßen und FußgängerInnenzonen für RadfahrerInnen bei gleichzeitiger Temporeduzierung
- Herausgabe von Radwegekarten mit ÖPNV-Umsteigepunkten, Abstellanlagen, ...

### FußgängerInnen

- Schaffung kurzer, direkter Fußwegeverbindung, auch in Neubaugebieten
- "Entrümpelung" von Fußwegen, bauliche Verhinderung und konsequente Ahndung von widerrechtlichem Parken
- Autofreie Innenstädte, Stadtteile, Geschäftszonen, Freizeitgebiete etc.
- "Tempobremesen" baulicher, optischer oder akustischer Art, vor allem an Unfallschwerpunkten u. Fußgängerüberwegen
- Schaffung von Querungshilfen
- innerstädtische Überholverbote zum Schutz vor Unfällen

### Transport- & Lieferverkehr

- Förderung von City-Logistik-Unternehmen, Verkehrsgüterzentren bzw. Güterverteilzentren
- Nachtfahrverbote für Lkw in lärmsensiblen Bereichen

- Vorrang für umweltverträgliche Verfahren bei öffentlichen Transportaufträgen
- Förderung von Fahrradkurierdiensten
- Beschränkung des innerstädtischen Lieferverkehrs auf bestimmte Zeiten
- Kundenlieferdienst statt Kundenstellplatz

### Luftfahrt, Schifffahrt & Sanfter Tourismus

- Nachtflugverbot
- Inlands- bzw. Kurzstrecken-Flugverbot
- Fahrverbot für private Motorboote auf Flüssen und Seen, weiträumige Sperrung sensibler Bereiche für alle Boote und Wassersportarten
- Begrenzung der TouristInnen-Zahlen in allen Regionen (dadurch: Verminderung des Verkehrsaufkommens)
- Touristik-Angebote der Bahn oder entsprechender Tochtergesellschaften statt Reisebusfahrten
- Angebote für Radtouren und Wanderungen fördern
- Verzicht auf das Auto als Zubringer zu Veranstaltungen, ÖPNV-erreichbare Wahl von Veranstaltungsorten und Treffpunkten, Darstellung der umweltgerechten Anreise auf Einladungsschreiben
- Förderung der Bahn- u. Radbenutzung im Urlaub durch Preisnachlässe, Verzicht auf Kurtaxe bei Fahrkartenvorlage usw.
- Schaffung attraktiver Nahverkehrsangebote, Rad- und Fußwege in Tourismusorten, Straßen- und Parkplatzrückbau.
- Autofreie Inseln und Täler

### Die Autoren

Jochen Rosenkranz  
c/o Projektmanagement Ökologie  
Hersfelder Str. 3, 36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919296  
eMail: pr\_oeko@juis.insider.org

Marco Schrul  
c/o Jugend- & Aktions-Projektwerkstatt  
Fürstengraben 30, 07743 Jena  
Tel./Fax: 03641/449304  
e-mail:gl.thuer.presse@IPN-B.comlink.apc.org



# Forderungen Klima & Energie

Obwohl seit Jahrzehnten bekannt ist, daß der steigende Energieverbrauch der Industrieländer unserer Umwelt auf Dauer schweren Schaden zufügen wird, war "Energie" für den klassischen Naturschutz lange kein Thema. Erst die Anti-AKW-Bewegung trug Anfang der siebziger Jahre mit ihrer Forderung nach einer umwelt- und sozialverträglichen Energiepolitik das Thema "Energie" in die Umweltbewegung hinein. Bis heute - auch nach Tschernobyl - ist die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie nicht umgesetzt. Als dann das Waldsterben und schließlich die globale Bedrohung durch Klimaerwärmung ins Bewußtsein der Öffentlichkeit rückte, wurde zunehmend deutlich, daß wir ohne eine Änderung unseres großzügigen Umgangs mit Energie die Welt in eine Katastrophe hineintreiben. Das vorliegende Kapitel untermauert die zentrale Forderung nach einem Ausstieg aus der Atomenergie durch konkrete Forderungen und Beispiele von Maßnahmen. Insbesondere die Industrieländer sind aufgerufen, das Verbrennen fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) möglichst schnell wieder auf ein umweltverträgliches Maß zurückzufahren. Dabei hat Deutschland als hochentwickeltes Industrieland obendrein noch Vorbildfunktion für die Länder, die heute an der Schwelle zur Industrialisierung stehen.

24.1

## Literatur:

Öko-Institut  
Klimaschutz - konkret! (1995, Öko-Institut, Freiburg, 123 S.)  
Erfahrungsberichte, Szenarien der Energiewende, Tips für die Kommunalpolitik.

Öko-Institut:  
Das Energiewende-Szenario 2020 (1996, Öko-Institut in Freiburg, 111 S.)  
Szenario für nachhaltige Entwicklung. Dabei geht es auch um Strukturpolitik.

Bundesamt für Konjunkturfragen:  
Strom rationell nutzen (1992, vdf, Zürich, 312 S.)  
Leitfaden zur rationellen Verwendung von Elektrizität.

## Ziele

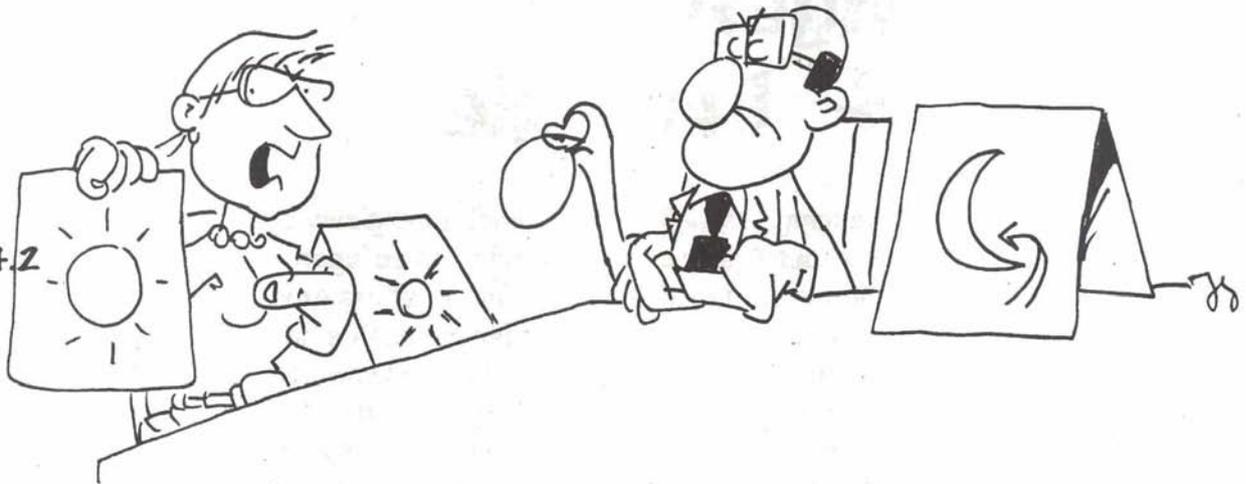
Bei dem Ziel der CO<sub>2</sub>-Reduktion gibt es weitgehend Einigkeit, über den richtigen Weg wird aber weiter gestritten. Kernenergie birgt nach wie vor ihre eigenen, auf lange Sicht unkalkulierbaren Risiken.

Mit mehr Atomkraftwerken allein kann das Problem ohnehin nicht gelöst werden. Denn trotz des hohen Atomstromanteils, den z.B. Frankreich oder auch Deutschland haben, tragen die über 400 Atomkraftwerke auf unserem Planeten nur zu ca. 5% zum weltweiten Primärenergieaufkommen bei.

Wollte mensch also über Atomstrom das CO<sub>2</sub>-Problem lösen, müßten in den nächsten Jahrzehnten zusätzlich hunderte von Atomkraftwerken gebaut werden, vornehmlich in "Schwellen"-Ländern. Dagegen sprechen aber die damit zunehmende Gefahr nuklearer Katastrophen, die verschärfte Frage der ungelösten Entsorgung,

aber auch nackte ökonomische Fakten. Denn der weltweite Ausbau der Atomenergie ist schlicht nicht bezahlbar, vor allem dann nicht, wenn wir an die Folgekosten denken, die z.B. bei der Entsorgung, dem Abbau verstrahlter





### Literatur:

Dieter Seifried:  
Gute Argumente  
Energie (1988, C.H.  
Beck in München,  
156 S.)

Hennicke/Seifried:  
Das Einsparkraft-  
werk (1996, Birkhäu-  
ser in Basel, 359 S.)  
Konkrete Tips und  
politische Rahmen-  
bedingungen.

Kommunaler  
Klimaschutz  
(1996, Dt. Gemeinde-  
verlag in Köln)  
Konkrete Tips für die  
Energie- und Klima-  
schutzpolitik.

BINE:  
Erneuerbare Energie-  
quellen - Rationelle  
Energieverwendung  
(1991, C. F. Müller in  
Karlsruhe, 596 S.)  
Adressen von Her-  
stellern, Montagebe-  
triebe und Beratungs-  
stellen.

Pierre R. Sabady:  
Solararchitektur-Prax-  
is (Tobler V., 100 S.)  
Sonnenenergienut-  
zung leicht gemacht:  
Praxisbezogene Ar-  
beitsgrundlage für  
Bauplaner. Modelle  
werden mit Konzept,  
Berechnungen und  
Ausführungen aufge-  
zeigt.

Leuchtnet/Preiser:  
Photovoltaik-Anla-  
gen (Öko-Inst., 128 S.)  
Über 200 Angebote  
von Photovoltaik-An-  
lagen wurden zu  
einer Marktübersicht  
ausgewertet.

Altanlagen oder durch mögliche Katastrophen entstehen. Und schließlich der entscheidende Punkt: Der Ausbau der Atomenergie verhindert die Weichenstellung zu einer sanften Energiepolitik, die auf intelligenterer Energienutzung, auf solarer Energieerzeugung und auf Energieeinsparung beruht.

## Energie sparen & substituieren

Bei dem Begriff "Energiesparen" denken viele an eine schlecht geheizte Wohnung, an Verzicht auf Auto- oder Mofa fahren an kaltes Wasser im Schwimmbad usw. Natürlich hat Energiesparen durch Verzicht einen ungeheuren Effekt. Aber mit solchen Forderungen wird mensch unsere Mitmenschen eher verschrecken, als sie zum Mitmachen zu motivieren.

Wenn wir von "Energiesparen" reden, meinen wir in erster Linie: die vorhandene Energie intelligenter und effektiver einsetzen und Energieverluste reduzieren. Hinzu kommt der Einsatz regenerativer Energiequellen (Solarenergie, Windenergie, Wasserkraft und Biomasse), der letztlich auch zum Energiesparen beiträgt, nämlich zum Einsparen fossiler Energieträger und damit auch zur CO<sub>2</sub>-Reduktion.

## Strom sparen, -erzeugen & -substituieren

- Bei der Stromerzeugung in konventionellen Kraftwerken gehen ca. zwei Drittel der eingesetzten Energie als Abwärme verloren. Eine bessere Energieausbeute haben Blockheizkraftwerke (BHKW), bei denen die anfallende Abwärme zum Heizen oder zur Erwärmung von Wasser genutzt wird. Überall, wo möglichst ganzjährig die Abwärme genutzt werden kann, können BHKWs wirtschaftlich eingesetzt werden (z.B. in Hallenbädern, Krankenhäusern, vielen Gewerbeeinrichtungen und auch in Wohnsiedlungen).
- Für viele elektrische Geräte, die als "Stromfresser" gelten, gibt es Alternativen, die direkt mit Gas betrieben werden: Elektrische Heizungen und Warmwasserbereiter, Herde zum Kochen und Backen, und inzwischen auch Wäschetrockner. Beim Austausch dieser Geräte durch gasbetriebene Geräte kann über die Hälfte an Primärenergie eingespart werden (Bei einem vorhandenen Erdgasanschluß sparen die genannten Maßnahmen auch Betriebskosten)!
- Wärmepumpen, die in der Regel elektrisch betrieben werden, können unter sehr günstigen Umständen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung beitragen. Da ihr Preis aber sehr hoch ist, und sie die Nachfrage nach elektrischer Energie hochtreiben, ist ihr



Nutzen bei UmweltschützerInnen umstritten.

- Beim Kauf neuer elektrischer Geräte kann durch die Wahl der verbrauchsgünstigsten Geräte viel Strom eingespart werden (Bei Kühlschränken bis zu 50 Prozent!). Energiesparlampen brauchen nur ein Fünftel des Stroms normaler Glühlampen. Einen Beitrag zum Energiesparen in privaten Haushalten leistet das Abschalten von Geräten anstelle der stand-by-Funktion.
- Zeitgesteuerte und leistungsangepaßte Umwälz- und Zirkulationspumpen bei Heizung und Warmwasserbereitung sparen übers Jahr gesehen etwa soviel Strom, wie eine moderne Kühl-Gefrierkombination verbraucht.
- Strom kann auch mittels Photovoltaik durch Sonnenenergie erzeugt werden. Die Kosten für die solar erzeugte Kilowattstunde sind derzeit verglichen mit anderen Technologien noch relativ hoch, so daß zunächst alle anderen hier genannten Maßnahmen durchgeführt werden sollten. Trotzdem ist die Förderung von Photovoltaikanlagen wichtig

um dieser Technologie eine Starthilfe zu geben!

- Wasserkraftwerke und Windkraftwerke können ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen relativ preiswert Strom erzeugen. Ihre Einsatzmöglichkeiten sind aber von geeigneten Standorten abhängig (An manchen Standorten kann es aber zu Interessenkonflikten mit dem Naturschutz kommen).

**24.3**

### Wärmebedarf senken & Wärmegewinnung

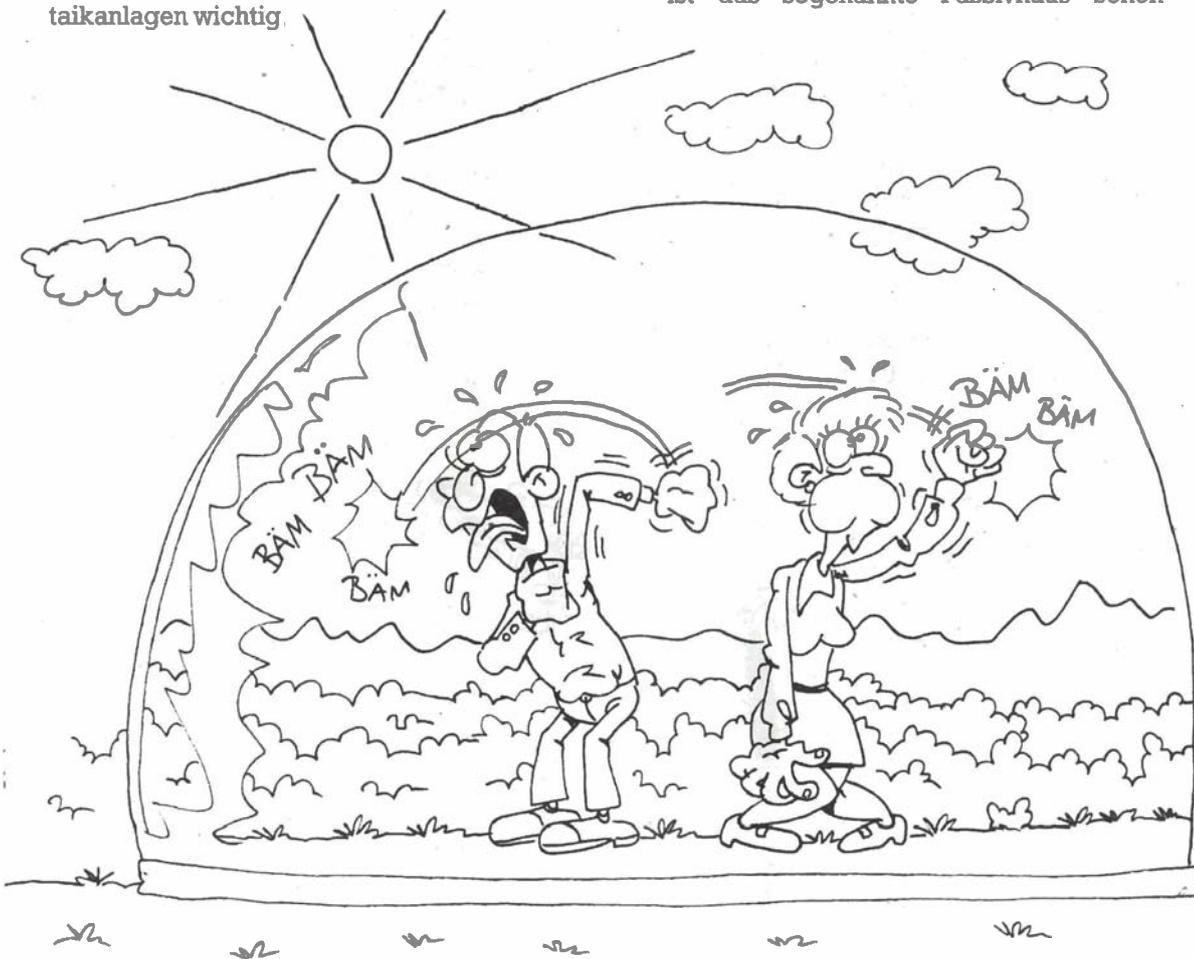
- Durch verbesserte Wärmedämmung lassen sich an Neu- und an Altbauten die Energieverluste stark reduzieren. Hier liegt ein riesiges Sparpotential, das noch lange nicht ausgeschöpft ist. Das sogenannte Niedrigenergiehaus, das vor allem eine bessere Wärmedämmung hat, als in der neuen Wärmeschutzverordnung vorgeschrieben ist, sollte bei Neubauten Standard sei. Als zukunftsorientierter Haustyp ist das sogenannte Passivhaus schon

**Literatur:**

Stenhorst:  
Heißes Wasser von der Sonne (Ökobuch, 190 S.)  
Der praktische Leitfaden berät über verschiedene Arten von Solaranlagen und gibt nützliche Tipps zur Auswertung der Gegebenheiten und zur Auswahl der Hersteller und der Anlagenart. Die Ergänzung um das Herstellerverzeichnis macht das Buch für diejenigen, die eine Anlage einbauen wollen, unersetzlich.

R. Schüle/M. Ufheil:  
Thermische Solaranlagen (Öko-Institut, 237 S.)  
Umfassende Marktübersicht, mit einer umfangreichen Liste von Kollektorenherstellern und Installationsfirmen. Ergänzt wird dieser Ratgeber durch eine Übersicht von kommunalen und Landesförderungsprogrammen.

Pierre R. Sabady  
Wie kann ich mit Solarenergie heizen? (Helion Zürich, 115 S.)  
Planung, Selbstbau und Kauf von Sonnenkollektoren und Sonnenwärmespeichern für Haus oder Schwimmbad. Aspekte sind die Frage der Wirtschaftlichkeit sowie eine detaillierte Analyse der Marktpreise. Leicht verständlich.





### Kontakte:

Fördergesellschaft  
Windenergie e. V.  
Walkerdamm 17  
24103 Kiel

Bürgerinitiative  
Lüchow-Darzenberg  
Drawehnerstr. 17  
20259 Lüchow

## 24.4

Energie- und Umwelt-  
zentrum am Deister  
Am Elmschenbruch  
31832 Springe-Eld.  
05044/975-0

Eurosolar  
Plittersdorfer Str. 103  
53173 Bonn  
0228/362373

BINE  
Informationsdienst  
Mechonstr. 57  
53219 Bonn  
0228/232086

Bund der  
Energieverbraucher  
Josefstr. 24  
53619 Rheinbreitbach  
02224/78475

Solarplan  
Schloßgartenplatz 2  
64289 Darmstadt  
06151/719265

Öko-Institut  
Bunsenstr. 14  
64293 Darmstadt  
06151/8191-0

Institut für Energie-  
& Umweltforschung  
Im Sand 5  
69115 Heidelberg  
06221/12956

Stiftung  
Neue Energie  
Postfach 100829  
44708 Bochum

Dt. Atomforum  
Heussallee 10  
53113 Bonn  
0228/22939

Informations-  
zentrale Elektrizitäts-  
wirtschaft  
Stresemannallee 23  
60596 Frankfurt  
069/6304372

Zwischenlager  
Gorleben  
(Informationshaus)  
Lüchower Str. 8  
29475 Gorleben  
05882/1038

Stand der Technik. Dort sind die Wärme-  
verluste derart verringert, daß ein aktives  
Heizsystem nur noch an wenigen extrem  
kalten Tagen im Jahr gebraucht wird (Be-  
fürchtungen, extreme Wärmedämmung  
könnte sich nachteilig auf das Raumklima  
auswirken, sind völlig unbegründet. Das  
Gegenteil ist der Fall).

- Moderne Heizungsanlagen, insbesondere mit Erdgas betriebene Brennwertkessel haben einen wesentlich höheren Wirkungsgrad (auch bei der Warmwasserbereitung) und können in Neu- und Altbauten eingesetzt werden. Sie emittieren deshalb nicht nur weniger CO<sub>2</sub>, sondern sind auch bezüglich der anderen Schadstoffe umweltfreundlicher.
- Über die Nutzung passiver Solarenergie läßt sich der Energieverbrauch im Bereich Wohnen ebenfalls senken. Durch Fenster mit moderner Wärmeschutzverglasung kann, wenn sie nicht von innen oder außen verschattet sind, viel Wärme ins Haus geholt werden. Auch Wintergärten können zur Energieeinsparung beitragen, vorausgesetzt, sie können durch Türen in der Nacht oder an trüben Tagen von der Wohnung getrennt werden. Außerdem sollten sie nicht beheizbar sein; allein die Frostsicherung der Heizkörper im Winter kann die Wärmegewinne wieder aufzehren!
- Sonnenkollektoren zur Warmwasserbereitung oder auch zur Unterstützung der Heizung gelten gemeinhin als Wahrzeichen ökologischen Bauens.

Ihr Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion ist aber ohne großzügige Förderung noch nicht wirtschaftlich. Vor ihrer Anschaffung ist deshalb zu prüfen, ob das Geld nicht effektiver in einer Wärmedämmung oder einem Brennwertkessel angelegt ist.

- Die Wärmerückgewinnung bei Lüftungsanlagen trägt z.B. in modernen Hallenbädern zur Energieeinsparung bei. Neuerdings kommt diese Technik auch bei Wohngebäuden zum Einsatz. Allerdings gleicht dort bei den meisten der angebotenen Anlagen der zusätzliche Stromverbrauch die Wärmegewinne wieder aus. Für Häuser mit extrem niedrigem Energieverbrauch wird diese Technik allerdings zunehmend interessant.
- Bisher noch wenig bekannt ist, daß inzwischen auch sehr wirkungsvolle Luftkollektoren auf dem Markt sind. Sie können die Heizung in Hallenbädern, Sporthallen aber auch in Wohnhäusern unterstützen.

## Konkrete Forderungen

Die vorliegenden Forderungen beschränken sich weitgehend auf die öffentlichen und privaten Bereiche vor Ort in den Regionen. Vergleichbar große Energieverbraucher und Klimazerstörer sind aber immer noch Industrieunternehmen, die ebenso wie





mittelständische Unternehmen und das Dienstleistungsgewerbe eine entscheidende Rolle spielen. Eine Konversion in Richtung energiesparender Produktion und Produktion energiesparender Produkte ist hier unvermeidlich.

Auch die Vermeidung von energieintensiven Rohstoffen wie Aluminium ist durch eine Vielzahl von Substituten möglich. Jede Rohstoffvermeidung, z.B. durch ausgebaute Mehrwegsysteme, trägt zudem ebenso zum Klimaschutz bei wie die allseits bekannte Wärmedämmung oder die Solarzelle auf dem Dach.

## Organisations-Ebene:

- "Runder Tisch" für Klimaschutz (Verwaltung, Parteien, Stadtwerke, Verbände, Handwerk, Gewerbe)
- Kostenlose Energieberatung für BürgerInnen (siehe Kapitel 20, "Umweltberatung")
- Beitritt zu einem Klimabündnis, verbunden mit konkreten Verpflichtungserklärung, z.B. zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen

## Konzeptions- & Planungsebene:

- Umfassende kommunale Klimaschutzkonzepte, versehen mit Prioritätenlisten und Umsetzungsplänen; Jährliche Klimaschutzberichte der Verwaltung zur Rechenschaftslegung über die im Klimaschutzkonzept geforderten Maßnahmen. Im Klimaschutzkonzept sollten unter anderem enthalten sein:
- Energiesparkonzept für alle kommunalen Gebäude, Einrichtungen (Verwaltung, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Bäder) und Unternehmen (auch städtische Wohnungsverwaltungs- bzw. Bauunternehmen!). Grundlage dafür sind "Energiepässe" für jedes Gebäude.
- Verkehrskonzept zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (siehe Kapitel 23, "Verkehr")
- Ausweisung von Flächen zur Nutzung von

Windkraftanlagen in Flächennutzungsplänen (FNP). Der FNP stellt zudem die Weichen für die Herausbildung von verkehrssparsamen Strukturen in der Region. Vor allem bei der Ausweisung von Wohngebieten müssen energierelevante Kriterien (Südhang statt Nordhang oder Kaltluftmulde) eine wesentliche Rolle spielen.

- Ausweisung von Fernwärmevorranggebieten.
- Richtlinien für Klimaschutz- und Energiesparmaßnahmen in Bauleitplänen (B-Pläne/V&E-Pläne) durch die Verwaltungsspitze. Darin sollen unter anderem berücksichtigt werden:
- Festsetzung von geforderten Wärmedämmwerten (Niedrigenergiehäuser, Passivhäuser)
- passive Sonnenwärmenutzung: Ausrichtung der Baukörper, Bauen mit versetzten Ebenen
- kompakte Baukörper (Verringerung der Außenoberfläche im Verhältnis zum beheizten Volumen, d.h. Senkung des A/V-Verhältnisses), mitunter auch Nutzung der Vorteile gemeinsamer Außenwände (Reihenhäuser)
- max. Abweichung der Dachflächen von 45° von der Nord/Süd-Achse
- Prüfung und eventuelle Festschreibung von Nahwärmenetzen bzw. -inseln im B-Plan-Gebiet, Wärmeversorgung mindestens durch Brennwerttechnik, möglichst aber durch BHKW, Kollektoren und andere alternative/bzw. effizientere (kraft-wärmegekoppelnde) Energieträger
- keine Festschreibung, die z.B. die Nutzung von Solarkollektoren in Altstadtgebieten aus "städtebaulichen Gründen" verbieten
- Ausweisung von "Gebieten" (FNP) bzw. Bereichen, in denen zum Schutz vor schädlichen Umweltauswirkungen bestimmte luftverunreinigende Stoffe nicht verwendet werden dürfen. Dies kann sich zum Beispiel in einem Verbrennungsverbot für feste Brennstoffe etc. niederschlagen. In einigen Bundesländern kann auch ein Anschluß- und Benutzungszwang an die Fernwärmeversorgung festgelegt werden.
- Konzepte zur Stadtsanierung unter Einbe-

245

### Literatur:

Othmar Humm:  
Niedrig-Energie-Häuser (1990, Ökobuch-Verlag in Stauffen, 225 S.)  
Theorie und Praxis mit einigen Beispielen. Sehr anschaulich.

Bundesarchitektenkammer: Energiegerechtes Bauen und Modernisieren (1996, Birkhäuser in Basel, 216 S. mit CD-Rom)

Heinz Schulz:  
Biogas-Praxis (1996, Ökobuch-Verlag in Stauffen, 187 S.) Grundlagen, Planung, Anlagenbau und Beispiele für diese bislang vernachlässigte Alternativenergie.

Unterrichtsmaterialien Atomenergie (Die Werkstatt/AOL, 120 S.)  
Die inzwischen vierte Auflage der Unterrichtseinheit enthält Grafiken, Arbeitsblätter, Diagramme und Texte von den kernphysikalischen Grundlagen bis zu den alternativen Energiequellen, die die SchülerInnen kritisch an diese Thematik heranführen.



Literatur:

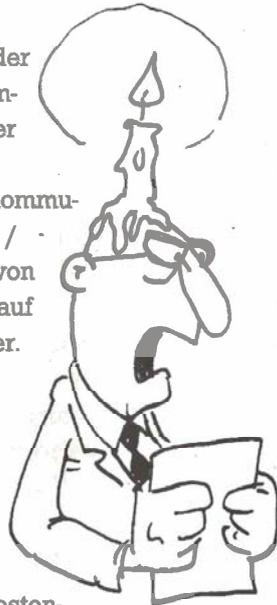
K.Tempel/J. Stay:  
Castor Buch 1  
(Tolstefanz, 146 S.)  
Castor Buch 2 - Wir  
stellen uns quer  
(Tolstefanz, 187 S.)  
Die beiden Bildbände  
dokumentieren mit  
sehr eindrucksvollen  
Bildern den Wider-  
stand der Bevölke-  
rung des Wendlands  
gegen die Caſtor-  
Transporte. Zu finden  
sind Bilder, die Wut  
und Aggressionen  
hervorrufen, zeigen  
wie phantasie-  
reich und gewaltfrei ein Wi-  
derstand sein kann.  
Anzumerken ist, daß  
die Fotos im seltesten  
Fall von Profifotogra-  
phen stammen und al-  
le Fotos kostenlos zur  
Verfügung stehen.

Gorlebener  
TurmbesetzerInnen:  
Leben im Atomstaat  
(Eigenverlag, 310 S.)  
Dieses Buch, das als  
Resultat einer Beset-  
zungsaktion der Gor-  
lebener Bohrtürme  
entstand, will anre-  
gen, innerhalb der  
Repression des Staa-  
tes eine offensive Po-  
sition zu beziehen  
und eine Ausein-  
dersetzung mit den  
Themen Atomstaat,  
Atommafia, Atom-  
mill, Atomjustiz, Wi-  
derstand und Alterna-  
tiven zur Atomener-  
gie stattfinden lassen.

John May:  
Das Greenpeace-  
Handbuch des  
Atomzeitalters  
(1989, Knauer in  
München, 496 S.)  
Bomben und Reakto-  
ren - ein umfangrei-  
cher Überblick.

ziehung energiesparender  
Maßnahmen (Wärmedäm-  
mung, Fernwärme oder  
Gasanschluß)

- Wiedererlangen einer kommunalen Energieversorgung / Erhalt bzw. Rückkauf von Stadtwerken. Kein Verkauf an Groß-Energieversorger.



Kosten- & Förder-Ebene:

- Linearisierung der Strom- und Heiztarife, kosten-  
deckende Vergütung der Einspeisung  
von alternativ erzeugtem Strom u.a. durch  
Stadtwerke bzw. in der Fortschreibung  
der Konzessionsverträgen
- Sparmaßnahmen im privaten Bereich  
(Wärmedämmung von Altbauten, Bau von  
Niedrigenergie- oder Passivhäusern, Um-  
stellung von Elektro- auf Gasheizungen  
oder Fernwärme, Förderung von Brenn-  
werttechnik, Kochen mit Gas, Ener-  
giesparlampen, Kauf von besonders  
sparsamen Haushaltsgeräten, Sonnenkol-  
lektoren, Photovoltaik, Wasserkraftwerke,  
Windenergie)

Weitere Maßnahmen:

- bei Grundstücksverkäufen durch die  
Kommune energie- und klimarelevante  
Verpflichtungen festschreiben (analog  
der Maßnahmen bei Bauleitplänen)
- Energiesparschulungen von  
HausmeisterInnen, Schu-  
lungen von städtischen An-  
gestellten (LeiterInnen von  
Einrichtungen, z.B. Schulen,  
Kindertagesstätten)
- Überprüfung der Tempera-  
turregelung und -anpas-  
sung, der Wartung der  
Heizanlagen
- Umrüstung von Elektro-  
heizungen



Trotz der Wichtigkeit der vielen kleinen  
Maßnahmen: Das kommunale Engagement  
darf nicht davon ablenken, daß die Förde-  
rung einer Dezentralisierung der Energie-  
versorgung mit dem Widerstand gegen un-  
verantwortliche Großprojekte der Energie-  
versorgung einhergehen muß. So lange  
Braunkohleabbau in großem Maße und  
Atomenergie billigen Strom versprechen,  
bleibt die Aussicht auf eine Energiewende  
gering. Es gilt, solchen Projekten die Akzep-  
tanz zu entziehen. Dafür ist die Beteiligung  
an großen und überregionalen Aktivitäten  
z.B. der Anti-AKW-Bewegung ein gangba-  
rer Weg.

Der Autor

Jörg Bennedik  
Heinrich-Heine-Str. 8  
36281 Bad Hersfeld  
Tel. 06621/77579



# Forderungen Abfall

Positive Bilanzen überall, doch sie trügen. Zur Zeit werden überall rückgehende Restmüllmengen gemeldet. Ein genauer Blick zeigt allerdings, daß die Mengen nicht in dem Maße zurückgehen, wie Biomüll- und Grüner-Punkt-Sammlungen zunehmen. Die Gesamtmenge der Abfälle steigt also, und zwar beachtlich. Es wird höchste Zeit, daß die Abfallpolitik geändert wird - weg von der Diskussion um die beste Form der Entsorgung (Verbrennung oder Deponierung) hin zur einer konsequenten Vermeidung. Diese Vermeidung, die in allen Gesetzen und Programmen als erster Punkt steht, ist bislang völlig vernachlässigt worden. Statt sich also auf die Diskussion über die Entsorgung einzulassen, müssen Ideen zur Vermeidung eingebracht und verwirklicht werden. Motto: Über die Entsorgung reden wir erst, wenn alle Vermeidungspotentiale ausgeschöpft, der Rest ein optimales Recyclingsystem durchlaufen hat und nur noch geringe Mengen übrig sind.

25.1

## Grundsätzliches

- Erarbeitung von Abfallwirtschaftskonzepten für Kreis und Gemeinden.
- Schwerpunkt auf Vermeidung, nachrangig auf Verwertung sowie nur für den unvermeidlichen Rest auf eine sichere Entsorgungstechnik, die die Rohstoffe einer späteren Verwertung bei verbesserter Technik zugänglich erhält. Das bedeutet einen Verzicht auf Verbrennung und ungeordnete Ablagerung bzw. Zwischendepotieren (keine Vorverfahren zur Verbrennung wie Trockenstabilat usw.).
- Einstellung von AbfallberaterInnen mit umfassenden Befugnissen der Kontrolle und Weisung in öffentlichen Einrichtungen, gegenüber Privathaushalten/Firmen.

## Vermeiden

### Müllvermeidung in Kommunen

- Erlass einer Abgabe auf Einwegverpackungen zum Direktverzehr (Imbißbuden, Restaurants usw., Feste und Veranstaltungen): Festlegung verschiedener Steuersätze auf Dosen, Teller, Besteckteile usw. Beschluß: Gemeindeparlament.
- Vertragliches Verbot der Verwendung von Einwegverpackungen bei genehmigungspflichtigen Veranstaltungen (Straßenfeste usw.): Diese Regelung muß in die Genehmigung geschrieben werden. Beschluß: Gemeindevorstand oder -parlament. Zuständig für Umsetzung und Kontrolle: Ordnungsamt.
- Verbot der Verwendung von Einwegverpackungen bei Nutzung gemeindlicher Einrichtungen: Aufzunehmen in die Nutzungsverträge. Beschluß: Gemeindeparlament.
- Müllvermeidung im eigenen Bereich (Verwaltung, Bauhof, Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser usw.): Selbstbindender Beschluß des Gemeindeparlamentes bzw. Kreistages, jeweils getrennt für die verschie-

#### Literatur:

Institut für ökolog. Recycling: Neue Wege ohne Abfall (1993, IFÖR in Berlin, 275 S.)  
Das Buch dokumentiert eine Fachtagung, auf der verschiedene Referentinnen ein vielfältiges Themenspektrum bearbeiteten. Konkrete Konzepte sind ebenso zu finden wie aktuelle Tendenzen, Zahlen oder Texte zu politischen Rahmenbedingungen.

Wolfgang Körk u.a.: Abfallvermeidung durch kommunale Verpackungsabgaben (1990, E. Blottner in Tannusstein, 106 S.)  
Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen.

"Das bessere Müllkonzept": Entlastung der Deponien durch Vermeidung, technische Anwendung, biologische Verfahren (1993, Universitätsverlag Ulm, 160 S.)





denen Bereiche, eventuell zusammen mit weiteren Festlegungen, z.B. zur Nahrungsmittelqualität (Bio-Food).

- Vertragliches Verbot von Einwegverpackungen bei ZuschußempfängerInnen der Gemeinde (Sozialstationen, Essen auf Rädern usw.).
- Kauf langlebiger Geräte und Einrichtungen. Reparatur statt Neukauf, Kauf von Gebrauchtwaren, wo sinnvoll.

## 25.2

### Müllvermeidung bei Firmen

- Verzicht auf Einwegverpackungen im eigenen Produktionsbereich, Kantinen, Geschäftsführung usw.
- Einfluß auf ZuliefererInnen zur Nutzung von Mehrwegtransportverpackungen.
- Bei Produktionsfirmen: Vorrang für langlebige Produkte, umfangreicher Ersatzteilservice, recycelbare Grundstoffe.
- Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten für verbindliche Regelungen bei der Ausweisung von Industriegebieten, Verkauf von Grundstücken an Firmen bzw. bei Erteilungen von Genehmigungen.
- Auflagen zur Benutzung von Mehrweg bzw. recycelten Produkten in Gastronomie und Hotellerie.
- Förderung der Kooperation zwischen Firmen zur gemeinsamen Nutzung von Anlagen im Recycling bzw. Mehrwegsystemen.
- Vorrangiges Ziel: Geschlossene Produktionskreisläufe.

#### Literatur:

IFÖR  
Abfall vermeiden  
(1991, Fischer  
in Frankfurt, 158 S.)

Institut für  
ökolog. Recycling  
Müll problemo  
(1991, IFÖR in  
Berlin, 298 S.)  
Zwar schreiben verschiedene AutorInnen, dennoch ist das Werk sehr systematisch aufgebaut und schafft einen Überblick über umweltgerechte Strategien der Abfallwirtschaft, vor allem die Möglichkeiten der Vermeidung sowie kommunaler Handlungskonzepte.

E. Abel-Lorenz u.a.:  
Abfallvermeidung -  
Handlungspotentiale  
der Kommunen  
(1994, E. Blotner in  
Taanusstein, 229 S.)  
Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen.

Institut für  
ökolog. Recycling  
Das Maß aller Dinge  
- EcoDesign (1996,  
IFÖR Berlin, 167 S.)  
Wie muß ein Produkt  
aussehen, das umweltgerecht ist? Dieser Frage geht das Buch nach. Produktionsverfahren, Reparatur- und Recyclebarkeit sowie die Grundstoffe stehen im Vordergrund, einige Beispiele ergänzen den Band.

### Müllvermeidung in Privathaushalten

- Verzicht auf alle Einwegverpackungen. Kauf von Getränken und Lebensmitteln in Mehrweg-Glasgefäßen sowie von Gemüse, Obst, Käse, Fleischwaren, Brot usw. ohne Verpackung in selbstmitgebrachten Gefäßen bzw. Taschen.
- Initiativen für einwegfreie Kaufhäuser oder ganze Stadtteile. Kampagne: Gestartet von Einzelhandel, Kommune oder Umweltgruppen.
- Bevorzugung langlebiger Produkte. Kampagne: Kommune oder Umweltgruppen. Reparatur statt Neukauf, Informationsschrift "Was kann wo repariert werden?" (Tip: Kooperation mit Tageszeitung, als Beilage dort).
- Schaffung von Reparaturbetrieben, die die Wirtschaft nicht anbietet, im Rahmen von Jugend- und Arbeitslosenförderung. Chance für alternative Betriebe, Starthilfeförderung für Kleinbetriebe mit Ausrichtung auf Reparatur statt Neuverkauf.

## Recycling

### Kompost & Biomüll

- Öffentlichkeitsarbeit für Eigenkompostierung aller Gartenbesitzer
- Zuschüsse zum Bau von Kompostanlagen
- Vereinbarungen mit örtlichen Betrieben, die Kompost brauchen und diesen selbst





- mit Kompostmaterial von Anliegern betreiben (eventuell Sammlung durch kommunale Sammelfahrzeuge)
- Dezentrale Sammlung und Verarbeitung, z.B. in jeder Gemeinde bzw. im Gemeindeverbund durch Landwirte oder Gartenbaubetriebe. Keine Großanlagen!
- Verwertung des Komposts im gemeindlichen Eigenbetrieb, in Firmen der Nähe sowie durch Verkauf an EinwohnerInnen
- Ständige Gütekontrollen.

## Recycling des Produktes

- Aufbau eines Wertstoffhofes mit ständigem "Flohmarkt", d.h. alte Möbel, Geräte usw. werden hier zum Kauf oder Tausch aufbewahrt. Zudem: Baumaterialien-Handel (Steine, Fenster, Türen, Holz, Isolierstoffe usw.).
- Aufbau eines Recyclingzentrums, in dem elektrische Geräte, Elektronik usw. wiederhergestellt bzw. so getrennt wird, daß die Einzelbestandteile wieder verkauft werden können.
- Kooperation mit technischen Firmen oder HandwerkerInnen in der Nähe zur Abgabe oder Abnahme von Geräten.

## Recycling des Rohstoffes

- Aufbau eines Recyclingzentrums (s.o.) zur sortenreinen Trennung von Metallen, Kunststoffen usw.
- Aufbereitung und Sortierung von Sperrmüllgütern. Getrennte Erfassung von technischen Geräten.
- Dichtes Netz von Erfassungscontainern oder Tonnen für Einzelhaushalte für Glas, Weißblech und Papier.

## Bauschutt & Baumaterialien

- Förderung der Renovierung alter Gebäude statt Neubaugebieten
- Einrichtung einer Bauschutt- und Bauma-

terialbörse (siehe oben: Wertstoffhof)

- Integration einer Beratung nach dem Motto "Sanieren statt abreißen" in das Bauamt bzw. die Umweltberatung
- Überprüfung der bestehenden bzw. der neuen Bebauungspläne auf die Förderung des Erhalts bestehender Gebäude
- Selbstbindung der öffentlichen Stellen, die Nutzung bestehender Gebäude dem Neubau vorzuziehen.
- Verzicht auf Straßenneubauten.

## Veränderter Umgang

- "Umweltverträglichkeitsprüfung" für alle Materialbeschaffungen hinsichtlich der Punkte Energie- und Rohstoffaufwand in der Produktion. Vorrang für langlebige Produkte mit niedrigem Rohstoffverbrauch.
- Bevorzugung von Stoffen aus regenerativen Quellen (Pflanzenfasern, Holz usw.), Verzicht auf Kunststoffe, wo möglich.

## Müllentsorgung

- Reduzierung des Restabfalls durch alle vorgehend genannten Maßnahmen.
- Belohnung freiwilliger Müll einsparung durch gestufte Müllgebühren (z.B. mengenbezogene Zahlung entweder nach Gewicht per Wiegechip am Müllfahrzeug oder nach Volumen mit Plaketten für jede Leerung eines Müllbehälters).
- Umlegung der Einsparungen auf die Nebenkosten bei Mietshäusern mit Gemeinschaftstonnen.
- Sortieranlagen für den Restmüll nach dem neuesten Stand der Technik.
- Sichere Lagerung bzw. Deponierung des Restmülls in einer Form, der eine spätere Entnahme und Wiederverwertung nach neuen technischen Verfahren ermöglicht. Keine Müllverbrennung oder verwertungshinderliche Vorbehandlung (Trockenstabilat usw.).

25.3

### Literatur:

J. Vontabel (Hrsg.):  
Wege aus der Abfallfalle (AT Verlag, 148 S.)  
Ein ernstzunehmendes Handbuch, das zum Umdenken und Aktivwerden anregt. Von Aktionstips über phantasievolles Recycling wird in dieser sehr umweltfreundlich aufgemachten (Recycling Papp-Einband) Publikation alles, auch theoretische Sachen aufgearbeitet. Leider ist das Layout ein bißchen überladen.

Thilo C. Koch u.a.:  
Ökologische Müllverwertung (1991, C.F. Müller in Karlsruhe, 410 S.)  
Umfangreiches Handbuch zu allen wichtigen Bereichen der Abfallwirtschaft.

Michael Deubert:  
Kommunale Kompetenzen in der Abfallwirtschaft (1992, Dt. Gemeindeverlag in Köln, 204 S.)  
Rechtliche Betrachtungen.

Monika Böhm u.a.:  
Müllvermeidung - Müllverwertung (1992, C.F. Müller in Karlsruhe, 130 S.)  
Systematischer Überblick über die Möglichkeiten.



- Reduzierung des Giftmülls durch Öffentlichkeitsarbeit (Akkus statt Batterien, giftfreie Farben und Reinigungsmittel usw.).
- Dezentrale Sammlung der restlichen Giftmüllmengen per Schadstoffmobil sowie in den Geschäften. Optimale Sortierung, maximale Rückführung ins stoffliche Recycling.

## 25.4

### Altlasten

- Wo noch nicht geschehen: Sofortige Kartierung aller Altlasten, auch kleinerer Hausmülldeponien. Durchführung von Messungen, eventuell auch Probebohrungen, in jedem Fall aber Auswertung aller verfügbaren Unterlagen, um die Frage zu klären, welche Schadstoffe und welche Wertstoffe begraben sein könnten.
- Planung von Sanierungs- und Rohstoffgewinnungsmaßnahmen. Für jede Altlast ist ein gestuftes Konzept zur sofortigen Sicherung sowie zum mittel- bzw. langfristigen Abtrag zu entwickeln, um Schadstoffe herauszunehmen und Rohstoffe wieder in die Kreisläufe einzuführen.
- Ständige Beobachtung und Kontrolle durch Meßbrunnen.

#### Kontakte:

Bundesverband  
Naturkosthändler  
Reichpietschufer 74-76  
10785 Berlin

Bund für Umwelt-  
und Naturschutz  
Deutschland (BUND)  
Im Rheingarten 7  
53225 Bonn  
0228/40097-0

Institut für  
ökologisches  
Recycling (IFÖR)  
Kurfürstenstr. 14  
10785 Berlin  
030/2628021

Öko-Institut  
Binzengrün 34a  
79114 Freiburg  
0761/473031

Initiative "Das bes-  
sere Müllkonzept"  
Pfarrstr. 4  
85604 Zorneding  
08106/20750



### Öffentlichkeits- arbeit/Aktionen

- Einsatz für eine dosenfreie Zone, Stadt oder Gemeinde (unter dem Namen "Total Tote Dose" schon in einigen Städten durchgeführt: Dosenvorhänge, Anti-Dosen-Demos, Veranstaltungen usw.)
- Müllberge öffentlich präsentieren: Müll sammeln und z.B. auf dem Marktplatz aufschütten. Besonderen Müllverursachern (Fast-Food-Ketten, Aldi & Co. usw.) den eigenen Müll aus Containern usw. vor den Eingang kippen.
- Mülldenkmäler aufbauen, Straßentheater, Infostände usw. (siehe Kapitel 1, "Aktionsformen")
- Abfallberatung durch Kommune oder andere Einrichtungen (Umweltzentren, Verbraucherberatung, siehe Kapitel 20, "Umweltberatung").

### Der Autor

Jörg Bergstedt  
c/o Institut für Ökologie - Büro Osthessen-  
Hersfelder Str. 3  
36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919297  
eMail: institut@juis.insider.org



# Forderungen Umweltschutz im Haus(halt)

Häuser, versiegelte bzw. befestigte Außenflächen sowie Mauern und Zäune sind in den bebauten Bereichen die prägenden Elemente. Ihr Bau zerstört Flächen und führt zu Umweltzerstörungen bereits bei der Produktion der Baustoffe. Ihre Existenz erfordert Energieaufwand, weiteren Chemikalieneinsatz, Wasserverbrauch usw. All dieses so auszurichten, daß der umweltgefährdende Effekt so gering wie möglich ist, muß als wichtiges Ziel einer wirkungsvollen Umweltpolitik entdeckt und konsequent angegangen werden. Klar ist dabei, daß es keine echte Umweltfreundlichkeit gibt. Es geht nur um die Größe des Eingriffs in die Umwelt. Auch ein Niedrigenergiehaus verbraucht Fläche; auch Dämm-Materialien aus Abfällen oder nachwachsenden Rohstoffen verbrauchen Energie bei Herstellung und Transport, immerhin aber weniger als energieaufwendiges Material.

261

## Ziele

Für die kommunale Politik gibt es zwei Ziele: Umweltgerechte Bauweise aller öffentlichen Gebäude und staats- bzw. gemeindeeigener Firmen sowie Öffentlichkeitsarbeit für Privathaus- und FirmeninhaberInnen. Die folgenden Einzelschlüsse stellen keinen vollständigen Katalog dar. Dafür gibt es eine Vielzahl von Veröffentlichungen zu Umwelttips bzw. umweltgerechten Bauweisen, Energieformen usw. Um diesen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen, ist vor allem zu fordern, daß Rathäuser, BürgerInnenhäuser, Schulen und andere öffentlichen Einrichtungen schnellstmöglich umgestellt werden - und das auch offen sichtbar wird. Das gute Beispiel bewirkt am meisten.

## Reaktivierung/ Sanierungen

Vor allem der Faktor Flächenversiegelung ist dann optimal geregelt, wenn statt neuer Bau- und Industriegebiete alte Gebäude und ehemals genutzte Flächen saniert und reaktiviert werden. Werden dabei schon bestehen-

de Gebäude (Wohnhäuser, Anbauten, Scheunen, alte Firmengebäude) ganz oder teilweise saniert und wieder genutzt, werden auch Rohstoffe gespart sowie die Mülldeponien um die Menge entlastet, die statt einem Abriss jetzt an Ort und Stelle verblieben ist. Giftdünstende Baustoffe sollten allerdings in jedem Fall entfernt und als Gefahrstoff entsorgt werden.

Um die Sanierung und Reaktivierung zu beschleunigen, sind folgende Maßnahmen sinnvoll:

- Kartierung aller nichtbewohnten und nichtgenutzten Grundstücke bzw. Gebäude im bebauten Bereich (Erstellung eines Katasters). Klärung der Verfügbarkeit.
- Start eines Beratungs- und Förderprogrammes für VermieterInnen, Eigenheimsuchende und BetriebsgründerInnen, um diese auf bestehende Flächen zu vermitteln.
- Sanierung und Reaktivierung leerstehender Gebäude in öffentlichem Eigentum: Erarbeitung eines Konzeptes zur Schaffung von Wohnraum, Förderung von ExistenzgründerInnen und sanierungswilligen BesitzerInnen bisher ungenutzter Gebäude, Aufbau öffentlicher Einrichtungen (Gemeindehäuser, Kindergärten, Vereinsräume usw.).

### Literatur:

Die Grünen Hessen: Ökologie im Haus(halt) (1991, Verlag die Werkstatt in Göttingen, 269 S.)  
Seitenweise Tips für den Umweltschutz zuhause.

Ernst-Ulrich Hiersche und Thomas Wörner: Alternative Baustoffe im Bauwesen (1990, Ernst & Sohn in Berlin, 276 S.)  
Hinweise zur Verwertung von Recycling- und Abfallstoffen im Hoch- und Tiefbau (Bauschutt, Schlacke usw.).



- Einbindung des Denkmalschutzes in die Aktivitäten, wo sinnvoll. Freisetzung von Fördermitteln der Denkmalpflege.

## Verringerung der Gebäudegrößen

Sowohl Eigenheime als auch Industriebauten verbrauchen immer mehr Fläche. Grund ist der größere Wohnraumsanspruch von Privatleuten sowie die Trend zu zwei bis drei Autostellplätzen (Garage oder Carport). Im Industriebau geht die Entwicklung zu grossen, einstöckigen Hallen, da diese besser von Lkw an- oder gar befahrbar sind und maschinell bedient werden können. Das spart vor allem Arbeitsplätze - ökologische und soziale Probleme sind programmiert.

26.2

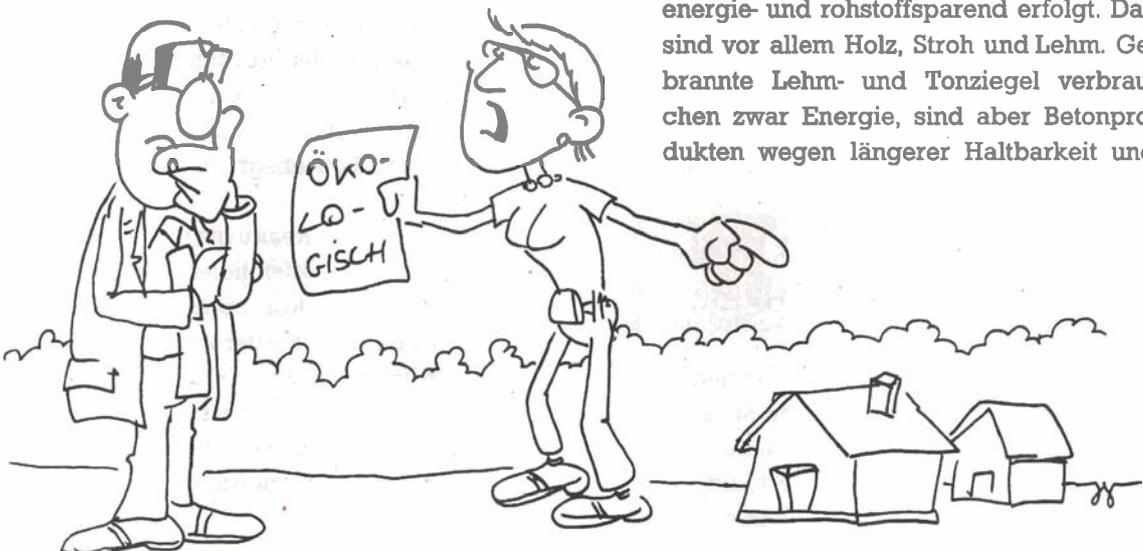
### Literatur:

Th. Bohr/M. Altmeyer: Öko-Check Wohnen (1996, Falken in Niedernhausen, 152 S.) Schadstoffe, Krankheitsbilder, Elektrosmog, Adressen usw. werden gut gegliedert und verständlich dargestellt. Im Anhang findet sich ein Fragebogen, mit dessen Hilfe die Schadstoffquellen bzw. die Krankheitssymptome erfaßt werden können.

Bund Deutscher Architekten: Umwelt-Leitfaden für Architekten (1995, Ernst & Sohn in Berlin, 209 S.)

Die wohl beste Zusammenstellung für Umweltgesichtspunkte beim Hausbau, in der Verkehrs- und Versorgungsplanung usw.

Peter Weissenfeld Holzschutz ohne Gift? (1988, Ökobuch-Verlag in Stauffen, 190 S.) Holzschutz und Oberflächenbehandlung in der Praxis - innen und außen, farbig oder transparent.



- Untersagung der Vollversiegelung aller Außenflächen auf Grundstücken durch Festsetzungen in Bebauungsplänen. Überprüfung der Satzungen mit dem Ziel, den Zwang zum Bauen (z.B. von Stellplätzen für Pkw) durch kreative Ersatzlösungen zu streichen (z.B. Verzicht auf Stellplätze bei Nachweis der Förderung der Nahverkehrs- oder Radbenutzung). Außerdem können Gebote zum Flächensparen aufgenommen werden.

## Biologische Baustoffe

Unabhängig, ob Neubau oder Sanierung: Die verwendeten Baustoffe wirken sich sehr unterschiedlich auf die Umwelt aus. Das betrifft zum einen die Herstellung, zum anderen giftige Ausströmungen oder andere negative Auswirkungen am Einbauort, schließlich aber auch die Belastung der Müll- und Bauschuttdeponien nach ihrer Entfernung.

Um in all diesen Bereichen umweltzerstörende Wirkungen soweit möglich einzuschränken, sollten folgende Regeln gelten und bei allen öffentlichen Gebäuden auch zwingend vorgeschrieben sein:

- Verzicht auf PVC und andere Produkte der Chlorchemie (Beläge, Kabel, Fenster usw.).
- Nutzung regenerativer bzw. wiederverwertbarer Baustoffe, deren Herstellung energie- und rohstoffsparend erfolgt. Das sind vor allem Holz, Stroh und Lehm. Gebrannte Lehm- und Tonziegel verbrauchen zwar Energie, sind aber Betonprodukten wegen längerer Haltbarkeit und



geringeren Umweltschäden bei Herstellung und Beseitigung vorzuziehen. Natursteine können dort eingesetzt werden, wo gute Wärmedämmwerte nicht wichtig sind (Schieferdach, Fundamente und Kellerwände, freistehende Mauern, Wege usw. im Außenbereich).

- Einbau wirksamer Dämmungen, deren Herstellung möglichst umweltgerecht erfolgt (hochisolierte Fenster, Altpapierfasern oder schonend behandelte Pflanzen- bzw. Tierfasern, z.B. Holzfasern, Flachs, Hanf oder Schafwolle). Verzicht auf Polystyrol, Stein- und Glaswolle.
- Verwendung von Holz als wesentliches Baumaterial (Statik, Fußböden usw.). Wahl heimischer Holzarten, möglichst Laubholz.
- Möblierung mit Vollholz als Material.
- Farben, Kleber und weitere Hilfsstoffe auf pflanzlicher Basis.
- Berücksichtigung gesundheitlicher Aspekte bei Bau bzw. Renovierung von Gebäuden, z.B. atmungsaktive Wände, keine Gifte, Abschirmungen gegen Elektromog usw.
- Verzicht auf Baumaterialien aus seltenen Rohstoffen oder umweltzerstörender Herstellung, vor allem Aluminium und Tropenholzarten. Der Einsatz von Kupfer sollte auf unersetzliche Bereiche beschränkt werden.

## Umwelttechnik & Öko-Architektur

Durch technische Produkte bzw. geschickte Planung der Bauwerke bzw. Renovierungen kann der Verbrauch von Rohstoffen bei der Nutzung von Räumlichkeiten verringert werden. Im Vordergrund stehen hier Energie und Wasser (siehe Forderungslisten in entsprechenden Kapiteln).

- Einbau einer solaren Warmwasseranlage auf dem Dach jedes Gebäudes. Diese Technik ist bereits ausgereift und amortisiert sich finanziell schnell, so daß sie auf jedes Gebäude gehört, in dem warmes Wasser gebraucht wird. Große Solarwarmwasseranlagen (Kollektoren) können auch

der Heizungsunterstützung im Winter bzw. der Raumheizung in der Übergangszeit dienen.

- Nutzung energiesparender Bauformen wie guter Isolierung, passiver Sonnenenergienutzung (Wintergarten bzw. hoher Lichteinfall von der Südseite bzw. von oben).
- Auffangen des Regenwassers von nicht bewachsenen Dächern, sammeln in Tanks im Keller oder unter der Erde (Nutzung alter Zisternen oder Gruben nach Säuberung und Dichtung möglich). Nutzung des Wassers für die Spülung in Toiletten, als Putzwasser, im Garten und zu weiteren Zwecken, die keine Trinkwasserqualität voraussetzen. Die Investitionen sind in der Regel technisch einfach und können überall erfolgen.
- Einbau bzw. Nutzung energiesparender Geräte, Beleuchtung, Lüftungstechnik usw.
- Nutzung aller Wassersparmöglichkeiten, Prüfung der Nutzung von "Grauwasser" (z.B. Einsatz wenig verschmutzten Wassers zur Toilettenspülung).
- Gewinnung der Wärmeenergie aus modernen Heizkesseln mit Brennwerttechnik (Gas) oder optimaler Ausnutzung regenerativer Heizstoffe (Holz, Stroh).
- Länder, Kreise und Kommunen können durch gutes Beispiel (Solar- und Regenwasseranlagen in allen öffentlichen Gebäuden, Schulen, Rathäuser usw.) vorangehen, beraten und mit Zuschüssen den Einbau in Privathäusern fördern.
- Aufbau von Nahwärmenetzen bzw. Anschluß an Fernwärmequellen.

## Ökologischer Haushalt

Sowohl in Privathäusern als auch in öffentlichen Gebäuden wird tagtäglich mit Geräten, Papier, Chemikalien usw. hantiert. Die Auswahl der Stoffe und Geräte sowie der Umgang während der Nutzung entscheidet über den Grad der Umweltbelastung. Eine Umstellung von Schulen, Rathäusern usw. einschließlich der Verträge mit NutzerInnen, Gastronomie in öffentlichen Einrichtungen

### Kontakte:

Institut für Ökologie  
- Das Umwelthaus -  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen-  
Saasen  
06401/903283

Arbeitsgemein-  
schaft Allergie-  
krankes Kind  
Postfach 1141  
35745 Herborn  
02772/41237

## 26.3

### Literatur:

Claus Bliefert:  
Umweltchemie  
(VCH, 458 S.)  
Dieses Lehrbuch behandelt alle Bereiche der Umwelt wie Luft, Wasser und Boden, sowie die Problembereiche Chemikalien und Abfälle. Eindeutige Abbildungen erleichtern das Begreifen komplexer Zusammenhänge.

A. Burgwitz:  
Umweltbelastungen selbst messen, bewerten und vermindern (Falken, 80 S.)  
Um Krankheiten vorzubeugen, muß mensch die Umweltbelastungen rechtzeitig erkennen. Der Umgang mit den entsprechenden Geräten wird hier erläutert und diskutiert.

Katalyse e.V.:  
Zimmerluft - dicke Luft (1992, Kiepenheuer & Witsch in Köln, 195 S.)  
Schadstoffe, ihre Herkunft, Meßmethoden und was mensch gegen die Gifte tun kann.

J. Weber: Bürogifte (1994, Eichborn Verlag in Frankfurt, 150 S.)

Papier, Müll, Kopierer, Computer, Möbel, Stromverbrauch, Klebstoffe und vieles mehr, auch Umsetzungsstrategien.



### Kontakte:

IG der Holzschutz-  
mittelgeschädigten  
Unterstaat 14  
51766 Engelskirchen  
02263/3786

VerbraucherInitiative  
Breite Str. 51  
53111 Bonn  
0228/659044

### Literatur:

Eberle/Grießhammer: Ökobilanzen und Produktanalysen (Öko-Institut, 147 S.) Dieses Nachschlagewerk zeigt auf, wie es möglich ist, neue Produkte auf ihre Umweltauswirkungen zu analysieren und in ihrer Entwicklungsphase so zu optimieren, daß ökologische und nachhaltige Aspekte berücksichtigt werden. Anhand von konkreten Beispielen der Produkte Waschmittel, Fernsehgerät und Bauprodukte stellen Wissenschaftler nun vor, welche Kriterien ein Produkt erfüllen muß, um "nachhaltig" zu sein.

Aktionskonferenz Nordsee e.V.: Chlorchemie (Verlag die Werkstatt/AOL, 176 S.)

Chlorchemische Produkte begegnen uns tagtäglich (CD's, Fensterrahmen etc.).

Doch der Schaden scheint größer als der Nutzen zu sein, denn die Entsorgung weist große Schäden auf. So wir diese komplizierte Materie für die Schule, Fortbildungen und Öffentlichkeitsarbeit aufzuarbeiten versucht.

und anderen schafft wiederum eine Entlastung der Umwelt und gibt gute Beispiele.

- Verwendung von Umweltschutzpapier im Bürobetrieb und Hygiene-/Sanitärpapierbereich, wenn nicht Mehrwegprodukte (Stoffhandtücher usw.) einsetzbar sind.
- Möglichst **vollständige** Umstellung auf Mehrwegverpackungen (Getränke, Sanitär, Körperpflege) oder unverpackte Produkte (Nahrungsmittel, Haushaltswaren usw.), die in mitgebrachten Gefäßen, Taschen usw. transportiert werden.
- Wiedernutzung **gebrauchter Materialien** (z.B. im Bürobetrieb: alte Aktenordner, einseitig bedrucktes Papier, alte Möbel usw.)
- Renovierung statt Neukauf.
- Erarbeitung und Beschluß einer Richtlinie zur umweltfreundlichen Materialbeschaffung als bindende Vorlage für alle Bereiche des **gemeindlichen bzw. staatlichen Handelns**.
- **Bevorzugung langlebiger, energiesparender und reparaturfreundlicher Produkte** aus giftfreiem, recyclingsfähigem Material. Computer und ähnliche Geräte sollten aufrüstbar sein, um ständigen Neukauf zu vermeiden.
- Verzicht auf giftige Stoffe, z.B. bei Putzmitteln.
- Müllvermeidung als oberstes Prinzip. Sortierung der Reststoffe (vor allem Kompost, Glas, Papier und sortenreine Kunst-

stoffe). Verzicht auf besonders umweltschädliche Stoffe wie Produkte der Chlorchemie, Aluminium und überflüssig Einmalfolien, -behälter, -tücher usw.

- Verringerung des Mobilitätszwanges (Zwang zum Fahren) durch dezentrale Strukturen (Schulen, Läden, Kulturangebote usw. überall), verbesserte Logistik (Zusammenfassung von Transportvorgängen, Besprechungsterminen usw.) sowie Verlagerung auf den "Umweltmix" aus verbessertem öffentlichen Nahverkehr, Fahrrad und Wegen zu Fuß. Bezuschussung von Monatskarten, kreative Ideen wie ein "Umwelt-Abo" (niedrige Fahrpreise für DauerkundInnen) oder Job-Ticket (Fahrkarten für Angestellte statt teurem Bau von Parkplätzen). Nutzung von Fahrradkurierdiensten, wenn vorhanden, für die Postwege zwischen den Verwaltungsstellen.

- Einrichtung einer Umweltberatung (siehe Kapitel 20, "Umweltberatung").

In Kreisen und Kommunen sollten Projekte gefördert werden, die Reparaturdienste anbieten, z.B. im Rahmen von Beschäftigungs-, Ausbildungs- oder Sozialprojekten. Second-Hand- und Tauschläden gehören ebenso dazu wie Kleinanzeigenlisten und Flohmärkte.

## Der Autor

Jörg Bergstedt  
c/o Institut für Ökologie - Büro Osthessen-  
Herfelder Str. 3  
36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919297  
eMail: institut@juis.insider.org



# Forderungen Veranstaltungen

Kongresse, Feste, Messen, Jahrmärkte usw. sind mit verschiedenen Umweltbeeinträchtigungen verbunden. Bei guter Planung und konsequenter Umsetzung können diese erheblich verringert werden. Wichtig sind die Regeln für eine umweltfreundliche Veranstaltung im eigenen Bereich; Umweltgruppen können sich aber auch einbringen, wenn die Stadt, ein Verein oder andere größere Feste, Jubiläen, Jahrmärkte usw. vorbereiten.

## Organisation

- Gründung eines festen Arbeitskreises "Umweltschutz auf der Veranstaltung ...", der in alle Informationsflüsse eingebunden wird, jederzeit Vorschläge unterbreiten kann, etliche Bereiche eigenverantwortlich regelt sowie an allen Gesamtbesprechungen teilnehmen kann.
- Guter Kontakt zu anderen an der Organisation wirkenden Arbeitskreisen, Stadtverwaltung, Geschäftsstellen, Firmen usw. sowie Teilnahme einer/s AK-Vertreter/s/in in der Gesamtvorbereitung.
- Frühzeitige Erarbeitung von Gesamtkonzepten für die Bereiche Abfall, Verkehr, Öffentlichkeitsarbeit, Wasser und Energie.
- Breite Öffentlichkeitsarbeit für die Maßnahmen, die die BesucherInnen betreffen.

## Einzelne Bereiche

### Abfall

- Verbot für Einweg, zugelassen sind nur eßbares Geschirr und Mehrweg für alle StandbetreiberInnen (Regelung über Vertrag), AnbieterInnen auf Privatgrundstücken (Regelung über Genehmigung) und SubunternehmerInnen (Verpflichtung in Sammelverträgen z.B. mit ZwischenunternehmerInnen)
- Informationsbrief zum Verbot mit Listen

von AnbieterInnen eßbaren Geschirrs oder Mehrweg rechtzeitig vorher.

- Weitergabe einer Übersicht der Standplätze und eine Liste der StandbetreiberInnen an den Umwelt-Arbeitskreis zwecks vorheriger Information oder Rücksprache.
- Kontrolle des Einwegverbots während der Veranstaltung. Einrichtung einer ständigen Anlaufstelle für Hinweise. Diese Stelle und die Kontrollpersonen müssen autorisiert sein, auch die Schließung von Anbieterständen anzudrohen und im Zweifelsfall auszuführen.
- Aufbau von Spülmobilen. Anschluß aller entsprechenden Stände an die Kanalisation. Die StandbetreiberInnen bezahlen die Nutzung des Spülmobils pauschal mit der Standmiete oder über ein Markensystem.
- Abfallbehälter an jedem Stand für Restmüll aus Papier und Bioabfall (eventuell ist diese Mischung zu kompostieren, das muß geprüft werden).

### Verkehr

- Wirksame Sperrung des gesamten Festbereichs und der Zugangsbereiche (Förderung von Fuß- und Radverkehr).
- Parkgebühren über dem Bahn-/Buspreis für Fahrkarten aus der näheren Umgebung. Parkgebührenkarte gilt für Benutzung der Busse zum Festgelände (z.B. Pendelbus vom Parkplatz).
- Kostenlose Parkplätze an den Bahn- und

27.1

#### Literatur:

Helga Kessler/  
Monika Zimmermann: Der Öko-Veranstaltungsplaner (1990, Rasch & Röhring in Hamburg, 160 S.)  
Umwelttips für Feste, Messen, Märkte, Kongresse usw.

E. Mehrmann/  
I. Plaetrich: Der Veranstaltungsmanager: (1993, dtv in München, 183 S.)  
Konkrete Tips und Checklisten für Großveranstaltungen wie Messen, Kongresse, Tagungen usw.



17.2

Bushaltestellen der umgebenden Orte.

- Ausweisung von für den Autoverkehr gesperrten und gesondert gekennzeichneten Fahrradwegen aus der Umgebung sowie innerhalb der Stadt zu den Veranstaltungszentren.
- Verdichtung des Taktes der Züge und Busse (bei großen Veranstaltungen mindestens Ein-Stundenabstand, Rückfahrten auch noch nachts). Alle Orte der direkten Umgebung müssen in dieser Dichte angebunden sein. Ist dieses nicht durch einen ausgeweiteten Linienverkehr möglich, müssen Sonderbusse eingesetzt werden. Für die Fahrpläne während der Veranstaltung ist über Plakate und Anzeigen in allen Zeitungen der Region großflächig zu werben (gleichzeitig für Radtrassen, Parkplätze an Umgebungsbahnhöfen).

### Abwasser, Wasser & Energie

- Der Einsatz giftiger Reinigungsmittel muß insgesamt untersagt werden (nur biologisch abbaubare Substanzen!).
- Alle Bereiche müssen an Abwasserentsorgung und Wasserversorgung angeschlossen sein. Zumindest ein Spülmobil und Toiletten mit Abwasseranschluß müssen von jedem Stand bzw. Veranstaltungsort schnell erreichbar sein.
- Rechtzeitig vor der Veranstaltung sollten an allen (bzw. mögl. vielen) öffentlichen Gebäuden Regenwassersammler installiert werden, um die Toiletten dieser Gebäude und etwaiger Toilettenwagen in der Nähe zu versorgen. Diese Anlagen sollten über die Veranstaltung hinaus wassersparend wirken und so auch im Nachhinein die Umweltbilanz verbessern helfen.
- Ebenso sollten Solaranlagen und andere regenerative Energiegewinnungsanlagen gebaut werden, die für die Veranstaltung und darüberhinaus arbeiten.
- Für die Veranstaltungen und Stände sollten stromsparende Auflagen erteilt werden (z.B. Kochen mit Gas, keine Heizstrahler, Energiesparlampen ...)
- Für Plakate, Flugblätter usw. sollten alle

VeranstalterInnen, Stände usw. zum Gebrauch von echtem Umweltschutzpapier gezwungen sein (Auflage in Verträgen).

### Landschaft

- Rechtzeitig vor der Gesamtplanung der Veranstaltung ist ein Kataster der empfindlichen Landschaftsräume zu erstellen. Diese Flächen müssen unberührt bleiben.
- Parkplätze sollen soweit wie möglich auf schon versiegelten Flächen angelegt werden sowie an den Bahnhöfen und Bushaltestellen der Orte in der Umgebung.
- Der Stadt/Gemeinde wird empfohlen, ein Biotopschutzprogramm aufzulegen, um empfindliche Bereiche feststellen zu können (und sich auch überhaupt von einer naturschutzgerechten Seite zu zeigen).

### Öffentlichkeitsarbeit

- In allen Veröffentlichungen der Region sind die VeranstaltungsbesucherInnen zu umweltgerechtem Verhalten aufzurufen, insbesondere zum Verzicht auf Einweg sowie zur Nutzung von Rad, Bus und Bahn. Dabei sind auch Routen und Fahrpläne zu veröffentlichen.
- Die VeranstalterInnen sollten die Idee einer umweltgerechten Veranstaltung mit Nachdruck umsetzen, dann den konsequenten Umweltschutz als dessen Markenzeichen benennen.
- Auf allen Veranstaltungen sollte geprüft werden, ob ein Umwelttreff und -infopunkt als eigenständiger Veranstaltungsteil geschaffen wird.

### Der Autor

Jörg Bergstedt  
c/o Institut für Ökologie - Büro Osthessen -  
Hersfelder Str. 3, 36272 Niederaula  
Tel. 06625/919295, Fax 919297  
eMail: institut@juis.insider.org



# Forderungen Alternative Wirtschaft

In diesem Kapitel soll aufgezeigt werden, wie engagierte, ökologisch interessierte Personen und Organisationen Veränderungen im Bereich der Wirtschaft erreichen können. Einerseits gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten ökonomischer Selbsthilfe von unten. In Projekten wie Wohnungsgenossenschaften, Tauschringen, selbstverwalteten Betrieben etc. kann eine neue Wirtschaftsform entwickelt und vorgelebt werden. Um aber wirklich die nötigen Veränderungen zu bewirken, braucht die Wirtschaft neue staatliche Rahmenbedingungen. Dafür gilt es, politisch zu streiten. Positive Projekte bleiben sonst ein Tropfen auf den heißen Stein. Hier kann keine umfassende Analyse der nötigen Reformen "von oben" geleistet werden. Der Schwerpunkt soll auf oftmals unbekanntem Alternativen "von unten" liegen. Trotzdem dürfen die Reformen angesichts der kleinen Modellprojekte nicht in Vergessenheit geraten.

## Kontakt:

Wuppertal Bulletin  
zur ökologischen  
Steuerreform  
Postfach 100480  
42004 Wuppertal

## Notwendige Veränderungen

### Umwelt- & Sozialstandards

Die WTO-Verträge müssen um globale Sozial- und Umweltstandards ergänzt werden. Nur so kann vermieden werden, daß Freihandel eine immer weitergehende Verwässerung nationaler Regulierungen mit sich bringt, also soziale und ökologische Errungenschaften zugunsten wirtschaftlicher, internationaler Wettbewerbsfähigkeit abgebaut werden. Die Standards müssen den wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Länder berücksichtigen. Die WTO (= World Trade Organisation) ist Nachfolgerin des GATT, eine Organisation zum Abbau von sogenannten Handelshemmnissen. Die WTO-Verträge legen für alle Mitgliedsstaaten verbindliche Rahmenvereinbarungen für den weltweiten Handel fest.

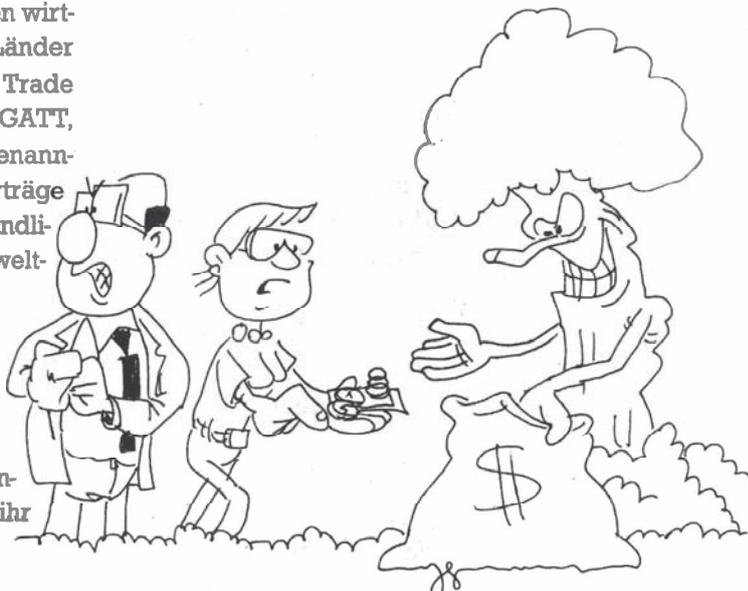
### Umweltsteuern

Die Nutzung von Ressourcen und Energie muß so besteuert werden, daß ihr Verbrauch nachhaltig möglich ist. Eine

Energiesteuer kann im nationalen Alleingang mit positiven Arbeitsplatzeffekten eingeführt werden. Um die Höhe der Besteuerung den ökologischen Notwendigkeiten anzupassen, ist internationale Abstimmung nötig.

### Spekulationssteuern

Durch die Liberalisierung der Kapitalmärkte dient mehr und mehr Kapital der Spekulation, statt in realen Investitionen angelegt zu werden. Die Einführung einer Spekulationssteuer ("Tobin-Steuer") würde dieses Treiben zumindest stark einschränken.



## 28.1

## Literatur:

Commerzbank:  
**Wer gehört zu wem?**  
(1994, Commerzbank in Frankfurt, 1315 S.)  
Ein umfangreiches Verzeichnis, welche Firma zu welchem Großkonzern gehört

Rüdiger Liedtke:  
**Wem gehört die Republik?**  
(1994, Eichborn in Frankfurt, 560 S.)  
Hier werden alle großen Konzerne aufgezählt, ihre Tochterfirmen, Aufsichtsräte usw.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform** (1994, Greenpeace-Studie "Ökosteuer - Sackgasse oder Königsweg?", Hamburg)

Stiftung Bauhaus Dessau  
**Wirtschaft von unten** (1995, Selbstverlag in Dessau, 267 S.)  
Viele Einzeltexte verschiedener AutorInnen, Erfahrungen und Beispiele aus unterschiedlichen Ländern.



## Öko-soziale Regulierung & Regionalpolitik

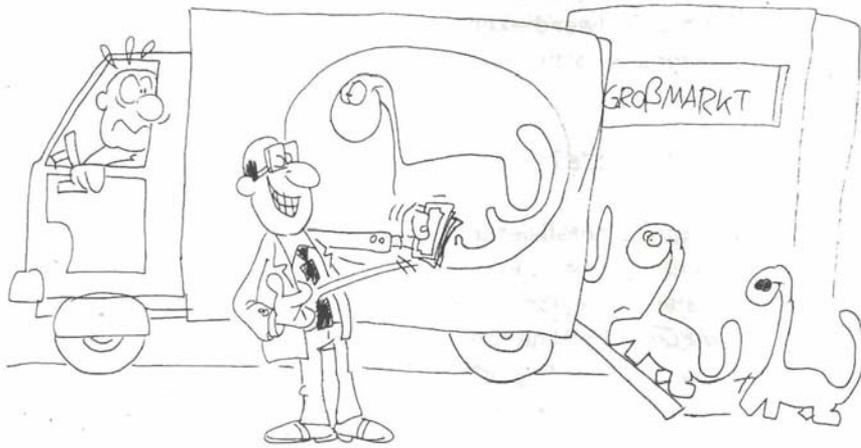
### Literatur:

Grunow/Wohlfahrt/Beuels  
Region und Wissenstransfer  
(Kleine, 217 S.)  
In der typischen Form eines Untersuchungsberichtes abgefaßte Buch beschäftigt sich mit der Übertragung und Nutzung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse in den Verwaltungen. Obwohl es an knapper und klarer Formulierung mangelt, sind die Ergebnisse weit verwendbar.

Wegen des zunehmenden internationalen Standortwettbewerbs fordern Politik und Wirtschaft eine Deregulierungsspirale. Soziale und ökologische Auflagen kosten die Unternehmen Geld und werden daher als nachteilig im Standortwettbewerb gesehen. Aus ökologischer Sicht ist jedoch mehr und nicht weniger Regulierung der Wirtschaft nötig, unabhängig davon, ob marktwirtschaftliche oder ordnungsmäßige Instrumente eingesetzt werden. Die Regulationsfähigkeit des einzelnen Staates nimmt ab, daher muß die EU Regulierungsfunktionen übernehmen und diese auch international durchsetzen. Dies darf nicht auf Kosten der ärmeren Länder geschehen.

### 28.2

In der EU ist verstärkte Regulierung mit einer starken Regionalpolitik für die ärmeren Länder zu flankieren, also die Förderung von wirtschaftlich benachteiligten Regionen.



Regionalpolitik ist ökologische Politik, wenn sie nicht dem Mythos der Industrialisierung aller Räume dient, sondern eine nachhaltige Entwicklung der lokalen Ressourcen zum Ziel hat. So kann sie helfen, die Entvölkerung weiter Landstriche zu vermeiden und so eine dezentrale Wirtschaftsstruktur fördern.

## Fairer Welthandel & Reparationsleistungen

Ökologische Entwicklung kann weltweit nur dann erreicht werden, wenn alle Regionen sich auch wirtschaftlich entwickeln können.

nen. Die Voraussetzung dafür ist nicht-staatliche Entwicklungshilfe, sondern faire Bedingungen auf dem Weltmarkt für die Produkte der Entwicklungsländer. Dazu gehört auch, den Ländern eigenständige Entwicklungspfade zu ermöglichen, dazu müssen die Schulden erlassen und die Strukturanpassungsprogramme der Weltbank gestoppt werden. Dies ändert natürlich nichts an dem moralischen Recht der Entwicklungsländer auf Reparationsleistungen nach 500 Jahren Ausbeutung.

## "Wirtschaft von unten"

Merkmale einer sozial-ökologischen Ökonomie - Projekte und Betriebe einer Wirtschaft von unten zeichnen sich durch eine Reihe von Eigenschaften aus:

- basisdemokratische Organisation
- kollektive Eigentumsverhältnisse
- Kooperation und Solidarität statt Konkurrenz als Orientierung nach innen und nach außen
- wirtschaftliche Erfolge für soziale Ziele einsetzen, nicht zur Bereicherung
- Produkte, die sich an menschlichen Bedürfnissen und nicht am Profitstreben orientieren.
- ökologische Produktverfahren
- hohe Qualitätsstandards an die eigenen Produkte (Langlebigkeit und Reparierbarkeit bei technischen Geräten)
- gute Arbeitsbedingungen mit Anrecht auf Weiterbildungsmaßnahmen
- Förderung gesellschaftlich benachteiligter Gruppen
- Kurze Wege für Produkte aus Ressourcen der Region für Menschen der Region

## Projekte einer "Wirtschaft von unten"

In den verschiedenen wirtschaftlichen Sektoren haben sich erfolgreiche Initiativen gebildet, die Wirtschaft nach obigen Kriterien organisieren. Dieser Abschnitt stellt die wichtigsten vor und hilft, Kontakte herzustellen. Unsere Wirtschaft kann grob in zwei Bereiche unterteilt werden: den bezahlten (for-

Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Konzepte einer dauerhaft-umweltgerechten Nutzung ländlicher Räume (1996, Verlag Metzler-Poeschel in Stuttgart, 122 S.)  
In diesem Sondergutachten werden Strategien und Umweltschutzvorschläge für ländliche Räume entwickelt. Es geht um die Raumordnungspolitik, die bestehenden Fördergebiete z.B. der EU sowie umweltgerechte Landwirtschaft und Naturschutzmaßnahmen.



mellen) und den unbezahlten (informellen) Sektor. Weltweit **gesehen** werden die weitaus meisten Arbeitsstunden im informellen Sektor geleistet, also ohne Geld. Dazu zählen unbezahlte Hausarbeit, Kindererziehung, Nachbarschaftshilfe, Kranken- und Altenpflege, ehrenamtliches Engagement, Handwerks- und Gartenarbeit, Selbsthilfegruppen etc. Dagegen zeichnet sich der formelle Sektor durch Bezahlung von Arbeit aus. Ziel ökonomischer Selbsthilfe ist daher auch die Aufwertung des informellen Sektors gegenüber der Erwerbsarbeit. Selbstversorgungsarbeiten ermöglichen viel mehr Unabhängigkeit von der oft unethischen und unbefriedigenden Lohnarbeit und stehen auch vielen offen, die keinen Arbeitsplatz mehr finden. Sie schaffen Wohlstand mit weniger Geld.

## Beispiele für konkrete Projekte

Die hier vorgestellten Formen stellen modellhaft für einige Sektoren und Ansätze einer neuen Wirtschaft ab. Es gibt noch eine große Zahl weiterer Initiativen, die hier nicht vorgestellt werden können.

### Tauschringe

Tauschringe helfen, Nachbarschaftshilfe und Produktion im Haushalt wiederzubeleben. Sie ermöglichen, zu Hause nicht nur für den eigenen Haushalt, sondern auch für andere zu arbeiten. Dadurch wird informelle Arbeit wesentlich effektiver (siehe Kapitel 16, "Local Economy").

### Nachbarschaftswerkstätten

Für viele Formen der Selbstversorgung braucht mensch Maschinen, Werkzeuge und kompetente Beratung. Dies alles ist teuer und macht aus der Selbstversorgung schnell ein Hobby, das mehr Geld frisst als es einspart. Daher gibt es Nachbarschaftswerkstätten, in

denen sich viele Menschen die gleichen Einrichtungen teilen. Gegen eine niedrige Benutzungsgebühr kann jede/r selbst dort arbeiten und oft Unterstützung bekommen. Das "Haus der Eigenarbeit" in München ist das größte Projekt dieser Art. Dort gibt es Werkstätten für Keramik, Glas, Metall, Schmuck, Textil, Papier, Steine und Holz. Außerdem ist es Treffpunkt für viele Gruppen, hat ein selbstorganisiertes Café und bietet Übungsräume für Kulturinitiativen.

### Lernbörsen

Lernen muß nicht in Institutionen stattfinden, sondern kann auch selbstorganisiert sein, z.B. in Lerngruppen, durch Lernen von Bekannten und in selbstorganisierten Seminaren. Eine besondere Form sind Lernbörsen. Eine Kontaktadresse sammelt alle Lehrangebote und Lernwünsche und veröffentlicht sie in einem "Börsenbrief". Dann können AnbieterInnen und NachfragerInnen Kontakt miteinander aufnehmen und sich zum Lernen verabreden. Besonders viele ältere Menschen möchten ihr Wissen weitergeben und suchen nach sozialen Kontakten. Inzwischen gibt es bundesweit bereits etwa 100 Lern- und Hobbybörsen.

### Einkaufskooperativen

Wenn sich VerbraucherInnen zu Einkaufsgemeinschaften zusammenschließen, kann leicht direkt bei ErzeugerInnen oder im Großhandel eingekauft werden. Das spart 30 bis 50 % Einzelhandelsaufschlag, kostet aber die Organisationsarbeit. Food-Coops werden ausführlich im Kapitel "Local Economy" (16) vorgestellt. Das Prinzip funktioniert aber auch in vielen anderen Bereichen: ökologische Schreibwaren, Kleidung, usw.

### Selbstverwaltete Betriebe

Selbstverwaltete Betriebe, oft auch Genossenschaften oder Kooperativen genannt, sind Firmen, die ohne Chef arbeiten. Ihr Ziel ist

#### Kontakte:

Haus d. Eigenarbeit  
Wärthstraße 42 Rgb.  
81687 München  
089/448 06 23

Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen  
Annette Hoffstiepel  
Weitmarer Str. 21  
4795 Bochum  
0234/451713

## 28.3

#### Literatur:

Projekt "Lokale Ökonomie", TU Berlin (Hrsg.): Lokale Ökonomie. Beschäftigungs- und Strukturpolitik in Krisenregionen. Ein internationales Symposium. (1994, Berlin).

Andrea Gerth/  
E. Sing: Knatsch, Zoff & Keilerei (1992, AG SPAK in München, 384 S.)  
Konflikte in selbstverwalteten Betrieben und Lösungsmöglichkeiten.

Johannes Berger u.a.: Selbstverwaltete Betriebe in der Marktwirtschaft (1986, AG SPAK in München, 314 S.)

Jürgen Daviter u.a.: Selbstverwaltungswirtschaft (1987, AG SPAK in München, 262 S.)

Burghard Flieger u.a.: Gemeinsam mehr erreichen (1996, AG SPAK in München, 528 S.)



es, am Markt erfolgreich zu sein, um allen Mitgliedern in guten Arbeitsbedingungen einen angemessenen Lohn zahlen zu können. Profite für die KapitalbesitzerInnen werden selten angestrebt. Die ersten selbstverwalteten Betriebe sind vor 200 Jahren während der ersten Genossenschaftsbewegung entstanden. Die meisten sind jedoch wirtschaftlich gescheitert oder haben ihre selbstverwalteten Grundsätze aufgegeben (Degeneration). Der neuen Genossenschaftsbewegung ab 1968 erging es nicht viel besser. Viele der neuen Projekte sind degeneriert oder gescheitert. Aber es gibt auch viele Betriebe, die seit Jahren am Markt erfolgreich sind und als Kollektiv gut funktionieren. Besonders in Sektoren wie Schreinerei, Vollkornbäckerei, Fahrradhandel, ökologische Baustoffe und anderen gibt es viele Projekte.

## 28.4

### Wohnprojekte

Parallel zur neuen Genossenschaftsbewegung gibt es ebenfalls eine Wiederbelebung gemeinschaftlicher Wohnungsinitiativen. Die Bandbreite ist groß. Kommunen, in denen die Mitglieder gemeinsam leben und arbeiten. Ökodorf/-siedlungsinitiativen, die ökologisches Leben mit vielen Menschen auf einer großer Fläche realisieren. Hausprojekte, in denen die einzelnen Familien/Wohngruppen weiterhin ihren Rückzugsbereich haben, aber viele Einrichtungen gemeinsam nutzen.

#### Kontakt:

Wohnbund e.V. - Verband zur Förderung wohnpolit. Initiativen  
Kasseler Straße 1a  
60486 Frankfurt  
069 / 77 60 25

#### Literatur:

Wege aus der Krise (1995, netz Hessen in Frankfurt, 79 S.)  
Erfahrungsberichte.

Axel Janitzki/Walter Burkart (Hrsg.):  
Alternativen zu Mietwohnung und Eigenheim - gemeinsam finanzieren, selbst verwalten. (1992, Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart)

Chr. Kuthe u.a.:  
Gemeinsam bauen, gemeinsam wohnen (1993, Frankfurt)

Kollektiv Kommune-Buch (Hrsg.):  
Das Kommune-Buch (1996, Verlag die Werkstatt, Göttingen)  
Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie.

Die Motivationen sind vielfältig:

- Gemeinschaft und gegenseitige Hilfe jenseits von konventionellen Familienstrukturen
- niedrigere Mieten durch Selbstverwaltung und gemeinschaftlichen Eigenbau und alternative Finanzierungsformen
- Alt und Jung-Wohnprojekte
- gemeinsame Verantwortung für Kinder
- neue Eigentumsformen jenseits von MieterIn-/VermieterIn-Status durch Nutzungsrechte: "Häuser denen, die drin wohnen"
- ökologisches Bauen und Leben, z.B. durch gemeinsame Nutzung von Geräten und Verwendung ökologischer Baustoffe

### Neue Vermarktungsformen in der Landwirtschaft

Das Höfesterben geht weiter. Landwirtschaftliche Betriebe werden immer größer und Landschaften werden öder. Gleichzeitig wünschen sich viele KonsumentInnen gesunde Nahrungsmittel von ökologischen Betrieben zu erschwinglichen Preisen. Vor allem im ökologischen Landbau haben sich neue Vermarktungsformen entwickelt, die den Zwischenhandel weitgehend umgehen und so bessere Preise ermöglichen.

Die Formen sind vielfältig:

- Abo-Kisten liefern Öko-Produkte in wöchentlichem Turnus ab Hof direkt bis an die Haustür.
- Hofläden ermöglichen KundInnen, direkt auf dem Hof einzukaufen.
- Direkte Belieferung von GroßverbraucherInnen wie Kantinen, Mensen und Gastronomie.
- Weiterverarbeitung von Produkten in der Region in ökologisch orientierten Bäckereien, Molkereien, Käsereien, Metzgereien, Keltereien und Brauereien.
- ökol. Party-Service und Gastronomie
- Verbindung von ökologischem Landbau und Tourismus.
- Marktstände
- ErzeugerInnen- / VerbraucherInnen - Gemeinschaften betreiben Läden, in denen die Produkte der Mitgliedsbetriebe an die KundInnen/Mitglieder verkauft werden.

Diese Formen der Vermarktung vermeiden gleichzeitig irrsinnige Transportwege für Nahrungsmittel. Oft allerdings sind einzelne Höfe mit der Organisation der Direktvermarktung überfordert und schließen sich daher zu ökologischen ErzeugerInnengemeinschaften zusammen. Die Produkte werden an einem Ort gelagert, verpackt und vermarktet. Umweltinitiativen können die ökologische Landwirtschaft durch Werbung und Kaufverhalten unterstützen. Der ökologische Landbau braucht dringend Hilfe bei der Vermarktung, um nicht auf Supermärkte mit ihren umweltfeindlichen und kapitalistischen Strukturen angewiesen zu sein.



## Alternative Energien

Durch eine Kombination von Energiesparen und alternativen Energiequellen läßt sich die Unabhängigkeit von den Stromkonzernen mit ihren Atomkraftwerken und ihrem verschwenderischen Umgang mit fossilen Brennstoffen erreichen. Gleichzeitig machen Energieimporte einen erheblichen Anteil der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Regionen aus. Energie selbst zu produzieren, ist nicht nur umweltfreundlich, sondern auch ein Stück Abkopplung vom Weltmarkt. Die praktischen Möglichkeiten werden im Kapitel "Klima und Energie" (24) aufgezeigt.

## Beschäftigungsgesellschaften, Gemeinwesenbetriebe

Immer mehr Menschen werden arbeitslos. Gleichzeitig gibt es jede Menge sozialer Bedürfnisse, die weder der Markt noch der Staat ausreichend befriedigt: Kinderbetreuung, Renaturierung, Unterstützung von Hilfsbedürftigen, Bereitstellung und Sanierung sozialen Wohnraums etc. Gemeinwesenbetriebe sind eine Alternative. Sie stellen Menschen an, die auf dem Arbeitsmarkt kaum noch eine Chance haben und erledigen arbeitsintensive Tätigkeiten, die in der Regel gleichzeitig ökologisch sind. Dafür erhalten sie Zuschüsse vom Staat und ehrenamtliche Unterstützung aus dem Gemeinwesen. Die Betriebe gehören meist einer gemeinnützigen Gesellschaft. Durch diese Kombination können sie dort aktiv werden, wo Markt und Staat versagen, und gleichzeitig ein Stück Wirtschaft demokratisieren. Soziale Betriebe nehmen wichtige ökologische Aufgaben wahr. Eine Kooperation von Umweltinitiativen mit sozialen Betrieben kann sich gerade in Bereichen wie Landschaftspflege und Naturschutz lohnen und macht beides gegenüber ZuschußgeberInnen attraktiver.

## Alternative Geldanlage

Viele alternative Wirtschaftsjprojekte leiden unter Geldmangel. Um ihre Initiativen

auf- und auszubauen, brauchen sie Kapital, das teuer (Zinsen!) oder gar nicht zu haben ist (materielle Sicherheiten). Kapitalbeschaffung ist eines der größten Probleme. Doch es gibt auch hier eine Menge Selbsthilfeeinrichtungen. AnlegerInnen vergeben Kredite direkt an Projekte zu niedrigen Zinsen. Sie stellen so wieder eine direkte Beziehung zwischen ihrem angelegten Geld und wirtschaftlichen Investitionen her. Sie sehen, was ihr Geld bewegt. Alternative Banken vermitteln niedriger verzinsten Einlagen an günstige Kredite suchende Projekte. Gleichzeitig tummeln sich auf dem ethischen Investmentmarkt aber auch einige schwarze Schafe.

Einige Fragen zur Bewertung sind sinnvoll:

- Gehen die angelegten Gelder an konventionelle Firmen mit etwas ökologischeren Produkten oder an konsequente alternative, selbstverwaltete Projekte?
- Welcher Anteil des gesamten Fonds ist doch konventionell angelegt?
- Wie hoch ist der durchschnittliche Zinssatz des Fonds? Je höher der Zinssatz, desto schwerer ist es für alternative Projekte, erfolgreich zu starten. Für Umweltinitiativen bedeutet das, für ökologische Geldanlage direkt in Projekten in der Region zu werben.

Besser als eine krampfhaftige Betriebsgründung ist es aber in jedem Fall, aus schon bestehenden Ideen, z.B. politischen Projekten, einen Gelderwerb entstehen zu lassen (siehe Kapitel 15, "Umweltschutz als Job")

## Von Umbauprozess organisieren

Wie können sich Prinzipien und Projekte einer sozial-ökologischen Wirtschaftsform weiter verbreiten? Wie können UmweltschützerInnen bei der Verbreitung helfen? Alternative Wirtschaftsjprojekte brauchen Unterstützung. Es gibt viele Menschen, die nach ethischen Betätigungsfeldern suchen oder arbeitslos sind, aber nicht wissen, wie sie Alternativen selbst schaffen können. Dazu sind Unterstützungseinrichtungen nötig, die ökonomischer Selbsthilfe auf die Sprünge helfen.

### Kontakte:

Bildungsstätte für  
ökonomische  
Selbsthilfe  
Wiesenstraße 29  
13357 Berlin-Wedding  
030/46 28 177

GLS  
Gemeinschaftsbank  
Postfach 10 08 29  
44708 Bochum  
0234/3 07 93-0

Ökobank eG  
Brönnert Str. 9  
60017 Frankfurt  
069/299 870-0

Trion Andelskasse,  
Gerberstraße 9  
22767 Hamburg  
040/38 70 60

**28.5**

### Literatur:

Regelmäßige Diskussionen rund um das Thema "selbstverwaltete Betriebe" finden in der Zeitschrift "Contraste" statt.  
"Contraste"  
Postfach 104520  
69035 Heidelberg

Eine Übersicht über alle selbstverwalteten Projekte und Betriebe bieten die "Bunten Seiten".  
Gründungshilfen für selbstverwaltete, wirtschaftliche Initiativen geben weitere Bücher des Stattbuch-Verlages:  
Stattbuch Verlag  
Gneisenaustraße 2a  
10961 Berlin  
030/691 40 94

Informationen über soziale Betriebe liefert die Zeitschrift "Was nun?":  
"Was nun?"  
Hrsg. Paula Schliemannstr. 45  
10437 Berlin  
030/44 17 597



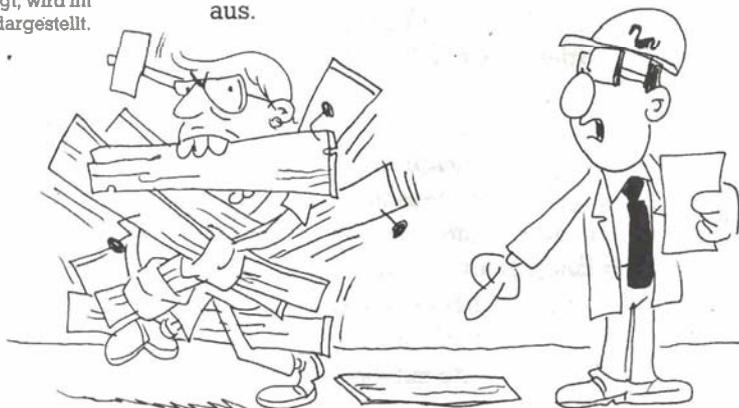
Solche Einrichtungen sollten folgende Funktionen erfüllen:

- Analyse der lokalen Wirtschaft: Suche nach Defiziten. Ermittlung von brachliegenden lokalen Ressourcen. Die Importe der Region analysieren und Initiativen unterstützen, die diese durch Eigenproduktion ersetzen.
- Mobilisierende Planung: Durch BürgerInnenbeteiligung können Menschen motiviert werden, alternative Wirtschaftsprojekte zu starten. Dazu gibt es mehrere Methoden: Zukunftswerkstätten, "future search conferences", "Planning for Real", "community appraisals".
- Finanzierungshilfe durch alternative Finanzierungskonzepte
- Weiterbildung für MitarbeiterInnen
- Aufbau und Vermittlung zu lokalen und überregionalen Netzwerken von alternativen Wirtschaftsprojekten
- Unternehmens- und Initiativenberatung, die auf die Probleme von demokratischen, alternativen Projekten eingeht: Marketing, Buchhaltung, Gruppendynamik, Entscheidungsfindung, Rechtsformen etc. In der Regel gibt es nur in großen Städten Einrichtungen, die mit diesen Aufgaben vertraut sind. Umweltinitiativen, die im ökonomischen Bereich aktiv werden wollen, sollten solche Einrichtungen eines "Regionalberatungsbüros" fordern. Während sich die lokale Wirtschaftsförderung oft nur um die Ansiedelung von Gewerbebetrieben kümmert, ist es Aufgabe der Regionalberatung, die lokalen Ressourcen zu mobilisieren. Die Einrichtung solcher Regionalberatungsbüros zählt sich für die Kommunen sozial, ökonomisch und ökologisch aus.

## 28.6

### Literatur:

Wolfgang Benkert u.a.: Wo bleiben die Umweltabgaben? (1998, metropolis in Marburg, 259 S.)  
 Bislang sind nur wenige Umweltabgaben eingeführt worden: In einigen Orten eine Verpackungsabgabe, in mehreren Ländern Grundwasserabgaben und in Hessen die Sonderabfallabgabe.  
 Im Rausch der Abschaffung von Umweltschutzstandards und dem Wandel der Politik zu reinen Handlangern der Großindustrie verschwinden sie auch wieder. Vorwärts geht kaum etwas. Woran das liegt, wird im Buch dargestellt.



## Fazit

Ökologisch engagierte Menschen können den notwendigen Umbau der Wirtschaft vielfältig unterstützen. Dies beginnt mit dem eigenen Konsumverhalten. Wo und wann immer möglich sollten Produkte vorgezogen werden, die ökologisch, sozial, in demokratischen Betrieben, vor Ort hergestellt wurden. Gerade Umweltgruppen und Einzelpersonen können in ihrem Umfeld den notwendigen Markt für diese Produkte schaffen. Mitglieder können aufgefordert werden, ihr Geld ökologisch und in der Region anzulegen. Politisch kann eine nachhaltige Entwicklung der Kommune durch Regionalberatungsbüros gefordert werden.

Genauso wichtig ist jedoch, sich klar zu machen, daß der jetzige Lebensstandard nicht begründet werden kann. Wir müssen dafür einstehen, weniger zu konsumieren: Gut leben statt viel haben. Lebensqualität statt materieller Wohlstand. Die Art und Weise des Geldverdienens spielt dabei auch eine Rolle. Viele Umweltengagierte arbeiten 8 Stunden am Tag in einer normalen Firma und tragen zur Umweltzerstörung bei, um sich abends der Umweltpolitik zu widmen.

Viele könnten umschwenken auf ökologische Berufe oder weniger Erwerbsarbeit und mehr Zeit für Bildung, Kunst, Politik, Kinder und Familie. So könnten Umweltinitiativen der Ausgangspunkt für Unternehmensgründungen im ökologischen und sozialen Bereich sein, die zeigen, wie eine andere Wirtschaft praktisch aussieht. Ebenso können Umweltinitiativen viel dazu beitragen, bestehende alternative Wirtschaftsprojekte bekannter zu machen.

## Der Autor

Sven Giegold  
 c/o Verdener Umweltwerkstatt  
 Herrlichkeit 1, 27283 Verden  
 Tel. 04231/81046, Fax 81048  
 eMail: uw-verden@link-goe.de



# Stichwort-Register

Hinweis: Die Seitenverweise zu den Stichworten sind nach ihrer Aussagekraft geordnet, der Hauptverweis befindet sich zu Beginn der Aufzählung.

## A

Abwasserabgabengesetz 22.5

Aktionen

- , direkte ~ 1.2
- , indirekte ~ 1.2
- , symbolische ~ 1.2

Aktionsformen 1.11-1.16

Aktionstraining, gewaltfreies 1.4

Amtsblatt 2.2, 5.4, 5.6

Anzeigen

- ~ akquise 14.11
- ~ gestaltung 13.8

Anlageverzeichnis 14.16

Artenschutz 21.6-21.7, 19.5

Atomenergie 24.1, 28.5

Auenwald 23.3.

BürgerInnen

- ~ meister 2.2
- ~ beteiligung 3., 5.5, 5.6, 5.3, 23.3
- ~ begehren 3.2, 5.6, 2.3
- ~ antrag 3.5, 3.2, 2.3
- ~ entscheid 3.5, 3.2, 3.7

Bußgeldzuweisung 14.6

Boycott 1.11

## C

Car-Sharing 23.3

Chlorchemie 22.2, 26.2, 26.4

City-Logistik 23.4

In.1

## B

Bäche 21.3

Bahn 23.4

Bankverbindung 14.12

Baubiologie 17.4

Baugesetzbuch (BauGB) 5.1, 5.6, 5.7, 3.1

Bauleitplanung 5, 3.6, 3.1, 3.3, 24.4, 24.5

Bebauungsplan (B-Plan)

- 5.2 - 5.5, 5.7, 3.1, 24.4, 26.2, 20.3, 25.3

Belege 14.13

- ~ verwaltung 14.13

Bewahrung der Schöpfung 17.2

Biotopschutz 4.2, 4.3, 21.2, 21.3, 19.5

- ~ programm 4.7-4.14

- ~ pläne 21.2

Blitzlicht 6.14

Blockheizkraftwerk (BHKW) 24.2, 24.4

Brainstorming 6.13

Broschüre 12.2, 13.2, 13.12, 9.10

BSÖ 18.10

Buchführung 14.12, 14.14

- ~ mit dem Computer 14.15

Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)

- 3.7, 5.2, 3.2

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) 5.2, 5.3, 5.5

## D

Demonstrationsrecht 1.9, 1.10, 1.11

Deregulierung 28.2

Direkte Demokratie 3.5, 3.2, 5.6

Dorferneuerung 21.1, 20.3

## E

Einweg

- ~ verpackungen 25.1
- ~ verbot 27.1

Einzugsermächtigung 14.13

Elektrosmog 26.3

E-mail 10.1, 10.3

Energiespar

- ~ en 18.7, 18.8, 24.1, 24.2, 26.2, 26.3, 28.5, 20.3
- ~ konzept 24.4
- ~ lampe 4.3, 24.2, 24.5

Entsiegelung 21.6, 22.4

Erlebnispädagogik 19.2

Erwachsene 19.7

Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft 16.10, 9.12

EU-Mittel 14.4



## F

Fax 10.1, 10.7, 10.10  
 Faltblätter 12.2  
 Flächennutzungsplan (FNP) 5.7, 5.8, 5.2, 3.1, 4.10, 24.4  
 Flächenrecycling 23.2  
 Fließgewässer 4.2, 21.3, 22.2  
 Flow-Learning 19.3  
 Flüsse 21.3  
 Food-Coops 16.5-16.10, 28.3  
 Fördermitgliedschaften 14.9  
 Förderrichtlinien 2.3, 14  
 Foto 11.6, 13.7, 13.8  
 Freiwilliges Ökologisches Jahr 15.5  
 Freianzeigen 11.12  
 FTP (File-Transfer-Protocol) 10.4

## G

Gentechnologie 18.5, 18.6, 19.5  
 Gegendarstellung 11.13  
 Gewässergüte 22.1, 22.2  
 Giftmüll 25.3, 25.4  
 Globalisierung 23.2  
 Glosse 12.11  
 Go in 1.13  
 Grauwasser 26.3  
 Graue Literatur 20.2  
 Gruppenarbeit 6  
 Großveranstaltungen 27, 23.3  
 Grünordnungsplan 5.3  
 Grüne Häuser 9.2

## H

Haushalt 26.  
 , kommunaler ~ 2.2, 3.7  
 , privater ~ 22.4, 22.5  
 Hausfriedensbruch 1.8  
 Hecken 21.5  
 Hochschule 18., 6.3  
 Hochmoor 21.3  
 Homepage 10.4

## I

Initiativenzeitung 12.2  
 Institutionelle Förderung 14.2

Interessensverbände 2.1  
 Internet 11.1 - 10.3, 10.5  
 Interview 12.7-12.9, 11.10, 1.11

## J

Jahresabschluß 14.16  
 Jugendliche 19.7  
 Jugend-Umwelt-Projektfonds 9.14  
 Jugendzentrum 9.5

## K

Kaffee, fair gehandelt 18.3-18.4  
 Kanalisation 22.3, 22.4  
 Klage  
 ~ recht 3.4, 3.8  
 , Schadenersatz ~ 1.6  
 , strafrechtliche ~ 1.6  
 , Unterlassungs ~ 1.6  
 , zivilrechtliche ~ 1.6  
 Kläranlagen 22.1, 22.2  
 Kleingartensiedlung 20.4  
 Klimaschutzkonzept 24.4  
 Klozeitung 12.1  
 Kinder 19.7  
 Kirche  
 , evangelische ~ 17.  
 ~ngemeinde 17., 20.1  
 Kommunalpolitik 2.1, 2.8  
 Kongreß 27.1  
 Konsens 6.14  
 kontrolliert biologischer Landbau -> Landbau  
 Konzilarer Prozeß 17.2, 17.3  
 Küsten 21.5

In.2





**L**



Landbau  
  , ökologischer ~ 17.3, 22.4, 18.4 - 18.5, 28.4  
  , kontrolliert biologischer ~ 18.4 - 18.5  
Landesabfallwirtschaftsgesetz 18.9  
Landesnaturenschutzgesetze 3.4, 4.11  
Landespressegesetz 11.13  
Landeszentrale für Politische Bildung 13.5  
Landeszuweisungen 14.4  
Landrat 2.2  
Landschaftsplan 5.8, 21.1  
Layout 13.1 - 13.12, 12.3  
Lernbörsen 28.3  
Lobby 2.1, 2.2, 2.5, 8.1  
Lotto- und Troncmittel 14.3  
Lokale Agenda 21 2.1, 5.9

**M**



Mailbox 10.1, 10.2  
  ~ netze 10.2  
Mehrweg  
  ~ produkte 26.4  
  ~ system 25.2  
  ~ verpackung 25.2, 20.2  
Messe 27.1  
Modellprojekt 17.4  
Modem 10.6  
Motorisierter Individualverkehr (MIV) 23.1 - 23.3

**N**



Nachbarschaftswerkstätten 28.3  
Nahwärmenetz 24.4, 26.3  
Naturkostladen 15.1



**Naturschutz**

  ~ plan 21.1  
  ~ zentren 9.2, 9.14  
Nachricht 12.10  
Netzwerke 9.12, 9.14  
  Umwelt ~ 8.1, 8.2, 8.5  
  alternativer Wirtschaftsprojekte 28.6  
Niedrigenergiehaus 5.9, 24.3, 24.4, 26.1  
Nötigung 1.7  
Novell-Food-Verordnung 18.5  
Nullvariante 21.2, 5.5

**O**



Offset-Druck 13.13, 12.2, 12.4  
Öko-Audit 3.3  
ökologischer Landbau -> Landbau  
ökologische Baustoffe 26.2, 20.3, 28.4  
Ökopädagogik 19.  
Ökosponsoring -> Sponsoring  
Öffentliche Finanzausschüsse 14.2  
ÖPNV 4.7 - 4.14, 23.4, 18.6, 26.4, 6.11

**P**



Paragraph 29-Verbände 14.4, 17.3  
Parkraumbewirtschaftung 23.3, 18.6  
Parlamente 2.2, 2.3  
Passivhaus 24.4  
Petition 1.15  
PfarrerIn 17.4  
Plakat 8.4  
Planfeststellungsverfahren 3.1, 3.6, 3.7  
Plangenehmigung 3.1  
Praktikum 15.5, 15.7  
Presse  
  ~ informationen 11.3, 11.4, 11.5  
  ~ recht 12.17 - 12.18, 12.3  
  ~ verteiler 11.12  
  ~ sprecherIn 11.2  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 11., 1.5  
Projekt  
  ~ werkstatt 9., 6.4, 20.5, 20.6  
  ~ freiheit 9.3, 6.4, 9.4

**R**



Radweg 2.1, 4.1, 4.3, 23.4, 21.2, 18.6  
Radverkehr 23.2, 23.4  
Raumplanung 3.1



Recyclingpapier 18.8, 18.9, 18.10  
Regenwasser  
  ~sammler 27.2  
  ~nutzung 22.4-22.5  
Rechnungen 14.13  
Regionalisierung 23.2, 28.2  
Reportage 12.10  
Ried 21.3  
Rucksackschule 19.4, 19.5  
Röhricht 21.3  
Rotations-(Kaltoffset)-Druck 13.14, 12.2, 12.4

## S

Satzspiegel 13.3, 13.5  
Seen 21.4  
selbstverwaltete Betriebe 28.1, 28.3  
Solaranlagen 27.2  
Spenden 14.6, 14.7  
  ~mailings 14.7  
  ~sammlungen 14.11  
Spülmobil 27.1, 27.2  
Sponsoring 14.8, 14.9  
Stadtwerke 24.4  
Steuererklärung 14.17  
Stiftungen 14.6, 14.10  
Studententicket 18.6  
Studierendenwerk 18.3, 18.4, 18.5,  
Spontandemonstration 1.11

## T

Tauschladen 26.4, 16.3  
Tauschring 16.1-16.5, 28.1, 28.3  
Tee, fair gehandelt 18.3  
Teich 21.3  
Telefonkette 8.6  
Trinkwasser 22.3-22.4, 23.5, 20.3  
  ~schutzverordnung 22.6  
Trockenwälder 21.4  
Tropenholz 2.1, 26.3

## U

Überhälter 21.7  
Umwelt  
  ~beratung 20., 15.3, 26.4  
  ~beauftragteR 17.3, 18.2  
  ~bibliothek 20.1, 21.2, 9.2, 20.6  
  ~bildung 19.1

  ~informationsgesetz 3.3  
  ~informationsmobil 20.5  
  ~kommission 18.2  
  ~referat 18.1  
  ~verbund 23.2, 23.3-23.4  
  ~verträglichkeitsprüfung (UVP) 3.2, 3.7, 5.9, 25.3  
  ~zeitschriften 11.8  
  ~zentren 9.1, 9.4  
Umweltschutzpreise 14.5  
Umweltschutzpapier 18.8, 26.4

## V

Veränderungssperre 5.4  
VerbraucherInnenberatung 9.7  
Verein 7.1-7.10, 6.3, 20.4, 9.10  
  , gemeinnütziger ~ 7.10, 7.11, 15.6, 15.7  
  ~sgründung 7.8  
  ~register 7.3, 7.9  
  ~satzung 7.3, 7.5-7.7  
  , Plenums ~ 7.4  
  , Träger ~ 7.4, 9.8  
Vereinfachtes Verfahren 3.6, 3.7  
Verwaltungsverfahrensgesetz 3.1, 3.6  
Verkehrsentwicklungsplan 5.8  
Versicherung 7.12  
Vertrieb 12.4, 12.16, 12.17  
Verwaltung  
  , Stadt ~ 27.1  
  , Kommunal ~ 2.2-2.3, 2.5-2.7  
Visualisieren 6.13  
Volksentscheid 3.6  
Vorhaben- und Erschließungsplan 5.5, 24.4

## W

Wald 21.4, 18.8  
Waldsterben 22.2, 23  
Wasserbuch 22.2  
Wasserhaushaltsgesetz 22.5  
Watt 21.5  
Wertstoffhof 25.3  
World Wide Web (WWW) 10.3, 10.4  
WTO-Verträge 28.1

## Z

Zeitplanung 6.8  
Zukunftswerkstätten 6.11, 3.9, 28.6  
Zweckertragsmittel 14.10